~~Vierte Lieferung~~ (Band II, ~~2. Hälfte~~).

Handbuch

der

inneren Verwaltung

im

diesrheinischen Bayern

von

Dr. Wilhelm von Krais,

Direktor des königl. Verwaltungsgerichtshofes.

Vierte gänzlich umgearbeitete Auflage.

München 1897

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung

Oskar Beck.

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck in München.

Soeben ist ferner erschienen:

Gewerbeordnung

für das Deutsche Reich

von

Dr. Robert von Landmann,

kgl. bayer. Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Dritte Auflage

unter Mitwirkung des Verfassers bearbeitet

von

Dr. Gustav Rohmer,

k. b. Bezirksamtsassessor.

Zwei Bände. Geheftet 18 ℳ; gebunden 20 ℳ.

☞ Um den Abschluß der 3. Auflage des bekannten Kommentars, welcher von den beteiligten Kreisen sehnlichst erwartet wird, nicht zu verzögern, wurde die Handwerksnovelle einstweilen unkommentiert im Nachtrag des zweiten Bandes abgedruckt unter Berücksichtigung ihrer wichtigsten Bestimmungen im Sachregister, und mit dem Vorbehalt, nach Erscheinen der Vollzugsvorschriften und erfolgtem Inkrafttreten der einzelnen Bestimmungen der Novelle, einen selbständigen Nachtragsband zur 3. Auflage von Landmann's Kommentar erscheinen zu lassen, welcher dann eine eingehende Erläuterung der Handwerksnovelle sowie der weiter in Aussicht stehenden Novelle, betr. die Verhältnisse der Konfektionsarbeiter, bezhgsw. die zu erwartenden Vollzugsvorschriften zu beiden Novellen bringen soll.

Bayerische

Gemeindeordnung

für die Landestheile diesseits des Rheins,

erläutert

und mit den Vollzugsvorschriften herausgegeben

von

Dr. Gustav von Kahr,

Präsident des kgl. Verwaltungsgerichtshofes.

Erster Band.

63½ Bogen. Lex.-8°. Geheftet 14 ℳ.

In elegantem Halbfranzbande 16 ℳ 50 ₰.

☞ Der nun vollständig vorliegende erste Band des Werkes umfaßt die Art. 1—153, somit den weitaus größten Teil der Gemeindeordnung. Die Erläuterung der noch restierenden Artikel wird in einem zweiten, bedeutend weniger umfangreichen Bande baldmöglichst zur Ausgabe gelangen.

Handbuch

der

inneren Verwaltung

im

diesrheinischen Bayern

von

Dr. Wilhelm von Krais,
Direktor des königl. Verwaltungsgerichtshofes.

Vierte gänzlich umgearbeitete Auflage.

Zweiter Band.

München 1897
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck.

C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

Inhalts-Verzeichniß zum zweiten Bande.

Fünfter Titel.

Allgemeine Landespolizei.

I. Abschnitt.

Stellung und Verfahren der Polizeibehörden überhaupt.

II. Abschnitt.

Sicherheitspolizei.

III. Abschnitt.

Medizinalwesen.

IV. Abschnitt.

Maßregeln gegen sonstige Gefährdungen der öffentlichen Ordnung.

Fünfter Titel.

Allgemeine Landespolizei.*)

Erster Abschnitt.**)

Stellung und Verfahren der Polizeibehörden überhaupt.

§ 85. Einleitung.

Das bayerische Verwaltungsrecht versteht unter allgemeiner Landespolizei das gesammte Gebiet der eigentlichen Polizei (jedoch mit Ausnahme des Medizinalwesens) und der Pflege der materiellen Interessen (die s. g. Wirthschaftspolizei im Gegensatze zu der Pflege der religiösen, sittlichen und intellektuellen Interessen, der s. g. Kulturpolizei).

Die einmal übliche Bezeichnung wurde in dieser Schrift beibehalten, jedoch auch das Medizinalwesen aus sachlichen Gründen als Theil der allgemeinen Landespolizei behandelt.

Grundlagen für das gesammte Polizeistrafrecht in Bayern sind:

Abschn. 29 (§§ 360—370) des Reichs-Strafgesetzbuchs und das Polizeistrafgesetzbuch v. 26. Dezember 1871.

Sämmtliche strafbare Handlungen, bezüglich deren vom Gesetze nicht ausdrücklich Anderes bestimmt ist, sind von den Gerichten und zwar die Uebertretungen und geringeren Vergehen im ersten Rechtszuge regelmäßig von den Schöffengerichten abzuurtheilen.

Gerichtsverfassungsges. §§ 13, 25—57,
bayer. Ausführungsges. hiezu v. 23. Febr. 1879 Art. 23—25.

---

*) Vgl. überhaupt: Seydel, Staatsrecht, Bd. 3 S. 3 ff. (I. Aufl. Bd. 5), den Kommentar zum Polizeistrafgesetzbuche von Riedel-Proebst (München 1894) und die „Handausgabe der in Bayern giltigen allgemeinen Polizeistrafgesetzgebung“ von Reger-Reuß (Ansbach 1895).

**) In 4. Auflage bearbeitet von Bezirksamtsassessor G. Krais in München.

Der Schwerpunkt der Polizeiverwaltung liegt daher in der Gestaltung ihres Verhältnisses zur Straf- und bezw. Polizeistrafrechtspflege, d. h. in der Frage, welche Befugnisse und Verpflichtungen die Polizei auf Grund der bestehenden Gesetze habe:

I. vor Eintritt der strafrichterlichen Thätigkeit und bezw. zur Ermöglichung einer solchen (§ 86),

II. nach Beendigung des strafgerichtlichen Verfahrens (§ 87),

III. unabhängig von einer gerichtlichen Strafeinschreitung (§ 88).

§ 86. Die der richterlichen Thätigkeit vorausgehende Aufgabe der Polizeiverwaltung.

1. Die Präventiv-Aufgabe der Polizei umfaßt das Recht und die Pflicht derselben zu vorläufiger Einschreitung behufs der Verhütung strafbarer Handlungen; die Polizei hat daher durch Aufsicht und Anstalten den Uebertretungen der Strafgesetze möglichst zuvorzukommen und dieselben in ihrem Laufe zu unterdrücken.

Ausführungsges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879 Art. 102 Abs. 1.

Zufolge ihrer Detektiv-Aufgabe hat die Polizei ferner bei Verletzungen der Strafgesetze die zur Ermöglichung und Sicherung der gerichtlichen Einschreitung zulässigen vorläufigen Maßregeln, soweit nöthig, vorzukehren und die Gerichte bei Führung der Untersuchungen, insbesondere bezüglich der Aufnahme und Sammlung der Beweismittel, entsprechend zu unterstützen, sowie in allen Fällen, in welchen die Festnahme einer Person zulässig und veranlaßt erscheint, diese Festnahme zu bewirken; vgl.:

Str.Pr.Ordn. §§ 159, 161,
Ausführungsges. hiezu v. 18. August 1879 Art. 102 Abs. 2 mit 5,
Gemeindeordn. Art. 138, insbesondere Abs. 3, 4,
ME. v. 19. Juni 1864, Weber VI. 304,
Reger V. 95, 108, VII. 106, 302, XII. 412, XV. 441.

Die Aufgabe, von Amtswegen strafbare Handlungen zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zur Verhütung einer Verdunkelung der Sache zu treffen, sowie die Pflicht, im Auftrage oder auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft Ermittelungen jeder Art mit Ausnahme eidlicher Vernehmungen vorzunehmen, obliegt allen Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes ohne Rücksicht darauf, ob sie Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft (vgl. unten § 90) sind oder nicht.

Str.Pr.Ordn. § 159,
ME. v. 31. August 1879 Ziff. 1, 7, MABl. S. 367,
Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 146 ff.

Die Voraussetzungen und Grenzen der an sich gegenüber jeder strafbaren Handlung zulässigen vorläufigen Einschreitung bemessen sich nach den oben angeführten reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen

ME. v. 11. Jan. 1866 Ziff. IV, Weber VI. 564,
vgl. auch PStr.GB. Art. 20 Abs. 1,
Bl. f. a. Pr. Bd. 21 S. 221, Bd. 22 S. 365;

die Voraussetzungen der vorläufigen Schließung von Anstalten insbesondere bezeichnet Art. 20 Abs. 3 des PStr.GB., während Abs. 4 daselbst der Polizei weiter die Befugniß einräumt, in Fällen, in welchen Jemand eine ihm unter Strafe gebotene Handlung unterläßt, solche vorläufig auf seine Kosten vorzunehmen; vgl. z. B.:

Str.GB. § 367 Ziff. 12 mit 14 (dazu Reger III. 320),
PStr.GB. Art. 29 mit
Gemeindeordn. Art. 54,
PStr.GB. Art. 81; s. auch Art. 73, 105.

Der dadurch verursachte Kostenaufwand kann letzteren Falls jedoch von dem Ungehorsamen nur auf Grund eines richterlichen Urtheils zwangsweise beigetrieben werden. Im Falle der Freisprechung bleibt, wenn die vorläufige Maßregel nicht gerechtfertigt war, der Anspruch auf Schadensersatz gegenüber der Polizeibehörde vorbehalten; jedoch ist auch hier über die Vorfrage, ob eine Pflichtverletzung des Beamten vorliege, vom Verwaltungsgerichtshof zu entscheiden.

Ges. v. 8. August 1878 Art. 7 Abs. 2; vgl. auch:
Riedel-Proebst, Komment. zum PStr.GB. S. 77,
Bl. f. a. Pr. Bd. 22 S. 192, Bd. 33 S. 100,
Seydel, Staatsrecht Bd. 1 S. 601 Note 39, Bd. 3 S. 9 Note 44 (I. Aufl. Bd. 2 S. 458 Note 6, Bd. 5 S. 15 Note 5), überhaupt
Bd. I S. 79 ff. dieses Handbuchs.

Für die Zulässigkeit der provisorischen Festnahme von Personen sind

§§ 127 ff. der Str.Pr.Ordn. und
Art. 102 Abs. 2 mit 5 des Ausführungsges. hiezu

maßgebend; vgl. auch:

PStr.GB. Art. 155 (Betrunkene),
RStr.GB. § 25 Abs. II (vorläufig Entlassene), s. dazu § 14 Abs. 3 der MBek. v. 1. Jan. 1872, RBl. S. 43,
revid. Forstges. (Fassung v. 17. Juni 1896) Art. 127 mit 130,
Gendarmerie-V. v. 24. Juli 1868 § 73, RBl. S. 1385,
Dienstesinstr. für die Gendarmerie v. 20. Sept. 1879 § 132, MABl. S. 377, dann

Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 311 und
Bl. f. a. Pr. Bd. 22 S. 365, Bd. 30 S. 150.

Ueber die Voraussetzungen der Festnahme, den Unterschied letzterer von der „Sistirung" (Zwangsvorführung, vgl. Bd. I S. 86) siehe:

Reger I. 94, 98, 316, II. 74, III. 432, IV. 99, V. 249, VII. 300, VIII. 295, IX. 124, XII. 343, XV. 441, XVI. 89, Erg.Bd. I S. 408,
Bl. f. a. Pr. Bd. 40 S. 399.

Ueber Aussetzung von Belohnungen für Aufgreifung von Verbrechern, Entdeckung von Verbrechen s.:

unten § 91 Ziff. 3.

Ueber Steckbriefe s.:

Str.Pr.Ordn. §§ 131, 489,
MB. v. 1. Jan. 1872 §§ 13, 16, RBl. S. 43,
MB. v. 22. August 1896 Ziff. 5 mit beigefügter Bundesraths-B. v. 6. August 1896 Art. 5, MABl. S. 347,
Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 151.

Die polizeiliche Anordnung (nicht auch der Vollzug) von Beschlagnahmen und Durchsuchungen ist den Polizei- und Sicherheitsbeamten, welche Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft sind, vorbehalten (s. unten § 90).

Str.Pr.Ordn. §§ 98, 105,
vgl. OE. im MABl. 1882 S. 247.

Im Uebrigen bemessen sich die Voraussetzungen, unter welchen jene Maßregeln vorgekehrt werden dürfen, und die Modalitäten des Vollzugs nach

Str.Pr.Ordn. §§ 94—111 (s. auch §§ 447, 459, 477 ff.),

womit zu vergleichen sind

a) in Bezug auf Beschlagnahmen (im Gegensatze einerseits zur bloßen Verwahrung, anderseits zur Einziehung, s. unten § 87 Ziff. 3, S. 12):

Str.GB. §§ 93, 137, 140,
PStr.GB. Art. 20 Abs. 2,
Str.Pr.Ordn. §§ 94 ff., 333 ff., 480,
Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 149 ff.,
Riedel-Proebst, Komment. zum PStr.GB. S. 75,
Reger III. 432 ff., IV. 212, V. 351, VII. 102 ff.;

bezüglich der Niederlande s.:

MB. v. 11. Juni 1896, MABl. S. 213,

dann im Einzelnen:

Ges. üb. Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen v. 10. März 1879 Art. 23 und
MB. v. 25. Okt. 1879 § 5, GVBl. S. 1467;

über Beschlagnahme von Preßerzeugnissen insbesondere:
Reichspreßges. v. 7. Mai 1874 §§ 23 ff.,
Ausführungsges. zur Str.Pr.Ordn. Art. 13,
vgl. unten § 137 Ziff. 7;
über Beschlagnahme bei Forstfreveln:
revid. Forstges. Art. 131 ff.,
VV. v. 10. Okt. 1879 § 37;
über Beschlagnahme und Haussuchungen bei Jagdfreveln:
unten § 132 Ziff. 5;
über Beschlagnahme von Briefen und Postsendungen:
Str.Pr.Ordn. § 99,
Reichspostges. v. 28. Okt. 1871 §§ 5, 32,
ME. v. 2. Juni 1880, JMBl. S. 224;
b) in Bezug auf Durchsuchungen:
Str.Pr.Ordn. §§ 102 ff.,
Str.GV. § 39 Ziff. 3,
Reichsges. v. 21. Juni 1869 üb. Gewährung der Rechtshilfe § 30 Abs. 2,
Reger I. 94, 316, II. 430, IV. 200, VII. 106, 206, XIV. 174,
ferner die spezialgesetzlichen Bestimmungen im
revid. Forstges. Art. 138 ff.,
s. auch VV. v. 10. Okt. 1879 § 38 und ME. v. 19. Okt. 1863, JMBl. S. 182,
revid. Malzaufschlagsges. (Fassung v. 8. Dez. 1889) Art. 41, 42,
Vereinszollges. v. 26. Sept. 1869 §§ 126, 127 u. s. w.,
Reger VI. 353,
s. auch Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 206, Bd. 30 a. a. O., sowie
oben Bd. I S. 130 f. über „Nacheile".

Ueber provisorische Schließung von Vereinen vgl.:
Vereinsges. v. 26. Febr. 1850 Art. 19 Abs. 1 Ziff. 6 und Abs. 2;
über Gewerbebetriebs-Einstellung:
Gewerbeordn. § 15 Abs. 2 (vgl. § 44a Abs. 2, § 60c Abs. 1),
VV. v. 29. März 1892 § 5, GVBl. S. 61,
Reger I. 31, III. 361, IV. 9, 15, VI. 4, 153 f., XII. 1,
VGHE. VI. 36, 298, VIII. 291, XII. 68.

2. Eine andere wichtige Aufgabe der Polizeiverwaltung besteht in dem ihr vorbehaltenen Rechte der Anordnung zum Vollzuge der Polizeistrafgesetze.

Die Gesetzgebung hat zwar in einer Reihe von Fällen Handlungen, welche sich als Gefährdungen der öffentlichen Ordnung darstellen, unter Fixirung ihres Thatbestandes mit Strafe direkt bedroht; in den meisten Fällen aber hat sie die Strafbarkeit solcher Rechtsgefährdungen von dem

Bestande einer vorgängigen allgemeinen polizeilichen Regelung des Gegenstandes oder eines vorherigen polizeilichen Spezialerlasses abhängig gemacht und zu diesem Zwecke der Polizeiverwaltung in verschiedenen Abstufungen und Begrenzungen ein polizeiliches Anordnungsrecht eingeräumt. Innerhalb dieses gesetzlichen Rahmens und unter Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse hat die Polizeiverwaltung hier ein territorial verschieden begrenztes Polizeirecht erst zu schaffen oder wenigstens spezielle polizeiliche Anordnungen erst zu erlassen, ehe eine Strafeinschreitung erfolgen kann. Jenes polizeiliche Anordnungsrecht umfaßt also:

a) den Erlaß der gesetzlich vorbehaltenen allgemein verbindlichen Vorschriften von fortdauernder oder vorübergehender Geltung durch Verordnungen, ober-, distrikts- und ortspolizeiliche Vorschriften.

PStr.GB. Art. 1 Abs. 1, 2, Art. 2 mit 15,
vgl. Seydel, Staatsrecht Bd. 2 S. 328 ff. (I. Aufl. Bd. 3 S. 582 ff.).

Unter den vorbehaltenen Verordnungen sind die in jedem Gebietstheile schon bestehenden landesherrlichen und künftig zu erlassenden königlichen Verordnungen*) zu verstehen.

PStr.GB. Art. 8;
vgl. auch Art. 9 daselbst über das Nothverordnungsrecht und Gewerbeordn. § 155 Abs. 1 über die Gleichstellung gesetzmäßig erlassener Verordnungen mit Landesgesetzen.

Oberpolizeiliche Vorschriften können von den zuständigen Staatsministerien und von den Kreisregierungen erlassen werden; von letzteren sind sie in collegialer Berathung zu beschließen und dem Ministerium in Vorlage zu bringen.

PStr.GB. Art. 7, 11 Abs. 2,
ME. v. 28. Febr. 1862, Weber IX. 343,
ME. v. 6. März 1872, Weber IX. 342,
ME. v. 28. Febr. 1888 und 6. Dez. 1889.

Distriktspolizeiliche Vorschriften können von den Bezirksämtern für den ganzen Verwaltungsbezirk (Art. 4 Abs. 1) und in dem Falle des Art. 5 wegen Ermangelung ortspolizeilicher Vorschriften

vgl. PStr.GB. Art. 2 Ziff. 13, Art. 61 Ziff. 3, Art. 73 Abs. 1, Art. 83 Ziff. 3, Art. 94, 121

---

*) nicht auch die „Verordnungen" in dem weiteren Sinne, auf welche sich eine Plenarentscheidung in der S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 495 — vgl. Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 74 — bezieht, und wie sie im Sprachgebrauch der Reichsgesetzgebung zu verstehen sind; vgl. Riedel-Proebst S. 61, Reger-Reuß S. 151, Seydel, Staatsrecht Bd. 2 S. 328 Note 14, 329 Note 15 (I. Aufl. Bd. 3 S. 582 Anm. 5 mit S. 583 Anm. 1), übrigens auch Stengl. Ztschr. Beibl. zu Bd. 13 S. 37, Bd. 14 S. 85, Bd. 16 S. 68.

auch für einzelne Gemeinden, ortspolizeiliche Vorschriften von den Magistraten und Gemeinde-Ausschüssen

PStr.GB. Art. 3, vgl. auch Art. 4 Abs. 2,
Gemeindeordn. Art. 92, 140, 150 Abs. 4,
O. E. im MABl. 1889 S. 10 ff.

erlassen werden.

In Bezug auf abgesonderte Markungen vgl.:

Gemeindeordn. Art. 3 Abs. 2,

in Bezug auf München:

Gemeindeordn. Art. 97 und
V. v. 2. Okt. 1869, RBl. S. 1881,
S. o. E. f. Str. Bd. 2 S. 57.

Die Zusammenstellung der §§ des Str.GB., bezw. der Art. des PStr.GB., wozu orts-, bezw. distriktspolizeiliche Vorschriften zugelassen sind, s. in § 3 (Band I S. 7 ff.).

Die formelle Behandlung, insbesondere auch die Bekanntmachung der orts- und distriktspolizeilichen Vorschriften richtet sich nach

PStr.GB. Art. 6, 11 Abs. 1, 3,
ME. v. 27. Febr. 1862, Weber V. 599,
ME. v. 28. Febr. 1862 Ziff. 2, Weber IX. 343,
MB. v. 28. Mai 1862, RBl. S. 925,
Gend.Dienstesinstr. v. 20. Sept. 1879 § 101 Abs. 5, MABl. S. 379; vgl.:
O. E. im MABl. 1889 S. 10 ff., 14; 1891 S. 156; 1895 S. 231, 236, 277,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 11 S. 429,
S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 40,
Stengl. Ztschr. Beibl. zu Bd. 13 S. 67, Bd. 14 S. 32, 83, 87, Bd. 18 S. 33,
Bl. f. a. Pr. Bd. 22 S. 396, Bd. 28 S. 402, Bd. 43 S. 59,

die der Vorschriften über landwirthschaftliche Polizei insbesondere weiter nach

PStr.GB. Art. 3 Abs. 2, verglichen mit
Vermarkungsges. v. 16. Mai 1868 Art. 12 ff.,
Gemeindeordn. Art. 55 Abs. 2; vgl.:
O. E. im MABl. 1894 S. 424,
S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 446.

Jegliche Gattung des polizeilichen Anordnungsrechtes kann nur angewandt werden, wo eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung dazu besteht

vgl. auch PStr.GB. Art. 1 Abs. 2 und Art. 2

und darf nicht mit Gesetzen oder einer gesetzlich zugelassenen höheren Gattung in Widerspruch stehen

Art. 10 a. a. O.

Ueber die für orts- und distriktspolizeiliche Vorschriften von fortdauernder Geltung erforderliche Genehmigung enthalten Art. 6 Abs. 1, 3, über die aufsichtliche Befugniß der Verwaltungsstellen Art. 12, 13, über das wegen Erlassung (und den Gemeindebehörden auch wegen Aufhebung oder Suspendirung) von polizeilichen Vorschriften eingeräumte Beschwerderecht Art. 14 die näheren Anordnungen. Beschwerden gegen Erlassung ortspolizeilicher Vorschriften gehen an die Kreisregierungen.

In Bezug auf die Beschwerdeführung vgl. auch:

Stengl. Ztschr. Beibl. zu Bd. 16 S. 33, zu Bd. 17 S. 72,
dann Bd. I § 4 S. 9.

Im Uebrigen richtet sich der Instanzenzug nach Gemeindeordn. Art. 156 Abs. 3.

Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof gegen Erlassung polizeilicher Vorschriften an und für sich, sowie wegen Nichtgenehmigung ortspolizeilicher Vorschriften sind unzulässig,

VGHE. III. 218, 364, 447, IV. 151, V. 280;

s. überhaupt über die Frage der Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes gegenüber ortspolizeilichen Vorschriften

meinen Kommentar zum Ges. v. 8. August 1878 S. 368 Anm. 5, S. 407 Anm. 7.

Ueber die Fortdauer der auf Grund des PStr.GB. von 1861 erlassenen Vorschriften s.:

PStr.GB. von 1871 Art. 159 Abs. 2,
Stengl. Ztschr. Bd. 14 Beibl. S. 5.

Der Richter darf nur die gesetzliche Giltigkeit und gehörige Bekanntmachung, nicht die Zweckmäßigkeit oder Nothwendigkeit der Vorschrift in Erwägung ziehen

PStr.GB. Art. 15,
Stengl. Ztschr. Bd. 3 S. 67, 128, Bd. 7 S. 71, 324, 434, Bd. 9 S. 157, Bd. 12 S. 148, Bd. 14 S. 6, dann Beibl. S. 31, 89, Bd. 15 Beibl. S. 57, Bd. 16 Beibl. S. 3, 17, Bd. 17 Beibl. S. 72, Bd. 18 Beibl. S. 33,
S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 44, Bd. 9 S. 71,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 10 S. 479, Bd. 11 S. 49, Bd. 12 S. 103, 284,
O. E. im JMBl. 1867 S. 218, MABl. 1875 S. 576, 1876 S. 93, 1886 S. 123 und 1887 S. 57,
Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 1, Bd. 24 S. 62, Bd. 26 S. 2, 376, Bd. 27 S. 408, Bd. 28 S. 126,
Bl. f. RA. Bd. 49 S. 72,
vgl. auch VGHE. V. 280,
Reger-Reuß a. a. O. S. 156 ff.,

(welcher Grundsatz in einigen der oben aufgeführten Entscheidungen auch auf die Zweckmäßigkeit oder Nothwendigkeit spezieller polizeilicher Anordnungen angewandt wurde).

Uebrigens kennen auch Spezialgesetze allgemein verbindliche polizeiliche Anordnungen der zuständigen Behörde; vgl. z. B.:

revid. Forstges. Art. 44—46,
Wasserbenützungsges. Art. 1, 9, 46—54, 56, 60, 63, 68, 100,
Heimatges. Art. 44 Abs. 1,
Gemeindeordn. Art. 41 Abs. 3,
Allgem. Bauordn. v. 31. Juli 1890 § 8.

Ueber Ortsstatute im Sinne der Reichsgesetzgebung s.:

oben Bd. I S. 8.

Bezüglich der im Interesse des Arbeiterschutzes zu Art. 120a—c der Gewerbeordn. zu erlassenden oberpolizeilichen Vorschriften s.:

§ 120e der Gewerbeordn. (im Zusammenhalte mit § 147 Ziff. 4 daselbst) und
VB. v. 29. März 1892 § 45,
(vgl. auch UVG. § 81,
landw. UVG. § 89,
Bau-UVG. § 44, im Zusammenhalte mit
PStr.GB. Art. 156 Ziff. 2).

Die eigentlichen Unfallverhütungsvorschriften gehören nicht hierher;

vgl. Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 198 (1. Aufl. Bd. 5 S. 328).

b) Zu unterscheiden von den allgemeinen (fortdauernden oder vorübergehenden) Vorschriften sind polizeiliche Anordnungen, Gebote oder Verbote an einzelne Personen oder in bestimmten einzelnen Fällen. Die Zuständigkeit zu deren Erlassung richtet sich, soferne sie nicht auf einem Spezialgesetze beruht, zufolge

PStr.GB. Art. 1 Abs. 3

nach den allgemeinen Kompetenzverordnungen, insbesondere nach der

V. v. 4. Jan. 1872, namentlich § 33, RBl. S. 25 ff.,

welche Beispiele von

Anordnungen überhaupt in §§ 5, 14, 16, 20 mit 23, 25 u. s. w.,
Verboten in § 3,
Geboten in § 11 (vgl. auch §§ 6 und 18),
Bewilligungen in §§ 2, 4, 8, 13, 17 u. s. w.

enthält; vgl. auch:

Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 4 f. (I. Aufl. Bd. 5 S. 6 ff.),
O. E. im MABl. 1889 S. 10.

Hierher können auch der Arbeitsauftrag, bezw. der Auftrag, sich ein anderweitiges Unterkommen zu suchen (s. unten § 98 Ziff. 2)

Str.GB. § 361 Ziff. 7, 8, verglichen mit
Armenges. Art. 6 Abs 2 und der
cit. V. v. 4. Jan. 1872 § 6,

der Zwangspaß

PStr.GB. Art. 45 und cit. V. v. 4. Jan. 1872 § 18,

ferner jene Aufenthaltsbeschränkung (Ausweisung, bezw. Internirung) gerechnet werden, welche nicht auf Grund einer vorgängigen Verurtheilung, sondern gemäß besonderer gesetzlicher Bestimmung erfolgt, vgl.:

unten § 89 S. 24 ff.,
Freizügigkeitsges. v. 1. Nov. 1867 §§ 4, 5,
Ges. v. 16. April 1868 über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt Art. 45 Ziff. 1, 2, 3, 4, 7, 8, 10,
Jesuitenges. v. 4. Juli 1872 § 2, RGBl. S. 253.

Beispiele von Aufträgen enthält auch das

Str.GB. § 360 Ziff. 10,
revid. Forstges. Art. 37, 42, 46,
Uferschutzges. Art. 17, 26;

von Bewilligungen das

PStr.GB. Art. 25 und 61 Ziff. 2;

s. ferner:

V. v. 20. Sept. 1862 § 1, Sammlungen betr., RBl. S. 2270,
MB. v. 4. Jan. 1872 §§ 4 und 7, die Sicherheit u. s. w. auf Straßen betr., RBl. S. 73,
V. v. 19. Nov. 1887 § 2, GVBl. S. 655, u. dgl.,
Bl. f. a. Pr. Bd. 12 S. 101 ff., Bd. 28 S. 54.

Die oben erwähnten, dann die nach der Gewerbeordnung und sonstigen Gesetzen oder Verordnungen erforderlichen Bewilligungen kommen hier, wo es sich um die Voraussetzungen der Strafeinschreitung handelt, insoferne in Betracht, als etwa mit diesen Bewilligungen besondere Bestimmungen und Bedingungen verbunden werden können, wonach sich dieselben zugleich als Anordnungen charakterisiren, deren Nichtbeachtung strafbar ist.

Das Beschwerderecht und der Instanzenzug bemessen sich bei den an einzelne Personen oder in einzelnen Fällen erlassenen Anordnungen u. s. w. der Polizeibehörden nach den allgemeinen Grundsätzen;

vgl. auch Stengl. Bd. 16 Beibl. S. 33.

Auch die Zulässigkeit polizeilicher Spezialanordnungen ist in der Regel der Würdigung des Verwaltungsgerichtshofes entzogen; vgl.:

meinen Komment. zum Ges. v. 8. August 1878 S. 409 Anm. 7 a. E.

Dieselbe ist vielmehr vom Strafrichter zu würdigen, welchem dagegen eine Beurtheilung der Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit der polizeilichen Anordnung nicht zusteht; vgl. die Bemerkung bei lit. a oben S. 8 und 9, dann:

Stengl. Bd. 17 Beibl. S. 72, jedoch auch Bd. 2 S. 271, Bd. 4 S. 209,
S. o. E. f. Str. Bd. 7 S. 538, Bd. 8 S. 113,
O. E. im MABl. 1885 S. 207, auch 1883 S. 180.

§ 87. Polizeiliche Maßregeln auf Grund oder nach Beendigung des strafgerichtlichen Verfahrens.

1. Dieselben lassen sich im Allgemeinen in drei Klassen theilen, je nachdem sie vom Strafgerichte erkannt und von der Polizei blos vollzogen

(z. B. Str.GB. § 56, unten Ziff. 8)

oder (wie die unter Ziff. 4, 5, 6, 7 aufgeführten Maßregeln) vom Gerichte lediglich für zulässig erklärt und von der Polizeibehörde nach eigenem Ermessen verwirklicht oder endlich (wie gewisse Aufenthaltsbeschränkungen) von der Polizei an die bloße Thatsache der Verurtheilung wegen bestimmter Handlungen geknüpft werden; — über Fälle dieser letzteren Art und die maßgebende Bedeutung des strafgerichtlichen Urtheils für administrative Maßregeln vgl. auch:

Bl. f. a. Pr. Bd. 34 S. 410.

Nach einer anderen Richtung läßt sich die Befugniß zu polizeilichen Vollzugsmaßregeln überhaupt (Ziff. 2) von den unter Ziff. 4 mit 8 aufgeführten speziellen Maßregeln unterscheiden.

Die Staatsanwälte und Amtsanwälte haben Straferkenntnisse, wodurch polizeiliche Maßregeln für zulässig erklärt oder Anordnungen, deren Vollzug den Polizeibehörden zukommt, getroffen wurden, nach eingetretener Rechtskraft der zuständigen Polizeibehörde alsbald mitzutheilen.

§ 79 der Vorschriften über Geschäftsbehandlung in schöffengerichtlichen Strafsachen v. 20. August 1879, MABl. 1880 S. 13.

2. Die Polizeibehörden sind nach

PStr.GB. Art. 16

berechtigt, auf Grund eines wegen einer Uebertretung ergangenen rechts-

kräftigen Strafurtheils und unter Vorsetzung einer bestimmten Frist behufs Beseitigung des polizeiwidrigen Zustandes dem Verurtheilten positive Handlungen aufzuerlegen und nach Ablauf der Frist diese Handlungen auf Kosten des Ungehorsamen vornehmen zu lassen. Der festgestellte Kostenaufwand wird dem Rentamte zur Zwangsbeitreibung überwiesen.

Beispiele bieten:

PStr.GB. Art. 29, 80, 93;
vgl. auch Stengl. Ztschr. Bd. 4 S. 26, Ztschr. f. G. u. R. Bd. 11 S. 180, Bl. f. a. Pr. Bd. 22 S. 129 ff., 133 ff.,
VGHE. XI. 192.

3. Die Einziehung einzelner Sachen in den gesetzlich zulässigen Fällen

Str.GB. §§ 40 mit 42, 152, 295, 296a, 360 Ziff. 1, 2, 4, 5, 6, 14, § 367 Ziff. 7, 8, 9, § 369 Ziff. 2 (s. Abs. 2 der letztgenannten drei §§),
Str.Pr.Ordn. §§ 477 ff.,
PStr.GB. Art. 17, 18, 20, 39, 52–54, 67, 75, 76, 125 Abs. 3, Art. 126 Abs. 3, 4,
Vereinszollges. v. 26. Sept. 1869 §§ 134, 135, 147, 154 ff., dann Ausführungsges. zur Str.Pr.Ordn. Art. 88 ff.,
Ges. über Salzsteuer v. 16. Nov. 1867 § 11,
Reichsges. v. 11. Juni 1870, Urheberrecht an Schriften betr., §§ 21, 22, 25, 43, 45,
Reichsges. v. 9. Jan. 1876, Urheberrecht an Werken bildender Kunst betr., § 16,
Reichsges. v. 10. Jan. 1876, Schutz der Photographien betr., § 9,
Reichsges. v. 11. Jan. 1876, Urheberrechte an Mustern betr., § 14,
Reichsges. v. 3. Juli 1878, den Spielkartenstempel betr., § 10,
Reichsges. v. 14. Mai 1879, Verkehr mit Nahrungsmitteln betr., § 15,
Reichsges. (in der Fassung v. 1. Mai 1894), Abwehr von Viehseuchen betr., § 66 Ziff. 1,
Reichsges. v. 9. Juni 1884, den Gebrauch von Sprengstoffen betr., § 11,
Reichsges. v. 25. Juni 1887, Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen betr., § 6,
Reichsges. v. 5. Juli 1887, Anwendung schädlicher Farben betr., § 13,
Reichsges. v. 12. Juli 1887, Ersatzmittel für Butter betr., § 5,
Reichsges. v. 22. März 1888, Vogelschutz betr., § 7,
Reichsges. v. 22. Juni 1889, Inv.- und Alters-Vers. betr., §§ 154, 155,
Reichsges. v. 19. Mai 1891, Handfeuerwaffen betr., § 9,
Reichsges. v. 20. April 1892, Verkehr mit Wein betr., § 9,
Reichsges. v. 12. Mai 1894, Schutz der Waarenzeichen betr., § 19

wird von dem erkennenden Strafgerichte unmittelbar vollzogen; vgl.:

Str.Pr.Ordn. §§ 477 ff.,
Reichs-Gerichtskostenges. v. 18. Juni 1878 § 75,
Stengl. Ztschr. Bd. 14 S. 72, Bd. 16 S. 149,

Reger IV. 56, V. 212, 440, VII. 432, 434, X. 71, I. Egbd. S. 128, Bl. f. RA. Bd. 49 S. 100.

Die Einziehung erfolgt durch Hinübergabe an das Rentamt

ME. v. 8. Sept. 1868, JMBl. S. 207,

soferne nicht Vernichtung oder Ueberweisung an die Armenkasse

s. oben Bd. I § 18 S. 115

eintritt; vgl. auch:

O. E. im MABl. 1874 S. 132.

4. Bei Schließung von Anstalten

PStr.GB. Art. 17 Abs. 2, Art. 18, 59, 133,

wenn solche vom Richter für zulässig erklärt ist, hat die Polizeibehörde über Anwendung und Modalität des Vollzugs der Maßregel selbständig zu verfügen.

5. Die Befugniß der Polizeibehörde zur Beseitigung des vorschriftswidrigen Zustandes von Abtritts-, Dung- und Versitzgruben

PStr.GB. Art. 73,

desgleichen von Bauten

PStr.GB. Art. 105,
vgl. auch VGHE. I. 219,

endlich von gewerblichen Anlagen

PStr.GB. Art. 130,

ist bei jeder Verurtheilung wegen der bezeichneten Uebertretungen vom Strafrichter auszusprechen; vgl. jetzt:

Gewerbeordn. §§ 16, 24, 25, dann 147 Abs. 1 Ziff. 2, 4 und Abs. 3, 4,
ME. v. 31. März 1892, Anweisung §§ 19 ff., MABl. S. 91,
Reger X. 374, 381,
VGHE. II. 291.

In den unter Ziff. 3, 4, 5 bisher bemerkten Fällen kann nach

PStr.GB. Art. 18

der betreffende richterliche Ausspruch, bezw. die entsprechende polizeiliche Verfügung auch dann erlassen werden, wenn die Verfolgung oder Verurtheilung einer bestimmten Person nicht ausführbar ist. In diesem Falle, sowie bei Mittellosigkeit des Verurtheilten, hat der Vollzug, wenn derselbe dringend geboten ist, auf Staatskosten zu erfolgen; vgl.:

Riedel-Proebst, Komment. zum PStr.GB. S. 73,
Stengl. Ztschr. Bd. 14 Beibl. S. 37, Bd. 16 S. 146, Bd. 18 Beibl. S. 74,
S. o. E. f. Str. Bd. 3 S. 525, Bd. 4 S. 155,
O. E. im MABl. 1884 S. 250.

Ueber die Anwendbarkeit der

Str.Pr.Ordn. § 477

auf alle Fälle des Art. 18 Abs. 2 s.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 395 mit
Riedel-Proebst a. a. O. S. 73 Anm. 3.

Im Falle des
Art. 81 Abs. 2 des PStr.GB.
kann der Strafrichter die Polizeibehörden ermächtigen, für die Unterbringung der verwahrlosten Person auf Kosten des Pflichtigen zu sorgen; vgl.:
Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 24, RBl. S. 25,
Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 294.

6. Die Polizeiaufsicht
(Str.GB. §§ 38, 39, vgl. auch §§ 45, 57 Ziff. 5, § 76 Abs. 2)
ist, abgesehen von den im Reichs-Str.GB. vorgesehenen Fällen, nach
Reichsgeſ. v. 14. Mai 1879, den Verkehr mit Nahrungsmitteln betr., § 13 Abs. 2 und
Reichsgeſ. v. 9. Juni 1884, den Verkehr mit Sprengstoffen betr., § 11,
zulässig;
vgl. Reger I. 78, II. 299, III. 53, V. 348, VII. 165, IX. 338,
Bl. f. a. Pr. Bd. 18 S. 44 mit Bd. 21 S. 193, Bd. 44 S. 22, dann
Riedel-Proebst a. a. O. S. 25 ff.,
Reger-Reuß a. a. O. S. 16,
Seydel, Staatsrecht, Bd. 3 S. 17 f. (I. Aufl. Bd. 5 S. 30).

Die landespolizeiliche Zuständigkeit zur Verwirklichung der für zulässig erklärten Stellung unter Polizeiaufsicht ist den Distriktspolizeibehörden vorbehalten.
§ 1 der Komp.V. v. 4. Jan. 1872, RBl. S. 25,
vgl. auch MB. v. 9. August 1872 Ziff. 1, RBl. S. 1967.

Die Maßregel soll nur in besonderen Fällen auf Grund der Gutachten der Strafanstalts-Vorstände erfolgen; siehe hierüber und über das Verfahren überhaupt:
MB. v. 25. Febr. 1872, RBl. S. 921,
Gend.Dienstesinstr. v. 20. Sept. 1879 § 85, MABl. S. 379.

Bezüglich der bei Ausländern in der Regel an Stelle der Polizeiaufsicht tretenden Ausweisung aus dem Bundesgebiete vgl.:
§ 6 der cit. MB. v. 25. Febr. 1872,
Reichskanzleramts-Erlaß v. 8. Okt. 1873, MABl. 1874 S. 99,
ME. v. 31. August 1878 Ziff. 1, 2, MABl. S. 297, und
unten § 89 S. 25.

Wenn sich Personen, deren Stellung unter Polizeiaufsicht zulässig ist, in einen anderen Bundesstaat begeben, kann diese Maßregel auch dort von der Landespolizeibehörde des Aufenthaltsorts verfügt werden; vgl. hierüber und über die vorgeschriebenen gegenseitigen Benachrichtigungen:
MB. v. 9. August 1872, RBl. S. 1967.

Ueber die Wirkungen der Polizeiaufsicht s. insbesondere:

Str.GB. § 39 und Str.Pr.Ordn. §§ 103—106, 113,
ME. v. 9. Mai 1871 Ziff. II, das Paßwesen betr., Weber IX. 3,
cit. MB. v. 25. Febr. 1872 § 8,
Gewerbeordn. §§ 42b, 43, 44a, 57, 58, 59a, 62,
Jagdausübungsges. v. 30. August 1850 Art. 18 Ziff. 2,
Gemeindeordn. Art. 13 Abs. 2 lit. c, d, Art. 15, 16,
Freizügigkeitsges. § 3 Abs. 2,
Reichspreßges. §§ 4, 5,
Stengl. Ztschr. Bd. 16 S. 147;

dann über den Bruch der Polizeiaufsicht:

Str.GB. § 361 Ziff. 1.

Vergleiche auch PStr.GB. Art. 31.

7. Ueberweisung an die Landespolizeibehörde (Str.GB. § 362 Abs. 2, 3) und ihre Folgen; vgl.:

Seydel, Staatsrecht, Bd. 3 S. 19 (I. Aufl. Bd. 5 S. 32).

Ueber die Voraussetzungen dieses richterlichen Ausspruches s.:

Str.Pr.Ordn. § 447 Abs. 3, vgl. auch § 113,
O. E. im MABl. 1877 S. 311,
S. o. E. f. Str. Bd. 7 S. 346,
Reger III. 313, 406, IV. 67, VI. 305, 471, VII. 447, VIII. 95, XIV. 197,
ME. v. 31. August 1878 Ziff. 3, MABl. S. 297,
ME. v. 11. Mai 1880, MABl. S. 246,
ME. v. 3. Dez. 1881, vgl. auch
ME. v. 7. Juli und 11. Okt. 1863, Weber VI. 244.

Soweit dieser richterliche Ausspruch für die Landespolizeibehörde die Befugniß in sich schließt, die verurtheilte Person zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden, hat die Maßregel, ebenso wie die in § 362 Abs. 1 erwähnte Arbeitsverwendung außerhalb der Strafanstalt, bis jetzt noch keine Anwendung gefunden.

MB. v. 15. Jan. 1872 Ziff. VIII, JMBl. S. 47.

Hier kommt also zunächst nur die s. g. korrektionelle Nachhaft, d. h. die Zulässigkeit in Betracht, die verurtheilte Person bis zu zwei Jahren in einem Arbeitshause unterzubringen; vgl.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 21 S. 197, Bd. 29 S. 49, Bd. 39 S. 398, Bd. 43 S. 409,
Reger I. 340, II. 183, VII. 165,
ME. v. 27. Mai 1891.

Die in § 362 Abs. II des Str.GB. der Landespolizeibehörde des Staates, in welchem die Verurtheilung erfolgt ist, vorbehaltene bezügliche Befugniß wird von den Distriktspolizeibehörden

Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 7, RBl. S. 25

nach Maßgabe der

ME. v. 28. März 1891, MABl. S. 119,

ausgeübt; durch letztere sind zahlreiche ältere Ministerialentschließungen über diesen Gegenstand ganz oder theilweise aufgehoben worden; vgl. übrigens auch:

MB. v. 9. August 1872, RBl. S. 1967,
ME. v. 27. Juni 1883, Weber IX. 493,
ME. v. 12. Juni 1890, MABl. S. 243.

Die korrektionelle Nachhaft, hinsichtlich deren Festsetzung alle Reichsangehörige gleich zu behandeln sind, ist unter den Voraussetzungen des § 362 Abs. 2 des Str.GB. in der Regel gegen jeden der Landespolizeibehörde überwiesenen Reichsangehörigen festzusetzen;

cit. ME. v. 28. März 1891 Ziff. V, VI.

Auch die der Landespolizeibehörde überwiesenen Ausländer können, wenn durch sie die Sicherheit der Personen und des Eigenthums besonders gefährdet erscheint, in ein Arbeitshaus eingeschafft werden;

cit. ME. v. 28. März 1891 Ziff. VII, vgl.
ME. v. 11. April 1885 Ziff. 4, MABl. S. 101;

anderenfalls sind sie aus dem Reichsgebiete auszuweisen, vgl. auch:

Str.GB. § 362 Abs. 3,
Reichskanzler-Bek. v. 8. Okt. 1873, MABl. 1874 S. 99,
ME. v. 31. August und 9. Dez. 1878 (Ziff. 2), MABl. S. 297, 413,
dann § 89 S. 25 Ziff. 2.

Ueber die Dauer der Verwahrung, den Beginn der zweijährigen Frist der polizeilichen Unterbringungsbefugniß u. s. w. siehe:

cit. ME. v. 28. März 1891 Ziff. X.

Als Arbeitshäuser dienen die früheren Polizeianstalten, deren Hausordnung in den

V. v. 12. Juni 1862, RBl. S. 1333,
V. v. 11. Febr. 1868, RBl. S. 137,
V. v. 7. Jan. 1872, RBl. S. 113,
V. v. 26. Nov. 1875, GVBl. S. 689,

enthalten ist und welche dem Staatsministerium des Innern und den Kreisregierungen unterstellt sind; vgl. auch:

Str.Ausf.Ges. v. 18. August 1879 Art. 27, 28, dann
ME. v. 21. Dez. 1863, JMBl. 1864 S. 2,
ME. v. 13. Okt. 1866, JMBl. S. 308,
ME. v. 3. Jan. 1867, JMBl. S. 142,
MB. v. 15. Jan. 1872 Ziff. I, JMBl. S. 47,
MB. v. 26. Jan. 1872, RBl. S. 377,
ME. v. 3. Okt. 1879 Ziff. VI, MABl. S. 537,
BGHE. XII. 120.

Ueber die Benennung der Beamten der Arbeitshäuser vgl.:
MB. v. 14. Okt. 1869, RBl. S. 1877,
MB. v. 26. Jan. 1872, RBl. S. 377, mit
B. v. 17. Juni 1862, RBl. S. 1387,
MB. v. 5. Mai 1892, GBBl. S. 114.

Der Einlieferungsrayon der Arbeitshäuser (bezw. der entsprechenden Staats-Erziehungsanstalten) ist durch die
cit. ME. v. 28. März 1891 Ziff. XVII
bestimmt.

Das Verfahren der Distriktspolizeibehörden, welche gemäß
cit. ME. v. 28. März 1891 Ziff. II, IV
von dem die Ueberweisung an die Landespolizeibehörde aussprechenden Urtheile, dem Strafverbüßungsorte und dem Ende der Strafzeit benachrichtigt werden, richtet sich nach
Ziff. III ff. der cit. ME. v. 28. März 1891.
Die Kosten der Unterbringung trägt die Staatskasse;
cit. ME. v. 28. März 1891 Ziff. XII Abs. 5.

Vergleiche ferner bezüglich der Unterbringung von Militärpersonen:
Wehr-Ordn. § 62 Ziff. 6, § 72 Ziff. 1 lit. b,
ME. v. 5. März 1881, MABl. S. 44,
ME. v. 24. Juni 1888, MABl. S. 236,
ME. v. 4. Nov. 1889 (Zenetti S. 545),
cit. ME. v. 28. März 1891 Ziff. X Abs. 6,
Kr.ME. v. 26. Mai 1891, MABl. S. 208;
über die Konstatirung der Arbeitsfähigkeit u. dgl.:
Ziff. IV der cit. ME. v. 28. März 1891,
womit die
ME. v. 11. Juni 1864, Weber VI. 418,
ME. v. 26. Febr. 1865, Weber VI. 417,
ME. v. 31. März 1867, Weber VII. 3,
ME. v. 26. Juni 1868, Weber VI. 611,
ME. v. 24. Juli 1872, Weber IX. 481,
ME. v. 23. Febr. 1879, Weber XII. 655,
ME. v. 6. Juli 1895
zu vergleichen sind; über Abkürzung der Verwahrungsdauer, namentlich wegen Krankheit u. dgl., bezw. Wiedereinschaffung nach erfolgter Genesung, über ein den Anstaltsverwaltungen selbst zustehendes Beschwerderecht u. s. w. vgl.:
cit. ME. v. 28. März 1891 Ziff. X a. E. und XI,
Reger XV. 102.

Ueber Bekleidung der in die Arbeitshäuser einzuliefernden Detenten vgl.:
Ziff. XIII Abs. 1 der cit. ME. v. 28. März 1891 mit
ME. v. 24. April 1881, MABl. S. 149,
ME. v. 1. Dez. 1892;
über Reiseunterstützung und Bekleidung bei der Entlassung:
ME. v. 14. Jan. 1871, JMBl. S. 25,
ME. v. 19. April und 29. Mai 1872, dann 14. Sept. 1873, Weber IX. 404;
vgl. überhaupt § 93.

Wenn der Einlieferung in das Arbeitshaus besondere Hindernisse entgegenstehen, sind die Betreffenden vorläufig zu entlassen, da eine längere polizeiliche Detinirung unzulässig ist.
ME. v. 12. Jan. 1874, Weber X. 180.

Der Beschluß über Verhängung der correctionellen Nachhaft ist dem das Strafregister des Detenten führenden Amtsanwalt mitzutheilen.
Bundesr.B. v. 16. Juni 1882 § 5 Ziff. 2, MABl. S. 276.

8. Erziehungs- und Besserungs-Anstalten für jugendliche Personen.

Es ist hier zunächst nicht von der mit Zustimmung der Eltern oder Vormundschaft erfolgenden Unterbringung verwahrloster oder der Verwahrlosungs-Gefahr ausgesetzter Kinder
(vgl. auch PStr.GB. Art. 81 Abs. 2)
in Rettungsanstalten Seitens der Gemeinden, Armenpflegen, besonderer Vereine u. dergl., sondern, nachdem die höchst wünschenswerthen landesgesetzlichen Vorschriften zum Vollzuge des
§ 55 Abs. 2 des Str.GB.
noch nicht ergangen sind, zunächst von der auf Grund des
§ 56 des Str.GB.
erfolgenden zwangsweisen Unterbringung die Rede.
ME. v. 3. Febr. 1877, Weber XII. 10,
Bl. f. a. Pr. Bd. 21 S. 199,
Reger III. 171, X. 142.

Wenn die Unterbringung von Personen zwischen 12 und 18 Jahren richterlich auf Grund obiger Gesetzesbestimmung ausgesprochen ist, liegt der Vollzug derselben, insbesondere also die Einlieferung in die dazu bestimmte Anstalt, der mit Besorgung des Schubwesens betrauten Distriktspolizeibehörde ob. Die der betr. Erziehungs- oder Besserungsanstalt vorgesetzte Kreisregierung, K. d. J., hat sodann die Verwahrungsdauer festzusetzen. Dieselbe hat auch die Befugniß, die Entlassung vor Ablauf der Verwahrungsdauer zu verfügen, wenn der Erziehungszweck nicht erreicht werden kann;
ME. v. 9. Febr. 1875.

Nähere Bestimmungen über den Vollzug sowie über den Einlieferungsbezirk der bestehenden Anstalten enthalten die theilweise noch giltigen

ME. v. 8. Juli 1863, Weber VI. 192,
ME. v. 14. Juli 1864, Weber VI. 308, dann die
ME. v. 31. Dez. 1871, JMBl. 1872 S. 16, modificirt durch
ME. v. 23. Nov. und 2. Dez. 1879 Ziff. 1, MABl. S. 591 ff.,
ME. v. 30. Dez. 1881, MABl. 1882 S. 3,
ME. v. 23. Febr. 1893, MABl. S. 43; vgl.:
Stengl. Ztschr. Bd. 12 S. 148, Bd. 13 S. 75, 84, Bd. 14 S. 259.

Eine Unterbringung solcher jugendlichen Personen, welche nach § 362 des Str.GB. der Landespolizei überwiesen sind, in Erziehungs- und Besserungsanstalten findet nicht statt; derartige jugendliche Personen sind vielmehr nach den unter Ziff. 7 erwähnten Bestimmungen zu behandeln, da in jenen Erziehungs- und Besserungsanstalten nur mehr jugendliche Personen nach § 56 cit. unterzubringen sind.

ME. v. 28. Dez. 1871, JMBl. 1872 S. 50; vgl. auch
cit. ME. v. 2. Dez. 1879 Ziff. 2.

Für die Art der Entlassung der Pfleglinge aus den Anstalten sind die Vorschriften der

cit. ME. v. 14. Juli 1864

maßgebend.

Die Einlieferung jugendlicher Personen in Erziehungsanstalten soll regelmäßig nicht auf gewöhnlichem Schublieferungswege, sondern durch verlässige Begleiter erfolgen;

cit. ME. v. 31. Dez. 1871 Ziff. V; vgl. auch
ME. v. 26. August 1875, MABl. S. 444,
ME. v. 24. Juni 1894.

Bezüglich der Kosten des Unterhalts und über die Konstatirung der Vermögensverhältnisse der Einzuschaffenden s.:

ME. v. 2. Juni 1864, Weber IX. 247,
cit. ME. v. 31. Dez. 1871 Ziff. X,
ME. v. 25. Mai 1893, MABl. S. 135.

9. Aufenthaltsbeschränkungen können in Folge der richterlich für zulässig erklärten Polizeiaufsicht, bezw. ausgesprochenen Ueberweisung an die Landespolizeibehörde vorkommen (vgl. Ziff. 6, 7) und gegenüber vorläufig entlassenen Sträflingen verfügt werden;

vgl. Str.GB. § 23 ff.,
MB. v. 1. Jan. 1872 §§ 11, 12, RBl. S. 43,
Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 157,
s. im Uebrigen unten § 103.

Auch abgesehen von diesen Fällen können Ausweisungen von der Polizeibehörde selbständig an die Thatsache der Bestrafung wegen gewisser Reate geknüpft werden. Des Zusammenhangs wegen werden diese Maßregeln jedoch ihre Erörterung unter § 89 finden.

10. Eine auf Grund strafrichterlicher Einschreitung zulässige, praktisch übrigens nicht sehr erhebliche polizeiliche Maßregel ist auch die **Untersagung des Gewerbebetriebes** in dem Falle des

Art. 8 des Ausführungsges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879,
vgl. Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 292,
PStr.GB. Art. 131 Abs. 2,
Gewerbeordn. § 143 Abs. 1, 2, ferner unten §§ 148, 149 über sonstige Gewerbe-Untersagungen u. dgl.

Ueber die nach

Gewerbeordn. § 147 Abs. 3, 4

zulässige Wegschaffung einer Anlage oder Herstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes und Einstellung des Betriebs vgl.:

VB. v. 29. März 1892 § 51, GVBl. S. 61,
ME. v. 31. März 1892 Anweisung § 21, MABl. S. 91,
VGHE. III. 173,
Stengl. Ztschr. Bd. 14 S. 83, dann
Reger I. 33, II. 389, VII. 359, XIV. 236; übrigens auch IV. 13, VI. 154,
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 409 Note 72 (I. Aufl. Bd. 5 S. 681 Note 5),
Reger, Gewerbeordn. (2. Aufl.) S. 289.

11. Ueber polizeiliche Trennung von Concubinaten vgl.:

PStr.GB. Art. 50a,
OLGE. II. 341, 513, 529, 538, III. 43, 238, IV. 339,
O. E. im MABl. 1883 S. 205, 1884 S. 6, 80,
Reger III. 439,
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 188.

§ 88. Polizeiliche Maßregeln unabhängig von einer richterlichen Einschreitung.

1. Unabhängig von der Strafverfolgung, d. h. gleichviel, ob eine solche eintritt oder aus irgend welchem Grunde unterbleibt, ist die Polizeibehörde insbesondere in den Fällen des

PStr.GB. Art. 32 Abs. 2, Art. 33 Abs. 2, Art. 34 Abs. 2, Art. 38 Abs. 2, Art. 55, Art. 83 Abs. 2, Art. 106 Abs. 4, 5

zu polizeilichen Verfügungen zuständig; vgl. auch:

Rayonsges. v. 21. Dez. 1871 § 32, RGBl. S. 459,
Gewerbeordn. §§ 15, 44a Abs. 2, § 60c Abs. 2,
Bl. f. a. Pr. Bd. 28 S. 275.

2. Die oben aufgezählten Fälle berühren Handlungen, welche an und für sich betrachtet auch der strafrichterlichen Kognition unterliegen. Die Polizei ist jedoch ferner zur selbständigen Einschreitung in einer Anzahl von Fällen berufen, in welchen eine strafrichterliche Zuständigkeit überhaupt nicht begründet ist und eine Bestrafung daher entweder gar nicht in Frage kommt oder doch nicht vom Gerichte, sondern ausnahmsweise von der Polizeibehörde selbst ausgeht.

Zu den Fällen ersterer Art gehört die polizeiliche Haftnahme Irrsinniger und ähnlicher Personen bis zur Feststellung der Identität und der Heimath, vgl.:

ME. v. 7. Juli und 11. Okt. 1863, Weber VI. 244,
ME. v. 8. August 1866, JMBl. S. 243,
Bl. f. a. Pr. Bd. 21 S. 221;

die Befugniß der Polizeibehörde, Thiere, von welchen eine Gefährdung der Menschen zu besorgen ist, erforderlichen Falls tödten zu lassen

PStr.GB. Art. 19 und Komp.B. v. 4. Jan. 1872 § 14,
s. auch Hundegebührenges. v. 2. Juni 1876 Art. 4 Abs. 4;

die Verfügung von Aufenthaltsbeschränkungen und Ausweisungen, soweit solche gesetzlich auch nichtbestraften Personen gegenüber zulässig ist (vgl. § 89) u. dgl.;

die Schließung von Vereinen nach Art. 19 Ziff. 1 mit 5 des Vereinsgesetzes;

s. hierüber unten § 138 Ziff. 4.

Eine selbständige polizeiliche Strafgewalt besteht noch bei Uebertretungen distriktspolizeilich genehmigter Wiesenordnungen nach

Art. 11 Ziff. 2 lit. c des Ges. v. 28. Mai 1852, Be- und Entwässerungsunternehmungen betr.,
vgl. Ausführungsges. zur Str.Pr.Ordn. Art. 3 Ziff. 10 lit. c.

Siehe ferner:

Gemeindeordn. Art. 41 Abs. 4,
Strafausführungsges. v. 18. August 1879 Art. 97,
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 309

über den der Gemeindebehörde zustehenden Ausspruch bei Gefährdung oder Entziehung gemeindlicher Gefälle.

Das Verwaltungsstrafverfahren gegen Uebertretungen der Vorschriften über Erhebung staatlicher Abgaben und Gefälle

Str.Pr.Ordn. §§ 459 ff.,
Einführungsges. hiezu § 6 Ziff. 3 und Ausführungsges. Art. 86 ff.,
Gebührenges. (Fassung v. 6. Juli 1892) Art. 40 ff., Art. 266 Abs. 2,
Reichsges. v. 9. Juni 1885, RGBl. S. 256,

welches in Aufschlags-, Zoll- und Hundegebühren-Straffachen

(GVBl. 1879 S. 1379, 1381),

in Wechselstempel-, Erbschaftssteuer-, Gebühren-Straffachen u. dgl., dann bei Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz über Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen

(GVBl. 1879 S. 1409, 1463, 1467)

und gegen die Gesetze über die Gewerbe-, Kapitalrenten- und Einkommensteuer

MB. v. 30. Sept. 1881, MABl. S. 363

Platz greift, berührt das Gebiet der inneren Verwaltung nicht näher.

3. Wichtiger ist das den Verwaltungsbehörden eingeräumte Zwangsrecht zum Vollzuge von Gesetzen und gleichgestellten Verordnungen, deren Uebertretung nicht mit Strafe bedroht ist. Nach

Art. 21 Abs. 1 des PStr.GB.

sind die Behörden der inneren Verwaltung befugt, die innerhalb ihrer Zuständigkeit zu obigem Zwecke an bestimmte Personen erlassenen und denselben eröffneten Verfügungen durch Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel zur Ausführung zu bringen.

Reger-Reuß a. a. O. S. 164,
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 7 f. (I. Aufl. Bd. 5 S. 11 ff.),
VGHE. III. 480, 525,
Bl. f. a. Pr. Bd. 22 S. 239.

Als solche Zwangsmittel sind hier insbesondere zu erwähnen:

a) Ungehorsamsstrafen, welche für den Fall der Nichtbefolgung einer Verfügung obiger Art angedroht und im Falle des Ungehorsams als verwirkt erklärt werden.

PStr.GB. Art. 21 Abs. 2 und 3,
Gemeindeordn. Art. 99, 143, 148,
Berggef. v. 20. März 1869 Art. 199,
VB. z. KVG. v. 15. Okt. 1892 Ziff. 30, GVBl. S. 633.

Die (in Haft nicht umwandelbaren) Ungehorsamsstrafen werden übrigens nur gegenüber physischen Personen, nicht auch gegenüber Behörden anwendbar sein und sind im Gebiete der verwaltungsrechtlichen Zwangsvollstreckung ausgeschlossen; vgl.:

VGHE. I. 109, III. 107, V. 107.

b) Vornahme einer Handlung, welche der durch Verfügung der zuständigen Behörde hiezu Aufgeforderte in der vorgesetzten Frist zu vollziehen unterlassen hat, auf Kosten des Ungehorsamen und Beitreibung des von der Behörde festgestellten Kostenaufwandes.

PStr.GB. Art. 21 Abs. 4,
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 8 Note 37 (I. Aufl. Bd. 5 S. 14 Note 5).

Ueber die den Gesetzen gleichgestellten Verordnungen, dann über den Unterschied, welcher bezüglich der Erzwingbarkeit der nicht unter Strafe gestellten Anordnungen zwischen Gesetzen und Verordnungen besteht, vgl.:

PStr.GB. Art. 21 Abs. 7 und Art. 22 Abs. 3.

Ueber die Anordnungen der Art. 21, 22 im Allgemeinen s. die Erörterungen in

Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 164 f.,
Riedel-Proebst, Komment. hiezu S. 81 ff.,

über administrative Zwangsvollstreckung oben Bd. I § 15 S. 86 ff.

4. Verschieden von den Ungehorsamsstrafen sind die Disciplinar- und Ordnungsstrafen; über die Disciplinarstrafen vgl.:

Art. 3 Ziff. 1 des Ausführungsges. zur Str.Pr.Ordn.,
Wagner's Komment. hiezu (Erlangen 1886) S. 31 ff.

Dieselben setzen, wie die Ordnungsstrafen, ein dienstliches oder geschäftliches

(vgl. z. B. Kaminkehrerordn. v. 27. Febr. 1869 § 3)

Unterordnungsverhältniß voraus und bezielen die Aufrechthaltung dienstlicher Vorschriften und Pflichten; die Ordnungsstrafen, welche hiebei insbesondere die Beobachtung des formellen Geschäftsganges zu sichern suchen, haben mit den Ungehorsamsstrafen gemeinsam, daß sie in der Regel vor der Verhängung erst angedroht worden sein müssen; vergl. jedoch auch:

Gemeindeordn. Art. 165,
Reichsges. v. 6. Febr. 1875 § 11 Abs. 2, Beurk. des Personenstands betr.,
Viehvers.Ges. v. 11. Mai 1896 Art. 13, GVBl. S. 207,
Bl. f. a. Pr. Bd. 12 S. 41, Bd. 14 S. 27, Bd. 16 S. 33.

5. Die reichsgesetzliche Unterscheidung von Zwangs- (bezw. Exekutiv-) und Ordnungs-Strafen beruht theilweise auf anderen, nicht immer folgerichtig festgehaltenen Gesichtspunkten; vgl.:

Ges. v. 6. Febr. 1875, Beurkundung des Personenstandes betr., § 68 Abs. 3 mit Reger-Dames' Erläut. hiezu S. 84,
Gewerbeordn. § 104 Abs. 3, § 130,
Hilfskassenges. v. 7. April 1876 bezw. 1. Juni 1884 § 33 Abs. 4,
Krankenversicherungsges. v. 15. Juni 1883 bezw. 10. April 1892 § 6a Abs. 2, § 45 Abs. 1, § 66 Abs. 1, § 76a Abs. 2, § 76b Abs. 2, § 76e,
Unfallversicherungsges. v. 6. Juli 1884 § 11 Abs. 3, § 35 Abs. 2, § 49 Abs. 3, § 78 Ziff. 2, § 82 Abs. 2, § 85 Abs. 2, §§ 103—105 und Landmann's Komment. hiezu S. 257 ff.,

land- u. forstw. Unfallvers.Ges. v. 5. Mai 1886 § 53 Abs. 3, § 90 Abs. 2, § 93 Abs. 2, §§ 123—125 und Rasp, Komment. S. 243 ff.,
Bau-Unfallvers.Ges. v. 11. Juli 1887 § 22 Abs. 2, §§ 44, 49 Abs. 2, mit ME. v. 29. Dez. 1887 Ziff. 2, MABl. S. 447,
Invaliditäts- u. Altersvers.Ges. v. 22. Juni 1889 §§ 18, 112 Ziff. 2, §§ 126, 131, 142 f., 146 ff. und Landmann-Rasp, Komment. hiezu S. 429 ff. mit RKBek. v. 24. Dez. 1891 Ziff. II. 7, RGBl. S. 399,
Reichsges. betr. Erwerbs- u. Wirthschaftsgenossenschaften v. 1. Mai 1889, bezw. 12. August 1896 § 30a.

§ 89. Aufenthaltsbeschränkungen und Ausweisungen.*)

1. Daß derartige Verfügungen theils die Folge einer vom Strafgerichte für zulässig erkannten Maßregel bilden, theils von den Polizeibehörden selbständig an die Thatsache gewisser Verurtheilungen geknüpft, theils endlich sogar ohne vorgängige Strafeinschreitung auf Grund gesetzlicher Bestimmungen vorgekehrt werden können, wurde bereits in den vorhergehenden beiden §§ erwähnt. Die Darstellung des Gegenstandes hat jedoch zweckmäßiger statt der obigen Gesichtspunkte den Unterschied zu Grunde zu legen, welcher bezüglich der Zulässigkeit dieser Maßregeln zwischen Deutschen und Nichtdeutschen besteht.

2. Ausländern, d. h. Nichtdeutschen, ist nach

Art. 43 Abs. 2 des Ges. v. 16. April 1868 über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt

der Aufenthalt in jeder Gemeinde des Königreichs vorbehaltlich des Ausweises über ihre Staatsangehörigkeit und Heimath, sowie unbeschadet der gesetzlich zulässigen Beschränkungen gestattet.

VGHE. XIV. 333.

Bezüglich der Schweizer vgl.:

Niederlassungsvertrag im RGBl. 1890 S. 131,
ME. v. 27. Juli 1890, MABl. S. 352.

Aufenthaltsbeschränkungen, insbesondere Verweisungen aus dem Bundes- bezw. Staatsgebiete, sind gegenüber Ausländern in folgenden Fällen zugelassen:

a) Ausländer, welche unter Polizeiaufsicht gestellt werden können oder welche an die Landespolizeibehörde überwiesen sind, können aus dem Bundesgebiete verwiesen werden

*) Vgl. Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 21 ff., 99 ff. (I. Aufl. Bd. 5 S. 35 ff., 178 ff.).

Str.GB. § 39 Ziff. 2, § 362 Abs. 3

und diese Ausweisung soll auch regelmäßig verfügt werden;

s. oben § 87 Ziff. 6, 7 (S. 14 ff.),
MB. v. 9. August 1872 Ziff. 2, RBl. S. 1967,
ME. v. 5. Febr. 1874, MABl. S. 98, mit beigefügtem Reichskanzleramtserlaß v. 8. Okt. 1873,
ME. v. 31. August und 9. Dez. 1878, MABl. S. 297, 413,
ME. v. 2. Febr. 1884, MABl. S. 28,
ME. v. 12. Juni 1890, MABl. S. 243,
ME. v. 28. März 1891 Ziff. VII, MABl. S. 119,
Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 154, Bd. 29 S. 58, Bd. 39 S. 398, Bd. 43 S. 409,
Reger I. 340, II. 183, VII. 165.

Zuständig sind die Distriktspolizeibehörden; vgl. auch:

Komp.B. v. 4. Jan. 1872 §§ 1 und 7, RBl. S. 25,
MB. v. 25. Febr. 1872 §§ 2 ff., insbes. § 6, RBl. S. 921,
ME. v. 12. Juni 1890, MABl. S. 243.

Von der Ausweisung ist in der Regel nur dann Umgang zu nehmen, wenn sie aus irgend einem Grunde nicht vollziehbar ist, insbesondere dann, wenn die betr. Person zwar ihre Bundes- und Staatsangehörigkeit verloren hat, ohne aber in einem ausländischen Staate naturalisirt zu sein;

vgl. unten Ziff. 7 S. 31, dann
Art. 43 Abs. 3 des Heimathgesetzes.

b) Ein wegen gewerbsmäßigen Glückspiels verurtheilter Ausländer kann von der Landespolizeibehörde (worunter wohl auch hier die Distriktspolizeibehörde zu verstehen sein wird) aus dem Bundesgebiete verwiesen werden.

Str.GB. § 284.

Die auf Grund der §§ 39, 284 und 362 Abs. 3 verfügten Ausweisungen von Ausländern aus dem Bundesgebiete sind Seitens der ausweisenden Behörde behufs der Veröffentlichung im Reichscentralblatte in jedem einzelnen Fall unmittelbar dem Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern anzuzeigen, welches deren Uebersendung an das Reichskanzleramt vermittelt.

ME. v. 6. Juni 1873, MABl. S. 441,
ME. v. 11. Juni 1874, MABl. S. 324,
cit. ME. v. 31. August 1878 Ziff. 2,
cit. ME. v. 2. Febr. 1884,
Reichsk.Bek. v. 10. Dez. 1890 Ziff. 14, MABl. S. 570,
ME. v. 13. Febr. 1891, MABl. S. 61,
Reger VII. 165.

Die benöthigte beglaubigte Abschrift des Urtheilstenors — in den Fällen des § 362 Abs. 3 eventuell vollständige Urtheilsabschrift

ME. v. 11. Mai 1880, MABl. S. 246 —

haben die staatsanwaltschaftlichen Beamten den Polizeibehörden zu übermitteln;

JME. v. 5. Nov. 1873, MABl. S. 574,
vgl. JME. v. 15. Jan. 1872 Ziff. IV, JMBl. S. 47.

Die Ausweisungen auf Grund der cit. §§ des Str.GB. sind zeitlich nicht zu beschränken, unbeschadet späterer Bewilligung zur Rückkehr des Verwiesenen.

Reichskanzler-Erlaß v. 8. Okt. 1873, MABl. 1874 S. 98,
ME. v. 31. August 1878 Ziff. 1, MABl. S. 297,
Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 60.

Ueber Benützung und Beschaffung von Reichsverweisungs-Verzeichnissen behufs Vermeidung doppelter Ausweisung s.:

ME. v. 19. Sept. und 18. Nov. 1883, Weber XVI. 377,
Reger XI. 341.

Ueber den Vollzug der Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete s. unten § 93, insbesondere:

ME. v. 26. März 1876, MABl. S. 156,
ME. v. 21. Dez. 1890 (mit zwei Reichsk.Bek. v. 10. dess. Mts.), MABl. S. 569 ff.,
ME. v. 4. Febr. 1891 (mit Reichsk.Bek. v. 28. Jan. 1891), MABl. S. 52,
ME. v. 13. Juni 1891, MABl. S. 208,
MBek. v. 15. Mai 1894, MABl. S. 202.

c) Gegen jeden Ausländer, welchem nach

Art. 45 verglichen mit Art. 46, 47, 49 des Heimathgesetzes

der Aufenthalt in einer Gemeinde untersagt wird, kann für die Dauer dieses Aufenthaltsverbots von der Distriktspolizeibehörde auch die Wegweisung aus dem Königreiche verfügt werden, wenn es im öffentlichen Interesse geboten erscheint.

Art. 50 und 51 des Heimathgesetzes.

Bezüglich solcher Ausweisungen aus dem Königreiche sind die Vorschriften der

Ziff. 44 ff. der VI. zum Heimathges. v. 29. Juni 1868, Weber VII. 352, dann der
ME. v. 12. Nov. 1867, Weber VII. 139,
ME. v. 19. Okt. 1871, Weber IX. 122,
ME. v. 27. Mai 1874,
ME. v. 10. Jan. 1878 Ziff. I, MABl. S. 12,
ME. v. 1. Juli 1881 Ziff. 7, MABl. S. 221 (die drei letzteren über Veröffentlichung im Centralpolizeiblatte)

im Wesentlichen noch jetzt anwendbar; vgl. ferner:

ME. v. 9. Dez. 1878 Ziff. 2, MABl. S. 413.

d) Aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt kann durch das kgl. Staatsministerium des Innern gegenüber bestimmten Personen, im Wege der Reciprocität durch die Staatsregierung überhaupt (durch Verordnung) gegenüber den Angehörigen gewisser ausländischer Staaten eine Aufenthaltsbeschränkung, bezw. Ausweisung aus dem Staatsgebiete verfügt werden.

Art. 50 Abs. 2, 3 des Heimatgesetzes,
vgl. auch Reger IX. 338.

Aus Rücksichten auf das öffentliche Wohl kann Ausländern auch der Eintritt in das Land versagt werden;

Heimatges. Art. 50 Abs. 2; vgl.:
ME. v. 13. März 1882 Ziff. 4, MABl. S. 52,
ME. v. 20. Juni 1890, MABl. S. 245.

3. In Bezug auf die Ausweisung Deutscher ist die frühere bayerische Gesetzgebung durch die Reichsgesetzgebung wesentlich modificirt worden;

vgl. ME. v. 19. Okt. 1871, Weber IX. 121, und
Bl. f. a. Pr. Bd. 21 S. 130, Bd. 27 S. 148.*)

Ueber das gemeinsame deutsche Indigenat und dessen Wirkungen s.:

Reichsverfassung Art. 3 und oben Bd. I S. 134 f.

Das auf Grund des

Art. 4 Ziff. 1 der Reichsverfassung

erlassene, durch

Reichsges. v. 22. April 1871, GBl. 1870/71 Beil. S. 2,

auf Bayern ausgedehnte

Freizügigkeitsges. v. 1. Nov. 1867, bayer. GBl. 1870/71 Beilage S. 13 (vgl. auch RGBl. 1873 S. 51)

gewährleistet in § 1 jedem Bundesangehörigen wiederholt das Recht, sich allenthalben im Reiche, wo er eine Wohnung oder ein „Unterkommen"

s. Ziff. 3 der VB. v. 4. Mai 1871, Weber IX. 1,
Stengl. Ztschr. Bd. 16 S. 69,

---

*) Siehe überhaupt:

Reger, kleinere Reichsverwaltungsgesetze S. 1 ff. (Ansbach 1885) und
Reger-Krais, Heimatgesetz S. 79 ff. (Ansbach 1892),
Riedel-Proebst, Kommentar zum Heimatgesetz S. 252 ff. (München 1892),
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 20 ff. (I. Aufl. Bd. 5 S. 35 ff.).

Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 379 Note 2,
Reger VII. 69, VIII. 268, IX. 338 ff., XII. 327

sich verschaffen kann, aufzuhalten und niederzulassen, Grundeigenthum zu erwerben und Gewerbe unter den für Einheimische geltenden Bestimmungen zu betreiben, ohne von der Obrigkeit hierin weiter behindert oder beschränkt werden zu dürfen, als die Reichsgesetzgebung, insbesondere die Gewerbeordnung und das Freizügigkeitsgesetz selbst, gestattet; landesgesetzliche Bestimmungen über den Aufenthalt Deutscher sind daher, soweit sie nicht in §§ 3 und 10 dieses Reichsgesetzes vorbehalten sind, aufgehoben; vgl. auch

§ 8 des letzteren und
cit. VB. v. 4. Mai 1871 Ziff. 1.

Von dem hienach durch

Ges. v. 23. Febr. 1872 Art. 9 ff., GBl. S. 213,

revidirten Gesetze vom 16. April 1868 über (Heimath, Verehelichung und) Aufenthalt sind die Art. 44, 46, 47, 48, 49 Abs. 2, Art. 51, 52 (letzterer vorbehaltlich der im Gesetz vom 8. August 1878 über Errichtung des Verwaltungsgerichtshofes enthaltenen Kompetenzbestimmungen) auf Bundesangehörige fortwährend anwendbar, während von Art. 45 nur noch die Ziff. 5, 6, 9

(vgl. übrigens Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 21 Note 89 (I. Aufl. Bd. 5 S. 36 Note 1)

unbedingte Geltung haben, dagegen die Ziff. 1, 2, 3, 4, 7, 8, 10 nur noch auf Ausländer anwendbar, bezüglich Deutscher dagegen aufgehoben und bezw. insbesondere:

Ziff. 1 durch Freizügigkeitsges. §§ 2, 10,
Ziff. 2 durch Freizügigkeitsges. §§ 4, 5,
Ziff. 10 durch Freizügigkeitsges. § 2

ersetzt sind. Art. 49 Abs. 1 und Art. 50 beziehen sich nur noch auf Nichtdeutsche; vgl. auch zu Art. 45 Ziff. 9:

Bl. f. a. Pr. Bd. 22 S. 202;

zu Art. 46:

Bl. f. a. Pr. Bd. 36 S. 408.

Hienach sind:

A. örtliche Aufenthaltsbeschränkungen gegenüber Deutschen nur zulässig:

a) aus sicherheitspolizeilichen Gründen (abgesehen von den oben in § 87 Ziff. 6, 7, 9 aufgeführten Fällen) nach § 3 Abs. 1 des Freizügigkeitsgesetzes und Art. 43 Abs. 1, Art. 45 Ziff. 5, 6 und 9 des Heimathgesetzes Den hienach bestraften Personen kann der Aufenthalt in

der betr. fremden Gemeinde versagt werden und es finden die Art. 46, 47, 48, 49 Abs. 2, Art. 51, 52 (vorbehaltlich der Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes) auf solche Aufenthaltsverbote Anwendung.

In den Fällen des Art. 45 Ziff. 5, 6 des Gesetzes muß die Ausweisung innerhalb des dort bestimmten, mit der Rechtskraft des Strafurtheils beginnenden und 2 Jahre, bezw. 1 Jahr nach Beendigung des Strafvollzuges ablaufenden Zeitraumes erfolgt, d. h. ausgesprochen worden sein, wenn sie zum Vollzuge gelangen soll; vgl. überhaupt:

Riedel-Proebst, Komment. S. 274,
VGHE. II. 70, III. 270, 360, IV. 202, 477, VI. 204, VIII. 288, 289, XIV. 330, XV. 42 und
Reger III. 325, IV. 129, 348, 450, V. 365, VI. 85.

b) aus armenpolizeilichen Gründen, nämlich in den Fällen der §§ 4, 5 des Freizügigkeitsgesetzes, welche im Abschnitte „Armenwesen" (§ 172) näher zu erörtern sind.

B. Landesverweisungen von Deutschen sind nur zulässig:

a) wenn und so lange gegen eine Person örtliche Aufenthaltsbeschränkungen verhängt sind, sowie auch

b) abgesehen hievon dann, wenn eine Person in einem Bundesstaate innerhalb der letzten 12 Monate wegen wiederholten Bettels oder wiederholter Landstreicherei bestraft worden ist.

In diesen Fällen kann der betr. Person der Aufenthalt in jedem anderen Bundesstaate (als dem der Heimath, bezw. des Unterstützungswohnsitzes) von der Landespolizeibehörde, in Bayern von der Distriktspolizeibehörde

ME. v. 16. Sept. 1879, MABl. S. 361

verweigert werden.

Freizügigkeitsges. § 3 Abs. 2.

Ueber die sehr bestrittene Auslegung dieser Gesetzesstelle vgl.:

Riedel, Komment. zur Reichsverf.Urkunde u. s. w. S. 231,
Pözl, Verfassungsrecht V. Aufl. S. 85,
Reger, kleinere Reichsverw.Ges. S. 3 ff.,
Bl. f. a. Pr. Bd. 21 S. 130, Bd. 27 S. 152

und besonders

Seydel, in den Annalen des Deutschen Reiches 1890 S. 90 f., 173 f. und in dessen Staatsrecht Bd. 3 S. 27 (I. Aufl. Bd. 5 S. 46).

Neuerdings ist mit den übrigen Bundesstaaten eine theilweise Verständigung erzielt worden, s. hierüber und über die für die bayerischen Behörden maßgebende Auslegung des Ministeriums:

ME. v. 18. August 1883 und 23. Juni 1885, Weber XVI. 371,
MB. v. 27. Juli 1894, MABl. S. 277,
MB. v. 9. März 1895, MABl. S. 187.

Vergl. überhaupt:

Reger II. 221, III. 63, 325, 328, IV. 129, 450, V. 365, VII. 271, XI. 72, 81, XIV. 441, XV. 99, 107, 241, 449.

Ueber die zeitliche Begrenzung der örtlichen Aufenthaltsbeschränkungen und folgeweise der darauf gegründeten Landesverweisungen s.:

ME. v. 11. Febr. 1869 und Seydel, Staatsrecht a. a. O.,
cit. ME. v. 27. Juli 1894 Ziff. 2,
Reger III. 63.

4. Streitigkeiten über Freizügigkeit und Aufenthalt sind Verwaltungsrechtssachen

Ges. v. 8. August 1878 Art. 8 Ziff. 3, den VGH. betr.,

wobei jedoch zu beachten ist, daß nur dem Deutschen, nicht auch dem Ausländer, ein Recht auf freie Wahl seines Aufenthaltes zusteht; vgl.:

meinen Kommentar zu obigem Gesetze S. 51 ff., 310,
dann insbesondere VGHE. I. 105, II. 70, 374, 718, III. 270, 360, IV. 202, 477, VIII. 288, 289, XIV. 333, XV. 242.

5. Ueber die Bestrafung der unerlaubten Rückkehr aus der Bundes-, bezw. Landesverweisung vgl.:

Str.GB. § 361 Ziff. 2,
Reger III. 63, XI. 72, XVI. 71;

über den Bruch des Aufenthaltsverbotes:

PStr.GB. Art. 28.

Die Gerichte haben nur zu prüfen, ob das polizeiliche Aufenthaltsverbot oder die Ausweisung auf gesetzliche Bestimmungen sich gründet, nicht auch, ob das von der Polizeibehörde geltend gemachte Gesetz richtig angewandt wurde; vgl.:

Riedel-Proebst, Polizeistrafgesetzbuch S. 96;
s. auch Stengl. Ztschr. Bd. 2 S. 271, Bd. 4 S. 209, Bd. 7 S. 305, 307, Bd. 8 S. 321,
S. o. E. s. Str. Bd. 1 S. 180, Bd. 2 S. 142, Bd. 7 S. 538, Bd. 8 S. 113, 622,
Z. f. G. u. R. Bd. 12 S. 302,
OLGE. II. 327,
OE. im MABl. 1888 S. 180, 1895 S. 71,
Reger III. 63.

6. Besondere Aufenthaltsbeschränkungen (Ausweisungen, Internirungen) sind zugelassen in

§ 2 des Reichsges. v. 4. Juli 1872, den Orden der Gesellschaft Jesu betr., RGBl. S. 43,
vgl. Bd. I S. 280.

7. Es liegt in der Natur der Sache, daß ein bayerischer Staatsangehöriger nicht aus Bayern ausgewiesen, dann, daß ihm der Aufenthalt in seiner Heimathgemeinde polizeilich niemals versagt werden kann; vgl.:

Heimathges. Art. 13 Abs. 1 lit. a, Art. 43 Abs. 3,
ME. v. 28. Okt. 1878 Ziff. 10, MABl. S. 343.

Daß ferner die Landesverweisung dann nicht vollzogen werden kann, wenn der Auszuweisende zwar nicht Bundes- bezw. Staatsangehöriger, aber von dem bayerischen Staate gleichwohl auf Grund bestehender Staatsverträge zu übernehmen ist, wurde bereits angedeutet. Als solche Staatsverträge kommen in Betracht:

a) gegenüber deutschen Staaten die

Gothaer Uebereinkunft v. 15. Juli 1851, RBl. S. 1397;

derselben waren successiv fast die sämmtlichen deutschen Staaten beigetreten und in

§ 7 des Freizügigkeitsges. v. 1. Nov. 1867

wurde sie für die Staaten des früheren norddeutschen Bundes ausdrücklich aufrecht erhalten, während sie jetzt nur noch zwischen Bayern, in welchem das deutsche Gesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 keine Geltung hat, und den übrigen deutschen Staaten anwendbar ist;

vgl. Ziff. III des Schlußprotokolls zum Bündnißvertrage v. 23. Nov. 1870.

In Bezug auf Elsaß-Lothringen s.:

Reichsges. v. 8. Jan. 1873, RGBl. S. 51,

dann überhaupt:

Reger, kleinere Reichsverw.Gesetze S. 58 ff.,
Bl. f. a. Pr. Bd. 24 S. 407, Bd. 25 S. 349, Bd. 27 S. 139.

Ueber materielle Einschränkungen, welche der Gothaer Vertrag bezüglich Deutscher durch das Freizügigkeitsgesetz erfahren hat, s.:

Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 30 f. (I. Aufl. Bd. 5 S. 48 ff.) und denselben in den Annalen des Deutschen Reichs 1890 S. 178 ff.;

dagegen ist die Anwendung des Gothaer Vertrags auch für die Ausweisungen auf Grund des

§ 3 Abs. 2 des Freizügigkeitsges.

ausdrücklich für anwendbar erklärt durch

ME. v. 27. Juli 1894, MABl. S. 277,
ME. v. 9. März 1895, MABl. S. 187,
s. auch Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 372, 378, Bd. 31 S. 283.

Nach § 1 des Staatsvertrages hat jede kontrahirende Regierung jene Individuen, welche noch fortdauernd ihre Angehörigen sind, dann auch jene vormaligen Angehörigen, welche die Unterthanschaft zwar nach der inländischen Gesetzgebung verloren haben, dem anderen Staate aber nach dessen eigener Gesetzgebung nicht angehörig geworden sind, zu übernehmen; vgl.

Reger VIII. 273.

Die übrigen Bestimmungen des Staatsvertrages regeln die Uebernahmspflicht bezüglich solcher heimathloser Personen, welche keinem der kontrahirenden Staaten jemals angehört haben, in einem derselben aber sich längere Zeit aufhielten oder sich verheiratheten oder geboren sind (§ 2) oder wenigstens thatsächlich sich befinden (§ 6), ferner die Verhältnisse der Familienangehörigen (§§ 3 mit 5)

vgl. VGHE. VIII. 131,

das bei Ausweisungen einzuhaltende Verfahren (§§ 7 mit 11), endlich die Entscheidung von Streitigkeiten (§ 12) und die Aufhebung aller früher zwischen den kontrahirenden Staaten in gleichem Betreffe abgeschlossenen Vereinbarungen (§ 13).

Die Uebereinkunft wurde in den

Konferenzprotokollen v. 10., 11. und 15. Juli 1851 (mitgetheilt durch ME. v. 1. Febr. 1852, Döll. Bd. 26 S. 391, Weber IV. 275)

sowie durch die

Schlußprotokolle v. 25. Juli 1854 und 29. Juli 1858 (Weber IV. 278, 281) und das Separat-Protokoll v. 29. Juli 1858 (Weber IV. 282, vgl. ME. v. 31. März 1855, 26. April und 11. Mai 1859)

in mehreren Punkten näher erläutert und ergänzt.

Die weiter getroffenen Vereinbarungen und Zusicherungen in Betreff der Ausstellung von Ehekonsensen, bezw. der Verhütung eigenmächtiger Eheschließungen von Angehörigen anderer Konventionsstaaten, der gegenseitigen Mittheilung gesetzlicher Bestimmungen über Staatsangehörigkeit u. dergl.

s. Döll. Bd. 26 S. 401 ff. und Bd. 2 S. 30 der II. Aufl. dieses Handb.

sind im Hinblick auf die

Reichsges. v. 4. Mai 1868, Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Eheschließungen, v. 6. Juni 1870 über Unterstützungswohnsitz, v. 6. Febr. 1875 über Beurkundung des Personenstandes und Eheschließung u. s. w.

nicht mehr von erheblicher Bedeutung.

Ueber die Ausstellung von Uebernahme-Scheinen, dann von Bescheinigungen über Heimath und Staatsangehörigkeit vgl.:

Vollz.Vorschr. zum Heimathges. v. 29. Juni 1868 Ziff. 11, Weber VII. 352,
ME. v. 1. April 1881, MABl. S. 105 (Formular I, II),
ME. v. 26. Mai 1883, MABl. S. 195 (Formular III),
dann Bd. I S. 113 und unten § 164 Ziff. 2.

Bezüglich der in den Bundesstaaten zur Ertheilung von Anerkenntnissen der Staatsangehörigkeit zuständigen Behörden s.:

ME. v. 6. März, 17. Mai und 13. Juli 1882, MABl. S. 67, 166, 238;

vgl. hierher auch für Preußen die

ME. v. 29. Mai 1889, MABl. S. 189.

Von der Bestimmung in § 11 Abs. 2 der Konvention nahmen die kontrahirenden Staaten Umgang,

ME. v. 1. Febr. 1859 und v. 25. Febr. 1860, Weber IV. 283;

zu § 11 Abs. 1 des Vertrags vgl.:

ME. v. 20. Juni 1853, Weber IV. 280,
Reger VII. 271.

Nach § 7 Abs. 2 des Freizügigkeitsgesetzes findet ein Kostenersatz wegen stattgehabter Fürsorge für Ausgewiesene, jedoch nur bei längerer als dreimonatlicher Dauer der Fürsorge, Seitens der öffentlichen Kassen des übernahmepflichtigen Staates statt; vgl. übrigens die Eisenacher Uebereinkunft (unten), dann

Reger I. 413, VIII. 407, IX. 107.

Der Ausdruck „Regierung" in § 7 des Gothaer Vertrages ist gleichbedeutend mit Staat und berührt die Frage der Zuständigkeit innerhalb der Einzelnstaaten nicht;

ME. v. 19. April 1876, Weber XI. 521.

Eine Ergänzung des Gothaer Vertrags vom 15. Juli 1851 bildet die

Eisenacher Uebereinkunft v. 11. Juli 1853 (RBl. 1854 S. 120)
wegen Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener Unterthanen,

welche im Abschnitte „Armenwesen" (§ 169) näher zu erörtern ist. Nach Ziff. III des Versailler Schlußprotokolls vom 23. November 1870 hat dieselbe zwischen Bayern und den anderen Bundesstaaten gleich dem Gothaer Vertrag fortdauernde Geltung, während sie zwischen den übrigen deutschen Staaten durch das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 aufgehoben ist; vgl. insbesondere § 1 Abs. 2 letzteren Gesetzes, dann in Bezug auf Elsaß-Lothringen:

ME. v. 1. April 1874, MABl. S. 228.

b) Gegenüber ausländischen Staaten bestehen zum Theil ähnliche Verträge, so mit

Oesterreich die vom Deutschen Reiche abgeschlossene Uebereinkunft von 1875 (RGBl. S. 475);

vgl. ME. v. 19. Sept. 1875, MABl. S. 480,
ME. v. 16. Okt. 1879, MABl. S. 536,
ME. v. 13. Juni 1883, MABl. S. 224,
ME. v. 22. Dez. 1884, MABl. S. 402,
ME. v. 2. März 1890, MABl. S. 79; vgl. auch
ME. v. 23. Juni 1890, MABl. S. 245.

Hienach sind beide Theile verpflichtet, ihre ursprünglichen Angehörigen, wenn sie nach der inländischen Gesetzgebung die Staatsangehörigkeit zwar verloren haben, aber noch nicht Angehörige des anderen Staates nach dessen Gesetzgebung geworden sind, wieder aufzunehmen.

Ferner bestehen mit

Italien der die gleiche Vereinbarung enthaltende, vom Deutschen Reich abgeschlossene

Vertrag v. 8. August 1873, MABl. S. 617;

mit Dänemark die ähnliche Uebereinkunft vom 11. Dezember 1873 (Art. 4), RGBl. 1874, MABl. S. 81; vgl. auch:

ME. v. 14. Okt. 1881 mit Zusatzdeklaration v. 25. August 1881, MABl. S. 357,
ME. v. 19. Dez. 1883, MABl. S. 399,
ME. v. 2. August 1884, MABl. S. 213;

mit Belgien der Vertrag vom 7. Juli 1877 (Art. 4), RGBl. S. 409, MABl. S. 320; mit der

Schweiz die Uebereinkunft vom 31. Mai 1890 (Art. 8 und 11), RGBl. S. 131; vgl.:

ME. v. 7. Febr. 1882 sammt Zusatzprotokoll v. 21. Dez. 1881, MABl. S. 21,
ME. v. 6. März, 17. Mai und 13. Juli 1882, MABl. S. 67, 166, 238,
ME. v. 27. Juli und 16. Okt. 1890, MABl. S. 352, 418,
ME. v. 16. August 1892, MABl. S. 367,
auch MB. v. 29. August 1877, GVBl. S. 457.

Bezüglich Schwedens s. die

ME. v. 13. Mai 1887, MABl. S. 192,

und bezüglich Rußlands:

MB. v. 3. April 1894 mit Uebereinkommen v. 29. Jan. bezw. 10. Febr. 1894, MABl. S. 159,
MB. v. 30. Juli 1894, MABl. S. 279.

Luxemburg ist dem Gothaer Vertrage beigetreten, vgl.:

MB. v. 8. März 1855, RBl. S. 201.

8. Die thatsächliche Ausweisung darf nicht eher erfolgen, als die Uebernahmepflicht des auswärtigen Staates, bezw. bei bayerischen Staatsangehörigen die Heimath feststeht.

Freizügigkeitsges. § 6 Abs. 2,
Heimathges. Art. 21; vgl. auch unten § 93 Ziff. 3.

Ueber diplomatische Vermittlung von Uebernahmserklärungen s.:

ME. v. 22. Dez. 1892.

Ueber die Benachrichtigung der Heimath- und Grenzbehörden bei Ausweisung von Nichtbayern vgl.:

ME. v. 12. April 1853, Döll. Bd. 29 S. 251, Weber IV. 568;

über den Vollzug der Ausweisung von Ausländern aus dem Bundesgebiete s. oben Ziff. 2 lit. b S. 26.

§ 90. Verhältniß der Polizeibehörden zu den Organen der Strafrechtspflege.

1. Der Verkehr zwischen den Polizeibehörden, welche die Strafrechtspflege in der Entdeckung strafbarer Handlungen, sowie in der Ermittelung und Ergreifung der Thäter zu unterstützen berufen sind

(vgl. oben § 86 Ziff. 1),

andererseits aber auch an entschiedener Handhabung der Strafgesetze, insbesondere soweit hiedurch die öffentliche Sicherheit berührt wird, ein Interesse haben, und den Strafgerichten wird regelmäßig durch die Staatsanwaltschaft vermittelt; vgl. über letztere:

Gerichtsverfassungsges. v. 27. Jan. 1877 §§ 142 ff. und
Ausführungsges. hiezu v. 23. Febr. 1879 Art. 54 ff.

In § 86 (S. 2) wurde bereits hervorgehoben, daß alle Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes — neben der ihnen obliegenden Aufgabe, von Amtswegen strafbare Handlungen zu erforschen u. s. w.

Str.Pr.Ordn. § 161 —

insbesondere in dem strafprozessualen Vorbereitungsverfahren dem Ersuchen oder Auftrage der Staatsanwaltschaft (einschließlich der Amtsanwälte) sowie des Untersuchungsrichters um Ermittelungen jeder Art, jedoch mit Ausschluß eidlicher Vernehmungen, zu genügen verpflichtet sind.

Str.Pr.Ordn. § 159, vgl. auch §§ 156, 161, 162, 187,
MB. v. 31. August 1879 Ziff. 1, MABl. S. 367,
Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 146; vgl. auch
S. v. Entsch. des RG. Bd. II S. 281,

Reger V. 95, 108, VII. 106, 302,
ME. v. 5. August 1863, JMBl. S. 144.

Anzeigen strafbarer Handlungen oder Anträge auf Strafverfolgung können auch bei den Behörden oder Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes mündlich oder schriftlich angebracht werden und sind ersterenfalls entsprechend zu beurkunden.

Str.Pr.Ordn. § 156;
vgl. Reger I. 196, II. 193, III. 334, VII. 300.

2. Da übrigens die Polizei nicht minder auf Unterstützung Seitens der Staatsanwaltschaft angewiesen ist und das öffentliche Interesse ein gegenseitiges Zusammenwirken beider Organe erheischt, so werden die Vorschriften der

ME. v. 10. Juli 1849, Weber IV. 22 (vgl. überhaupt Döll. Bd. 32 S. 423 ff.)

über das Verfahren bei divergirenden Anschauungen der Polizeibehörde und der Staatsanwaltschaft darüber, ob Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung zu beantragen sei, fortwährend soweit anwendbar sein, als es die jetzige Strafprozeßgesetzgebung gestattet.

Der Staatsanwaltschaft liegt ferner ob, den Polizeibehörden solche strafgerichtliche Erkenntnisse, worin eine polizeiliche Maßregel (Polizeiaufsicht, Ueberweisung an die Landespolizeibehörde, Schließung von Anstalten u. s. w.) für zuläßig erklärt ist oder nach welchen den Polizeibehörden der Vollzug einer gerichtlichen Anordnung zukommt, alsbald nach eingetretener Rechtskraft bekannt zu geben; nicht minder ist die Staatsanwaltschaft angewiesen, Verurtheilungen Beamter oder öffentlicher Bediensteter den hiebei dienstlich interessirten Behörden mitzutheilen, sowie über den Stand anhängiger strafrechtlicher Untersuchungen auf Anfragen der Polizeibehörden Aufschluß zu ertheilen und denselben gewisse Verurtheilungen bekannt zu geben; vgl.:

ME. v. 11. Jan. 1866 Ziff. II, Weber VI. 564, die Aufgabe der Distriktspolizeibehörden in Bezug auf öffentliche Sicherheit betr., dann insbesondere die

§§ 79, 84 und 85 der Vorschriften über die Geschäftsbehandlung in den zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Strafsachen vom 20. August 1879, MABl. 1880 S. 14 ff.,

worin die zahlreichen älteren Spezialvorschriften dieses Betreffs, insbesondere auch soweit sie sich auf die Notifikation der Bestrafung von Nichtdeutschen

(vgl. § 91 Ziff. 1 S. 42 ff.)

beziehen, zusammengestellt sind. Ebendaselbst sind auch die Bestimmungen über Mittheilung gewisser Verurtheilungen an andere Staatsbehörden (Forst-, Bau-, Eisenbahn-, Zoll- u. s. w. -Behörden), in deren Geschäfts-

bereich die abgeurtheilte Uebertretung u. dgl. einschlägt, aufgeführt; s. auch die den § 84 a. a. O. ergänzende und modificirende

ME. v. 20. Juli 1880, JMBl. S. 279, ferner
JME. v. 11. Okt. 1877, JMBl. S. 198,
MB. v. 2. Okt. 1879 § 17 Abs. 17, GVBl. S. 1381,
JME. v. 5. März 1881, JMBl. S. 114,
JME. v. 17. Juli 1881, JMBl. S. 359,
JME. v. 12. März 1882, JMBl. S. 41,
JME. v. 2. April 1883, JMBl. S. 41,
JME. v. 2. Dez. 1884, JMBl. S. 209,
JME. v. 3. August 1885, JMBl. S. 169,
JME. v. 28. Juni 1888, JMBl. S. 147,
JME. v. 12. Jan. 1889, JMBl. S. 51,
JME. v. 7. März 1890, JMBl. S. 53,
JME. v. 22. Jan. 1891, JMBl. S. 32, 40, mit
JMB. v. 27. Febr. und 17. Juli 1896, JMBl. S. 58, 227,
JME. v. 28. März 1891 Ziff. II, IV, JMBl. S. 67,
JME. v. 28. März 1891, JMBl. S. 74,
JME. v. 8. Mai 1892, JMBl. S. 115,
JME. v. 18. Febr. 1893, JMBl. S. 51,
JME. v. 19. Okt. 1894, JMBl. S. 210.

Ob die Mittheilung sich in obigen Fällen auf die einfache Bekanntgabe der Bestrafung zu beschränken hat oder vollständige Abschrift des Strafurtheils beizufügen ist, hängt von den einschlägigen Spezialanordnungen ab.

Besondere Vorschriften bestehen endlich noch über die Führung der Strafregister u. s. w. der Amtsanwälte, s. unten § 91 Ziff. 1 S. 42.

Von Entlassung sicherheitsgefährlicher Personen aus dem Gefängnisse sollen die Polizeibehörden stets so rechtzeitig Kenntniß erhalten, daß sie die etwa veranlaßten Verfügungen zu treffen vermögen; vgl.:

ME. v. 2. bezw. 9. Juli 1865, Behandlung sicherheitsgefährlicher Personen betr., Weber VI. 468,
ME. v. 14. Juli 1864 Ziff. III, Weber VI. 308,
ME. v. 31. März 1867 Ziff. 2, Weber VII. 3,
§§ 79 bezw. 82 der Hausordn. f. d. Zuchthäuser bezw. Gefangenanstalten, RBl. 1862 S. 1205 bezw. 1269,
§ 83 der Hausordn. f. d. Zellengefängniß Nürnberg v. 21. Okt. 1869, RBl. S. 1945,
ME. v. 22. April 1875, MABl. S. 232.

Anderseits hat die Polizeibehörde von Unterbringung einer Person in einem Arbeitshause und von bekannt gewordenen Bestrafungen Staatsangehöriger durch außerbayerische Gerichte den Amtsanwalt am Gerichte des Geburtsortes der betr. Personen zu benachrichtigen.

Bundesraths-V. v. 16. Juni 1882 § 5 Ziff. 2, JMBl. S. 182.

3. Außer den vorerwähnten allgemeinen dienstlichen Beziehungen zwischen den Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaft ergeben sich jedoch noch weitere Dienstesverrichtungen im Gebiete der Strafrechtspflege für jene Polizeibeamten, welche als Amtsanwälte aufgestellt oder als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft erklärt sind. Zur Erzielung einer unmittelbaren Betheiligung der Distriktspolizeibehörden bei der Ausübung der polizeilichen Strafrechtspflege und zur Herstellung einer lebendigeren Wechselwirkung zwischen dieser Rechtspflege und der Verwaltung ist der staatsanwaltschaftliche Dienst bei den Amtsgerichten in der Regel Organen der inneren Verwaltung übertragen, indem als Amtsanwälte bei den Amts- und Schöffengerichten

Gerichtsverfassungsges. v. 27. Jan. 1877 § 143 Abs. 1 Ziff. 3,
Ausführungsges. hiezu v. 23. Febr. 1879 Art. 54, 55

in der Regel Beamte der inneren Verwaltung (der Bezirksämter oder unmittelbaren Magistrate, in München der k. Polizeidirektion) fungiren. Bei allen Amtsgerichten, an welchen die Amtsanwaltschaft ganz oder theilweise von den Bezirksämtern zu übernehmen ist, sind die k. Bezirksamtsassessoren hiemit betraut; in unmittelbaren Städten (mit Ausnahme von München) obliegt die Amtsanwaltschaft für den Stadtbezirk Gemeindebeamten; nur ausnahmsweise ist die Amtsanwaltschaft auch für unmittelbare Städte den Bezirksämtern übertragen oder sind für gewisse Amtsgerichte vom kgl. Justizministerium besondere Amtsanwälte aufgestellt.

ME. v. 17. Sept. 1879, Weber XIII. 567, vgl.
JME. v. 27. Sept. 1879, JMBl. S. 1179,
Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 138.

Für die dienstliche Stellung jener Amtsanwälte, welche Beamte oder Funktionäre der Bezirksämter sind, zur inneren Verwaltung sind im Wesentlichen noch die älteren Vorschriften

V. v. 20. Juli 1867, RBl. S. 865,
ME. v. 5. Dez. 1867, Weber VII. 159,

dann jetzt die Bestimmungen der

cit. ME. v. 17. Sept. 1879

maßgebend; im Einzelnen sind über die Wechselbeziehungen zwischen dem bezirksamtlichen und amtsanwaltschaftlichen Dienste der bezirksamtlichen Nebenbeamten, welchen thunlichste Bedachtnahme auf gleichzeitige Erledigung von Verwaltungsgeschäften bei ihren Reisen zu Strafsitzungen obliegt, die

ME. v. 30. Mai 1864, Weber VI. 302,
ME. v. 30. Nov. 1871, Weber IX. 160, s. auch
ME. v. 24. Juni 1868, Weber VII. 334,

sowie oben § 5 über „Verpflichtung", „Qualifikation", „Urlaub", „Reisekosten" u. dgl. (Bd. I S. 13, 14, 15, 22) zu vergleichen.

Ueber die Stellvertretung der Amtsanwälte bei Verhinderungen s.:

Ausführungsges. zum Gerichtsverf.Ges. Art. 58,
ME. v. 22. April 1880, Weber XIV. 418;

über die Betheiligung derselben bei den Gefängnißkommissionen:

Gefängniß-Hausordn. v. 10. April 1883 § 19, JMBl. S. 77,
ME. v. 22. Mai 1883, MABl. S. 191;

über die Sitzungskleidung der Amtsanwälte:

ME. v. 3. Juli 1884, MABl. S. 174;

über das Verhalten der Amtsanwälte bei Stellung von Anträgen in der Sitzung:

JME. v. 19. Jan. 1897;

über den schriftlichen dienstlichen Verkehr der Amtsanwälte mit der Staatsanwaltschaft:

JME. v. 20. April 1885, JMBl. S. 97,
vgl. auch Bd. I S. 64;

über die Herstellung von Uebersichten der Ergebnisse der Strafrechtspflege insbesondere:

JME. v. 11. Dez. 1880, JMBl. S. 376,
JME. v. 21. Nov. 1882, JMBl. S. 288,
ferner JME. v. 5. März 1881, JMBl. S. 114,
JME. v. 2. April 1883, JMBl. S. 41,

letztere beide die Statistik der Straffälle in Bezug auf die Wechselstempelsteuer und die Reichsstempelabgaben betreffend.

Der amtsanwaltschaftliche Dienst selbst richtet sich vorzugsweise nach den mehrerwähnten Vorschriften für die Geschäftsbehandlung in den zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Strafsachen

MB. v. 20. August 1879, MABl. 1880 S. 13, JMBl. S. 377 mit Beil. (woselbst auch die Formulare);

§ 97 derselben ermächtigt da, wo die Amtsanwaltschaft durch einen Nebenbeamten der Distriktsverwaltungsbehörde besorgt wird, den Amtsvorstand, jederzeit von den amtsanwaltschaftlichen Akten Einsicht zu nehmen und unbeschadet der dienstlichen Rechte der Justizverwaltung Weisungen im öffentlichen Interesse zu ertheilen; vgl. anderseits über den Ausschluß disziplinärer Befugnisse der vorgesetzten Staatsanwälte gegenüber den der inneren Verwaltung angehörigen Amtsanwälten:

Ausführungsges. zum Gerichtsverf.Ges. Art. 71 Abs. 2,
cit. V. v. 20. Juli 1867 Ziff. 3,
MB. v. 31. August 1879 Ziff. 3, MABl. S. 367.

Ueber die den Amtsanwälten zukommende Thätigkeit bei der „bedingten Begnadigung" (unten § 103 Ziff. 2) s.:

JME. v. 24. März 1896, JMBl. S. 72.

4. Die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes sind durch

Gerichtsverf.Ges. § 153,

vgl. Reger IV. 200

als „Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft", jedoch mit dem Beifügen erklärt, daß die nähere Bezeichnung der Beamtenklassen, auf welche diese Bestimmung Anwendung findet, den Landesregierungen vorbehalten bleibt.

In Bayern wurden mit Rücksicht auf Art. 156 Abs. 5 der Gem.-Ordn. durch

Ausführungsges. zum Gerichtsverf.Ges. Art. 56

die als Amtsanwälte aufgestellten Gemeindebeamten, die Bürgermeister und ihre Stellvertreter als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft erklärt; weitere Kategorien, welche als Beamte des Polizei- und Sicherheitsdienstes, folgeweise als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft zu betrachten sind, wurden in der

V. v. 31. August 1879, GVBl. S. 1057, und

MB. v. 6. August 1880, GVBl. S. 545,

aufgeführt; erläuternde Bestimmungen, insbesondere über die dienstlichen Beziehungen dieser Hilfsbeamten zu den landgerichtlichen Staatsanwälten, enthält die

ME. v. 31. August 1879, MABl. S. 367.

Die Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft haben den Anordnungen der Staatsanwälte bei dem Landgerichte ihres Bezirkes und der diesen vorgesetzten Beamten Folge zu leisten; die Form dieser Anordnungen bemißt sich jedoch nach den bisherigen Vorschriften.

Gerichtsverf.Ges. § 153 Abs. 1 verglichen mit Ziff. 5 der cit. ME. v. 31. August 1879 — s. Bd. I S. 64.

Die Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft sind bei Gefahr im Verzuge befugt, polizeiliche Beschlagnahmen und Durchsuchungen in eigener Zuständigkeit anzuordnen; sie sollen deshalb auch in dem s. g. Ermittelungsverfahren von den Staats- (und Amts-) Anwälten vorzugsweise um Vornahme der nöthigen Erhebungen mit Ausnahme eidlicher Vernehmungen angegangen werden, wobei jedoch darauf zu sehen ist, ob nicht Handlungen in Frage stehen, zu deren Verhütung und Anzeige (wie bei Zoll-, Auf-

schlags- u. dgl. Uebertretungen) besondere mit entsprechenden Rechten ausgestattete Beamte vorhanden sind;

Str.Pr.Ordn. §§ 98 und 105,
cit. ME. v. 31. August 1879 Ziff. 1, 7,
vgl. O. E. im MABl. 1882 S. 247,
Reger III. 434, IV. 200, V. 351, VII. 106, XVII. 76.

Ueberhaupt liegt es wohl in der Natur der Sache, daß örtliche Erhebungen den der Oertlichkeit zunächst stehenden Hilfsbeamten übertragen und daß z. B. an die Beamten der Bezirksämter nicht solche Requisitionen gerichtet werden, welche von ihnen nur durch Inanspruchnahme anderer Hilfsbeamten (der Gemeindebeamten, Gendarmerie u. s. w.) erledigt werden können.

Eine Disziplinargewalt steht der Staatsanwaltschaft über die Hilfsbeamten nicht zu;

cit. ME. v. 31. August 1879 Ziff. 3.

5. Auch den Requisitionen der Untersuchungsrichter um Ausführung einzelner Maßregeln oder um Vornahme von Ermittelungen haben die Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes zu entsprechen.

Str.Pr.Ordn. § 187.

6. Ueber die Ausstellung von Leumunds- und Vermögenszeugnissen in strafrechtlichen Untersuchungen vgl.:

ME. v. 23. Juni 1860, Weber V. 194,

theilweise modificirt durch

ME. v. 27. Febr. 1881, MABl. S. 129;

Ziff. IX der ersteren verbietet den Gemeindebehörden, solche Zeugnisse ohne bezirksamtlichen Auftrag auszustellen.

Ueber Vermögenszeugnisse in militärgerichtlichen Strafsachen s.:

ME. v. 6. Jan. 1884, MABl. S. 3.

§ 91. Hilfsmittel der Polizei.

Als Hilfsmittel der Polizei zur Erfüllung ihrer Aufgabe, insbesondere der in § 86 erwähnten detektiven und repressiven Thätigkeit, kommen vorzugsweise in Betracht:

1. Genaue Kenntniß der Oertlichkeiten und Persönlichkeiten des Bezirks und Ueberwachung jener Personen, von welchen mit Rück-

sicht auf ihre Vergangenheit, ihren Charakter und ihre Lebensverhältnisse eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, eine Verletzung der bestehenden Rechtsordnung mit Grund zu besorgen ist. Zu dieser Personalkenntniß dienen insbesondere die Strafregister und die gegenseitigen Benachrichtigungen der Polizeibehörden.

Durch die eine wesentliche Modification der

BRB. v. 16. Juni 1882, JMBl. S. 182, MABl. S. 276,

herbeiführende

BRB. v. 6. August 1896, MABl. S. 353,

wurde an Stelle der bisherigen Strafregister, um die Aufbewahrung der Urschriften der Strafnachrichten entbehrlich zu machen, wieder auf das frühere System der Straflisten zurückgegriffen;

MB. v. 22. August 1896, MABl. S. 347.

Die Straflisten werden in Bayern, wie bisher, regelmäßig von den Amtsanwälten für diejenigen bestraften Personen geführt, welche im Gerichtssprengel geboren sind; vgl. hierher:

MB. v. 24. Juli 1882, MABl. S. 271,
ME. v. 20. und 27. Sept. 1882, MABl. S. 302, 310,
ME. v. 24. Juni 1884, MABl. S. 181,
ME. v. 25. Juli 1885, MABl. S. 205,
MB. v. 19. Sept. 1896, MABl. S. 380.

Die Strafmittheilungen ergehen (regelmäßig binnen vierzehn Tagen nach eingetretener Rechtskraft des Urtheils) für die in schöffengerichtlicher Zuständigkeit erfolgten Verurtheilungen Seitens der Amtsanwälte, für die übrigen Verurtheilungen Seitens der landgerichtlichen Staatsanwälte; in gleicher Weise ergehen auch die Mittheilungen über die dem Verurtheilten etwa bewilligte Aussetzung des Strafvollzugs.

Ziff. VI der MB. v. 24. März 1896, JMBl. S. 72.

Für Personen, deren Geburtsort außerhalb des Reichsgebietes gelegen oder nicht zu ermitteln ist, geht die Strafnachricht an das Reichsjustizamt

BRB. v. 16. Juni 1882 § 7 Ziff. 2;

über die Adresse s.:

MB. v. 10. Mai 1893, MABl. S. 144;

über die Portofreiheit dieser Sendungen s.:

ME. v. 11. Nov. 1882, MABl. S. 374.

Bezüglich der Behörden, an welche in Deutschland außerhalb Bayerns die Strafnachricht zu schicken ist, s. die Verzeichnisse im

JMBl. 1882 S. 323, 1883 S. 332;
vgl. JME. v. 3. März 1883, JMBl. S. 33.

Die Strafmittheilungen sind stets unter Umschlag zu schicken; vgl.:
cit. JME. v. 3. März 1883 und
ME. v. 28. März 1883, MABl. S. 110;
über Anschaffung der Couverte hiezu s.:
ME. v. 10. Febr. 1884.

Das Nähere über Einrichtung der Strafmittheilungen, dann über die Führung und Einrichtung der Straflisten s. in der
cit. BRB. v. 1882 §§ 1 ff., 8, 13 ff. mit Berücksichtigung der Modifikationen in der BRB. v. 1896 Art. 1—4,
cit. MB. v. 22. August 1896;
über Aufbewahrung derselben (bis zum 80. Lebensjahr der Bestraften):
§ 89 der MB. v. 20. August 1879, MABl. 1880 S. 13,
cit. MB. v. 24. Juli 1882 Ziff. V,
JME. v. 24. Okt. 1882, JMBl. S. 252,
vgl. auch JME. v. 5. Febr. 1883,
cit. MB. v. 22. August 1896 Ziff. 4;
bezüglich der entbehrlichen Urschriften der Strafmittheilungen:
cit. MB. v. 22. August 1896 Ziff. 3.

Ueber Mittheilung der Verurtheilungen Seitens der Militärbehörden s.:
MB. v. 13. Sept. 1882, JMBl. S. 241;
über Mittheilung der Strafurtheile an die Ersatz- und Militärbehörden:
die beiden ME. v. 22. Jan. 1891, JMBl. S. 31, 40,
JMB. v. 17. Juli 1896, MABl. S. 381;
über Mittheilungen gewisser Verurtheilungen an andere Behörden s. oben S. 37.

Für das Ausland gelten besondere Bestimmungen:

a) Für Staatsangehörige von Belgien, Brasilien, Italien, Luxemberg, der Schweiz und von Spanien, deren Geburtsort außerhalb des Deutschen Reiches gelegen oder nicht zu ermitteln ist, erfolgt die Mittheilung über rechtskräftig erkannte Strafen wegen Verbrechens oder Vergehens, sowie wegen Uebertretungen des § 361 Ziff. 1 mit 8 des Str.GB. durch die landgerichtlichen Staatsanwälte bezw. die Amtsanwälte gemäß
MB. v. 28. Juni 1888 Ziff. I, MABl. S. 270,
in der Weise, daß dem Reichs-Justizamt außer der für das bei demselben geführte Register bestimmten Strafnachricht eine weitere für die ausländische Regierung eingesandt wird.

Hinsichtlich der portugiesischen Staatsangehörigen s.:
MB. v. 13. Jan. 1895, MABl. S. 69.

b) Ist der Angehörige der unter lit. a aufgeführten Staaten innerhalb des Deutschen Reiches geboren, so ist die Strafnachricht durch die

vorstehend bezeichneten Behörden (außer an den Amtsanwalt des Geburtsorts noch) mittels Bericht an das kgl. Staatsministerium der Justiz zu schicken;

vgl. auch ME. v. 6. Nov. 1889, MABl. S. 364.

c) Hinsichtlich Frankreichs, Oesterreich-Ungarns und Rußlands gelten noch die älteren Bestimmungen;

cit. MB. v. 28. Juni 1888 Ziff. II, vgl.:
ME. v. 6. August, 20. Sept. und 12. Nov. 1867 Ziff. 1, Weber VII. 83, 90, 138,
ME. v. 6. August 1875, MABl. S. 411, dann insbesondere
ME. v. 18. Okt. 1876, MABl. S. 408,

sowie bezüglich Oesterreich-Ungarns:

ME. v. 9. April und 9. Juli 1878, MABl. S. 98, 267.

Hienach sind von den Amtsanwälten, bezw. Staatsanwälten, den Distriktspolizeibehörden, in deren Bezirk das aburtheilende Gericht seinen Sitz hat, über erfolgte Verurtheilungen wegen Verbrechens und Vergehens — bei Oesterreichern unter Umständen auch wegen gewisser Uebertretungen — Mittheilungen zu machen und sind dieselben in den ersteren Fällen sodann durch die Distriktspolizeibehörden unter Benützung des mit

ME. v. 28. Okt. 1874, MABl. S. 437,

vorgeschriebenen Formulars bis 15. Juli und 15. Januar jeden Jahres dem kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern unmittelbar in Vorlage zu bringen.

An andere ausländische Staaten, als vorbezeichnet, werden Strafmittheilungen regelmäßig nicht erstattet.

Die früher den staatsanwaltschaftlichen Beamten auferlegte Anfertigung der Verzeichnisse der Ehrenrechtsverlustigen ist durch

JME. v. 19. Jan. 1889, JMBl. S. 36,

erlassen.

2. Quellen des Kundschaftswesens sind ferner die für den Sicherheitsdienst bestimmten Blätter (Centralpolizeiblatt, bezüglich der Ausgewiesenen die Notizen im Reichscentralblatt u. s. w.); vgl. insbesondere über Benützung des Centralpolizeiblattes und seines Beiblattes oben Bd. I S. 95 lit. i; die daselbst aufgeführte

ME. v. 23. Jan. 1878 Ziff. 5, MABl. S. 19,

empfiehlt den Gemeindebehörden die Haltung des Centralpolizeiblattes; über Anschaffung von Verzeichnissen der aus dem Reichsgebiete ausgewiesenen Ausländer s.:

ME. v. 19. Sept. u. 18. Nov. 1883, Weber XVI. 377.

In Bezug auf Veröffentlichungen sicherheitspolizeilichen Inhalts vgl. auch:
ME. v. 15. Mai 1876 Ziff. 5, MABl. S. 233,
ME. v. 10. Jan. 1878, MABl. S. 12,
ME. v. 1. Juli 1881, MABl. S. 221,
ME. v. 13. März 1882 Ziff. 5, MABl. S. 52,
ME. v. 15. Dez. 1884, Weber XVI. 719,
ME. v. 14. Mai 1886, MABl. S. 147.

3. Ueber die Erlassung von Späheausschreiben vgl.:
die cit. ME. v. 15. Mai 1876 Ziff. 5, v. 10. Jan. 1878 und 15. Dez. 1884,
JME. v. 16. August 1881, Weber XV. 294;
über Steckbriefe, Beschlagnahmen, Durchsuchungen u. s. w.:
oben § 86 Ziff. 1 (S. 4, 5);
in Bezug auf anthropometrisches Signalement (s. g. Bertillonage):
Bl. f. a. Pr. Bd. 46 S. 287;
über Aussetzung von Belohnungen für Aufgreifung von Verbrechern, Entdeckung von Verbrechen u. dgl. (Döll. Bd. 13 S. 318 ff.) s.:
ME. v. 31. Dez. 1890, MABl. 1891 S. 23;
über die Vollzugsorgane der Polizei und den Verkehr der leitenden Behörden mit diesen untergeordneten Organen:
unten § 94.

4. Unter Umständen kann die Vornahme allgemeiner Streifen für ganze Regierungsbezirke, mehrere oder einzelne Amtsbezirke, bezw. Theile derselben, unter Aufgebot der gesammten Sicherheitsmannschaft sowie der dazu geeigneten Gemeindeangehörigen veranlaßt sein; vgl. die in
Döll. Bd. 13 S. 331 und Bd. 29 S. 90
enthaltenen näheren Vorschriften, dann
ME. v. 23. Jan. 1878 Ziff. 8, MABl. S. 19,
ME. v. 13. März 1882 Ziff. 2, MABl. S. 52,
O. E. im MABl. 1883 S. 226.

Hiebei empfehlen sich vorzugsweise häufig wiederkehrende, aber auf die Hauptorte der Sicherheitsstörungen beschränkte Streifen.

Ueber Betheiligung der Gendarmerie bei Streifen s.:
V. v. 24. Juli 1868 § 67 Ziff. 11, § 68, RBl. S. 1385,
Dienstinstr. derselben v. 20. Sept. 1879 § 81, MABl. S. 379.

§ 92. Auslieferungen.

1. Die Auslieferung von Ausländern an außerdeutsche Staaten (vgl. Str.GB. § 9) und das hiebei einzuhaltende Verfahren ist durch
MB. v. 16. Juli 1890, MABl. S. 363,

geregelt, wonach die Instruktion der Auslieferungsanträge den Distrikts-polizeibehörden nach Einvernahme der landgerichtlichen Staatsanwälte, die Entscheidung aber dem Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern zusteht. Bei Auslieferungen nach Belgien, Großbritannien, Nordamerika und Luxemburg ist jedoch gerichtliche Mitwirkung erforderlich. Im Uebrigen sind die einschlägigen Staatsverträge zu beachten; solche bestehen mit:

Nord-Amerika: RBl. 1854 S. 1089;
Belgien: RGBl. 1875 S. 73 und RGBl. 1879 S. 2, vgl.:
JME. v. 3. Juli 1875, JMBl. S. 149,
ME. v. 25. April 1893, MABl. S. 126;
Brasilien: RGBl. 1878 S. 293;
Frankreich: RBl. 1869 S. 2281, vgl.:
ME. v. 25. Juli 1895, MABl. S. 424;
Großbritannien: RGBl. 1872 S. 229;
Italien: RGBl. 1871 S. 446; über den Vollzug seit Aufhebung des Staats-vertrags wegen Durchlieferung durch die Schweiz s.:
RKB. v. 22. August 1893, MABl. S. 384,
ME. v. 29. Nov. 1893, MABl. S. 458, vgl. auch noch
ME. v. 29. Dez. 1874 (MABl. 1875 S. 35),
ME. v. 16. Juni 1878 (MABl. S. 205);
Luxemburg: RGBl. 1876 S. 223;
Niederlande: RBl. 1853 S. 73, vgl.:
ME. v. 16. Dez. 1879, MABl. 1880 S. 62,
ME. v. 7. April 1881, JMBl. S. 205,
ME. v. 11. Juni 1896, MABl. S. 213;
Rußland: RBl. 1869 S. 769, GVBl. 1885 S. 593;
Schweden und Norwegen: RGBl. 1878 S. 110;
Schweiz: RGBl. 1874 S. 113, vgl.:
MB. v. 25. April 1893, MABl. S. 126,
MB. v. 22. Jan. 1897, MABl. S. 43;
Serbien: RGBl. 1883 S. 70 (Art. 25);
Spanien: RGBl. 1878 S. 213;
Südafrikan. Republik (Transvaal): RGBl. 1886 S. 228 (Art. 31);
Uruguay: RGBl. 1883 S. 287.

Bezüglich Oesterreich-Ungarns ist noch der

Bundesbeschluß v. 18. August 1836, Weber IV. 617, und 26. Jan. 1854, RBl. S. 211, letzterer ausgedehnt nach Minist.Erklärung v. 25. Sept. 1854, RBl. S. 1069, und v. 21. Mai 1855, RBl. S. 552,

giltig; die Bescheidung von Auslieferungsanträgen ist hier in der Regel den Distriktspolizeibehörden nach Einvernahme der Staatsanwälte zu-gewiesen; vgl.:

Ziff. 5 der oben cit. MB. v. 16. Juli 1890, dann

ME. v. 3. März 1869, Weber VI. 274,
ME. v. 8. Okt. 1887, Weber XVIII. 595.

Ueber das bei Anträgen auf vorläufige Festnahme der Auszuliefernden zu beobachtende Verfahren s.:
cit. MB. v. 16. Juli 1890 Ziff. 2.

2. Die Auslieferung zwischen den deutschen Staaten richtet sich nach dem
Reichsges. v. 21. Juni 1869 über Gewährung der Rechtshilfe, GBl. 1870/71 Beil. S. 73 (eingeführt in Bayern durch das Reichsges. v. 16. April 1871, RGBl. S. 63), vgl. insbesondere §§ 20 ff., dann nach
§§ 157 ff. des Gerichtsverf.Ges. v. 27. Jan. 1877.

Dieselbe erfolgt regelmäßig durch die Gerichte, wobei die Polizeibehörden zunächst nur mit der Anordnung und dem Vollzuge der Schublieferung befaßt sind.

3. Ueber die Erwirkung der Auslieferung strafrechtlich verfolgter Personen aus dem Auslande vgl. die oben Ziff. 1 cit. Staatsverträge und Vorschriften, dann insbesondere:
MB. v. 9. Juli 1890, JMBl. S. 210,

womit zu vergleichen sind überhaupt die
MB. v. 28. Nov. 1887, JMBl. S. 279,

dann in Bezug auf:
Nordamerika: JME. v. 28. April 1879, JMBl. S. 177,
MB. v. 18. Febr. 1892, JMBl. S. 45;
Belgien: JME. v. 5. August 1879, MABl. S. 347;
Großbritannien:
RGBl. 1874 S. 101, 1875 S. 430,
JME. v. 20. Mai und 15. Sept. 1874, JMBl. S. 149, 227,
JME. v. 31. Juli 1875, JMBl. S. 173,
ME. v. 16. Juni 1890 (telegraphischen Verkehr betr.);
Italien: MB. v. 18. Febr. 1892, JMBl. S. 54;
Oesterreich-Ungarn: ME. v. 30. Jan. 1894, JMBl. S. 21.

Ueber die Auslieferung von Deserteuren s. Bd. I S. 242.

4. Ueber Untersuchungs- und Transportkosten bei Auslieferungen vgl.:
Gerichtsverf.Ges. § 165, dann die
cit. MB. v. 16. Juli 1890 Ziff. 4, 5 a. E.,

und bezüglich Oesterreich-Ungarns insbesondere noch:
MB. v. 20. Jan. 1884, MABl. S. 22,
ME. v. 12. Juli 1891.

§ 93. Polizeigefängnisse; Schubwesen.

Vgl. überhaupt:

Döll. Bd. 13 S. 526 ff., Bd. 29 S. 242 ff.

1. Die Gefängnisse der Amtsgerichte

vgl. V. v. 25. Sept. 1879, GVBl. S. 1310,

MB. v. 10. April 1883, JMBl. S. 77

dienen regelmäßig auch als bezirksamtliche Gefängnisse für polizeiliche und Schub-Gefangene;

cit. MB. v. 10. April 1883 § 1 Abs. 2, vgl:

ME. v. 23. April 1883, JMBl. S. 179, und die übrigens mehrfach modificirte

ME. v. 21. Juni 1862 Ziff. I, MABl. 1881 S. 164;

über polizeiliche Haftlokale bei Gendarmeriestationen s.:

ME. v. 3. Dez. 1884.

Die Hauspolizei und die Disciplin über das Gefängnißwärterpersonal in diesen Gefängnissen steht ausschließlich dem Gerichtsvorstande zu;

cit. MB. v. 10. April 1883 §§ 5, 59,

vgl. ME. v. 30. Juni und 16. Juli 1881, MABl. S. 224, 266.

Die Aufnahme, Ablieferung und Entlassung polizeilicher Gefangener erfolgt auf Grund schriftlichen Befehls der Polizei- oder Schubbehörde; für Unterbringung derselben sind im Benehmen mit dem Bezirksamte besondere Räume zu bestimmen;

cit. MB. v. 10. April 1883 §§ 24, 31, 94;

frühere, weiter gehende Befugnisse der Polizeibehörden sind beseitigt, vgl.:

ME. v. 22. Mai 1883, MABl. S. 191.

Ueber Detention jugendlicher Personen in polizeilichen Detentionslokalen s.:

ME. v. 26. August 1875, MABl. S. 444;

über vorübergehende Verwahrung Geisteskranker in Polizei- und Polizeigerichtsgefängnissen:

ME. v. 8. August 1866, JMBl. S. 243;

über ärztliche Dienste in Gerichtsgefängnissen und oberärztliche Visitationen vgl.:

cit. ME. v. 10. April 1883 § 22 und

ME. v. 7. Nov. 1883, MABl. S. 372.

Ueber Gefängnißvisitationen s. oben S. 39; bezüglich des Kostenwesens s. unten Ziff. 4, 9 und 10.

2. Das Schubwesen liegt den Distriktspolizeibehörden und zwar der Polizeidirektion München und den Bezirksämtern

ME. v. 16. Sept. 1853, Weber IV. 598,
cit. ME. v. 21. Juni 1862 Ziff. II,
vgl. auch MB. v. 14. Mai 1881, MABl. S. 164 (Pfalz), und v. 12. Juni 1886, MABl. S. 174,

letzteren auch in den unmittelbaren Städten und unbeschadet der magistratischen Kompetenz zur Anordnung der Verschubung, wozu auch die Ausfertigung der Transportvorweise und die Erholung etwaiger Uebernahmszusicherungen gehört, ob;

ME. v. 25. Juni 1883, Weber XVI. 251.

An jenen Amtsgerichten, an deren Sitz kein Bezirksamt oder exponirter Assessor sich befindet, ist die Besorgung des Schubwesens im Wege der Dienstesinstruktion den Amtsgerichtssekretären übertragen, welche hiefür eine besondere Remuneration empfangen.

ME. v. 26. Mai 1868, JMBl. S. 125,
ME. v. 22. Dez. 1893, JMBl. 1894 S. 1,
vgl. ME. v. 16. Febr. 1882, Weber XV. 603.

3. Bezüglich des Schubwesens sind im Allgemeinen noch die Vorschriften in

Art. 21 ff. der V. v. 28. Nov. 1816, die Bettler und Landstreicher betr., RBl. S. 859,

maßgebend.

Bei Inländern ist die Verschubung zunächst zum Transporte von Untersuchungsgefangenen, bei Ablieferung in Strafanstalten oder Arbeitshäuser u. dgl.

Art. 21, 22 der cit. V.,

außerdem nur dann zulässig, wenn sie nach Lage der Verhältnisse, insbesondere um Fortsetzung der Landstreicherei u. s. w. zu verhüten, erforderlich scheint und durch einfache Ausweisung, Vorzeichnung einer Reiseroute u. s. w. nicht ersetzt werden kann;

ME. v. 15. Febr. 1869, Weber VII. 587,
ME. v. 23. März 1876, MABl. S. 156,
ME. v. 9. Dez. 1878, MABl. S. 413,
ME. v. 11. April 1880, MABl. S. 155,
ME. v. 21. Juli 1881, MABl. S. 270,
ME. v. 13. März 1882 Ziff. 10, MABl. S. 52,
ME. v. 23. Juni 1883 und
JME. v. 16. Sept. 1896.

Ausländische Landstreicher u. dgl. sind dagegen regelmäßig in die Heimath bezw. über die Grenze zu verschuben.

ME. v. 23. März 1876, MABl. S. 156; vgl.:
ME. v. 9. Dez. 1878, MABl. S. 413,
RKB. v. 10. Dez. 1890 § 2, MABl. S. 570.

Bei Lieferungen, welche aus fremdem Staatsgebiet kommen oder in solches gehen, sind die bestehenden Staatsverträge, insbesondere die Bestimmungen in

§§ 8, 10 des Gothaer Vertrags v. 15. Juli 1851 und des Eisenacher Schlußprot. v. 25. Juli 1854 Ziff. 5 (s. § 89 Ziff. 7, S. 31),

wonach dem Transportscheine die Aufnahmszusicherung oder die sonstigen Beweisstücke für die Uebernahmepflicht beizugeben sind, zu beachten. Der zuwiderhandelnde Beamte haftet für alle durch die Uebernahmeverweigerung auswärtiger Behörden oder durch die eigene ungerechtfertigte Uebernahme fremder Schüblinge u. s. w. entstehenden Kosten.

ME. v. 5. Juli 1856, Weber IV. 763,
ME. v. 21. Okt. 1875, MABl. S. 551,
Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 372, Bd. 31 S. 280.

Ueberhaupt darf, so lange bei Nichtbayern die Staatsangehörigkeit, bei Bayern die Heimath nicht feststeht, eine Weiterschiebung nicht erfolgen.

Art. 28 der V. v. 28. Nov. 1816,
Freizügigkeitsges. v. 1. Nov. 1867 § 6 Abs. 2,
Heimathges. v. 16. April 1868 Art. 21,
Vollzugsvorschr. hiezu v. 29. Juni 1868 Ziff. 45, Weber VII. 352.

Die Schubbehörden haben daher, wenn sie von der bevorstehenden Entlassung sicherheitsgefährlicher Personen durch die Staatsanwaltschaft oder Strafanstaltsverwaltung u. dgl.

s. oben S. 37

Kenntniß erhalten, gegebenenfalls sofort die zur Schublieferung erforderlichen Uebernahmepapiere zu erholen, hiebei jedoch nichtbayerischen Behörden gegenüber zur Verhütung von überflüssigen Schreibereien und sonstigen Weiterungen zu beachten, daß es sich hier nur um Feststellung der Staatsangehörigkeit, nicht auch der örtlichen Heimath oder des Unterstützungswohnsitzes handeln kann.

Ueber Transporte vom diesrheinischen Bayern in die Pfalz und umgekehrt s.:

ME. v. 20. Juni 1853, Döll. Bd. 26 S. 395, Weber IV. 280;

über Durchtransporte im Allgemeinen (vgl. Ziff. 9):

ME. v. 25. Febr. 1860, Weber IV. 283,
VV. z. Heimathges. v. 29. Juni 1868 Ziff. 45, Weber VII. 352,

ME. v. 15. April 1873, MABl. S. 402,
ME. v. 20. August 1874, MABl. S. 392,
ME. v. 21. Okt. 1875, MABl. S. 551,
RKB. v. 10. Dez. 1890 § 16, MABl. S. 569; vgl. auch:
ME. v. 13. Juni 1891, MABl. S. 208, und
ME. v. 5. Jan. 1895, MABl. S. 6;

bezüglich Preußens (für welches in der Regel das Landrathsamt Schlüchtern als Ablieferungsort gilt) s.:

ME. v. 29. Mai 1889, MABl. S. 189;

über die sächsischen Uebernahmebehörden:

ME. v. 2. Nov. 1874, MABl. S. 440, vgl. auch besonders die cit. ME. v. 21. Okt. 1875;

bezüglich Dänemarks:

ME. v. 14. Okt. 1881, MABl. S. 357;

über den Transport durch die Schweiz nach Italien s. oben S. 46;

über den Durchtransport durch Oesterreich:

ME. v. 22. Nov. 1861, Weber V. 554;

hinsichtlich der Uebernahme an der bayerisch-tyroler Grenze:

ME. v. 17. März 1891;

bezüglich Rußlands:

ME. v. 30. Juli 1894, MABl. S. 280;

bezüglich der Schweiz:

ME. v. 7. Febr. 1882, MABl. S. 21;

vgl. allgemein hierher auch die Citate oben S. 34 und 46 (Uebernahmen und Auslieferungen), sowie unten S. 56.

Das Verzeichniß der Reichsgrenzstationen ist im

MABl. 1890 S. 575 mit Aenderungen ebenda 1891 S. 53, 1894 S. 203, 279 und Weber XX. 467 Note 2

enthalten.

Schüblinge sollen schonend behandelt und weniger gravirte Individuen nur aus besonderen Gründen geschlossen werden.

V. v. 28. Nov. 1816 Art. 27,
ME. v. 31. Juli 1850, Döll. Bd. 29 S. 247.

Bei Erkrankung von Schüblingen (insbesondere an ansteckenden Krankheiten) ist der Transport zu unterbrechen.

ME. v. 25. April 1854, Weber IV. 627.

Die ärztliche Behandlung kranker Schüblinge liegt auch bei Aufnahme derselben in gemeindliche Krankenhäuser den Bezirksärzten unentgeltlich ob, außer wenn ein besonderer Krankenhausarzt aufgestellt ist, welchen Falls das Aerar auch die ärztlichen Kosten übernimmt.

ME. v. 20. Dez. 1852, Weber IV. 662,
ME. v. 25. Febr. 1857, Weber V. 39,
ME. v. 17. Febr. 1860, Weber V. 158, s. auch:
ME. v. 13. Sept. 1864, JMBl. S. 238,
MB. v. 10. April 1883 § 19 Abs. 2, §§ 22, 25, 92 und 96, JMBl. S. 77,
MB. v. 23. April 1883 § 1, JMBl. S. 179.

Ueber den Transport epileptischer Personen vgl.:
ME. v. 13. August 1878, MABl. S. 281.

4. Ueber die Verpflegung, insbesondere Beköstigung der Schüblinge und sonstigen Polizeigefangenen und die hiefür erwachsenden Gebühren vgl.:
cit. ME. v. 25. Febr. 1857,
B. v. 3. Dez. 1881 §§ 4, 5, GVBl. S. 1331,
cit. MB. v. 10. April 1883 § 58 Ziff. 4, §§ 60 ff., 67,
MB. v. 23. April 1883, JMBl. S. 179 (insbes. §§ 10 ff. derselben).

Den Rechnungen der Brod- und Fleisch-Lieferanten ist eine Bestätigung der Ortspolizeibehörde über den laufenden Monatspreis beizufügen;
cit. MB. v. 23. April 1883 § 10 Abs. 3.

Soweit ausnahmsweise nicht die Gerichtsgefängnisse, sondern besondere ständige Lokale zur Verwahrung von polizeilichen und Schub-Gefangenen benützt werden, bemißt sich die Vergütung der Verpflegung, Beheizung u. s. w. noch nach den älteren bezüglichen Vorschriften (vgl. II. Aufl. S. 46 f.).

Den Schüblingen ist lediglich die normalmäßige Verpflegung zu reichen und jedes Zechen derselben fernzuhalten.
ME. v. 3. April 1860, Weber V. 173,
cit. MB. v. 10. April 1883 § 67.

5. Kein Schübling soll ohne vorgängige Untersuchung und Reinigung auf den Schub gegeben werden, widrigenfalls er auf der nächsten Hauptstation auf Kosten des säumigen Gefangenwärters, von welchem er zunächst kam, zu reinigen ist; im Transportvorweise ist ausdrücklich zu bemerken, daß der Schübling frei von Ungeziefer weiter geliefert wird.
ME. v. 1. Jan. 1852, Döll. Bd. 29 S. 249, Weber IV. 321,
s. auch §§ 27, 96 der cit. MB. v. 10. April 1883,
ME. v. 10. Juli 1863 und 16. März 1868, JMBl. 1868 S. 62 ff.

Bei Anschaffung von Kleidungsstücken für Schüblinge ist sich auf das unabweislichste Bedürfniß zu beschränken.
ME. v. 30. Sept. 1866, Weber III. 451,

ME. v. 4. Juli 1869, FMBl. S. 191;
vgl. auch cit. MB. v. 10. April 1883 § 95,
cit. MB. v. 23. April 1883 § 14.

In der Regel sollen Kleideranschaffungen (abgesehen von der Fußbekleidung) überhaupt unterbleiben und Frohnfestfournituren, bezw. wollene Decken für Schubzwecke, verwendet werden.

FME. v. 31. März 1869, Weber VII. 653,
FME. v. 4. Juli 1869, FMBl. S. 191.

Die Portoauslagen bei Zurücksendung der Fournituren sind von der zurückempfangenden Behörde zu bestreiten und in die Vagantenkosten-Rechnung einzustellen.

ME. v. 7. Jan. 1870, Weber VII. 654.

Die etwa angeschafften Bekleidungsstücke sind auf dem Schubvorweise zu verzeichnen und gegen Veräußerung derselben durch die Schüblinge ist Vorsorge zu treffen.

ME. v. 1. Juli 1851, Döll. Bd. 29 S. 154, Weber IV. 268.

Die Obsorge für die erforderliche Bekleidung der Schüblinge, insbesondere auch der in das Arbeitshaus einzuliefernden Detenten

ME. v. 24. April 1881, MABl. S. 149,
ME. v. 28. März 1891 Ziff. XIII Abs. 1, MABl. S. 119,

liegt den Schubbehörden ob

cit. ME. v. 4. Juli 1869, v. 7. Jan. 1870 und v. 10. April 1883 § 95

und dieselben haben insbesondere für entsprechende Fußbekleidung zu sorgen.

Bezüglich des Schuhwerks s. auch:

ME. v. 29. April 1885.

Ueber Kleideranschaffung für österreichische Staatsangehörige s.:

ME. v. 26. März 1880, MABl. S. 145,

deren Bestimmungen nunmehr auch für die Angehörigen der angrenzenden deutschen Bundesstaaten gelten:

ME. v. 18. Juli 1886, MABl. S. 221;

bezüglich der Kleideranschaffung für nichtdeutsche Schüblinge vgl.:

ME. v. 8. Juni 1881, MABl. S. 204;

s. auch unten Ziff. 9, 10.

Ueber Strafeinschreitung gegen die ihre Kleider muthwillig beschädigenden Schüblinge s.:

ME. v. 16. Juli 1881, MABl. S. 266.

6. Die Lieferung hat in der Regel durch die Gendarmerie zu geschehen.

V. v. 28. Nov. 1816 Art. 30, RBl. S. 859,
ME. v. 23. Febr. 1849, Döll. Bd. 29 S. 245, Weber IV. 25,

Gendarmerie-V. v. 24. Juli 1868 §§ 65, 66, RBl. S. 1385,
Gendarmerie-Instr. v. 20. Sept. 1879 § 50 lit. a, §§ 148 ff., MABl. S. 377.

Ueber die Bewaffnung der Gendarmen beim Transport s.:
ME. v. 23. Juni 1882, Weber XIII. 583.

Die Lieferung von Kindern und alten Leuten in ihre Heimath kann jedoch auch durch Gemeindediener geschehen und falls die Gendarmerie-Mannschaft nicht ausreicht, können überhaupt Polizeisoldaten, Gerichtsdiener oder deren Gehilfen gegen besondere Vergütung zum Transporte verwendet oder auch sonstige verlässige Persönlichkeiten hiefür aufgestellt werden; die Aufstellung der s. g. Civiltransporteure unterliegt der Genehmigung des Staatsministeriums des Innern.

ME. v. 9. Dez. 1878 Ziff. 4, MABl. S. 415; vgl. auch:
V. v. 11. Febr. 1875 § 17, GVBl. S. 105,
ME. v. 8. Dez. 1875 Ziff. 15, MABl. S. 737,
ME. v. 13. März 1882 Ziff. 10, MABl. S. 52,
ME. v. 23. Juni 1883.

Bezirksamtsdiener können instruktionsmäßig zum Schubtransporte nicht verwendet werden; vgl. übrigens:
FME. v. 7. Okt. 1876.

Ueber den Transport von Militärarrestanten s.:
MV. v. 26. Mai 1875, MABl. S. 290; vgl. auch Bd. I S. 242 f.;
über den Transport von Untersuchungsgefangenen:
ME. v. 21. Nov. 1892;
über den Transport gefährlicher Verbrecher:
ME. v. 11. Dez. 1886.

Die Ortspolizeibehörden haben nöthigenfalls für den Transport der im Gemeindebezirk Aufgegriffenen und an die Distriktspolizeibehörde oder das Amtsgericht Abzuliefernden gegen Ersatz der Kosten aus Staatsmitteln zu sorgen.

Gemeindeordn. Art. 138 Abs. 4,
Bl. f. a. Pr. Bd. 22 S. 365.

Ueber die Uebertragung von Rücktransporten an die Gendarmen s.:
ME. v. 3. Juni 1884, MABl. S. 146,
Gendarmerie-Instr. § 148 Abs. 3 (Fassung v. 15. März 1895, MABl. S. 215).

Mitnahme von Effekten, welche den Transport stören, von Stöcken u. dgl. ist den Schüblingen nicht gestattet.

ME. v. 28. Juli 1873, Weber X. 77,
ME. v. 13. Febr. 1880, MABl. S. 96; vgl. auch:
Gendarmerie-Instr. v. 20. Sept. 1879 § 150, MABl. S. 377,
ME. v. 9. Nov. 1894, MABl. S. 409.

7. Abgesehen von dem Falle der Bahnbenützung hat der Transport zu Fuß zu geschehen und Vorspann kann nur auf Grund ärztlichen Zeugnisses und unter den Voraussetzungen der

B. v. 1. Febr. 1815, RBl. S. 113,

bewilligt werden.

B. v. 28. Nov. 1816 Art. 31; vgl. überhaupt Döll. Bd. 13 S. 536 ff.,
ME. v. 21. Juni 1862 Ziff. II 4, MABl. 1881 S. 164.

Die Schubfuhrleistung soll von den Distriktspolizeibehörden mit Genehmigung der Regierungsfinanzkammer an den Wenigstnehmenden veraccordirt, eventuell von den Anspannbesitzern gegen den ortsüblichen Fuhrlohn in natura geleistet werden.

B. v. 29. Nov. 1858, RBl. S. 1459,
BB. hiezu v. 26. Jan. 1859, Weber V. 125.

Wo Eisenbahnen benützt werden können, hat der Schüblingstransport mit Benützung derselben unter Ausschluß der Schnellzüge zu erfolgen.

ME. v. 5. und 23. Febr. 1849, Döll. Bd. 29 S. 246 ff., Weber IV. 25; vgl.:
ME. v. 30. August 1881, Weber XV. 424, und v. 31. Okt. 1882, MABl. S. 333 (Lösung der Fahrkarten betr.),
ME. v. 1. Febr. 1895, MABl. S. 65.

Die Gendarmerie hat halbe Fahrtaxe III. Klasse zu entrichten (vgl. unten § 94 Ziff. 2 S. 64); s. ferner:

ME. v. 28. Febr. 1849, unterfr. KJBl. 1853 S. 23,
ME. v. 10. Nov. 1865, FMBl. S. 155,
ME. v. 20. Jan. 1884 Ziff. IX, JMBl. S. 18.

Diese, sowie die für die Schüblinge zu entrichtende Eisenbahntaxe III. Klasse wird aus dem vom Rentamte gegen Haftschein geleisteten Aversalvorschusse bestritten und in die Vagantenkostenrechnung eingestellt.

ME. v. 21. Juni 1862, MABl. 1881 S. 164.

8. Die Lieferung, welche an Sonn- und Festtagen nicht stattfinden

ME. v. 4. Juni 1888, MABl. S. 224

und bei strenger Kälte auf nicht allzu große Entfernungen an einem Tage erstreckt werden soll, hat auf kürzestem Wege

B. v. 28. Nov. 1816 Art. 23, 32, vgl. auch:
ME. v. 9. März 1895, MABl. S. 187 a. E.

und auf Grund schriftlichen Vorweises zu geschehen

B. v. 28. Nov. 1816 Art. 22,
ME. v. 21. Juni 1862 Ziff. II 2, Weber VI. 21,
ME. v. 26. Mai 1868 Ziff. 1, Weber VII. 305,

welcher in unmittelbaren Städten von den Magistraten auszustellen ist.

ME. v. 25. Juni 1883, Weber XVI. 251.

Die Instradirung hat daher thunlichst präcis und, wenn möglich, ununterbrochen vom Ausgangs- bis zum Bestimmungsorte zu erfolgen

ME. v. 19. Dez. 1852, Döll. Bd. 26 S. 247, Weber XI. 478;

bei Ausgewiesenen ist übrigens lediglich auf die Richtung nach dem Heimathsstaate, nicht nach dem Heimathsorte Rücksicht zu nehmen.

ME. v. 23. April 1891.

Ueber die Wahl der Transportwege beim Vollzuge der Ausweisung von Ausländern s.:

MB. v. 13. Juni 1891, MABl. S. 208.

Auf den Transport-Vorweisen sind die Legitimationspapiere, Effekten und Baarschaften der Schüblinge, dann bei Militärschüblingen deren Truppenabtheilung zu bezeichnen. Bei Lieferung in die Landgerichtsgefängnisse zu München ist die Veranlassung der Lieferung beizusetzen.

ME. v. 13. März 1867, JMBl. S. 89,
ME. v. 5. Juni 1869, JMBl. S. 145;
vgl. auch die ME. v. 21. Okt. 1875, MABl. S. 551 (Sachsen).

Bei Transporten der auf Grund des Gothaer Vertrags Ausgewiesenen sind die Beweisstücke für die Uebernahmepflicht beizufügen:

Gothaer Uebereinkunft v. 15. Juni 1851 § 10, RBl. S. 1396,
Sep.Prot. v. 29. Juli 1858, Weber IV. 282,
ME. v. 5. Juli 1856, Weber IV. 763;

über die Transportzettel bei Ausweisung von Ausländern auf Grund der §§ 39, 284, 362 RStr.GB. s.:

RKB. v. 10. Dez. 1890 § 4, MABl. S. 569.

Ueber alle verfügten oder durchgehenden Verschubungen ist ein Schubregister, über erstere überdies ein fortlaufendes Schubprotokoll zu führen.

B. v. 28. Nov. 1816 Art. 23,
cit. ME. v. 21. Juni 1862 Ziff. II 3.

9. Die Kosten der Verpflegung der Schüblinge in gesundem und krankem Zustande übernimmt der Staat vorbehaltlich des Ersatzes durch die Verpflegten oder deren Angehörige.

B. v. 28. Nov. 1816 Art. 29,
FME. v. 20. Dez. 1852 und ME. v. 30. Nov. 1854, Weber IV. 662,
ME. v. 8. Juni 1881, MABl. S. 204;
s. auch § 26 der cit. MB. v. 23. April 1883, JMBl. S. 179.

Hierunter sind jedoch nur die Kosten für die Verpflegung u. s. w. während der Lieferung, nicht auch jene für Bekleidung nach erstandener Haft oder vor Ablieferung in das Arbeitshaus zu verstehen; solche Kosten hat gegebenen Falles die Armenkasse der Heimath zu tragen

ME. v. 22. April 1852, Döll. Bd. 29 S. 245, Weber III. 451,
ME. v. 18. Juni 1852, Döll. Bd. 29 S. 154, Weber IV. 491,

ME. v. 29. Mai 1872 und 14. Sept. 1873, Weber IX. 405,
ME. v. 24. April 1881, MABl. S. 149,
dann BGHE. IV. 117, vgl. auch II. 45,

während eigentliche Schubbekleidungskosten

vgl. auch FME. v. 7. Juni 1867, FMBl. S. 118,
FME. v. 14. April 1868, FMBl. S. 86

gegenüber der Armenkasse nicht gefordert werden können.

ME. v. 19. Febr. 1842, Weber III. 451;
vgl. auch oben Ziff. 4, 5.

Nach § 11 der Gothaer Uebereinkunft vom 15. Juli 1851 (RBl. S. 1397)

vgl. auch Ziff. 7 des Eisenacher Schlußprotokolls v. 25. Juli 1854, Weber IV. 278

trägt die Kosten der Ausweisung innerhalb seines Gebietes der ausweisende Staat; vgl. oben § 89 S. 31 ff., dann

ME. v. 20. Juni 1853, Weber IV. 280,
ME. v. 11. Febr. 1854, Weber IV. 581,

endlich über die Umgangnahme von der Bestimmung im § 11 Abs. 2 des Gothaer Vertrags:

ME. v. 1. Febr. 1859 und v. 25. Febr. 1860, Weber IV. 283.

Bezüglich Badens vgl.:

FME. v. 25. April 1849, Weber X. 93,
Min.Erklärung v. 9. August 1873 § 4, RBl. S. 1417;

bezüglich der Schweiz:

Staatsvertrag v. 31. Mai 1890 Art. 8, RGBl. S. 131;

bezüglich Oesterreichs:

ME. v. 28. Nov. 1850, 21. Okt. 1854 und 4. Jan. 1857, Weber V. 16,
ME. v. 26. März 1880, MABl. S. 145,
ME. v. 16. Juli 1890, MABl. S. 363;

bezüglich Dänemarks:

ME. v. 14. Okt. 1881, MABl. S. 357;

bezüglich Belgiens und der Niederlande vgl. auch:

RGBl. 1891 S. 356, 375;

bezüglich verschiedener deutscher Staaten:

ME. v. 18. Juli 1886, MABl. S. 221;

über die Kosten der Heimbeförderung ausgewiesener Ausländer aus dem Reiche und bezw. ausgewiesener Deutscher aus dem Auslande, sowie über den Durchtransport von Ausländern s. oben Ziff. 3 S. 50 f., dann

RKB. v. 10. Dez. 1890 § 17, MABl. S. 569.

Ueber die Transportkosten einzustellender unsicherer Militärpflichtiger endlich s.:

ME. v. 23. Nov. 1889 lit. A Ziff. I 8, MABl. S. 367.

Im Uebrigen vgl. über die vierteljährig von den Polizeibehörden bezüglich der polizeilichen Gefangenen, von den mit der Besorgung des Schubwesens betrauten Beamten und Behörden bezüglich der Schubgefangenen zu stellenden und gehörig zu belegenden Vagantenkostenrechnungen oben Ziff. 4, 5, 7, dann insbesondere:

ME. v. 16. Juli 1884, MABl. S. 207;
vgl. §§ 13 und 27 der MB. v. 23. April 1883,
ME. v. 8. Juni 1881, MABl. S. 204.

Gegen Beschlüsse über Vagantenkosten steht dem Kreisfiskalate ein Erinnerungs- und bezw. Beschwerderecht zu.

ME. v. 8. August 1865 und 27. Juni 1866, Weber VI. 505.

10. Ueber die Kosten der Verpflegung, Bekleidung u. s. w. von nichtpolizeilichen, d. h. Untersuchungs- und Straf-Gefangenen gelten gleichfalls die Bestimmungen der

MB. v. 23. April 1883, JMBl. S. 179, s. auch:
V. v. 3. Dez. 1881, GVBl. S. 1331, sowie den aufrecht erhaltenen
§ 21 der MB. v. 4. Dez. 1881, MABl. S. 469, dann
§ 10 Abs. 1 der MB. v. 24. Sept. 1879, FMBl. S. 245.

Von dem in § 22 Abs. 2 der MB. vom 23. April 1883 vorbehaltenen Ersatzanspruche wegen der auf Bekleidung (und Beerdigung) von Gefangenen erwachsenen Kosten gegenüber den Armenpflegen soll nach

FME. v. 13. Juni 1883 Ziff. 8

abgesehen werden; vgl. auch:

Riedel-Müller, Kommentar zum Armengesetze, 3. Aufl. S. 98.

Ueber die Kosten der Unterbringung von Sträflingen in Irren- und Heilanstalten s.:

ME. v. 13. Sept. 1864, JMBl. S. 273,
ME. v. 25. März 1871, JMBl. S. 67.

Kosten für Verpflegung und Bekleidung von Strafgefangenen nach abgelaufener Strafzeit außer dem Falle der Schublieferung hat erforderlichen Falles die Heimathgemeinde zu tragen; vgl.:

ME. v. 13. Sept. 1864, JMBl. S. 238,
ME. v. 7. Juni 1867, FMBl. S. 118,
VGHE. IV. 117.

Auch die Kosten der Heimreise mittelloser Freigesprochener sind nach allgemeinen Grundsätzen über Armenunterstützung zu behandeln, soferne nicht nach Lage der Sache Verschubung eintritt.

Wenn jedoch Gerichte einen Gefangenen auf freien Fuß setzen, ohne daß Schublieferung veranlaßt oder die Erholung der benöthigten Kleidungs-

stücke von den Verpflichteten möglich ist, dann wenn der Untersuchungs-Gefangene in öffentlicher Sitzung zu erscheinen hat, sollen die erforderlichen Bekleidungsstücke, soweit Gesundheits- oder Anstandsrücksichten es gebieten, auf Staatskosten angeschafft werden dürfen.

ME. v. 17. Febr. 1870, JMBl. S. 29,
§ 14 der cit. MB. v. 23. April 1883, JMBl. S. 179.

Ueber Bekleidungsanschaffungen durch die Verwaltungen der Strafanstalten und Arbeitshäuser vgl.:

JME. v. 19. April und 29. Mai 1872, dann v. 14. Sept. 1873, Weber IX. 404.

§ 94. Vollzugs-Organe der Polizei.

1. Als höhere Vollzugsorgane kommen in jenem Gebiete der Polizeiverwaltung, in welchem die Kompetenz zur materiellen Anordnung den Distriktspolizeibehörden vorbehalten ist (vgl. § 3), für die Bezirksämter die untergeordneten Ortspolizeibehörden, ferner in unmittelbaren Städten für die Magistrate die Distriktsvorsteher in Betracht, welche letztere übrigens innerhalb ihres Distriktes den Magistrat nicht blos zu unterstützen, sondern in polizeilichen Angelegenheiten nöthigenfalls auch an Stelle des Bürgermeisters zu handeln haben.

Gemeindeordn. Art. 121.

In Landgemeinden sind die Ortsführer der vom Wohnsitze des Bürgermeisters entfernt gelegenen Ortschaften Gehilfen für dessen polizeiliche Thätigkeit und Stellvertreter desselben in dringenden Fällen.

Gemeindeordn. Art. 139 Abs. 2, dazu
Kahr, Komment. Bd. 1 S. 919 f.

In bestimmten Beziehungen sind auch die technischen Organe für gewisse polizeiliche Gegenstände, z. B. die Feldgeschworenen (Siebner)

Vermarkungsges. v. 16. Mai 1868 Art. 12 ff.,

die Feuerschau-Kommissionen u. dgl. als Hilfs- und Vollzugsorgane der Polizei zu erwähnen und am geeigneten Orte näher zu erörtern.

2. Das durch

Edikt v. 11. Okt. 1812, RBl. S. 1737,

errichtete Gendarmerie-Korps

vgl. überhaupt Döll. Bd. 13 S. 134 ff., Bd. 29 S. 12 ff.

hat durch neuere Verordnungen eine theilweise veränderte Organisation erhalten, deren Grundgedanke darin besteht, daß den Civildienstbehörden die Anordnung und Leitung, den Gendarmerie-Offizieren aber

die Kontrole der Dienstleistungen der Gendarmeriemannschaft übertragen ist.

Hier sind einschlägig die Verordnungen:

a) vom 24. Juli 1868, Organisation der Gendarmerie in den Landestheilen diesseits des Rheins mit Ausnahme von München betr. (RBl. S. 1385), modificirt durch V. v. 12. Mai 1872, RBl. S. 1275, v. 3. Juni 1892, GVBl. S. 175, und MB. v. 15. März 1895, GVBl. S. 128;

b) vom 12. August 1868, Organisation der Gendarmerie in München betr. (RBl. S. 1529), bezüglich der Adressirung s. die ME. v. 10. Febr. 1867, Weber VII. 428;

c) vom 3. Mai 1890, Gebühren-Regulativ für die Gendarmerie-Mannschaften betr., GVBl. S. 244, modificirt durch V. v. 4. Juni 1892, GVBl. S. 181, und MB. v. 6. Febr. 1897, GVBl. S. 18 (Dienstprämien); s. auch ME. v. 20. Jan. 1884, FMBl. S. 27;

d) vom 10. Febr. 1894 über die Beiträge zur Gendarmerie-Wittwen- und Waisenkasse und die aus diesen zu zahlenden Pensionen, GVBl. S. 79; vgl. ME. v. 4. Mai 1875, FMBl. S. 105, über Stempelfreiheit;

e) vom 13. Okt. 1881, Pensionen der Mannschaft des Gendarmeriekorps betr., GVBl. S. 1289, modificirt durch V. v. 3. Juni 1892, GVBl. S. 180; s. auch ME. v. 30. Jan. 1882, MABl. S. 33, FME. v. 12. Okt. 1890 und ME. v. 26. Jan. 1891, MABl. 1891 S. 44;

f) vom 15. Juni 1895, Disciplinarstrafordnung für die Gendarmerie betr. (MVBl. S. 169), nebst Kr.ME. v. 16. Nov. 1868, Weber VII. 504.

Die unter lit. a erwähnte, hier vor Allem maßgebende

V. v. 24. Juli 1868

enthält die Grundzüge für die Stellung und Dienstleistungen der Gendarmerie und findet, was die letzteren betrifft, für die Gendarmerie außerhalb der Residenzstadt München ihre nähere Ausführung in der

Instr. v. 20. Sept. 1879, MABl. S. 379 ff.; Aenderungen: MABl. 1895 S. 221 u. 365, vgl. auch:

ME. v. 15. März 1895, MABl. S. 215.

Die Verordnung vom 24. Juli 1868 erklärt es als Aufgabe der Gendarmerie, die Civilbehörden in Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, sowie in Handhabung der deßfalls bestehenden Gesetze und Anordnungen zu unterstützen (§ 1);

vgl. ME. v. 13. März 1882 Ziff. 2, MABl. S. 52.

Die Gendarmerie ist in Bezug auf Disciplin und übrige innere Verfassung militärisch organisirt und dem Kriegsministerium unterstellt, während sie in Ansehung ihrer Wirksamkeit und Dienstleistung dem Staatsministerium des Innern, welchem auch die Leitung in Bezug auf Oekonomie zusteht, dann bezw. den Kreisregierungen und Bezirksämtern untergeordnet ist (§§ 2, 33 mit 35).

Ueber die Gendarmerieschule s.:

ME. v. 29. Mai 1872, Weber IX. 407.

Ueber das Verhalten der Gendarmerie während eines Kriegs s.:

ME. v. 21. Juli 1870, Weber VIII. 647.

Die übrigen Bestimmungen der Verordnung vom 24. Juli 1868 betreffen die Eintheilung der Gendarmerie in Kompagnien, Brigaden und Stationen, den Rang und die Vertheilung der Gendarmerie (§§ 3—6)

vgl. auch Kr.ME. v. 18. März 1872, Weber VII. 396, über die nunmehrigen, den Aenderungen bei der Armee entsprechenden Chargen- und Funktionsbezeichnungen;

die Zu- und Abgänge, Versetzung und Ergänzung der Gendarmerie durch freiwilligen Zugang aus nicht mehr zu der aktiven Armee gehörigen Mannschaften u. dgl. (§§ 7 mit 17 — §§ 12, 14, 15, 17 in der Fassung vom 3. Juni 1892 —);

die Verehelichung (§ 18 in der Fassung vom 12. Mai 1872 bezw. 3. Juni 1892, — daselbst auch die Bestimmungen über die Capitulation —, während die militärdienstlichen Normen in der

V. v. 14. Dez. 1872, Weber IX. 647,

enthalten sind), vgl. auch:

ME. v. 20. Nov. 1872, Verehelichung von Gendarmeriepensionisten betr., MABl. S. 131;

die Uniformirung, Bewaffnung und Gradauszeichnung (§§ 19, 20); s. jetzt:

ME. v. 6. Sept. 1873, Uniformirung und Adjustirung der Gendarmerie betr., Weber X. 118,

ME. v. 23. Juni 1882, Weber XIII. 583,

A. E. v. 22. Dez. 1895 (Fahrräder) und

A. E. v. 7. Febr. 1896 (Revolver für Radfahrende),

A. E. v. 16. Juli 1896 (Blusen);

die Gagen, Löhnungen und sonstigen Bezüge (§§ 21 mit 31)

s. die unter lit. c oben erwähnten Bestimmungen, dann

ME. v. 1. August 1868 und 23. Jan. 1869 über Unterbringung der Gendarmeriemannschaft, Weber VII. 579,

ME. v. 4. Dez. 1884, MABl. S. 377, über Quartierleistung durch Gendarmerieangehörige,

ME. v. 1. August 1868 und 11. Mai 1869 über Unterbringung der Erkrankten, Weber VIII. 128,

ME. v. 23. April 1884, Weber XVI. 497, über Reisen der Gendarmerie auf Eisenbahnen,

ME. v. 3. Juli 1889, Weber XVI. 435, die Zeugengebühren betr.,

ME. v. 17. Febr. 1890, MABl. S. 67, die Löhnung bei informatischer Beschäftigung im Civildienste betr.,

(vgl. die theilweise noch giltigen älteren Vorschriften bei Weber VIII. 167);

das Verhältniß der Gendarmerie zu den Civil- und Militärbehörden (§§ 32 mit 41); hienach bildet das Bezirksamt die Civildienstbehörde der Gendarmerie-Mannschaft.

Instr. v. 20. Sept. 1879 §§ 1—5, 15, 27, 42, 51, 57, 77 ff., vgl. auch ME. v. 17. August 1868, Weber VII. 449.

Andere Civilbehörden haben, abgesehen von dem Falle einer Verzugsgefahr und von den Requisitionen der Justizbehörden in strafrechtlichen Sachen, das Bezirksamt um Beorderung der Gendarmerie anzugehen.

Instr. v. 20. Sept. 1879 §§ 4, 52, 54 ff. und 166 ff.;
vgl. auch ME. v. 27. März 1882, MABl. S. 119, bezüglich der Assistenz bei Zwangsvollstreckungen.

Ueber Erhebung von Geldstrafen durch die Gendarmerie s.:
ME. v. 4. Sept. 1876, Weber XI. 646;
über Assistenzleistung der Gendarmerie bei Volksversammlungen:
ME. v. 6. Mai 1876, Weber XI. 531;
über Gendarmerieassistenz bei Gerichtssitzungen:
ME. v. 25. Nov. 1862, Weber XIII. 614;
über Vorführung von Dienstboten:
ME. v. 4. Nov. 1862, Weber VI. 102;
über Vorführung Sonntagsschulpflichtiger:
ME. v. 4. März 1894, Weber XXII. 419;
über die Uebertragung von Rücktransporten s. oben S. 54;
über Mittheilung der Kreisamtsblätter an die Gendarmeriestationen:
ME. v. 1. Juli 1881, MABl. S. 221,
JMB. v. 16. August 1881, JMBl. S. 376.

Die Gendarmen sind Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft (vgl. oben § 90 Ziff. 4 S. 40).

V. v. 31. August 1879 § 1 Ziff. 3, GVBl. S. 1057,
Instr. v. 20. Sept. 1879 § 2;
vgl. ferner:
OLGE. I. 102.

In welchem Sinne die Civildienstbehörde ihre Aufgabe zu erfassen hat, hierüber vergleiche

V. v. 24. Juli 1868 §§ 35, 44, 62, 68 mit 72, 77, 79 (letzterer in der Fassung der MV. v. 15. März 1895),
dann insbesondere:
ME. v. 11. Jan. 1866 Ziff. II, III, Weber VI. 564,
ME. v. gleichen Tage, Weber VI. 569, und v. 17. August 1868, Weber VII. 449.

Die Dienstbezirke sind mit den Grenzen der Amtsbezirke in Uebereinstimmung zu bringen; vgl. jedoch auch:
ME. v. 25. Sept. 1892.

Bei Beleidigungen der Gendarmerie steht der Civildienstbehörde in allen Fällen nach Benehmen mit der Militärbehörde das Strafantragsrecht zu.

ME. v. 23. Nov. 1872, MABl. S. 131.

Ueber den schriftlichen Dienst und die Vereinfachung in Führung der Dienstbücher s.:

ME. v. 15. März 1895, MABl. S. 215.

Die Verordnung vom 24. Juli 1868 enthält ferner in §§ 42—44 Bestimmungen über Disciplin und Gerichtsstand der Gendarmerie

vgl. auch die unter lit. f cit. V. v. 25. Okt. 1868 und die durch Kr.ME. v. 16. Nov. 1868, Weber VII. 504, hiezu erlassenen Instruktionen, ferner

ME. v. 4. Febr. 1869 über den Vollzug des cit. § 44, Weber VII. 585,

dann ME. v. 6. und 12. Febr. 1869, Weber VII. 585, und v. 8. April 1873 Ziff. 1, Weber IX. 745,

ferner den durch § 2 Abs. 2 des Einführungsges. zum Militär-Strafgesetzbuch v. 20. Juni 1872, RGBl. S. 173, aufrecht erhaltenen Art. 7 des Einführungsges. v. 29. April 1869, GBl. S. 1341, sowie

Art. 4 Ziff. 4 der Militärstrafgerichtsordnung v. 29. April 1869,

endlich § 3 der Instr. v. 20. Sept. 1879 und

OLGE. VI. 348;

in §§ 45 mit 79 (letzterer in der Fassung der MV. vom 15. März 1895) Vorschriften über den Dienst der Offiziere und Mannschaften, welcher bei letzteren in den ordentlichen, insbesondere beim Patrouillengang auszuübenden, und in den außerordentlichen, nur auf besonderen Auftrag oder spezielle Requisition der zuständigen Behörden geleisteten Dienst zerfällt;

vgl. auch ME. v. 5. August 1869, Weber VIII. 248, und §§ 49, 50 der Instr. v. 20. Sept. 1879;

endlich Anordnungen über die ökonomischen Geschäfte (§ 80, hiezu MV. vom 29. Oktober 1868, RBl. S. 2241), Belohnungen (§§ 81—84 mit Vollzugs-Bestimmungen vom 19. Oktober 1885, Weber XVII. 489) und Pensionsverhältnisse (§ 85); vergl. auch die unter lit. d und e aufgeführten Verordnungen und die den § 84 modificirende MV. vom 11. September 1882, GVBl. S. 507, mit den in Bd. I S. 265 aufgeführten Bestimmungen über Anstellung nicht civilversorgungsberechtigter Mannschaften der k. Gendarmerie im subalternen Civildienste.

Die Wittwen-Pensions- und Unterstützungs-Gesuche u. dergl. sind von den Distriktspolizeibehörden zu instruiren und dem Gendarmerie-Korps-Kommando mitzutheilen.

ME. v. 17. Mai 1871, Weber IX. 21.

Den Patrouillendienst hat die Civildienstbehörde näher zu ordnen.

V. v. 24. Juli 1868 § 62,

Instr. v. 20. Sept. 1879 § 61 (vgl. MABl. 1895 S. 369) und cit. ME. v. 15. März 1895 Ziff. 6.

Im Uebrigen vergleiche:

ME. v. 8. April 1873, insbesondere über Führung der Dienstbücher, Zahl der Nachtpatrouillen u. s. w., Weber IX. 745;

ME. v. 12. Juli 1871 über die Form der an die Civildienstbehörden zu erstattenden Anzeigen, s. auch Instr. v. 20. Sept. 1879 § 180, bezw. ME. v. 15. März 1895 Ziff. 7, dann ME. v. 24. und 30. März 1854, Weber V. 94;

ME. v. 24. Dez. 1883, MABl. S. 403, über Gendarmerie-Anzeigen bei Antragsreaten;

ME. v. 1. Juli 1873, MABl. S. 451, vgl. § 4 der V. v. 23. Juni 1829, RBl. S. 521, über die Portobefreiung der Gendarmerie;

ME. v. 2. Dez. 1868, Weber VII. 526, über Musterung der Gendarmeriestationen durch die militärischen Vorgesetzten; vgl. Instr. v. 20. Sept. 1879 § 38;

ME. v. 18. Febr. 1891 über Zustellung von Ordensauszeichnungen (durch die Militärbehörde);

ME. v. 28. April 1891 (Verwendung in Invaliditäts-Versicherungssachen).

Die Gendarmerie hat bei Dienst- und Urlaubsreisen halbe Fahrtaxe zu entrichten; jedoch tritt diese Ermäßigung nicht ein bei Reisen von Gendarmen zum Zwecke der Vernehmung als Zeugen in Untersuchungssachen u. dgl., s.:

ME. v. 23. April 1884, Weber XVI. 497.

Gendarmen, welche nicht mehr im aktiven Militärverbande stehen, können den Verfassungseid ableisten;

ME. v. 26. Nov. 1870, Weber X. 475,
vgl. ME. v. 27. Jan. 1883 Ziff. II lit. A, III, MABl. S. 56;

über die Berechtigung derselben zur Theilnahme an Reichs- und Landtagswahlen s.:

ME. v. 9. Febr. 1871, Weber VIII. 707, sowie die cit. ME. v. 27. Jan. 1883.

3. Von den Gemeinden ist nach

Gemeindeordn. Art. 38 Abs. 1, Art. 85, 95, 129 Abs. 4, 5, Art. 141, 156 Abs. 4

das erforderliche Dienstpersonal insbesondere für Handhabung der Ortspolizei und des Feldschutzes aufzustellen; vgl. auch:

unten Ziff. 4 lit. a, dann
Bl. f. a. Pr. Bd. 19 S. 350,
ME. v. 11. Jan. 1866 Ziff. IV, Weber VI. 564,
ME. v. 23. Jan. 1878 Ziff. 2, 3, MABl. S. 19,
ME. v. 13. März 1882 Ziff. 1, MABl. S. 52,
Kahr, Kommentar zur Gemeindeordn. Bd. 1 S. 921 ff.;
s. auch VGHE. III. 367, 384, IV. 157, V. 27, IX. 98 und die weiteren in meinem Kommentare zum Gesetze über den VGH. S. 370 angeführten VGHE.

Ueber Verwendung von Militäranwärtern s. Bd. I S. 264, vgl. auch
ME. v. 24. Juni 1881, MABl. S. 214, und
ME. v. 25. Nov. 1890 (Feldzugssoldaten).

Die in Art. 85 Abs. 2, 129 Abs. 5 a. a. O. vorbehaltene Bestimmung der Dienstkleidung, bezw. Dienstauszeichnung der zu polizeilichen Verrichtungen verwendeten Gemeindebediensteten ist in der
V. v. 12. Mai 1888, GVBl. S. 453, vgl.
ME. v. 20. Juni 1888, Weber XIX. 63,
enthalten; s. im übrigen auch hinsichtlich des Flurschutzpersonals:
unten § 143,
Reger XVII. 76.

Hiezu kommt ferner das für gewisse Zweige des polizeilichen Schutzes ausschließlich bestimmte Personal, nämlich das für den Forstschutz nach
rev. Forstges. v. 28. März 1852/17. Juni 1896 Art. 10 mit 13,
bes. VV. v. 12. August 1888, MABl. S. 325, § 14 Abs. 3, § 15
von den Gemeinden und Stiftungen aufzustellende Forstschutzpersonal (vgl. unten § 128 Ziff. 7), das von Privaten nach
Gemeindeordn. Art. 45 Abs. 3
aufgestellte Wald- und Feldschutzpersonal, das von Gemeinden oder Privaten nach
§ 8 der VV. v. 3. Febr. 1857 zum Jagdgesetze, Weber V. 21,
ME. v. 30. Jan. 1868, Weber VII. 188,
aufgestellte Jagdschutzpersonal, die für den Flurschutz von der Distriktsgemeinde aufgestellten Bediensteten und die von der Distriktsverwaltungsbehörde als Organe des Feldschutzes anerkannten und verpflichteten Privatpersonen
PStr.GB. Art 123, 124 (vgl. übrigens Str.Pr.Ordn. § 60),
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 248,
das zur Beaufsichtigung der Straßen und Eisenbahnen verwendete Unterpersonal
PStr.GB. Art. 91,
V. v. 20. Juni 1855 § 10 Ziff. 5 Abs. 3, 4, die Erbauung von Eisenbahnen betr., RBl. S. 653,
MB. v. 10. Dez. 1892 §§ 47 ff., bezw. 66 ff., GVBl. S. 912, bezw. 855,
endlich das Fischereiaufsichtspersonal:
§ 19 der V. v. 4. Okt. 1884, GVBl. S. 459.

4. In gewissen Fällen ist die Polizeiverwaltung berechtigt, die Bürger zu polizeilichen Dienstleistungen aufzurufen und haben die hiezu Aufgeforderten sich bei Strafvermeidung den angesonnenen Verpflichtungen zu unterziehen; hieher gehören:

a) die von den Gemeindeverwaltungen angeordneten Gemeindedienste zur Uebernahme der Sicherheitswache.

PStr.GB. Art. 29; vgl. Bd. III § 178 Ziff. 5 dieses Handbuchs, insbesondere: Stengl. Ztschr. Bd. 4 S. 394, Bd. 5 S. 59, Bd. 6 S. 71, Bd. 7 S. 325, Bd. 8 S. 201, Bd. 17 Beibl. S. 42,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 12 S. 257,
O. E. im MABl. 1883 S. 226, 1884 S. 104 und 372, 1890 S. 114, 1891 S. 14, 1895 S. 613.

Stellt sich die Anordnung solcher Sicherheitswachen, insbesondere turnusweiser Nachtwachen, als im öffentlichen Interesse geboten dar, so können die Gemeinden im Hinblick auf

Gemeindeordn. Art. 156 Abs. 4, Art. 157 Abs. 5 mit 7

von Staatsaufsichtswegen zur Anordnung solcher Sicherheitsdienste angehalten werden, indem sie für verpflichtet erklärt werden, entweder ihren Angehörigen derartige Dienstleistungen aufzuerlegen oder durch Aufstellung besonderer, aus der Gemeindekasse bezahlter Bediensteter (s. Ziff. 3 oben) für das Vorhandensein des erforderlichen Schutzpersonals Sorge zu tragen. Doch wird die Wahl zwischen beiden Einrichtungen den Gemeinden nicht unbedingt zustehen und werden Gemeindedienste obiger Art in der Regel nur zur zeitweisen Verstärkung des ständigen Sicherheitspersonales oder zur Unterstützung desselben in einzelnen Richtungen (z. B. in der Nachtwache) zugelassen, nicht aber soweit ausgedehnt werden können, daß die Gemeinde sich durch Anordnung turnusweiser Wachen ihrer Verpflichtung zur Aufstellung ständiger Dorfwächter u. s. w. gänzlich entzieht, da von rüstigen, entsprechend besoldeten und instruirten Polizeidienern immerhin eine bessere Dienstleistung zu erwarten ist; vgl. hierher auch:

Bl. f. adm. Pr. Bd. 34 S. 241 und
BGHE. III. 384, XI. 485.

b) die in Folge feuerpolizeilicher Anordnungen der Orts- oder Distriktsverwaltungsbehörden zu leistenden Dienste (Pflichtfeuerwehren).

Str.GB. § 368 Ziff. 8 (vgl. hierüber unten § 122 Ziff. 3).

c) die auf obrigkeitliche Aufforderung bei Unglücksfällen, bei drohender oder schon ausgebrochener gemeiner Gefahr von Jedermann zu leistende Nothhilfe.

Str.GB. § 360 Ziff. 10; vgl. auch:
Reger-Reuß a. a. O. S. 76,
PStr.GB. Art. 27,
Postges. v. 28. Okt. 1871 § 21, RGBl. S. 347,
Uferschutzges. v. 28. Mai 1852 Art. 17, 26, GBl. S. 577, dazu Reuß, Wasserges. 2. Aufl. S. 304, 314,

Berggeſ. v. 20. März 1869 Art. 209 Ziff. 3, GBl. S. 674,
Stengl. Ztſchr. Bd. 7 S. 298 und S. o. E. f. Str. Bd. 3 S. 132,
O. E. im MABl. 1891 S. 273,
RGE. Samml. Bd. V. S. 309,
Reger XI. 338.

5. Ueber die Requiſition militäriſcher Hilfeleiſtung in Nothſtänden ſ.:
ME. v. 19. Okt. 1896, MABl. S. 447, und
unten § 101 Ziff. 2 S. 90.

Zweiter Abſchnitt.

Sicherheitspolizei.*)

§ 95. Einleitung.

Die Bezeichnung „Sicherheitspolizei" iſt hier nicht in jenem weiteren Sinne gebraucht, in welchem dieſelbe das Gebiet der geſammten eigentlichen Polizei im Gegenſatze zu der Wohlfahrtspflege (zu der ſ. g. Wirthſchafts- und Kulturpolizei) umfaßt, ſondern in der engeren Bedeutung, in welcher unter Sicherheitspolizei die polizeiliche, vorzugsweiſe präventive und repreſſive Thätigkeit gegenüber Rechtsverletzungen, d. h. gegenüber rechtswidrigen Angriffen auf die beſtehende ſtaatliche und geſellſchaftliche Ordnung, auf Leben und Vermögen der Einzelnen, verſtanden wird. In dieſem Sinne begreift daher die Sicherheitspolizei insbeſondere nicht auch den Schutz gegen Unglücksfälle, gegen elementare Beſchädigungen und Gefährdungen (die Bau-, Feuer-, Straßen-, Waſſer- u. ſ. w. -Polizei in ſich; vgl.:

Form.V. v. 17. Dez. 1825 § 57, RBl. S. 1049,
Inſtr. für die Polizeidirektionen v. 24. Sept. 1808 §§ 36 ff., RBl. S. 2510.

Eine ſcharfe Abgrenzung zwiſchen der Sicherheitspolizei und den übrigen Zweigen der polizeilichen Thätigkeit iſt übrigens nicht allenthalben durchführbar; vgl. z. B. § 102, dann § 105 Ziff. 1.

Ueber die den Polizeibehörden im Gebiete der Sicherheitspolizei zu Gebote ſtehenden Hilfsmittel und Befugniſſe vgl.:

ME. v. 11. Jan. 1866, Weber VI. 564,
ME. v. 23. Jan. 1878, MABl. S. 19,
ME. v. 13. März 1882, MABl. S. 52.

*) In vierter Auflage bearbeitet von Bezirksamtsaſſeſſor G. Krais.

Von erheblicheren Sicherheitsstörungen haben die Distriktspolizeibehörden den Kreisregierungen, K. d. Innern, sofort Anzeige zu erstatten.

ME. v. 18. Juli 1862.

Bei dem Schutze der öffentlichen Ordnung gegen Rechtsverletzungen und Störungen hat die Polizei eine beobachtende und vorbeugende Thätigkeit insbesondere gegenüber solchen Personen zu entwickeln, von welchen erfahrungsgemäß vorzugsweise Angriffe auf jene Ordnung zu befürchten sind. Von diesem Gesichtspunkte aus ist daher die Aufsicht auf Fremde, die Einschreitung gegen Landstreicher und Müssiggänger u. dgl. eine Hauptaufgabe der Sicherheitspolizei und gliedert sich hienach von selbst die Darstellung derselben in diesem Abschnitte; vgl. auch:

Bl. f. a. Pr. Bd. 18 S. 42, 49.

§ 96. Fremdenpolizei.

1. Um der Polizei die erforderliche Kenntniß der im Bezirke befindlichen Personen zu verschaffen, sind bezüglich der Gemeindebürger und Heimathberechtigten Verzeichnisse

vgl. Gemeindeordn. Art. 131 lit. e,

bezüglich der Fremden Anzeigen erforderlich.

Bl. f. a. Pr. Bd. 35 S. 56, 314.

Nach Art. 44 des Gesetzes vom 16. April 1868 über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt kann durch ober- oder ortspolizeiliche Vorschrift für die in einer fremden Gemeinde (d. h. dort, wo sie nicht Bürger- oder Heimathrecht besitzen) sich über acht Tage Aufhaltenden (mit Ausnahme der in einem öffentlichen Dienstverhältnisse u. dgl. stehenden Staatsangehörigen, vgl. Art. 48 a. a. O.) die Pflicht begründet werden, von ihrem Aufenthalte der Ortspolizeibehörde Anzeigen zu erstatten, auf Grund deren die Ortspolizeibehörde Bögen über die ständig sich in der Gemeinde aufhaltenden Fremden anzulegen und zu sammeln hat; vgl.:

Ziff. 31 mit 40 (insbesondere 35) der VV. v. 29. Juni 1868, Weber VII. 352,

Freizügigkeitsges. v. 1. Nov. 1867 §§ 10, 12 Abs. 2 mit ME. v. 4. Mai 1871 Ziff. 4, Weber IX. 1,

Art. 3 Ziff. 2 des Ausf.Ges. v. 18. August 1879 zur Str.Pr.Ordn.,

Bl. f. a. Pr. Bd. 18 S. 270.

Aufenthaltskarten sowie Aufenthaltsgebühren sind unzulässig; s.:

§ 10 Abs. 4 des deutschen Paßgesetzes v. 12. Okt. 1867 (GBl. 1870/71 Beil. S. 6),

VB. v. 29. Juni 1868 Ziff. 34,
§§ 8, 10 und 12 des Freizügigkeitsges.

Die Polizeibehörde ist selbstverständlich jederzeit, also auch schon vor Ablauf der achttägigen Frist, berechtigt, von dem Fremden Aufschluß über seine Staatsangehörigkeit u. s. w. zu fordern, und derselbe alsdann verpflichtet, sich hierüber auszuweisen; vgl.:

Heimathges. v. 16. April 1868 Art. 45 Ziff. 1,
Freizügigkeitsges. § 2,
Paßges. v. 12. Okt. 1867 §§ 3, 10 Abs. 3 und VJ. v. 9. Mai 1871 Ziff. VI, Weber IX. 3,
Paßverordn. v. 9. Dez. 1865 §§ 17, 18 (RBl. S. 1409) und VJ. v. 23. Dez. 1865 Ziff. XIII, Weber VI. 549,
ME. v. 13. März 1882 Ziff. 3, MABl. S. 52,
ME. v. 19. Dez. 1882, MABl. S. 393,
ME. v. 24. Okt. 1885, MABl. S. 305;
s. auch § 97 Ziff. 1 lit. c S. 71.

2. Das PStr.GB. Art. 46 läßt ferner oberpolizeiliche Vorschriften über die Aufzeichnung und Anzeige der Ankunft und Abreise aufgenommener Fremden durch die Gastwirthe und Herbergsgeber

MB. v. 28. Mai 1862 § 1 Ziff. 3, RBl. S. 928,
ME. v. 28. Febr. 1862 Ziff. 2, Weber IX. 343,
Stengl. Ztschr. Bd. 17 Beibl. S. 59,
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 185,

sowie ortspolizeiliche Vorschriften über die anderen Personen obliegende Anzeige von Beherbergung Fremder zu; unbefugte gewerbsmäßige Beherbergung von Landstreichern und anderen sicherheitsgefährlichen Personen ist durch

PStr.GB. Art. 48

mit Strafe bedroht.

3. Nach PStr.GB. Art. 49 sind Verordnungen

vgl. V. v. 15. Juli 1862, RBl. S. 1864

oder ortspolizeiliche Vorschriften über die Anzeige der Aufnahme oder Entlassung von Handlungsdienern, Gewerbsgehilfen, Fabrikarbeitern, Taglöhnern, welche am Orte keinen festen Wohnsitz haben, nach Art. 107 Abs. 1 distrikts- oder ortspolizeiliche Vorschriften über die Anzeige des Ein- und Austrittes von Dienstboten zulässig; vgl.:

Stengl. Ztschr. Bd. 9 S. 319, 423.

Durch ortspolizeiliche Vorschrift kann Vermiethern die Anzeige über Ein- und Auszug der Miether auferlegt werden.

PStr.GB. Art. 50.

4. Falsche, zum Zwecke der Täuschung der Polizeibehörde gemachte Angaben bei den gemäß Art. 46 vorgeschriebenen Anzeigen werden nach

PStr.GB. Art. 47

beahndet; vgl. auch:

Str.GB. § 360 Ziff. 8 und PStr.GB. Art. 25,
Stengl. Ztschr. Bd. 3 S. 133, Bd. 4 S. 213, 289, Bd. 5 S. 378,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 13 S. 361,
Reger V. 447, VI. 302, IX. 86, XII. 52,
OLGE. II. 544,
Reger-Reuß a. a. O. S. 74 f., 169, 186.

Die Fremdenpolizei ist zunächst von der Ortspolizeibehörde zu handhaben

Gemeindeordn. Art. 138 Abs. 3,
ME. v. 23. Jan. 1878, MABl. S. 19,
ME. v. 13. März 1882 Ziff. 1, MABl. S. 52,

welche jedoch von der Gendarmerie

V. v. 24. Juli 1868 § 61 Ziff. 6, § 63 Ziff. 1, 2, § 64 Abs. 1, § 73 (RBl. S. 1385),
Instr. v. 20. Sept. 1879 §§ 86, 87 ff., MABl. S. 379

hiebei unterstützt wird.

§ 97. Paß-Polizei.

1. Das Paßwesen wurde durch die Einführung des norddeutschen

Ges. v. 12. Okt. 1867, GBl. 1870/71 Beil. S. 6, vgl. Einf.Ges. v. 22. April 1871, a. a. O. S. 2,

gesetzlich geregelt. Das Paßgesetz beruht gleich der

bayer. Paßverordn. v. 9. Dez. 1865, RBl. S. 1409,

welche noch jetzt theilweise anwendbar ist, auf folgenden Grundsätzen:

a) der Paßzwang ist für In- und Ausländer aufgehoben.

Paßges. §§ 1, 2 und VZ. hiezu v. 9. Mai 1871 Ziff. I, Weber IX. 3,
V. v. 9. Dez. 1865 §§ 1, 2 Abs. 1 und VZ. hiezu v. 23. Dez. 1865 Ziff. I, II, Weber VI. 549,
Reger Erg.Bd. 1 S. 211.

Ausnahmen können nurmehr durch Bundespräsidial-Anordnung unter den Voraussetzungen des Paßgesetzes § 9 begründet werden;

vgl. kaiserl. V. v. 14. Juni 1879, RGBl. S. 155, modificirt durch kaiserl. V. v. 29. Dez. 1880, RGBl. 1881 S. 1, und v. 30. Juni 1894, RGBl. S. 501.

Der Reciprocitätsvorbehalt in § 2 Abs. 2 der Verordnung von 1865 ist unanwendbar geworden.

b) Pässe und sonstige Legitimationsurkunden können dem Bundes- bezw. Staatsangehörigen nur bei obwaltenden gesetzlichen Hindernissen verweigert werden

Paßges. § 1 Abs. 2 und VJ. von 1871 Ziff. II,
Reger II. 426,

wodurch die Vorschriften der Verordnung von 1865 erweitert wurden; vgl. insbesondere bezüglich der Militärpersonen u. dgl.:

Wehrordn. § 106 Ziff. 2, § 107 Ziff. 1, § 108 Ziff. 3, § 111 Ziff. 12, ferner
ME. v. 14. Febr. 1837, Döll. Bd. 13 S. 633,
cit. V. v. 9. Dez. 1865 § 7 Abs. 2 und VJ. v. 23. Dez. 1865 Ziff. VI, dann v. 9. Mai 1871 Ziff. II,
ME. v. 10. Juni 1871 und 25. Mai 1874, Weber VI. 551,
ME. v. 24. Okt. 1885, MABl. S. 305,
ME. v. 3. Juli 1887, MABl. S. 235,
Kr.ME. v. 19. Febr. 1886 (Urlaubsertheilung betr.),
Reger, Militärdienstgesetzgebung S. 114;
s. auch folg. Seite (Paßkarten);

bezüglich der Staats- und öffentlichen Diener s.:

cit. V. v. 9. Dez. 1865 § 7 Abs. 1,
VJ. v. 1871 Ziff. II Abs. 2,

bezüglich der in ausländische Klöster eintretenden Bayern:

ME. v. 1. April 1889.

c) Jedermann ist verpflichtet, sich auf amtliche Anforderung über seine Person genügend auszuweisen;

vgl. hierüber § 96 Ziff. 1 a. E. S. 69.

Unnöthige Belästigung der Reisenden ist jedoch zu vermeiden und die Paßpolizei überhaupt bemessen und mit Takt zu handhaben.

V. von 1865 § 18 und VJ. Ziff. XIII; vgl. auch:
ME. v. 20. Jan. 1837 Ziff. XII, XV, Döll. Bd. 13 S. 611, Weber VI. 554.

Ueber die Behandlung der Reisepapiere naturalisirter Amerikaner vgl.:

ME. v. 23. Mai 1876, MABl. S. 250.

d) Ein Zwang zur Paßvisirung findet nicht statt.

Paßges. § 5,
V. von 1865 § 3,
s. auch Paßkarten-Verordn. v. 14. Jan. 1851 Art. VII;
vgl. im übrigen Ziff. 3 unten.

2. Als Reisepapiere kommen im Hinblick auf die

VJ. v. 9. Mai 1871 Ziff. III,
vgl. ME. v. 19. Dez. 1882, MABl. S. 393,

nur noch in Betracht:

A. Paßkarten.

Dieselben wurden durch die

V. v. 14. Jan. 1851 (RBl. S. 25), aufrecht erhalten durch die Paß-V. v. 1865 § 6 Abs. II

auf Grund der Paßkartenkonvention vom 21. Oktober 1850

s. hiezu Weber IV. 208,
BJ. v. 18. Jan. 1851, Weber IV. 211,
ME. v. 22. Juni 1853, Döll. Bd. 29 S. 297, Weber IV. 212

eingeführt;

Döll. Bd. 29 S. 278 ff.

Nach § 4 des Paßgesetzes haben die Paßkarten nunmehr im ganzen Bundesgebiete Geltung;

vgl. die ME. v. 30. Juni 1852, Döll. Bd. 29 S. 296, Weber IV. 209;

über die Anwendbarkeit in Oesterreich vgl.:

Uebereinkunft v. 30. Okt. 1856, RBl. S. 1073,
Bekanntmachung v. 30. Nov. 1859, RBl. S. 1211.

Ueber die Ausstellung von Paßkarten an Beamte und öffentliche Diener s.:

ME. v. 31. August 1860, Weber IV. 213;

über Ausstellung von Paßkarten an Ehefrauen und andere Familienglieder, Studirende, Gewerbsgehilfen u. s. w.:

ME. v. 14. Jan. 1854, Weber IV. 615,

deren Bestimmung über Ausstellung von Paßkarten an andere Staatsangehörige übrigens durch

ME. v. 8. Mai 1863, Weber IV. 616,

geändert wurde;

über den Ausschluß der Militärpersonen von der Erlangung von Paßkarten:

ME. v. 17. Febr. 1851, Döll. a. a. O. S. 288, Weber IV. 209.

Die in Art. II mit IV der Paßkarten-Verordnung festgesetzten Beschränkungen, soweit sie nicht durch die vorstehenden Bestimmungen modificirt sind, bestehen mit dem Abmaße fort, daß hienach den Betreffenden wohl die Paßkarte, nicht aber auch, wenn kein gesetzliches Hinderniß obwaltet, der Paß verweigert werden kann. Art. X der cit. Verordnung erscheint im Hinblick auf

§ 1 Abs. 1 des Paßgesetzes

gegenstandslos.

Ueber die in den übrigen deutschen Staaten zur Ausstellung von Paßkarten zuständigen Behörden s.:

ME. v. 20. Febr. und 6. März 1872, Weber IX. 320.

Das Paßkarten-Register ist am Ende des Jahres abzuschließen und der Regierungsfinanzkammer zur Prüfung und Einweisung vorzulegen, während die unverwendeten Paßkartenformularien der Kammer des Innern einzusenden sind.

MG. v. 22. März 1866 Ziff. 2, Weber VI. 595.

Ueber die rechnerische Behandlung vergl. oben Bd. I § 18 Ziff. 6 lit. d S. 113.

B. Eigentliche Pässe

nach Maßgabe der

V. v. 9. Dez. 1865,
VB. v. 9. Mai 1871 Ziff. III b.

Im Einzelnen sind zu beachten:

über das Formular und die Art der Ausstellung:

V. v. 9. Dez. 1865 §§ 9, 10, 11,
VB. v. 23. Dez. 1865 Ziff. IX, X,
VB. v. 9. Mai 1871 Ziff. IV, V, VI, VIII, IX,
MG. v. 24. Sept. 1857, Weber VI. 552,
MG. v. 13. März 1882 Ziff. 3, MABl. S. 52,
Reger XV. 246,
Bl. f. a. Pr. Bd. 43 S. 193,
vgl. auch unten lit. i (Rußland);

über die Zuständigkeit zur Ertheilung:

Paßges. v. 12. Okt. 1867 § 6,
VB. von 1871 Ziff. VII,

wonach die besonderen Vorschriften für Ministerial- und Gesandtschaftspässe

V. von 1865 §§ 14, 15,
VB. von 1865 Ziff. X, XI

fortbestehen; vgl. auch:

MG. v. 19. Dez. 1882, MABl. S. 393,
Reger VII. 453;

über die in den übrigen deutschen Staaten zur Ausstellung von Reisepässen zuständigen Behörden s.:

MG. v. 20. Febr. und 6. März 1872, Weber IX. 320;

dann über Konsularpässe:

Paßges. § 6 Ziff. 3,
Reichs-Konsulatsges. v. 8. Nov. 1867 § 25,
MG. v. 28. Mai 1884, Weber VI. 553 (Lübeck; ähnliche Ermächtigungen wurden in der Zwischenzeit ertheilt an die Konsuln in Hamburg, Frankfurt a. M., Bremen, Leipzig, Stuttgart und Karlsruhe);

über die ausnahmsweise Ertheilung von Pässen an Nichtbayern:
V. von 1865 § 8,
VJ. von 1865 Ziff. VII,
ME. v. 24. Mai 1867, Weber VII. 26,
VJ. von 1871 Ziff. VI,
vgl. Reger 1. Erg.Bd. S. 211;

über die gesetzlich statthaften Verweigerungsgründe, ferner über Ausstellung von Pässen an öffentliche Diener und Militärpersonen s. oben S. 71;

über die Giltigkeitsdauer:
V. von 1865 § 12 Abs. 2 und
VJ. von 1871 Ziff. VI, ergänzt durch
MB. v. 21. Nov. 1881, GVBl. S. 1316,
vgl. auch unten lit. i (Rußland);

über die Kosten:
Paßges. § 8,
VJ. von 1871 Ziff. VIII, modificirt durch
rev. Gebührenges. Art. 174,
MB. v. 21. Sept. 1879 § 6, MABl. S. 510,
ME. v. 22. Mai 1872, Weber IX. 5;

über Verlag und Verrechnung der Formulare vgl. auch:
Bd. I S. 113;

bezüglich des über die ausgestellten Reisepässe und Paßkarten zu führenden Registers s.:
VJ. von 1865 Ziff. X,
VJ. von 1871 Ziff. IX,
ME. v. 18. Jan. 1851 Ziff. VII. 3, Weber IV. 211,
ME. v. 1. Mai 1851, Weber IV. 217.

Die besonderen Vorschriften über die Legitimationspapiere der Handelsreisenden und für den Gewerbebetrieb im Umherziehen sind vorbehalten.
V. von 1865 § 4,
VJ. von 1871 Ziff. X.

Näheres s. in den §§ 148 und 149.

Auch die Vorschriften über Zwangspässe und Reiserouten (vgl. § 98 Ziff. 3 S. 82) sowie über Fremdenkontrole überhaupt bleiben unberührt
Paßges. § 10 Abs. 2, 3,
ebenso die Sperrmaßregeln bei Epidemien und Epizootien.
VJ. von 1871 Ziff. X. 7.

Ebensowenig wird durch die Bestimmungen in §§ 1, 2 des Paßgesetzes die Frage, inwieferne Bundesangehörige oder Ausländer Aufenthalts=

beschränkungen unterworfen oder Ausländer an der Grenze aus besonderen Gründen zurückgewiesen werden können, berührt.

Dagegen ist die allgemeine Verpflichtung der Handwerksgesellen und Gewerbegehilfen zur Führung von Arbeitsbüchern

V. von 1865 § 5

hinweggefallen

VJ. von 1871 Ziff. III Abs. 2

und besteht eine Ausnahme nur bezüglich der minderjährigen gewerblichen Arbeiter, welche nach

§§ 107 ff. der Gewerbeordnung,
ME. v. 31. März 1892, Anweisung §§ 1—17, MABl. S. 91,

soweit reichsgesetzlich nichts Anderes zugelassen ist, mit Arbeitsbüchern versehen sein müssen; vgl. unten § 150.

Ueber die den älteren Arbeitern auf Verlangen von den Gemeindebehörden

VJ. v. 1871 Ziff. III Abs. 2,
ME. v. 15. Mai 1876 Ziff. 9, MABl. S. 233, vgl.
MV. v. 21. Sept. 1879, GVBl. S. 1203,
ME. v. 19. Dez. 1882 Ziff. 3, MABl. S. 393,
ME. v. 20. Juni 1883, MABl. S. 233,
cit. ME. v. 31. März 1892 Abs. 3

auszustellenden Arbeitsbücher s. oben Bd. I S. 113 lit. f, über die Form derselben insbesondere:

ME. v. 30. Okt. 1880.

In Bezug auf Dienstbotenbücher s. unten § 141 Ziff. 7.

3. Es ist zunächst Sache der Reisenden, sich mit den bestehenden ausländischen Paßvorschriften bekannt zu machen und mit den etwa erforderlichen Ausweisen zu versehen. Die Paßpolizeibehörden haben auf Anfragen die erforderlichen Aufschlüsse insbesondere über die auswärtige Paßgesetzgebung zu ertheilen.

ME. v. 30. Jan. 1837 Ziff. II, XIII, Döll. Bd. 13 S. 611,
cit. VJ. v. 1865 Ziff. II; vgl. auch Ziff. IX, X, XI derselben.

Das Paßvisum erfolgt bei der Kreisregierung und dem Ministerium kostenfrei; vgl. auch:

ME. v. 21. März 1867, Weber VI. 765,
Bl. f. a. Pr. Bd. 32 S. 103.

Zu den in Ziff. II der VJ. von 1865 aufgeführten Bestimmungen über den Stand der Paßvorschriften im Auslande ist noch zu bemerken:

a) Amerika. Zum Eintritt in die Vereinigten Staaten ist ein Paß nicht erforderlich.

ME. v. 15. Sept. 1865 und 2. Mai 1866, Weber VI. 521,
ME. v. 11. Febr. 1869, Weber VII. 586;
vgl. auch cit. VJ. v. 23. Dez. 1865 Ziff. II. 6.

b) Die mit Belgien abgeschlossene Paßkonvention

MB. v. 9. Mai 1866, RBl. S. 711,

beruht im Wesentlichen auf den Grundsätzen des Paßgesetzes; s. auch die

ME. v. 20. Juli 1885 und 12. Sept. 1887, Weber XVII. 315 (diplomatische Vermittelung),
ME. v. 7. Febr. 1896.

c) Frankreich. Deutsche und Franzosen werden gegenseitig zum Eintritt, Austritt und Aufenthalt in beiden Ländern ohne Paß, jedoch unter dem Vorbehalte jederzeitigen Ausweises über Namen und Nationalität zugelassen.

ME. v. 4. Febr. 1873, MABl. S. 313.

Visirung erfolgt nur auf besonderes Verlangen und gegen 10 Francs Taxe.

ME. v. 7. März 1873, Weber VI. 571.

d) Griechenland. Nach ME. vom 2. Oktober 1848 (Döll. Bd. 29 S. 305) ist Paßvisirung durch einen griechischen Konsul erforderlich.

e) In Großbritannien wird ein besonderes Reisepapier nicht gefordert.

VJ. von 1865 Ziff. II. 6.

f) Italien. Der Paßzwang ist durch die Uebereinkunft zwischen Deutschland und Italien vom 8. August 1873 Art. VI, VII (MABl. S. 617) beseitigt, unbeschadet der Verpflichtung, auf amtliche Anforderung sich über seine Person auszuweisen; vgl. ferner über Ausstellung neuer italienischer Reisepässe für die in Bayern sich aufhaltenden Italiener:

ME. v. 18. Febr. und 12. Mai 1875, MABl. S. 87, 253,

dann unten § 149.

Ueber die Kosten der Konsulatsbeglaubigung s.:

ME. v. 19. Dez. 1890, MABl. S. 568.

g) In den Niederlanden besteht kein Paßzwang, hat sich jedoch der Ausländer erforderlichen Falls durch zeugschaftliche Bescheinigung über seine Person auszuweisen;

ME. v. 20. Mai 1862, Weber VI. 550,
vgl. auch VJ. von 1865 Ziff. II. 6 und
oben bei lit. b die ME. v. 20. Juli 1885 und 12. Sept. 1887.

h) Oesterreich; vgl. überhaupt VJ. von 1865 Ziff. II 1 und IX, dann die Zusammenstellung der österreichischen Paßvorschriften in der

ME. vom 11. Juni 1867, Weber VII. 30. Im Einzelnen sind noch folgende ältere Entschließungen (vgl. Weber a. a. O.) hervorzuheben:

ME. v. 16. Juli 1862, Paßerleichterung im Grenzverkehre betr.,
ME. v. 21. Nov. 1865, Aufhebung der Paßrevision an der Grenze betr.,
ME. v. 15. Juli 1857, 29. Okt. 1862, 26. Febr. und 20. April 1866 über Zustellung bezw. Ausstellung von Pässen und Paßkarten durch die österreichischen Unterbehörden.

Ein Ausländer, welcher sich nach Oesterreich (cisleith.) begibt, muß mit einem Reisepasse oder einer den Namen, Stand und die Heimath genau bezeichnenden Urkunde versehen sein; ein Arbeitszeugniß genügt nicht

ME. v. 17. Sept. 1871, Weber IX. 117,

wohl aber ein vorschriftsmäßig ausgestelltes Arbeitsbuch.

ME. v. 15. Okt. 1872, MABl. S. 58;
vgl. auch ME. v. 11. Nov. 1858, Weber VII. 31, dann oben Ziff. 2 lit. A S. 72.

Durch den deutsch-österreichischen, die Beglaubigung öffentlicher Urkunden betreffenden

Staatsvertrag v. 25. Febr. 1880, RGBl. 1881 S. 4,

werden die Vorschriften über Paßbeglaubigung nicht berührt (Art. 4 Abs. 4).

In Bezug auf Bosnien und die Herzegowina s.:

ME. v. 18. Jan. 1884, Weber XVII. 389,
ME. v. 23. August 1885, MABl. S. 225.

i) Rußland und Polen. Der Eintritt wird nur gegen Vorzeigung eines vorschriftsmäßigen, mit dem Visum einer kaiserl. russischen Gesandtschaft oder eines russischen Konsuls versehenen Passes oder Wanderbuches gestattet.

ME. v. 4. Nov. 1860 und 9. März 1861, Weber V. 222,
VJ. von 1865 Ziff. II 3.

Die Staatsangehörigen wurden wiederholt auf die Strenge der russischen Paßvorschriften zu dem Zwecke aufmerksam gemacht, daß sie sich mit vorschriftsmäßigen Reiseurkunden versehen.

ME. v. 4. August 1869, Weber V. 222,
ME. v. 14. August und 22. Sept. 1879, MABl. S. 336, 514.

Ueber Visa der russischen Pässe s.:

ME. v. 15. Jan. 1875, MABl. S. 46;

über den Paßgebühren-Tarif der russischen Gesandtschaft:

ME. v. 14. Febr. 1894, MABl. S. 107.

Auf Grund eines gesandtschaftlich visirten Passes kann sich der Ausländer nur für bestimmte Zeit in Rußland aufhalten, worauf der Paß zu erneuern oder ein russisches Legitimationsbillet zu lösen ist;

vgl. RGBl. 1873 S. 404 und MABl. 1874 S. 6,

dann jetzt insbesondere:

ME. v. 10. April 1886, MABl. S. 89.

Vgl. anderseits über die Paßpflicht beim Eintritt aus Rußland:

kaiserl. V. v. 14. Juni 1879, RGBl. S. 155, und v. 29. Dez. 1880, RGBl. 1881 S. 1, dann V. v. 30. Juni 1894, RGBl. S. 501,

ME. v. 22. März 1874, Weber V. 223,

bezüglich der Israeliten s.:

ME. v. 4. August 1890, 17. Juli und 22. August 1891, 16. Febr. 1892, 12. Mai 1896.

k) Rumänien. Zum Eintritte in Rumänien ist ein vorschriftsmäßiger Paß erforderlich; eine Paßkarte genügt nicht.

ME. v. 11. August 1879, MABl. S. 335,

ME. v. 23. August 1891, MABl. S. 306,

ME. v. 12. Sept. 1892, MABl. S. 401.

l) Schweden und Norwegen,
m) Schweiz,
n) Spanien,
} wie bei Großbritannien.

Zu beachten sind jedoch bezüglich der Schweiz die Bestimmungen des

Niederlassungsvertrages v. 31. Mai 1890, RGBl. S. 131,

ME. v. 27. Juli und 16. Okt. 1890, MABl. S. 352, 418,

ME. v. 16. August 1892, MABl. S. 367,

insbesondere über die zum Aufenthalte daselbst erforderlichen Leumundszeugnisse, bezüglich Spaniens die

ME. v. 28. Juli 1875, oberb. KABl. S. 942.

o) In der Türkei besteht Paßzwang und ist das Visum eines türkischen diplomatischen Vertreters oder Konsuls auf dem Passe erforderlich.

ME. v. 27. März 1897, MABl. S. 89.

Vgl. auch Bd. I S. 166 über Legalisirungs- bezw. Visirungs-Taxen.

Wo ein Reisepaß erforderlich ist, kann er durch Heimathschein u. dgl. nicht ersetzt werden.

ME. v. 18. August 1853, Döll. Bd. 26 S. 400, Weber IV. 587.

Ueber das Verfahren bei Verlust von Reiselegitimationen s.:

ME. v. 5. Nov. 1849, Döll. Bd. 27 S. 455; vgl.:

VGHE. II. 609.

4. In Bezug auf polizeiliche Prüfung der Legitimationspapiere s.:

ME. v. 19. Dez. 1882, MABl. S. 393.

Die Fälschung und der Mißbrauch von Pässen, Wanderbüchern und sonstigen Legitimationspapieren wird, soferne nicht Bestrafung nach §§ 263, 268 des Str.GB. verwirkt ist, nach

Str.GB. § 363,

vgl. Stengl. Ztschr. Bd. 11 S. 59, Bd. 13 S. 235, 373,
S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 132,
Reger III. 314 ff., IV. 75, 440 ff., VI. 306 ff., VII. 448, X. 456, XII. 190, 320, XIII. 184 ff., XIV. 284, XV. 210 ff., XVI. 74, Erg.Bd. I. 151 ff.,
Reger-Reuß a. a. O. S. 95

bestraft. Ueber Vorschreibung der Reiseroute und Zwangspässe s. unten § 98 Ziff. 3 S. 82.

§ 98. Bettel, Landstreicherei und Arbeitsscheue.

1. Ueber die Bekämpfung des Bettels und der Landstreicherei überhaupt, insbesondere durch Verabreichung von Ortsgeschenken s.:

ME. v. 13. März 1882 Ziff. 11, MABl. S. 52,
Bl. f. a. Pr. Bd. 31 S. 271, Bd. 32 S. 45 ff., Bd. 34 S. 77, 361, Bd. 35 S. 404 ff., 408,
Reger III. 43;

ferner über Gründung von Arbeiterkolonien (z. B. Simonshof, BA. Mellrichstadt, und Herzogsägmühle, BA. Schongau):

ME. v. 18. Dez. 1884, MABl. S. 394;

über Errichtung von Naturalverpflegsstationen:

ME. v. 24. März 1881, 29. März 1890, 14. April 1891, 12. April 1892 29. März 1893, 30. Juli 1894,
Reger V. 478,
vgl. auch Bl. f. a. Pr. Bd. 35 S. 401 ff.

Für die rein polizeiliche Behandlung der Bettler und Landstreicher ist die

V. v. 28. Nov. 1816, RBl. S. 859,

noch jetzt theilweise anwendbar, während die Bestrafung und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde sich nach

Str.GB. § 361 Ziff. 3, 4 und § 362

richtet; vgl. auch oben §§ 87, 89, 93.

Ueber den Begriff des Bettels und der Landstreicherei s.:

OLGE. II. 506, IV. 74 (Reger VII. 264),
vgl. PStr.GB. v. 1861 Art. 88;

im Uebrigen vgl. zu § 361 Ziff. 3, 4:

Stengl. Ztschr. Bd. 9 S. 465, Bd. 11 S. 44, Bd. 13 S. 124, Bd. 15 S. 179, Bd. 17 S. 145, 360, Bd. 18 S. 319, 322,
Reger I. 410, II. 64, 423, III. 52, 310, IV. 347, V. 360, VI. 469, 473, VII. 263, VIII. 395, X. 299, XII. 57, XVI. 72, 197, Erg.Bd. I. 343 ff.,
OLGE. II. 224, III. 254, 498, 530, IV. 400,
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 84 ff.,

dann in Bezug auf die Ueberweisung an die Landespolizeibehörde (Str.GB. § 362):

oben § 87 Ziff. 7, § 89 Ziff. 2 (S. 15, 24 ff.);

in Bezug auf Erhebungen über die persönlichen Verhältnisse der Beschuldigten, Feststellung der Herkunft unbekannter Landstreicher u. s. w.:

JME. v. 25. Juli und 5. August 1863, JMBl. S. 64, 144,
ME. v. 18. Jan. und 30. Juni 1881, JMBl. S. 58 und MABl. S. 224,
vgl. auch ME. v. 7. April 1865, JMBl. S. 58,
ME. v. 5. und 14. März 1866, JMBl. S. 41, 53,
ME. v. 22. März 1888.

Auch unerlaubte Sammlungen

vgl. § 173 Ziff. 1,
PStr.GB. Art. 51, 52

können, soferne die Sammlung ganz oder theilweise zu eigenem Vortheil unternommen wird, sich als Bettel charakterisiren.

Reger-Reuß a. a. O. S. 190.

Das Terminiren der Mendikanten ist dann als Bettel zu behandeln, wenn es Seitens nichtrecipirter Orden oder außerhalb der den einzelnen Klöstern zugewiesenen Bezirke geschieht; vgl. Bd. I S. 279 und

ME. v. 3. Juli 1870.

Allgemeine sicherheitspolizeiliche Anordnungen gegen Bettel und Landstreicherei enthalten die

ME. v. 11. Jan. 1866, Weber VI. 564,
ME. v. 23. Jan. 1878, MABl. S. 19,
ME. v. 11. April 1880, MABl. S. 155,
ME. v. 9. Dez. 1878, MABl. S. 413, und v. 13. März 1882, MABl. S. 52,
beide modificirt durch ME. v. 28. März 1891, MABl. S. 119,
JME. v. 24. März 1882.

Bezüglich des Bettels mit Waffen s. die Spezialbestimmung in

Str.GB. § 362 Abs. II,
dazu Reger III. 406, IV. 67.

Ueber den Bettel und die Landstreicherei gewisser Klassen von Personen bestehen noch besondere Vorschriften:

a) Zigeuner sollen sofort an der Grenze, wenn ihre Legitimation in irgend einer Beziehung als mangelhaft befunden wird, zurückgewiesen, bezw. wenn sie mit mangelhaften Legitimationen im Lande betreten werden, ausgewiesen werden;

ME. v. 21. März 1867, Weber VI. 766,
ME. v. 11. April 1885, MABl. S. 101,
ME. v. 9. Okt. 1886, MABl. S. 271,
ME. v. 22. Jan. und 5. Okt. 1889, MABl. S. 27 und 289;

vgl. übrigens auch ME. v. 1. Dez. 1887, Weber XVIII. 635, ME. v. 12. April 1886 und v. 16. Juli 1889.

b) Bezüglich der bettelnden polnischen Juden vgl.:
ME. v. 14. August 1873, Weber X. 100,
ME. v. 22. März 1874, Weber V. 223.

c) Ueber den Bettel Studirender vgl.:
ME. v. 17. Febr. 1823, Döll. Bd. 13 S. 523,
ME. v. 3. August 1854, KABl. S. 991,
JME. v. 20. Juli 1878, JMBl. S. 279.

Mittel- und legitimationslose Personen von unbekannter Heimath können polizeilich detinirt werden, eine Unterbringung im Arbeitshause ohne richterlichen Ausspruch nach RStr.GB. § 362 ist unzulässig;
ME. v. 7. Juli und 11. Okt. 1863, Weber VI. 244,
Bl. f. a. Pr. Bd. 21 S. 221;
über das Verfahren bei Ermittelung und Feststellung der Identität und Zuständigkeit von Personen unbekannter Herkunft s.:
ME. v. 30. Juni 1881, MABl. S. 224,
ME. v. 24 April 1889,
vgl. ME. v. 25. Juli und 5. August 1863, JMBl. S. 64, 143, und v. 7. April 1865, JMBl. S. 58.

2. Den Strafbestimmungen wegen Arbeitsscheue nach Str.GB. § 361 Ziff. 5, 7, 8 unterliegt, wer sich dem Spiel, Trunk oder Müßiggang dergestalt hingibt, daß zu seinem oder seiner Familienangehörigen Unterhalte fremde Hilfe durch Vermittelung der Behörde in Anspruch genommen werden muß (Ziff. 5), vgl.:
PStr.GB. Art. 55, 81,
Reger-Reuß a. a. O. S. 87,
Armengef. v. 29. April 1869 Art. 36 Abs. 4,
Reger II. 324
(s. nunmehr auch den hiemit in Zusammenhang stehenden, durch
Reichsgef. v. 12. März 1894 Art. 2, RGBl. S. 259,
vgl. ME. v. 27. März 1894, MABl. S. 156,
Reger XVI. 195,
eingeführten § 361 Ziff. 10 des RStr.GB., welcher die böswillige Unterlassung der Alimentation Seitens des solventen hiezu Verpflichteten unter Strafe stellt);
ferner der von der öffentlichen Armenpflege Unterstützte, welcher sich aus Arbeitsscheue weigert, die ihm von der Behörde (d. h. dem Armenpflegschaftsrathe)
Armengef. Art. 6 Abs. 2,
O. E. im MABl. 1879 S. 116, vgl. überhaupt

S. o. E. f. Str. Bd. 8 S. 553, Bd. 9 S. 322,
Reger III. 55

angewiesene, seinen Kräften angemessene Arbeit zu verrichten (Ziff. 7), s. auch:

Armengesf. Art. 44 Abs. 1 Ziff. 1, 2,
Art. 3 Ziff. 3 des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879 und
Stengl. Ztschr. Bd. 14 Beibl. S. 81,

oder wer nach Verlust seines bisherigen Unterkommens (d. h. seiner bisherigen Unterhaltsmittel) binnen der ihm von der zuständigen (Distrikts-polizei-) Behörde festgesetzten Frist sich ein anderweitiges Unterkommen zu verschaffen nicht bemühte (Ziff. 8); vgl. auch:

Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 6, RBl. S. 25,
ME. v. 13. März 1882 Ziff. 6, MABl. S. 52,
Stengl. Ztschr. Bd. 12 S. 250, Bd. 16 S. 69, Bd. 18 S. 314,
S. o. E. f. Str. Bd. 7 S. 461,
OLGE. V. 282 (MABl. 1889 S. 117),
Reger IX. 497, X. 85, XIV. 186, XVI. 73,
Reger-Reuß a. a. O. S. 90.

3. Gegen Fremde, welche auf Grund des § 361 Ziff. 3, 4, 5, 7, 8 bestraft worden sind, ist nach Maßgabe der bestehenden Gesetze mit Aufenthaltsverboten, Ausweisungen aus dem Bundes- oder Staatsgebiete u. dgl. vorzugehen; vgl. §§ 89, 93 oben, S. 24, 48.

Gefährliche Persönlichkeiten sind auf dem Schube heimzuliefern, während bei den Uebrigen die Heimweisung unter Vorschreibung der Reiseroute oder Reisezeit durch die Distriktspolizeibehörde oder die sonst zuständige Behörde

PStr.GB. Art. 45,
Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 18,
Stengl. Ztschr. Bd. 6 S. 18

genügt (vgl. § 93 Ziff. 3 S. 49 ff.). — Ueber Zwangspässe s. auch:

§ 10 des Gothaer Vertrags v. 15. Juli 1851, RBl. S. 1397,
Ziff. 8 des Schlußprot. v. 25. Juli 1854, Weber IV. 278,
Separatprot. v. 29. Juli 1858, Weber IV. 281,
Paßübereinkunft v. 7. Febr. 1865 § 6 Ziff. 3, RBl. S. 1393,
RKV. v. 10. Dez. 1890 §§ 1, 8 ff., MABl. S. 570; vgl. MABl. 1891 S. 53.

§ 99. Ruhestörungen.

1. Verhütung von Ruhestörungen. Abgesehen von den Polizeiverordnungen, welche nach

Str.GB. § 366 Ziff. 10

zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen durch ober-, distrikts- und ortspolizeiliche Vorschriften

PStr.GB. Art. 2 Ziff. 6 (s. unten § 124 Ziff. 7)

erlassen werden können, und etwaigen speciellen Maßnahmen auf Grund des

Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. Art. 102

sind nach

PStr.GB. Art. 44,
s. hiezu Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 184,
Bl. f. adm. Pr. Bd. 46 S. 245

noch weitere polizeiliche, jedoch besonders bekannt zu machende Anordnungen zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit bei Volksfesten, religiösen Feierlichkeiten

vgl. O. E. im MABl. 1895 S. 236, 316,

Truppenbewegungen, Eisenbahnbauten und sonstigen außergewöhnlichen Ansammlungen größerer Menschenmassen zulässig und zwar durch ober- und distriktspolizeiliche Vorschriften, in dringenden Fällen durch (nicht unter Art. 6 des PStr.GB. fallende) Verfügungen der Distrikts- oder Ortspolizeibehörden.

Die älteren einschlägigen Gesetze, Verordnungen und Ministerial-Anordnungen sind durch

MB. v. 28. Mai 1862 § 1 Ziff. 2, RBl. S. 928,

aufgehoben.

Die zu Art. 44 des revid. PStr.GB. erlassenen polizeilichen Vorschriften können auch das sittenpolizeiliche Interesse wahrnehmen.

Stengl. Ztschr. Bd. 6 S. 3; vgl. überhaupt Bd. 3 S. 67, dann Beibl. zu Bd. 14 S. 30 und zu Bd. 16 S. 17,
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 375, Bd. 27 S. 408.

Ueberhaupt ist energische Handhabung der Sittenpolizei geeignet, Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorzubeugen, theils indem sie die Gelegenheit zu Ausschreitungen einschränkt (durch Bestimmungen über Polizeistunde, Tanzmusiken, öffentliche Lustbarkeiten u. dgl.), theils durch sittenpolizeiliche Einschreitung gegen Persönlichkeiten, welche erfahrungsgemäß gemeingefährlich oder doch zu Ruhestörungen, zu Angriffen auf Leben und Eigenthum geneigt sind (liederliche Dirnen, Gaukler, betrügerische Spieler, Trunkenbolde u. s. w.); vgl.:

Str.GB. §§ 284—286, 360 Ziff. 14, § 361 Ziff. 6 und § 365, PStr.GB. Art. 32—36, 51—57 u. s. w. und den Abschnitt „Sittenpolizei" (§§ 139, 140 unten).

2. Einschreitung gegen Ruhestörungen. Das Str.GB. § 360 Ziff. 11 bedroht Denjenigen mit Strafe, welcher ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt oder groben Unfug verübt.

Daß der Lärm oder Unfug an einem öffentlichen Orte verübt (vgl. Art. 60 des früheren PStr.GB.) oder die öffentliche Ruhe und Ordnung thatsächlich gestört wurde, ist nicht erforderlich, soferne nur die betreffende Handlung geeignet war, eine unbestimmte Anzahl von Personen zu belästigen oder zu beunruhigen.

OLGE. II. 332, III. 323, V. 432 (s. auch MABl. 1884 S. 214),
Reger II. 324, III. 308, IV. 189, VI. 304, 468, VIII. 87, 263, IX. 88 ff., 325, X. 295, Erg.Bd. I. 150.

Einschlägige strafrichterliche Präjudizien sind weiter enthalten in:

Stengl. Ztschr. Bd. 2 S. 240, Bd. 3 S. 28, 90, Bd. 4 S. 214, Bd. 6 S. 71, Bd. 8 S. 98 und 335, Bd. 10 S. 275, Bd. 11 S. 370, Bd. 12 S. 300, Bd. 13 S. 139, 307, Bd. 14 S. 71, 265, Bd. 15 S. 173, 178 und 307, Bd. 16 S. 61, 65 ff. und Beibl. S. 45, Bd. 17 S. 205 ff., Bd. 18 S. 308,
S. o. E. f. Str. Bd. 1 S. 70, Bd. 3 S. 152, Bd. 4 S. 395, Bd. 5 S. 339, Bd. 7 S. 544,
Bl. f. RA. Bd. 39 S. 349,
Rechtsspr. d. RG. Bd. 1 S. 677,
Reger III. 50 ff., 405, IV. 183, 190, 465, V. 58, 77 ff., 447, VI. 267, 475, VII. 447, 498, VIII. 83, 394, IX. 92, XII. 54 f., XIII. 183, 307, XIV. 62 f., 95, 296, 401 f., XV. 328, XVI. 71, 193 ff., 304, 431 f., Erg.Bd. I. 337 ff.,
OLGE. I. 178, 220, 451, 490, 498, II. 332, 396, III. 32, 123, 155, 277, 323, 548, IV. 232, 372, 557, V. 67, 70, 164, 219, 411, 432, 448, VI. 13, VIII. 249,
MABl. 1888 S. 412;

ausführliche Zusammenstellung der einschlägigen oberstrichterlichen Erkenntnisse s. bei

Reger-Reuß a. a. O. S. 77 ff.

Wegen der dadurch bewirkten Ruhestörung oder als grober Unfug können auch Handlungen verfolgt werden, welche zwar an sich den Thatbestand eines selbständigen Reates bilden, vom Standpunkte dieses letzteren aber etwa wegen Mangels eines Strafantrags nicht verfolgt werden können (wie Mißhandlung, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch u. s. w.), während das öffentliche Interesse eine Einschreitung gegen die damit verbundene Ruhestörung u. dgl. erheischt; vgl. jedoch:

Stengl. Ztschr. Bd. 18 S. 310,
O. E. im MABl. 1884 S. 214.

Hinsichtlich der Verübung groben Unfugs mittels der Presse insbesondere s.:
Reger VIII. 87, IX. 323, X. 294, XI. 415, XII. 56, XIV. 60, 401, 402, XV. 81, XVI. 68, 193, Erg.Bd. I S. 337, 342 und OLGE. VI. 13.

Die Erregung der Besorgniß von Gefahr, Noth- und Unglücksfällen durch falschen Nothruf, falsche Nothsignale, aufreizende Reden, Gesänge und Musikstücke, dann durch den Gebrauch von Partei- oder Loosungszeichen, ferner die Verursachung eines Zusammenlaufs an öffentlichen Orten oder einer Bewegung der bewaffneten Macht, bezw. der Versuch einer solchen Verursachung wird, soferne die Bestimmungen in § 360 Ziff. 11 des RStr.-GB. nicht anwendbar sind, nach PStr.GB. Art. 30 bestraft;
vgl. z. B. ME. v. 20. Sept. 1872, Weber IX. 541.

§ 100. Waffen, Raufereien.

1. Die einem gesetzlichen Verbote zuwiderlaufende Feilhaltung
vgl. auch Gewerbeordn. § 56 Ziff. 8
oder Führung von Stoß-, Hieb- oder Schußwaffen, welche in Stöcken, Röhren oder in ähnlicher Weise verborgen sind, wird nach
Str.GB. § 367 Abs. 1 Ziff. 9, vgl.
Reger VIII. 267, 401, Erg.Bd. I. 165,
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 117,
bestraft; über die Einziehung solcher Waffen vgl. Abs. 2 daselbst; über die Anwendbarkeit des § 367 Ziff. 9 auf Jagdberechtigte s.:
PStr.GB. Art. 125 Abs. 2.

Die gesetzlichen Verbote obiger Art sind im Hinblick auf
PStr.GB. Art. 2 Ziff. 10
durch
§ 3 der V. v. 19. Nov. 1887, GVBl. S. 655,
erlassen worden.

Nach Art. 39 des PStr.GB. kann auch außer dem Falle des
Str.GB. § 367 Ziff. 9,
d. h. soweit nicht die Führung der daselbst bezeichneten Waffen ohnehin schon allgemein und für Jedermann verboten ist, zur Verhütung von Gefahren für die Sicherheit von Personen die Führung bestimmter gemeingefährlicher Waffen bestimmten Klassen von Personen oder in bestimmten Landestheilen durch Verordnung
vgl. §§ 1, 2 der cit. V. v. 19. Nov. 1887
untersagt werden und kann bei Zuwiderhandlungen außer der Strafe gleichfalls Einziehung der verbotenen Waffen eintreten;

vgl. S. o. E. f. Str. Bd. 9 S. 37,
OLGE. V. 393,
Reger-Reuß a. a. O. S. 248;

§ 4 der cit. Verordnung behält dem Staatsministerium die Befugniß vor, für die in § 1 Abs. 3 aufgeführten Klassen von Personen den Vollzug der in §§ 1, 3 Abs. 2 enthaltenen Verbote zu suspendiren.

Unter „Führung von Waffen" ist nicht der Besitz, sondern das Beisichtragen derselben in der Absicht eventuellen Gebrauchs zu verstehen.

Stengl. Ztschr. Bd. 7 S. 297; vgl. ferner: Bd. 9 S. 123, Bd. 14 S. 82,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 12 S. 462,
O. E. im MABl. 1888 S. 443.

Heimliche oder wider Verbot der Distriktspolizeibehörde

§ 3 der Komp.V. v. 4. Jan. 1872, RBl. S. 25

erfolgende Auffammlung von Waffen oder Schießbedarf außerhalb des Gewerbebetriebs wird nach

Str.GB. § 360 Abs. 1 Ziff. 2 und Abs. 2,

unbefugte Bildung oder Befehligung bewaffneter Haufen, bezw. die Bewaffnung derselben nach

Str.GB. § 127,

unerlaubter Kauf von Armaturstücken nach

Str.GB. § 370 Ziff. 3

bestraft. Vgl. ferner über Führung und Gebrauch von Waffen:

Str.GB. § 123 Abs. 3, § 243 Ziff. 5, § 250 Ziff. 1, § 362 Abs. 2 (mit Reger III. 406, IV. 67), § 367 Ziff. 10,
Vereinsges. v. 6. Febr. 1850 Art. 1 und 21,
V. v. 5. Okt. 1863, Ausübung und Behandlung der Jagden betr. (RBl. S. 1657), insbesondere § 16.

Handfeuerwaffen jeder Art dürfen nur dann feilgehalten oder in den Verkehr gebracht werden, wenn ihre Läufe und Verschlüsse in amtlichen Prüfungsanstalten

s. MB. v. 1. Juni 1893, GVBl. S. 221, modificirt durch MB. v. 12. Jan. 1895, GVBl. S. 6, und v. 5. April 1897, GVBl. S. 72,
MB. v. 5. Okt. 1893, MABl. S. 375

geprüft und mit Prüfungszeichen versehen sind;

Reichsges. v. 19. Mai 1891 §§ 1, 9, RGBl. S. 109,
dazu RKB. v. 22. Juni 1892, RGBl. S. 674 (vgl. RGBl. 1893 S. 3), v. 23. Juli 1893, RGBl. S. 227, und v. 8. Mai 1895, RGBl. S. 232;

Gleiches gilt bei nachträglicher Aenderung am Kaliber oder Verschlusse

§ 4 des Reichsges.;

ausgenommen sind Handfeuerwaffen, welche vor Inkrafttreten des Gesetzes (1. April 1893)

kais. V. v. 20. Dez. 1892, RGBl. S. 1055

durch die Ortspolizeibehörden mit dem Vorrathszeichen versehen wurden;

Reichsges. §§ 5, 6 Ziff. 1,
cit. RKB. v. 22. Juni 1892 Ziff. 22,
ME. v. 4. März 1893.

Ueber Anerkennung ausländischer Prüfungszeichen s.:

RKB. v. 30. Juni 1894 (Belgien), RGBl. S. 350, und v. 1. Febr. 1894, RGBl. S. 20 (England);

s. auch:

ME. v. 20. Dez. 1894 (belgische Flobertbüchsen betr.),
Reger XIV. 422, XV. 231, XVI. 206, 208, 446.

2. Das Schießen an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten ohne distriktspolizeiliche Erlaubniß

cit. V. v. 4. Jan. 1872 § 8,

dann unter gleichen Voraussetzungen das Legen von Selbstgeschossen, Schlageisen, Fußangeln, ist durch

Str.GB. § 367 Abs. 1 Ziff. 8 und Abs. 2,
Reger IV. 192, vgl. IX. 100, X. 466, XIV. 65,
Stengl. Ztschr. Bd. 17 S. 217

mit Strafe und Einziehung der Selbstgeschosse u. s. w. bedroht, während das Schießen und Abbrennen von Feuerwerken in gefährlicher Nähe von Gebäuden u. dgl. vom feuerpolizeilichen Standpunkte aus durch

Str.GB. § 368 Ziff. 7

untersagt ist;

s. unten § 121 Ziff. 3.

Zur Errichtung von Schießstätten oder Schießständen ist nach

PStr.GB. Art. 78 Abs. 1

polizeiliche Bewilligung nothwendig, wobei die zuständige Polizeibehörde, nämlich die Distriktspolizeibehörde

cit. V. v. 4. Jan. 1872 § 22,

zugleich im Interesse der öffentlichen Sicherheit in Bezug auf Einrichtung und Benützung solcher Vorrichtungen, Anordnungen

vgl. ME. v. 3. April 1851, Döll. Bd. 29 S. 363

erlassen, gegebenen Falles auch die weitere Benützung der Anlage untersagen kann (Abs. 2).

Ueber die polizeiliche Mitwirkung bei Anlage von Militärschießplätzen vgl. oben Bd. I S. 265.

Zur Veranstaltung von Schießen u. s. w. ist nach

PStr.GB. Art. 32 Abs. 1

die Erlaubniß der Ortspolizeibehörde

cit. V. v. 4. Jan. 1872 § 15

erforderlich, welche auch das unberechtigte Schießen jederzeit einstellen kann (Abs. 2). — Auf Scheibenschießen anerkannter Schützengesellschaften in ihren gewöhnlichen Lokalen

vgl. V. v. 25. August 1868, die allgemeine Schützenordnung betr., RBl. S. 1729

oder kleinerer Gesellschaften an erlaubten Schießstätten findet Art. 32 Ziff. 1 keine Anwendung (Abs. 3).

Die Bestimmungen des

Str.GB. § 367 Ziff. 4 und bezw. 5

über Zubereitung von Schießpulver, explodirenden Stoffen oder Feuerwerken ohne die vorgeschriebene Erlaubniß, dann bezw. über Aufbewahrung und Beförderung solcher Gegenstände, sowie die über Ausübung der Befugniß zur Zubereitung und Feilhaltung dieser Gegenstände gemäß

PStr.GB. Art. 2 Ziff. 9

erlassenen Verordnungen oder oberpolizeilichen Vorschriften sind vorzugsweise feuerpolizeilicher Natur, daher im Abschnitte „Feuerpolizei" § 121 Ziff. 1, 2 zu erörtern.

Dagegen trägt einen vorherrschend sicherheitspolizeilichen Charakter im engeren Sinne das

Reichsges. v. 9. Juni 1884, RGBl. S. 61,

über den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen.

Nach § 1 dieses Gesetzes ist die Herstellung, der Vertrieb und der Besitz von Sprengstoffen — wozu die üblichen Schießmittel nicht gehören,

vgl. RKB. v. 13. März 1885, RGBl. S. 78, v. 16. April 1891, RGBl. S. 105, und v. 11. August 1896, RGBl. S. 698 —

sowie die Einführung derselben aus dem Auslande nur mit distriktspolizeilicher Genehmigung zulässig; s.:

V. v. 17. Sept. 1884 Ziff. 1, GVBl. S. 451,
MB. v. 5. Okt. 1884, GVBl. S. 471,
ME. v. 18. Mai 1886, Weber XVIII. 8,
MB. v. 4. Febr. 1890, GVBl. S. 96;

wer sich mit der Herstellung oder dem Vertriebe von Sprengstoffen befaßt, hat ein von der Distriktspolizeibehörde zu genehmigendes und derselben auf Erfordern stets vorzulegendes Register zu führen; s.:

cit. V. v. 17. Sept. 1884 Ziff. 2,
cit. MB. v. 5. Okt. 1884 Ziff. 3;

umfangreiche Strafvorschriften s. in

§§ 5—13 des Reichsges.;

vgl. übrigens auch:

Reichs-Gewerbeordn. § 35 Abs. II (Handel mit Dynamit) und dazu Reger, Erläuter., 2. Aufl. S. 69,
MB. v. 15. Febr. 1894, GVBl. S. 86, überhaupt
Reger V. 381, 469, VI. 128, 131, 144, 333 ff., VII. 117 ff., 164, 312, 314, 344, VIII. 155 ff., 438, 440, IX. 136, 137, XI. 237, 239, 254, XII. 314, XIV. 199, 308, XVI. 92, 323, 444, Erg.Bd. I. 205
und unten § 121 Ziff. 1, 2.

Endlich ist hier noch zu erwähnen
PStr.GB. Art. 86
über Sprengungen ohne Beobachtung der erforderlichen Vorsichtsmaßregeln und mit Gefahr für Personen oder fremdes Eigenthum.
OLGE. V. 523.

3. Raufexcesse sind von der Polizeibehörde zu unterdrücken, die Theilnehmer erforderlichen Falls nach
Art. 102 des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. vom 18. August 1879
festzunehmen; Strafeinschreitung ist vom Standpunkte der
§§ 227, 367 Ziff. 10 und bezw. § 360 Ziff. 11 des Str.GB.
zu veranlassen. — Ueber Beschränkung der Tanzmusiken an Orten, an welchen aus Anlaß von solchen Lustbarkeiten Raufexcesse vorkommen, vgl.:
V. v. 18. Juni 1862 § 10, RBl. S. 1391; s. ferner:
Stengl. Ztschr. Bd. 11 S. 11, Bd. 12 S. 61 und 364, Bd. 13 S. 244, 247, Bd. 17 S. 218,
S. o. E. f. Str. Bd. 3 S. 273, 475,
Reger II. 67, IV. 67, VI. 311, IX. 99, 464,
Rechtsspr. des RG. Bd. 1 S. 442,
Reger-Reuß a. a. O. S. 117.

§ 101. Widerstand gegen die Staatsgewalt, Vergehen und Verbrechen wider die öffentliche Ordnung.

1. Das Str.GB. behandelt im 6. und 7. Abschnitte den Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufruhr, Haus- und Landfriedensbruch und andere Angriffe auf die öffentliche Ordnung, womit bezüglich geringerer Verletzungen des amtlichen Ansehens und Störungen obrigkeitlicher Verrichtungen der 14. Abschnitt (Beleidigungen), dann
Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879 Art. 7 (ungeziemendes Benehmen), s. auch:
Stengl. Ztschr. Bd. 12 Beibl. S. 85,
S. o. E. f. Str. Bd. 7 S. 412,
OLGE. I. 36,
MABl. 1887 S. 44,

Reger I. 168, 171, II. 44, III. 176, 392, IV. 63, 178, V. 57, 218, 351, VI. 262 ff., VII. 106, 434, VIII. 257, IX. 299, 337, X. 272, 448, XI. 64, 191, 195, XII. 41 ff., 182, 184, 215, 313 ff., 332, 412, XIII. 177, 407, XIV. 50, 173 ff., 285, 394 f., XV. 87, 201 ff., 441, XVI. 424, Erg.Bd. I. 335, endlich

Gemeindeordn. Art. 148 (Störung von Gemeindeversammlungen)

zu vergleichen sind.

2. Die §§ 115, 116, 125 des Str.GB.

vgl. Reger II. 404, IV. 178, VI. 263, XII. 42

sind an die Stelle der Art. 9—13 des

Ges. v. 4. Mai 1851, das Einschreiten der bewaffneten Macht zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung betr. (GBl. 1851/52 S. 9)

getreten

Strafeinf.Ges. v. 26. Dez. 1872 Art. 2 Ziff. 13,

während die übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes, namentlich Art. 1 über die Befugniß der Civilbehörden, die bewaffnete Macht zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung aufzubieten, und über die Modalitäten des Aufgebots, Art. 3 über die vor wirklicher Einschreitung der bewaffneten Macht zu erlassenden Aufforderungen zum Auseinandergehen, Art. 4 mit 8 über den Waffengebrauch der bewaffneten Macht, Art. 14 über den Kostenersatz u. s. w. — noch in Geltung sind; s. auch:

Gemeindeordn. Art. 59 und 206 Abs. 2 Ziff. 1,
Aus.Ges. zur Civ.Pr.Ordn. v. 23. Febr. 1879 Art. 10,
Heimathges. Art. 45 Ziff. 8,
Seydel, Staatsrecht, Bd. 3 S. 38 ff. (I. Aufl. Bd. 5 S. 69 ff.).

Ueber die Voraussetzungen und das Verfahren bei Aufbietung der bewaffneten Macht s. insbesondere auch die

ME. v. 26. Okt. 1896.

Zur Requisition der bewaffneten Macht sind die höheren Verwaltungsstellen

Form.V. v. 17. Dez. 1825 §§ 57 Abs. 2, 126 Abs. 1

und Distriktspolizeibehörden

Art. 102 des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn.,
vgl. auch Gend.V. v. 24. Juli 1868 §§ 35, 36, 39, 76, RBl. S. 1385,

(in unmittelbaren Städten die nach

Ziff. I der MB. v. 29. Juni 1869, RBl. S. 1099,

aufgestellten Beamten und Behörden unbeschadet der Verpflichtung der Magistrate, zur Erhaltung und Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe nach

Gemeindeordn. Art. 98 Abs. 2, s. dazu Kahr, Komm. Bd. 1 S. 829 f.,

mitzuwirken) zuständig.

Die Ortspolizeibehörden sind zur Aufbietung der bewaffneten Macht nicht zuständig.

Zur Gewährung der nachgesuchten Hilfe sind die Generalkommandos zuständig, in Fällen dringender Gefahr auch die Kommandanturen (Garnisonskommandos) und Truppenbefehlshaber.

§ 2 Ziff. 12 der Grundsätze für die allgemeinen Dienstverhältnisse in der Armee, Th. I, von 1872, dann Weber XX. 562.

(Besondere Vorschriften gelten für Kommandos zur Abwehr der Rinderpest unten § 118 Ziff. 5, vgl. auch oben S. 67.)

In allen Fällen, in welchen das Aufgebot der bewaffneten Macht in Aussicht genommen oder bereits erfolgt ist, haben die Distriktspolizeibehörden sowohl dem vorgesetzten k. Regierungspräsidium, als auch unmittelbar dem k. Staatsministerium des Innern telephonisch oder telegraphisch Anzeige zu erstatten und in gleicher Weise über den weiteren Verlauf der Ereignisse zu berichten. Ebenso ist der zuständige Staatsanwalt von der jeweiligen Sachlage zu benachrichtigen;

cit. ME. v. 26. Okt. 1896,
vgl. ME. v. 24. Juni 1887 und v. 11. Okt. 1895.

Das Gesetz vom 12. März 1850, Verpflichtung zum Ersatze des bei Aufläufen verursachten Schadens betr., GBl. S. 73, legt den Ersatz dieses Schadens in der Regel und abgesehen von den in Art. 2 bezeichneten Fällen der betr. politischen Gemeinde auf, weist der Distriktspolizeibehörde in Art. 3 insbesondere die örtliche Schadenserhebung unter Beiziehung von Sachverständigen, den Gerichten die Entscheidung über die Verpflichtung zum Schadensersatz und über die Größe desselben, der vorgesetzten Verwaltungsbehörde die Beitreibung des durch Umlagen aller Steuerpflichtigen aufzubringenden Schadens- und Kosten-Ersatzes (Art. 8 mit 13) zu, wobei auch

cit. Ges. v. 14. Mai 1851 Art. 14,
Gemeindeordn. Art. 42 ff., 59, 157, 206 Abs. 2 Ziff. 1,
Ausf.Ges. zur Civ.Pr.Ordn. v. 23. Febr. 1879 Art. 10,
Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 178,
Seydel a. a. O. S. 42 f. (I. Aufl. Bd. 5 S. 75 ff.)

zu beachten sind; die civilprozessualen Bestimmungen des Gesetzes sind nicht mehr anwendbar.

Die Bestimmungen über Standrecht im

Str.GB. von 1813 Th. II Art. 441—456

sind im Hinblick auf

Abschn. III § 5 des Bündnißvertrags v. 23. Nov. 1870,
Reichsverfassung Art. 68 und Schlußbestimmung zu Abschn. XI

durch

§ 7 Abs. 2 des Reichs-Einf.Ges. zum Str.GB. v. 22. April 1871 (RGBl. S. 87),

§ 16 des Gerichtsverf.Ges. v. 27. Jan. 1877 und

Art. 2 Ziff. 1, dann Art. 3 Ziff. 12 des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879

aufrecht erhalten; vgl.:

Seydel a. a. O. Bd. 3 S. 44 ff. (I. Aufl. Bd. 5 S. 79 ff.),

Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 166.

3. Den Polizeibehörden liegt es ob, politische Umtriebe, Bestrebungen, welche sich gegen die Sicherheit des Staates, gegen die Staatsgewalt und bestehende verfassungsmäßige Ordnung richten, zu überwachen und gegen solche Bestrebungen einzuschreiten.

In allen Fällen des Hoch- oder Landesverraths gegen Kaiser und Reich ist über das Geschehene sofort unmittelbar an den Reichskanzler (Reichsjustizamt) und an das k. Staatsministerium des Innern zu berichten und dem Oberreichsanwalt in Leipzig vorläufige Anzeige zu erstatten.

ME. v. 29. Okt. 1884 und 18. Febr. 1887, Weber XVI. 695.

Nach den dermaligen politischen Verhältnissen, in welchen den Staatsangehörigen Freiheit der Meinungen und der Presse, sowie das Vereins- und Versammlungsrecht gesetzlich garantirt ist, hat die politische Polizei hauptsächlich die Ueberschreitungen der Presse und des Vereins- bezw. Versammlungsrechts in das Auge zu fassen und innerhalb der gesetzlichen Schranken gegen dieselben vorzugehen, worüber in den Abschnitten „Preß- und Vereinspolizei" näher zu handeln ist.

Das Reichsgesetz vom 21. Oktober 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (RGBl. S. 351) ist am 30. September 1890 außer Geltung getreten; vgl.:

Reichsges. v. 18. März 1888, RGBl. S. 109,

Reger, Erg.Bd. I S. 420.

Gesetzwidrigkeiten und Gefährdungen der öffentlichen Ordnung von jener Seite sind nurmehr vom Standpunkte und mit den Mitteln des gemeinen Rechts zu bekämpfen; vgl. auch:

OLGE. II. 396, III. 32, IV. 232, V. 164,

Reger IV. 190, V. 77, VII. 447, IX. 326, XII. 92, XIII. 183,

MABl. 1895 S. 12.

§ 102. Sonstige Sicherheitsgefährdungen.

1. Das Polizeistrafgesetzbuch stellt unter die Uebertretungen in Bezug auf öffentliche Sicherheit noch eine Reihe von Handlungen und Unterlassungen, wodurch die öffentliche Ordnung, bezw. das Leben oder Eigenthum Dritter gefährdet werden kann oder die Entdeckung strafbarer Handlungen erschwert wird, so z. B.:

die Unterlassung der Anzeige von Auffindung neugeborener Kinder

vgl. die an Stelle des Art. 40 des PStr.GB. getretenen §§ 24 und 68 des Reichsges. v. 6. Febr. 1875 über Beurkundung des Personenstandes u. s. w, RGBl. S. 23;

die unberechtigte, d. h. ohne distriktspolizeiliche Bewilligung

Komp.B. v. 4. Jan. 1872 § 17, RBl. S. 25

gegen Bezahlung erfolgte Annahme fremder Pflegekinder unter acht Jahren

PStr.GB. Art. 41,
O. E. im MABl. 1881 S. 188,
§ 6 der Gewerbeordn.;

die Unterlassung der Anzeige über die Inverwahrnahme hilfloser Personen

PStr.GB. Art. 42;

die Unterlassung der Anzeige verdächtiger Todesfälle Seitens der Todtenbeschauer und jener Personen, welche aus dem Reinigen u. s. w. von Leichen ein Gewerbe machen

PStr.GB. Art. 43 — vgl. unten § 110 Ziff. 2;

die verbotene Gestattung des Wirthshausbesuchs solcher Personen, welchen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen (z. B. Str.GB. § 39 Ziff. 1) der Besuch der Wirthshäuser untersagt ist

PStr.GB. Art. 31, dazu Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 174;

die Uebertretungen in Bezug auf öffentliche Bekanntmachungen, nämlich durch öffentliches Ausrufen gegen ortspolizeiliches Verbot

PStr.GB. Art. 37 Ziff. 1,

durch Anschlag an fremdes Eigenthum gegen ortspolizeiliches Verbot oder Verbot des Eigenthümers

PStr.GB. a. a. O. Ziff. 2 (zu Ziff. 1, 2 vgl. auch Gewerbeordn. §§ 43 und 148 Ziff. 5, Reichspreßges. v. 7. Mai 1874 §§ 2, 3, 5, 30 Abs. 2, Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879 Art. 12, 13),

endlich durch unbefugte böswillige oder muthwillige Vernichtung fremder Anschläge

PStr.GB. a. a. O. Ziff. 3;
vgl. auch Str.GB. § 134.

Gewisse andere Sicherheitsgefährdungen führt das PStr.GB. als Uebertretungen in Bezug auf „einzelne Staatseinrichtungen und öffentliche Verpflichtungen"

vgl. z. B. Art. 23 (unerlaubter Verkehr mit Gefangenen) u. s. w.

oder als „Uebertretungen in Bezug auf Leben und Gesundheit" auf, so z. B.:

das Baden an verbotenen Orten und Betreten von Eisdecken gegen ortspolizeiliches Verbot

PStr.GB. Art. 79,
ME. v. 3. Jan. 1889, MABl. S. 2,

die Entfernung oder Zerstörung u. s. w. von Sperrungs- und Warnungszeichen, öffentlichen Laternen, Geräthschaften zur Hilfe bei öffentlichen Nothfällen u. dgl.

PStr.GB. Art. 87, dazu Reger-Reuß a. a. O. S. 217,

endlich die Uebertretungen in Bezug auf Schutz der Eisenbahnen und des Bahnbetriebs u. s. w.

PStr.GB. Art. 88, s. unten § 153 Ziff. 2.

Auch die Strafbestimmungen des

Art. 6 des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879 (Sicherheitsmaßregeln bei drohendem oder ausgebrochenem Kriege, vgl. Preßges. v. 7. Mai 1874 §§ 15, 18, 30 Abs. 1),

sowie des Str.GB. in

§ 360 Ziff. 1 (Aufnahme oder Veröffentlichung von Festungsrissen ohne kriegsministerielle Erlaubniß, vgl. auch das Reichsges. v. 3. Juli 1893, RGBl. S. 205, s. Bd. I S. 268),

§ 360 Ziff. 4, 5, 6 (Uebertretungen in Bezug auf Anfertigung oder Verabfolgung von Stempeln, Siegeln, Formen zur Anfertigung von Metall- oder Papiergeld u. s. w.), Reger IV. 57, VI. 297, 464, X. 65, 487 ff., XI. 209, vgl. Reichsges. v. 26. Mai 1885, RGBl. S. 165,

§ 361 Ziff. 9 (Nichtabhaltung der Kinder u. s. w. von Diebstählen u. dgl.), Reger III. 310, XIII. 308, XVI. 72, Stengl. Ztschr. Bd. 18 S. 248, 318, O. E. im MABl. 1877 S. 293, Reger-Reuß a. a. O. S. 90 f.,

§ 369 Ziff. 1 (unerlaubte Anfertigung von Schlüsseln u. s. w.), Komp.B. v. 4. Jan. 1872 § 13, RBl. S. 25, Civ.Pr.O. § 678 Abs. 2,

haben einen allgemeinen sicherheitspolizeilichen Charakter; vgl. ferner:

Str.GB. §§ 276, 364, Reichspostges. v. 28. Okt. 1871 § 27 Ziff. 3 (RGBl. S. 353) und Reichsges. v. 13. Mai 1891 Art. I, V, RGBl. S. 107 (Veräußerung entwertheter Stempelmarken, Benützung entwertheter Post- und Telegraphen-Marken).

Ueber die Behandlung gefundener Sachen vgl.:
V. v. 22. Nov. 1815, RBl. S. 1001, mit
Str.GB. § 246,
Bl. f. a. Pr. Bd. 11 S. 1, 257.

2. Unter den Uebertretungen in Bezug auf öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit ist in

PStr.GB. Art. 38, dazu Reger-Reuß a. a. O. S. 181,

endlich auch die Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen in Bezug auf Wohnungsräumung, wo die Verpflichtung zu derselben nicht streitig ist, aufgeführt; die Ortspolizeibehörde, bezw. in München die Polizeidirektion

Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 16, RBl. S. 25,

ist befugt, ihre bezüglichen, insbesondere behufs Aufrechthaltung des Miethwechsels erlassenen Anordnungen unabhängig von der Strafverfolgung zwangsweise zu vollziehen.

Dagegen ist die durch

§ 88 lit. f der Instr. v. 24. Sept. 1808, RBl. S. 2509,

den Polizeibehörden eingeräumte Befugniß, gewisse Miethstreitigkeiten zu entscheiden, schon durch

Art. 37 des Strafeinf.Ges. v. 10. Nov. 1861

aufgehoben worden; vgl. auch:

Stengl. Ztschr. Bd. 12 S. 345,
Gerichtsverf.Ges. v. 27. Jan. 1877 § 23 Ziff. 2.

§ 103. Entlassene Sträflinge; bedingte Begnadigung.

1. Die Obsorge für entlassene Sträflinge (einschließlich der aus Arbeitshäusern entlassenen Personen) in der doppelten Richtung, denselben die Wiedergewinnung eines gesicherten Fortkommens zu erleichtern und hiedurch, sowie durch sittliche Hebung die Gefahr eines Rückfalles zu vermindern, ist eine wichtige Aufgabe der Armen- wie der Sicherheitspolizei;

ME. v. 31. März 1867 Ziff. 2, Weber VII. 3,
vgl. ME. v. 17. Mai 1856.

Zur Erreichung des obigen Zweckes empfiehlt sich insbesondere die Bildung von Vereinen

vgl. ME. v. 4. Febr. 1844 (Döll. Bd. 29 S. 173, Weber IV. 732), welcher der Entwurf von Satzungen eines Kreisvereins für Versorgung entlassener Sträflinge beigefügt ist, dann

ME. v. 30. Jan. 1868 (jährliche Anzeige der Distriktspolizeibehörden über Veränderungen in dem Bestande solcher Vereine),

ME. v. 19. April 1851 und 7. Jan. 1856, Weber IV. 732, und v. 28. April 1896,

sowie die Anregung distriktiver Thätigkeit.

Die Strafanstaltsbehörden sind durch die Hausordnungen (s. oben S. 37) angewiesen, vier Wochen vor Entlassung eines Sträflings dem nach dessen Heimath einschlägigen Vereine zur Obsorge für entlassene Sträflinge Mittheilung zu machen.

Unter Umständen kann die Unterbringung in Asylen für entlassene Sträflinge, in Arbeiterkolonien (s. oben S. 79) oder die Beförderung der Auswanderung derselben angezeigt sein; s. jedoch in Bezug auf Nordamerika:

ME. v. 30. Okt. 1885;

vgl. ferner:

ME. v. 2. Juli 1865, Weber VI. 471, entlassene Militärsträflinge betr., und

ME. v. 14. Jan. 1871, JMBl. S. 25, die (Seitens der Strafanstalten zu gewährenden) Reiseunterstützungen an entlassene Sträflinge betr.

Mit der durch

§§ 23 ff. des Str.GB., dann

Art. 41, 42 des Strafeinf.Ges. v. 26. Dez. 1871,

Militär-Strafges.Nov. v. 28. April 1872 Art. 12 und 136, verglichen mit § 2 des Einf.Ges. v. 20. Juni 1872 zum Reichs-Mil.Str.GB.,

eingeführten Maßregel der vorläufigen Entlassung von Zuchthaus- oder Gefängniß-Sträflingen ist die Nothwendigkeit einer zweckmäßigen Fürsorge für entlassene Sträflinge in erhöhtem Grade hervorgetreten.

Die vorläufig entlassenen Sträflinge sind einer speciellen, polizeilichen Kontrole nach näherer Vorschrift der

MB. v. 1. Jan. 1872, RBl. S. 43, insbesondere §§ 4, 9 ff., vgl.

MB. v. 16. Febr. 1882, MABl. S. 35,

unterworfen, wobei der Distriktspolizeibehörde erforderlichen Falls, wenn das Fortkommen des Entlassenen hiedurch nicht behindert wird, die Auferlegung weiterer, selbst über § 39 des Str.GB. hinausgehender Beschränkungen zeitweilig gestattet ist; vgl. ferner:

ME. v. 15. Jan. 1872, JMBl. S. 44, 45,

MB. v. 13. Okt. 1872 Ziff. XI, JMBl. S. 241,

VGHE. XVIII. 50 und

oben § 87 Ziff. 9 S. 19.

Zu § 13 der MB. vom 1. Januar 1872 (steckbriefliche Verfolgung) s. oben S. 4;

über vorläufige Festnahme:

RStr.GB. § 25 Abs. 2,

MB. v. 1. Jan. 1872 § 14 Abs. 3.

In die von den Orts- und Distriktspolizeibehörden nach § 17 vorerwähnter MB. zu führenden Verzeichnisse der vorläufig entlassenen Sträflinge sind nur diese, nicht auch Personen, welche gnadenweise Nachlaß oder Unterbrechung ihrer Strafe erlangt haben, aufzunehmen.

ME. v. 25. Juli 1873, unterfr. KABl. S. 1063.

2. Sinngemäß gehört hierher auch die inhaltlich

ME. v. 24. März 1896, JMBl. S. 71,

eingeführte bedingte Begnadigung, wonach den zu einer Freiheitsstrafe von nicht mehr als drei Monaten Verurtheilten unter 18 Jahren (ausnahmsweise auch anderen Personen) mit Rücksicht auf ihre persönlichen Verhältnisse und die Umstände der Strafthat in widerruflicher Weise ein Strafaufschub bewilligt und nach Ablauf der Probezeit bei Wohlverhalten das Begnadigungsverfahren eingeleitet werden kann; s.:

MB. v. 24. März 1896, JMBl. S. 72.

Eine Thätigkeit der Polizeibehörden greift jedoch hier nicht Platz: die Verzeichnisse der bedingt Begnadigten werden durch die Staats- bezw. Amtsanwälte geführt, welchen auch die Einleitung der erforderlichen Maßnahmen zukommt; innerhalb der „Bewährungsfrist" findet eine besondere Ueberwachung des Verurtheilten nicht statt.

Dritter Abschnitt.

Medizinalwesen.*)

Erstes Kapitel.

§ 104. Sanitätsbehörden und amtliche Aerzte.

1. Die Grundlage des bayerischen Medizinalwesens bildet noch das organische Edikt v. 8. Sept. 1808, RBl. S. 2189;

*) In vierter Auflage bearbeitet von Bezirksamtsassessor G. Krais. — Vgl. überhaupt: Seydel, bayer. Staatsrecht Bd. 3 S. 69 ff. (I. Aufl. Bd. 5 S. 124 ff.). — Kuby, Medizinalgesetzgebung des Königreichs Bayern, 2 Bde., Augsburg 1883 und 1887. — Martin, das Civilmedizinalwesen im Königreich Bayern, München 1884 und 1887. — Junginger, das Civilveterinärwesen Bayerns, Würzburg 1890.

jedoch hat dasselbe sammt den in Döll. Bd. 15 und 30 abgedruckten älteren Vollzugsvorschriften seit 1862 in wesentlichen Beziehungen Abänderungen erfahren.

Dem Staatsministerium des Innern, welchem nach

§ 74 lit. c der V. v. 9. Dez. 1825 über die Formation der Ministerien, RBl. S. 977,

die Leitung des Medizinalwesens in seinem ganzen Umfange übertragen ist, wurde der Obermedizinalausschuß als sachverständiges Organ in Medizinalangelegenheiten einschließlich der Pharmazie und des Veterinärwesens unmittelbar untergeordnet.

§§ 1 mit 7 der V. v. 24. Juli 1871, den Obermedizinalausschuß und die Kreismedizinalausschüsse betr., RBl. S. 1489,
V. v. 11. Febr. 1877, GVBl. S. 42.

In gleicher Weise sind den Kreisregierungen, Kammern des Innern, welchen die Aufsicht über das Sanitätswesen im Regierungsbezirke nach

§§ 51 mit 56 der V. v. 17. Dez. 1825, Formation der Kreisverwaltungsstellen betr., RBl. S. 1049,

zusteht, die Kreismedizinalausschüsse als berathende, sachverständige Organe direkt unterstellt.

§§ 4, 5, 7, 8, 9 der cit. V. v. 24. Juli 1871.

Die bei den medizinischen Fakultäten der drei Landesuniversitäten errichteten Medizinal-Comités sind zur Abgabe von Obergutachten in medizinisch-gerichtlichen Fällen bestimmt; vgl.:

V. v. 23. August 1843, RBl. S. 585,
JME. v. 26. Mai 1872, JMBl. S. 165,
V. v. 29. Sept. 1878, GVBl. S. 435, die chemischen und mikroskopischen Untersuchungen in strafrechtlichen Fällen betr.,
ME. v. 3. Mai 1880, MABl. S. 240,
V. v. 4. Jan. 1889, GVBl. S. 5 (militärische Strafsachen),
dann Döll. Bd. 30 S. 309 ff.

Insoweit die Medizinal-Comités in Bezug auf Uebertretungen des Nahrungsmittelgesetzes zuständig waren, sind gemäß

§ 2 Abs. 4 der V. v. 27. Jan. 1884, GVBl. S. 43,

die Untersuchungsanstalten für Nahrungs- und Genußmittel an deren Stelle getreten (s. unten S. 114).

Eine wichtige Veränderung im Medizinalwesen bildete die durch

V. v. 20. Juli 1872, das Civilveterinärwesen betr., RBl. S. 1585,

erfolgte Trennung der amtlichen Expertur für Menschen- und Thier-Krankheiten, womit auch die früher bestandene dienstliche Unterordnung des thierärztlichen Personals unter die Bezirksärzte aufhörte.

Demgemäß wurde dem Staatsministerium des Innern ein Landesthierarzt, jeder Kreisregierung K. d. J. ein Kreisthierarzt als Sachverständiger beigegeben.

§§ 3, 11 mit 13, 20, 21 der cit. V. v. 20. Juli 1872; vgl.:
V. v. 10. Juni 1892, GVBl. S. 187, die Stellung der Kreisthierärzte betr.,
MB. v. 4. April 1876, GVBl. S. 315,
MB. v. 13. Okt. 1881, GVBl. S. 1286,
ME. v. 28. Juni 1884, Tagegelder und Reisekosten der Kreisthierärzte betr., Martin II. 233, Weber IX. 476,
ME. v. 14. Juli 1884, betr. die besonderen Vergütungen der Kreisthierärzte für die veterinärtechnische Ueberwachung der Schutzmaßregeln gegen Viehseuchen.

2. Die Distriktsverwaltungsbehörden haben die Sanitätspolizei in ihren Bezirken unter Mitwirkung der Bezirksärzte und bezüglich des Veterinärwesens unter Beihilfe der amtlichen Thierärzte zu handhaben.

Die Stellung der Bezirksärzte I. und II. Klasse, dann der Landgerichtsärzte, ist geregelt durch die

V. v. 3. Sept. 1879, den ärztlichen Dienst bei den Gerichten und Verwaltungsbehörden betr., GVBl. S. 1081,

die Aufstellung bezirksärztlicher Stellvertreter durch

§§ 7 und 8 der cit. V. v. 3. Sept. 1879,

womit zu vergleichen sind:

ME. v. 9. Mai 1875, MABl. S. 233,
ME. v. 6. April 1876, Kuby II. 50,
V. v. 21. Juli 1884, GVBl. S. 443 (Vergütung für gefängnißärztliche Thätigkeit),
ME. v. 30. Juli 1884,
VGHE. XIII. 431.

Ueber die Stellung der Bezirksärzte gegenüber den Distriktspolizeibehörden s.:

organ. Edikt v. 8. Sept. 1808 § 11 lit. a, i, m,
Instr. v. 6. Okt. 1809 Art. III, V, RBl. S. 1818,
ME. v. 1. Juni 1878.

Nach Art. 40 Abs. 2, dann bezw. Art. 22 Ziff. I lit. f und Ziff. II lit. f des Gesetzes über Armen- und Krankenpflege vom 29. April 1869 sind die Bezirksärzte zur Theilnahme an der Distriktsarmenpflege, dann bezw. an der Ortsarmenpflege der Gemeinde ihres Amtssitzes berufen.

Den Bezirksärzten obliegt als Amtspflicht die gebührenfreie Behandlung armer Kranker ihres Bezirkes

Ziff. 2 der V. v. 28. Okt. 1803, Bestimmung und Besoldung der Landgerichtsärzte betr., RBl. S. 912,

ME. v. 24. Febr. 1872, Weber IX. 323,
ME. v. 6. Juli 1872, Weber IX. 464,
ME. v. 1. Dez. 1872 und 22. Jan. 1876, Martin II. 560 f., Weber XI. 336,
vgl. Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 26 ff.,

mit Ausschluß der in Wohlthätigkeitsanstalten befindlichen
O. E. v. 20. Juli 1858, RBl. S. 1043,
VGHE. III. 68,

unabbrüchig der übrigen Dienstgeschäfte
ME. v. 4. Dez. 1882, Kuby I. 1031, Martin II. 38, vgl.
VGHE. XI. 103

und unbeschadet des Anspruchs auf Ersatz der Reisekosten und besonderen Auslagen
V. v. 20. Dez. 1875 § 3, GVBl. S. 859,

welcher jedoch rechtzeitige Anzeigeerstattung voraussetzt
Armenges. Art. 17 Abs. 4, 5,
VGHE. IV. 518;

die gesetzliche Verpflichtung der Gemeinden zur Gewährung ärztlicher Hilfe für arme Kranke
Armenges. Art. 10 Abs. 2 Ziff. 2, Art. 12 Ziff. 1, 2

wird hierdurch nicht berührt;
cit. ME. v. 4. Dez. 1882.

Ueber die Prüfung für den ärztlichen Staatsdienst s.:
V. v. 6. Febr. 1876, GVBl. S. 201;

über Wiederbesetzung erledigter Bezirksarzts-Stellen:
ME. v. 5. Sept. 1848, Döll. Bd. 30 S. 176, und
§ 11 der V. v. 3. Sept. 1879;

über Verpflichtung und Amtseinweisung der Bezirksärzte:
ME. v. 13. Nov. 1852, Döll. Bd. 32 S. 285, Weber IV. 550,
ME. v. 25. August 1855 und 30. April 1865, Weber IV. 716,
ME. v. 17. Jan. 1881, MABl. S. 17;

über Amts-Visitationen die
cit. ME. v. 25. August 1855,
ME. v. 25. Juli 1860, Kuby II. 6,
ME. v. 9. Nov. 1863, Kuby II. 7;

über Qualifikation der Bezirksärzte:
ME. v. 21. März 1846 und 24. Juli 1847, Döll. a. a. O. S. 168 ff., Weber III. 668, dann
ME. v. 18. Juni 1871, Weber III. 257 Anm. 24, IX. 60;

über Urlaub der Bezirksärzte:
ME. v. 29. April 1815, Döll. Bd. 15 S. 432;

über deren Amtssiegel und Amtsblätter:

ME. v. 25. Mai 1842 und 28. Febr. 1845, Döll. a. a. O. S. 179, 180, Weber III. 458,

§ 22 der ME. v. 10. März 1861, Weber V. 229,

§ 10 Abs. 4 der V. v. 3. Sept. 1879;

über die Jahresberichte der amtlichen Aerzte, dann über medizinische Topographie und Ethnographie die

ME. v. 19. April 1878, MABl. S. 121,

ME. v. 16. Dez. 1878, MABl. S. 525,

ME. v. 8. Jan. 1879, MABl. S. 13,

ME. v. 6. Nov. 1882, MABl. S. 342,

ME. v. 28. Jan. 1884, Kuby II. 283,

ME. v. 9. Nov. 1887, Weber XII. 264 Anm. 8; vgl.

ME. v. 3. Sept. 1875, MABl. S. 448, und

ME. v. 30. April 1878, MABl. S. 147;

vgl. auch über Statistik:

oben Bd. I S. 91 § 16 Ziff. 4, 5,

sowie über Selbstmordstatistik:

ME. v. 27. Dez. 1861 Ziff. I lit. B 2, Weber V. 556;

über Portofreiheit der Bezirksärzte in Dienstsachen:

ME. v. 19. Sept. 1870, Weber VIII. 659,

(der Familiennamen und persönliche Titulaturen sind in der Adresse wegzulassen); bezüglich Münchens s.:

MB. v. 30. Dez. 1886, MABl. 1887 S. 2;

s. ferner hierher:

oben Bd. I S. 119 lit. e.

Ueber bezirksärztliche Besichtigung öffentlicher Gebäude vor deren Benützung vgl.:

ME. v. 6. August 1846, Döll. Bd. 31 S. 430, Weber III. 640, dann

ME. v. 4. März 1848, Döll. Bd. 30 S. 108.

Die Reisekosten bei solchen Besichtigungen von Schulhäusern trägt die bezirksamtliche Regie;

ME. v. 13. August 1874, Weber VI. 751 Anm. 7;

über die Reisegebühren der Bezirksärzte in Strafsachen s.:

ME. v. 21. Mai 1864, JMBl. S. 173.

Im Uebrigen bemißt sich die Vergütung ärztlicher Amtsgeschäfte nach der

V. v. 20. Dez. 1875, GVBl. S. 859, welche an Stelle des II. Abschnittes der Medizinaltaxordnung v. 28. Okt. 1866 trat; vgl. auch:

§ 12 der cit. V. v. 3. Sept. 1879, dann

V. v. 11. Febr. 1875 § 5, GVBl. S. 105,

V. v. 29. Sept. 1878 § 8, GVBl. S. 435,
FME. v. 30. Mai 1880, MABl. S. 230,
ME. v. 9. Mai 1882, MABl. S. 168,
V. v. 21. Juli 1884, GVBl. S. 443,
ME. v. 7. und 18. Juli 1890 (Berufsgenossenschaften),
MB. v. 24. Juli 1891, MABl. S. 265,
ME. v. 10. März 1894,
VGHE. XIII. 431,
Bl. f. a. Pr. Bd. 25 S. 277 (Distriktsrathsverhandlungen), endlich
Gehaltsregulativ v. 11. Juni 1892 Anl. C Ziff. 11 lit. g, k, GVBl. S. 238, mit V. v. 13. Juli 1892 Ziff. 1 lit. c, GVBl. S. 485.

Im Einzelnen sind noch zu bemerken in Bezug auf Kosten bei Auffindung von Leichen (§ 110 Ziff. 3):
ME. v. 7. März 1864, oberb. KABl. S. 628,
ME. v. 29. Nov. 1881, MABl. S. 498;

dann in Bausachen:
ME. v. 4. Juni 1878, MABl. S. 173,
Bauordn. v. 31. Juli 1890 § 78 Abs. 4, 5, GVBl. S. 531.

Die Bezirksärzte erhalten einen Regiekostenbeitrag von 49 Mark;
ME. v. 15. März 1896.

Ueber die Gebührenpflicht amtsärztlicher Zeugnisse vgl.:
rev. Gebührengeſ. Art. 172 Ziff. 3,
V. v. 15. Sept. 1879 § 1 lit. e und MB. v. 17. desselben Monats, GVBl. S. 1171 ff.;

über Beschränkungen der Zeugnißausstellung:
ME. v. 12. April 1880, MABl. S. 171, und ME. v. 1. Mai 1894 (Militärsachen),
ME. v. 13. Juli 1880, MABl. S. 282 (Eisenbahnpersonal);

über Zeugnißausstellung in Pensionssachen:
MB. v. 10. Nov. 1882, GVBl. S. 569,
MB. v. 30. Juni 1888, GVBl. S. 532;

über ärztliche Besichtigung von Strafanstalten:
ME. v. 1. Febr. 1876, MABl. S. 166,
ME. v. 7. Nov. 1883, MABl. S. 372 (oberärztliche Visitationen);

über Beiziehung in Schulfragen:
ME. v. 10. Febr. 1891, MABl. S. 53.

Soweit nicht durch diese neueren Bestimmungen oder durch die Aenderungen der Polizeigesetzgebung eine Modifikation sich ergibt, gelten im Uebrigen noch die Vorschriften in
§§ 8—12 des organ. Edikts über Medizinalwesen, dann der
V. v. 6. Okt. 1809, Organisation und Ernennung der Gerichtsärzte betr., RBl. S. 1818; vgl. überhaupt:

Döll. Bd. 15 S. 394 ff., Bd. 30 S. 167 ff. und V. v. 29. Dez. 1836 Ziff. 29, RBl. S. 1046.

Ueber den bahnärztlichen Dienst bei den bayerischen Staatseisenbahnen vgl.:

MV. v. 2. April 1882, GVBl. S. 154, und
ME. vom gleichen Tage, Kuby I. 1004, Weber XV. 649,
Dienstesinstruktion v. 9. März 1885, Kuby II. 377,
überhaupt Martin II. 448 ff.

Ueber Gesundheitskommissionen bei Ausbruch der Cholera vgl.:

Ziff. 23 der ME. v. 11. Nov. 1872, MABl. S. 97, und v. 3. August 1893 lit. B, MABl. S. 319, Maßregeln gegen die Cholera betr.,

dann über sonstige ärztliche Gesundheitskommissionen:

ME. v. 15. Juni 1875, MABl. S. 299;

über die Bildung ärztlicher Collegien zur Erstattung von Obergutachten in Unfallversicherungsangelegenheiten:

MV. v. 27. Juli 1894, MABl. S. 286;

über die Aufgabe der Ortspolizeibehörden im Gebiete der Sanitätspolizei vgl. endlich:

Gemeindeordn. Art. 71 Abs. 4, Art. 92, 138 Abs. 5.

3. Als technischer Berather für alle Veterinär-Angelegenheiten ist der Distriktspolizeibehörde für den Verwaltungsbezirk zunächst der Bezirksthierarzt beigegeben

§§ 3 mit 13, 20 mit 22 der V. v. 20. Juli 1872, das Civilveterinärwesen betr., RBl. S. 1585 (§ 4 modificirt nach MV. v. 3. Juni 1876, GVBl. S. 357, und v. 23. Juni 1894, GVBl. S. 394),
vgl. VGHE. XVI. 279,

dessen Dienstesobliegenheiten durch eine besondere

MInstr. v. 28. Juli 1872, Weber IX. 483,

geregelt sind; s. auch:

ME. v. 5. Juli 1874, MABl. S. 350,

über Anzeige von Personalveränderungen;

MV. v. 3. Juni 1876, GVBl. S. 357,

über Aufstellung der Bezirksthierärzte;

ME. v. 26. Juli 1881, MABl. S. 277,

über Verpflichtung und Einweisung der Bezirksthierärzte.

Weiter kann als amtlicher Thierarzt ein von der Distriktsgemeinde aufgestellter und mit einzelnen veterinärpolizeilichen Geschäften betrauter Distriktsthierarzt in Betracht kommen. — Die Unterhaltsbeiträge für die Distriktsthierärzte sind eine gesetzliche Distriktslast.

Distriktsrathsges. Art. 27 Ziff. 7,
§§ 7, 14, 20 mit 22 der cit. V. v. 20. Juli 1872,
Bl. f. a. Pr. Bd. 28 S. 204.

Ueber die zulässige Beibehaltung der Stelle eines Distriktsthierarztes durch den Bezirksthierarzt und das Verhältniß der Distriktsthierärzte zu den Distriktsgemeinden s.:

ME. v. 25. Nov. 1872, Weber IX. 588.

Von den Bezirksthierärzten wurde nach

MB. v. 23. Juni 1894, GVBl. S. 394,

eine Anzahl als pragmatische Staatsdiener unter Einreihung in die Klasse XI lit. i des Gehaltsregulativs vom 11. Juni 1892 angestellt; in den übrigen Fällen sind für deren Dienstverhältnisse die Bestimmungen über die nicht pragmatischen Staatsbediensteten

V. v. 26. Juni 1894, GVBl. S. 321, insbesondere
Gehaltsregulativ Anl. C Ziff. XII

maßgebend; (vgl. für die frühere Zeit auch:

ME. v. 7. Juni 1873, MABl. S. 442,

und über Gewährung von Unterhaltsbeiträgen an Bezirksthierärzte im Falle der Dienstes- und Erwerbsunfähigkeit insbesondere:

MB. v. 14. Juli 1884, GVBl. S. 442).

Das Regie-Aversum der Bezirksthierärzte beträgt jetzt 20 Mark.

ME. v. 30. Juni 1894.

Vgl. ferner über Dienstzeichen der Bezirksthierärzte:

MB. v. 13. Okt. 1881, GVBl. S. 1286;

über Dienstsiegel derselben:

§ 10 der cit. V. v. 20. Juli 1872 und
ME. v. 13. Jan. 1873, MABl. S. 289;

über Portofreiheit derselben bei Korrespondenzen mit Bezirksämtern und Gemeinden:

Bd. I S. 120 lit. i (vgl. auch:
ME. v. 12. Nov. 1884 über Portopflicht der dienstlichen Korrespondenz der Thierärzte mit den Zollbehörden);

über unentgeltliche Abgabe des Kreisamtsblattes an dieselben:

ME. v. 15. Nov. 1872, MABl. S. 124;

über Abonnement auf das Amtsblatt des Ministeriums des Innern:

ME. v. 18. Juli 1874, Martin II S. 193, Weber XI. 642;

über ihre Qualifikation:

ME. v. 20. Juli 1878, MABl. S. 247;

über ihre Jahresberichte:

ME. v. 16. Nov. 1874, MABl. S. 456,
ME. v. 16. Juni 1878, MABl. S. 191,

cit. ME. v. 20. Juli 1878 am Schlusse,
ME. v. 2. Juni 1881, MABl. S. 198,
ME. v. 22. Dez. 1885, MABl. S. 341,
ME. v. 30. März 1886 (Lungenseuche);

vgl. auch bezüglich Viehseuchenstatistik:
oben Bd. I § 16 Ziff. 6 S. 91;

über Vergütung für die Thätigkeit der Thierärzte in dienstlichen Geschäften — soweit nicht bei den pragmatischen Thierärzten die
V. v. 13. Juli 1892 Ziff. 1 lit. e, GVBl. S. 485,

Platz greift —:
§§ 7 mit 17 der V. v. 20. Juli 1872, Gebühren für die Dienstleistungen der Thierärzte betr., RBl. S. 1605, geändert durch
V. v. 18. Dez. 1875, GVBl. S. 852 (modificirt durch die unten cit. MV. v. 17. März 1881),
ME. v. 24. Febr. 1873, MABl. S. 338,
ME. v. 15. Sept. 1874, MABl. S. 406,
FME. v. 21. Dez. 1878, Martin II. 229,
MV. v. 20. Dez. 1879, GVBl. S. 1536,
MV. v. 24. März 1881, GVBl. S. 134, Ziff. 10, mit
ME. v. 24. März 1881 und v. 28. Juni 1884, Martin II. 232,
MV. v. 17. März 1881, GVBl. S. 101 (Jahresaversa) mit
ME. v. 2. März 1888,
ME. v. 25. Juli 1888, Weber XIX. 232.

Vergleiche ferner § 109 Ziff. 2 über Hundevisitationsgebühren und § 118 über die Kosten bei Thierkrankheiten, Beiziehung nichtamtlicher Thierärzte beim Vollzuge des Seuchengesetzes u. dgl.; über Kontrolthierärzte s. unten § 118.

Ueber Gebührenbehandlung amtsthierärztlicher Zeugnisse s.:
ME. v. 10. April 1882, MABl. S. 156.

Ueber städtische Thierärzte in unmittelbaren Städten s.:
§ 15 der cit. V. v. 20. Juli 1872,
ME. v. 5. Juli 1881 (Gebühren),
ME. v. 9. Juli 1884, Weber XVI. 613 (Dienstsiegel).

Zweites Kapitel.

Gesundheitspflege, Maßregeln zur Verhütung von Gefährdungen des Lebens und der Gesundheit des Menschen.

§ 105. Gesundheitspolizeiliche Vorschriften in Bezug auf Wohnungen, Aborte u. s. w.*)

1. Zur Aufgabe der Polizeiverwaltung gehört die Verhütung und Beseitigung von Vorkommnissen oder Zuständen, welche erfahrungsgemäß die Ursache von Unglücksfällen, Krankheiten, überhaupt von Gefährdungen des Lebens und der Gesundheit werden können.

Eine Reihe derartiger Gefährdungen und der dagegen zulässigen polizeilichen Maßregeln ist bei der Sicherheits-, Straßen- und Reinlichkeits-, Bau-, Gewerbs- u. s. w. Polizei zu erörtern; hier handelt es sich zunächst um die eigentliche Medizinalpolizei, also um die Gesundheitspflege, um allgemeine Sanitätsvorschriften zur Abstellung gesundheitswidriger Zustände in der Nähe menschlicher Wohnungen, dann um die Aufsicht auf die Beschaffenheit der menschlichen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände und um die Verhütung von Gefahren, welche durch gemeingefährliche Gegenstände, wie Gift, dann durch schädliche Thiere veranlaßt werden können, endlich um die Maßregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten.

2. Gesundheitspolizeiliche Vorschriften in Bezug auf die Beschaffenheit der Wohnungen u. s. w. finden sich in der

allgem. Bauordn. v. 31. Juli 1890, GVBl. S. 531,

neben dem in §§ 5, 12, 55 und 70 enthaltenen allgemeinen Vorbehalte insbesondere in

§ 13 bezüglich des Baumateriales,
§ 21 Ziff. 4 bezüglich der Heizvorrichtungen,
§ 25 bezüglich der Höhe der Gebäude,
§§ 27, 28 und 33 bezüglich der ebenerdigen und Keller-Wohnungen,
§ 29 bezüglich der Höhe und der Fenster der Wohn- und Arbeitsräume,
§ 34 bezüglich der Dachwohnungen,
§§ 49 ff. bezüglich der Winkel und Hofräume,

---

*) Vgl. hierher insbesondere: Dr. R. Emmerich, Die Wohnung, Leipzig, F. C. W. Vogel, 1894, und den „Entwurf reichsgesetzlicher Vorschriften zum Schutze des gesunden Wohnens“, Reger X. 149.

§ 52 (vgl. § 8) bezüglich der Abtritte, Dung- und Versitzgruben,
§ 53 Abs. 2 bezüglich des Anstrichs der Gebäude in Städten u. s. w.

Vgl. auch:

PStr.GB. Art. 73 Abs. 2 (Wohnungskonsens) mit OLGE. V. 464,
B. v. 16. Mai 1876, GBBl. S. 347 (offenes Bausystem),
PStr.GB. Art. 76 Ziff. 2 mit
Reichsges. v. 5. Juli 1887 §§ 7, 9, RGBl. S. 277 (Tapeten 2c. 2c.)

und die Vorschriften über Schulhausbauten in Bd. I S. 405, dann über Schulhygiene, über Gesundheitspflege in öffentlichen und Privat-Erziehungsanstalten u. s. w. oben Bd. I S. 397, 418, 424.

Ferner sind hier einschlägig die Bestimmungen der

Gewerbeordn. §§ 16 ff.

über gewerbliche Anlagen, welche mit Belästigungen und Gefahren für die Nachbarn und das Publikum überhaupt verbunden sind;

vgl. unten § 148, dann zahlreiche hierher einschlägige Bestimmungen des Tit. VII der Gewerbeordn. (Arbeiterschutzgesetzgebung), insbes. §§ 120a, c, d, 139a;

hinsichtlich der Einrichtung der Arbeitsräume und Betriebsstätten im Interesse des Schutzes der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit s. überhaupt unten § 150.

3. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnungen, ober- oder ortspolizeilichen Vorschriften oder in Ermangelung letzterer gegen die distriktspolizeilichen Anordnungen über Anlage, Einrichtung oder Abänderung, sowie über Entleerung und bauliche Instandhaltung von Abtritten, Dung- oder Versitzgruben in Wohngebäuden oder in unmittelbarer Nähe von Wohnungen, Brunnen und Brunn-Quellen, desgleichen Zuwiderhandlungen gegen die ortspolizeilichen Vorschriften über das Beziehen neuhergestellter Wohnungen oder Wohnungsräume werden gemäß

PStr.GB. Art. 73 (vgl. hiezu Art. 5 und 18 Abs. 2),
cit. Bauordn. v. 31. Juli 1890 §§ 52, 74

bestraft; vgl. unten § 120, dann in Bezug auf Reinhaltung von Brunnen, Quellen und Bächen unten § 125 Ziff. 6, § 126 Ziff. 5 lit. f und § 135 Ziff. 4.

Die beiden

ME. v. 21. Juli 1856, KABl. 6. besondere Beilage zu Nr. 100, und v. 22. März 1870, Weber VIII. 508,

geben über die Beseitigung von Gesundheitsschädlichkeiten bei der Anlage von Abtritten, Dung- und Versitzgruben allgemeine Grundsätze, welche bei der Erlassung förmlicher polizeilicher Vorschriften zu

Art. 73 Abs. 1, dann bezw. Art. 93 PStr.GB.

auch jetzt noch verwerthbar sind.

Ueber die gesundheitspolizeiliche Bedeutung des Art. 73, dann über die Anwendbarkeit der Gesetzesbestimmung auch auf bereits bestehende Abtritte, Dunggruben u. s. w. vgl. die O. E. in:

Stengl. Ztschr. Bd. 3 S. 266, Bd. 5 S. 255, 320, Bd. 6 S. 69, 300, Bd. 7 S. 71, Bd. 8 S. 458, 461, Bd. 13 Beibl. S. 66,

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 11 S. 121, Bd. 13 S. 149, 510,

S. o. E. f. Str. Bd. 3 S. 182, 486, Bd. 9 S. 235,

OLGE. VI. 102, 421,

MABl. 1873 S. 445, 1876 S. 93, 1885 S. 314, 1892 S. 486, 490, 1894 S. 424;

s. auch Bl. f. a. Pr. Bd. 18 S. 15, Bd. 27 S. 193, Bd. 38 S. 329,

Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 207;

ferner über pneumatische Städtereinigung:

Bl. f. a. Pr. Bd. 18 S. 239;

über polizeiliche Regelung der Grubenreinigung, gemeindliche und gewerbliche Abfuhranstalten s. auch:

Reger XII. 229, XIII. 116, XIV. 214, XV. 1, XVI. 113, XVII. 12, Erg.-Bd. I. 13 und MABl. 1895 S. 581.

Projekte größerer Schwemm- oder Berieselungsanlagen sind vor ihrer Ausführung dem Staatsministerium des Innern vorzulegen.

ME. v. 6. August 1881, Weber XV. 386.

§ 106. Aufsicht auf Lebensmittel und Gegenstände des menschlichen Gebrauchs.

1. Die Aufsicht über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen ist nunmehr vor Allem durch das

Reichsges. v. 14. Mai 1879, RGBl. S. 145, mit

Novelle v. 29. Juni 1887, RGBl. S. 276,

geregelt, welches die Bestimmungen in § 367 Abs. 1 Ziff. 7 und Abs. 2 des R.-Str.GB. der Hauptsache nach (soweit Vorsätzlichkeit in Betracht kommt) ersetzt.

Reger II. 326, III. 58, V. 102, VI. 121, VIII. 267, IX. 129, X. 466, XI. 75, XV. 340,

O. E. im MABl. 1890 S. 462,

Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 114.

Ueber die Bedeutung der „Materialien zur technischen Begründung" des Gesetzes (Martin I. 748) s.:

Reger IV. 247.

Das Reichsgesetz vom 14. Mai 1879 behält in §§ 5 mit 7 kaiserliche Verordnungen über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen vor. Auf Grund dieses Vorbehaltes ergingen die

V. v. 24. Febr. 1882, das gewerbsmäßige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum betr., RGBl. S. 40 (s. unten Ziff. 3), und die
V. v. 1. Febr. 1891, RGBl. S. 11, Maschinen zur Fälschung von Kaffeebohnen betr. (vgl. auch ME. v. 7. Juli 1889, MABl. S. 217).

Die
V. v. 1. Mai 1882, RGBl. S. 55, dann v. 5. März 1883, RGBl. S. 3, die Verwendung giftiger Farben betr.,

sind ersetzt durch
Reichsges. v. 5. Juli 1887, RGBl. S. 277, Verwendung gesundheitsschädlicher Farben u. s. w. betr.
— vgl. RKB. v. 10. April 1888, GVBl. S. 445 —,

welches ebenso wie das
Reichsges. v. 25. Juni 1887, betr. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, RGBl. S. 273, nebst
Novelle v. 22. März 1888, RGBl. S. 114 (vgl. hiezu ME. v. 4. Juli 1888, Weber XIX. 304,
ME. v. 19. Okt. 1887, Weber XVIII. 598,
JME. v. 11. Sept. 1888, Weber XIX. 303,
ME. v. 19. Sept. 1889, MABl. S. 283), ferner das
Reichsges. v. 20. April 1892, betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken, RGBl. S. 597 (vgl. unten § 135 Ziff. 5 lit. b),

und das an sich nicht sanitätspolizeiliche
Reichsges. v. 12. Juli 1887 über den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter, RGBl. S. 375 (vgl. unten § 135 Ziff. 6),

die Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes unberührt läßt und die §§ 16 und 17 des letzteren noch besonders für anwendbar erklärt.

Subsidiär gelten die landesgesetzlichen Bestimmungen
PStr.GB. Art. 74, 75, 76,

über deren Verhältniß zu obigen Reichsgesetzen zu vergleichen sind:
Riedel-Proebst, Polizeistrafgesetzbuch, 5. Auflage S. 189,
O. E. im MABl. 1892 S. 5 und 1893 S. 351.

Dies sind die vorwiegend medizinal-polizeilichen Grundbestimmungen über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, deren allgemeiner Inhalt im Folgenden dargestellt werden soll, wogegen bezüglich der nicht vorwiegend medizinalpolizeilichen Grundsätze der Lebensmittelpolizei auf § 134, bezüglich einzelner Arten von Lebensmitteln auf § 135 verwiesen wird.

2. In Bezug auf den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln
— vgl. über diese Begriffe Reger I. 434, III. 90, IV. 215 (No. 173) —
sind hervorzuheben die Unterscheidungen des Nachgemachten

Reger II. 82, III. 86, VIII. 139, X. 115, XI. 348, XV. 340, Erg.Bd. I. 189,

des Verfälschten

Reger II. 433, 435, III. 87, VII. 307, VIII. 148, 431, XII. 207, XIV. 76 f., 198, XVI. 441

(sei es durch Verschlechterung der Beschaffenheit

Reger I. 202, 438, II. 82, IV. 214, V. 461, VI. 323, VII. 114, 307, VIII. 135, 150, IX. 130,

sei es durch Verbesserung des Scheines der Beschaffenheit

Reger II. 194, III. 205, VII. 307, XIV. 77, 307, XVI. 90 f.);

des Verdorbenen

Reger II. 85, 341, III. 58, 85, IV. 105, 215, VI. 327, VIII. 267, IX. 362, X. 480, XI. 75, XV. 339, 340, XIV. 78, 81, 198,

vgl. auch O. E. im MABl. 1890 S. 462,

des Gesundheitsschädlichen

Reger II. 91, III. 88, 338, IV. 460, IX. 363, XIII. 204, XIV. 198, XV. 92, XVI. 319

und des Gesundheitszerstörlichen.

Im Einzelnen kommen in Betracht:

a) Bezüglich der Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln (vgl. Reger III. 211):

α) § 10 Ziff. 1 des Nahrungsmittelgesetzes, welcher die Nachmachung oder Verfälschung der Nahrungs- und Genußmittel zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehre

Reger I. 199, II. 82, V. 101, 467, VIII. 141, 436, XI. 348, XII. 207, XIV. 76 f., XVI. 90,

MABl. 1881 S. 53 und 55, 1896 S. 415,

ME. v. 16. August 1883, Weber XVI. 354

unter Strafe stellt

(vgl. Reger V. 467 und VIII. 434 über Idealkonkurrenz mit Betrug).

β) §§ 12 mit 14 des Nahrungsmittelgesetzes, gerichtet gegen Denjenigen, welcher Gegenstände, die Anderen als Nahrungs- und Genußmittel dienen sollen, derart herstellt, daß der Genuß derselben die menschliche Gesundheit zu beschädigen oder zu zerstören geeignet ist

(vgl. Reger I. 199, IV. 217, XVI. 319, dann

MABl. 1881 S. 52 über Fahrlässigkeit);

siehe ferner:

§§ 5 mit 8 des Nahrungsmittelgesetzes,

Reichsges., betr. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, §§ 1, 3 ff.,

Reichsges., betr. die Verwendung von gesundheitsschädlichen Farben, §§ 1, 12 ff. (Reger XIV. 85, XVI. 92),

Weinges. §§ 1 ff. (Reger XVI. 93),

PStr.GB. Art. 75 Abs. 1,
ME. v. 20. April 1895, MABl. S. 260 (Treuenit),
ME. v. 14. Sept. 1896 (kupferhaltige Gemüsekonserven).

Ueber Fälschung einzelner Nahrungsmittel, insbesondere Bier- und Weinfälschungen s. unten § 135.

b) Bezüglich der Aufbewahrung und Verpackung von Nahrungs- und Genußmitteln kommen in Betracht:

§§ 5, 7, 8 des Nahrungsmittelgesetzes,
PStr.GB. Art. 75 Abs. 1, vgl. Riedel-Proebst a. a. O. S. 190, und O. E. im MABl. 1884 S. 314, 1890 S. 340,
Reichsges., betr. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, §§ 3, 4, 6;
Reichsges., betr. die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben, §§ 2, 12 ff.

c) Bezüglich des Verkehres mit Nahrungs- und Genußmitteln, d. h. bezüglich des Feilhaltens

Reger II. 197, 340, III. 434, IV. 458, V. 377, VIII. 150, 437,

des Verkaufens

Reger I. 202, II. 197, III. 339, VIII. 550, XIV. 81

und des Inverkehrbringens

Reger I. 325, III. 211, 339, 340, VII. 112, VIII. 304, XIII. 204 (vgl. auch über den Versuch des Feilhaltens, Verkaufens und Inverkehrbringens: Reger III. 88, VIII. 438, IX. 131, 362)

kommen außer RStr.GB. § 367 Abs. 1 Ziff. 7 in Betracht:

α) § 10 Ziff. 2 und § 11 des Nahrungsmittelgesetzes, gerichtet gegen Denjenigen, welcher wissentlich

Reger I. 330, II. 82, 85, 90,

bezw. fahrlässig Nahrungs- oder Genußmittel, die verdorben oder nachgemacht oder verfälscht sind

Reger II. 82, XVI. 442,

unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feilhält

Reger I. 202, 330, VI. 121, VIII. 139, XV. 92, 340, XVI. 442; (vgl. über das Verhältniß dieses Vergehens zum Betrug Reger IV. 215, 457, V. 467, X. 118, XV. 339).

β) §§ 12 mit 14 des Nahrungsmittelgesetzes, wonach das wissentliche

Reger II. 343, 348, III. 88, VIII. 438, IX. 131, 132

bezw. fahrlässige

Reger I. 201, II. 92, 200, 201, 439, IV. 218, V. 104, VII. 115, 116, Erg.Bd. I. 193,
O. E. im MABl. 1881 S. 390

Feilhalten, Verkaufen oder Inverkehrbringen

Reger VI. 123

von Gegenständen, deren Genuß die menschliche Gesundheit zu beschädigen bezw. zu zerstören geeignet ist, wenn sie als Nahrungs- oder Genußmittel feilgehalten u. s. w. wurden

Reger I. 325, 435, II. 343, 345, III. 339, VI. 119, IX. 132, XIV. 198,

auch abgesehen von unredlichem Gebahren verboten ist.

Reger I. 325, II. 345.

Vgl. auch §§ 5, 7 und 8 des Nahrungsmittelgesetzes.

d) Bezüglich des Ausmessens und Auswägens von Nahrungs- und Genußmitteln s.:

PStr.GB. Art. 75 Abs. 1,
Reichsges., betr. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, §§ 1, 4 ff.,
Reger XIII. 209, XIV. 87, Erg.Bd. I. 359, 362,
OLGE. III. 220,
O. E. im MABl. 1890 S. 431.

e) Bezüglich ortspolizeilicher Anordnungen über Reinlichkeit in Mühlen, Schlachthäusern und auf Märkten s. endlich:

PStr.GB. Art. 75 Abs. 2.

3. In Bezug auf den Verkehr mit Gebrauchsgegenständen sind maßgebend:

§§ 12 mit 14 des Nahrungsmittelgesetzes, verbietend die wissentliche bezw. fahrlässige Herstellung oder Inverkehrbringung von Bekleidungsgegenständen, Spielwaaren, Tapeten, Eß-, Trink- oder Kochgeschirr und Petroleum von derartiger Beschaffenheit, daß der bestimmungsgemäße oder vorauszusehende Gebrauch dieser Gegenstände die menschliche Gesundheit zu beschädigen bezw. zu zerstören geeignet ist; vgl.:

Reger III. 213, V. 102, XII. 90, XIII. 207, Erg.Bd. I. 359, 362,
Reichsges., betr. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, v. 25. Juni 1887 (oben Ziff. 2 lit. d) und ME. v. 19. Sept. 1889, MABl. S. 283,
Reichsges., betr. die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben, vom 5. Juli 1887,
ME. v. 1. April 1891 (Buntpapier),
ME. v. 10. Mai 1892 (Faßhähne,)
O. E. im MABl. 1890 S. 431, 1892 S. 5, 1893 S. 33, 281, 351.

Ferner behält § 5 Ziff. 4, 5 des Nahrungsmittelgesetzes kaiserliche Verordnungen über die Verwendung bestimmter Stoffe und Farben zur Herstellung der vorbezeichneten Arten von Gebrauchsgegenständen, über das gewerbsmäßige Verkaufen und Feilhalten von Waaren dieser Art und von Petroleum von einer gewissen Beschaffenheit vor.

Auf Grund dieses Vorbehaltes ist ergangen die

kaiserl. V. v. 24. Febr. 1882 über das gewerbsmäßige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum, RGBl. S. 40, vergleiche:
V. v. 19. März 1874, GVBl. S. 109, mit
MV. v. 22. Dez. 1882, GVBl. S. 607,
ME. v. 20. Jan. 1883, MABl. S. 45,
ME. v. 8. Juni 1883, MABl. S. 214,

dann bezüglich der Einrichtung und Beglaubigung des Abel'schen Petroleumprobers:

zwei MV. v. 31. Mai 1883, GVBl. S. 353, 370,
MV. v. 16. Okt. 1884, GVBl. S. 479,
Reger III. 355.

Im Uebrigen gelten noch subsidiär die landesgesetzlichen Bestimmungen. Hienach werden Zuwiderhandlungen gegen die oberpolizeilichen Vorschriften zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit bei Verfertigung, Aufbewahrung oder Verpackung von Tabak oder bei Verfertigung von Koch-, Eß- oder Trinkgeschirren, Kleidungsstoffen, Kinderspielwaaren, Tapeten oder sonstigen Gegenständen des menschlichen Gebrauchs, dann beim Anstreichen oder Bemalen von Wohnungsräumen, endlich das Feilbieten oder Verkaufen solcher gesundheitsgefährlicher Gegenstände gegen oberpolizeiliches Verbot, gemäß

PStr.GB. Art. 76

bestraft. Vergleiche hiezu:

MV. v. 6. Juni 1863, RBl. S. 809, gesundheitspolizeiliche Vorschriften in Bezug auf Gegenstände des menschlichen Gebrauchs betr., theilweise abgeändert durch
MV. v. 17. Juni 1877, GVBl. S. 371, dann die
MV. v. 10. Juli 1881, GVBl. S. 823 (Fliegengitter),
Stengl. Ztschr. Bd. 6 S. 170 und Bd. 16 Beibl. S. 72,
MABl. 1893 S. 351,
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 211.

4. Gemeinsam für den Verkehr mit Lebensmitteln und den Verkehr mit Gebrauchsgegenständen gelten die formellen Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes in §§ 2—4, 15 ff.

a) Die Polizeibeamten

(vgl. auch Art. 92 und 138 der Gemeindeordn.)

sind befugt, in solche Räumlichkeiten, in welchen Lebensmittel oder Gebrauchsgegenstände feilgehalten werden

(Reger II. 340),

einzutreten (§ 2 Abs. 1), von den bezeichneten Gegenständen Proben zum Zwecke der Untersuchung gegen Empfangsbescheinigung zu entnehmen (§ 2 Abs. 2) und bei verurtheilten Personen Revisionen vorzunehmen (§ 3).

Dabei bleiben die von der Landesgesetzgebung der Polizei eingeräumten weitergehenden Befugnisse aufrecht

Nahrungsmittelges. § 4 Abs. 2, vgl.
Reger IV. 212, VI. 182 und
PStr.GB. Art. 74,

wonach überhaupt verkäufliche Nahrungsmittel, Eßwaaren und Getränke durch ober- oder ortspolizeiliche Vorschrift einer Beschau unterworfen werden können (bezüglich der Fleischbeschau, Biervisitationen u. s. w. s. unten § 135).

Ueber Visitationen in Bezug auf blei- und zinkhaltige Gegenstände vgl.:

ME. v. 19. Okt. 1887, Weber XVIII. 558.

b) Zur Vornahme der erforderlichen technischen Untersuchungen wurden durch

V. v. 27. Jan. 1884, GVBl. S. 43, modificirt durch
V. v. 5. Juli 1892, GVBl. S. 435,
MB. v. 20. Juli 1894, GVBl. S. 527, und v. 2. Dez. 1896, MABl. S. 479,

in Verbindung mit den 3 Landes-Universitäten und widerruflicher Weise mit der landwirthschaftlichen Kreisversuchsstation zu Speyer Untersuchungsanstalten für Nahrungs- und Genußmittel errichtet; auf Grund des § 14 dieser Verordnung wurden ferner die städtischen Untersuchungsanstalten für Nahrungs- und Genußmittel zu Nürnberg und Fürth durch

MB. v. 28. April 1884, GVBl. S. 183,

als öffentliche Untersuchungsanstalten anerkannt;

vgl. JME. v. 25. Mai 1886, JMBl. S. 165, dann
ME. v. 5. April 1880, Weber XVI. 440,
ME. v. 16. August 1883 Ziff. 1, Weber XVI. 354, ferner Weber XVI. 445 Note 1 lit. e, f (Portofreiheit),
JME. v. 15. April 1891 (Ladungen).

Die näheren Bestimmungen zum Vollzuge der erwähnten Verordnung enthält die

MB. v. 2. Febr. 1884, GVBl. S. 49,

deren Anhang (Gebührentarif) ersetzt ist durch die

MB. v. 25. Juli 1890, GVBl. S. 517.

Ueber Prüfung von Nahrungsmittel-Chemikern s.:

V. v. 14. Juni 1894, GVBl. S. 303, mit
MB. v. 3. Juli 1894, KMBl. S. 214.

Den Untersuchungsanstalten sind die ihren Geschäftsbereich betreffenden oberpolizeilichen Vorschriften mitzutheilen.

ME. v. 28. Febr. 1888.

Ueber Vereinbarungen der Distrikts- und Ortsgemeinden mit den Untersuchungsanstalten vgl.:

ME. v. 20. März 1890.

Ueber Untersuchung von Farben, Gespinnsten und Geweben auf Arsen und Zinn s.:

RKB. v. 10. April 1888, GBBl. S. 444;

über Analyse des Weins:

MB. v. 24. Okt. 1884, MABl. S. 286.

c) Ueber **Einziehung** der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände von vorschriftswidriger Beschaffenheit vgl.:

Nahrungsmittelges. § 15 (Reger III. 90, 213, 435, XV. 342),
Reichsges., betr. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, § 6,
Reichsges., betr. Verwendung gesundheitsschädlicher Farben, § 13,
Reichsges., betr. Ersatzmittel für Butter, § 5,
Reichsges., betr. den Verkehr mit Wein, § 9,
PStr.GB. Art. 75 mit 77.

d) Ueber **Veröffentlichung** der gerichtlichen Entscheidungen und die **Kosten der polizeilichen Untersuchung** s.:

Nahrungsmittelges. § 16 (in der Fassung des Reichsges. v. 29. Juni 1887), Reger IV. 457,
Reichsges., betr. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, § 7,
Reichsges., betr. Verwendung gesundheitsschädlicher Farben, § 14;
Reichsges., betr. Ersatzmittel für Butter, § 6,
Reichsges., betr. den Verkehr mit Wein, § 10,
ME. v. 7. Juli 1883, Weber XVI. 447,
MB. v 16. März 1886, JMBl. S. 111, und v. 27. Jan. 1887, JMBl. S. 55 (Mittheilungen der Urtheile an das Reichsgesundheitsamt),
MB. v. 7. März 1890, JMBl. S. 53, und v. 25. Juli 1892, JMBl. S. 189 (Mittheilung der Ergebnisse an die Untersuchungsanstalten).

e) Ueber die Ablieferung der **Strafgelder** an die einschlägigen Untersuchungsanstalten vgl.:

Nahrungsmittelges. § 17, dann die unter lit. d aufgeführten §§ der Reichsgesetze über Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen u. s. w.,
ME. v. 27. Okt. 1881,
ME. v. 20. Febr. 1884, JMBl. S. 33,
ME. v. 6. Febr. 1885 und v. 30. Juni 1885, Weber XVI. 462, 463,
ME. v. 7. März 1890, JMBl. S. 53.

§ 107. Vorsorge für Hilfsbedürftige.

Hilfsbedürftigkeit oder doch Unselbständigkeit gewisser Personen kann den Anlaß zu besonderer polizeilicher Vorsorge für Leben und Gesundheit derselben auch außerhalb der eigentlichen Armenpflege bilden; vgl. übrigens:

Armenges. v. 29. April 1869 Art. 10 Abs. 3.

Hieher gehören vor Allem die Bestimmungen in

Art. 80 Abs. 1 des PStr.GB., dazu Reger-Reuß a. a. O. S. 213,

wonach Derjenige, welcher mit Vernachlässigung der ihm obliegenden Aufsicht Blödsinnige oder Geisteskranke auf Straßen oder an öffentlichen Orten herumgehen läßt, wenn hiedurch Gefahr für Personen, Eigenthum oder öffentliche Sittlichkeit eintritt, bestraft wird; ferner

Art. 81 des PStr.GB.,

welcher die in Bezug auf Schutz, Aufsicht, Verpflegung oder ärztlichen Beistand eintretende Verwahrlosung angehöriger oder anvertrauter Kinder, Kranker, Gebrechlicher, Blödsinniger und sonstiger hilfloser Personen mit Strafe bedroht; vgl.:

Stengl. Ztschr. Bd. 15 Beibl. S. 59,
S. o. E. f. Str. Bd. 9 S. 22,
OLGE. II. 474, VI. 212,
Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 294; s. auch
Armengeſ. Art. 5a, 36 Abs. 3, dann
Str.GB. § 221;

endlich neuerdings der durch

Reichsges. v. 12. März 1894, RGBl. S. 259,

eingeführte § 361 Ziff. 10 des Str.GB.,

vgl. hiezu ME. v. 27. März 1894, MABl. S. 156,

wonach die böswillige Vernachlässigung der Alimentationspflicht Seitens des solventen Verpflichteten unter Strafe gestellt ist.

Ueber die in dringenden Fällen gestattete vorübergehende Unterbringung Geisteskranker in Polizei- und Polizeigerichtsgefängnissen s.:

ME. v. 8. August 1866, JMBl. S. 243.

Ferner ist nach PStr.GB. Art. 80 Abs. 2 die Polizeibehörde ermächtigt, dann, wenn ein von dem Geisteskranken gegen Personen, fremdes Eigenthum oder die öffentliche Sittlichkeit verübter Angriff wegen der Unzurechnungsfähigkeit des Thäters straflos bleibt oder die Gemeingefährlichkeit des Geisteskranken u. s. w. in sonstiger Weise festgestellt ist, auf Grund bezirksärztlichen Gutachtens die Unterbringung der betreffenden Person in einer Irrenanstalt (s. überhaupt § 116 Ziff. 4) oder ihre sonstige genügende Verwahrung anzuordnen; vgl. über die Anwendung auf Taubstumme:

ME. v. 8. August 1866, Kuby II. 19, Martin I. 694;

über das Verfahren:

ME. v. 1. Jan. 1895, MABl. S. 2;

über die Kosten:

Armengeſ. Art. 10 Abs. 2 Ziff. 2, Art. 11 Abs. 3,

VGHE. II. 549, III. 54, 470, XII. 125,

VB. z. KVG. v. 15. Okt. 1892 Ziff. 8 Abs. 3, GVBl. S. 621.

Staats- und Amtsanwälte haben in Fällen des Art. 80 Abs. 2 sich mit der Distriktspolizeibehörde des Aufenthaltsorts sofort bezüglich der weiteren unverschieblichen Maßregeln in's Benehmen zu setzen:

JME. v. 9. April 1894, JMBl. S. 63.

Anderseits kann im Falle des Art. 81 Abs. 2 die Polizeibehörde durch das Strafurtheil ermächtigt werden, für die Unterbringung des verwahrlosten Kindes, Kranken u. s. w. auf Kosten des betr. Pflichtigen zu sorgen.

Die Befugniß zu diesen Anordnungen u. s. w. steht nach

§§ 23 und 24 der Komp.V. v. 4. Jan. 1872, RBl. S. 25,

der Distriktspolizeibehörde der Heimath, eventuell des Aufenthaltes der betreffenden Person zu; vgl. auch:

Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 294, Bd. 30 S. 172.

Siehe ferner:

über die Wiederaufnahme entlassener Geisteskranker:

ME. v. 5. Juli 1866, Kuby S. 285, Weber VI. 640;

über Entmündigung wegen Geisteskrankheit:

Civ.Pr.Ordn. §§ 593 ff. und Einf.Ges. hiezu § 10,

MB. v. 26. März 1895, JMBl. S. 70, die Thätigkeit der Staatsanwälte im Entmündigungsverfahren betr.,

Reger III. 196 und JMBl. 1884 S. 8;

über die Kosten der Verpflegung geisteskranker Sträflinge:

JME. v. 13. Sept. 1864, JMBl. S. 238,

JME. v. 25. März 1871, JMBl. S. 67;

über Einschaffung geisteskranker Untersuchungs- und Strafgefangener in Irrenanstalten:

ME. v. 29. Okt. und v. 16. Nov. 1885;

über Kosten der Unterbringung geisteskranker Militärpersonen:

ME. v. 1. April 1878, MABl. S. 95;

über Pensionsansprüche der infolge des Feldzugs 1870/71 geisteskrank Gewordenen:

ME. v. 11. Febr. 1880.

Einschlägig sind auch Art. 41 des PStr.GB. über die Pflegaufnahme fremder Kinder unter 8 Jahren gegen Bezahlung, Art. 42 über die Zurückhaltung verirrter Kinder, wahnsinniger oder sonstiger hilfloser Personen; vgl. zu Art. 41:

§ 17 der erwähnten V. v. 4. Jan. 1872 und

Gewerbeordn. § 6 Abs. 1,

O. E. im MABl. 1881 S. 188.

Hier sind endlich noch zu erwähnen die §§ 135 ff., 154a der Gewerbeordn. über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken oder Bergwerken, dann Art. 82 des PStr.GB. über Trunkenheit bei gefährlichen Verrichtungen, womit Art. 55 zu vergleichen ist; s. auch:

Stengl. Ztschr. Bd. 4 S. 214, Bd. 17 S. 206,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 10 S. 978,
Bl. f. a. Pr. Bd. 22 S. 366, Bd. 30 S. 150.

§ 108. Gift und Arzneien.

Die Reichsgewerbeordnung findet gemäß § 6 Abs. 1 derselben auf den Verkauf von Arzneimitteln nur insoweit Anwendung, als sie ausdrückliche Bestimmungen darüber enthält;

vgl. VB. z. Gewerbeordn. v. 29. März 1892 §§ 16, 54b, GVBl. S. 61.

Solche ausdrückliche Bestimmungen sind enthalten in:

§ 6 Abs. 2, wonach die dem freien Verkehre überlassenen Apothekerwaaren durch kaiserliche Verordnung bestimmt werden (vgl. hiezu:

kaiserl. V. v. 27. Jan. 1890, RGBl. S. 9, v. 31. Dez. 1894, RGBl. 1895 S. 1, und v. 25. Nov. 1895, RGBl. S. 455, mit § 367 Ziff. 3 des Str.GB. und Reger XVI. 225)

und in § 56 Abs. 2 Ziff. 9 mit § 148 Abs. 1 Ziff. 7a, wonach Gifte und gifthaltige Waaren, Arznei- und Geheimmittel vom Ankauf oder Feilbieten im Umherziehen ausgeschlossen sind;

vgl. Reger II. 326, VI. 178, XV. 381, XVI. 19, 248, Erg.Bd. I. 237, sowie Reger, Gewerbeordnung 2. Aufl. S. 119,
Landmann-Rohmer, Komment. S. 80, 515.

Ferner können nach § 34 Abs. 3 der Gewerbeordn. die Landesgesetze

Gewerbsges. v. 30. Jan. 1868 Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3, GBl. S. 309,
V. v. 16. Juni 1895 § 21, GVBl. S. 267, vgl.
Reger a. a. O. S. 65, Landmann-Rohmer a. a. O. S. 328,

vorschreiben, daß zum Handel mit Giften besondere Genehmigung erforderlich ist.

Von grundlegender Bedeutung sind endlich:

§ 367 Ziff. 3 des RStr.GB. mit
Art. 2 Ziff. 8 des PStr.GB.,
vgl. Reger a. a. O. S. 108 ff., Landmann-Rohmer a. a. O.,

wonach durch königliche Verordnung bestimmt wird, inwieweit insbesondere für den Handel mit Gift und Arzneien polizeiliche Erlaubniß erforderlich ist.

Vgl. ferner:

§ 367 Ziff. 5 des RStr.GB.,
Art. 2 Ziff. 9 des PStr.GB.,

wonach bei Aufbewahrung und Beförderung von Giftwaaren, sowie bei Ausübung der Befugniß zur Zubereitung und Feilhaltung von Giftwaaren und Arzneien die deshalb ergangenen königlichen Verordnungen zu beachten sind.

Zu § 367 Ziff. 3, 5 des RStr.GB. sind ergangen die

V. v. 8. Dez. 1890, das Arzneibuch für das Deutsche Reich, dann die Zubereitung und Feilhaltung von Arzneien betr., GVBl. S. 635, geändert durch

V. v. 19. März 1895, GVBl. S. 131 (vgl. auch S. 260), und

V. v. 16. Juni 1895, den Verkehr mit Giften betr., GVBl. S. 267, mit Beilage, enthaltend sämmtliche Gifte im Sinne der Verordnung, und

V. v. 22. Juli 1896, die Abgabe starkwirkender Arzneien, sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken betr., GVBl. S. 517,

vgl. auch V. v. 3. März 1873, RBl. S. 345 (Vertilgung der Feldmäuse betr.).

Hienach bildet die Befugniß zur Zubereitung und Feilhaltung sowohl von Giften, als auch von Arzneien einen Bestandtheil der Berechtigung zur Ausübung des Apotheker-Gewerbes

§ 2 der cit. V. v. 8. Dez. 1890,

§ 22 Ziff. 1 der cit. V. v. 16. Juni 1895,

von welchem des Näheren in §§ 112 und 113 die Rede sein wird.

Eine beschränkte Befugniß zur Abgabe von Gift und Arzneien ist mit den Handapotheken der Aerzte, Landärzte, Chirurgen und Bader älterer Ordnung, dann der Strafanstalten, Kranken- und Irrenanstalten (Dispensiranstalten) verbunden; vgl. hierüber:

Art. 9 lit. a des Gewerbegeſ. v. 30. Jan. 1868, GBl. S. 309,

§ 4 Ziff. 2, § 6 Abs. 2, §§ 8, 32, 55 ff. der Apothekenordnung vom 27. Jan. 1842, RBl. S. 257,

ME. v. 29. April und 23. Juni 1842, dann 6. April 1846, Döll. Bd. 30 S. 65 ff., Weber III. 433, 462,

§§ 15, 16, 17, 22, 25 und 27 der obigen V. v. 8. Dez. 1890,

§ 22 Ziff. 1, 2, 9 der obigen V. v. 16. Juni 1895,

ME. v. 3. Mai 1885, Kuby II. 406,

Reger XIV. 298.

Im Einzelnen ist zu bemerken:

1. Zur Zubereitung und Abgabe gewisser Gifte ist nach

§ 21 der V. v. 16. Juni 1895

eine besondere Genehmigung erforderlich, welche zu ertheilen ist, wenn der Nachsuchende sich über seine Zuverlässigkeit in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb ausgewiesen hat. Das Verfahren bei der Erthei-

lung und die Zurücknahme der Genehmigung bemißt sich nach den Vorschriften der

Gewerbeordn. §§ 40 und 53,
vgl. Bl. f. adm. Pr. Bd. 29 S. 209,
Reger XIII. 237,

im Zusammenhalte mit

B. v. 29. März 1892 §§ 2, 16, 24, den Vollzug der Gewerbeordn. betr., GVBl. S. 61.

Im Falle des Handels mit Gift ist außerdem regelmäßig Anzeige bei der Ortspolizeibehörde des Wohnorts erforderlich.

§ 23 der cit. V. v. 16. Juni 1895.

Eine besondere Genehmigung ist nicht erforderlich für Inhaber von Apotheken (einschließlich Hand- und Hausapotheken), für Aerzte und Thierärzte nach Maßgabe der besonderen für ihre Befugnisse bestehenden Bestimmungen, Besitzer von chemischen Fabriken u. dgl. und gewisse Gewerbetreibende;

§ 22 der cit. V. v. 16. Juni 1895.

Ueber die zu beobachtenden Maßregeln bei der Gift-Bereitung und -Verarbeitung s.:

§ 24 der cit. V. v. 16. Juni 1895;

in Bezug auf Abgabe von Gift:

§§ 10 ff. a. a. O.;

(über den Begriff „Abgabe" vgl.:

Reger III. 57, 228, VIII. 398, X. 88, 301, XVI. 63,
RGE. III. 119,
S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 435, Bd. 9 S. 211,
MABl. 1883 S. 24;)

in Bezug auf die Aufbewahrung und Beförderung von Giftwaaren:

§§ 2 ff., 25 der V. v. 16. Juni 1895, vgl. auch
MB. v. 26. Nov. 1888, Transport explosiver, entzündlicher, ätzender und giftiger Stoffe auf dem Rheine betr., GVBl. S. 696,
V. v. 19. März 1895 § 1 Ziff. 2, 4, GVBl. S. 131.

Ueber die Verwendung von Arsenik und Strychnin zur Vertilgung der Feldmäuse s.:

§ 18 Ziff. 4 Abs. 6 der V. v. 16. Juni 1895 und V. v. 3. März 1873, RBl. S. 345,

über die s. g. Kammerjäger vgl. insbesondere:

§§ 19, 22 Ziff. 4 der V. v. 16. Juni 1895,
Stengl. Ztschr. Bd. 14 S. 71,
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 342, Bd. 28 S. 281;

dem Betriebe dieses Gewerbes im Umherziehen nach § 55 Abs. 1 Ziff. 3 der Gewerbeordn. steht die Bestimmung in § 56 Abs. 2 Ziff. 9 nicht entgegen.

Ein Wandergewerbeschein zum Kastriren von Hausthieren berechtigt nicht zur Abgabe von Gift und Arzneien.

VGHE. IV. 94; vgl. auch O. E. im MABl. 1883 S. 24.

Bezüglich giftiger Farben s. oben § 106 S. 109 ff.

2. Die Zubereitung der Arzneimittel bildet eine Gewerbsbefugniß der Apotheker

§ 2 der V. v. 8. Dez. 1890, s. im Uebrigen unten §§ 112, 113;

nur die Gewinnung und Zubereitung für den Verkauf im Großen ist gemäß

§ 29 der V. v. 8. Dez. 1890

mit den daselbst angegebenen Einschränkungen freigegeben vorbehaltlich der Bestimmungen über den Gifthandel.

Ueber den Begriff „Arznei" und „Arzneimittel" s.:

O. E. im MABl. 1881 S. 178, 295, 1888 S. 4, 1892 S. 518, 1893 S. 36,

RGE. XVI. 359,

Reger I. 182, XII. 193, 322, XIII. 69, 186, XIV. 189, 297, XV. 380 f., 434, XVI. 79, 198, 225, 307, Erg.Bd. I. 237, 348,

Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 109.

Ueber das Dispensiren der homöopathischen Aerzte vgl.:

§ 33 der Apothekenordnung v. 27. Jan. 1842,

ME. v. 15. März 1843 und 30. Nov. 1851, Döll. Bd. 30 S. 70, 80.

Vgl. endlich:

§ 1 Abs. 2 Ziff. 2 des Patentges. v. 25. Mai 1877, RGBl. S. 501,

Reger XVII. 84.

Der Handel mit Arzneimitteln ist, soweit derselbe nicht überhaupt freigegeben ist

kaiserl. V. v. 27. Jan. 1890, RGBl. S. 9, v. 31. Dez. 1894, RGBl. 1895 S. 1, und v. 25. Nov. 1895, RGBl. S. 455

und soweit derselbe nicht im Großen geschieht

§ 29 der V. v. 8. Dez. 1890,

Reger I. 310, IV. 266, X. 1

— s. übrigens bezüglich des Handels mit Droguen und chemischen Präparaten, welche zu Heilzwecken dienen, auch:

Reichsges. v. 6. August 1896 Art. 5 (Gewerbeordn. § 35 Abs. 4), RGBl. S. 685 —

den Apothekern schlechthin erlaubt, den Inhabern von Handapotheken innerhalb der Grenzen ihrer Ordinationsbefugnisse

§§ 15, 16, 17, 20, 22, 24 und 27 der V. v. 8. Dez. 1890,
V. v. 19. März 1895 Ziff. 6, 8, GVBl. S. 131,

dem zur Führung einer Handapotheke nicht berechtigten ärztlichen Personale, den Thierärzten, Badern und Hebammen nach Maßgabe des

§ 28 der V. v. 8. Dez. 1890, vgl.
V. v. 19. März 1895 § 1 Ziff. 10, GVBl. S. 131,

gestattet; doch müssen die Handapothekenbesitzer und die zuletzt genannten Medizinalpersonen die Arzneien, deren Abgabe oder Anwendung ihnen zusteht, aus einer Apotheke beziehen.

§§ 16, 28 Ziff. 5 der V. v. 8. Dez. 1890.

Die cit. V. v. 8. Dez. 1890 fand bezüglich des Handels mit Arzneimitteln Aenderungen bezw. Erweiterungen durch

V. v. 22. Juli 1896, GVBl. S. 517, die Abgabe starkwirkender Arzneien rc. betr. (vgl. hiezu die ME. v. 19. Sept. 1896).

Bezüglich des Diphtherieserums s.:

V. v. 31. Dez. 1894, RGBl. 1895 S. 1,
cit. V. v. 19. März 1895 Ziff. 2, 5, 8,
MV. v. 11. April 1895, GVBl. S. 143,
MV. v. 27. Juli 1895, GVBl. S. 371,
MV. v. 10. Dez. 1895, GVBl. S. 418,

bezüglich des Tuberkulins:

cit. V. v. 19. März 1895 Ziff. 2, 5, 8,
MV. v. 28. März 1891, GVBl. S. 57, modificirt durch
MV. v. 27. Febr. 1897, GVBl. S. 34.

Außerdem vgl.:

ME. v. 29. März 1895 und 21. Juli 1896 (Kresolseifenlösung),
ME. v. 2. April 1895 (Xereswein),
ME. v. 27. Sept. 1896 (Morphin).

Die früheren Verordnungen über Verkauf und Ankündigung von kosmetischen und Geheim-Mitteln

(vgl. über den Begriff Geheimmittel:
ME. v. 14. Sept. 1865, Weber VI. 175,
Stengl. Ztschr. Bd. 7 S. 411, Bd. 13 S. 335,
Bl. f. a. Pr. Bd. 18 S. 54)

sind mit den Art. 115 und 116 des älteren PStr.GB. hinweggefallen, die an andere Personen als Apotheker früher ertheilten Verkaufsbewilligungen zurückgenommen worden; vgl.:

MV. v. 10. Mai 1878, GVBl. S. 301, jedoch auch die

O. E. in der S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 374, Bd. 9 S. 371 und im MABl. 1879 S. 325,
ME. v. 10. Febr. 1881, Kuby II. 141.

Der Handel mit Mitteln der obigen Art unterliegt daher nur dann besonderen Beschränkungen, wenn sie zu den Giften oder den dem Apothekergewerbe verordnungsmäßig vorbehaltenen Arzneien gehören; vgl. auch:
Bl. f. a. Pr. Bd. 23 S. 326,
RGE. XVI. 359.

Unbefugte Arzneiabgabe ist, auch wenn sie durch Aerzte u. dgl. oder unentgeltlich geschieht, strafbar; s. Ziff. 5, dann:
ME. v. 27. August 1874,
Bl. f. a. Pr. Bd. 28 S. 292,
O. E. im MABl. 1884 S. 257,
OLGE. VI. 41.

3. Die unmittelbare Aufsicht auf den Geschäftsbetrieb der zur gewerbsmäßigen Zubereitung oder Feilhaltung von Giften und Arzneien berechtigten Personen steht zunächst den Distriktspolizeibehörden und den Bezirksärzten, bezw. (für die thierärztliche Arzneiführung) den Bezirksthierärzten zu. Dieselben sind befugt, jeder Zeit Nachsicht zu pflegen und bei gegebenem Anlasse Visitationen vorzunehmen. Die Handapotheken unterliegen hiebei hinsichtlich der regelmäßigen Visitationen denselben Vorschriften, wie die Apotheken (s. § 113); vgl.:
V. v. 8. Dez. 1890 § 30,
V. v. 16. Juni 1895 § 27,
ME. v. 13. April 1881, Kuby II. 153 (Qualifikation der Handapothekenbesitzer);

über die Befugniß der Ortspolizeibehörden zur Visitation in Arznei- und Giftwaarenhandlungen s.:
Gemeindeordn. Art. 92 und 138.

4. Vgl. überhaupt:
Stengl. Ztschr. Bd. 5 S. 226, Bd. 7 S. 182, 211, 246, Bd. 8 S. 11, 225, Bd. 11 Beibl. S. 50, Bd. 12 S. 378, Bd. 13 S. 44, 235, 236, Bd. 14 S. 71, 214, Bd. 15 S. 180, Bd. 16 S. 81, 82, 184, Bd. 17 S. 213, Bd. 18 S. 330;
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 13 S. 109;
S. o. E. f. Str. Bd. 1 S. 213, Bd. 3 S. 110, 323, 455, Bd. 4 S. 490, Bd. 5 S. 435, Bd. 6 S. 374, Bd. 7 S. 386, Bd. 8 S. 215, Bd. 9 S. 211;
RBl. 1863 S. 581;
MABl. 1879 S. 175, 325; 1881 S. 178, 295; 1883 S. 24, 355; 1884 S. 257; 1886 S. 47; 1888 S. 4; 1890 S. 90, 368, 462; 1892 S. 10, 1893 S. 422; 1894 S. 108; 1895 S. 104, 340;

OLGE. I. 13, 97, II. 48, IV. 10, VI. 41, 186, VII. 279, 322, 465, 519, VIII. 235, 339;
RGE. IV. 393, XXII. 197;
Reger I. 181, II. 185, 325, 455, III. 57, 126, 183, 228, 319, 409, 451, IV. 190, 215, 262, V. 415, VI. 310, VII. 268, VIII. 266, 396, 400, IX. 25, 98, 99, X. 1, 89, XI. 217, 371, XII. 57, 193, XIII. 311, XIV. 61, 298, XVII. 84, Erg.Bd. I. 163, 348;
Bl. f. a. Pr. Bd. 23 S. 332, Bd. 26 S. 342, Bd. 28 S. 281;

sowie oben bei „Abgabe", „Arzneimittel", „Großhandel", „Geheimmittel".

§ 109. Gefährdung durch Thiere.

1. Des Zusammenhangs wegen sind hier vor Allem die Strafbestimmungen zu erwähnen, wodurch die Vernachlässigung der Aufsicht auf Thiere und die dadurch herbeigeführte Gefährdung menschlichen Lebens und Eigenthums mit Strafe bedroht ist.

So ist mit Strafe bedroht die Außerachtlassung der erforderlichen Sicherheitsmaßregeln bei (zahmen) Thieren, welche an öffentlichen Orten durch Ausreißen, Schlagen u. dgl. Schaden verursachen können,

Str.GB. § 366 Ziff. 5, vgl. auch Ziff. 2,
Stengl. Ztschr. Bd. 15 S. 180;

das Halten wilder Thiere ohne polizeiliche Erlaubniß, dann die Unterlassung der erforderlichen Vorsichtsmaßregeln bei wilden oder bösartigen (zahmen) Thieren

Str.GB. § 367 Ziff. 11 und § 10 der Komp.V. v. 4. Jan. 1872, RBl. S. 25, wonach obige Erlaubniß von der Distriktspolizeibehörde ertheilt wird,
vgl. auch Stengl. Ztschr. Bd. 12 S. 134,
S. o. E. f. Str. Bd. 2 S. 220,
Bl. f. a. Pr. Bd. 45 S. 313,
Reger IX. 99,
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 118;

das Hetzen von Hunden auf Menschen

Str.GB. § 366 Ziff. 6,
OLGE. VI. 470,
Reger IV. 67, 76, VII. 451;

das geflissentliche Reizen oder Scheumachen von Thieren an Orten, wo Personen oder Eigenthum beschädigt werden können,

PStr.GB. Art 84;

die Gebrauchsüberlassung scheuer Pferde an Andere ohne Warnung u. dgl.

PStr.GB. Art. 85;

die Unterlassung der Absonderung eines mit ansteckender Krankheit behafteten

Thieres, bezw. die Unterlassung der Anzeige hierüber oder der Beiziehung eines approbirten Thierarztes

PStr.GB. Art. 69 Abs. 1,
S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 507; vgl. übrigens unten § 118 Ziff. 2.

Ueber die Befugniß, gefährliche Thiere zu tödten, s. unten Ziff. 3.

2. Art. 83 des PStr.GB. enthält eine Reihe spezieller Bestimmungen bezüglich der **Hunde**.

Nach Abs. 1 **Ziff.** 1 können ober- und ortspolizeiliche Vorschriften über **Hundevisitationen** erlassen und insbesondere Hundezeichen vorgeschrieben werden; vgl.:

S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 601,
OLGE. III. 187, 371,
MABl. 1889 S. 235 (über Verjährung);

die Vorschriften müssen im Einklange stehen mit dem

Ges. v. 2. Juni 1876, Erhebung einer Gebühr für das Halten von Hunden betr., GVBl. S. 353,

abgeändert durch

Ges. v. 31. Jan. 1888, GVBl. S. 73; vgl. auch:
Ges. v. 8. August 1878, den Verwaltungsgerichtshof betr., Art. 10 Ziff. 31,
VGHE. XIII. 489,
OLGE. VI. 191, 277, 460, VII. 351,
Bl. f. a. Pr. Bd. 32 S. 288,

sowie mit den zum Hundesteuergesetze ergangenen Vollzugsverordnungen und ministeriellen Ausführungsinstruktionen, soweit hiedurch Anordnungen über die Hundezeichen, Gebührenerhebung, Visitationskosten u. s. w. getroffen werden. Als solche Vollzugsvorschriften, welche namentlich auch die Betheiligung der Gemeindebehörden bei der Führung der Hundeverzeichnisse und Erhebung der Hundegebühren, dann die Zuständigkeit der Distriktspolizeibehörden regeln, kommen in Betracht:

V. v. 17. Juni 1876 gleichen Betreffs, GVBl. S. 359;
MB. v. 19. Juni 1876, Kontrole für die Entrichtung der Hundegebühren betr., GVBl. S. 366;
MB. v. 20. Juni 1876, GVBl. S. 367, die allgemeinen Vollzugsvorschriften enthaltend und bezüglich der ortspolizeilichen Gebühren-Ablieferung und -Abrechnung erläutert, bezw. modificirt durch
MB. v. 13. Mai 1878, GVBl. S. 302, und
MB. v. 3. August 1882, MABl. S. 238;
MB. v. 13. Nov. 1876, GVBl. S. 842 (das Abrechnungsformular enthaltend);
ME. v. 25. Juni 1876, MABl. S. 265 (Aufhebung älterer Vorschriften über Hundevisitationsgebühren u. s. w. betr.);

ME. v. 21. Okt. 1876, MABl. S. 420 (Portofreiheit in Hundegebührensachen betr.);

ME. v. 16. Dez. 1876, MABl. S. 542, 543 (Ueberwachung der Kontrolvorschriften, dann Zuständigkeitsverhältnisse betr.);

ME. v. 9. Nov. 1888, MABl. S. 440 (Vollzugsbestimmungen zur Novelle v. 31. Jan. 1888);

vgl. auch:

Instruktion der Generalzolladministration v. 15. Juli 1876, oberb. KABl. S. 1247;

dann bezüglich der Behandlung der Kosten, thierärztlichen Gebühren u. s. w.:

Art. 2 des obenerwähnten Ges. v. 2. Juni 1876,
FME. v. 25. Dez. 1876, MABl. 1877 S. 1,
ME. v. 14. Febr. 1877, MABl. S. 81,
ME. v. 4. Jan. 1878, Martin II. 217,
ME. v. 29. Juli 1879, Weber XIII. 158,
ME. v. 14. Mai 1880, MABl. S. 191,
ME. v. 31. Juli 1893,
Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 346;

endlich:

V. v. 31. August 1880, Reorganisation der Generalzolladministration betr., GVBl. S. 551.

Art. 83 Abs. 1 Ziff. 2 des PStr.GB. verbietet das Mitnehmen von Hunden in Kirchen und zu Pferderennen, während Ziff. 3 noch weiter ortspolizeiliche und in Ermangelung solcher unter Anwendung des Art. 5 auch distriktspolizeiliche Vorschriften über das Mitnehmen von Hunden auf Leichenhöfe, in Wirthschaftslokale u. s. w., ferner über das Umherlaufenlassen der Hunde zur Nachtzeit und der läufigen Hündinen, endlich über die Anordnung von Maulkörben für größere Hunde zuläßt; vgl. auch:

Stengl. Ztschr. Bd. 9 S. 371,
OLGE. II. 387, III. 75, 191, IV. 541, V. 343, VI. 559, VII. 38.

Nach Abs. 2, 3 ist die Polizeibehörde unabhängig von der Strafverfolgung befugt, Hunde, welche entgegen den obigen polizeilichen Vorschriften herumlaufen, einfangen und nach Ablauf eines bestimmten Zeitraumes, wenn sich der Besitzer nicht gemeldet hat, tödten zu lassen; letztere Befugniß hat sie auf Grund thierärztlichen Gutachtens auch gegenüber Hunden, welche mit ansteckenden oder ekelerregenden Krankheiten behaftet sind.

Art. 83 Abs. 4 des PStr.GB., betr. Vorschriften gegen Ausbruch u. s. w. der Hundswuth, wozu die

MV. v. 3. August 1869, RBl. S. 1481,

erlassen worden war, sowie Art. 69 Abs. 2 des PStr.GB., betr. die Anzeigepflicht der Thierärzte bei Ausbruch der Tollwuth, sind ersetzt und beseitigt durch das

rev. Viehseuchengesetz. v. 1. Mai 1894 §§ 34—39, RGBl. S. 405,
Bundesrathsinstr. v. 27. Juni 1895 §§ 16—27, RGBl. S. 357.

S. unten § 118 Ziff. 3 b.

3. Nach Art. 19 des PStr.GB. ist die Polizeibehörde

vgl. § 14 der Komp.B. v. 4. Jan. 1872, RBl. S. 25

befugt, Thiere, von welchen eine Gefährdung von Menschen zu besorgen ist, tödten zu lassen, soferne ein anderes verlässiges Mittel zur Abwendung der Gefahr nicht besteht oder nicht ausführbar ist. Im Nothfalle ist Jedermann zu dieser Tödtung befugt; vgl. ferner:

Hundegebührengesetz. Art. 4 Abs. 4,
PStr.GB. Art. 83 Abs. 2, 3.

§ 110. Leichen- und Begräbniß-Polizei.

1. Die Grundsätze der Leichen- und Begräbniß-Polizei sind enthalten in den Bestimmungen des Personenstandsgesetzes vom 6. Febr. 1875 über Beurkundung der Sterbefälle, in den Strafbestimmungen des § 168 und § 367 Ziff. 1, 2 des Str.GB., dann der Art. 24, 43, 60—62 und 152 Abs. 3 des PStr.GB. — Abs. 2 des zuletzt angeführten Artikels ist als aufgehoben zu erachten, da das Leichenbestattungsgewerbe durch die Gewerbeordnung freigegeben ist;

vgl. Reger, Gewerbeordn. 2. Aufl. S. 73,
Landmann-Rohmer, Komment. S. 100.

Dagegen besteht die in Abs. 3 desselben Artikels den Gemeindeverwaltungen eingeräumte Befugniß fort, durch ortspolizeiliche Vorschriften Ordnungen für die zum Reinigen und Ankleiden von Leichen oder zu Dienstleistungen bei Leichenfeierlichkeiten von den Gemeinden aufgestellten Bediensteten zu erlassen;

(vgl. auch über Leichenbestattungsgewerbe: Reger X. 327, XIII. 353, XIV. 213).

2. Die Verpflichtung zur Anzeige von Sterbefällen an die Standesbeamten bemißt sich nach

§§ 56 mit 58 des Reichsges. über Beurkundung des Personenstandes u. s. w. v. 6. Febr. 1875, RGBl. S. 23; vgl. auch §§ 68, 74 Abs. 1 Ziff. 2 und § 81, dann

MB. v. 5. Dez. 1875 Ziff. IV. 3 und 5, V. 1, MABl. S. 675, endlich die in Bd. I S. 161 aufgeführten Ministerialentschließungen.

Nach § 74 Abs. 1 Ziff. 2 dieses Reichsgesetzes sind die landesgesetzlichen Vorschriften, welche bestimmten Personen die Pflicht zu sonstigen Anzeigen von Todesfällen auferlegen, aufrecht erhalten. Allgemeine gesetzliche oder verordnungsmäßige Vorschriften über die Anzeigeerstattung von einem Todesfalle im Sinne des

PStr.GB. Art. 24

bestehen zur Zeit nicht; dagegen ist auf Grund des PStr.GB. Art. 61 Ziff. 3 durch

oberpol. Vorschr. v. 20. Nov. 1885 § 8, GVBl. S. 655,

eine Anzeigepflicht gewisser Personen gegenüber dem Leichenschauer begründet.

Die Vorschriften über Todesanzeigen der Gemeindebehörden

ME. v. 13. April 1896, MABl. S. 112,
vgl. VGHE. IV. 170,
Erbschaftssteuerges. v. 18. August 1879 Art. 28, GVBl. S. 883,
VB. hiezu v. 21. Sept. 1879 § 4, GVBl. S. 1211, FMBl. S. 553

sind disziplinärer Natur.

Ueber die Verpflichtung der Polizei- und Gemeindebehörden zur Anzeigeerstattung bei Auffindung von Leichen vgl.:

Str.Pr.Ordn. § 157,
ME. v. 3. Okt. 1879, MABl. S. 537,
und unten Ziff. 3.

Nach PStr.GB. Art. 43 Abs. 1 haben Todtenschauer und Personen, welche aus dem Reinigen und Ankleiden der Leichen ein Gewerbe machen, jeden bei Ausübung ihres Berufes ihnen bekannt gewordenen Todesfall, welcher den Verdacht eines gewaltsamen Todes erregt, der Polizeibehörde anzuzeigen;

vgl. auch PStr.GB. Art. 152 Abs. 3.

Desgleichen ist, wenn bei Oeffnung einer Leiche die Spur eines an dem Verstorbenen verübten Verbrechens entdeckt wird, sofort mit der Oeffnung inne zu halten und Anzeige zu erstatten;

Art. 43 Abs. 2 a. a. O.

3. Eine Leichenöffnung darf nicht vor stattgefundener erster Leichenschau und vor Eintritt der Kennzeichen des Todes erfolgen.

PStr.GB. Art. 60 Abs. 1.

Die jetzige Organisation der Leichenschau beruht auf der zu

Str.GB. § 367 Ziff. 2,
PStr.GB. Art. 2 Ziff. 7, Art. 60, 61 Abs. 1 Ziff. 3

erlassenen

oberpol. Vorschr. v. 20. Nov. 1885, GVBl. S. 655 (nebst Dienstanweisung für die Leichenschauer),

— theilweise abgeändert durch

MB. v. 6. Dez. 1887, GVBl. S. 690 —.

Ueber Beerdigung der Juden s. oben Bd. I S. 363.

Ueber Verwendung von Laien als Leichenschauer s.:

ME. v. 28. Juni 1890.

Wissentlich falsche Angaben über Zeit und Ort des eingetretenen Todes bei der Todtenschau werden nach

PStr.GB. Art. 60 Abs. 2

gestraft. Vgl. ferner:

OLGE. I. 87,

RGE. VII. 335,

Reger III. 293, IX. 321,

über falsche Beurkundungen der Leichenschauer;

ME. v. 9. Nov. 1885

über Bezeichnung der Krankheiten in den Leichenschauscheinen;

ME. v. 30. Dez. 1885

über Berechnung der Leichenschaugebühren;

ME. v. 11. Jan. 1886, Kuby II. 509,

über die Kosten der Formularien;

ME. v. 13. März 1886, MABl. S. 63,

über die portofreie Behandlung der dienstlichen Anzeigen der Leichenschauer.

Das Verfahren und die Zuständigkeit bei Auffindung von Leichen ist nunmehr im Hinblick auf § 157 der Str.Pr.Ordn. neugeregelt durch

ME. v. 3. Okt. 1879, MABl. S. 537; vgl.:

ME. v. 16. Juli 1880, Weber XIV. 532,

Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 153, dann

ME. v. 5. Dez. 1875 Ziff. IV. 3, MABl. S. 675,

ME. v. 6. Dez. 1876, MABl. S. 529,

bezüglich der standesamtlichen Behandlung;

MB. v. 9. Dez. 1880, MABl. S. 431, modificirt durch

MB. v. 8. Dez. 1891, MABl. S. 410,

bezüglich des Verfahrens der Aerzte bei gerichtlichen Leichenuntersuchungen;

MB. v. 15. Jan. 1885, MABl. S. 37,

VGHE. IV. 170

bezüglich der Kosten für die zur Erforschung der Todesart veranlaßte Bewachung oder sichere Unterbringung von Leichen;

ME. v. 7. März 1864, oberb. KABl. S. 628,

vgl. auch ME. v. 29. Nov. 1881, MABl. S. 498,

bezüglich der ärztlichen Kosten.

Für einfache Beerdigung aufgefundener Leichen hat erforderlichen Falls die gemeindliche Armenpflege, in abgesonderten Markungen der Markungseigenthümer zu sorgen.

Armenges. Art. 10 Ziff. 3, Art. 12 Ziff. 3, vgl. Art. 13 ff.,
Gemeindeordn. Art. 3 Abs. 3; s. auch:
ME. v. 7. Juli 1851, Döll. Bd. 26 S. 682,
VGHE. IV. 304, 345,
Seydel, bayer. Staatsrecht Bd. 2 S. 47 Note 46 (I. Aufl. Bd. 3 S. 89),
Bl. f. a. Pr. Bd. 24 S. 163, 196, Bd. 26 S. 110, Bd. 32 S. 343, Bd. 34 S. 180;

über den Rückersatz der Kosten aus der Staatskasse s.:

ME. v. 5. Mai 1896, MABl. S. 143.

Oeffentliche Schaustellung von Leichen gegen ortspolizeiliches Verbot wird nach

PStr.GB. Art. 62

beahndet.

Die unbefugte Wegnahme einer Leiche oder eines Theiles derselben aus dem Gewahrsame der dazu berechtigten Personen fällt unter

§ 168 und bezw. § 367 Ziff. 1 des Str.GB.

Die früheren Verbote der sogen. Leichenschmäuse sind nicht mehr in Kraft und können auch nicht in die Leichenordnungen des PStr.GB. Art. 61 Abs. 1 Ziff. 3 aufgenommen werden.

Bl. f. a. Pr. Bd. 23 S. 11.

4. Die Vorschriften über Leichentransport beziehen sich einerseits auf die unerlaubte Verbringung der Leiche vom Sterbeorte an einen anderen als den ordnungsgemäßen Ort der Beerdigung und auf die Zuwiderhandlung gegen die bei Ertheilung der Bewilligung getroffenen polizeilichen Anordnungen

PStr.GB. Art. 61 Abs. 1 Ziff. 1,

anderseits auf die Verbringung einer Leiche an den ordnungsgemäßen, jedoch außerhalb des Sterbeortes befindlichen Begräbnißplatz

PStr.GB. Art. 61 Abs. 1 Ziff. 3,

in welcher Hinsicht namentlich die wegen Verbringung israelitischer Leichen auf die auswärtigen ordnungsgemäßen Begräbnißplätze erlassenen oberpolizeilichen Vorschriften zu beachten sind (vgl. Bd. I S. 363).

In ersterer Beziehung dagegen sind maßgebend die auf Grund einer Vereinbarung unter den deutschen Regierungen ergangenen

oberpol. Vorschr. v. 17. Febr. 1888, GVBl. S. 123, vgl. auch Eisenbahn-Verkehrsordn. v. 15. Nov. 1892 §§ 42, 43, GVBl. S. 759,

Ausführungsbestimmungen zum Uebereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr v. 14. Okt. 1890 § 1 Ziff. 3, RGBl. 1892 S. 793, und die hiezu ergangenen RKB. im RGBl. 1893 S. 189, 1894 S. 113 und 403, 1895 S. 139.

Hienach darf die Verbringung einer Leiche vom Sterbeorte nach einem anderen als dem ordnungsmäßigen Orte der Beerdigung nur auf Grund eines Leichenpasses erfolgen; zuständig zur Ausstellung des Leichenpasses ist regelmäßig die Distriktsverwaltungsbehörde, in deren Bezirk der Sterbeort liegt.

Bei Leichentransporten, welche aus einem anderen deutschen Bundesstaate kommen, ist ein Leichenpaß derjenigen Behörde erforderlich, welche nach den dortigen Bestimmungen zur Ausstellung zuständig ist; vgl. hierüber:

MB. v. 12. Okt. 1888, GVBl. S. 642, berichtigt durch
MB. v. 14. Jan. 1889, GVBl. S. 6.

Für Leichentransporte, welche aus dem Auslande kommen, kann, soweit nicht Vereinbarungen über die Anerkennung der von ausländischen Behörden ausgestellten Leichenpässe bestehen

MB. v. 24. Febr. 1889, GVBl. S. 189, vgl. RKB. v. 7. Okt. 1893, GVBl. S. 310, v. 14. Juli 1894, GVBl. S. 528, und v. 29. Jan. 1894, RG.-Bl. S. 113 (Schweiz), dann

MB. v. 19. April 1890, GVBl. S. 167, vgl. MB. v. 4. April 1890, MABl. S. 110, und RKB. v. 9. Febr. 1895, RGBl. S. 139 (Oesterreich-Ungarn),

s. übrigens auch RKB. v. 29. Mai 1893, RGBl. S. 189, und v. 30. April 1894, RGBl. S. 403 (Luxemburg), dann

RKB. v. 29. Jan. 1894, RGBl. S. 113 (Belgien, Niederlande),

die Ausstellung des Leichenpasses durch diejenige inländische Behörde erfolgen, in deren Bezirk der Transport im Reichsgebiete beginnt. Auch können Konsuln oder diplomatische Vertreter des Reichs vom Reichskanzler zur Ausstellung der Leichenpässe ermächtigt werden; vgl. in dieser Hinsicht:

MB. v. 4. Juni 1889, GVBl. S. 361 (Rußland),
MB. v. 18. Juli 1889, GVBl. S. 412 (Afrika),
MB. v. 18. Sept. 1890, GVBl. S. 593 (Spanien),
RKB. v. 3. Juni 1893, RCBl. S. 168 (Schweden),
RKB. v. 1. August 1893, RCBl. S. 251 (England).

Vgl. auch über die Frage, wann der Leichentransport frühestens erfolgen dürfe, die

ME. v. 22. Juli 1887, die Verhandlungen der Aerztekammern im Jahre 1886 betr.

Ueber Ausgrabung und Transport von Choleraleichen s.:

ME. v. 22. März 1875, MABl. S. 145;

über den Transport der Leichen von Militärpersonen:

ME. v. 5. Mai 1895.

5. Die Beerdigung einer Leiche ohne Vorwissen der Behörde oder die Beseitigung derselben ist schon nach

Str.GB. § 367 Ziff. 1,

die Zuwiderhandlung gegen oberpolizeiliche Anordnungen über vorzeitige Beerdigungen nach

§ 367 Ziff. 2, vgl.
PStr.GB. Art. 2 Ziff. 7,
oberpol. Vorschr. v. 20. Nov. 1885, GVBl. S. 655, § 10 mit
MB. v. 6. Dez. 1887, GVBl. S. 690,

strafbar.

Besondere Genehmigung zur Beerdigung ist erforderlich Seitens der Ortspolizeibehörde im Falle des

§ 60 des Ges. über Beurkundung des Personenstandes u. s. w. vom 6. Febr. 1875; vgl.:
ME. v. 5. Dez. 1875 Ziff. IV. 5, MABl. S. 675,
ME. v. 6. Dez. 1876, MABl. S. 529,
Reger IV. 318;

Seitens der Staatsanwaltschaft oder des Amtsgerichts im Falle der

Str.Pr.Ordn. § 157; vgl.:
ME. v. 3. Okt. 1879 Ziff. II 1 und VII, MABl. S. 537;

Seitens der Distriktspolizeibehörde im Falle der

Ziff. II 2 und VII letztgenannter Entschließung; vgl. auch:
ME. v. 6. Dez. 1876, MABl. S. 529, dann überhaupt:
Stengl. Ztschr. Bd. 17 S. 226.

Als vorzeitige Beerdigung erscheint auch die Beerdigung vor Eintrag des Sterbefalles im Sterberegister nach

§ 60 des cit. Reichsges. v. 6. Febr. 1875,
Stengl. Ztschr. a. a. O.

Nach

PStr.GB. Art. 61 Abs. 1 Ziff. 3

ist die örtliche Leichenordnung (vgl. auch oben S. 130 vor Ziff. 4), dann die Erlassung von Vorschriften über die Beisetzung in den durch

ME. v. 12. Dez. 1840, Döll. Bd. 30 S. 248, Weber III. 296,

den größeren Gemeinden empfohlenen Leichenhäusern zunächst der orts-polizeilichen, dann eventuell jetzt auch der distriktspolizeilichen Regelung

überlassen und können über Zeit, Ort und Art der Beerdigung oberpolizeiliche Vorschriften ergehen; vgl.:

oberpol. Vorschr. v. 20. Nov. 1885 § 10, GVBl. S. 655, mit
oberpol. Vorschr. v. 6. Dez. 1887, GVBl. S. 690.

6. Die oberste Aufsicht auf die Begräbnißstätten, die Sorge für deren zweckmäßige Anlegung, Erweiterung oder Verlegung ist den Kreisregierungen, der Vollzug den Unterbehörden (d. h. Distriktspolizeibehörden und Bezirksärzten) übertragen.

Die Distriktspolizeibehörden haben über die bestrittene Nothwendigkeit einer solchen Anlegung u. s. w. erstinstanziellen Beschluß zu fassen.

Form.V. v. 17. Dez. 1825 § 53, RBl. S. 1049,
ME. v. 10. August 1848 hiezu, Döll. Bd. 21 S. 193, Weber III. 723,
ME. v. 4. Dez. 1877, MABl. S. 382.

Hiebei hat mit Rücksicht auf § 38 lit. g und § 76 lit. f der II. Verfassungsbeilage geeignetes Benehmen mit den geistlichen Behörden und Stellen um so mehr einzutreten, als hiedurch späteren Differenzen über kirchliche Einweihung und Benützung vorgebeugt werden kann.

Ueber die Obliegenheit zur Herstellung und Unterhaltung von Begräbnißstätten s. Bd. I S. 371.

Die Kirchhöfe sollen womöglich außerhalb der bewohnten Orte angelegt, bezw. dorthin verlegt werden.

V. v. 11. Febr. 1805, RBl. S. 295, und Instr. für die Polizeidirektionen v. 24. Sept. 1808 § 57, RBl. S. 2510;
vgl. aber auch Reger VIII. 181.

Die Gesichtspunkte für die Instruktion von Anträgen auf Neuanlage, Erweiterung oder Verlegung von Kirchhöfen sind in der

ME. v. 14. August 1865, Weber VI. 505,

enthalten. Vgl. ferner über Beerdigung der Selbstmörder auf dem gewöhnlichen Kirchhofe:

V. v. 29. Mai 1809 und ME. v. 19. August 1833, Döll. Bd. 8 S. 1180, Weber I. 291,
ME. v. 10. Nov. 1845, Döll. Bd. 23 S. 364, Weber III. 602;

über Beerdigung der todtgeborenen Kinder, der Duellanten, der Hingerichteten:

Döll. Bd. 8 S. 1177 ff. und Bd. 23 S. 364,
ME. v. 24. Nov. 1879 § 23 über Vollzug der Todesstrafe, JMBl. 1880 S. 253;

über Beerdigung der Armen:

Armengeſ. v. 29. April 1869 Art. 10 Abs. 1 Ziff. 3 und Art. 12 Ziff. 3,
Bl. f. a. Pr. Bd. 24 S. 163, 196, Bd. 26 S. 110;

über Grüfte in Kirchhöfen:

ME. v. 27. Jan. 1855 und 28. Nov. 1866, Kuby II. 1 und 21, Martin I. 480 f.

7. Die Beerdigung einer Leiche an einem anderen Orte, als dem öffentlichen Kirchhofe oder in einer besonderen gesetzlich zulässigen oder polizeilich genehmigten Gruft oder Begräbnißstätte fällt unter

PStr.GB. Art. 61 Abs. 1 Ziff. 2.

Ueber die Errichtung von Grüften und sonstigen Begräbnißstätten außer den öffentlichen Kirchhöfen s.:

ME. v. 3. Okt. 1826, Weber II. 352,
cit. ME. v. 27. Jan. 1855 und 28. Nov. 1866,
V. v. 14. Okt. 1862, RBl. S. 2311,
ME. v. 7. Sept. 1869, Weber VIII. 277.

8. Unbefugte Zerstörung oder Beschädigung eines Grabes sowie Verübung beschimpfenden Unfugs an einem Grabe wird nach

Str.GB. § 168 (s. auch PStr.GB. Art. 95)

bestraft; vgl.:

Reger III. 286, VII. 258.

Ueber den öffentlichrechtlichen Charakter der Kirchhöfe s. die

O. E. im RBl. 1863 S. 530, 1864 S. 26, 1873 S. 1626, GVBl. 1884 Beil. II.

Streitigkeiten über die Benützung von Kirchhöfen sind hienach Verwaltungs-, bezw. Verwaltungsrechtssachen; vgl.:

Ges. v. 8. August 1878 Art. 8 Ziff. 31, Art. 10 Ziff. 13,
VGHE. I. 27, IV. 349, 539, V. 42, X. 385, XIII. 543, XVII. 194 und oben Bd. I S. 371.

Ueber Anlage, Tiefe, Ordnung und Oeffnung der Gräber kann die Polizeibehörde besondere Instruktionen für die Todtengräber erlassen. Zuwiderhandlungen der Todtengräber dagegen sowie überhaupt gegen die Leichenordnungen und die Vorschriften über Beerdigungen werden nach

PStr.GB. Art. 61 Abs. 2 und 3

beahndet.

Die Erlassung solcher Instruktionen ist Sache der Orts- und Distriktspolizeibehörden.

Vgl. ferner über Friedhofordnungen:

O. E. im GVBl. 1884 Beil. II,
cit. ME. v. 14. August 1865, Weber VI. 505.

Schließlich ist noch der Rettungsanstalten für Scheintodte

ME. v. 13. Mai 1851, Döll. Bd. 30 S. 228 ff.,
ME. v. 28. Okt. 1856, unterfr. KABl. S. 1457,

ME. v. 25. Okt. 1866, Martin II. 881,
ME. v. 2. Juni 1882, MABl. S. 184,
ME. v. 21. März 1887, betr. Veröffentlichung von Anweisungen zur Behandlung und Rettung von im Wasser verunglückten Personen,

insbesondere der Rettungsapparate

vgl. auch Döll. Bd. 15 S. 831

zu erwähnen.

§ 111. Ansteckende oder epidemische Krankheiten.

1. Behufs der *Abwehr ansteckender Krankheiten* sind die Polizeibehörden durch die Gesetzgebung einerseits zu einer Reihe speziell gegen bestimmte Epidemien gerichteter, bisher noch nicht erörterter Maßregeln (Absperrung, Desinfektion u. dgl.), anderseits zu einer Verschärfung der sonst bestehenden allgemeinen Anordnungen im Gebiete der Lebensmittel-, Reinlichkeits-, Leichen- u. s. w. Polizei ermächtigt, wobei auch eine vorübergehende, bezw. auf den speziellen Anlaß beschränkte Ausdehnung der regelmäßigen Zuständigkeitsgrenzen erfolgen, z. B. eine bei normalen Gesundheitszuständen der ortspolizeilichen Regelung vorbehaltene Maßnahme vom Standpunkt des

§ 327 des Str.GB. und Art. 67 Abs. 2 des PStr.GB.

aus und mit Rücksicht auf die unten erörterten Kompetenz-Bestimmungen Gegenstand oberpolizeilicher Anordnung werden kann u. dgl.

Nach dem vorerwähnten § 327 ist die wissentliche Verletzung der *Absperrungs- oder Aufsichtsmaßregeln oder Einfuhrverbote*, welche von der zuständigen Behörde zur Verhütung des Einführens oder Verbreitens ansteckender (Menschen-) Krankheiten angeordnet worden sind, als Vergehen strafbar; vgl.:

Stengl. Ztschr. Bd. 11 S. 104, 309, Bd. 12 S. 245, 361, Bd. 13 S. 381, Bd. 14 S. 202, Bd. 15 S. 165, Bd. 17 S. 357, Bd. 18 S. 293, 354,
RGE. I. 146, IX. 366, XXI. 121,
Reger IV. 340.

Diese Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln, dann Einfuhrverbote werden zufolge

PStr.GB. Art. 2 Ziff. 1

durch Verordnung oder oberpolizeiliche Vorschrift erlassen.

Vergl. auch:

Vereinszollges. v. 1. Juli 1869 §§ 2, 134,

kaiserl. V. v. 6. März 1883, RGBl. S. 31, und v. 3. Sept. 1891, RGBl. S. 385,
Reger V. 359, XI. 68.

Eine Ergänzung findet der § 327 in dem
PStr.GB. Art. 67 Abs. 2,
vgl. Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 204,
wonach außer den Fällen des § 327 von der zuständigen Behörde, d. h. dem Staatsministerium des Innern, der Kreisregierung Kammer des Innern, der Distriktspolizeibehörde und in dringenden Fällen von der Ortspolizeibehörde
Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 21 Abs. 2, RBl. S. 25,
zum Schutze gegen den Eintritt oder die Verbreitung einer ansteckenden oder epidemisch auftretenden Krankheit Sicherheitsmaßregeln angeordnet werden können.

Es sind hienach noch weitere, als die in § 327 erwähnten drei Gattungen von Maßregeln, insbesondere Anordnungen positiver Leistungen, und es sind solche prophylaktische Anordnungen auch gegenüber nicht-ansteckenden epidemischen Krankheiten zulässig.

Einen Entwurf derartiger Anordnungen s.:
Reger-Reuß a. a. O. S. 412.

Hier sind ferner einschlägig die Vorschriften des
PStr.GB. Art. 66
über die wissentliche Verheimlichung ansteckender Uebel Seitens der Dienstboten, Ammen, Gewerbsgehilfen u. s. w. und über die Befugniß der Distriktspolizeibehörden
cit. V. v. 4. Jan. 1872 § 20
zur Anordnung von Maßregeln wegen Absonderung und Heilung solcher Personen; ferner des
Art. 67 Abs. 1 a. a. O.,
vgl. ME. v. 19. Mai 1894, MABl. S. 209,
über die Verheimlichung von Kleidungsstücken, Betten und anderen zur Verbreitung von Ansteckung geeigneten Gegenständen, welche von einem an einer ansteckenden Krankheit Leidenden während derselben gebraucht worden sind, dann über die Unterlassung der polizeilich vorgeschriebenen Desinfektion oder polizeilich angeordneten Vernichtung (wobei die polizeiliche Zuständigkeit nach
§ 21 Abs. 1 der V. v. 4. Jan. 1872
die gleiche ist, wie im obigen Falle), sowie über den Verkehr mit solchen zur Vernichtung geeigneten Gegenständen, endlich des
PStr.GB. Art. 72

und der hiezu ergangenen Anordnungen über die Anzeigepflicht der approbirten Medizinalpersonen; vgl.:

B. v. 22. Juli 1891, GBBl. S. 229, mit
ME. v. 24. Juli 1891, MABl. S. 263, und
ME. v. 24. Nov. 1891, MABl. S. 394, mit
Kr.ME. v. 17. Juni 1879, MABl. S. 268, und
ME. v. 16. Mai 1889, MABl. S. 181 (über gegenseitige Mittheilungen der Civil- und Militärbehörden); vgl. auch:
Hebammeninstr. v. 3. Dez. 1875 § 10, GBBl. S. 757,
Baderordn. v. 24. Juni 1884 § 6 lit. b, GBBl. S. 419,
Stengl. Ztschr. Bd. 5 S. 157, Bd. 14 Beibl. S. 35.

Ueber Anzeigepflicht der Leichenschauer vgl.:

oberpol. Vorschr. v. 20. Nov. 1885, GBBl. S. 655, mit Anl. Ziff. VI,
ME. v. 13. März 1886, MABl. S. 63.

Endlich sei hier erwähnt:

Eisenbahn-Verkehrsordn. v. 15. Nov. 1892 § 20, GBBl. S. 760 (Ausschließung Kranker von der Fahrt),
ME. v. 4. Sept. 1882, MABl. S. 326 (Desinfektion bei Obsignationen).

2. Eine Reihe spezieller Maßregeln richtet sich gegen die Verbreitung der Blattern;

(vgl. auch ME. v. 20. Dez. 1886, MABl. S. 337, über Herstellung einer Reichsstatistik der Erkrankungen und Todesfälle an Pocken).

Der Impfzwang ist durch das am 1. April 1875 in Kraft getretene

Reichsges. v. 8. April 1874, RGBl. S. 31,

gegenüber den älteren bayerischen Vorschriften wesentlich verstärkt worden, insbesondere durch die Vorschrift, daß die Impfung, welcher jedes Kind, wie bisher, in dem auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahre unterliegt, an den Zöglingen von öffentlichen und Privat-Lehranstalten innerhalb des Jahres, in welchem sie das zwölfte Lebensjahr zurücklegen, in der Regel wiederholt werden muß; auch die Strafbestimmungen des Impfgesetzes (§§ 14 mit 17) sind den dadurch aufgehobenen Art. 63, 64 des PStr.GB. gegenüber erweitert und verschärft; vgl. die strafrichterlichen Präjudizien in

MABl. 1886 S. 142, 262; 1888 S. 139; 1894 S. 219; 1895 S. 313;
Reger I. 190, III. 190, IV. 61, 92, V. 478, VII. 91, 289, 463, IX. 109, XI. 91, 427, XIII. 77, 191, 321, XV. 89, 332, XVI. 202, 438;
OLGE. IV. 51, V. 24.

Die zu dem Impfgesetze theils dem Bundesrathe (§ 7 Abs. 4, §§ 9 und 11), theils der Landesregierung (§§ 9 und 18 Abs. 2) vorbehaltenen

Ausführungsbestimmungen sind zusammengefaßt in der, die früheren Vorschriften aufhebenden

B. v. 24. Febr. 1875, GVBl. S. 117, modificirt durch
B. v. 25. März 1896, GVBl. S. 197,

womit die

ME. v. 27. April und 9. Mai 1875, MABl. S. 201, 233,
ME. v. 18. März 1879, MABl. S. 157, dann
ME. v. 19. März 1886, MABl. S. 71, und
ME. v. 2. März 1891, MABl. S. 83 (Bezug von Thierlymphe),

ferner insbesondere bezüglich der vorgeschriebenen Formulare die

MB. v. 29. Nov. 1878, GVBl. S. 453, 487,
MB. v. 7. Mai 1883, GVBl. S. 322 (Formular VIII und IX),
MB. v. 4. Dez. 1886, GVBl. S. 639 (Formular V, VI, VII) und die
ME. v. 1. März 1875, MABl. S. 101,
ME. v. 4. und 12. Dez. 1878, MABl. S. 401, 424,

über die Impfberichte die

ME. v. 4. Okt. 1875, MABl. S. 497,

über die Impfkosten (§ 11 Abs. 2 des Impfgesetzes und §§ 16, 17 der B. vom 24. Februar 1875) die

B. v. 28. April 1875, GVBl. S. 403, und die
ME. v. 15. Mai 1876 Ziff. 11, MABl. S. 233,
ME. v. 12. Okt. 1875, 9. Febr. und 31. Mai 1877, modificirt durch
ME. v. 23. Jan. 1878, MABl. S. 23,
ME. v. 10. Sept. 1881, Kuby II. 175,
ME. v. 10. Mai 1889,

über die Portofreiheit der Impflisten-Sendungen die

ME. v. 16. Juni 1876, MABl. S. 267,

über die Aufbewahrung der Impflisten bei den Bezirksämtern die

ME. v. 7. Febr. 1877

zu vergleichen sind; s. auch:

Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 5, 17 ff.,
Reger VI. 464, XVII. 70.

Die Außerachtlassung der den Vorstehern der öffentlichen und Privat-Unterrichtsanstalten obliegenden Pflicht, bei der Aufnahme von Schülern den Nachweis über erfolgte Impfung zu fordern, hat gerichtliche Bestrafung zur Folge;

Impfges. §§ 13, 15 (vgl. Reger VIII. 103).

Bei dem Vollzuge des Impfgeschäftes, insbesondere der Feststellung der Impflisten u. dgl.

§§ 6—10, 15 der B. v. 24. Febr. 1875,

haben sich die Behörden überflüssiger Schreibereien (z. B. der in der

Praxis häufig vorkommenden weitwendigen Aufenthaltsnachforschungen, Ueberweisungen u. dgl.) zu enthalten.

Nach § 8 Abs. 1 des Impfgesetzes (vgl. auch § 16 desselben, dann Gewerbeordn. § 29) sind außer den Impfärzten nur (approbirte) Aerzte befugt, Impfungen vorzunehmen; s. übrigens auch:

RGBl. 1876 S. 267, Weber X. 244 Note 6 (Wundärzte).

Ein Zwang zur Revaccination bei dem Ausbruche einer Blattern-Epidemie findet nur in beschränkter Weise statt.

Impfges. § 18 Abs. 3,
PStr.GB. Art. 67 Abs. 2,
V. v. 24. Febr. 1875 § 14 Abs. 4.

Ueber die Frage, ob die polizeiliche Zwangsabholung impfpflichtiger Kinder nach PStr.GB. Art. 20 Abs. 1 statthaft ist, vgl.:

Seydel, bayer. Staatsrecht Bd. 3 S. 72 (I. Aufl. Bd. 5 S. 130 Note 3),
Bl. f. a. Pr. a. a. O. S. 21.

Ueber impfgegnerische Agitation s.:

ME. v. 3. Mai 1895.

Familienhäupter oder deren Stellvertreter, in deren Wohnung die Blattern ausgebrochen sind, haben innerhalb 12 Stunden, nachdem sie von der Natur der Krankheit Kenntniß erlangten, der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen oder einen approbirten Arzt beizuziehen.

PStr.GB. Art. 65 (vgl. auch Art. 72) und § 19 der Komp.V. v. 4. Jan. 1872, RBl. S. 25.

Ueber die beim Ausbruche der Blattern zu ergreifenden Maßregeln vgl.:

cit. V. v. 24. Febr. 1875 § 14,
Stengl. Ztschr. Bd. 11 S. 104, 309,
ME. v. 27. März 1871, KMBl. S. 50, über das Verhalten der Schulbehörden bei Blattern-Epidemien.

3. Die in

Döll. Bd. 15 S. 466 ff. und Bd. 30 S. 181 ff.

enthaltenen früheren Vorschriften über Maßregeln beim Ausbruche der Cholera sind größtentheils durch die veränderte wissenschaftliche Anschauung über Ursache und Charakter der Krankheit unanwendbar, theilweise durch spätere Vorschriften (so insbesondere das Ges. vom 28. Oktober 1831 über Anwendung von Waffengewalt bei Vollziehung der sanitätspolizeilichen Maßregeln zum Schutze gegen die Verbreitung der asiatischen Cholera durch das Str.Einf.Ges. vom 10. November 1861 Art. 2 Ziff. 7) ausdrücklich aufgehoben worden.

Nunmehr sind vorzugsweise maßgebend:

MB. v. 3. Sept. 1892, GVBl. S. 605, modificirt durch

MB. v. 22. Juli 1893, GVBl. S. 279, und

ME. v. 3. August 1893, MABl. S. 319; vgl. die internationale Cholera-Uebereinkunft v. 15. April 1894, RGBl. S. 343 (s. auch 1895 S. 152, 461, 519).

Spezielle Maßnahmen bezüglich Rußlands s. in der

MB. v. 20. August 1892, GVBl. S. 603 (vgl. MABl. S. 369), modificirt durch

MB. v. 22. März 1893, GVBl. S. 72, und v. 10. Juni 1896, GVBl. S. 244,

dann die vorübergehenden Bestimmungen bezüglich Hamburgs in der

MB. v. 16. Sept. 1892, GVBl. S. 610 (vgl. MABl. S. 402),

ME. v. 5. Okt. 1892, MABl. S. 413.

Besondere Maßregeln für Schulen, Unterrichts- und Erziehungsanstalten trifft die

ME. v. 3. Sept. 1892, KMBl. S. 259.

Vgl. ferner:

ME. v. 11. August 1873, MABl. S. 477,

über Desinfizirung der Bahnaborte;

ME. v. 18. August 1873, MABl. S. 478,

bezüglich der Eisenbahnarbeiter;

ME. v. 23. August 1873, MABl. S. 485, und

JME. v. 7., 13. und 20. Dez. 1873, JMBl. S. 222, 226, 234,

bezüglich der Gefangenen; endlich:

ME. v. 22. März 1875, MABl. S. 145, über Ausgrabung und Transport von Choleraleichen, und

unterfr. Rggs.-Oberpol.Vorschr. v. 7. Sept. 1873, KABl. S. 1145, bezüglich der Räumung der Abtrittsgruben (durch ME. v. 16. Sept. 1873, MA.-Bl. S. 525, den übrigen Kreisregierungen zur Beachtung empfohlen),

Bl. f. a. Pr. Bd. 45 S. 91 (Reichskommissäre).

4. Die in Döll. Bd. 15 S. 510 ff. enthaltenen polizeilichen Vorschriften gegen die Verbreitung der Krätzkrankheit sind vom Standpunkte der damaligen Gesetzgebung über Armen- und Krankenpflege, dann über Fremden- und Paßpolizei erlassen.

Gegenwärtig sind daher lediglich die veränderten dermaligen gesetzlichen Bestimmungen über diese Materien, bezw. die bestehenden desfallsigen Staats-Verträge anwendbar.

Vgl. ferner:

ME. v. 5. April 1882, Kuby I. 1005, Martin I. 289, Weber XV. 668 (Heilverfahren bei Strafgefangenen),

ME. v. 12. April 1882,

dann Bl. f. a. Pr. Bd. 34 S. 414.

5. In Bezug auf Scharlach und Masern vgl.:
ME. v. 15. Febr. 1844, Döll. Bd. 30 S. 299, Weber III. 540, und
ME. v. 8. Juni 1875, KMBl. S. 184.

6. Ueber Maßregeln gegen die Verbreitung der Syphilis s.:
Str.GB. § 361 Ziff. 6 (vgl. § 180 f. daselbst), dann die
Komp.B. v. 4. Jan. 1872 § 5 und
ME. v. 4. Febr. 1872 und 13. Juli 1876, Weber XI. 572,
Kr.ME. v. 8. Dez. 1881, Kuby I. 991;
vgl. unten § 140 Ziff. 5.

7. Ueber Sicherheitsmaßregeln gegen die Weiterverbreitung des Kindbettfiebers s.:
ME. v. 6. Dez. 1856, Kuby I. 183, Martin I. 526,
Hebammeninstr. v. 3. Dez. 1875 § 7, GBBl. S. 757,
ME. v. 15. Dez. 1875, Weber XI. 260;
vgl. die oben cit. B. v. 22. Juli 1891 § 1 Abs. 1 und 3, GBBl. S. 229, mit cit. ME. v. 24. Juli 1891 Ziff. 2, MABl. S. 263.

8. Ueber die Anzeigen der Aerzte in Bezug auf meningitis cerebro-spinalis vgl. nunmehr:
cit. B. v. 22. Juli 1891 § 1 mit
ME. v. 2. August 1880, Weber XIV. 480.

9. Ueber Auftreten eines ansteckenden Ausschlags (impetigo contagiosa) bei Impflingen s.:
ME. v. 22. Jan. 1889, Weber XIX. 401,
ME. v. 16. Mai 1890.

10. Ueber das Koch'sche Tuberkulose-Heilverfahren s.:
ME. v. 23. Nov. 1890, MABl. S. 471, und
MB. v. 28. März 1891, GBBl. S. 57, modificirt durch MB. v. 27. Febr. 1897, GBBl. S. 34,
B. v. 19. März 1895 Ziff. 2, 5, 8, GBBl. S. 131, vgl.
ME. v. 5. Jan. 1892 (Tuberkulose in Fabriken),
ME. v. 19. Mai 1894, MABl. S. 209 (Maßnahmen gegen Weiterverbreitung der Tuberkulose).

11. Bezüglich des Diphtherieserums s.:
oben § 108 Ziff. 3 S. 122.

12. In Bezug auf Trichinose vgl.:
unten § 135 Ziff. 2 lit. a.

13. S. endlich hinsichtlich der Pest (Einfuhr aus Asien betr.):
Kaiserl. B. v. 8. Febr. 1897, RGBl. S. 15.

Drittes Kapitel.

Medizinalpersonal, dann Einrichtungen und Anstalten zur Heilung von Krankheiten.

§ 112. Einleitung.

Die staatspolizeiliche Fürsorge in Bezug auf die Heilung von Krankheiten sowie nöthigenfalls auf die Unterbringung und Verpflegung der Erkrankten erstreckt sich einerseits auf das Vorhandensein des erforderlichen höheren und niederen Medizinalpersonals (ärztliches Personal und Apotheker — niederärztliches Personal und Hebammen), anderseits auf die zur Aufnahme der Kranken oder der in ähnlicher Lage befindlichen Personen unter gewissen Umständen nöthigen Anstalten.

Die Reichsgewerbeordnung findet nach § 6 Abs. 1 auf die Ausübung der Heilkunde

vgl. Reger V. 153, XVI. 118, auch II. 364,
VGHE. XVII. 6,

dann auf die Errichtung und Verlegung von Apotheken (sowie den Verkauf von Arzneimitteln, s. oben S. 118), nur insoweit Anwendung, als dieselbe ausdrückliche Bestimmungen

vgl. Gewerbeordn. §§ 29, 30, 40, 53, 54, 56a, 80, 144, 147 Ziff. 3, 148 Ziff. 7a, Ziff. 8

darüber enthält; subsidiär gilt das Landesrecht. Der Rechtsstand ist hienach folgender:

1. Die Ausübung der Heilgewerbe ist freigegeben

Reger XVI. 118;

nur die Hebammen bedürfen gemäß

§ 30 Abs. 2 mit § 147 Ziff. 1 der Gewerbeordn.

eines nach landesrechtlicher Vorschrift zu erlangenden Prüfungszeugnisses (s. unten § 115 S. 158).

Jedoch ist die Ausübung der Heilkunde durch nichtapprobirte Personen (ebenso der Verkehr mit Arznei- und Geheimmitteln, s. oben S. 118) vom Gewerbebetriebe im Umherziehen ausgeschlossen;

Gewerbeordn. § 56a Ziff. 1, § 148 Ziff. 7a,
Reger I. 116, V. 294, IX. 419, XV. 134, XVI. 247, Erg.Bd. I. 235,
VGHE. XV. 44,
Reger, Gewerbeordn. 2. Aufl. S. 122, Landmann-Rohmer, Komment. S. 522.

Strafbestimmungen gegen die Kurpfuscherei bestehen nicht mehr; Schädigungen durch Kurpfuscher unterliegen lediglich den allgemeinen Strafgesetzen.

Str.GB. § 222 Abs. 2, § 230 Abs. 2, § 263,
Reger III. 42, VIII. 260, IX. 75, 300.

Handhabe zur Strafeinschreitung bietet vielfach
Str.GB. § 367 Ziff. 3 und 5 (s. oben § 108 S. 118 ff.);

vgl. übrigens:
VGHE. v. 2. Sept. 1884, Kuby II. 349.

Aufrechterhalten bleiben die landesrechtlichen Vorschriften, welche den Apothekern und dem niederen Medizinalpersonale die Ausübung ärztlicher Thätigkeit verbieten:

Gewerbeordn. § 144 Abs. 1 (vgl. unten die §§ 113 mit 115),
Reger IX. 25, XI. 371, Erg.Bd. I. 164, 349.

2. Nicht freigegeben ist das Recht, sich als Medizinalperson öffentlich zu bezeichnen.

Nach
§ 29 Abs. 1, 2 der Gewerbeordn.

bedürfen Apotheker und diejenigen Personen, welche sich als Aerzte (Wundärzte, Augenärzte, Geburtshelfer, Zahnärzte) oder mit gleichbedeutenden Titeln bezeichnen oder öffentlich als solche anerkannt oder mit amtlichen Funktionen betraut werden sollen, der Approbation, welche von vorgängiger Doktorpromotion nicht abhängig gemacht, wohl aber vom Bundesrathe näher geregelt werden kann (vgl. bezüglich der betr. Prüfungsvorschriften die folgenden §§).

Die Approbirten gelten ebenso wie jene, welche nach den früheren Bestimmungen in einem Bundesstaate die Berechtigung zum Gewerbebetriebe als Aerzte u. dgl. erlangten, für das ganze Bundesgebiet als approbirt.

Gewerbeordn. § 29 Abs. 3 und 5,
Bl. f. a. Pr. Bd. 28 S. 278,
O. E. im MABl. 1876 S. 90.

In gleicher Weise bedürfen nach Landesrecht Personen, welche sich als Bader, Landärzte, Chirurgen bezeichnen oder sich einen ähnlichen Titel beilegen wollen, der (lediglich für Bayern giltigen) Approbation gemäß
V. v. 24. Juni 1884, GVBl. S. 419.

Wer (insbesondere bei Ankündigung oder Ausübung eines Heilgewerbes) sich ohne Approbation hiezu als Arzt u. s. w. bezeichnet oder durch Beilegung eines ähnlichen Titels (z. B. Doktor, Naturarzt, Spezialist, Homöopath u. dgl.) den Glauben erweckt, er sei eine geprüfte Medizinalperson, wird nach
Gewerbeordn. § 147 Abs. 1 Ziff. 3,

wer, ohne hiezu approbirt zu sein, sich als Landarzt, Chirurg, Bader bezeichnet oder sich einen ähnlichen Titel beilegt, wird nach

PStr.GB. Art. 127 Abs. 1

bestraft; vgl.:

Stengl. Ztschr. Bd. 12 S. 340, Bd. 14 S. 84, Bd. 15 S. 199 ff., 213 ff., Beibl. S. 51, Bd. 16 S. 117, 119, Bd. 17 S. 234, Bd. 18 S. 23 ff., 307, 345, 350 ff.,
Reger I. 135, 238, II. 136, 237, 239, 364 (den Badertitel betreffend), III. 148, 337, 376, 377, IV. 119, 291, V. 175, VI. 190, 363, VII. 15, 108, 362, 375, VIII. 361, X. 20, 200, XI. 27, XII. 10, 146, XIII. 137, 306, XIV. 15, 115, 235, XV. 15, 388, XVI. 32, 145 f., 256, XVII. 29, 79 f., Erg.Bd. I. 48,
MABl. 1873 S. 469, 1875 S. 658, 1876 S. 90, 1878 S. 407, 1883 S. 308, 1887 S. 184, 1890 S. 81, 1891 S. 24, 1895 S. 298, 1896 S. 214, 1897 S. 140,
KMBl. 1878 S. 253,
OLGE. II. 451, IV. 383, VI. 26, 300, VIII. 313,
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 360, 378, Bd. 27 S. 402, Bd. 28 S. 278, 290, Bd. 29 S. 243, 246; s. auch
Str.GB. § 360 Ziff. 8.

3. Ausnahmen von dem Erfordernisse der reichsrechtlichen Approbation und des Prüfungszeugnisses ergeben sich aus den Uebereinkommen des Deutschen Reiches und der Nachbarstaaten über gegenseitige Zulassung der an der Grenze wohnhaften Medizinalpersonen zur Ausübung der Praxis, von welchen für Bayern jenes

v. 30. Sept. 1882, RGBl. 1883 S. 39 (Oesterreich-Ungarn) und jenes
v. 29. Febr. 1884, RGBl. S. 45 (Schweiz)

in Betracht kommt. Zu ersterem vgl.:

MB. v. 18. Juli 1883, GVBl. S. 391,
MB. v. 16. Febr. 1884, MABl. S. 44,
Reger XV. 106;

dann bezüglich unerlaubter Verabreichung von Arzneien Seitens der Aerzte der Nachbarstaaten:

ME. v. 8. Dez. 1888.

4. Dem (gleichviel, ob reichs- oder landesrechtlich approbirten) Heilpersonale — dagegen nicht den Hebammen — sind gemeinsam die Strafvorschriften des

§ 278 (vgl. § 277) des Str.GB.,
Reger IV. 425, XIV. 177, XVI. 438

über unrichtige Zeugnißausstellung, dem gesammten Heilpersonale jene des

§ 300 des Str.GB.

über Verletzung des Berufsgeheimnisses; vgl.:

RGE. Bd. 19 S. 364.

Ein Zwang zu ärztlicher Hilfeleistung kann gemäß § 144 Abs. 2 der Gewerbeordn. für das höhere ärztliche Personal nicht begründet werden; für das sonstige Medizinalpersonal kann sich eine Pflicht zur Nothhilfe unter Umständen aus

Str.GB. § 360 Ziff. 10 (vgl. OLGE. III. 80)

ergeben. Im Uebrigen finden

a) bezüglich der Berufsausübung des höheren ärztlichen Personales lediglich noch § 80 Abs. 2 der Gewerbeordn. und die in § 144 Abs. 1 daselbst vorbehaltenen Landesgesetze (vgl. unten § 113 Ziff. 2 S. 146 f.),

b) bezüglich der Berufsausübung des niederen Heilpersonales (Bader und Hebammen) die Landesgesetze (vgl. unten S. 155, 161),

c) bezüglich der Berufsausübung der Apotheker die Gewerbeordn.

(vgl. z. B. § 80 Abs. 1)

und die in § 144 Abs. 1 derselben vorbehaltene Landesgesetzgebung, bezüglich der Errichtung und Verlegung von Apotheken, des Arzneimittelverkaufs und der Annahme von Gehilfen und Lehrlingen

(Gewerbeordn. § 6 Abs. 1, § 41 Abs. 2)

ausschließlich die Landesgesetzgebung (vgl. unten S. 149 ff.) Anwendung.

5. Ueber die zeitliche Geltung der reichsrechtlichen Approbation von Apothekern, Aerzten u. s. w. und der Prüfungszeugnisse der Hebammen vgl.:

Gewerbeordn. § 40 Abs. 1,

bezüglich der Zurücknahme dieser Approbationen und Genehmigungen:

Gewerbeordn. §§ 53, 54,
VB. v. 29. März 1892 § 24, GVBl. S. 61,
Ges. über den VGH. v. 8. August 1878 Art. 8 Ziff. 8,
Reger VIII. 333, IX. 411,
VGHE. VI. 146, XIII. 451,

über die zeitliche Geltung und die Zurücknahme der landesrechtlichen Approbation der Bader u. s. w. unten S. 157, insbesondere:

V. v. 24. Juni 1884 § 9, GVBl. S. 419.

Vgl. überhaupt:

Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 82 ff. (I. Aufl. Bd. 5 S. 147 ff.) und Gewerbepolizeirecht S. 113 ff.,
Landmann-Rohmer, Kommentar zur Gewerbeordn. S. 376, 472 ff.,
Reger, Gewerbeordn. 2. Aufl. S. 77, 107.

§ 113. Nichtamtliche praktische Aerzte. Apotheker.

1. Die vom Bundesrathe erlassenen Vorschriften über Prüfung und Approbation der Aerzte (vgl. oben § 112 Ziff. 2 S. 143) wurden veröffentlicht mit

RKB. v. 2. Juni 1883, die ärztliche Vorprüfung betr., MABl. S. 248, abgeändert durch

RKB. v. 17. Jan. 1888, MABl. S. 73,

und mit

RKB. v. 2. Juni 1883, die ärztliche Prüfung betr., MABl. S. 235,

zu welcher letzteren die abändernden Bestimmungen der

RKB. v. 25. April 1887, KMBl. S. 136,

zu vergleichen sind.

Ueber Entbindung von den Prüfungen, dann über Dispensation von den ärztlichen Prüfungsvorschriften s.:

Gewerbeordn. § 29 Abs. 4,

BRB. v. 9. Dez. 1869, MABl. 1874 S. 45,

RKB. v. 15. April 1884 mit ME. v. 25. April 1884, MABl. S. 129.

Durch diese Vorschriften haben die älteren Bestimmungen über das Studium der Medizin

vgl. Bd. I S. 397, 398 der ersten Auflage dieses Werkes

ihre hauptsächliche Bedeutung verloren; dieselben sind nur noch insoferne von Belang, als es sich um die auf Grund derselben schon vor Eintritt der Gewerbeordnung erlangte Berechtigung zur Ausübung der Heilkunde, sowie um die medizinische Staatsprüfung als Vorbedingung der Anstellung im Staatsdienste handelt; über diese Staatsprüfung s. jetzt:

V. v. 6. Febr. 1876, GVBl. S. 201.

Uebergangsbestimmungen enthielt die

ME. v. 13. Juli 1872, KMBl. S. 247.

Ueber medizinische Reisestipendien vgl. Bd. I S. 421.

2. Die nach § 144 Abs. 1 der Gewerbeordn. (vgl. oben § 112 Ziff. 4 S. 144 f.) fortbestehenden besonderen Berufs-Verpflichtungen der geprüften, bezw. approbirten Aerzte beschränken sich:

a) auf die ihnen bei der Wahl oder Veränderung ihres Wohnortes nach näherer Vorschrift der

V. v. 11. August 1873 § 1, RBl. S. 1313,

obliegenden Verpflichtungen:

PStr.GB. Art. 128;

b) auf die nach
ME. v. 1. Dez. 1869, Weber VIII. 454,
unentgeltlich zu erstattende Anzeige von dem Ausbruche der in der
V. v. 22. Juli 1891, GVBl. S. 229, vgl.
Kr.ME. v. 17. Juni 1879, MABl. S. 269,
ME. v. 16. Mai 1889, MABl. S. 181,
ME. v. 24. Juli und 24. Nov. 1891, MABl. S. 263, 394
bezeichneten ansteckenden Krankheiten:
PStr.GB. Art. 72.

Durch Anzeige-Erstattung an den Bezirksarzt oder die Ortspolizeibehörde, statt an die Distriktspolizeibehörde, wird der Anzeigepflicht nicht genügt.
O. E. in Stengl. Ztschr. Bd. 5 S. 157, Bd. 14 Beibl. S. 35.

c) Ueber die Verpflichtung zur Anzeige von Geburten s.:
Reichsges. v. 6. Febr. 1875 über Beurkundung des Personenstandes u. s. w. §§ 17, 18, 23, 68.

Vergleiche auch:
Str.GB. §§ 222, 230, 232, 277, 278, 279, 300,
PStr.GB. Art. 43, 60, 62,
Reger XV. 62,
S. o. E. f. Civ. Bd. 14 S. 826, Bd. 15 S. 386.

3. Eine Taxordnung kann nur als Norm für streitige Fälle Mangels einer Vereinbarung erlassen werden.
Gewerbeordn. § 80 Abs. 2; vgl.:
Medizinaltaxordn. v. 18. Dez. 1875, GVBl. S. 846, dann
ME. v. 4. Mai 1880, FMBl. S. 127, über Gebührenliquidationen nichtamtlicher Aerzte in Strafsachen, s. auch OLGE. V. 486,
ME. v. 15. Nov. 1888, MABl. S. 442 (Gebührenliquidation gegenüber der Landesunterstützungskasse für die freiwilligen Feuerwehren),
s. auch oben § 104 Ziff. 2 (S. 101 f.).

Ueber Revision der Deserviten-Rechnungen s.:
ME. v. 1. Dez. 1856, unterfr. KABl. S. 1864.

Ueber einige Vorrechte, bezw. Befreiungen der Aerzte vgl.:
Kriegsleistungsges. v. 13. Juni 1873 § 25 Abs. 2 Ziff. 3,
Naturalleistungsges. v. 13. Febr. 1875 § 3 Ziff. 4,
Gerichtsverfassungsges. v. 27. Jan. 1877 §§ 35, 85,
Konkursordn. v. 10. Febr. 1877 § 54 Ziff. 4,
ME. v. 10. Jan. 1882, Kuby I. 994, Martin I. 164;
vgl. anderseits VGHE. XV. 171,
s. auch Reger XIII. 121.

Eine Verpflichtung nichtamtlicher Aerzte findet nicht mehr statt.
ME. v. 20. Juli 1876, Weber XI. 581; vgl. jedoch auch:
V. v. 3. Sept. 1879 § 7 Abs. 1, GVBl. S. 1081.

Ueber die disziplinäre Stellung nichtamtlicher Aerzte vgl.:

ME. v. 1. Juni 1878 mit
Bl. f. a. Pr. Bd. 15 S. 241, dann
ME. v. 30. April 1878 Ziff. 2, MABl. S. 147;

über Ausstellung von Zeugnissen s.:

ME. v. 12. April 1880, MABl. S. 171, und v. 1. Mai 1894 (Militärsachen), vgl. auch MB. v. 13. Juli 1880, MABl. S. 282 (Eisenbahnpersonal).

Ein Zwang zum Eintritt in den Pensionsverein für Wittwen und Waisen bayerischer Aerzte

vgl. die rev. Satzungen, Kuby I. 154, Martin II. 76

ist jetzt nicht mehr statthaft.

ME. v. 25. Febr. 1865, Weber IV. 528 Anm. *).

Ueber die Ausschreibung erledigter Arztesstellen s.:

ME. v. 13. Jan. 1881, Weber XIV. 653;

über Stellvertretung s.:

ME. v. 21. Mai 1894.

Ueber Qualifikation praktischer Aerzte vgl.:

ME. v. 1. Nov. 1880, MABl. S. 373.

Ueber Remunerirung der Aerzte in armen Distrikten s.:

ME. v. 25. März 1853, Döll. Bd. 30 S. 33, Weber IV. 564, Reger XV. 351;

über Honorarforderungen gegenüber den Armenpflegen:

Art. 17 Abs. 4, 5 des Armenges. v. 29. April 1869, GBl. S. 1093, und die Erörterungen in Bd. III § 169 dieses Werkes.

Die früheren Bestimmungen über die Praxisausübung Seitens der quiescirten Gerichts- und Bezirksärzte

Döll. Bd. 30 S. 26

und Militärärzte

Döll. Bd. 15 S. 41

sind nicht mehr anwendbar, doch haben Militärärzte, welche Civilpraxis ausüben wollen, hievon dem betreffenden Bezirksarzte Anzeige zu erstatten.

Kr.ME. v. 19. Dez. 1865.

Vgl. schließlich noch:

ME. v. 4. Sept. 1875, MABl. S. 480,
ME. v. 20. April 1881, MABl. S. 145 (Todesursachen),
ME. v. 15. Juli 1881, MABl. S. 265 (halbjährige Vorlage)

über den ärztlichen Schematismus;

ME. v. 30. April 1878, MABl. S. 147,
ME. v. 6. Nov. 1882, MABl. S. 342,

über Jahresberichte der praktischen Aerzte;

V. v. 9. Juli 1895, GVBl. S. 311,

über die Bildung von Aerztekammern und ärztlichen Bezirksvereinen; vgl. hiezu die

ME. v. 14. Juni 1881, Weber XV. 256;

über Bildung ärztlicher Kollegien in Unfallsachen s. oben § 104 Ziff. 2 S. 103, dann über ärztliche Handapotheken und Abgabe von Arzneien oben § 108 S. 119 ff.

4. Ueber die Grundlagen des Apothekenwesens vgl. oben § 108 und § 112 (S. 118 und 142); die landesrechtlichen Normen sind hauptsächlich in dem bayerischen

Gewerbsges. v. 30. Jan. 1868, GBl. S. 309, und der

Apothekenordn. v. 27. Jan. 1842, RBl. S. 257,

enthalten, welche letztere jedoch vielfach Aenderungen erlitten hat.

a) Vorbedingung zum Betriebe einer Apotheke ist die Approbation. Nach erlangter wissenschaftlicher Vorbildung

RKB. v. 5. März 1875 § 4 Ziff. 1, MABl. S. 185,

ME. v. 9. August 1881, MABl. S. 299

und beendigter Lehrzeit

Gewerbeordn. §§ 41 und 154 Abs. 1,

Apothekenordn. §§ 12, 18 Abs. 3,

ME. v. 2. März 1882 (MABl. S. 39), v. 15. März 1893 und v. 28. Juli 1895 (Zeugnisse),

ME. v. 4. April 1883, Kuby II. 227 (keine Altersgrenze),

Reger XIII. 210

folgt die Apothekergehilfenprüfung gemäß

RKB. v. 13. Nov. 1875, MABl. S. 717 (in der Fassung der RKB. v. 4. Febr. 1879, MABl. S. 101, v. 25. Dez. 1879, MABl. 1880 S. 75, v. 23. Dez. 1882, MABl. 1883 S. 23, und v. 13. Jan. 1883, MABl. S. 48), vgl.:

ME. v. 26. August 1882, Kuby II. 197 und Martin II. 169, Weber XV. 755 (Ausländer),

ME. v. 10. Mai 1884, Kuby II. 301 (Gebühren),

und nach mindestens dreijähriger Servierzeit

Reger XI. 254, XII. 110, Erg.Bd. I. 419

und vollendetem Universitätsstudium

vgl. ME. v. 7. August 1888, KMBl. S. 255

die Apothekerprüfung in Gemäßheit der

RKB. v. 5. März 1875, MABl. S. 185,

RKB. v. 6. Mai 1884, MABl. S. 146,

RKB. v. 6. Juli 1889, MABl. S. 249 (257).

Apotheker, welche vor Verkündung der Gewerbeordnung in einem

Bundesstaate die Berechtigung zum Gewerbebetriebe erlangten, gelten für das ganze Bundesgebiet als approbirt.

Gewerbeordn. § 29 Abs. 5.

Ueber die früheren Vorschriften vgl. I. Auflage Bd. I S. 406 ff. dieses Werkes.

In Bezug auf die Führung des Titels „Apotheker" durch approbirte Pharmazeuten u. dgl. s.:

ME. v. 2. August 1880, Kuby II. 117, Weber XIV. 553,
ME. v. 6. Febr. 1897 (Geschäftsbetrieb der Droguenhandlungen betr.),
Samml. der Entsch. des preuß. Oberverwaltungsgerichtes von Jebens und Meyeren Bd. 4 S. 342,
Reger I. 310, II. 454, III. 451, IV. 263, V. 151, XVI. 3,
Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 214.

b) Vorbehaltlich der reichsgesetzlichen Bestimmungen über Approbation sind die über Erlangung der Berechtigung zur Ausübung des Apothekergewerbes bestehenden Vorschriften auch fernerhin anwendbar; unter Errichtung von Apotheken (§ 6 der Gewerbeordn.) ist auch die Uebernahme einer schon bestehenden Apotheke zu verstehen und für die Statthaftigkeit des Fortbetriebes durch den Erwerber die Landesgesetzgebung maßgebend; vgl.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 23 S. 316.

Es ist demgemäß zum selbständigen Betriebe des Apothekergewerbes eine Konzession

§ 6 der Apothekenordn. v. 27. Jan. 1842,
Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 des Gewerbeges. v. 30. Jan. 1868

auch dann erforderlich, wenn der Betreffende eine bereits bestehende Apotheke erworben hat, ohne daß er hiewegen einen Anspruch auf vorzugsweise Berücksichtigung genösse.

ME. v. 29. August 1871, Martin II. 163, Weber IX. 115,
ME. v. 20. Mai 1873, Weber III. 432 Anm. 3,
ME. v. 26. Juni 1882, Kuby I. 1016, Martin II. 165, Weber XV. 734,
Bl. f. a. Pr. Bd. 23 S. 212,
vgl. auch Reger VII. 161, XII. 370, XIV. 211.

Letztere Bestimmung kann übrigens auf Realapotheken

vgl. Gewerbeordn. § 48,
bayer. Gewerbeges. von 1868 Art. 7 Abs. 1 und Art. 11 Abs. 3

sich selbstverständlich nicht beziehen.

Auch die Vorschriften in Art. 9, 10, 11, 12, 28, 30 und 31 des bayer. Gewerbeges., soweit auf Apotheken bezüglich, sind folgeweise noch in Geltung; vgl. auch:

Art. 3 Ziff. 11 und Art. 8 des Ausführungsges. zur Str.Pr.Ordn. vom 18. August 1879, dann

PStr.GB. Art. 154 Abs. 1.

Nach Art. 8 des obigen Ausf.Ges. wird sich insbesondere die Konzessionseinstellung bemessen, während für die Approbations-Zurücknahme die Reichsgesetzgebung entscheidend ist.

Konzessionsgesuche sind von den Distriktspolizeibehörden zu instruiren und, soweit nicht Realrechte in Frage sind, auf Kosten der Antragsteller öffentlich behufs der Mitbewerbung in vierwöchentlicher Ausschlußfrist auszuschreiben.

ME. v. 31. Dez. 1870, 20. Mai 1871 (Kosten) und 14. August 1874 (pharmazeutische Zeitung in Bunzlau, jetzt Berlin), Weber III. 434 Anm. 9,

ME. v. 23. Juli 1886 und 21. März 1894 (Apothekerzeitung in Berlin) und

ME. v. 11. Sept. 1886 (süddeutsche Apothekerzeitung in Heilbronn, jetzt Stuttgart), Weber XVIII. 167.

Ueber Mitbewerbungen vgl.:

ME. v. 8. Okt. 1847, Döll. Bd. 27 S. 647;

über das Erforderniß unbedingten Verzichtes des Vorbesitzers:

cit. ME. v. 26. Juni 1882,

ME. v. 31. März 1883, Kuby II. 223, Weber XV. 734;

über Einvernahme des königl. Bezirksarztes:

ME. v. 5. Jan. 1833, Döll. Bd. 14 S. 1453, Weber II. 656.

Die Verleihung der Konzessionen, die Bewilligung zur Transferirung von selbständigen, dann zur Errichtung von Filial- und Handapotheken steht der Kreisregierung, Kammer des Innern, zu.

Gewerbeges. von 1868 Art. 30, 31, vgl.

Apothekenordn. § 6 und V. v. 29. März 1892 § 53, GVBl. S. 61

über Einvernahme des Kreismedizinalausschusses s.:

V. v. 24. Juli 1871 § 8, RBl. S. 1489,

ME. v. 4. Juni 1884, Kuby II. 310;

über Behandlung der Einsprüche benachbarter Apotheker:

cit. ME. v. 4. Juni 1884, vgl. überhaupt:

Bl. f. a. Pr. Bd. 34 S. 316, Bd. 37 S. 255;

über Stellvertretung s.:

Reger VII. 187.

Streitigkeiten über die Befugniß zum Betriebe von Apotheken sind keine Verwaltungsrechtssachen.

VGHE. III. 669.

c) Ueber die Filialapotheken s. weiter:

Gewerbeges. v. 30. Jan. 1868 Art. 10,

Apothekenordn. § 4 Ziff. 1, §§ 6, 54,

ME. v. 9. Dez. 1842, Döll. Bd. 30 S. 69, Weber III. 469,
V. v. 8. Dez. 1890 § 11, GVBl. S. 635,
Bl. f. a. Pr. Bd. 23 S. 212, Bd. 24 S. 381.

In Bezug auf Handapotheken, Dispensiranstalten, Arzneiabgabe durch ärztliches Personal u. dgl. s. oben § 108 S. 119, 121.

d) Die Verpflichtung der Apotheker und Apothekenverweser hat nach

§§ 35, 38,

die der Gehilfen nach

§ 24 der Apothekenordn.

zu erfolgen.

Die Befugnisse und Obliegenheiten der Apotheker bemessen sich im Allgemeinen nach

§ 34 der Apothekenordn.,

womit zu vergleichen sind:

α) PStr.GB. Art. 49 und V. v. 15. Juli 1862 § 2, RBl. S. 1864
(vgl. auch ME. v. 9. Nov. 1874, Martin II. 168, Weber X. 491, und
ME. v. 9. August 1881, MABl. S. 299),

wonach die Aufnahme oder Entlassung eines Apothekergehilfen oder Lehrlings vom Apothekenvorstande der Distriktspolizeibehörde binnen drei Tagen mündlich oder schriftlich anzuzeigen ist; in Bezug auf Ueberwachung der Gehilfen und Verantwortlichkeit für deren Handlungen s.:

ME. v. 29. Mai 1881, Kuby II. 155,
OLGE. I. 97,
RGE. v. 10. Juni 1886, Kuby II. 548,
Reger IX. 25.

β) die V. vom 16. Juni 1895 über Verkehr mit Giften, §§ 10 ff., 16, GVBl. S. 267
(vgl. V. v. 3. März 1873, die Verwendung von Gift zur Vertilgung der Feldmäuse betr., RBl. S. 345, überhaupt
oben § 108 S. 119 ff.);

über die Abgabe von Sublimat an Berufsgenossenschaften, bezw. über dessen Ersatz durch Rotter'sche Pastillen s.:

MB. v. 24. Mai 1889, GVBl. S. 357, und die
ME. v. 22. Okt. 1888, v. 9. Jan. 1889 (Weber XIX. 397) und v. 6. August 1889.

γ) die kaiserl. V. vom 27. Januar 1890, den Verkehr mit Arzneimitteln betr., RGBl. S. 9, unter Berücksichtigung der Modifikationen der kaiserl. V. vom 31. Dezember 1894, RGBl. 1895 S. 1, und vom 25. November 1895, RGBl. S. 455, sowie die

V. vom 8. Dezember 1890, das Arzneibuch für das Deutsche Reich, dann die Zubereitung und Feilhaltung von Arzneien betr.,

GVBl. S. 635 (modificirt durch V. vom 19. März 1895, GVBl. S. 131, s. auch S. 260 und RKV. vom 17. Januar 1895, RCBl. S. 4, sowie V. vom 22. Juli 1896, GVBl. S. 517), namentlich deren §§ 2 mit 11 über Beschaffenheit der Apothekenräumlichkeiten und Utensilien. Im Uebrigen ist zu bemerken:

Zu § 1 (Fassung vom 19. März 1895) s. die transitorische Bestimmung der MB. v. 15. Mai 1895, GVBl. S. 260;

zu § 5 Ziff. 2 über Dispensen von Aufstellung analytischer Waagen vgl.:
ME. v. 13. August 1884, Kuby II. 345, Weber XVI. 675,

dann über Waagen und Gewichte überhaupt:
Reichs-Maß- und Gewichtsordn. v. 17. August 1868 Art. 7,
rev. V. über die Normalaichungskommission u. s. w. § 30 lit. a v. 27. Jan. 1883, GVBl. S. 64,
V. v. 2. Mai 1872, RBl. S. 1250,
ME. v. 18. Okt. 1872, MABl. S. 60,
ME. v. 27. Sept. 1880, Weber XIV. 577,
ME. v. 31. Jan. 1882, Weber XV. 597,
ME. v. 22. Juli 1883, MABl. S. 270,
Aichordn. v. 1. August 1885 §§ 45, 64, GVBl. S. 446,
V. v. 15. August 1893, GVBl. S. 287, die Aichung von chemischen Meßgeräthen betr.,
V. v. 21. April 1894, GVBl. S. 151, Gebührentaxe der Aichanstalten betr. vgl. MB. v. 17. März 1896, GVBl. S. 191,
ME. v. 9. Nov. 1894;

s. ferner §§ 12 f. und 17 f. über Vorräthe und Beschaffenheit der Arzneien, § 14 über das Waarenbuch
(vgl. ME. v. 28. Juni 1881, Kuby II. 171, Martin II. 170, Weber XII. 54);
§§ 19 mit 21, 23, 24, 26 (in der Fassung vom 19. März 1895) über Zubereitung und Abgabe der Arzneien einschließlich der Geheimmittel;

zu § 20 Ziff. 1 über das Verbot des Ordinirens vgl. insbesondere:
Gewerbeordn. § 144 Abs. 1,
O. E. im MABl. 1890 S. 90,
Reger IX. 25, XI. 371, Erg.Bd. I. 164;

zu § 20 Ziff. 2 über Abgabe von Arzneien an Arme:
Armengeſ. v. 29. April 1869 Art. 17 Abs. 4, 5,
ME. v. 28. August 1846, Döll. Bd. 26 S. 658, Weber III. 649,
VGHE. III. 351, V. 241, VII. 253, X. 186, XIII. 461, 554.

Hierher gehört endlich die schon oben erwähnte V. vom 22. Juli 1896, betr. die Abgabe starkwirkender Arzneien, sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in Apotheken, GVBl. S. 517.

Vgl. überhaupt oben § 108 Ziff. 2 S. 121 f.

δ) V. vom 4. Januar 1894, die Arzneitaxordnung betr., GVBl. S. 15, s. auch GVBl. 1895 S. 3 und 419, 1897 S. 2; vgl.:

Gewerbeordn. § 80 Abs. 1, § 148 Ziff. 8,
ME. v. 30. März 1880, Weber XXII. 330,
ME. v. 2. Juli 1881, Weber XXII. 326,
ME. v. 30. Juli 1886,
MB. v. 11. April, 27. Juli und 10. Dez. 1895, GVBl. S. 143, 371, 418 (Diphtherieserum),
MB. v. 27. Febr. 1897, GVBl. S. 34 (Tuberkulin).

ε) Handelsgesetzbuch; vgl. insbesondere über die Firmenanmeldungspflicht nach Art. 19 des bisherigen, bezw. §§ 14, 16, 29 des neuen HGB.:

ME. v. 28. Febr. 1883, Martin II. 174, sowie die gerichtlichen Erkenntnisse im MABl. 1883 S. 86, 88, 90,
Reger III. 415, XV. 84.

Die frühere beschränkte Befugniß der Apotheker zum Kleinverkaufe geistiger Getränke

Art. 9 lit. b Ziff. 2 des Gewerbsges. v. 30. Jan. 1868,
§ 1 Abs. 2 des Einf.Ges. zur Gewerbeordn. v. 12. Juni 1872, vgl.
Reger XIII. 231, XV. 257

ist durch

Art. 3 Abs. 2 der Novelle zur Gewerbeordn. v. 23. Juli 1879, RGBl. S. 267,

aufgehoben worden; vgl. übrigens:

Landmann-Rohmer, Gewerbeordn. S. 280.

Ueber Festsetzung des Jahresbedarfs an steuerfreiem undenaturirtem Branntwein s.:

ME. v. 10. März 1894.

Ueber Vorzugsrechte der Apotheker für ihre Forderungen vgl.:

Konkursordn. v. 10. Febr. 1877 § 54 Ziff. 4,
ME. v. 10. Jan. 1882, Kuby I. 994, Martin I. 164.

Ueber Apothekenvisitationen s.:

§§ 69, 76, 77 der Apothekenordn.,
V. v. 8. Dez. 1890 § 30, GVBl. S. 635,
MB. v. 27. Juli 1895, GVBl. S. 371, vgl.
ME. v. 23. Juni 1842, Döll. Bd. 30 S. 65, Weber III. 462,
ME. v. 19. Sept. 1857, Martin II. 170, Weber III. 448.

Hienach sind sämmtliche selbständige, Filial- und Hand-Apotheken jährlich von der Distriktspolizeibehörde und dem Bezirksarzte zu visitiren und die Verhandlungen hierüber der kgl. Regierung, Kammer des Innern, zur Bescheidung in der Hauptsache und im Kostenpunkte vorzulegen.

e) Ueber Apothekergremien s.:
Apothekenordn. §§ 36 ff., vgl. auch
ME. v. 26. Juni 1843, Döll. Bd. 23 S. 70, Weber III. 441,
Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 140.

§ 114. Spezial- und niederärztliches Personal.

1. Die Vorschriften des § 29 der Gewerbeordn. und der dazu ergangenen Bundesrathsbeschlüsse u. s. w., des § 147 Abs. 1 Ziff. 3 der Gewerbeordn., dann der §§ 278 u. s. w. des Str.GB. (s. oben § 112 S. 143, 144) beziehen sich auch auf Wund-, Augen-, Zahn-Aerzte und Geburtshelfer; bezüglich letzterer vgl.:
Reger VII. 362.

Ebenso legen Art. 72 und 128 des PStr.GB. den Wundärzten die Verpflichtung zur Anzeige ansteckender Krankheiten nach Maßgabe der
V. v. 22. Juli 1891, GVBl. S. 229 (s. oben § 111 S. 137)
und Beschränkungen des Wohnungswechsels
§§ 1 mit 3 der V. v. 11. August 1873, RBl. S. 1313
auf.

2. Für das sonstige niederärztliche Personal trifft die Gewerbeordnung keine Bestimmungen und ist daher noch das Landesrecht maßgebend; vgl.:
oben § 112 S. 143 und Reger II. 364, VI. 363,
dann insbesondere zu PStr.GB. Art. 127:
Stengl. Ztschr. Bd. 15 S. 200 und Beibl. S. 50,
S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 401,
OLGE. IV. 383,
MABl. 1875 S. 660, 1887 S. 184.

Anlangend die bisher in Bayern üblichen Ordnungen des niederärztlichen Personals, so bemißt sich die Berechtigung zur Führung des Titels und der Umfang der Befugnisse:
a) für die Landärzte nach der Instr. v. 10. Febr. 1812, Döll. Bd. 15 S. 87;
b) für die Chirurgen nach der Instr. v. 25. Jan. 1823, Döll. a. a. O. S. 107;
c) für die Bader älterer Ordnung nach Art. VI der V. v. 28. Juni 1836, die Errichtung der Schulen für Bader betr., Döll. a. a. O. S. 58, und der ME. v. 25. Okt. 1836 hiezu, Döll. a. a. O. S. 76;
d) für die magistri chirurgiae nach Art. V der oben erwähnten V. v. 28. Juni 1836 und der ME. v. 28. Okt. 1836 hiezu, Döll. a. a. O. S. 73 (vgl. überhaupt § 2 Ziff. 1 mit 4 der V. v. 11. August 1873, RBl. S. 1313);

e) für die Bader neuerer Ordnung nach den Bader-Ordn. v. 21. Juni 1843 (RBl. S. 489, verglichen mit ME. v. 20. Sept. 1843, Döll. Bd. 30 S. 41), 15. März 1866 (RBl. S. 375), 25. Juni 1868 (RBl. S. 1129) und 24. Juni 1884 (GVBl. S. 419, verglichen mit MB. v. 28. Juni 1884, GVBl. S. 432), modificirt durch MB. v. 4. Okt. 1891, GVBl. S. 374;

s. auch:

VB. z. Gewerbeordn. v. 29. März 1892 § 54c, GVBl. S. 61,
ME. v. 16. Jan. 1891, MABl. S. 133,
Bl. f. a. Pr. Bd. 9 S. 126, Bd. 26 S. 330, 377 ff.

Der niedere Heildienst an sich ist freigegeben (vgl. die übenerwähnten O. E.), wonach sich auch die

ME. v. 24. Nov. 1869

über die Befugnisse der Baderswittwen modificirt.

3. Bezüglich der Zahnärzte s.:

RKB. v. 5. Juli 1889, MABl. S. 249 ff.; vgl.:
MB. v. 2. Mai 1890, MABl. S. 128,

womit die älteren Bestimmungen im

RBl. 1853 S. 89, 1865 S. 137, Döll. Bd. 30 S. 43, MABl. 1874 S. 15

zu vergleichen sind.

In Bezug auf Zahntechniker s.:

Reger III. 148, IV. 121, V. 294, VI. 190, XIV. 218,
VGHE. XV. 44,
MABl. 1891 S. 24, 1897 S. 140.

4. Bezüglich der pfälzischen officiers de santé (Gesundheitsbeamten, Unterärzte) vgl.:

V. v. 11. August 1873 § 2 Ziff. 6, RBl. S. 1313.

5. Die Beschränkungen der Landärzte und Chirurgen in Bezug auf Ausübung der Homöopathie sind aufgehoben.

ME. v. 24. Febr. 1865, Weber VI. 416.

Die Befugnisse des niederärztlichen Personals zur Führung und Abgabe von Arzneien bemessen sich nach

Ziff. 10 der V. v. 19. März 1895, GVBl. S. 131, vgl.
V. v. 24. Juni 1884 § 7, GVBl. S. 419, mit
MB. v. 28. Juni 1884 Ziff. 1, GVBl. S. 432,
MABl. 1890 S. 368, 1892 S. 10,
OLGE. VI. 186, 658,

wonach auch die früher schon bestandenen Beschränkungen des unterärztlichen Personals in Hinsicht auf Narkotisirung durch Chloroform, Schwefeläther u. s. w. ausdrücklich aufrecht erhalten sind.

Bezüglich der Beschränkungen in der Vornahme von Impfungen gilt nunmehr das oben bei § 111 Ziff. 2 S. 139 Bemerkte.

Bezüglich der Anzeigepflicht der Bader bei Aufnahme und Entlassung von Gewerbegehilfen vgl.:

PStr.GB. Art. 49,
V. v. 15. Juli 1862 § 2, RBl. S. 1864.

Das niederärztliche Personal unterliegt ferner den in

PStr.GB. Art. 72 und 128

gemäß der hiezu erlassenen Verordnungen (s. oben S. 146 f.) bezeichneten Verpflichtungen.

V. v. 11. August 1873 § 3, RBl. S. 1313,
cit. V. v. 24. Juni 1884 §§ 6 und 11.

6. Die Taxen für Wund-, Heb- und Zahnärzte sind in der

V. v. 18. Dez. 1875, GVBl. S. 846,

enthalten; für die Taxen der Bader ist

cit. V. v. 24. Juni 1884 § 8 nebst Beilage

maßgebend; vgl. auch:

Gewerbeordn. § 80 Abs. 2 (und dazu Reger, Erläut. 2. Aufl. S. 153) mit
PStr.GB. Art. 127 Abs. 3,
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 409,
VGHE. IV. 103.

Ueber Behandlung Armer vgl.:

VGHE. v. 9. Juni 1885, Kuby II. 413, Martin II. 626.

7. Ueber Zurücknahme der Approbationen, bezw. der Berechtigung zur Führung der in § 2 der V. vom 11. August 1873 bezeichneten Titel vgl.:

§ 4 derselben in Verbindung mit §§ 20, 21 der Gewerbeordn. und § 54 lit. c der Vollzugsvorschriften hiezu v. 29. März 1892, GVBl. S. 61,
cit. V. v. 24. Juni 1884 § 9,
MABl. 1887 S. 187,
Reger VI. 363 (Zurücknahme der Approbation wegen Kurpfuscherei),
VGHE. XIV. 120.

§ 115. Hebammen.

1. Während die Vornahme geburtshilflicher Handlungen durch nichtapprobirte Personen männlichen Geschlechts freigegeben ist und letztere lediglich den Bestimmungen in

§ 29 Abs. 1, § 147 Abs. 1 Ziff. 3 der Gewerbeordn.

unterliegen, ist die gewerbsmäßige Ausübung der Geburtshilfe durch Frauenspersonen von vorgängiger Prüfung abhängig, bezw. ohne solche nach

§ 30 Abs. 2 und § 147 Abs. 1 Ziff. 1 der Gewerbeordn.

strafbar; vgl. auch:

§ 1 der V. v. 23. April 1874, gewerbl. Verhältnisse der Hebammen betr., GVBl. S. 219,

Reger IV. 425, VII. 362, XIV. 115, XVI. 117.

Nach § 30 Abs. 2 der Gewerbeordn. kann nun zwar ungeprüften Frauenspersonen die staatliche Genehmigung zur Ausübung des Hebammengewerbes nicht ertheilt werden, es ist jedoch den einzelnen Staaten überlassen, die Vorbedingungen für Ertheilung dieser Genehmigung, die Art und den Umfang dieser Prüfung u. s. w. zu regeln; vgl.:

Samml. der Entsch. des preuß. Oberverwaltungsgerichts von Jebens und Meyeren Bd. 3 S. 267,

Reger IV. 396,

Bl. f. a. Pr. Bd. 24 S. 233, Bd. 26 S. 331, 379, Bd. 27 S. 268, 409.

Die zur Ertheilung des Hebammen-Prüfungszeugnisses

vgl. ME. v. 10. Okt. 1889 (Formular)

zuständigen Behörden sind in Bayern die Prüfungs-Kommissionen der Hebammenschulen München, Würzburg, Bamberg und Erlangen.

V. v. 4. Dez. 1872 § 8 Abs. 2, RBl. S. 2657,

MB. v. 3. März 1874, GVBl. S. 88,

V. v. 23. April 1874 § 1, die Hebammenschulen und Hebammenprüfung betr., GVBl. S. 222.

Die letzterwähnte Verordnung, deren §§ 6, 13 und 16 durch die

V. v. 26. Juli 1890, GVBl. S. 527,

eine Abänderung erfahren haben, sowie die

V. v. 23. April 1874, die gewerblichen Verhältnisse der Hebammen betr., GVBl. S. 219,

endlich die

MB. v. 3. Dez. 1875, die Instruktion für die Hebammen betr., GVBl. S. 757, vgl. ME. v. 8. Nov. 1891, MABl. S. 385,

haben das bayerische Hebammenwesen und dessen Grundlage, die

V. v. 7. Jan. 1816, die Einrichtung des Hebammenwesens betr., Döll. Bd. 15 S. 186,

den durch Einführung der deutschen Gewerbeordnung nothwendig gewordenen Aenderungen unterstellt. Die V. vom 7. Januar 1816, sowie die organischen Bestimmungen über die nach

Form.V. v. 17. Dez. 1825 § 54

den Kreisregierungen unterstellten Hebammenschulen

Döll. a. a. O. S. 199 ff.

haben daher nur noch insoweit Geltung, als sie mit den obigen neueren Vorschriften vereinbar sind; vgl. insbesondere:

§§ 6, 7 der V. v. 23. April 1874, gewerbliche Verhältnisse der Hebammen betr., und § 13 der cit. MB. v. 3. Dez. 1875; s. auch:

ME. v. 31. März 1876, die Hebammenschulen und die Prüfung der Hebammen betr., Weber XI. 479, und zu Ziff. 22 derselben die ME. v. 7. Juni und 28. Juli 1885 über den Hebammenapparat (Kuby II. 410).

2. Gesuche um Aufnahme in den Lehrkurs einer Hebammenschule sind 3 Monate vor Beginn des Lehrkurses bei den Distriktsverwaltungsbehörden unter Vorlage der erforderlichen Zeugnisse anzubringen und zur vorgesetzten Kreisregierung K. d. J. einzusenden.

§§ 6, 7 der V. v. 23. April 1874, die Hebammenschulen u. s. w. betr.; vgl. auch:
ME. v. 19. April 1842, Döll. Bd. 30 S. 81,
ME. v. 11. April 1851, Döll. Bd. 30 S. 92,
ME. v. 6. Dez. 1855, Weber IV. 732,
rev. Gebührenges. Art. 194 Ziff. 18,
ME. v. 16. Juli 1880, Martin II. 132, und
ME. v. 27. Sept. 1881, Kuby I. 979, Martin II. 338, Weber X. 271;
s. auch Bd. I S. 101 (lit. ν),

dann über Altersdispensationen:

ME. v. 28. Sept. 1816 und 18. Febr. 1834, Döll. Bd. 15 S. 233,
§ 9 Abs. 4 der obigen V. v. 23. April 1874.

Ueber die Kosten der Lehrbücher, Requisiten, dann der Subsistenz während des Lehrkurses vgl.:

§ 6 Abs. 2, §§ 11, 13 Abs. 2, § 15 Abs. 7 der obigen V. v. 23. April 1874

mit den älteren Bestimmungen in den

A. E. v. 13. Mai 1818 und 29. Dez. 1831, Döll. Bd. 15 S. 234.

Ueber Zulassung zur Prüfung an den Hebammenschulen s.:

§ 13 der cit. V. v. 23. April 1874 mit
cit. V. v. 26. Juli 1890,
ME. v. 19. Nov. 1878, Kuby II. 60, Martin II. 135, Weber XII. 499 (Staatsangehörigkeit),
ME. v. 10. April 1885, Kuby II. 405.

Die Niederlassung einer die bayerische Staatsangehörigkeit besitzenden Frauensperson als Hebamme ist zwar nicht durch den vorgängigen Besuch einer bayerischen Hebammenschule, wohl aber regelmäßig durch das Bestehen der Prüfung vor einer bayerischen Prüfungsbehörde bedingt.

ME. v. 3. Juli 1875, Kuby II. 42, Martin II. 135,
Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 268;

bezüglich der s. g. freipraktizirenden Hebammen s. weiter:

ME. v. 29. Juli 1876 und 6. Sept. 1879, Martin II. 136.

Für Frauenspersonen, welche einem anderen Bundesstaate angehören, ist das Bestehen der Prüfung vor der heimathlichen Prüfungsbehörde erforderlich,

ME. v. 2. August 1894;

vgl. übrigens:

Seydel, bayer. Staatsrecht Bd. 3 S. 92 Anm. 19 (I. Aufl. Bd. 5 S. 165 Anm. 3),

Reger IV. 132, V. 153, VIII. 333, XV. 247.

Ueber gegenseitige Zulassung von Hebammen an der Grenze des Reiches s. § 112 Ziff. 3 S. 144; über gegenseitige Zulassung an der Grenze zweier Bundesstaaten s.:

MB. v. 20. Juli 1887, GVBl. S. 370.

3. Neben den freipraktizirenden Hebammen können Gemeinde- oder Distriktshebammen nach den Bestimmungen in

§ 3 der V. v. 23. April 1874, die gewerblichen Verhältnisse der Hebammen betr.,

ME. v. 31. März 1876 Ziff. 8, Weber XI. 479

aufgestellt werden; s. auch:

Distriktsrathsges. v. 28. Mai 1852 Art. 27 lit. b Ziff. 6 und oben Bd. I S. 185,

Bl. f. a. Pr. Bd. 37 S. 222;

über die Bildung von Hebammen-Distrikten vgl. die älteren Bestimmungen in

§ 1 des Ed. v. 7. Jan. 1816 und

ME. v. 11. April 1851, Döll. Bd. 30 S. 92, mit

§§ 3, 4 und 5 der V. v. 23. April 1874.

Die Berufsausübung der Hebammen war schon früher nicht auf bestimmte Bezirke beschränkt;

Ed. v. 7. Jan. 1816 § 24,

cit. ME. v. 11. April 1851 Abs. 1, 2;

vgl. noch:

§ 4 der V. v. 23. April 1874,

Reger III. 120, XVI. 227.

Den Bestimmungen in § 27 des Ed. und der obenerwähnten

ME. v. 11. April 1851, dann der

ME. v. 6. Dez. 1859,

wonach kleinere Gemeinden zur Gewährung angemessener Sustentationsbeiträge für die Hebammen veranlaßt werden sollen, den häufig vorkommenden Privatverträgen über Taxminderung gegen Bezug eines s. g.

Wartgeldes entgegenzuwirken, überhaupt den Hebammen ein gesichertes Auskommen und invaliden Hebammen bei Vertheilung von Pfründen thunlichste Berücksichtigung zuzuwenden ist, kommt instruktive Bedeutung auch jetzt noch zu.

Ein Zwang gegen die Gemeinden zur Sustentirung von Hebammen ist unthunlich.

ME. v. 28. Jan. 1851, Döll. Bd. 30 S. 91.

Nur den von den Gemeinden sustentirten Hebammen kann nach

§ 27 des Ed. v. 7. Jan. 1816

die unentgeltliche Hilfeleistung bei notorisch Armen angesonnen werden; im Uebrigen findet die

Medizinaltaxordn. v. 28. Okt. 1866 § 14 und Beil. I Ziff. IV, RBl. S. 1805,

als Norm für streitige Fälle auf die Hebammen noch Anwendung; vgl.:

PStr.GB. Art. 127 Abs. 3, dann

ME. v. 29. Mai 1876 über Umrechnung der Gebührensätze, Weber VI. 718, Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 379, Bd. 27 S. 409.

4. Ueber die (sämmtlichen Hebammen obliegende) Verpflichtung zur Anzeige-Erstattung bei der Niederlassung zur Berufsausübung und bei Wohnortsveränderungen vgl.:

PStr.GB. Art. 128 und

§ 2 der V. v. 23. April 1874, gewerbl. Verhältnisse der Hebammen betr.;

über die ihnen obliegende Anzeige von Entbindungen:

§§ 17, 18, 23, 68, 74 Abs. 1 Ziff. 2, § 81 des Reichsges. v. 6. Febr. 1875 über Beurkundung des Personenstandes u. s w.,

wodurch die zum PStr.GB. Art. 24 erlassene

V. v. 13. Juni 1862, RBl. S. 1196,

in der Hauptsache ersetzt ist;

s. auch Reger-Dames, Erläuter. zu ob. Reichsges. S. 89.

Ueber die periodischen Geburts-Anzeigen der Hebammen an die Bezirksärzte s.:

Hebammeninstr. v. 3. Dez. 1875 § 11,

ME. v. 19. Dez. 1875, MABl. S. 744,

ME. v. 6. Febr. 1878, MABl. S. 35,

ME. v. 1. August 1886 Ziff. VI, Kuby II. 568;

über Hebammenkalender:

ME. v. 19. Dez. 1878, MABl. S. 540;

über die „Dienstanweisung für die Hebammen des Königreichs Bayern“:

ME. v. 8. Nov. 1891, MABl. S. 385.

Ueber die Verpflichtung zur Anzeige ansteckender Krankheiten vgl.:

Hebammeninstr. § 10,

PStr.GB. Art. 72 mit § 111 Ziff. 1 oben (S. 137).

Nicht minder ist die in

PStr.GB. Art. 127 Abs. 2

enthaltene Strafbestimmung bezüglich der Befugnißüberschreitung approbirter Hebammen gemäß

Gewerbeordn. § 144 Abs. 1

noch in Kraft; vgl. auch:

Str.GB. § 300,
Hebammeninstr. v. 3. Dez. 1875 § 9,
ME. v. 10. August 1881, Kuby I. 978,
Bl. f. a. Pr. Bd. 36 S. 296,
OLGE. III. 80,
Reger II. 51 (Kurpfuscherei), III. 290, XIV. 399.

Ueber die Berechtigung der Hebammen zur Führung bestimmter Arzneien s.:

Hebammeninstr. v. 3. Dez. 1875 § 4,
V. v. 8. Dez. 1890 § 28 Ziff. 4, GVBl. S. 635,
O. E. im MABl. 1886 S. 47.

Ueber Nothtaufen derselben und über ihre religiösen und kirchlichen Verrichtungen vgl.:

ME. v. 25. Juni und 4. Juli 1848, Weber III. 720,
ME. v. 29. Mai 1880 (Landmann-Rohmer, Gewerbeordnung S. 245);

über das Verbot der Seelnonnendienste:

Instr. v. 3. Dez. 1875 § 2,
KME. v. 6. Juli 1887, Weber XI. 219.

Eine Verpflichtung der Hebammen findet nicht mehr statt.

ME. v. 20. Juli 1876, Weber XI. 581.

Ueber Zurücknahme des Prüfungszeugnisses vgl. oben § 112 Ziff. 5 S. 145, dann:

VGHE. VI. 146, XIII. 451,
Reger II. 368, IV. 277, 396, VI. 14, VIII. 333, X. 185, XII. 261, XV. 270, 376,
Reger, Gewerbeordn. II. Aufl. S. 108,

wobei nunmehr insbesondere die

cit. V. v. 26. Juli 1890 mit
ME. v. 26. Juli 1890, vgl. auch
cit. ME. v. 29. Mai 1880

zu beachten ist.

Ueber zeitweise Untersagung der Berufsausübung bei Kindbettfieber s.:

PStr.GB. Art. 67 Abs. 2,
ME. v. 15. Dez. 1875, Weber XI. 260.

§ 116. Sanitäts-Anstalten.

1. Es ist zunächst Aufgabe der Lokalarmenpflege, armen Kranken die erforderliche ärztliche Hilfe nebst Pflege und Heilmitteln zu verschaffen

Armengef. v. 29. April 1869 Art. 10 Abs. 2 Ziff. 2, Art. 12 Ziff. 1 und 2, GVBl. S. 1093

und die hiefür unerläßlichen Einrichtungen für sich oder in Verbindung mit benachbarten Gemeinden, bezw. im Wege vertragsmäßiger Uebertragung an andere Armenpflegen, an Wohlthätigkeitsanstalten, Vereine oder Private, zu treffen.

Art. 17 Abs. 1 mit 3 a. a. O.,
vgl. überhaupt unten Bd. III §§ 167, 169.

Zu den unerläßlichen Einrichtungen gehört mindestens das Vorhandensein gemeindlicher Krankenzimmer, bezw. (nach Maßgabe des Bedürfnisses) von Krankenhäusern einzelner oder vereinigter Gemeinden. Empfehlenswerth ist auch die Aufstellung von Armenärzten. Eine unbedingte Verpflichtung hiezu besteht jedoch nur dann, wenn diese Aufstellung zur Erreichung des in Art. 10 Abs. 2 Ziff. 2 bezeichneten Zweckes nach den örtlichen Verhältnissen unerläßlich ist; vgl. überhaupt:

VGHE. I. 473, III. 68, IV. 185, XI. 102,
ME. v. 4. Dez. 1882, Kuby I. 1031,
Bl. f. a. Pr. Bd. 45 S. 65, 97.

Denn die Erfüllung der obenerwähnten Aufgabe kann von den Aufsichtsbehörden zwar erzwungen werden, die Wahl unter den Modalitäten der Erfüllung und unter den dazu erforderlichen Einrichtungen ist jedoch zunächst dem Ermessen der Gemeinden anheim gegeben.

Ueber Krankenkassen und Krankenkassebeiträge der Dienstboten, Gewerbs-Gehilfen und -Lehrlinge, sowie der anderen Lohnarbeiter (soweit dieselben nicht gesetzlich oder statutarisch der Krankenversicherung unterliegen

§§ 1—3b des KVG. v. 15. Juni 1883, bezw. 10. April 1892, RGBl. 1892 S. 417, Art. 1, 2 des Ausf.Ges. hiezu v. 26. Mai 1892, GVBl. S. 144)

vgl. insbesondere:

Armengef. Art. 20;

über Arbeiter-Krankenversicherung s. überhaupt Bd. III §§ 158 ff., 169.

Art. 21 des Armengef. vom 29. April 1869 ist durch

Art. 4 des Ausf.Ges. v. 28. Febr. 1884 zum KVG. v. 15. Juni 1883, GVBl. S. 75, vgl. Art. 6 des cit. Ausf.Ges. v. 26. Mai 1892,

aufgehoben worden.

Ueber die Bedeutung der Krankenhaustarife vgl.:

Armengeſ. Art. 13 Abſ. 3 (Faſſung v. 3. Febr. 1888),
ME. v. 17. Febr. 1888 Ziff. 6 mit 9, MABl. S. 65,
ME. v. 12. Juni 1889.

Ueber die Benachrichtigung der auswärtigen erſatzpflichtigen Gemeinde Seitens der hilfeleiſtenden Armenpflege bezw. Krankenanſtalt ſ.:

Art. 31 des Armengeſ. und unten Bd. III § 169 Ziff. 5,
Rasp, Kommentar z. KVG. S. 320 ff.,
Reger-Krais, Erläut. z. Armengeſ. S. 55.

2. Die Errichtung diſtriktiver Krankenhäuſer ſoll ſchon nach älteren Miniſterial-Entſchließungen thunlichſt gefördert, kann jedoch nicht erzwungen werden, wogegen die Unterhaltung der beſtehenden Diſtrikts-Krankenanſtalten eine geſetzliche Diſtriktslaſt iſt.

Armengeſ. Art. 38, 39,
Diſtriktsrathsgeſ. Art. 27, 29,
ME. v. 23. April 1855, 11. Mai 1857, 27. Nov. 1859, 16. Juli 1860 und 16. Mai 1863,
Lermann, Diſtriktsgemeindeordnung S. 194 ff.,
Bl. f. a. Pr. Bd. 45 S. 97, 188, Bd. 46 S. 29, 360.

Der Diſtriktsarmenpflegſchaftsrath hat nach

Art. 11 und 16 des Diſtriktsrathsgeſ.

die Jahresvoranſchläge der Diſtriktskrankenanſtalten feſtzuſtellen, deren Rechnungen zu prüfen und vorbehaltlich der Regierungsgenehmigung die Anſtaltsordnungen vorzuſchlagen; die Beaufſichtigung der gemeindlichen und diſtriktiven Krankenanſtalten, Spitäler u. dgl. liegt den Bezirksärzten ob, welche auch bei Aufſtellung des Perſonals zu hören ſind.

Armengeſ. Art. 40,
ME. v. 11. Jan. 1870, Weber VIII. 483,
Med.Ed. v. 8. Sept. 1808 § 11 lit. i, RBl. S. 2189.

Die periodiſchen Viſitationen der Wohlthätigkeitsanſtalten durch die Bezirksämter bemeſſen ſich nach

ME. v. 1. Febr. 1878, MABl. S. 30,
ME. v. 4. Febr. 1879, MABl. S. 81; vgl. auch:
Form.V. v. 17. Dez. 1825 § 54,
ME. v. 16. Juli 1860, unterfr. KABl. S. 1265.

Ueber Morbiditäts-Erhebungen in Krankenhäuſern u. ſ. w. vgl.:

ME. v. 17. Jan. 1881, MABl. S. 13.

Ueber Einführung von Desinfektionsapparaten in Krankenhäuſern ſ.:

ME. v. 12. Juli 1889.

3. Die wegen ihres Alters oder schweren Körpergebrechens einer besonderen Pflege

Armengeſ. Art. 10 Abs. 2 Ziff. 1

bedürftigen Armen sind in Verpflegungsanstalten

(vgl. über deren Begriff Art. 32 ff. der Armenverordnung v. 17. Nov. 1816, Döll. Bd. 12 S. 275)

oder in den für gewisse Zustände der Hilfsbedürftigkeit (Blindheit, Taubstummheit, Epilepsie, Kretinismus) speziell bestimmten Anstalten unterzubringen; vgl.:

VGHE. II. 549.

Ueber die Erfüllung der Obliegenheit in Art. 10 Abs. 2 Ziff. 1, insbesondere über Errichtung, Unterhaltung und Beaufsichtigung gemeindlicher oder distriktiver Spitäler, Pfründner- und Armenpflegeanstalten gelten im Wesentlichen dieselben Grundsätze, wie für die Krankenanstalten; in der Regel und soweit nicht etwa bestehende Wohlthätigkeitsstiftungen in Betracht kommen, hat daher die Selbstbestimmung der Gemeinden in Unterbringung der Hilfsbedürftigen und bezw. bei der Wahl der dazu erforderlichen Einrichtungen freien Spielraum.

Ueber die König Ludwig I.-Stiftung zur Heilung armer Augenkranker und Krüppelhafter vgl.:

A. E. v. 2. Juli 1865, KMBl. S. 186.

Die für spezielle Zustände der Hilfsbedürftigkeit bestimmten Anstalten, zu welchen hier des Zusammenhangs wegen nicht blos die für dauernde Unterbringung, sondern auch die für Erziehung und Ausbildung gewisser Klassen von Hilfsbedürftigen bestimmten Anstalten gerechnet sind, werden nach

Art. 1 des Kreislasten-Ausscheidungsgeſ. v. 23. Mai 1846, GBl. S. 45,
Art. 15 des Landrathsgeſ. v. 28. Mai 1852, GBl. S. 269,

hauptsächlich von der Kreisarmenpflege zu errichten und zu unterhalten sein.

Derartige Anstalten sind:

a) Blindeninstitute; vgl:

über das Centralblindeninstitut in München:

Döll. Bd. 9 S. 1716 und Bd. 24 S. 482,
ME. v. 8. Dez. 1865, KMBl. S. 291,
MB. v. 14. Dez. 1877, GVBl. S. 576,
ME. v. 6. Mai 1878, Weber XII. 284 (Freiplätze),
MB. v. 26. Febr. 1883, KMBl. S. 72,
MB. v. 27. Mai 1890, KMBl. S. 216,
ME. v. 20. Nov. 1892, KMBl. S. 347 (Versorgungsanstalt);

über das unterfränkische Blindeninstitut:
unterfr. KJBl. 1853 S. 329;
über die Universitätsaugenklinik München vgl.:
MB. v. 19. Mai 1879, MABl. S. 225; s. auch Martin II. 858 ff.

b) Taubstummeninstitute; vgl.:
über das Centraltaubstummeninstitut in München:
Döll. Bd. 24 S. 503,
ME. v. 3. Nov. 1874, KMBl. S. 476 (Statuten),
ME. v. 3. März 1852 und v. 8. März 1856, Weber X. 487,
cit. ME. v. 14. Dez. 1877 und v. 6. Mai 1878;
über das unterfränkische Taubstummeninstitut:
unterfr. KJBl. 1835 S. 585 und Jahrgang 1841 S. 664.

c) Kretinsanstalten (solche befinden sich in Ecksberg, Glött, Neuendettelsau und Polsingen);
vgl. auch ME. v. 25. April 1841, Döll. Bd. 30 S. 228.

d) Anstalten für Epileptische;
vgl. über die unterfränkische Anstalt:
unterfr. KJBl. 1827 S. 1145.

e) Anstalten für Unheilbare und mit Ekel erregenden Krankheiten Behaftete;
vgl. über die unterfränkische Kreisanstalt:
KABl. 1860 S. 125, 1862 S. 51 und 1870 S. 681.

f) Anstalten für krüppelhafte Kinder;
vgl. über die desfallsige Erziehungs-Anstalt in München:
Döll. Bd. 24 S. 529, KMBl. 1868 S. 317,
A. E. v. 31. Okt. 1876, GVBl. S. 827,
MB. v. 18. Jan. 1877, KMBl. S. 35,
cit. ME. v. 14. Dez. 1877 und v. 6. Mai 1878;
s. auch VGHE. XVIII. 24.

g) Entbindungsanstalten;
s. die Satzungen der unterfränkischen Kreisanstalt im
KABl. 1857 S. 757.

In gewisser Hinsicht gehören auch Findel- und Waisenhäuser hierher, siehe übrigens den Abschnitt „Armenwesen" (Bd. III § 170).

Ueber die Aufnahme in das Juliusspital zu Würzburg vgl.:

a) bezüglich der Krankenaufnahme:
unterfr. KJBl. 1838 S. 779, 1845 S. 173,
RE. v. 29. August 1851;

b) bezüglich der Geisteskranken insbesondere:
RE. v. 28. April 1823, KJBl. S. 942, und v. 14. Juli 1854, KABl. S. 895;

c) bezüglich der Pfründneraufnahme:
RA. v. 14. Dez. 1843, KJBl. S. 731.

Ueber Fahrpreisermäßigung bezüglich unbemittelter Kranker bei Reisen von und nach öffentlichen Heilanstalten, dann Blindenanstalten u. dgl. s.:
ME. v. 7. Mai 1891, MABl. S. 181,
ME. v. 20. Juli 1889, KMBl. S. 185, und Weber XIX. 700 Note 2,
ME. v. 25. Febr. 1897, MABl. S. 69.

4. Ueber die Vorsorge für Geisteskranke vergleiche das oben in § 107 (S. 116 f.) Bemerkte, ferner:
ME. v. 30. Dez. 1851, Döll. Bd. 30 S. 225, Weber IV. 310,
ME. v. 15. Mai 1876 Ziff. 10, MABl. S. 233,
wonach den Distriktspolizeibehörden die Verzeichnung, den Bezirksärzten die periodische Untersuchung der Geisteskranken, dann die fortwährende Beaufsichtigung der Lage derselben und die Obsorge für die Unterbringung derselben aufgetragen ist, endlich
ME. v. 9. Nov. 1895 (Kreisirrenanstalten).

Geisteskranke, welche der nothwendigen Aufsicht und Pflege entbehren, sind von der Lokalarmenpflege in einer Irrenanstalt unterzubringen.
Armenges. Art. 10 Abs. 2 Ziff. 2, Art. 12 Ziff. 1, 2; vgl.:
VGHE. III. 54, XII. 125, XIV. 343.

Die auf Verpflegung hilfsbedürftiger Geisteskranker (und Gebärender) erwachsenden Kosten sind auch in Fällen des Art. 11 Abs. 1, 2 des Armengesetzes von der Heimathgemeinde zu tragen.
Armenges. Art. 11 Abs. 3.

Besondere Staatsverträge wegen Uebernahme geisteskranker Personen bestehen mit

Frankreich:
ME. v. 13. August und 31. Dez. 1864, dann v. 29. März 1866, Weber VI. 604,
ME. v. 17. Juni 1881, MABl. S. 210,
ME. v. 28. Dez. 1888, MABl. S. 475;

Belgien:
ME. v. 5. März 1868, RBl. S. 435,
ME. v. 3. Sept. 1877, MABl. S. 320;

Oesterreich:
ME. v. 7. Jan. 1870, Weber IV. 580.

Bezüglich Italiens vgl.:
ME. v. 1. Okt. 1895.

Die Eisenacher Konvention vom 11. Juli 1853 findet auch auf Geisteskranke Anwendung; vgl. oben § 89 S. 33 und unten § 169, dann

ME. v. 20. Dez. 1870, Weber IV. 581,
Reger I. 416.

Siehe ferner über die Benennung der Vorstände (Direktoren) der Kreis-Irrenanstalten:

ME. v. 7. April 1873, RBl. S. 683;

über Irrenanstalten und Unterbringung Geisteskranker überhaupt:

Döll. Bd. 30 S. 213 ff., sowie oben § 107 S. 116 f., insbesondere
ME. v. 1. Jan. 1895, MABl. S. 2,
Bl. f. a. Pr. Bd. 23 S. 412;

über Versorgung geisteskranker Offiziere in Irrenanstalten:

Kr.ME. v. 29. Mai 1884.

5. Unternehmer von Privat-Kranken-Anstalten, von Privat-Entbindungs- und -Irren-Anstalten bedürfen einer Konzession der Distriktsverwaltungsbehörde, welche insbesondere wegen feststehender Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Bezug auf Leitung oder Verwaltung der Anstalt, sowie dann versagt werden kann, wenn nach den vorgelegten Beschreibungen und Plänen die baulichen und sonstigen technischen Einrichtungen der Anstalt den gesundheitspolizeilichen Anforderungen nicht entsprechen.

Gewerbeordn. § 30 Abs. 1 (erweiterte Fassung der Nov. v. 6. August 1896),
§§ 40, 49, 53, 54, 147 Abs. 1 Ziff. 1,
VV. hiezu v. 29. März 1892 § 10,
Reger, Gewerbeordn. II. Aufl. S. 46,
Landmann-Rohmer, Komment. S. 233.

Durch Gewerbeordnung § 30 Abs. 1 ist Art. 129 Abs. 1 des PStr.GB. ersetzt; die Errichtung von Badeanstalten, welche nicht zugleich Heilanstalten sind, ist freigegeben, jedoch mit der Maßgabe, daß deren Betrieb wegen Unzuverlässigkeit des Unternehmers untersagt werden kann.

Gewerbeordn. § 35 Abs. 1,
Reger IX. 413, XIII. 355, XIV. 118, XV. 126, XVI. 127,
vgl. auch ME. v. 23. April 1857, Weber V. 47.

An Stelle des Art. 129 Abs. 2 des PStr.GB. ist § 15 Abs. 2 und § 53 der Gewerbeordn. anzuwenden.

Die leitenden Gesichtspunkte hinsichtlich der Anlage und des Betriebs von Privatirrenanstalten, sowie Direktiven für die Errichtung neuer und Kontrole bestehender Privatirrenanstalten sind niedergelegt in der

MB. v. 3. Dez. 1895, MABl. S. 635.

Für die Instruktion von Konzessionsgesuchen nach § 30 der Gewerbeordn. bietet auch die

ME. v. 20. Dez. 1864, Weber VI. 394,

einige Anhaltspunkte; vgl. ferner:

Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 330, Bd. 27 S. 390, Bd. 28 S. 279, Bd. 29 S. 214,

Entsch. des preuß. Oberverw.Ger. Bd. 6 S. 257,

Reger I. 14, VI. 165, IX. 413, X. 3, XIII. 266, 354, XVI. 127, 229.

Ueber die den Vorständen der Entbindungs-Anstalten u. dgl. obliegende Pflicht zur Anzeige von Geburten u. s. w. vgl.:

Reichsges. v. 6. Febr. 1875 über Beurkundung des Personenstandes u. s. w. §§ 20, 23, 58, 68, RGBl. S. 23,

ME. v. 13. Dez. 1875, MABl. S. 713,

ME. v. 13. April 1896, MABl. S. 112.

6. Ueber Anzeigen bei Entstehung von Heilanstalten dgl.:

ME. v. 10. Dez. 1875 Ziff. 9, MABl. S. 707;

über Morbiditätsanzeigen und Jahresberichte der Vorstände solcher Anstalten:

Ziff. 1—7 vorerwähnter ME. und

ME. v. 30. April 1878, MABl. S. 147,

ME. v. 17. Jan. 1881, MABl. S. 13,

ME. v. 1. Febr. 1881, Kuby II. 139.

7. Ueber Quartierbefreiung der Krankenhäuser u. s. f. vgl.:

Quartierleist.Ges. v. 25. Juni 1868 § 4 Abs. 2 Ziff. 6, GBBl. 1875 S. 189, BGHE. IX. 137.

Viertes Kapitel.

Veterinärwesen.*)

§ 117. Thierärzte.

1. Die Vorschriften der Gewerbeordnung über Approbation, Titelführung u. dgl.

§§ 29, 53 Abs. 1, §§ 54, 147 Abs. 1 Ziff. 3 (vgl. oben S. 143 ff.)

finden auch auf Thierärzte Anwendung.

In Bezug auf die Prüfungsvorschriften s. nunmehr:

RKB. v. 27. März 1878, abgedruckt im MABl. 1878 S. 106, dann RKB. v. 13. und MB. v. 28. Juli 1889, MABl. S. 249, 257, mit dem revidirten Texte.

---

*) Vgl. die bei § 104 (S. 97) cit. Schrift von Junginger, dann Martin a. a. O. Bd. I S. 292 mit 390, Bd. II S. 184 mit 280.

Ueber die früheren einschlägigen Vorschriften vgl.:

Bd. I S. 418 der ersten Auflage, dann
ME. v. 4. Sept. 1875, KMBl. S. 346.

Die Vornahme von Heilversuchen ist an sich freigegeben; eine Ausnahme kann auf Grund des

§ 23 Abs. 1 des Seuchenges. v. 1. Mai 1894, RGBl. S. 409,

verfügt werden.

In Bezug auf die thierärztliche Hochschule vgl.:

V. v. 29. Mai 1852, RBl. S. 665, dann
Satzungen v. 29. Nov. bezw. 8. Dez. 1889 (nicht veröffentlicht),
MV. v. 28. Juli 1890, GVBl. S. 530,
V. v. 30. Juni 1892, GVBl. S. 338.

Für die Erlangung der Funktion eines amtlichen Thierarztes ist eine eigene Prüfung vorgeschrieben.

§§ 17 ff. der V. v. 20. Juli 1872, das Civilveterinärwesen betr., RBl. S. 1585.

2. Die dermalige Regelung des Civilveterinärwesens beruht hauptsächlich auf der vorerwähnten V. vom 20. Juli 1872; hiezu kommen noch:

a) die V. vom nämlichen Tage, die Gebühren für die Dienstleistungen der Thierärzte betr. (RBl. S. 1605), modificirt durch

V. v. 18. Dez. 1875 (GVBl. S. 852); vgl. auch:
Gewerbeordn. § 80 Abs. 2 und
V. v. 11. Febr. 1875 § 17 Abs. 2 (GVBl. S. 105).

b) die gleichfalls am 20. Juli 1872 erlassene V. über die Taxe der von den Thierärzten dispensirten Arzneimittel (RBl. S. 1623), modificirt durch

V. v. 4. Dez. 1875, GVBl. S. 761, und
MV. v. 13. Jan. 1883, GVBl. S. 39.

c) die V. vom 11. Februar 1877, die thierärztlichen Kreisvereine betr. (GVBl. S. 39).

d) die V. vom nämlichen Tage, die Vertretung der Thierärzte im Obermedizinalausschusse betr. (GVBl. S. 42).

Ueber Bezirksthierärzte u. s. w. vgl. oben § 104 Ziff. 3 S. 103 ff.

Ueber die Satzungen des Unterstützungsvereins für die Hinterbliebenen bayerischer Thierärzte, dann des Leichenkassenvereins der Thierärzte vgl.:

Martin a. a. O. Bd. II S. 240 ff., 252,
ME. v. 26. Juli 1881, MABl. S. 277.

Nach § 2 der V. vom 20. Juli 1872 über Civilveterinärwesen, welcher durch

§ 5 der V. v. 11. August 1873, die Ausübung der Heilkunde betr., RBl. S. 1313,

ausdrücklich aufrecht erhalten ist, haben Thierärzte von der Wahl ihres Wohnorts bei der Distriktspolizeibehörde des letzteren noch vor Beginn der Praxis und ebenso von einer beabsichtigten Wohnsitzveränderung Anzeige zu erstatten.

PStr.GB. Art. 128.

Ueber die Befugnisse der Thierärzte zur Abgabe von Thierarzneien s.:

V. v. 8. Dez. 1890 § 28 Ziff. 3, GVBl. S. 635, das Arzneibuch u. s. f. betr.,

§ 22 Ziff. 1 der V. v. 16. Juni 1895, GVBl. S. 267.

Die thierärztliche Verpflichtung zur Anzeige ansteckender Viehkrankheiten bemißt sich nach

§ 9 Abs. 3 und § 65 Ziff. 2 des rev. Seuchenges. v. 1. Mai 1894, RGBl. S. 409 (vgl. PStr.GB. Art. 72).

Ueber Futtermittelüberwachung durch die Thierärzte s.:

ME. v. 8. März 1893.

Die Thierärzte stehen unter Aufsicht der Distriktspolizeibehörden und Bezirksthierärzte.

§ 20 der V. v. 20. Juli 1872 über Civilveterinärwesen.

Eine Verpflichtung derselben wird, da auch die Verpflichtung der nichtamtlichen Aerzte (§ 113 Ziff. 3 S. 147) hinweggefallen ist, nicht mehr stattzufinden haben; über Qualifikation der Thierärzte s.:

ME. v. 20. Juli 1878, MABl. S. 247;

über thierärztliche Personallisten:

ME. v. 5. Juli 1874, MABl. S. 350, und
ME. v. 2. Dez. 1875, MABl. S. 670.

Die Kastration der Hausthiere ist kein Zweig der Thierheilkunde und darf auch als Wandergewerbe betrieben werden, vorbehaltlich des Verbots der Abgabe von Gift und Arzneien.

VGHE. IV. 94,
O. E. im MABl. 1883 S. 24.

§ 118. Viehseuchen.*)

1. Auf Grund des Art. 4 der Reichsverfassung erging zunächst das

Ges. v. 7. April 1869, Maßregeln gegen die Rinderpest betr., Beil. I zum GBl. 1871/72, mit

Instr. v. 9. Juni 1873, RGBl. S. 147, und

MB. v. 8. August 1873, RBl. S. 1257,

Reichsges. v. 21. Mai 1878, RGBl. S. 95,

dann das

Reichsges. v. 25. Febr. 1876, betr. die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehbeförderungen auf Eisenbahnen, RGBl. S. 163, mit

RKB. v. 20. Juni 1886, GVBl. S. 575,

MB. v. 14. August 1886, GVBl. S. 569,

endlich das

Reichsges. v. 23. Juni 1880 über Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, RGBl. S. 153, modificirt und neu redigirt durch Reichsges. v. 1. Mai 1894, RGBl. S. 405, 409,

zu dessen §§ 19—29 zu vergleichen sind die vom Bundesrathe erlassene

Instr. v. 27. Juni 1895, RGBl. S. 357,

und die landesrechtlichen Vollzugsbestimmungen:

Ausf.Ges. v. 21. März 1881, GVBl. S. 123, erweitert durch

Ges. v. 26. Mai 1892, GVBl. S. 142 (Milzbrandentschädigung),

Vollzugsverordn. v. 23. März 1881, GVBl. S. 129,

Vollzugsvorschr. v. 24. März 1881, GVBl. S. 134, mit Anlage: „gemeinfaßliche Belehrung über die im Seuchengesetze behandelten Krankheiten der Hausthiere".

Durch die reichsrechtliche Regelung der Seuchenpolizei ist die Strafbestimmung des

Str.GB. § 328, vgl. PStr.GB. Art. 2 Ziff. 1,

Reger II. 420, IV. 73, 210, 340, V. 359, 445, VI. 290, 329, IX. 79, XI. 208, XIII. 62, 208, XVI. 72, XVII. 191, 192, Erg.Bd. I. 141,

O. E. im MABl. 1879 S. 106, 1891 S. 246,

Rechtsspr. des RG. I. 5, 132,

RGE. I. 213, II. 114, VI. 159, XVII. 72

unberührt geblieben, wogegen die

Art. 67 Abs. 2, 3, Art. 69 des PStr.GB.,

soweit dieselben reichsgesetzlich behandelte Viehseuchen betreffen, außer Wirksamkeit getreten sind.

---

*) Vgl. Göring, die Viehseuchengesetze des Deutschen Reiches und des Königreiches Bayern (2. Aufl., München 1895) und „die Veterinär-Verwaltung nach reichsgesetzlichen Bestimmungen" (Separat-Abdruck aus den Annalen des Deutschen Reiches), München und Leipzig 1882; Windstoßer, Gesetze und Verordnungen zur Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen (4. Aufl., Ansbach 1895); Reuter, die deutsche Viehseuchengesetzgebung 2c. 2c. (München 1896).

2. Der allgemeine Inhalt des Seuchengesetzes und der hiezu ergangenen Vollzugsbestimmungen ist folgender:

Das Seuchengesetz regelt das Verfahren zur Abwehr und Unterdrückung übertragbarer Seuchen der Hausthiere, mit Ausnahme der Rinderpest. Dasselbe unterscheidet zunächst seuchenkranke Thiere, dann solche, welche Erscheinungen zeigen, die den Ausbruch einer übertragbaren Seuche befürchten lassen (der Seuche verdächtige Thiere) und solche, welche vermuthen lassen, daß sie den Ansteckungsstoff aufgenommen haben (der Ansteckung verdächtige Thiere).

Seuchenges. § 1.

Die Anordnung der Abwehr- und Unterdrückungsmaßregeln und die Leitung des Verfahrens liegt regelmäßig den Behörden der inneren Verwaltung ob

Seuchenges. § 2 (vgl. §§ 4, 5),
Ausf.Ges. Art. 6,
Vollzugsverordn. §§ 1, 12,
Reger X. 118

unter Mitwirkung staatlich angestellter oder bestätigter Thierärzte

Seuchenges. § 2 Abs. 3,
Vollzugsverordn. § 2,
Vollzugsvorschr. Ziff. 1,
ME. v. 16. März 1881,
Reger XV. 72,

ausnahmsweise den Militärbehörden, den Vorständen der Remontedepots, der landesherrlichen und Staats-Gestüte hinsichtlich der denselben unterstellten Bestände; vgl. hierüber und bezüglich der von den Distriktsverwaltungsbehörden an die Landgestütsbehörden zu erstattenden Mittheilungen über Seuchenausbrüche:

Seuchenges. § 3,
Vollzugsverordn. § 11,
ME. v. 14. Jan. 1879, MABl. S. 14,
ME. v. 10. Jan. 1881, MABl. S. 2,
ME. v. 9. Nov. 1881, MABl. S. 454.

Als Maßregeln zur Abwehr der Einschleppung von Seuchen aus dem Auslande sind insbesondere Einfuhr- und Verkehrsbeschränkungen

Seuchenges. §§ 6, 7, 65 Ziff. 1, § 66 Ziff. 1, § 67,
Vollzugsverordn. §§ 8 und 9,
Reger X. 122,

sowie Revisionen des in den Grenzbezirken vorhandenen Viehbestandes mit regelmäßiger Kontrole des Zu- und Abganges

Seuchenges. §§ 8, 66 Ziff. 2, § 67,

Vollzugsverordn. § 8,
Reger IX. 367, XV. 212, XVI. 191, 442 f.

gestattet.

Siehe ferner das Viehseuchen-Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn vom 6. Dezember 1891, RGBl. 1892 S. 90, und die hiezu ergangenen

MB. v. 12. Jan. 1893, GVBl. S. 31 (mehrfach durch spätere Bestimmungen modificirt),
MB. v. 20. Febr. 1893, GVBl. S. 57, mit den daselbst allegirten älteren Bestimmungen,
MB. v. 8. März 1893, GVBl. S. 65,
MB. v. 8. März 1894, MABl. S. 145 (Ursprungszeugnisse)

und zahlreiche Vorschriften transitorischer Natur;*)

bezüglich Italiens s.:

MB. v. 9. Dez. 1893, GVBl. S. 347;

bezüglich der Schweiz:

§ 4 der cit. MB. v. 12. Jan. 1893;

endlich bezüglich der Einfuhr überseeischer Wiederkäuer und Schweine:

MB. v. 22. Jan. 1896, MABl. S. 41;

vgl. übrigens auch unten Ziff. 5.

Vgl. bezüglich der Kontrolthierärzte:

Dienstesinstr. v. 12. April 1880, MABl. S. 159,
ME. v. 6. Juni 1888 (Gebühren),
ME. v. 10. August und 7. Okt. 1880, 12. Nov. 1884, 25. Febr. 1891.

Zur Unterdrückung der Seuchen im Inlande wird den Besitzern von Hausthieren und den Stellvertretern der Besitzer, dann aber auch den Thierärzten, Fleischbeschauern u. dgl. die Verpflichtung auferlegt, von dem Ausbruche gewisser Seuchen oder von verdächtigen Erscheinungen, welche den Ausbruch einer solchen Seuche befürchten lassen, sofort der Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten; für die erstgenannten Personen besteht ferner die Verpflichtung, die kranken oder verdächtigen Thiere von Orten, an welchen fremde Thiere angesteckt werden können, fern zu halten.

Seuchengeſ. §§ 9 und 10; vgl. §§ 63 und 65 Ziff. 2 mit § 67,
Vollzugsverordn. § 3,
O. E. im MABl. 1896 S. 417,
VGHE. III. 689, IV. 71, 104, 188, VIII. 276, X. 361, 371, XIII. 276, XV. 68,
Reger IX. 368, X. 118, XIII. 327, XVI. 323.

---

*) Vgl. unten S. 181 Anm. *, dann Göring, Viehseuchengesetze u. s. w. S. 193 ff., und Reuter, Viehseuchengesetzgebung u. s. w. S. 316 ff. (auch über Vieheinfuhr aus Rußland, Holland u. dgl.).

Die Ortspolizeibehörde hat der vorgesetzten Distriktspolizeibehörde alsbald Anzeige zu erstatten und die erforderlichen Schutzmaßregeln vorläufig anzuordnen.

Vollzugsverordn. § 4.

Die Polizeibehörde (Distriktspolizeibehörde) hat unter Zuziehung des beamteten Thierarztes — welcher gemäß

Seuchengeſ. § 17

auch ohne vorliegenden Seuchenverdacht alle Vieh- und Pferdemärkte und die öffentlichen Schlachthäuser

ME. v. 8. Juni 1884, MABl. S. 148,
ME. v. 14. Juli 1884, MABl. S. 185,
ME. v. 7. Febr. 1885, 26. Jan. 1887, 30. Juni 1888,
ME. v. 1. Okt. 1884 und v. 30. April 1885 (Exportviehmärkte), ME. v. 19. Juli 1886 (Reinigung der Marktplätze 2c.), Weber XVIII. 166

sowie die zu Zuchtzwecken öffentlich aufgestellten Hengste u. s. w. zu beaufsichtigen hat

Vollzugsvorschr. Ziff. 8,
ME. v. 11. Juli 1881, Weber XIV. 749 (Gebühren)

und in eiligen Fällen zur vorläufigen Anordnung der nöthigen Schutzmaßregeln befugt ist

Seuchengeſ. §§ 12, 66 Ziff. 3 mit § 67,
Reger VI. 329, XIV. 82, XV. 76 —

die zur Ermittlung des Seuchenausbruches erforderlichen Anordnungen zu treffen

Seuchengeſ. §§ 12, 13, 16,
Vollzugsverordn. § 4,
Vollzugsvorschr. Ziff. 8,
ME. v. 23. Mai 1884, MABl. S. 131,
ME. v. 29. Okt. 1884, Weber XVI. 695 (Zuständigkeit zu Seuchengeſ. § 13),
ME. v. 12. April 1889

und (der Regel nach selbst) im Falle der Seuchengefahr die geeigneten Schutzmaßregeln zu treffen

Seuchengeſ. § 14,
Vollzugsverordn. §§ 5, 7,

deren Uebertretung, soweit es sich um wissentliche Zuwiderhandlungen gegen die anläßlich einer konkreten Seuchengefahr angeordneten Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln handelt, nach

Str.GB. § 328, vgl.
Reger II. 419, IV. 73, V. 445, VI. 329, XI. 68, XV. 76, XVI. 191, 192, Erg.Bd. I. 141,
O. E. im MABl. 1892 S. 247,
OLGE. VIII. 244, 293,

im Uebrigen nach

Seuchengeſ. § 66 Ziff. 4 mit § 67,
vgl. O. E. im MABl. 1896 S. 468

beſtraft wird; vgl. über das Verhältniß beider Strafgeſetze und der §§ 134 ff. des Vereinszollgeſetzes:

Reger II. 420, IV. 211, V. 89, 359, 445, VII. 454, IX. 79.

Als Schutzmaßregeln kommen in Betracht:

a) die Abſonderung, Bewachung und Beobachtung kranker, verdächtiger oder der Seuchengefahr ausgeſetzter Thiere (§ 19),

b) Beſchränkungen in der Art der Benützung, Verwerthung und des Transportes ſolcher Thiere, der von denſelben ſtammenden Produkte u. ſ. w. (§ 20),

c) Verbot gemeinſchaftlichen Weideganges, gemeinſchaftlicher Benützung von Brunnen u. ſ. w. (§ 21),

d) Sperre von Stallungen, Gehöften, Orten, Feldmarken u. ſ. w. (§ 22)

vgl. O. E. im MABl. 1895 S. 231, 277,
Reger XIV. 207, XVI. 192,

e) Impfung gefährdeter Thiere, thierärztliche Behandlung kranker Thiere, Beſchränkung in der Vornahme von Heilverſuchen (§ 23),

f) Tödtung kranker oder verdächtiger Thiere (§§ 24, 25) — vgl. Vollzugsverordn. § 7 und bezüglich der Obduktion Anlage B der Inſtruktion zu § 4 —,

g) unſchädliche Beſeitigung der Kadaver, der Streu, des Düngers, der Abfälle u. ſ. w. (§ 26),

h) Desinfektion der Stallungen und Standorte, des Düngers, dann von Gegenſtänden und ſelbſt von Perſonen, welche mit kranken Thieren in Berührung kamen (§ 27) — vgl. Anlage A der Inſtruktion zu § 3 —,

i) Einſtellung von Vieh- und Pferdemärkten, dann von öffentlichen Thierſchauen (§ 28)

ME. v. 12. April 1889,

k) thierärztliche Unterſuchung aller gefährdeten Thiere des Seuchenortes und der Umgebung (§ 29),

l) öffentliche Bekanntmachung des Ausbruchs und des Erlöſchens der Seuche (§ 29a).

Welche Schutzmaßregeln im einzelnen Falle vorzukehren ſind, bemißt ſich nach der Beſonderheit desſelben und der Größe der Gefahr, dann insbeſondere nach den für einzelne Arten von Seuchen in dem Geſetze oder der Inſtruktion enthaltenen oder vom kgl. Staatsminiſterium des Innern

zur wirksameren Bekämpfung einzelner Seuchen innerhalb der gesetzlichen Schranken weiter erlassenen Vorschriften; vgl. Ziff. 3 und

Seuchengeſ. §§ 18, 30,
Instr. § 1,
Reger XV. 76.

Hiezu kommen noch besondere Vorschriften für Schlachtviehhöfe und öffentliche Schlachthäuser

Seuchengeſ. §§ 53 mit 56,
Instr. § 2,
Vollzugsverordn. § 10,
Bl. f. a. Pr. Bd. 40 S. 65.

Für die auf polizeiliche Anordnung getödteten oder nach solcher Anordnung gefallenen, sowie für die in Folge einer polizeilich angeordneten Impfung eingehenden Thiere muß in der Regel Entschädigung aus Staatsmitteln geleistet werden.

Seuchengeſ. §§ 57 mit 64,
Ausf.Geſ. Art. 1 mit 7,
Vollzugsverordn. §§ 6, 12,
Vollzugsvorschr. Ziff. 2 bis 7,
ME. v. 18. Dez. 1887, Weber XVIII. 644,
VGHE. III. 632, 689, 734, IV. 71, 104, 188, 212, 265, 269, V. 104, 116, VI. 43, 46, 139, 202, VIII. 201, 246, 253, 276, X. 361, 371, XI. 364, XIII. 276, XV. 68, XVIII. 63,
Reger IV. 220, VII. 116, IX. 368, X. 118, XIII. 83, 327, XIV. 83, 84, XVI. 322;

weiter geht die Entschädigungspflicht bei Milzbrand, s. das

Geſ. v. 26. Mai 1892, GVBl. S. 142,

und unten Ziff. 3 lit. a S. 178.

Bezüglich der Kosten des Verfahrens vgl.:

Seuchengeſ. § 2,
Ausf.Geſ. Art. 8 bis 13,
Vollzugsverordn. § 13;

insbesondere über thierärztliche Besichtigungsgebühren:

MB. v. 20. Dez. 1879, GVBl. S. 1536, aufrecht erhalten durch
Vollzugsvorschr. Ziff. 10, abgeändert durch
MB. v. 22. Mai 1882, GVBl. S. 311, und näher ausgeführt durch
ME. v. 11. März 1880, MABl. S. 129;

über Gebühren und Reisekosten der bezirksamtlichen Beamten bei Reisen anläßlich des Ausbruches von Seuchen:

ME. v. 3. Mai 1881, MABl. S. 150.

Vgl. ferner über die von den Kreisregierungen zu erstattenden Anzeigen bei Maßregeln, welche auch fremde Staatsgebiete betreffen:

ME. v. 16. Mai 1881 Abs. 1, MABl. S. 174;

über den Nachrichtendienst in Viehseuchenangelegenheiten, insbesondere die monatlichen Anzeigen der amtlichen Thierärzte an das kaiserliche Gesundheitsamt:

ME. v. 31. März 1894, MABl. S. 151;

über Mittheilungen an die k. Landgestütsverwaltung:

ME. v. 14. Jan. 1879, MABl. S. 14,
ME. v. 10. Jan. und 9. Nov. 1881, MABl. S. 2, 454;

über Seuchenstatistik:

ME. v. 22. Dez. 1885, MABl. S. 341,
ME. v. 1. Nov. 1888, Weber XIX. 357,
ME. v. 10. Febr. 1892, MABl. S. 53,

womit noch die

älteren ME. v. 30. Dez. 1885, v. 20. Dez. 1887, v. 7. Febr. 1888, v. 12. Jan. 1889 (Austausch von Mittheilungen über den Stand der Viehseuchen), v. 6. März, 15. April, 21. Dez. 1889 und v. 16. März 1890

zu vergleichen sind.

3. Die besonderen Vorschriften, welche sich auf die einzelnen im Seuchengesetze behandelten Thierkrankheiten beziehen, sind folgende:

a) Milzbrand:

Seuchenges. § 11 (Entbindung von der Anzeigepflicht), § 15 (Nichtzuziehung des beamteten Thierarztes), §§ 31 bis 33 (Schutzmaßregeln), § 65 Ziff. 3 mit § 67 (Strafvorschriften),
Instr. §§ 5 bis 15, Anl. A § 11, Anl. B § 28,
Gemeinfaßliche Belehrung Ziff. I,
Vollzugsverordn. § 3 Abs. 2 (Entbindung von der Anzeigepflicht), aufgehoben durch V. v. 10. Juni 1892 § 1, GVBl. S. 268,
ME. v. 19. April 1881 (Weber XV. 57), 15. Juli 1892, 12. März 1894, 13. April 1897,
Reger XV. 72;

vgl. hierher auch:

ME. v. 29. April 1891, MABl. S. 171 (Einschleppung von Milzbrand durch ausländische Rohhäute).

Nach

Ges. v. 26. Mai 1892, GVBl. S. 142,

wird für getödtete oder gefallene Rinder oder Pferde, bei welchen der Milzbrand festgestellt wird, Entschädigung zu vier Fünfteln des gemeinen Werthes des Thieres aus der Staatskasse gewährt; vgl. hierher:

cit. V. v. 10. Juni 1892 § 2,
MB. v. 15. Juni 1892, GVBl. S. 269,
VGHE. XV. 68, XVII. 52, XVIII. 63,

dann zu Art. 6 des Ges. (Weidenvieh in benachbarten Grenzgebieten):
MB. v. 5. Juli 1892, MABl. S. 300.

b) Tollwuth:
Seuchenges. §§ 34 bis 39 (Schutzmaßregeln), § 62 (Versagung der Entschädigung), § 65 Ziff. 4 mit § 67 (Strafvorschriften),
Instr. §§ 16 bis 31, Anl. A § 12, Anl. B § 29,
Ausf.Ges. Art. 2 (keine Entschädigung),
Gemeinfaßliche Belehrung Ziff. VIII,
Reger V. 445, XI. 208,
O. E. im MABl. 1891 S. 246.

c) Rotz der Pferde u. s. w.:
Seuchenges. §§ 40 bis 43 (Schutzmaßregeln), § 44 (Anzeige an die Militärbehörde), §§ 59, 61 und 62 (Entschädigung), § 65 Ziff. 5 mit § 67 (Strafvorschriften),
Instr. §§ 32 bis 56, Anl. A § 13, Anl. B § 30,
Vollzugsverordn. § 7 (Anordnung der Tödtung durch die Kreisregierung),
Gemeinfaßliche Belehrung Ziff. IV,
Bl. f. a. Pr. Bd. 31 S. 347,
VGHE. VI. 46, 202, XI. 364, XIII. 276,
Reger VI. 332, VII. 116, XIII. 83.

d) Maul- und Klauenseuche:
Seuchenges. § 15 (Umgangnahme von amtsthierärztlicher Feststellung), § 44a (Schutzmaßregeln), § 66 Ziff. 4 mit § 67 (Strafvorschrift),
Instr. §§ 57 bis 69, Anl. A § 14, Anl. B § 31,
Gemeinfaßliche Belehrung Ziff. II,
ME. v. 1. Okt. 1884 (Weber XVIII. 166), 12. April 1889, 27. März 1890, 16. Juni 1891, 26. Dez. 1890 und 31. Okt. 1892 (Ausfuhr), 11. Nov. 1892 (Beihilfen bei Viehverlust), 3. Jan. und 2. Dez. 1896 (Nachrichten), 18. Dez. 1896 (Handelsvieh), 12. März 1897 (Schlachthaus München), 13. März 1897 (Sperre-Aufhebung),
ME. v. 19. Juli 1886, Weber XVIII. 165 (Verschleppung aus dem Inland),
ME. v. 21. Dez. 1889, betr. gegenseitige Mittheilungen über den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in den Grenzbezirken,
MB. v. 14. Febr. 1890 über den Handel mit Schweinen im Umherziehen, GVBl. S. 101, mit ME. v. 27. März 1890,
MB. v. 3. Nov. 1896, GVBl. S. 623, wandernde Schafheerden betr.,
O. E. im MABl. 1893 S. 359, 1895 S. 277, 1897 S. 163,
Reger XIII. 207, XVI. 192.

e) Lungenseuche des Rindviehs:
Seuchenges. § 45 (Schutzmaßregeln), §§ 59, 61 und 62 (Entschädigung), § 66 Ziff. 4 mit § 67 (Strafvorschrift),

Instr. §§ 70 bis 91, Anl. A § 15, Anl. B § 32,
Vollzugsverordn. § 7 (Anordnung der Tödtung durch die Kreisregierung),
Gemeinfaßliche Belehrung Ziff. III,
ME. v. 13. Jan. 1881, 9. Febr. 1882, 29. Juli 1885 (Verfahren), 30. März 1886, 20. Dez. 1887 (Sperre u. s. w.),
ME. v. 14. Jan. 1887, betr. Maßregeln gegen Einschleppung von Thieren, welche die Lungenseuche überstanden haben,
VGHE. VI. 46.

f) Pockenseuche der Schafe:
Seuchenges. §§ 46 bis 49 (Schutzmaßregeln), § 65 Ziff. 6 mit § 67 (Strafvorschriften),
Instr. §§ 92 bis 109, Anl. A § 16, Anl. B §§ 33 ff.,
Gemeinfaßliche Belehrung Ziff. V.

g) Beschälseuche, Bläschenausschlag:
Seuchenges. §§ 50, 51 (Schutzmaßregeln), § 65 Ziff. 7 mit § 67 (Strafvorschriften),
Instr. §§ 110 bis 119, Anl. A § 17,
Vollzugsverordn. § 7 (Zuständigkeit der Kreisregierung),
Gemeinfaßliche Belehrung Ziff. VI.

h) Räude der Pferde u. s. w.:
Seuchenges. § 52 (Schutzmaßregeln),
Instr. §§ 120 bis 132, Anl. A § 18,
Gemeinfaßliche Belehrung Ziff. VII,
ME. v. 23. Juni 1889 (Offizierspferde),
dann in Bezug auf Maßregeln gegen die Schafräude ME. v. 30. Dez. 1882 (MABl. 1883 S. 4), MB. v. 17. Juni 1883 (GVBl. S. 381), ME. v. 11. Juni und 13. Nov. 1884, 7. Febr. 1885, 30. Juni 1888, 5. März 1889 (Weber XIX. 438), 14. März 1890, 27. Mai 1891, 31. März 1892 (Heilverfahren), 2. Juli 1894, 21. Febr. 1896 und 18. März 1897.

4. Durch das Seuchengesetz werden die besonderen Vorschriften nicht berührt, welche zur Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehbeförderungen auf Eisenbahnen ergangen sind; vgl.:
Seuchenges. § 68, dann
Reichsges. v. 25. Febr. 1876, RGBl. S. 163,
ME. v. 29. Mai 1879, MABl. S. 267,
RKB. v. 20. Juni 1886, RGBl. S. 200, und
MB. v. 14. August 1886, GVBl. S. 569,
ME. v. 10. August und 1. Okt. 1884, 30. April 1885, 19. Juli 1886, Weber XVIII. 165, s. auch:
MB. v. 2. Sept. 1879 § 9, GVBl. S. 1086, mit
MB. v. 27. Juni 1893, GVBl. S. 255,
ME. v. 12. Jan. 1888, Weber XVIII. 693,
dann unten S. 182, sowie § 162 Ziff. 2 lit. e.

5. Ebenso bleiben nach § 1 des Seuchengesetzes die besonderen Vorschriften bezüglich der Rinderpest in Geltung;*)

Vollzugsvorschr. v. 24. März 1881 Ziff. 10,
vgl. Reger V. 455.

Das norddeutsche Bundesgesetz vom 7. April 1869, Maßregeln gegen die Rinderpest betr., wurde durch Reichsgesetz vom 2. November 1871 in Bayern eingeführt; vgl.:

RGBl. 1871 S. 372, Beil. I zum bayer. GBl. 1871/72.

Dasselbe normirt in § 3 insbesondere auch die Entschädigung des Besitzers der auf behördliche Anordnung getödteten Thiere, vernichteten Sachen und enteigneten Plätze;

vgl. Reger III. 184, 422.

Strafbestimmungen gegen Uebertretungen der zur Abwehr der Rinderpest erlassenen Vieheinfuhrverbote enthält das

Reichsges. v. 21. Mai 1878, RGBl. S. 95; vgl. auch:
§§ 134 ff. des Vereinszollges. v. 26. Sept. 1869, GBl. S. 1381,
O. E. im MABl. 1879 S. 106 und
Rechtsspr. d. RG. Bd. 1 S. 267, 383, 582, 681,
Bl. f. a. Pr. Bd. 38 S. 108.

Durch das angeführte Reichsgesetz vom 21. Mai 1878 wurden aus dem Thatbestande des Str.GB. § 328 die vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen die bezüglichen Beschränkungen und Verbote der Einfuhr lebender Wiederkäuer ausgeschieden; vgl.:

Reger I. 89, IV. 73, 75, 340, V. 251, VII. 109, 304, VIII. 129, 428, IX. 125, XIII. 62, 208;

über den Strafschärfungsgrund des § 2 s.:

Reger I. 321, IV. 209, VII. 304;

soweit die Voraussetzungen des Reichsgesetzes vom 21. Mai 1878 nicht zutreffen, findet § 328 Str.GB. Anwendung; vgl.:

Reger II. 57, IV. 210;

über die Anwendbarkeit der §§ 134 ff. des Vereinszollgesetzes s.:

Reger IV. 211, V. 359, XIV. 74.

Die zum Vollzuge des Reichsges. vom 7. April 1869 erforderlichen allgemeinen Anordnungen gibt die auf Grund der

rev. Instr. v. 9. Juni 1873, RGBl. S. 147,

erlassene

MB. v. 8. August 1873, RBl. S. 1257.

---

*) Von den durch den wechselnden Stand der Rinderpest in auswärtigen Staaten bedingten Spezialanordnungen, welche im GVBl. und MABl. veröffentlicht zu werden pflegen, ist hier, wie in Ziff. 2 S. 174, selbstverständlich abzusehen.

Die Bestimmungen über Desinfektion der Eisenbahnwagen in
§ 6 des Rinderpestges. v. 7. April 1869,
Abschn. IV der älteren Instr. v. 26. Mai 1869 (mitgetheilt durch die MB. v. 25. Nov. 1871, GBl. 1871/72 S. 6),
Schlußbestimmung der rev. Instr. v. 9. Juni 1873
sind durch
§ 6 des Reichsges. v. 25. Febr. 1876, Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehbeförderungen auf Eisenbahnen betr., RGBl. S. 163,
aufgehoben; vgl. auch oben Ziff. 4 S. 180, dann:
ME. v. 22. Febr. 1874, MABl. S. 144.

Ueber die Diensteinstruktion der Kontrolthierärzte s. oben § 118 Ziff. 2 (S. 174), insbesondere:
ME. v. 12. April 1880, MABl. S. 159, dann v. 10. August und 7. Okt. 1880;
über die Behandlung und Ausscheidung der durch Maßregeln gegen die Rinderpest entstehenden Kosten:
ME. v. 17. März 1872, Weber IX. 346, mit FME. v. 13. April 1872, FMBl. S. 45,
ME. v. 7. Dez. 1881, MABl. S. 494 (Desinfektionskosten);
über Gebühren der Sachverständigen:
ME. v. 17. April 1880, MABl. S. 173, mit FME. v. 29. April 1880, FMBl. S. 116;
über die Kosten militärischer Assistenz bei Absperrungen:
RKB. v. 17. Juni und MB. v. 28. August 1891, MABl. S. 318, FMBl. S. 97;
über die Gebühren für thierärztliche Besichtigung des Viehes an der Zollgrenze:
MB. v. 20. Dez. 1879, GVBl. S. 1536, vgl. Vollz.Vorschr. Ziff. 10,
ME. v. 11. März 1880, MABl. S. 130,
MB. v. 22. Mai 1882, GVBl. S. 311.

Vergleiche ferner (insbesondere auch über Mittheilungen vom Stande der Rinderpest):
ME. v. 2. Sept. 1873, MABl. S. 497, Maßregeln gegen die Rinderpest, hier Grundsätze für ein internationales Regulativ zur Tilgung der Rinderpest betr.;
weiter bezüglich Oesterreichs:
ME. v. 4. Juni 1880, MABl. S. 241, und
ME. v. 15. Febr. 1887, MABl. S. 65 (Viehpässe betr.);
bezüglich Großbritanniens:
ME. v. 16. Okt. 1876, MABl. S. 405, und
ME. v. 23. Jan. 1878, MABl. S. 25;
bezüglich der Schweiz:
ME. v. 20. März 1875, MABl. S. 144,
ME. v. 28. Jan. 1887, MABl. S. 47,

ME. v. 27. Febr. 1888, MABl. S. 90;
vgl. übrigens auch oben Ziff. 2 S. 174.

Ueber die Anzeige-Erstattung der Behörden beim Ausbruche der Rinderpest s. ferner noch:

ME. v. 29. April, 19. Juli und 14. Okt. 1879, MABl. S. 181, 297, 535,
ME. v. 21. Dez. 1889.

In Bezug auf Regreßpflicht bei Zuwiderhandlungen gegen Vieheinfuhrverbote s.:

ME. v. 27. Febr. 1880, MABl. S. 107,

über Beschlagnahme eingeschmuggelten Viehes:

ME. v. 3. Juni 1881, FMBl. S. 254,
ME. v. 12. August 1881, Weber XV. 508,
ME. v. 12. Dez. 1881, MABl. S. 496,
ME. v. 12. April und 12. Dez. 1890.

6. Schließlich vgl.:

ME. v. 20. Jan. 1890, Influenza der Pferde betr.,
ME. v. 23. Sept. 1888, Weber XIX. 316, und v. 14. Juni 1890 über Hühnercholera,
ME. v. 13. Juni 1894 über Schweinepest;

dann über Tuberkulose (Perlsucht):

ME. v. 16. Dez. 1876, 28. April 1878, 11. August 1879, 1. April 1880 und 29. Juli 1886 (Weber XIV. 403), und v. 31. März 1895 (Hausthiere), ferner MB. v. 12. Febr. 1895, MABl. S. 75, und v. 16. Dez. 1895, MA.-Bl. S. 649 (Tuberkulin);

über Pilzvergiftung durch Futter:

ME. v. 31. Dez. 1896.

§ 119. Hufbeschlag. Wasenmeisterei.

1. Der Betrieb des Hufbeschlag-Gewerbes ist nach

§§ 30a, 147 Ziff. 1 der RGewerbeordn. und
Ges. v. 1. März 1884, GVBl. S. 79,

von der Beibringung eines Prüfungszeugnisses abhängig; soferne der Hufschmied weder eine der Hufbeschlaglehranstalten (in München, Würzburg

vgl. Abschn. VII der V. v. 29. Mai 1852, RBl. S. 665,
Döll. Bd. 15 S. 257,
unterfr. RA. v. 7. Dez. 1868, Kr.ABl. S. 2281,
ME. v. 9. Okt. 1881, MABl. S. 348,

Zweibrücken

MB. v. 19. Jan. 1889, GVBl. S. 35,

Augsburg oder Regensburg

MB. v. 16. Dez. 1892, GVBl. S. 853),

noch eine Militärlehrschmiede mit Erfolg absolvirt hat, muß derselbe sich einer besonderen Prüfung nach Maßgabe der

V. v. 1. März 1884, GVBl. S. 80, vgl. auch

ME. v. 13. März 1884, 27. Mai und 6. Juli 1885, 19. Febr. 1886,

Bl. f. a. Pr. Bd. 35 S. 15

unterziehen. — Hufschmiede, welche das Gewerbe schon vor dem 1. März 1884 selbständig ausübten, bedürfen des Zeugnisses nicht; das Prüfungszeugniß gilt für den Umfang des Reichs; vgl. auch:

Reger XIV. 340, XVI. 145.

2. Der Betrieb des Wasenmeistergewerbes ist nach der Gewerbeordnung, welche sich speziell in

§ 7 Abs. 1 Ziff. 2 und § 16

mit den Abdeckereien beschäftigt, von einer obrigkeitlichen Bewilligung nicht abhängig; nur die Errichtung der Abdeckerei-Anlage bedarf der Genehmigung nach obigem

§ 16 und bezw. nach §§ 6 ff. der Vollz.Instr. v. 29. März 1892, GVBl. S. 61,

während nach

§ 144 Abs. 1 der Gewerbeordn.

Vorschriften über die Berufspflichten der Wasenmeister zulässig sind. Nach

PStr.GB. Art. 70

können oberpolizeiliche Vorschriften über das Wegschaffen, Transportiren und Vergraben gefallener oder getödteter Thiere

vgl. Stengl. Ztschr. Bd. 7 S. 10, Bd. 8 S. 406, Bd. 14 S. 27,

sowie über das Ausgraben verscharrter Thiere und Thierknochen, ferner nach

PStr.GB. Art. 71, vgl.

Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 205

oberpolizeiliche Vorschriften über die Verrichtungen der Wasenmeister und der von ihnen im Geschäftsbetriebe verwendeten Personen erlassen werden.

Eine Anzeigepflicht der Wasenmeister in Bezug auf Viehseuchen wurde durch

§ 9 Abs. 3, § 65 Ziff. 2 des rev. Seuchenges. v. 1. Mai 1894, RGBl. S. 409,

§ 3 Abs. 1 der Vollz.V. v. 23. März 1881, GVBl. S. 129

begründet.

Besondere Vorschriften über Verscharrung gefallener oder getödteter Thiere finden sich in

§§ 26, 33, 39, 43 u. s. w. des rev. Seuchenges. v. 1. Mai 1894, vgl.:

ME. v. 19. Nov. 1891 (Knochenabfälle).

Ueber Aufhebung der älteren auf das Wasenmeistergewerbe bezüglichen Bestimmungen s.:

Ziff. 5, 6 der MV. v. 28. Mai 1862, RBl. S. 928.

Die Wasenmeister können als eigentliche, der Disziplinargewalt unterworfene Polizeiorgane nicht mehr betrachtet und Wasenmeisterbezirkseintheilungen für die Gewerbeausübung nicht mehr getroffen, bezw. frühere Eintheilungen nicht mehr zwangsweise aufrecht erhalten werden. Polizeiliche Taxen sind für die Geschäftsverrichtungen der Wasenmeister nicht mehr zulässig; erforderlichen Falls ist durch oberpolizeiliche Vorschriften größere Freiheit in der Behandlung gefallener oder getödteter Thiere einzuräumen und von den Gemeinden für Herstellung gemeindlicher Verscharrungsplätze Sorge zu tragen. Bannrechte sind mit Abdeckereien auch da nicht mehr verbunden, wo letztere auf Grund von Realberechtigungen betrieben werden. Hiedurch ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß für den öffentlichen Dienst bestimmte Wasenmeister mit abgegrenzten Bezirken aufgestellt und über die Verpflichtungen solcher Wasenmeister, über die ihnen zukommenden Gebühren u. dgl. besondere Vereinbarungen getroffen werden; vgl.:

ME. v. 21. Juni 1874 und 6. April 1875 (letztere Weber X. 694),
Bl. f. a. Pr. Bd. 23 S. 284, Bd. 24 S. 295, Bd. 26 S. 64, 320 und 326.

Vierter Abschnitt.

Maßregeln gegen sonstige Gefährdungen der öffentlichen Ordnung.

Erstes Kapitel.*)

§ 120. Baupolizei.

A. Neubauten und Bau-Ausbesserungen.

1. Bauherren, Baumeister oder Bauhandwerker, welche einen Bau oder eine Ausbesserung, wozu polizeiliche Genehmigung erforderlich ist (s. unten S. 188 zu §§ 6, 7), ohne diese Genehmigung oder mit eigenmächtiger Abweichung von dem durch die Behörde genehmigten Bauplane ausführen oder ausführen lassen, werden durch

Str.GB. § 367 Ziff. 15,
vgl. S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 272,

---

*) In vierter Auflage bearbeitet von Bezirksamtsassessor G. Krais.

OLGE. Bd. 1 S. 365, Bd. 2 S. 516, Bd. 3 S. 398, Bd. 4 S. 265, 388, Bd. 5 S. 235, Bd. 6 S. 171,
O. E. im MABl. 1885 S. 176

mit Strafe bedroht; s. auch unten Ziff. 3, 5, 6.

Inwieferne für die Führung oder Ausbesserung eines Baues polizeiliche Genehmigung erforderlich ist, wird zufolge

PStr.GB. Art. 2 Ziff. 11

durch Verordnung (s. unten Ziff. 2) bestimmt.

Die ohne polizeiliche Erlaubniß erfolgte Neuerrichtung oder Verlegung einer Feuerstätte ist durch

Str.GB. § 368 Ziff. 3

unter Strafe gestellt; s. nächsten § Ziff. 2.

Eine weitere Ergänzung erhält Str.GB. § 367 Ziff. 15 durch

PStr.GB. Art. 101 Abs. 1 (in der nunmehr auch die Uebertretungen baupolizeilicher Vorschriften bei nichtgenehmigungspflichtigen Bauten treffenden Fassung des Art. 8 des Ges. v. 5. Mai 1890, GVBl. S. 223),
vgl. überhaupt Hauck, die Brandvers.Ges. für Bayern (München 1890) S. 169,

wonach Bauherren

vgl. O. E. im MABl. 1883 S. 373, 1889 S. 5,

Baumeister und Bauhandwerker bei Neubauten

OLGE. Bd. 1 S. 476

oder Baureparaturen die festgesetzte Baulinie

S. o. E. f. Str. Bd. 8 S. 376

nicht willkürlich abändern dürfen und die in den bestehenden Verordnungen oder ortspolizeilichen Vorschriften begründeten baupolizeilichen Anordnungen zu befolgen haben.

Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 44.

Anordnungen im Interesse der Verschönerung dürfen übrigens nur in Städten von mehr als 20,000 Einwohnern getroffen werden und die hierauf gegründeten Abänderungen des Bauplanes dürfen die Kosten der Bauführung nicht vermehren. Abgesehen von dem obigen Falle dürfen baupolizeiliche Vorschriften nur zum Zwecke der Feuersicherheit und Festigkeit der Bauführung, sowie der Gesundheit erlassen werden.

PStr.GB. Art. 101 Abs. 2, 3; vgl.:
V. v. 16. Mai 1876, GVBl. S. 347, Aufführung der Gebäude im Pavillon-Bausysteme betr.,

welche durch

§ 11 der allgemeinen Bauordn. v. 31. Juli 1890 (s. unten Ziff. 2)

aufrecht erhalten ist;

vgl. § 53 Abs. 4 letzterwähnter Verordnung, dann
ME. v. 16. Okt. 1891 und 16. Juni 1894 (Herrmann, Bauordn. S. 19).

Ueber das Verhältnis des PStr.GB. Art. 101 zu Str.GB. § 367 Ziff. 15 s.:

OLGE. Bd. 2 S. 21.

2. Die in den obenerwähnten gesetzlichen Bestimmungen vorbehaltenen Verordnungen sind:

a) die allgemeine Bauordnung für die Landestheile rechts des Rheins vom 31. Juli 1890, GVBl. S. 531,*) welche eine Reihe wesentlicher, im feuer- und gesundheitspolizeilichen Interesse getroffener oder Erleichterungen für das bauende Publikum bezweckender Aenderungen gegenüber den früheren Bestimmungen der Bauordnungen vom 30. Juni 1864, 30. August 1877 und 19. September 1881 eingeführt hat;

vgl. Seydel, Staatsrecht Bd. 2 S. 242 f. (I. Aufl. Bd. 5 S. 393 f.), Bl. f. a. Pr. Bd. 40 S. 364.

b) für München die revidirte Bauordnung vom 29. Juli 1895, GVBl. S. 333,**) an Stelle der

Bauordn. v. 3. April 1879, GVBl. S. 447, vgl. GVBl. 1894 S. 545,

getreten, womit in Betreff der Organisation und Zuständigkeit der Lokalbaukommission München die

A. E. v. 30. März 1857, oberb. KJBl. S. 1973, und
V. v. 2. Okt. 1869, RBl. S. 1881,

zu vergleichen ist.

Im Nachfolgenden sind nur die Vorschriften der allgemeinen Bauordnung berücksichtigt.

Ueber die Nichtanwendbarkeit der Bestimmungen der neuen Bauordnung auf die Beurtheilung der unter Geltung der Bauordnung von 1881 begangenen Uebertretungen s.:

O. E. im MABl. 1891 S. 84.

Im Einzelnen ist zu bemerken:

Zu §§ 1 mit 5, 58 mit 64 der allgemeinen Bauordnung (Baulinie, Höhenlage, Bauplätze).

Die Instruktion der Festsetzung oder Abänderung von Baulinien und Höhenlagen (Niveaux) steht in unmittelbaren Städten den Magistraten, in allen übrigen Gemeinden den Bezirksämtern zu. Letztere haben die

*) J. v. Herrmann, die Bauordnung f. d. Landestheile r. d. Rh. mit Ausnahme von München, 4. Aufl. (München 1894).

**) F. Englert, die „Münchener Bauordnung“ und „Bemerkungen zur Münchener Bauordnung“ (München 1896); W. Vorscht, „Bauordnung für München“ (ebenda 1896).

Anträge auf Feststellung u. s. w. von Baulinien und Höhenlagen in mittelbaren Gemeinden auch erstinstanziell zu bescheiden, während für unmittelbare Gemeinden diese erstinstanzielle Zuständigkeit den Kreisregierungen, K. d. Innern, vorbehalten ist.

Die Festsetzung der Baulinie hat, wo ein Bedürfniß hiezu besteht, von Amtswegen zu erfolgen; mit der Bauführung darf vorher nicht begonnen werden; vgl.:

Allgem. Bauordn. § 59,
ME. v. 25. Jan. 1880, MABl. S. 74,
ME. v. 31. Okt. 1884, 2. Febr. 1886, 29. Nov. 1889, 16. Mai 1890, 10. April 1891, 8. Jan. und 19. Okt. 1893, sämmtlich bei Herrmann a. a. O. S. 4—7, dann v. 17. März 1888, 1. Dez. 1893, a. a. O. S. 68, 72,
ME. v. 14. Nov. 1885 und v. 5. Juni 1886, letztere Weber XVIII. 58,
Bl. f. a. Pr. Bd. 20 S. 351,
S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 560,
Stengl. Ztschr. Bd. 15 S. 89, Bd. 18 S. 877,
OLGE. Bd. 1 S. 476, Bd. 3 S. 84, Bd. 4 S. 404, Bd. 5 S. 210, Bd. 6 S. 119, 617,
O. E. im GVBl. 1883 Beil. I und MABl. 1883 S. 206,
VGHE. II. 183, vgl. auch VI. 93,
Reger VIII. 402.

Ueber die Anfertigung der Baulinienpläne s.:

ME. v. 12. Febr. 1897, MABl. S. 53.

Ueber das Verfahren bei Bewilligung zu Bauführungen in neuen Bauanlagen s.:

§ 62 Abs. 3 ff. der Bauordn.,
ME. v. 9. und 10. Mai 1883, 3. Jan. 1894, Herrmann a. a. O. S. 72, 74.

Zu §§ 6, 7 (Erforderniß baupolizeilicher Genehmigung); vgl. auch § 75 a. a. O.

Die Anzahl der einer baupolizeilichen Genehmigung bedürfenden Bauten wurde mit Rücksicht auf die erweiterte Fassung des Art. 101 Abs. 1 des PStr.GB. (vgl. S. 186) gegen früher erheblich vermindert, indem jetzt nurmehr die Herstellung und Verlegung von Haupt- und Nebengebäuden, sowie die Vornahme von Hauptreparaturen oder Hauptänderungen (s. § 7), deren Begriff gleichfalls erheblich eingeschränkt wurde, genehmigungspflichtig sind; vgl. übrigens § 8 der Bauordnung.

Daß die Grundausgrabungen bereits einen Beginn der Bauarbeiten enthalten

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 12 S. 112,
Stengl. Ztschr. Bd. 4 S. 211,

ist auch in § 72 der allg. Bauordn. ausgedrückt.

Zu § 6 lit. b Ziff. 1 a. a. O. s.:

ME. v. 7. Mai 1891;

s. ferner über Feldziegelöfen:

Bl. f. a. Pr. Bd. 44 S. 385.

Im Uebrigen vgl. zu obigen beiden §§:

ME. v. 11. Juni und 11. Nov. 1888, 29. Nov. 1889, 16. März 1893, Herrmann a. a. O. S. 13,

S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 26, Bd. 6 S. 281, Bd. 8 S. 253,

RGE. in Rechtsspr. Bd. 6 S. 477,

O. E. im MABl. 1882 S. 149, 1884 S. 317, 1886 S. 205 und 208, 1890 S. 352, 1891 S. 388,

OLGE. Bd. 1 S. 476, Bd. 2 S. 51, 352, Bd. 4 S. 13, Bd. 5 S. 140, Bd. 6 S. 118, 589, 595, 674, Bd. 7 S. 46, 181,

Reger X. 90, 302.

Zu § 10 der allg. Bauordn. (Staatsbauten u. s. w.) vgl.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 47 S. 132.

Zu § 13 (Baumaterial).

Hierher ist zu bemerken, daß die Bauordnung nunmehr allgemein das sog. Reichsbacksteinformat bei den Bestimmungen über Mauerstärke u. dgl. (nämlich 25 cm Länge, 12 cm Breite und 6 cm Höhe) zu Grund gelegt hat, ohne daß jedoch direkt eine allgemeine zwangsweise Einführung dieses Formates erfolgt wäre.

Zu §§ 14 mit 16 (Fundirung und Stärke der Mauern) vgl.:

Stengl. Ztschr. Bd. 7 S. 250.

Zu §§ 17 mit 24 (Feuerstätten, Kamine).

Hier sind namentlich auch die bestehenden feuerpolizeilichen Vorschriften zu beachten; vgl. z. B.:

V. v. 27. Juni 1862 §§ 1 mit 4, RBl. S. 1573,

V. v. 14. März 1874, GVBl. S. 91,

V. v. 19. März 1874 § 4, GVBl. S. 109,

und den nächsten § über Feuerpolizei;

über Kaminputzthürchen s.:

ME. v. 19. Sept. 1891, MABl. S. 339.

Zu § 25 (Höhe der Gebäude) s.:

ME. v. 21. März 1893, Herrmann a. a. O. S. 33.

Zu § 29 (Höhe der Wohnräume) s.:

ME. v. 24. Mai 1891, dann v. 6. Mai 1891 und 25. Febr. 1893 (beide bei Herrmann a. a. O. S. 36).

Zu §§ 30 mit 32 (Dachungen) vgl.:

ME. v. 3. Okt. 1881, 1. Mai 1891, 17. Sept. 1893, Herrmann a. a. O. S. 37 ff.

In Bezug auf die Frage, ob ein Eindeckungsmaterial als feuersicher zu betrachten ist, vgl.:

Vollz.Instr. v. 30. Juni 1875 zum Brandversicherungsgesetze § 7 Ziff. 7, MABl. S. 334,
Stengl. Ztschr. Bd. 6 S. 170,
OLGE. VII. 153.

Zu §§ 33 mit 39 (Bestimmungen für die einzelnen Gebäudetheile) s. die zugelassenen Erleichterungen für Bauten in Märkten und auf dem Lande in § 55, sowie:

ME. v. 5. Juli 1880, 21. Jan. 1892, 6. Juli 1893, Herrmann a. a. O. S. 42.

Zu §§ 40 mit 43 (Bauten mit Feuerstätten) vgl.:

ME. v. 8. April 1891, 15. und 29. Mai 1892, 16. März 1893, Herrmann a. a. O. S. 46,
ME. v. 14. Nov. 1894 (Bretterwände mit Schieferverkleidung),
ME. v. 20. Dez. 1896 (Hopfendarren);

über Berechnung der Ausdehnung s.:

ME. v. 3. Mai 1885.

Bezüglich der Feuerpolizei in Theatern s. den nächsten § Ziff. 2 S. 201.

Zu §§ 44, 45 (Bauten ohne Feuerstätten) s.:

ME. v. 19. April und 6. Mai 1891, v. 2. Juni 1891 und 20. Juli 1893, letztere beide bei Herrmann a. a. O. S. 49, 51,
cit. ME. v. 14. Nov. 1894 und v. 13. Jan. 1895 (Bretterverschalungen),
Bl. f. a. Pr. Bd. 41 S. 283.

Zu §§ 46 mit 48 (Bauten von großer Ausdehnung und Brandgefahr) vgl. auch Bauordn. § 68 Ziff. 8.

Zu § 50 Abs. 2 (Hofräume) s.:

ME. v. 15. und 19. Jan. 1893 (Ueberbauung).

Zu § 52 (Aborte, Dunggruben u. s. w.). Da derartige Anlagen nicht mehr der Genehmigungspflicht unterliegen, empfiehlt sich in Städten und Märkten die Erlassung von ortspolizeilichen Vorschriften, eventuell von distriktspolizeilichen Anordnungen nach

PStr.GB. Art. 73,

welche übrigens auch auf bereits bestehende Aborte u. s. w. ausgedehnt werden können; vgl. oben § 105 Ziff. 3 (S. 107 f.) und

O. E. im MABl. 1876 S. 96, 1885 S. 314,
OLGE. VI. 421.

Zu § 53 Abs. 3 s. PStr.GB. Art. 101 Abs. 3 und

ME. v. 10. April 1887, Herrmann a. a. O. S. 61.

Zu § 56 (Bauten im Hochgebirge u. s. w.) vgl.:

ME. v. 18. Dez. 1884, Herrmann a. a. O. S. 65,
ME. v. 10. Dez. 1887.

Zu §§ 65 mit 73 (Bescheidung von Baugesuchen u. dgl.).

Die Instruktion und erstinstanzielle Bescheidung von Gesuchen wegen Herstellung von Neubauten oder Vornahme von Hauptreparaturen oder Hauptänderungen an bestehenden Gebäuden ist den Distriktsverwaltungsbehörden, also den unmittelbaren Magistraten und k. Bezirksämtern, übertragen; das Ministerium des Innern kann unter besonderen Verhältnissen von einzelnen Bestimmungen dispensiren (§ 65).

ME. v. 28. Juli 1889, 15. Mai 1892, 17. Sept. 1893, Herrmann a. a. O. S. 76, 78,
ME. v. 22. Dez. 1894 (Bauplanverzeichnisse),
ME. v. 21. Juni 1895 (Dispensation).

Zur technischen Prüfung der Baupläne (§ 66) sind befähigte Sachverständige aufzustellen, welche auch nach Thunlichkeit während der Bauführung Nachsicht zu pflegen und die plangemäße Ausführung der Bauten zu überwachen haben (Baukontrole, s. § 73 a. a. O.);

vgl. auch ME. v. 12. Juni 1855 und 22. Febr. 1865.

Die durch

A. E. v. 28. Jan. 1805, Döll. Bd. 16 S. 1109
(vgl. auch Pol.Dir.Instr. v. 24. Sept. 1808 § 69, RBl. S. 2510)

allgemein angeordneten Lokalbaukommissionen eignen sich nurmehr für größere Städte, wo auch auf Grund der

Gemeindeordn. Art. 102 Abs. 4

besondere Geschäftsabtheilungen für die Baupolizei gebildet werden können, zur Planrevision; im Uebrigen vgl. unten S. 193 die Bemerkungen zu

§ 73 der allg. Bauordn.;

wegen der Gebühren s. unten S. 193 zu Bauordn. § 78.

Bezüglich der angeordneten Beschleunigung der Bescheidung (§ 65 Abs. 1) s. auch:

ME. v. 17. Dez. 1885, MABl. S. 335.

Ueber die baupolizeiliche Erinnerung bei ärarialischen u. s. w. Bauten, deren Pläne einer höheren technischen Prüfung unterliegen, s.:

§ 10 der allg. Bauordn. (oben S. 189); vgl. ferner:
ME. v. 7. August 1860, lokalpolizeil. Bewilligung bei Militärbauten betr., Weber V. 197.

Ueber Einvernahme anderer öffentlicher Behörden bei Bauführungen ist zu vergleichen:

§ 68 der allg. Bauordn. mit
Salzsteuerges. v. 16. Nov. 1867 § 4, GBl. S. 217, und MB. v. 20. Nov. 1867 § 2, RBl. S. 1195,
Reichsges. v. 21. Dez. 1871, Beschränkungen des Grundeigenthums in der Umgebung von Festungen betr., RGBl. S. 459,

rev. Forstges. Art. 47, GVBl. 1896 S. 325,
ME. v. 12. Juli 1884, Begutachtung der gewerblichen Bau- und Konzessionsgesuche durch den Fabrikinspektor betr., Weber XVI. 623,
s. auch V. v. 16. Mai 1876 §§ 2, 4, GVBl. S. 347;

über gutachtliche Einvernahme der Medizinalbehörden:

allg. Bauordn. §§ 70 und 78 Abs. 4, 5; vgl.:
ME. v. 4. Juni 1878, MABl. S. 173.

Ergibt sich bei Prüfung eines Baugesuches, daß der Bau mit theilweiser Benutzung des Areals eines Anstößers (unter Zustimmung des letzteren) geführt werden soll, so sind die Betheiligten auf die Nothwendigkeit der Vertragsverlautbarung

Art. 14 des Notariatsges. v. 10. Nov. 1861

aufmerksam zu machen.

Durch privatrechtliche Einsprüche der Anstößer u. dgl. (Bauordn. § 69) kann die baupolizeiliche Würdigung und Beschlußfassung (unter Vorbehalt des Rechtswegs für jene Einsprüche) nicht aufgehalten werden;

s. hierher Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 243, Bd. 31 S. 191, Bd. 39 S. 204.

In die baupolizeiliche Genehmigung sind die allenfalls veranlaßten besonderen Anordnungen ausdrücklich aufzunehmen; hiebei auch die Einhaltung der Vorschriften der Bauordnung überhaupt vorzubehalten, ist im Hinblick auf

Art. 101 Abs. 1 des PStr.GB. in der nunmehrigen Fassung (s. oben S. 186)

nicht mehr nöthig und daher auch nicht mehr vorgeschrieben; vgl.:

allg. Bauordn. § 71,

endlich bezüglich der besonderen Anordnungen:

O. E. im MABl. 1885 S. 177, 1888 S. 4, 1890 S. 354,
OLGE. VI. 171, 253,
Reger XI. 220.

Bei gewerblichen Anlagen, welche unter §§ 16 ff. der Gewerbeordn. fallen, kann die baupolizeiliche Genehmigung nur nach Durchführung oder unter Vorbehalt des durch die Gewerbeordnung vorgeschriebenen Verfahrens erfolgen; vgl. überhaupt:

VV. v. 29. März 1892 § 7 zur Gewerbeordn., GVBl. S. 61.

Zu § 72 (Baubeginn) s.:

Stengl. Ztschr. Bd. 16 Beibl. S. 31,
S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 130,
OLGE. VII. 181,
ME. v. 30. Mai 1882 und insbesondere ME. v. 23. Juni 1896,

wonach, soferne bei Bescheidung eines Baugesuchs ein betheiligter Nachbar in zweiter Instanz unterlegen ist, der Baubeginn erst nach unbenütztem Ablauf der in § 77 Abs. I vorgeschriebenen Frist bezw. nach Eintreffen eines oberaufsichtlichen Bescheides gestattet werden darf.

Zu § 73 (Bauüberwachung, s. auch § 66).

Von besonderer Wichtigkeit ist die Aufsicht über die planmäßige Bauführung, Einhaltung der Baulinie, Höhenlage u. dgl. Diese Ueberwachung liegt den Orts- und Distriktspolizeibehörden ob, welche sich der in § 66 bezeichneten Sachverständigen, dann der Feuerschaukommissionen, Brandversicherungsinspektoren u. s. w. als Hilfsorgane zu bedienen haben; vgl. überhaupt:

O. E. im MABl. 1883 S. 301, 373, 1884 S. 7, 1885 S. 177, 1886 S. 205, 1887 S. 385, 1888 S. 274, 1889 S. 4, 1891 S. 388, 1892 S. 493, 1895 S. 325, 1896 S. 474 und die übrigen unten auf S. 195 aufgeführten O. E.,
ME. v. 12. Juni 1855 und 22. Febr. 1865,
Instr. der Brandversicherungs-Inspektoren v. 30. Juni 1875 § 20, MABl. S. 373,
ME. v. 27. Nov. 1895, MABl. S. 618.

Zu § 76 (Verjährung der Baugenehmigung) und § 77 (Beschwerdeverfahren) s.:

ME. v. 12. März 1883 bzw. 20. Jan. 1885, Herrmann a. a. O. S. 90.

Zu §§ 78 f. (Gebühren; vgl. auch Bd. I S. 104).

Die auf Genehmigung der Baupläne bezüglichen amtlichen Verhandlungen unterliegen der Gebührenpflicht, soferne nicht nach den allgemeinen Bestimmungen des Gebührengesetzes Gebührenfreiheit begründet ist.

Ueber die Gebühren der Sachverständigen für Planrevision u. s. w. vgl.:

V. v. 26. Juli 1873, RBl. S. 1185,
V. v. 11. Febr. 1875, GVBl. S. 105,
ME. v. 4. Mai 1891;

über Gebühren der amtlichen Aerzte für Gutachten s. weiter:

ME. v. 4. Juni 1878, MABl. S. 173,

über Vorlade- und Zustellgebühren des Botenpersonals:

ME. v. 27. März 1874, MABl. S. 209, vgl.
ME. v. 11. August 1877, MABl. S. 293,
ME. v. 15. August 1884 Ziff. 3;

über die Gebühr für Bestätigung der Unterschriften der Betheiligten auf dem Bauplane:

Art. 165 Ziff. 3, 188 des rev. Gebührenges.,
V. v. 20. Sept. 1879 § 2 Abs. 1, GVBl. S. 1187,
ME. v. 16. Nov. 1883, MABl. S. 369.

3. Zu provisorischer Einstellung der Bauarbeiten bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften in

§ 367 Ziff. 15 des Str.GB. und Art. 101 des PStr.GB. ist die Distriktspolizeibehörde zuständig.

Bauordn. § 73 Abs. 2;
vgl. auch PStr.GB. Art. 20 Abs. 1, Art. 105 Abs. 2 mit
B. v. 4. Jan. 1872 § 25, RBl. S. 25.

4. Wer Bauten oder Ausbesserungen von Bauwerken irgend einer Art (z. B. auch Steinbrüchen, Sandgruben, vgl. unten S. 197 lit. D) vornimmt, hat die von der Polizei, d. h. der Distrikts- und in dringenden Fällen von der Ortspolizeibehörde

Komp.B. v. 4. Jan. 1872 § 12, RBl. S. 25,

angeordneten oder sonst erforderlichen Sicherheitsmaßregeln zu treffen.

Str.GB. § 367 Ziff. 14;
vgl. auch PStr.GB. Art. 16, 18 Abs. 2 und Art. 105,
ME. v. 8. August 1840, Verhütung von Unglücksfällen bei Bauten betr., Döll. Bd. 31 S. 211,
ME. v. 27. Nov. 1895, MABl. S. 618,
Stengl. Ztschr. Bd. 5 S. 324, Bd. 6 S. 99, 232, 370, Bd. 7 S. 134, Bd. 9 S. 56, 354,
O. E. im MABl. 1885 S. 205,
Reger IV. 76, VI. 82, VII. 324, VIII. 451, X. 153,
Bl. f. a. Pr. Bd. 28 S. 126.

Ueber Strafeinschreitung vgl.:

ME. v. 22. Dez. 1894.

5. In Bezug auf die Verjährung von Baupolizeiübertretungen ist die bayerische Rechtsprechung nunmehr im Wesentlichen wieder zu dem früheren Grundsatze zurückgekehrt, daß erstere nicht schon mit Vollendung der ordnungswidrigen Bauführung beginne; vielmehr beginnt die Verjährung eines gefahrdrohenden oder doch mit der Bauordnung unvereinbaren Zustandes, solange derselbe fortdauert, überhaupt nicht; die Verjährung einer Abweichung vom genehmigten Bauplane fängt erst an mit dem Zeitpunkt, in welchem die Vollendungsanzeige (§ 73) an die Distriktspolizeibehörde gelangt ist.

Vgl. die grundlegenden reichsgerichtlichen Entscheidungen bei

Reger I. 288—292, III. 391, IV. 59—61, X. 271,

sowie die speziell auf Baupolizeiübertretungen bezüglichen Erkenntnisse bei

Reger IV. 193, 446, 477, VII. 256, VIII. 256, IX. 335, X. 89, XII. 313, ferner
OLGE. I. 365, II. 446, 516, III. 12, 286, 525, V. 76, 123, 140, 210, 390, VI. 145,
O. E. im MABl. 1883 S. 301, 373, 1884 S. 56, 1886 S. 205, 1887 S. 385, 1888 S. 274, 1892 S. 493; endlich auch:

Stengl. Ztschr. Bd. 18 S. 4,
S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 390, Bd. 7 S. 224.

Die Zweckmäßigkeit oder Nothwendigkeit der polizeilichen Anordnungen zu prüfen ist der Richter nicht befugt.

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 12 S. 284,
Stengl. Ztschr. Bd. 7 S. 134, 324, Bd. 12 S. 252,
S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 377,
O. E. im MABl. 1884 S. 7, 1885 S. 177.

Einschlägige Präjudizien finden sich auch in:

Stengl. Ztschr. Bd. 4 S. 196, Bd. 5 S. 181, Bd. 6 S. 99, Bd. 12 S. 252,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 11 S. 291,
S. o. E. f. Str. Bd. 2 S. 57, Bd. 3 S. 108, Bd. 4 S. 272, Bd. 5 S. 390, Bd. 6 S. 130, Bd. 7 S. 81, 224, Bd. 9 S. 9,
OLGE. I. 194, 218, 336, 365, 476, II. 41, 51, 345, 352, 369, 446, 516, III. 12, 66, 84, 226, 286, 354, 398, IV. 12, 96, 102, 404, 491, V. 76, 140, 216, 299, 307, VI. 395, 421, 447, 589, 595, 617, 641, 674, VII. 46, 53, 153, 181, 249, VIII. 326; vgl. auch die
Entscheidungen des Komp.Konfl.Senates im RBl. 1865 S. 443, 483 und RBl. 1868 S. 2140,
Bl. f. a. Pr. Bd. 15 S. 314,
Reger XI. 188, XIV. 403.

6. In den Fällen des

Str.GB. § 367 Ziff. 14 und 15, dann des § 368 Ziff. 3 und des PStr.=GB. Art. 101

ist im Strafurtheile die Berechtigung der Polizeibehörde auszusprechen, die B e s e i t i g u n g des ordnungswidrigen Zustandes anzuordnen und zu diesem Zwecke die Sicherstellung, die Abänderung oder den Abbruch des betr Bauwerks u. s. w. zu verfügen. Bei Gefahr auf Verzug kann die Polizeibehörde, d. h. die Distriktspolizeibehörde

Komp.B. v. 4. Jan. 1872 § 25, RBl. S. 25,

die obigen Maßregeln vorbehaltlich der Strafverfolgung sofort vorkehren.

PStr.GB. Art. 16, 18 Abs. 2, Art. 20 Abs. 4, Art. 105 (s. hiezu oben § 87 Ziff. 5, S. 13),
JME. v. 25. Mai 1863, JMBl. S. 3,
Stengl. Ztschr. Bd. 4 S. 211, Bd. 15 Beibl. S. 47,
O. E. im MABl. 1884 S. 7, 56, 250, 1885 S. 205, 1886 S. 205, 208, 1889 S. 4, 1894 S. 436, 1896 S. 474,
OLGE. I. 365, 500, II. 42, 527, III. 12, 15, 354, IV. 388, V. 76, 192, VIII. 162,
S. o. E. f. Str. Bd. 8 S. 376,
Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 15, Bd. 29 S. 396, Bd. 34 S. 30; s. auch:
Rayonsges. v. 21. Dez. 1871 § 32, RGBl. S. 459,
Gewerbeordn. § 147 Abs. 3 und
oben (S. 191) cit. ME. v. 21. Juni 1895.

7. Hinsichtlich des Beziehens neuhergestellter Wohnungen und Wohnungsräume vgl.:

PStr.GB. Art. 73 Abs. 2,
allgem. Bauordn. § 74,
OLGE. V. 464.

B. Baugebrechen.

Wer trotz distriktspolizeilicher Aufforderung

Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 11, RBl. S. 25

es unterläßt, Gebäude (d. h. Bauwerke im weitesten Sinne), welche den Einsturz drohen, auszubessern oder niederzureißen, wird nach Maßgabe des

Str.GB. § 367 Ziff. 13

bestraft; die polizeiliche Aufforderung muß übrigens eine bestimmte sein und wird zweckmäßig das Baugebrechen insbesondere genau bezeichnen; vgl. auch:

ME. v. 2. August 1838, Döll. Bd. 31 S. 419,
ME. v. 21. Mai 1868,
O. E. im MABl. 1894 S. 436,
Stengl. Ztschr. Bd. 4 S. 196, Bd. 7 S. 324,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 11 S. 90,
S. o. E. f. Str. Bd. 2 S. 171, Bd. 4 S. 377,
OLGE. I. 271, VIII. 162,
Reger II. 66, XIII. 71, XV. 328,
VGHE. I. 219.

Außerdem bedroht

Str.GB. § 368 Ziff. 4

Denjenigen mit Strafe, welcher dafür zu sorgen unterläßt, daß die Feuerstätten in seinem Hause in baulichem und brandsicherem Zustande unterhalten und die Schornsteine rechtzeitig gereinigt werden; vgl. unten § 121 Ziff. 4, 5 (S. 204 ff.), dann:

V. v. 27. Juni 1862 § 23, RBl. S. 1573,
Kaminkehrerordn. v. 27. Febr. 1869 § 7, RBl. S. 297,
V. v. 10. Jan. 1872 §§ 2, 5, RBl. S. 127,
allgem. Bauordn. §§ 17 ff.,
Stengl. Ztschr. Bd. 6 S. 86, Bd. 7 S. 55, Bd. 16 S. 86, Bd. 17 S. 220,
S. o. E. f. Str. Bd. 1 S. 349, Bd. 7 S. 243,
OLGE. I. 218, IV. 488,
Reger III. 60, IX. 102, XIV. 405,
Bl. f. a. Pr. Bd. 34 S. 28;
s. auch Str.GB. § 368 Ziff. 8 und § 369 Ziff. 3.

In den Fällen der

§ 367 Ziff. 13 und § 368 Ziff. 4 des Str.GB.

ist die unter lit. A Ziff. 6 (S. 195) erwähnte Berechtigung der Polizeibehörde gleichfalls im Strafurtheile auszusprechen, bezw. bei Gefahr auf Verzug sofort begründet.

PStr.GB. Art. 16, 18 Abs. 2, Art. 20 Abs. 4, Art. 105.

Auch die Bemerkungen in lit. A Ziff. 5 (oben S. 194) in Bezug auf die Endgiltigkeit des administrativen Ausspruchs über die Nothwendigkeit einer Anordnung sowie bezüglich der Verjährung

vgl. insbesondere O. E. im MABl. 1886 S. 205, 1887 S. 385

finden hier Anwendung.

C. Weiter sind hier noch einige besondere Verpflichtungen der Bauhandwerker und öffentlichen Bauverständigen zu erwähnen.

Zuwiderhandlungen gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst bei der Leitung oder Ausführung eines Baues werden, wenn hieraus für Andere Gefahr entsteht, als Vergehen

Str.GB. § 330,
Stengl. Ztschr. Bd. 17 S. 187, Bd. 18 S. 188, vgl. Bd. 12 S. 278,
RGE. in der Rechtsspr. Bd. 5 S. 8, in der Samml. Bd. 5 S. 254, Bd. 6 S. 129, Bd. 23 S. 277,
Reger II. 183, 421, III. 305, V. 52, XV. 323,

fahrlässige Versäumnisse obrigkeitlich aufgestellter und ähnlicher Sachverständiger in Bezug auf die ihnen obliegende Untersuchung eines Baues, soferne hiedurch Gefahr für Personen oder fremdes Eigenthum eintritt, als Uebertretungen nach

PStr.GB. Art. 104

bestraft; vgl. auch:

Bauordn. § 12 Abs. 1 und
O. E. im MABl. 1885 S. 177, 1890 S. 354.

Durch ortspolizeiliche Vorschrift kann Baumeistern und Handwerkern die besondere Verpflichtung zur Anzeige übernommener Bauten und Bauarbeiten auferlegt werden.

PStr.GB. Art. 103.

Vergl. überhaupt Gewerbeordn. § 144 Abs. 1.

D. Unter die Bestimmung des

§ 367 Ziff. 14 des Str.GB.

fallen auch Holzbauten zu vorübergehenden Zwecken, wie Gerüste, Bühnen u. dgl., deren Solidität hienach von der Polizeibehörde (s. oben S. 194 lit. A Ziff. 4) besonderer Prüfung und Anordnung unterstellt werden kann; einschlägige polizeiliche Vorschriften s.:

Reger X. 153.

Zweites Kapitel.*)

Feuerpolizei.

§ 121. Verhütung von Feuersbrünsten.

Aufgabe der Feuerpolizei ist es vor Allem, Maßregeln zur Verhütung des Ausbruchs von Schadenfeuer zu treffen. Sie hat daher ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf jene Gegenstände, Anlagen und Handlungen zu richten, welche erfahrungsgemäß den Charakter der Feuergefährlichkeit haben.

1. Feuergefährliche Gegenstände.

Zur Verhütung des Ausbruchs von Bränden bestehen besondere Vorschriften in Bezug auf Anfertigung, Aufbewahrung, Transport und Verkauf feuergefährlicher Gegenstände, insbesondere explodirender Stoffe.

a) Die Strafbestimmung gegen die Zubereitung von Schießpulver, anderen explodirenden Stoffen oder Feuerwerken ohne die vorgeschriebene Erlaubniß

Str.GB. § 367 Abs. 1 Ziff. 4

ist ohne wesentliche praktische Bedeutung, da eine persönliche Erlaubniß im obigen Sinne nicht vorgeschrieben ist und bezüglich der Sprengstoffe das schon in § 100 Ziff. 2 (S. 88) erwähnte

Reichsges. v. 9. Juni 1884, RGBl. S. 61, den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen betr., §§ 1 mit 4, 9,

Platz greift, welches die Herstellung und Einführung, den Vertrieb und Besitz von Sprengstoffen, soweit sie nicht vorzugsweise als Schießmittel gebraucht werden,

vgl. hierüber RKB. v. 13. März 1885, RGBl. S. 78, v. 16. April 1891, RGBl. S. 105, und v. 11. August 1896, RGBl. S. 698,

von polizeilicher Erlaubniß abhängig macht;

f. die schon oben S. 88 aufgeführten Vollzugsbestimmungen und Präjudizien zu obigem Gesetze, endlich

ME. v. 18. Mai 1886, Weber XVIII. 8,

Gewerbeordn. § 56 Ziff. 6, 7 mit

Bl. f. a. Pr. Bd. 24 S. 267.

b) Die Genehmigung gewerblicher Anlagen für die Schießpulverfabrikation, für Feuerwerkerei, Bereitung von Zündstoffen 2c.

---

*) In vierter Auflage bearbeitet von Bezirksamts-Assessor G. Krais.

und die Bestrafung wegen Errichtung solcher Anlagen ohne Genehmigung richtet sich nach den Vorschriften der

Gewerbeordn. §§ 16 ff., 49 ff., 147 Abs. 1 Ziff. 2, Abs. 3,
§ 6 der V. v. 29. März 1892, GVBl. S. 61.

Vergl. ferner:

§ 2 der MV. v. 6. August 1870, RBl. S. 1425,
ME. v. 28. Juli 1887, Weber XVIII. 510,
Reger VIII. 186, XV. 249,
MABl. 1895 S. 610,
sowie unten Ziff. 2 (S. 201 f.),

dann über Zündholzfabriken:

Reichsgeſ. v. 13. Mai 1884, RGBl. S. 49, und
RKB. v. 8. Juli 1893, RGBl. S. 209.

c) Bei der Aufbewahrung oder Beförderung von Schießpulver, anderen explodirenden Stoffen oder Feuerwerken, dann bei der Ausübung der Befugniß zur Zubereitung oder Feilhaltung dieser Gegenstände, soweit sie nicht unter das Sprengstoffgesetz fallen, sind die deshalb ergangenen Verordnungen bei Meidung der in

Str.GB. § 367 Abs. 1 Ziff. 5, bzw. dem durch Reichsgeſ. v. 13. Mai 1891, RGBl. S. 107, neu eingesetzten § 367 Ziff. 5a, vgl. überhaupt
Reger VI. 335 ff., VII. 119 ff., XIII. 312,
OLGE. I. 32, VII. 30

angedrohten Strafe zu befolgen. Die dort vorgesehenen Verordnungen, welche zufolge

PStr.GB. Art. 2 Ziff. 9

durch königliche Verordnung oder oberpolizeiliche Vorschrift erlassen werden können, sind in Bezug auf die Zubereitung explosiver Stoffe noch in der

cit. MV. v. 6. August 1870 §§ 2—6, wozu einen Nachtrag die nurmehr höchst beschränkt anwendbare
MV. v. 5. August 1874, GVBl. S. 449, bildet,

enthalten; dagegen sind bezüglich des Transportes, der Lagerung und des Handels mit obigen Gegenständen jetzt außer der

V. v. 19. März 1874, Verhütung von Feuersgefahren durch leicht feuerfangende Gegenstände betr., GVBl. S. 109, vgl. auch MV. v. 22. Dez. 1882, GVBl. S. 607, und ME. v. 25. Mai 1878, MABl. S. 169,

insbesondere die beiden

MV. v. 15. Febr. 1894, den Verkehr mit Sprengstoffen betr., GVBl. S. 86, und vom gleichen Tag, die Versendung von Militärsprengstoffen rc. auf Land- und Wasserwegen betr., GVBl. S. 98,

maßgebend.

Vergl. zu § 24 Abs. 2 der ersteren MB. vom 15. Februar 1894:

MG. v. 21. März und 4. Juni 1894,

zu § 27 Abs. 2 derselben:

MG. v. 21. Juni 1895.

Siehe ferner über den Transport auf Posten und Eisenbahnen:

Verkehrsordn. v. 4. Dez. 1892 § 50 Ziff. 4 mit Anl. B, GVBl. S. 760, und die Nachträge oben Bd. I S. 118,

bayer. Postordn. v. 6. April 1889 §§ 66, 67, GVBl. S. 203, mit

MB. v. 7. März 1891, GVBl. S. 39,

Reichspostordn. v. 11. Juni 1892 § 11, GVBl. S. 280,

MB. v. 13. März 1886, GVBl. S. 71, sowie die Militärtransportordnungen v. 26. Jan. 1887 § 48, RGBl. S. 9 (s. auch RGBl. 1889 S. 177), und v. 11. Febr. bzw. 9. März 1888 § 35, GVBl. S. 153 (s. auch S. 222, GVBl. 1889 S. 493, 533 und GVBl. 1890 S. 467, 501),

OLGE. I. 32.

Hiezu kommen noch die besonderen Bestimmungen über den Verkehr auf dem Rheine (vgl. unten S. 233):

MB. über den Transport explosiver, entzündlicher, ätzender und giftiger Stoffe auf dem Rheine v. 26. Nov. 1888, GVBl. S. 696, welche übrigens bezüglich der explosiven Stoffe durch die generellen Bestimmungen der cit. MB. v. 15. Febr. 1894 ersetzt erscheint,

MB. v. 22. Jan. 1890, GVBl. S. 91 (Petroleum),

MB. v. 18. März 1894, die Beförderung feuergefährlicher, nicht zu den Sprengstoffen gehörender Gegenstände auf dem Rhein betr., GVBl. S. 124

und über den Transport auf dem Bodensee (vgl. unten S. 235):

Internat. Schifffahrtsordn. v. 22. Sept. 1867 Art. 14, RBl. 1868 S. 385.

S. endlich über den Handel u. s. w. mit Petroleum:

oben § 106 S. 113, insbesondere:

B. v. 24. Febr. 1882, RGBl. S. 40,

MB. v. 22. Dez. 1882, GVBl. S. 607,

MG. v. 10. Nov. 1891, MABl. S. 386 (Hängelampen);

über Aufbewahrung von Putzwolle:

MG. v. 3. Mai 1882, MABl. S. 163.

Die Aufbewahrung leicht entzündlicher Waaren, Materialien und Vorräthe an Orten und in Behältnissen, wo ihre Entzündung gefährlich werden kann, dann die unabgesonderte Aufbewahrung von Stoffen, welche nicht ohne Entzündungsgefahr bei einander liegen, fällt unter

Str.GB. § 367 Ziff. 6; vgl.:

Stengl. Ztschr. Bd. 12 S. 301, 333,

RGE. in der Samml. Bd. 22 S. 435,

Reger XII. 314.

Ueber Feststellung der Sprengstoffbestände s.:

MG. v. 22. Dez. 1887, 3. Dez. 1892, 2. Dez. 1893, 10. Jan. 1897.

d) Ihre Ergänzung finden § 367 Ziff. 5, 5a und 6 und die oben aufgeführten Anordnungen in

§ 368 Ziff. 8 des Str.GB.

und den dazu gehörigen Verordnungen über Verhütung von Feuersgefahren vom

27. Juni 1862 §§ 2, 13, 14, 16, 21 u. s. w., RBl. S. 1573,
31. Dez. 1867, RBl. 1868 S. 5,
24. Febr. 1871, RBl. S. 329,
10. Jan. 1872, RBl. S. 127,
19. März 1874, GVBl. S. 109, modificirt nach MB. v. 22. Dez. 1882, GVBl. S. 607, dann

V. v. 17. Juni 1881, GVBl. S. 709, u. s. w.,

sowie in den gemäß

PStr.GB. Art. 2 Ziff. 14

weiter erlassenen feuerpolizeilichen Anordnungen — s. unter Ziff. 2, 3 und 4.

2. Feuergefährliche Anlagen und Zustände.

Zur Verhütung von Feuersgefahr in Folge der Beschaffenheit baulicher, insbesondere gewerblicher Anlagen kommen einerseits die allgemeinen baupolizeilichen Vorschriften, insbesondere

Str.GB. § 367 Ziff. 15, § 368 Ziff. 3, 4,
PStr.GB. Art. 2 Ziff. 11, Art. 101 Abs. 2, Art. 105,
allg. Bauordn. v. 31. Juli 1890 § 7 Ziff. 3, §§ 16 mit 26, 28, 30 mit 32, 34 mit 48, 50, 54 mit 57, vgl.
Reger III. 60, X. 302,
Stengl. Ztschr. Bd. 16 S. 86, Bd. 17 S. 220,

anderseits die für gewisse gewerbliche Anlagen in den

§§ 16 ff. der Gewerbeordn.,

bestehenden besonderen Vorschriften

— s. oben S. 198 Ziff. 1 lit. a und b und unten § 148 Ziff. 3 lit. B a —

in Betracht.

Ueber die Feuerpolizei für Theater u. dgl. s.:

allg. Bauordn. § 48,
ME. v. 20. Dez. 1881, MABl. S. 503,
ME. v. 30. Jan. und 17. Febr. 1882, Weber XV. 525,
ME. v. 10. Mai 1897, MABl. S. 145,
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 285.

Ueber die Beleuchtung bei Textilindustriebetrieb vgl.:

V. v. 17. Juni 1881, GVBl. S. 709.

Für die Anlage und den Betrieb von Dampfkesseln, Dampfapparaten und sicherheitsgefährlichen Maschinen sind die einschlägigen Vorschriften in

§§ 24, 25, 147 Abs. 1 Ziff. 2, Abs. 3 der Gewerbeordn.,
Art. 131 des PStr.GB.,
§ 54b der V. v. 29. März 1892, GVBl. S. 61,
RKV. v. 5. August 1890, RGBl. S. 163,
V. v. 28. Juni 1892, GVBl. S. 439,
MB. v. 1. und 17. Juli 1892, GVBl. S. 482, 559,
MB. v. 12. Okt. 1883, MABl. S. 339,
Instr. v. 31. Jan. 1894, MABl. S. 47,
ME. v. 16. Okt. 1888, Weber XXI. 706,
ME. v. 10. Sept. 1892, MABl. S. 392,
ME. v. 13. Febr. 1896, MABl. S. 51,

enthalten; s. das Nähere in § 148 Ziff. 3 lit. B a.

Gewerbtreibende, welche in Feuer arbeiten, haben die von der Polizeibehörde, d. h. durch Verordnung, ober- oder ortspolizeiliche Vorschriften

PStr.GB. Art. 2 Ziff. 16,

über Anlegung und Verwahrung der Feuerstätten, sowie wegen der Art und Zeit, sich des Feuers zu bedienen, erlassenen Anordnungen zu befolgen.

Str.GB. § 369 Abs. 1 Ziff. 3.

Einschlägige Vorschriften finden sich in den Verordnungen über Verhütung von Feuersgefahren vom

27. Juni 1862, RBl. S. 1573 (insbesondere in §§ 1 mit 7, 10, 18 ff., vgl. S. o. E. f. Str. Bd. 7 S. 79, Bd. 9 S. 334),
31. Dez. 1867, RBl. 1868 S. 5,
10. Jan. 1872, RBl. S. 127 (insbesondere § 7),
17. Juni 1881, GVBl. S. 709,

ferner in der

V. v. 19. März 1874, GVBl. S. 109 (mit MB. v. 22. Dez. 1882, GVBl. S. 607), Verhütung von Feuersgefahr durch leicht feuerfangende Gegenstände betr., in der
V. v. 28. Juni 1892, GVBl. S. 439, Anlegung und Betrieb von Dampfkesseln u. s. w. betr.,
vgl. VGHE. II. 598,
Reger XIII. 314,

sowie in den früher erwähnten Verordnungen über Baupolizei u. dgl.

Bezüglich der Verjährung strafrechtlicher Verfolgung bei feuergefährlichen Zuständen s.:

O. E. im MABl. 1887 S. 385, überhaupt oben S. 194.

Vergl. auch:

ME. v. 6. Okt. 1887, MABl. S. 345,
ME. v. 20. April und 20. Okt. 1895, MABl. S. 275, KMBl. S. 374 (Brandstiftung durch Kinder).

Die in § 369 Abs. 1 Ziff. 3 statuirten Uebertretungen bilden den Uebergang zu den

3. **feuergefährlichen Handlungen**,

welche bei Strafe verboten sind; auch sie werden theils direkt vom Gesetze bezeichnet, theils in den gesetzlich zulässigen feuerpolizeilichen Anordnungen unter Strafe gestellt.

Das Betreten von Scheunen, Ställen, Böden oder anderen zur Aufbewahrung feuerfangender Sachen dienenden Räumen mit **unverwahrtem** Feuer oder Licht, die Annäherung an solche Räume mit unverwahrtem Feuer oder Licht wird durch

Str.GB. § 368 Ziff. 5, vgl.
Reger III. 165,

das **Feueranzünden an gefährlichen Stellen** in Wäldern oder Haiden oder in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen (wozu auch die in Art. 167 des früheren PStr.GB. aufgeführten Getreidefelder gehören) durch

Str.GB. § 368 Ziff. 6,
vgl. auch rev. Forstges. v. 27. Juni/4. Juli 1896 Art. 45, 77 Abs. 2, Art. 96,
Stengl. Ztschr. Bd. 17 S. 217,

das **Schießen** oder Abbrennen von Feuerwerken in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen durch

Str.GB. § 368 Ziff. 7 (s. auch § 367 Ziff. 8)

untersagt; vgl.:

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 12 S. 462,
Stengl. Ztschr. Bd. 5 S. 10.

In Bezug auf Veranstaltung von Feuerwerken und Scheibenschießen, die Errichtung von Schießstätten u. dgl. kommen weiter die

Art. 32 und 78 des PStr.GB. — s. oben § 100 S. 87 —

und, soweit es sich um gewerbsmäßigen Betrieb der Kunstfeuerwerkerei handelt, die Bestimmungen der

Gewerbeordn. §§ 16 ff.,

in Bezug auf die Veranstaltung von Fackelzügen namentlich auch die

Art. 4, 21 u. s. w. des Ges. v. 26. Febr. 1850 über Versammlungen und Vereine, dann
§ 12 der V. v. 27. Juni 1862, RBl. S. 1573,

in Betracht.

Außerdem können zufolge

Str.GB. § 368 Ziff. 8,
PStr.GB. Art. 2 Ziff. 14

feuergefährliche Handlungen durch feuerpolizeiliche Anordnungen (im Wege der Verordnung oder ortspolizeilichen Vorschrift) untersagt werden. Der-

artige Anordnungen in Bezug auf die Bewahrung von Feuer und Licht u. dgl. finden sich insbesondere in den unter Ziff. 2 bereits erwähnten

V. v. 27. Juni 1862, 31. Dez. 1867, 10. Jan. 1872, 19. März 1874, 17. Juni 1881, 28. Juni 1892 u. s. w.

Hierher gehört ferner die (speziell zu § 368 Ziff. 8 erlassene, ihrem Inhalte nach jedoch auch zu anderen Gesetzesbestimmungen, insbesondere zu § 367 Ziff. 5, 6 passende, oben schon erwähnte)

V. v. 19. März 1874, GVBl. S. 109, Verhütung von Feuersgefahren durch leicht feuerfangende Gegenstände betr., und MV. v. 22. Dez. 1882, GV.-Bl. S. 607,

ferner die zur Ergänzung der Lücken, welche durch Wegfall einiger Artikel des älteren PStr.GB. im Systeme der Feuerpolizei entstanden, bestimmte

V. v. 10. Jan. 1872, RBl. S. 127, Verhütung von Feuersgefahren betr.,

welche in § 1 die Haftung der Dienstherren und Familienhäupter für feuergefährliche Handlungen ihrer Untergebenen u. s. w. (früher PStr.GB. Art. 166 Abs. 2), in § 2 die Obliegenheiten der Kaminkehrer (früher PStr.GB. Art. 172, s. unten Ziff. 5 S. 208), in § 3 die Pflichten der Feuerbeschau-Sachverständigen (früher PStr.GB. Art. 173, s. unten Ziff. 4 S. 206) u. s. w. betrifft.

Vergleiche schließlich:

Bl. f. a. Pr. Bd. 24 S. 414, Bd. 25 S. 366, Bd. 26 S. 294, Bd. 28 S. 49, 139,
Stengl. Ztschr. Bd. 6 S. 224,
S. o. E. f. Str. Bd. 3 S. 150,
Reger XVI. 82,
s. auch die auf S. 202 cit. ME. v. 6. Okt. 1887, 20. April und 20. Okt. 1895.

Die ortspolizeilichen Anordnungen, wodurch im Vollzuge des

§ 21 Abs. 3 der V. v. 27. Juni 1862

gewisse Plätze als feuergefährlich erklärt werden, bedürfen einer Vollziehbarkeitserklärung (PStr.GB. Art. 6) nicht, indem sie nicht als selbständige ortspolizeiliche Vorschriften erscheinen.

Stengl. Ztschr. Bd. 6 S. 244,
S. o. E. f. Str. Bd. 3 S. 570,
ME. v. 26. März 1867, Weber VII. 1, und 13. Okt. 1869, Weber VIII. 393.

4. Als Mittel, feuergefährliche Zustände, namentlich soweit sie in baulichen Mängeln ihren Grund haben, kennen zu lernen, dient die periodische polizeiliche Feuerschau unter Beiziehung von Sachverständigen;

vgl. überhaupt Döll. Bd. 13 S. 1031 ff., Bd. 29 S. 483.

Die Feuerschau wurde stets als eine lokalpolizeiliche Maßregel behandelt.

ME. v. 25. April 1838, Döll. Bd. 13 S. 1036, Weber III. 237,
ME. v. 5. August 1847, Döll. Bd. 29 S. 484, Weber IV. 41;
s. auch rev. Gem.Ed. § 112, Weber III. 106,
Vollz.Vorschr. hiezu Ziff. 201, Döll. Bd. 11 S. 185,
Bl. f. a. Pr. Bd. 28 S. 129.

Die Gemeindeordnung stimmt hiemit überein

Art. 138 Abs. 5

und hat überhaupt die früheren Anordnungen über Feuerschau unberührt gelassen; es sind daher auch die Kosten derselben von der Gemeindekasse zu tragen; vgl.:

ME. v. 20. August 1869, Weber VIII. 266, und v. 29. Okt. 1869, Weber III. 237.

Ueber den Vollzug der Feuerbeschau im Einzelnen, insbesondere über Zahl und Zeit der jährlichen Besichtigungen u. dgl., bestehen übrigens in der Regel noch besondere Anordnungen der Kreisstellen.

Die Wahl der beizuziehenden Sachverständigen ist dem Ermessen der Ortspolizeibehörden anheimgegeben.

ME. v. 18. Sept. 1829, Döll. Bd. 13 S. 1035, Weber IV. 41,
cit. ME. v. 5. August 1847 und v. 5. August 1849, Döll. Bd. 29 S. 485, Weber IV. 41,
§ 2 Ziff. 12 der Kaminkehrer-V. v. 27. Febr. 1869, RBl. S. 289,
ME. v. 13. August 1875.

Es entspricht der Natur der Sache, daß bei Wahrnehmung feuergefährlicher Zustände dem Hauseigenthümer oder dessen Stellvertreter vorerst zur Abstellung derselben eine angemessene Frist vorgesetzt wird und erst, wenn dieser Aufforderung rechtzeitig nicht entsprochen wurde, strafpolizeiliche Einschreitung und bzw. polizeiliche Beseitigung des ordnungswidrigen Zustandes eintritt

vgl. auch ME. v. 21. Mai 1868,

obgleich die dermaligen gesetzlichen Vorschriften

Str.GB. § 368 Ziff. 4,
PStr.GB. Art. 105, vgl.
Stengl. Ztschr. Bd. 16 S. 86 und
oben S. 196 § 120 lit. B

eine vorgängige förmliche Aufforderung zur Beseitigung der in § 368 Ziff. 4 bezeichneten Mißstände nicht, wie Art. 171 des früheren PStr.GB., als gesetzliche Voraussetzung der Strafeinschreitung wegen Unterlassung der Fürsorge für brandsichere Unterhaltung der Feuerstätten u. s. w. kennen.

Ueber die Frage, ob (im Sinne jenes Art. 171 Ziff. 1) auf Grund allgemeinen Vorbehaltes in ortspolizeilichen Vorschriften spezielle

Anordnungen an einzelne Personen mit Strafwirksamkeit erlassen werden können, vgl.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 289, Bd. 28 S. 49.

Unerläßlich ist die genaue Kontrole über den Vollzug der auf Grund der Feuerbeschau von der Polizeibehörde getroffenen Anordnungen; diese Nachschau darf regelmäßig nicht bis zur nächsten ordentlichen Besichtigung verschoben werden, sondern ist alsbald nach Ablauf der in der polizeilichen Aufforderung vorgesetzten Frist zur Abstellung der feuergefährlichen Zustände vorzunehmen. Zweckmäßig ist es, die Ergebnisse der Feuerbeschau und Nachbesichtigung in fortlaufenden Protokollen oder übersichtlichen Tabellen zu konstatiren und dort, wo freiwillige Feuerwehren bestehen, auch Chargirte derselben zu den Besichtigungen beizuziehen, da solche hiedurch zugleich genaue Kenntniß der Oertlichkeiten erlangen; vgl. auch:

ME. v. 23. Nov. 1877, KMBl. S. 497.

Die Wichtigkeit der Sache erheischt es, daß die Distriktspolizeibehörden den Vollzug der Feuerbeschau überwachen, sich die ortspolizeilichen Feuerschautabellen u. dgl. zur Einsicht periodisch vorlegen lassen und gegebenen Falls die erforderlichen Anordnungen treffen.

Pflichtvernachlässigungen der zur Feuerschau beigezogenen Sachverständigen fallen im Hinblick auf

§ 3 der V. v. 10. Jan. 1872, RBl. S. 127,

unter

§ 368 Ziff. 8 des Str.GB.; vgl. auch PStr.GB. Art. 104 und oben S. 204.

Die Feuerbeschau in den Gebäuden des Civilärars ist ausschließlich von der gemeindlichen Feuerbeschau-Kommission vorzunehmen; die hiebei wahrgenommenen Gebrechen sind durch Vermittelung der Distriktspolizeibehörde dem einschlägigen Landbauamte bekannt zu geben

ME. v. 21. Dez. 1869, Weber VIII. 466,

wodurch die älteren Vorschriften

Döll. Bd. 16 S. 505

modificirt sind; s. auch:

ME. v. 18. April 1835, Döll. Bd. 13 S. 1036, Weber III. 21 (Gesandtschaftspalais),

ME. v. 8. Sept. 1844, Döll. Bd. 29 S. 484, Weber III. 238 (Militärgebäude).

5. Zufolge

§ 39 der Gewerbeordn.

können die Landesgesetze die Einrichtung von Kehrbezirken für die Schornsteinfeger gestatten; der Bestand von Kehrbezirken kann jedoch die

höhere Verwaltungsbehörde, soweit nicht Privatrechte entgegenstehen, nicht hindern, die Kehrbezirke aufzuheben oder zu ändern, ohne daß den Schornsteinfegern ein Widerspruchsrecht oder ein Ersatzanspruch hiewegen zustände.

Hienach ist die Grundlage des bayerischen Kaminkehrerwesens,

Art. 15 des Gewerbeges. v. 30. Jan. 1868 und die
Kaminkehrer=V. v. 27. Febr. 1869, RBl. S. 289,

im Wesentlichen unverändert geblieben. — Zuständig zur Aufhebung und Aenderung der Kehrbezirke sind nach Maßgabe der

§§ 4, 5, 6 der obigen V. v. 27. Febr. 1869

die Distriktspolizeibehörden;

vgl. auch Reger XVI. 239.

Die Strafbestimmung wegen unerlaubter Gewerbeausübung s. in

§ 147 Ziff. 1 Gewerbeordn., vgl.
Reger XV. 365.

Die fortdauernde Anwendbarkeit der §§ 9 mit 14 der Kaminkehrer=ordnung in Bezug auf Verleihung der Kehrbezirke, Erlöschung und Einziehung der Verleihung u. dgl. ergibt sich schon aus dem Obengesagten und dem Mangel einschlägiger Bestimmungen in der Gewerbeordnung, welche nur noch in § 47 Abs. 2 (Stellvertretung) und § 77 (Taxen) von den Schornsteinfegern handelt; über die fortdauernde Anwendbarkeit des § 17 (Zuständigkeit, Verfahren) s.:

V. v. 29. März 1892 § 54 lit. f, GVBl. S. 61,
VGHE. IV. 209,
Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 210 Note.

Zu § 14 Ziff. 3 der Kaminkehrerordnung vgl.:

V. v. 10. Jan. 1872 § 6, RBl. S. 127,
Reger I. 350,
Bl. f. a. Pr. Bd. 32 S. 86.

Die Kehrtermine und Kehrlöhne werden von den unmittelbaren Magistraten und den Bezirksämtern festgesetzt.

Kaminkehrerordn. § 7; vgl. auch:
V. v. 10. Jan. 1872 § 5, RBl. S. 127,
Gewerbeordn. § 77,
Vollzugsvorschr. hiezu v. 29. März 1892 § 35,
Döll. Bd. 14 S. 1282, 1287,
Reger XI. 10.

Ueberschreitung der vorgeschriebenen Taxen wird nach

Gewerbeordn. § 148 Ziff. 8

bestraft.

Pflichtvernachlässigungen der Kaminkehrer
(s. auch Gewerbeordn. § 144 Abs. 1)
in Bezug auf Reinigung der Kamine und Anzeige feuergefährlicher Zustände werden im Hinblick auf
§ 2 der V. v. 10. Jan. 1872, Verhütung von Feuersgefahren betr., RBl. S. 127,
gemäß
Str.GB. § 368 Ziff. 8 (vgl. oben S. 204)
beahndet; im Uebrigen vgl. über die Disziplinarbefugnisse der Distriktspolizeibehörden:
§§ 3, 14, 15 der Kaminkehrerordn.,
§ 6 der cit. V. v. 10. Jan. 1872;
über Stellvertretung:
Reger XI. 135.

Unterlassung der Fürsorge für rechtzeitige Reinigung der Schornsteine Seitens des Hausbesitzers hat Strafeinschreitung nach
Str.GB. § 368 Ziff. 4 (s. vorigen § lit. B S. 196 und Reger IX. 102, XIV. 405),
zur Folge.

Ueber das Ausbrennen der Kamine s.:
V. v. 27. Juni 1862 § 23, RBl. S. 1573,
ME. v. 11. Jan. 1852, Döll. Bd. 29 S. 495.

6. Alle größeren Kultus-Stiftungsgebäude sollen mit Blitzableitern versehen und letztere durch genügend befähigte Sachverständige jährlich besichtigt werden;
vgl. Döll. Bd. 13 S. 1050 und Bd. I S. 347 dieser Schrift.

Gemeinden soll die Anbringung von Blitzableitern auf ihren Gebäuden anempfohlen werden, ein Zwang in dieser Richtung ist jedoch nicht mehr statthaft;
ME. v. 30. Juni 1874, Weber X. 371.

7. Mißbräuche des Versicherungswesens, Ueber- und Doppelversicherungen u. dgl. können die Ursache von Spekulationsbränden werden; von diesem Gesichtspunkte aus ist die Kontrole des Feuerversicherungswesens hier zu erwähnen, die nähere Erörterung dieses Gegenstandes hat jedoch in § 157 stattzufinden. Ueber die Pflicht der Brandversicherungsinspektoren, die Abstellung feuergefährlicher Zustände zu beantragen, s.:
Instr. v. 30. Juni 1875 § 20, MABl. S. 373.

§ 122. Feuerlöschwesen.

1. Eine weitere Aufgabe der Feuerpolizei ist die Fürsorge für Bewältigung ausgebrochener Brände, insbesondere für das Vorhandensein der hiezu erforderlichen persönlichen Kräfte und sachlichen Hilfsmittel, für Lösch-Anstalten, -Ordnungen und -Geräthe.

Form.V. v. 17. Dez. 1825 § 59,

ME. v. 20. August und 29. Nov. 1869, Weber VIII. 267.

Das Feuerlöschwesen hat in neuester Zeit einen Aufschwung genommen, wie kaum eine andere Einrichtung im Gebiete der Verwaltung. Gleichwohl lassen an vielen Orten die Feuerlösch-Einrichtungen noch zu wünschen übrig und bietet noch in manchen Bezirken dem Verwaltungsbeamten die Begründung von Löschanstalten und Verbesserung des Löschdienstes ein Feld reicher und ersprießlicher Thätigkeit.

Ueber die Aufgabe der Gemeindebehörden im Feuerlöschwesen vgl.: Gemeindeordn. Art. 38 Abs. 1, Art. 138 Abs. 5.

2. Die gesetzlichen Handhaben des Feuerlöschwesens sind einerseits Art. 38 Abs. 1 der Gemeindeordn., anderseits § 368 Ziff. 8 des Str.GB.

Die Herstellung und Unterhaltung der erforderlichen Feuerlöschanstalten (wozu vor Allem die Beschaffung der benöthigten Wasservorräthe, daher insoweit unter Umständen auch die Herstellung von Wasserleitungen, Anlegung von Wasserreservoirs, s. g. Feuerweihern u. dgl. gehört) und Lösch-Geräthe, die Sorge für Unterhaltung der öffentlichen Brunnen und Wasserleitungen ist eine gesetzliche Obliegenheit der Gemeinde.

Gemeindeordn. Art. 38 und Kahr, Komment. hiezu S. 331,

Bl. f. a. Pr. Bd. 23 S. 238.

Zur Erfüllung dieser Obliegenheiten kann die Gemeinde von Aufsichtswegen, jedoch nicht durch distriktspolizeiliche Löschordnungen, sondern nur gemäß

Gemeindeordn. Art. 157 Abs. 1 Ziff. 3, Abs. 5 mit 7

angehalten werden.

Die zum distriktiven gemeinsamen Gebrauche bestimmten Löschmaschinen sind vom Distrikte

Distriktsrathsges. v. 28. Mai 1852 Art. 27 Abs. 1 lit. b Ziff. 5, vgl. Lermann, Distriktsgemeindeordn. S. 124

anzuschaffen und zu erhalten.

Bedürftige Gemeinden können zur Herstellung von Wasserleitungen, zur Anschaffung von Feuerlöschmaschinen u. dgl., Unterstützungen aus der Gewinnhälfte der München-Aachener Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaft erhalten; vgl. hierüber unten § 157 lit. B Ziff. 6.

Weitere Unterstützungen können den Gemeinden aus dem auf Grund des

Brandvers.Ges. v. 3. April 1875 Art. 89 in der Fassung des Ges. v. 5. Mai 1890 Art. 7, GVBl. S. 223,

gebildeten Wasserversorgungsfonde

ME. v. 30. März 1878, MABl. S. 89,
ME. v. 23. Juni 1881, MABl. S. 212,
vgl. auch ME. v. 19. Jan. 1878, Weber XII. 217, und
ME. v. 17. Dez. 1882, Weber XVI. 61,

dann in anderen Richtungen aus dem in gleicher Weise begründeten Fonde für Förderung des Feuerlöschwesens

ME. v. 28. Jan. 1879, MABl. S. 41

gewährt werden.

Ein Normale für die Anschaffung von Fahrspritzen wurde mitgetheilt durch

ME. v. 10. April 1876, MABl. S. 168;

s. auch über das Normalgewinde:

ME. v. 30. Jan. 1874, Weber XI. 518,
ME. v. 2. April 1889, MABl. S. 121.

Ueber die Anlegung von Wasserreservoirs s.:

ME. v. 5. Dez. 1871, Weber IX. 166.

Die Bereithaltung von Feuereimern und ähnlichen Löschrequisiten kann den Bezirks- bezw. Gemeinde-Angehörigen gemäß

Str.GB. § 368 Ziff. 8

auferlegt werden (s. Ziff. 3 unten).

3. Zufolge

§ 368 Ziff. 8 des Str.GB.

wird bestraft, wer die polizeilich vorgeschriebenen *Feuerlöschgeräthschaften* überhaupt nicht oder nicht in brauchbarem Zustande hält oder andere feuerpolizeiliche *Anordnungen* nicht befolgt.

Nach

Art. 2 Ziff. 14 des PStr.GB.

werden die Anordnungen über die polizeilich vorgeschriebenen *Feuerlöschgeräthschaften*, sowie die *Feuerlöschordnungen* durch distrikts- oder ortspolizeiliche Vorschriften, *sonstige feuerpolizeiliche Anordnungen* durch Verordnung oder ortspolizeiliche Vorschriften erlassen; vgl. auch:

Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 414, Bd. 36 S. 29.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Erlassung und zeitweise Revision örtlicher und distriktiver *Löschordnungen*. In denselben sind unter

Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse neben den allgemeinen Verhaltungsvorschriften für den Fall des Ausbruchs eines Brandes (Bereitstellung von Wassergefäßen, Laternen und Werkzeugen, Verhaltungsmaßregeln bei Bränden zur Nachtzeit, während strenger Kälte, bei Flugfeuer, Regelung des Boten- und Anspanndienstes u. dgl.) insbesondere die erforderlichen Anordnungen über Organisation des Löschdienstes und der Löschdirektion zu geben. Im thunlichsten Anschlusse an die etwa bestehenden freiwilligen Feuerwehren sind nöthigen Falls Pflichtfeuerwehren zu errichten, nach Abtheilungen für Steiger, Spritzenmannschaft, (Retter, Werkleute und) Ordnungsmannschaft zu gliedern und mit eingehenden Dienstesinstruktionen in Bezug auf ihre Thätigkeit beim Brande und nach Beendigung desselben zu versehen. Eine förmliche Einübung auch der Pflichtfeuerwehr-Mannschaften ist nicht zu umgehen und kann um so nachdrücklicher durchgeführt werden, als nach den Kammerverhandlungen zu Art. 2 Ziff. 14 und mehrfachen oberstrichterlichen Entscheidungen

S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 442, Bd. 6 S. 189, Bd. 7 S. 118, Bd. 8 S. 83 und 584,
Stengl. Ztschr. Bd. 13 S. 249, Bd. 14 S. 219, Bd. 17 Beibl. S. 71,
OLGE. I. 5, II. 231, IV. 311, V. 275, VI. 108, VII. 105,
O. E. im MABl. 1883 S. 62,
Reger III. 60, VI. 476, 477, VII. 453, VIII. 180, X. 90, XVI. 82, Erg.-Bd. I. 168,
s. auch Bl. f. a. Pr. Bd. 36 S. 29

die bezeichneten Mannschaften im Falle bestehender orts- oder distriktspolizeilicher Anordnungen bei Strafe verpflichtet sind, sich zu Proben und Uebungen einzufinden. Zur Theilnahme an dem Feuerlösch-Dienste können nicht blos die in

Art. 50 der Gemeindeordn.

aufgeführten, sondern auch sonstige Gemeindeeinwohner verpflichtet werden.

Ueber die Verpflichtung zur Theilnahme entscheiden endgiltig die Verwaltungsbehörden; vgl.:

VGHE. IV. 151 und MABl. 1883 S. 62,
OLGE. VI. 108, VII. 105.

Ueber die Verpflichtung von Offizieren des Beurlaubtenstandes zum Feuerwehrdienste s.:

ME. v. 26. Juni 1876, Weber XI. 569.

Ueber Uebungen an Sonntagen s.:

Reger VI. 477,
OLGE. I. 5, V. 275,
Bl. f. a. Pr. Bd. 34 S. 321, 337.

4. Auf die Verbreitung und Förderung der freiwilligen Feuerwehren ist ein besonderes Augenmerk zu richten; in ihnen liegt die Hauptstärke des verbesserten neueren Löschdienstes und sie sind die schätzenswerthesten Hilfsorgane der Feuerpolizei; die Unterstützung ihrer Thätigkeit wird sich daher der einsichtsvolle Verwaltungsbeamte besonders angelegen sein lassen; s. auch:

Bl. f. a. Pr. Bd. 24 S. 315, Bd. 36 S. 29;

über die Mitwirkung der Geistlichen und Lehrer zu gleichem Zwecke s.:

ME. v. 6. Mai 1870, KMBl. S. 91.

Auch die freiwilligen Feuerwehren sind Schutzwehren im Sinne des Str.GB. § 113:

ME. v. 17. August 1882, Weber XV. 753.

Empfehlenswerth ist die Vereinigung benachbarter freiwilliger und Pflicht-Feuerwehren zu größeren Verbänden, um Gleichförmigkeit in den Befehlen, Signalen, Verrichtungen, Geräthen, Gewinden u. s. w. zu erzielen; vgl. bezüglich der Uebereinstimmung der Feuerlösch-Ordnungen:

ME. v. 5. Juli 1884.

Zum Unterrichte im Feuerlöschwesen und als Anleitung bei Erlassung von Löschordnungen sind die Schriften von Jung, Magirus, Grosmann u. s. w. dienlich; vgl. ferner:

über Haltung der Zeitung für Feuerlöschwesen:

ME. v. 12. Juli 1872, Weber IX. 558,
ME. v. 19. Okt. 1872, MABl. S. 64;

über Inspektion der Feuerwehren und Feuerlöschgeräthe:

ME. v. 2. Juli 1874, MABl. S. 345,
ME. v. 6. Febr. 1875, MABl. S. 65,
ME. v. 2. April 1889, MABl. S. 121,
Vorschr. des Landesfeuerwehrverbandes v. 26. Sept. 1881 und 15. Okt. 1896;

über das „Landesfeuerwehrbureau“:

ME. v. 21. Dez. 1879, MABl. 1880 S. 1;

über das Siegel des Landesfeuerwehrausschusses:

ME. v. 13. Dez. 1887, Weber XVIII. 637;

über Beiziehung der Feuerwehr-Chargirten zur Besichtigung öffentlicher Gebäude:

ME. v. 23. Nov. 1877, KMBl. S. 497;

über Errichtung eines Sanitätsdienstes bei den freiwilligen Feuerwehren:

ME. v. 25. Jan. 1888, Weber XVIII. 696;

über Unterstützung der Feuerwehren, insbesondere verunglückter Feuerwehrmänner und ihrer Hinterbliebenen, durch die Immobiliar-Feuerversicherungsanstalt, bezw. aus dem Fonde für Förderung des Feuerlöschwesens:

Ges. v. 3. April 1875 Art. 89, GVBl. S. 269, und 5. Mai 1890 Art. 7, GVBl. S. 223,
ME. v. 10. Sept. 1875 und ME. v. 19. Jan. 1878, Weber XII. 217, dann insbesondere
ME. v. 28. Jan. 1879, MABl. S. 41,
ME. v. 8. März 1882, MABl. S. 73, und die Satzungen des Landes-Unterstützungsvereins der freiwilligen Feuerwehren v. 1. März 1876, s. auch
ME. v. 15. Nov. 1888, MABl. S. 442,
ME. v. 3. Dez. 1888 (Portofreiheit), Weber XIX. 371,
ME. v. 18. Jan. 1892 (Gebührenfreiheit der Quittungen), vgl. oben Bd. I S. 112;

über die Unterstützung verletzter oder erkrankter Feuerwehrmänner durch die Gemeindekrankenversicherung:
ME. v. 4. Okt. 1887, MABl. S. 347;

über Feuerwehraufzüge:
ME. v. 30. Mai 1889;

über unbefugtes Tragen von Feuerwehrabzeichen:
ME. v. 20. März 1875, MABl. S. 143, 166;

über Abgabe von Militär-Helmen, -Mänteln u. s. w. an Feuerwehren:
ME. v. 29. Sept. 1871, Weber X. 666,
ME. v. 19. März 1875, Weber X. 666,
ME. v. 29. April 1875, MABl. S. 227,
ME. v. 8. Nov. 1879, MABl. S. 568;

über das Feuerwehr-Ehrenzeichen:
V. v. 24. Juni 1884, GVBl. S. 417,
ME. v. 10. Juli 1884, MABl. S. 183,
ME. v. 29. Juli 1886, Weber XVI. 616,
ME. v. 8. Okt. 1895 (Portopflicht),
ME. v. 12. Okt. 1896 (Gesuche).

5. Ueber die Pflicht, bei Ausbruch eines Brandes alsbald die öffentliche Hilfe anzurufen, vgl.:
V. v. 10. Jan. 1872 § 4, RBl. S. 127,
ME. v. 16. Juli 1894, MABl. S. 267;

über die allgemeine Nothhilfe bei Bränden:
Str.GB. § 360 Ziff. 10,
vgl. auch PStr.GB. Art. 27 und 87 Ziff. 3,
Stengl. Ztschr. Bd. 7 S. 298 und
S. o. E. f. Str. Bd. 3 S. 132;

über Ersatzansprüche bei geleisteter Hilfe:
O. E. im GVBl. 1880 Beil. III;

über Transportkosten der Feuerlöschgeräthschaften:
ME. v. 16. Juli 1880, MABl. S. 284;

über Mittheilung einkommender Brandanzeigen an den Untersuchungsrichter oder das zuständige Amtsgericht:

ME. v. 15. Okt. 1869, JMBl. S. 254,
s. auch die ME. v. 6. Okt. 1887, MABl. S. 345;

über das Einreißen von Gebäuden bei Bränden:

Zwangsabtretungsges. v. 17. Nov. 1837 Art. I lit. B,
Feuerversicherungsges. v. 3. April 1875 Art. 39,
Bl. f. a. Pr. Bd. 24 S. 31.

Drittes Kapitel.*)

Straßen- und Reinlichkeits-Polizei.

§ 123. Sicherstellung der öffentlichen Straßen gegen Beschädigung.

1. Aufgabe der Straßenpolizei ist es vor Allem, die dem öffentlichen Verkehre gewidmeten Straßen selbst gegen Beschädigungen zu sichern. Diesen Zweck verfolgt eine Reihe allgemeiner Anordnungen und Verbote, während auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen noch besondere Beschränkungen für die Benützung öffentlicher Verkehrswege auferlegt werden können. Allgemeiner Art ist:

a) das Verbot, außer in Nothfällen in den Gräben öffentlicher Straßen zu reiten oder zu fahren oder in den Gräben, auf den Böschungen oder Dämmen von Staats-, Distrikts- oder kunstmäßig gebauten Gemeindestraßen Vieh zu treiben oder absichtlich weiden zu lassen, soferne nicht durch oberpolizeiliche Vorschriften

vgl. MB. v. 28. Mai 1862 § 1 Ziff. 10 und v. 25. Juni 1862 Ziff. 1, RBl. S. 928 und 1437

Ausnahmen zugelassen werden oder das Vieh in Ermangelung besonderer Uebergänge über die Straßen und deren Zugehörungen auf Weideplätze getrieben wird.

PStr.GB. Art. 89, 91.

Das Treiben oder Lagernlassen von Vieh auf Straßen ist nicht strafbar, doch darf durch die Lagerung der Verkehr nicht gestört werden.

Stengl. Ztschr. Bd. 3 S. 370 (vgl. auch Bd. 7 S. 68),
S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 536,
OLGE. Bd. 3 S. 338.

---

*) In vierter Auflage bearbeitet von Bezirksamtsassessor G. Krais.

b) das Verbot, auf den abgegrenzten Fußbänken öffentlicher Straßen oder auf den Straßentrottoirs in Ortschaften zu reiten, zu fahren oder größere Lasten fortzubewegen.

§ 8 der auf Grund des Str.GB. § 366 Ziff. 10 und des PStr.GB. Art. 2 Ziff. 6 erlassenen MB. v. 4. Jan. 1872, RBl. S. 73.

c) Die Verringerung von öffentlichen oder Privatwegen durch Abgraben oder Abpflügen wird nach

Str.GB. § 370 Ziff. 1, vgl.
OLGE. VIII. 76,

die unbefugte Entnahme von Erde, Steinen, Rasen auf öffentlichen oder Privatwegen nach

Str.GB. § 370 Ziff. 2,
Reger IV. 194, VIII. 89, X. 91, XI. 65, XV. 222
(vgl. auch PStr.GB. Art. 113 Ziff. 2, Art. 115 und 124)

beahndet.

Zu beiden Ziffern s. die O. E. in:

S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 416, 508,
Stengl. Ztschr. Bd. 11 S. 134, Bd. 15 S. 139, 186, Bd. 17 S. 220;
s. auch:
O. E. im RBl. 1873 S. 63,
VGHE. IV. 238,
RGE. in der Samml. Bd. 22 S. 286.

d) Von besonderer Wichtigkeit ist die Handhabung des durch

Art. 3 Ziff. 10 lit. a (s. jedoch Art. 2 Ziff. 11) des Ausf.Ges. zur Str.Pr.-Ordn. v. 18. August 1879

aufrecht erhaltenen

Ges. v. 25. Juli 1850, die „Einrichtung des die Kunststraßen" (d. h. die Staats- und Distrikts-Straßen) „befahrenden Fuhrwerkes betr.", GBl. S. 321, mit dem durch Landtagsabschied v. 1. Juli 1856 Abschn. III § 33, GBl. S. 136, verkündeten Zusatze, vgl.
MB. v. 19. Febr. 1852, RBl. S. 198,
Bl. f. a. Pr. Bd. 1 S. 179,
OLGE. II. 227,
MABl. 1883 S. 49;

über die Behandlung der anfallenden Strafgelder vgl.:

ME. v. 14. August 1852, Döll. Bd. 31 S. 195, Weber IV. 532.

e) Vorsätzliche Beschädigung von Straßen, Brücken, Dämmen u. dgl. fällt unter

Str.GB. §§ 305, 321; vgl.:
Reger VII. 287, Erg.Bd. I. 336,
RGE. in der Samml. Bd. 24 S. 26,
OLGE. IV. 288.

2. Insoferne Straßenbeschädigungen häufig direkte Verkehrsstörungen zur Folge haben, kann ersteren auch durch die auf Grund des

Str.GB. § 366 Ziff. 10,
PStr.GB. Art. 2 Ziff. 6,
vgl. MB. v. 4. Jan. 1872 § 10, RBl. S. 73,
MB. v. 9. Jan. 1878, GBBl. S. 10

zulässigen Polizeiverordnungen vorgebeugt werden; s. unten S. 224 § 124 Ziff. 7, dann:

O. E. im MABl. 1874 S. 189,
Stengl. Ztschr. Bd. 14 S. 5,
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 1 ff.

Soweit mit der Straßenbeschädigung eine Verkehrsstörung nicht verbunden ist, können zur Sicherstellung der öffentlichen Straßen, Wege, Plätze, Brücken und Stege gegen Beschädigung außer den bereits durch das Gesetz vorgeschriebenen Fällen noch besondere Anordnungen und zwar in Bezug auf Staatsstraßen und deren Zugehörungen durch oberpolizeiliche, in Bezug auf Distriktsstraßen und deren Zugehörungen durch distriktspolizeiliche, in den übrigen Fällen durch ortspolizeiliche Vorschriften erlassen werden.

PStr.GB. Art. 90, 91.

Siehe überhaupt die O. E. in

S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 42, Bd. 6 S. 561,
GBBl. 1876 Beil. VII,
OLGE. I. 550.

Die älteren Gesetze, Verordnungen und Ministerial-Anordnungen über Sicherheit u. s. w. des Verkehrs auf Staatsstraßen und deren Zugehörungen und über Sicherstellung derselben gegen Beschädigungen wurden im Hinblick auf

Art. 45 Abs. 2 und Art. 158 des älteren PStr.GB.

durch

MB. v. 28. April 1863, RBl. S. 691,

aufgehoben; ausgenommen sind die als fortgeltend erklärten bezüglichen Bestimmungen:

a) der V. v. 16. August 1805 (Döll. Bd. 16 S. 789, Weber I. 106), Verbesserung der öffentlichen Straßen betr., deren Ziff. 3 jedoch durch
MB. v. 3. März 1870, RBl. S. 393,
modificirt ist; vgl. auch:
Strafeinf.Ges. v. 26. Dez. 1871 Art. 2 Ziff. 14,
ME. v. 16. Jan. 1890, MABl. S. 35,
Bl. f. a. Pr. Bd. 20 S. 347, Bd. 26 S. 5, Bd. 39 S. 113,
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 306 (I. Aufl. Bd. 5 S. 500).

b) der V. v. 13. Febr. 1809, Döll. Bd. 16 S. 717, und
ME. v. 7. Dez. 1850, Döll. Bd. 31 S. 181
(vgl. Stengl. Ztschr. Bd. 16 Beibl. S. 2)

bezüglich der Vorschriften über Waldauslichten an Staatsstraßen, in welcher Beziehung nunmehr jedoch die

MB. v. 6. Juni und ME. v. 26. Okt. 1876, GVBl. S. 358 und MABl. S. 425,

maßgebend sind; s. auch:

unten § 153 lit. F Ziff. 2 und
S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 41, 398,
VGHE. XIII. 345.

In Bezug auf Auslichtung an Distriktsstraßen vgl. jetzt:

ME. v. 19. Mai 1876, MABl. S. 237;
s. unten § 153 lit. F Ziff. 3.

c) des Landtagsabsch. v. 17. Nov. 1837 Tit. I lit. C Abs. II, GBl. S. 9.

Jedoch können die Strafbestimmungen des Art. 90 in Verbindung mit diesen älteren Anordnungen nicht dazu dienen, Leistungen, welche einer Expropriation gleichkommen, aufzulegen und durchzuführen.

Das Bepflügen der an Staatsstraßen grenzenden Felder ist durch die übenerwähnte

MB. v. 3. März 1870, RBl. S. 393,

geregelt; vgl. überhaupt:

Stengl. Ztschr. Bd. 16 Beibl. S. 2.

Das Schleifen von Baumstämmen, geladenen Faschinen und anderen zur Beschädigung des Straßenkörpers geeigneten Gegenständen auf Straßen kann, nachdem die älteren bezüglichen Vorschriften durch

MB. v. 28. Mai 1862 Ziff. 11, RBl. S. 928,
MB. v. 25. Juni 1862 Ziff. 2, RBl. S. 1437,

beseitigt und die Bestimmungen in

Art. 157 des älteren PStr.GB.

durch

Str.GB. § 366 Ziff. 10

ersetzt sind, auf Grund des letzteren untersagt werden; vgl.:

O. E. im MABl. 1874 S. 189 und
Stengl. Ztschr. Bd. 14 Beibl. S. 5,
ME. v. 6. Jan. 1891.

Uebermäßige Abnützung der Gemeindewege kann mittelst Feststellung eines Maximal-Gewichts der Fuhrwerksbelastung im Wege ortspolizeilicher Vorschriften zu Art. 90 verhütet werden; vgl.:

ME. v. 12. Juni 1847, Döll. Bd. 31 S. 224,
ME. v. 20. März 1862 und 28. Juli 1884,

Bl. f. a. Pr. Bd. 22 S. 359, Bd. 23 S. 249, 264, 277, 282, Bd. 24 S. 369,
OLGE. V. 440 (MABl. 1889 S. 384).

Ueber die zur Erhaltung der Fahrbarkeit der Gemeindewege und Distriktsstraßen zulässige Auflage von Naturaldiensten s.:

PStr.GB. Art. 29 und
unten § 153 lit. F Ziff. 4.

Den Schutz der Feldwege bezielt

PStr.GB. Art. 121
(s. unten § 153 lit. F Ziff. 5).

§ 124. Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen.

1. Uebertretungen in Bezug auf Fahren und Reiten.

Uebermäßig schnelles Fahren oder Reiten in Städten und Dörfern, gemeingefährliches Einfahren oder Einreiten der Pferde auf öffentlichen Straßen oder Plätzen

Str.GB. § 366 Ziff. 2, vgl.
Stengl. Ztschr. Bd. 4 S. 331,
Reger VI. 475, XII. 283,

muthwillige Verhinderung des Vorbeifahrens auf öffentlichen Wegen u. s. w.

Str.GB. § 366 Ziff. 3,

Fahren mit Schlitten ohne feste Deichsel oder ohne Geläute in Städten

Str.GB. § 366 Ziff. 4

ist vom Gesetze direkt mit Strafe bedroht.

Eine Reihe weiterer Anordnungen und Verbote in Bezug auf Fahren und Reiten auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen ist in der auf Grund des

Str.GB. § 366 Ziff. 10 und PStr.GB. Art. 2 Ziff. 6

erlassenen

MB. v. 4. Jan. 1872, RBl. S. 73,

enthalten; so das Verbot, auf Brücken, die ganz oder theilweise aus Holz oder Eisen hergestellt sind, anders als im Schritte zu reiten oder zu fahren

§ 1 — älteres PStr.GB. Art. 145 Ziff. 1;

mit aneinandergehängten Wägen zu fahren (außer wenn distriktspolizeiliche Bewilligung vorliegt oder bei landwirthschaftlichen Fuhrwerken)

§ 2 — früher PStr.GB. Art. 145 Ziff. 5;

mehr als zwei Schlitten an dem Haupt- oder Vorschlitten anzubringen (mit Ausnahme von Nothfällen oder oberpolizeilicher Gestattung in bestimmten Gegenden)

§ 3 — früher PStr.GB. Art. 145 Ziff. 6,
vgl. auch MB. v. 28. Mai 1862 § 9, RBl. S. 928;

auf Fußbänken und Trottoirs zu fahren u. s. w.

§ 8 — früher PStr.GB. Art. 156 Ziff. 2.

Hierher gehört ferner das Verbot, daß Personen, welche die Leitung eines Fuhrwerks übernommen haben, sich durch Schlafen u. dgl. außer Stand bringen, ihre Gespanne zu leiten

§ 5 — früher PStr.GB. Art. 145 Ziff. 8;

die Vorschrift der Einlegung des Radschuhes oder der Anwendung von Sperrvorrichtungen beim Bergabfahren an den durch obrigkeitlichen Anschlag bezeichneten Stellen u. s. w.

§ 4 — früher PStr.GB. Art. 145 Ziff. 7 —

und die Regelung des Ausweichens der Reiter, Fuhrwerke und Viehheerden auf öffentlichen Straßen

§ 9 — früher PStr.GB. Art. 145 Ziff. 3,

in welcher Beziehung die

MB. v. 23. Juni 1862, RBl. S. 1465,

in Kraft geblieben ist; vgl. übrigens:

Postges. v. 28. Okt. 1871 § 19, RGBl. S. 347.

Einen Nachtrag zur

cit. MB. v. 4. Jan. 1872

enthält die

MB. v. 9. Jan. 1878, GBBl. S. 10,

welche die Beigabe eines Leiters an der Rückseite von Fuhrwerken mit getheilten Wägen oder Schlitten vorschreibt.

2. Wege, Brücken und Stege, welche dem öffentlichen Verkehre gewidmet sind, sowie die an denselben zur Verhütung von Unglücksfällen erforderlichen Geländer und sonstigen Sicherheitsmittel müssen von den hiezu Verpflichteten in sicherem Zustande erhalten werden; bei eingetretenen Beschädigungen und Verkehrsstörungen sind die von der Polizeibehörde angeordneten oder sonst erforderlichen Warnungs- und Leitungszeichen von den Verpflichteten auszustecken;

cit. MB. v. 4. Jan. 1872 § 6 — früher PStr.GB. Art. 154 —,
Gemeindeordn. Art. 38 Abs. 1,
VGHE. V. 127, XVI. 123, XVII. 312,
Bl. f. a. Pr. Bd. 22 S. 137, Bd. 24 S. 332,

Stengl. Ztschr. Bd. 3 S. 18, Bd. 5 S. 269, Bd. 10 S. 170,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 10 S. 209, Bd. 13 S. 79,
S. o. E. f. Str. Bd. 1 S. 21, Bd. 2 S. 57;
vgl. auch PStr.GB. Art. 87.

Brunnen, Keller, Gruben, Oeffnungen oder Abhänge auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen, auf Höfen, in Häusern oder überhaupt an Orten, an welchen Menschen verkehren, müssen dergestalt verdeckt oder verwahrt werden, daß dadurch jede Gefahr für Andere beseitigt wird.

Str.GB. § 367 Ziff. 12; s.:
Pol.Instr. v. 13. Nov. 1812 §§ 52, 54, RBl. S. 1947,
ME. v. 7. Febr. 1841, Döll. Bd. 31 S. 177, über Anbringung von Sicherheitsgeländern und Warnungstafeln an abschüssigen oder sonst gefährlichen Stellen öffentlicher Straßen (vgl. jedoch auch ME. v. 9. März 1888, Weber XVIII. 763, über Warnungstafeln für Radfahrer),
OLGE. II. 454, IV. 200, VII. 176,
O. E. im MABl. 1886 S. 52,
O. E. in Stengl. Ztschr. Bd. 2 S. 236, Bd. 11 S. 174,
Reger II. 425, III. 320, IV. 445, VI. 79, VII. 71, 436, VIII. 158, IX. 100, X. 466 f., XI. 76, 219, XIII. 69, 312, XVI. 76,
VGHE. V. 127,
Bl. f. a. Pr. Bd. 38 S. 107.

Die Benützung von Straßen oder Wegstrecken, welche von der zuständigen Behörde durch aufgeworfene Gräben, aufgestellte Tafeln oder sonstige Zeichen als gesperrt oder verboten erklärt sind

§ 7 der cit. MB. v. 4. Jan. 1872 — früher PStr.GB. Art. 156 Abs. 1 Ziff. 1 —,
OLGE. I. 467, III. 313, VIII. 370,

wird nach § 366 Ziff. 10 des Str.GB., die Entfernung oder Zerstörung der zur Verhütung von Unglücksfällen angebrachten Schutzmittel, Sperrungs- und Warnungszeichen, dann die Entfernung oder das Auslöschen öffentlicher Laternen

(vgl. über Straßenbeleuchtung Pol.Instr. v. 24. Sept. 1808 § 68, RBl. S. 2522, und VGHE. XVI. 123)

nach

PStr.GB. Art. 87 Ziff. 1, 2

gestraft.

Das Gehen, Fahren, Reiten und Viehtreiben auf einem durch Warnungszeichen geschlossenen Privatwege fällt unter

Str.GB. § 368 Ziff. 9; vgl.:
rev. Forstges. Art. 92 Ziff. 1,
S. o. E. f. Str. Bd. 8 S. 8, 623,

Stengl. Ztschr. Bd. 14 S. 75, 219, Beibl. zu Bd. 16 S. 85 und zu Bd. 18 S. 81.
OLGE. II. 302.

3. Ueber das Schneeschaufeln auf den Straßen vgl.:
Döll. Bd. 16 S. 803 ff., Bd. 31 S. 206 ff.

Das Schneeräumen ist, wenn es von dem Straßenaufsichtspersonale nicht bewältigt werden kann, auf Staatsstraßen eine den angrenzenden Gemeinden obliegende Landesfrohnde, wofür dieselben jedoch die ortsüblichen Taglöhne gezahlt erhalten.

Landtagsabsch. v. 23. Mai 1846 Abschn. III § 22, GBl. S. 25, ME. v. 31. Okt. 1848 und 8. März 1851, Döll. Bd. 31 S. 207 ff., Weber IV. 1, 2.

Zuwiderhandlungen gegen die bezüglichen Bestimmungen ist in obigem Falle, soferne nicht etwa
§ 360 Ziff. 10 des Str.GB.
anwendbar ist, mit den polizeilichen Zwangsmitteln des
PStr.GB. Art. 21, 22
entgegenzutreten; das Schneeschaufeln auf Gemeinde- und Distriktsstraßen
vgl. VGHE. III. 637, X. 334, XI. 518
gehört zu den in
PStr.GB. Art. 29
erwähnten Diensten, jenes auf den Ortsstraßen kann durch polizeiliche Vorschriften zu
§ 366 Ziff. 10 des Str.GB.
(vgl. unten S. 224 § 124 Ziff. 7)
geregelt werden. Ueber Schneezeichen s. unten S. 223.

4. Nach öffentlichen Straßen oder nach Orten hinaus, wo Menschen zu verkehren pflegen, dürfen Sachen, durch deren Herabstürzen oder Umfallen Jemand beschädigt werden kann, ohne Befestigung nicht aufgestellt oder aufgehängt, desgleichen Sachen auf eine Weise, wodurch Vorübergehende beschädigt oder verunreinigt werden können, nicht ausgegossen oder ausgeworfen werden.

Str.GB. § 366 Ziff. 8; vgl. auch Ziff. 7 (unten S. 222), dann
Stengl. Ztschr. Bd. 17 S. 210, Bd. 18 S. 326 ff.,
S. o. E. f. Str. Bd. 7 S. 459, Bd. 8 S. 402,
Reger IV. 192, 357, IX. 91, 94.

Auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen ist die Aufstellung, das Hinlegen oder Liegenlassen von Gegenständen, durch welche der freie Verkehr gehindert wird, untersagt.

Str.GB. § 366 Ziff. 9; vgl.:
Bl. f. a. Pr. Bd. 23 S. 45, Bd. 26 S. 317,
Stengl. Ztschr. Bd. 3 S. 206, Bd. 4 S. 26, Bd. 5 S. 86, Bd. 7 S. 291, Bd. 8 S. 79, Bd. 9 S. 40, Bd. 10 S. 292 und 388, Bd. 11 S. 40, Bd. 12 S. 251, Bd. 16 S. 72, Bd. 17 S. 210 ff.,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 11 S. 119,
S. o. E. f. Str. Bd. 1 S. 84, Bd. 2 S. 119, Bd. 3 S. 182,
Reger II. 325, III. 57, 407, V. 363, VIII. 396, IX. 332, XI. 213, XIII. 27, 67, 310, XIV. 187, Erg.Bd. I. 162,
OLGE. II. 99, 320 (MABl. 1883 S. 181), IV. 416, V. 96, VI. 180,
O. E. im MABl. 1897 S. 77.

5. Auch die Strafbestimmungen über Vernachlässigung der Aufsicht auf Thiere an öffentlichen Orten
Str.GB. § 366 Ziff. 5 und § 367 Ziff. 11,
Komp.B. v. 4. Jan. 1872 § 10,
Stengl. Ztschr. Bd. 12 S. 134, Bd. 15 S. 180,
Reger IV. 99,

über das Hetzen von Hunden
Str.GB. § 366 Ziff. 6,
Reger IV. 76, VII. 451,
OLGE. VI. 470,

über das Werfen von Steinen, Unrath u. dgl. auf Menschen, Zugthiere, fremde Gebäude u. s. w.
Str.GB. § 366 Ziff. 7
(vgl. auch oben S. 221 Ziff. 4 zu § 366 Ziff. 8 des Str.GB.),
Reger I. 309, VII. 451, XI. 211, XVI. 198,
OLGE. IV. 142, 228, V. 278,

über das Legen von Selbstgeschossen und Fußangeln, das Schießen u. dgl. an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten
Str.GB. § 367 Ziff. 8
(vgl. auch § 368 Ziff. 7 und PStr.GB. Art. 32, 78),
Komp.B. v. 4. Jan. 1872 § 8,
Stengl. Ztschr. Bd. 8 S. 327, Bd. 17 S. 217,
Reger IV. 192, IX. 100, X. 466, XI. 214,

über Vornahme gefährlicher Sprengungen (vgl. oben § 100 Ziff. 2, S. 86)
PStr.GB. Art. 86,
OLGE. I. 523,

über das Herumlaufenlassen von Hunden zur Nachtzeit auf öffentlichen Straßen
PStr.GB. Art. 83 Abs. 1 Ziff. 3,
Stengl. Ztschr. Bd. 9 S. 371,
OLGE. II. 387, III. 75, IV. 541,

über das absichtliche Scheumachen von Thieren an Orten, wo Personen oder fremdes Eigenthum beschädigt werden können

PStr.GB. Art. 84,

über die Ueberlassung scheuer Pferde an andere Personen ohne Warnung und Belehrung, über Verwendung solcher Thiere zu bestellten Fuhren

PStr.GB. Art. 85,

über Beseitigung von Baugebrechen und Vornahme von Sicherheitsmaßregeln bei Bauten

Str.GB. § 367 Ziff. 13, 14,
vgl. ME. v. 28. Mai 1850, Döll. Bd. 31 S. 212, Weber IV. 122,
und oben § 120 lit. A Ziff. 6, lit. B S. 195 f.,

haben auf die Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe des Verkehrs auf öffentlichen Straßen und Plätzen Bezug; ebenso berühren die Bestimmungen des

Str.GB. §§ 110 ff., 183, 360 Ziff. 11, 13, 14 u. s. w.,
PStr.GB. Art. 30, 37 Ziff. 1, Art. 44, 80, 101 u. s. w.,

dann die Vorschriften über die s. g. Straßengewerbe

Gewerbeordn. § 37, vgl. §§ 33b, 42b, 43,
(s. auch Reichspreßges. v. 7. Mai 1874 §§ 5, 30 Abs. 2, und
Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879 Art. 12, 13),
Reger XII. 121, 192,
OLGE. VI. 382,

das Gebiet der Straßenpolizei.

Hinsichtlich der Schneezeichen vgl.:

ME. v. 9. April 1842, Döll. Bd. 31 S. 206, Weber III. 455,
VGHE. X. 339.

6. Zur Sicherstellung öffentlicher Denkmale u. dgl., öffentlicher Spaziergänge, Anlagen, Friedhöfe, Stadtthore, Brunnen und Wasserleitungen, der Gebäude, der im Freien befindlichen und für den öffentlichen Gebrauch bestimmten Sitzbänke u. s. w. können ober-, distrikts- und ortspolizeiliche Vorschriften und Anordnungen erlassen werden nach

PStr.GB. Art. 95
(vgl. Bl. f. a. Pr. Bd. 38 S. 45),

welcher auch die Besudelung dieser Gegenstände mit Strafe bedroht. Vorsätzliche Beschädigungen fallen unter

§§ 303, 304 des Str.GB.; vgl. auch § 366a,
Art. 112 des PStr.GB.,
dann unten § 153 lit. F Ziff. 8,
Reger VIII. 82, X. 287, 289,
OLGE. II. 442 (MABl. 1883 S. 295).

7. Soweit die bisher erörterten Strafbestimmungen nicht ausreichen, z. B. hinsichtlich des Velocipedverkehrs

— vgl. hierher auch ME. v. 9. März 1888, Weber XVIII. 763 (Warnungstafeln) —,

sind die zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf den öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen erforderlichen Polizeiverordnungen auf Grund des

Str.GB. § 366 Ziff. 10,
PStr.GB. Art. 2 Ziff. 6,
§ 10 der MB. v. 4. Jan. 1872, RBl. S. 72,

zu erlassen, wobei ober-, distrikts- und ortspolizeiliche Vorschriften unter dem Vorbehalte in Art. 10 des PStr.GB. konkurriren; vgl. überhaupt in Bezug auf Straßenpolizei die Präjudizien in:

Stengl. Ztschr. Bd. 4 S. 91, Bd. 5 S. 86, Bd. 14 Beibl. S. 5, Bd. 16 S. 75, Bd. 17 Beibl. S. 38, Bd. 18 S. 328,
OLGE. I. 353, 467, 481, 514, III. 313, 415, IV. 7, 81, 100, 199, 215, 238, 268, V. 28, 90, 96, 167, 408, 416, VI. 102, 166, 250, 543, 627, 685, VII. 157, 162, 189, VIII. 247, 323, 331, 404, 447,
MABl. 1873 S. 445, 1885 S. 239, 1886 S. 52, 320, 1887 S. 57, 1888 S. 231, 241, 424, 1891 S. 76, 156, 1895 S. 316, 329, 568,
Reger I. 164, II. 185, VI. 474, VII. 266, 355, 452, VIII. 162, 265, IX. 97, 183, 333, X. 299, XI. 74, 213 ff., Erg.Bd. I. 162, 348, 387,
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 1 ff., Bd. 38 S. 107, Bd. 45 S. 31.

Ueber die Grenzen des Polizeiverordnungsrechts in Wegsachen s.:

Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 306 f. (I. Aufl. Bd. 5 S. 501 f.);
vgl. übrigens auch oben Bd. I S. 172 § 28 Ziff. 3.

§ 125. Reinlichkeitspolizei.

1. Die auf Grund des

Str.GB. § 366 Ziff. 10 und
PStr.GB. Art. 2 Ziff. 6

zulässigen Polizeiverordnungen

(s. oben § 124 Ziff. 7 und § 153 Ziff. 5 lit. d)

können auch die Erhaltung der Reinlichkeit auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen zum Gegenstande haben. Außerdem, namentlich also auch in Bezug auf die Reinhaltung der unterirdischen Abzugs- und Herstellung der erforderlichen Zuleitungskanäle, sind ortspolizeiliche Vorschriften und in deren Ermangelung distriktspolizeiliche Anordnungen über öffentliche Reinlichkeit in Städten und sonstigen Ortschaften gemäß

PStr.GB. Art. 94 — vgl. auch Art. 5, 67 Abs. 2, Art. 73 und 96 — zulässig; vgl.:

S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 325, Bd. 6 S. 592, Bd. 9 S. 475;
Stengl. Ztschr. Bd. 3 S. 26, Bd. 5 S. 206, 258 und 320, Bd. 6 S. 69, Bd. 9 S. 40, Bd. 11 Beibl. S. 187,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 11 S. 121, Bd. 13 S. 306 und 510;
O. E. im RBl. 1862 S. 198, im MABl. 1876 S. 93, 1878 S. 225, 1880 S. 65, 1888 S. 241, 1889 S. 6, 1891 S. 156, 359, 1894 S. 403, 1895 S. 568, 595, 1896 S. 4, 105, 1897 S. 59, im JMBl. 1867 S. 218;
OLGE. I. 186, V. 92, 221, VI. 166, 267, 626, VII. 189, VIII. 14, 202, 331;
ME. v. 25. August 1873, MABl. S. 493;
VGHE. II. 530, XVI. 213;
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 1 ff., Bd. 27 S. 193 ff.

Von Wichtigkeit ist der in mehreren oberstrichterlichen Erkenntnissen
Stengl. Ztschr. Bd. 3 S. 26,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 10 S. 976, 1055,
OLGE. I. 186, III. 313, IV. 9, 215, V. 40, 90, 167,
O. E. im MABl. 1888 S. 241 und 424, 1891 S. 156
ausgesprochene Grundsatz, daß der nach ortspolizeilicher Vorschrift zur Straßenreinigung Verpflichtete sich nicht auf civilrechtliche Verhältnisse, wonach die Leistung einem Dritten obliege, berufen kann.

2. Direkte gesetzliche Strafbestimmungen sind enthalten:

a) gegen die unbefugte Verunreinigung des zum Genusse für Menschen und Thiere bestimmten Wassers in Brunnen, Cisternen, Leitungen und zum öffentlichen Gebrauche bestimmten Quellen oder Bächen, in

PStr.GB. Art. 92; vgl. auch:
Str.GB. § 324,
Wasserbenützungsges. v. 28. Mai 1852 Art. 1, 33, 34, 39, 47, 52, 53, 58, 97 Ziff. 5 u. s. w., dann
Stengl. Ztschr. Bd. 2 S. 152, Beibl. zu Bd. 14 S. 22 und zu Bd. 18 S. 70,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 10 S. 55,
MABl. 1891 S. 70, 308,
OLGE. VI. 126, 378, 530.

b) gegen boshafte oder muthwillige Besudelung öffentlicher Denkmale, Spaziergänge, Anlagen, Friedhöfe, Stadtthore, öffentlicher und Privat-Gebäude, öffentlicher Brunnen, Wasserleitungen und sonstiger für den öffentlichen Gebrauch bestimmter Gegenstände, in

PStr.GB. Art. 95 —
s. vorigen § Ziff. 6 S. 223.

3. Ueber das Abladen von Unrath, Bauschutt, Schnee oder Eis können die Ortspolizeibehörden Anordnungen erlassen, deren Uebertretung, ebenso wie unbefugte Abladung solcher Gegenstände an fremde Gebäude u. s. w., nach

PStr.GB. Art. 93

beahndet wird, soferne nicht wegen Abladens auf öffentlichen Straßen u. dgl.

§ 366 Ziff. 9, 10 des Str.GB.

Anwendung finden.

S. o. E. f. Str. Bd. 2 S. 112,
Stengl. Ztschr. Bd. 11 Beibl. S. 122,
OLGE. V. 221 (MABl. 1889 S. 6).

4. Die Reinlichkeitspolizei steht im engsten Zusammenhange mit der Gesundheitspolizei; von letzterem Standpunkte können auf Grund des

Str.GB. §§ 327, 328,
PStr.GB. Art. 2 Ziff. 1 und Art. 67 Abs. 2, dann der
Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 21 Abs. 2

zur Abwehr ansteckender oder epidemischer Krankheiten oder Viehseuchen besondere Vorschriften über öffentliche Reinlichkeit erlassen werden;

vgl. oben §§ 111, 118 S. 135, 172.

Ebenso gehören die nach

PStr.GB. Art. 73

zulässigen Verordnungen, ober-, orts- und eventuell distriktspolizeilichen Anordnungen über Anlage, Einrichtung, Abänderung, Entleerung und bauliche Instandhaltung von Abtritten, Dung- und Versitzgruben in Wohngebäuden oder unmittelbarer Nähe von Wohnungen, Brunnen oder Brunnquellen sowohl der Reinlichkeits- als der Sanitätspolizei an

(vgl. § 105 Ziff. 3 S. 107).

Ueber Reinlichkeit in Mühlen, Schlachthäusern, Fleischbänken und auf den Märkten können ortspolizeiliche Vorschriften nach

PStr.GB. Art. 75 Abs. 2

erlassen werden;

(vgl. oben S. 112 § 106 Ziff. 2 lit. e).

5. Durch entsprechende orts- und eventuell distriktspolizeiliche Vorschriften zu

Str.GB. § 366 Ziff. 10 und
PStr.GB. Art. 2 Ziff. 6, Art. 73 Abs. 1 und Art. 94

ist namentlich dem Ablaufenlassen der Mistjauche und Abwässer auf fremdes Eigenthum, auf öffentliche Wege und Straßen sowie in Straßengräben entgegenzutreten; vgl. auch:

Döll. Bd. 14 S. 423,
Bl. f. a. Pr. Bd. 24 S. 61, Bd. 31 S. 188.

Hierüber, dann über Düngerstätten an öffentlichen Straßen u. dgl. s.:
O. E. im MABl. 1873 S. 445, 1885 S. 239, 1886 S. 52,
Stengl. Ztschr. Bd. 18 S. 328,
OLGE. I. 187, 353, IV. 7, 215, VI. 102, 166, VII. 409, VIII. 358,
Reger II. 185.

6. Die Sorge für Unterhaltung und Reinlichkeit der Ortsstraßen, öffentlichen Brunnen, Wasserleitungen und Abzugskanäle (im Gegensatze zu den unter Ziff. 1 erwähnten Zuleitungskanälen) ist Obliegenheit der Gemeinde

Gemeindeordn. Art. 38,
VGHE. X. 282,
Kahr, Gemeindeordn. Bd. 1 S. 332

und in Landgemeinden vom Bürgermeister zu handhaben.

Gemeindeordn. Art. 138 Abs. 5; vgl.:
Pol.Instr. v. 24. Sept. 1808 § 66, RBl. S. 2509,
Pol.Instr. v. 13. Nov. 1812 § 51, RBl. S. 1947.

Viertes Kapitel.

Wasserpolizei.*)

§ 126. Einleitung. Regelung der Wasserbenützung.

1. Durch Art. 3 Ziff. 10 lit. b mit d des Ausf.Ges. zur Str.Pr.-Ordn. vom 18. August 1879 wurden die strafrechtlichen Bestimmungen der drei Gesetze vom 28. Mai 1852 über

Benützung des Wassers, GBl. S. 353 ff., Weber IV. 423 ff.,
Bewässerungs- und Entwässerungs-Unternehmungen zum Zwecke der Bodenkultur, GBl. S. 546 ff., Weber IV. 441 ff.;
Uferschutz und Schutz gegen Ueberschwemmungen, GBl. S. 577 ff., Weber IV. 452 ff.,

aufrecht erhalten;

O. E. im MABl. 1881 S. 350.

Die gesetzliche Grundlage der Wasserpolizei ist hienach unverändert geblieben. Das neue deutsche „Bürgerliche Gesetzbuch" (RGBl. 1896 Nr. 21) hat das Wasserrecht unberührt gelassen, s.:

*) In vierter Auflage bearbeitet von Hermann Reuß, kgl. Bezirksamtmann.

Einf.Ges. z. Bürgerl. GB. v. 18. August 1896 Art. 65, RGBl. S. 622.

Die beiden ersterwähnten Gesetze sind übrigens auch Kulturgesetze und könnten ihre Erörterung ebensogut in dem Abschnitte über Landwirthschaft finden; das Gesetz über Benützung des Wassers berührt ferner in seinen Bestimmungen über Triebwerke, Stauvorrichtungen u. dgl. das Gewerbe und die Industrie; eine Theilung des Stoffes nach diesen verschiedenen Gesichtspunkten ist jedoch ohne Wiederholungen nicht durchführbar, weshalb die zusammenhängende Darstellung der Gesetzgebung vom 28. Mai 1852 in dem gegenwärtigen Kapitel vorgezogen wurde.

Ueber das Wasserbenützungsgesetz überhaupt s.:

Pözl, Kommentar (Erlangen I. Aufl. 1859, II. Aufl. 1880),
Reuß, die bayer. Wassergesetze (Ansbach II. Aufl. 1896),
Pollwein, das Wasserbenützungsgesetz (München 1890),
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 250 ff. (I. Aufl. Bd. 5 S. 406 ff.),
Roth, bayer. Civilrecht Bd. III S. 135 ff.,
Becher, das rechtsrheinische bayerische Landescivilrecht (München 1896) S. 1346,
Bl. f. a. Pr. Bd. 11 S. 343 ff., Bd. 16 S. 184 ff., Bd. 18 S. 158 ff., Bd. 27 S. 225 ff., 273 ff., Bd. 28 S. 351 ff. u. a. m.

Eine Ergänzung hat das erste Wassergesetz erfahren durch das

Ges. v. 15. April 1875, die Bestimmungen des Art. 89 des Ges. über die Benützung des Wassers betr., GVBl. S. 360, Weber X. 708.

Ueber den Geltungstag der drei Wassergesetze s. insbesondere:

S. o. E. in Civ. Bd. 9 S. 364,
Reuß a. a. O. S. 1 und 211.

2. Die Wasserpolizei wird in erster Instanz **regelmäßig** von den Distriktsverwaltungsbehörden gehandhabt

Wasserbenützungsges. Art. 19, 49, 76, 92 (vgl. Reuß a. a. O. S. 185),
Be- und Entwässerungsges. Art. 11, 12, 23 (vgl. Reuß a. a. O. S. 274),
Uferschutzges. Art. 23 (Reuß a. a. O. S. 312),

jedoch ist erstinstanziell die Kreisregierung zuständig (in den Zwangsenteignungsfällen, sowie) nach:

Wasserbenützungsges. Art. 16, 17 (bezw. 40 im Zusammenhalt mit diesen), 62 und 63,
Be- und Entwässerungsges. Art. 13, 37, 42 (vgl. VGHE. VIII. 251. Bl. f. RA. Bd. 38 S. 62, Reuß a. a. O. S. 274) und
Uferschutzges. Art. 26 Abs. 2.

Ueber die Ausscheidung der Zuständigkeiten **überhaupt** vgl.:

Reuß a. a. O. S. 183, 275;

über „Verwaltungsbehörde“ als Instanzbezeichnung:

ebenda S. 51 (bei Abs. II).

Bestrittene Rechtsansprüche und Verbindlichkeiten in Bezug auf Benützung des Wassers, auf Bewässerungs- und Entwässerungs-Unternehmungen, dann (soweit nicht Kreis- oder Staatslasten in Frage stehen) auf Uferschutz und Schutz gegen Ueberschwemmungen sind zufolge

Art. 8 Ziff. 14, 15 des Ges. v. 8. August 1878, den VGH. betr., vgl. meinen Kommentar hiezu S. 73 ff., 326, Reuß a. a. O. S. 185, 275, 313,

Verwaltungsrechtssachen. Für das Verfahren in solchen Rechtssachen sind daher zunächst die Bestimmungen des obenerwähnten Gesetzes in Art. 16 ff. maßgebend.

Im Uebrigen sind über das Verfahren in Wasserpolizeisachen durch das

Wasserbenützungsges. Art. 93 mit 95,
vgl. VGHE. II. 556, XI. 117, auch
Bl. f. a. Pr. Bd. 41 S. 102,

einige allgemeine Grundsätze aufgestellt, womit bezüglich der Stau-Anlagen

Wasserbenützungsges. Art. 73—76, 78—80 und 81,
Gewerbeordn. §§ 16 mit 23 Abs. 1, §§ 25, 26, 49 ff., 147 Abs. 1 Ziff. 2, Abs. 3,
VV. hiezu v. 29. März 1892 §§ 2, 6 (GVBl. S. 61),
VGHE. III. 173, IV. 558, XVI. 234, 265,
Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 225, Bd. 37 S. 97,
Bd. III § 148 lit. B a dieses Handbuchs

zu vergleichen sind; s. ferner bezüglich der Be- und Entwässerungs-Unternehmungen:

Art. 23 mit 46 (bezw. 50) des betr. Ges.,

bezüglich des Uferschutzes:

Art. 20, 21, 23—25, 28 des einschlägigen Ges.

Ueber die Zuständigkeit in Wasserpolizeisachen vgl. überhaupt:

Bl. f. a. Pr. Bd. 15 S. 284, Bd. 16 S. 184, 209, 218, 227, 244, 282, Bd. 18 S. 161 ff., 184, 223, Bd. 25 S. 27, Bd. 31 S. 346, Bd. 35 S. 134, 321 ff.,
VGHE. III. 583, V. 62, 176, VIII. 251,
S. o. E. f. Civ. Bd. 4 S. 473, Bd. 5 S. 885, Bd. 6 S. 658, Bd. 8 S. 679,
Reuß a. a. O. S. 185;

über das öffentliche Interesse in Wassersachen:

Bl. f. a. Pr. Bd. 35 S. 320;

über das Verfahren bei Korrektionen:

Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 227 ff., Bd. 18 S. 184;

über die nothwendige Beiziehung von Sachverständigen (zu unterscheiden von „sachkundigen Beiständen" der Parteien) bei Wasserbenützungsangelegenheiten:

Wasserbenützungsges. Art. 94,
VGHE. II. 556, XI. 117, XV. 281;

über Herkommen und Verjährung in Wassersachen:

Art. 103,
VGHE. V. 176 (dagegen: Bl. f. a. Pr. Bd. 35 S. 133 Anm. und Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 261 Anm. 103, I. Aufl. Bd. 5 S. 425 Anm. 4),
Bl. f. a. Pr. Bd. 38 S. 105;

über die Kosten des Verfahrens in streitigen Wassersachen:

Reuß a. a. O. S. 195.

3. Das — hier zunächst zu erörternde — Gesetz über die Benützung des Wassers unterscheidet zwischen öffentlichen, Privat- und Trift-Gewässern.

Die öffentlichen Gewässer bilden ein zur allgemeinen Benützung bestimmtes Staatsgut; letztere unterliegt der Regelung und der Leitung der Staatsregierung, welche zu diesem Behufe insbesondere Schifffahrts- und Floß-Ordnungen erläßt.

Art. 1 und 100; vgl. jedoch:
Reichsverfassung Art. 4 Ziff. 9, Art. 54 Abs. 4 ff.,
Reichsges. v. 1. Juni 1870, die Flößereiabgaben betr., bayer. GBl. 1871 Beil. S. 87, und v. 22. April 1871 § 8, a. a. O. S. 2.

Als öffentliche Flüsse gelten diejenigen Flüsse, welche und soweit sie zur Schifffahrt oder Floßfahrt

(über diese Begriffe s.: Reuß a. a. O. S. 20)

mit gebundenen Flößen dienen (selbst wenn diese Benützung später aufhört), dann die Nebenarme solcher Flüsse (auch wenn sie nicht zu obigem Zwecke dienen).

Wasserbenützungsges. Art. 2,
S. o. E. f. Civ. Bd. 8 S. 49, Bd. 10 S. 307,
OLGE. III. 103.

Ueber die Frage, ob ein Fluß oder ein bestimmter Theil desselben zu den öffentlichen Gewässern gehöre, entscheiden die Verwaltungsbehörden; Entschädigungsfragen gehören vor die Gerichte.

Jeder Fluß kann durch die Staatsregierung oder mit ihrer Bewilligung in einen öffentlichen Fluß umgewandelt, d. h. zur Schiff- oder Floßfahrt eingerichtet werden; ebenso können von der Staatsregierung auf ihre Kosten an Privatflüssen und Bächen, welche einem öffentlichen Fluße zufließen, die zur Herstellung und Unterhaltung des normalen Zustandes des letzteren erforderlichen Vorrichtungen getroffen werden. In beiden Fällen ist bei Entwehrung oder Beschwerung unbeweglichen Eigenthumes das Zwangsabtretungsgesetz vom 17. November 1837 (s. Bd. I S. 169 ff.)

anwendbar, für sonstige Benachtheiligung der bisher zur Wasserbenützung Berechtigten wenigstens die Entschädigung nach Maßgabe dieses Gesetzes zu leisten;

Art. 3—5, jedoch auch 6; vgl. noch Art. 24, dann
VGHE. XIII. 75,
O. E. im RBl. 1856 S. 90 und RBl. 1862 S. 29.

Die weiteren Bestimmungen der Abth. I des Gesetzes in Bezug auf öffentliche Gewässer sind theils civilrechtlicher Natur, wie die Bestimmungen über Alluvion, Inselbildung u. s. w.

Art. 23—32,
vgl. auch Bl. f. a. Pr. Bd. 10 S. 316, Bd. 19 S. 132,
Bl. f. RA. Bd. 39 S. 136 und 394,
S. o. E. in Civ. Bd. 4 S. 51 und 364,

zum Theil obliegt ihr Vollzug den technischen Behörden (Straßen- und Fluß-Bauämtern); vgl. die umfassende

ME. v. 21. Nov. 1878, MABl. S. 445 ff.,
dann Weber X. 251.

Bezüglich der Instruktion von Gesuchen um Anlagen zur Benützung öffentlicher Flüsse s. auch:

ME. v. 30. Dez. 1890.

Von den das polizeiliche Gebiet betreffenden Normen sind hervorzuheben:

a) Die Zulassung von Polizeivorschriften über den Gebrauch des Wassers aus öffentlichen Gewässern durch Schöpfen, Baden

vgl. PStr.GB. Art. 79,
Bl. f. a. Pr. Bd. 17 S. 285,

Waschen und Tränken, insbesondere die Anordnung bestimmter Plätze für das Tränken und Schwemmen aller Arten von Vieh.

Art. 9, 96 Ziff. 1, Art. 100,
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 255 Anm. 40 (I. Aufl. Bd. 5 S. 416 Anm. 1).

Ueber Nutzung des Wassers durch Abfahren von Eis s. die beiden
ME. v. 22. Jan. und 3. August 1876 (MABl. S. 45 und 341, Weber XI. 337).

b) das Verbot, ohne Erlaubniß der Verwaltungsbehörde innerhalb des Ueberschwemmungsgebietes eines öffentlichen Flusses (oder eines im Eigenthume des Staates befindlichen Privatflusses) Dämme und ähnliche, die Höhe des Wasserstandes oder den Wasserlauf beeinflussende Anlagen, an und in dem Flusse Triebwerke oder sonstige den freien Wasserlauf störende Anlagen, Baulichkeiten u. s. w. zu errichten, abzuändern oder das bei der Ertheilung der Erlaubniß gesetzte Maß zu überschreiten.

Art. 10 mit 14, 40 Abs. 2, 97 Ziff. 1 und 98 Ziff. 1, auch Uferschutzges. Art. 26,
vgl. Gewerbeordn. §§ 23, 25, 26, 49, 51, 52, 54,
ME. v. 30. Dez. 1890, Instruirung der Gesuche betr.,
O. E. im RBl. 1854 S. 57, RBl. 1867 S. 852, RBl. 1869 S. 605, RBl. 1872 S. 426, 441 und im MABl. 1877 S. 15,*) MABl. 1884 S. 56, MABl. 1894 S. 154, MABl. 1896 S. 163,
S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 588,**) Bd. 5 S. 194, Bd. 6 S. 213 und 607, Bd. 8 S. 192,
OLGE. Bd. 3 S. 12, Bd. 4 S. 140,
BGHE. VIII. 217, X. 295, XI. 190, 294, XV. 276, 277,
Bl. f. a. Pr. Bd. 25 S. 388, Bd. 27 S. 329, Bd. 41 S. 102, Bd. 44 S. 305 und 337, Bd. 46 S. 204.

c) die Befugniß der Verwaltungsbehörden zur Regelung der Abfuhr von Steinen, Sand u. s. w. aus dem Flußbette.

Art. 15 und 96 Ziff. 2;
vgl. auch PStr.GB. Art. 126 Ziff. 3, dann
Grundsteuerges. v. 19. Mai 1881 S. 61 (GVBl. S. 669),
ME. v. 3. August und 14. Nov. 1876, MABl. S. 45, 341 und 469, Weber XI. 605, 666, in Bezug auf Eisgewinnung, Weidenschnitt u. dgl.,
ME. v. 31. März 1859, betr. Kiesabfuhr aus der Isar, mit ME. v. 6. Nov. 1861, Weber V. 129 und 271,
Bl. f. a. Pr. Bd. 44 S. 305.

Bezüglich der Recognitionsgebühren vgl.:
BGHE. XV. 277.

d) das Erforderniß der Regierungsbewilligung zur Anlage oder Aenderung von Brücken und Stegen (vgl. aber auch Art. 14 Abs. 2) über öffentliche Flüsse, zur Errichtung neuer Ueberfahrtsanstalten über dieselben mittelst Fähren, Nähen oder fliegenden Brücken.

Art. 16, 17, 40 Abs. 2, Art. 97 Ziff. 2; vgl.:
Gewerbeges. v. 30. Jan. 1868 Art. 18 Abs. 2,
Gewerbeordn. § 6 Abs. 1 mit Reger X. 379,
ME. v. 25. Sept. 1883,
S. o. E. f. Str. Bd. 3 S. 369,
OLGE. Bd. 3 S. 91 und 103,
BGHE. II. 453 (vgl. auch XIII. 65),
Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 313.

e) das Verbot der Errichtung von Anlagen, welche den freien Lauf oder gemeinen Gebrauch öffentlicher Flüsse hindern.

Art. 18, 97 Ziff. 3.

---

*) und **) Vgl. dagegen Pözl II. Aufl. Anm. zu Art. 12, Reuß a. a. O. S. 39, 198.

f) die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden zur Festsetzung und Bezeichnung der Uferlinie nach dem mittleren Wasserstande

Art. 19, 97 Ziff. 4 und Str.GB. § 274 Ziff. 2,
ME. v. 20. April 1853 (Vegetationsgrenze betr.),
ME. v. 5. August und 5. Nov. 1864, MABl. 1878 S. 518 ff., Weber VI. 330,
ME. v. 23. Jan. 1872, Weber IX. 297,
ME. v. 21. Nov. 1878 § 81, MABl. S. 445,
O. E. im RBl. 1863 S. 1234,

sowie zur Regulirung des Leinpfades, der von den Eigenthümern der Ufer und selbst entfernterer Grundstücke zu dulden, in der Regel jedoch vom Staate zu erhalten ist.

Art. 20, 21,
vgl. Bl. f. a. Pr. Bd. 21 S. 33,
VGHE. III. 282, XVI. 270,
O. E. in Civ. Bd. 7 S. 507.

Ueber Verlandungen s.:

Art. 23 mit 26,
ME. v. 5. August und 5. Nov. 1864, MABl. 1878 S. 518 ff.,
Bl. f. RA. Bd. 39 S. 136,
S. o. E. f. Civ. Bd. 4 S. 51, auch S. 364,
Bl. f. a. Pr. Bd. 19 S. 132, Bd. 47 S. 139.

4. Von den Schifffahrts- und Floßordnungen, welche für die öffentlichen Flüsse und die zu den öffentlichen Gewässern gehörigen Seen und Kanäle

Art. 7, 8

auf Grund der

Art. 1 Abs. 2 und Art. 100 (vgl. auch PStr.GB. Art. 98, dann Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879 Art. 3 Ziff. 15)

bestehen

vgl. überhaupt Reuß a. a. O. S. 15/17, 28/29, dann 320 ff.,

sind hervorzuheben:

a) für den Rhein:

rev. Rheinschifffahrtsakte v. 17. Okt. 1868, RBl. 1869 S. 1129, Weber VII. 489, Reuß a. a. O. S. 353,
MB. v. 20. Nov. 1887, betr. die (neue) Revision der Rheinschifffahrtspolizei- und Floßordnung (GVBl. S. 659 ff., Weber XVIII. 604), mit MB. v. 22. Jan. und 21. Nov. 1893 (GVBl. S. 42 und 343), dann MB. v. 11. Jan. 1895 (GVBl. S. 5, Weber XXII. 101, 317, XXIII. 4),
MB. v. 26. Nov. 1888, betr. den Transport explosiver, entzündlicher, ätzender und giftiger Stoffe auf dem Rheine, GVBl. S. 696 ff., Weber XIX. 362 (vgl. oben § 121 S. 200, dann S. 234),

V. v. 30. Dez. 1885, betr. die Steuermannsordnung für den Rhein innerhalb des bayer. Gebietes, GVBl. 1886 S. 1 ff., nebst dazu gehöriger MV. v. 6. Jan. 1886, GVBl. S. 7, Weber XVII. 624,

MV. v. 13. Dez. 1896, Steuermannsordnung für den oberen Rhein, GVBl. S. 669,

V. v. 16. Dez. 1887, betr. die Untersuchung der Rheinschiffe, GVBl. S. 697, Weber XVIII. 640,

V. v. 27. Mai 1887, die Rheinschifferpatente und die Dienstbücher der Schiffsmannschaften auf dem Rheine betr., GVBl. S. 345, Weber XVIII. 349,

V. v. 17. Mai 1889, die Aichung der Rheinschiffe betr., GVBl. S. 349, Weber XIX. 603,

MV. v. 22. Jan. 1890, Transport von Petroleum betr., GVBl. S. 91, Weber XX. 78,

MV. v. 18. März 1894, die Beförderung feuergefährlicher, nicht zu den Sprengstoffen gehöriger Gegenstände auf dem Rhein betr., GVBl. S. 124; siehe auch:

V. v. 18. Juni 1879, betr. die Rheinschifffahrtsgerichte, GVBl. S. 661, Weber XIII. 49, und

Ausf.Ges. zum Ger.Verf.Ges. Art. 9, GVBl. 1879 S. 273, Weber XII. 638.

b) für die Donau:

Donaudampfschifffahrtsakte v. 7. Nov. 1857, RBl. 1858 S. 105, Weber V. 75, Reuß a. a. O. S. 320,

Vollz.Vorschr. hiezu v. 31. März 1858, RBl. S. 425, Weber V. 95,

Vorschr. über Erlangung der bayer. Legitimation zur Flußschifffahrt und Flößerei auf der Donau v. 31. März 1858, RBl. S. 433, Weber V. 99,

Bekanntm. v. 4. Juli 1865, provisorische Schifffahrts- und Floß-Ordn. für die Donau betr., RBl. S. 725, Weber VI. 471,

Nachtrag hiezu v. 13. Febr. 1867, RBl. S. 145, Weber VI. 578, ferner

MV. hiezu v. 21. Jan. 1889, GVBl. S. 35, v. 22. März 1893, GVBl. S. 73, v. 14. und 24. Mai 1897, GVBl. S. 196 und 210;

c) für den Main:

Floßordn. v. 28. Sept. 1865, RBl. S. 1065, Weber VI. 522,

dazu ME. v. 5. März 1867, FMBl. S. 38, Weber VI. 523,

ME. v. 5. März 1870, vgl. auch

Döll. Bd. 28 S. 836 und oberfr. KABl. 1887 S. 35 und 54;

d) für den Inn:

Provisorische Schifffahrtsordn. v. 26. Mai 1857, oberbayer. KABl. S. 1351, niederbayer. KABl. S. 896 und 1390, und ME. v. 19. Dez. 1876, oberbayer. KABl. 1877 S. 8, Aenderungen derselben im oberbayer. KABl. 1856 S. 1091, 1877 S. 1396, dann im niederbayer. KABl. 1876 S. 1317, 1877 S. 813;

e) für die oberbayerischen Gewässer im Allgemeinen:

A. E. v. 19. Juli 1844, oberbayer. KABl. S. 1129,

vgl. auch oberpol. Vorschr. v. 11. Juli 1856 (oberb. KABl. S. 1091);

f) für den Ludwigskanal:

Kanalordn. v. 9. Jan. 1842, RBl. S. 161, Weber III. 413, Reuß a. a. O. S. 429,

Bekanntm. v. 29. Okt. 1843, RBl. S. 713,

B. v. 15. Juni 1852, betr. die Verwaltung und den Betrieb des Ludwigskanales, RBl. S. 753, Weber IV. 490,

MB. v. 25. März 1843, betr. die Aichung der den Ludwigskanal befahrenden Schiffe, RBl. S. 169, Weber III. 482, Reuß a. a. O. S. 429, vgl. auch PStr.GB. Art. 97 Abs. 1, 2 (Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 225), Reichsverfassung Art. 54 Abs. 3—5,

Döll. Bd. 14 S. 2042, Bd. 28 S. 920,

O. E. im RBl. 1868 S. 490,

Bl. f. RA. Bd. 22 S. 85,

S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 579.

g) auf dem Bodensee:

Seydel, Staatsrecht Bd. 1 S. 335 (I. Aufl. Bd. 1 S. 631),

Staatsvertrag v. 2. Mai 1853, RBl. S. 1137, Weber IV. 570,

Internationale Schifffahrts- und Hafenordnung v. 22. Sept. 1867 nebst MB. v. 4. März 1868, RBl. 1868 S. 385, Weber VII. 90, zum Theile abgeändert durch die neue Schifffahrts-Ordnung v. 24. Dez. 1892 (GVBl. 1893 S. 1, Reuß a. a. O. S. 420) und MB. v. 25. Jan. 1895, GVBl. S. 51,

Oberpol. Vorschr. für Segel- und Ruderschifffahrt v. 4. Juni 1869, schwäbisches KABl. S. 943, oberbayer. KABl. S. 1405,

vgl. Rechtsspr. d. RG. Bd. 1 S. 642.

h) Besondere Anordnungen der einschlägigen Kreisregierungen bestehen noch für die Schifffahrt, insbesondere die Dampfschifffahrt, auf den oberbayerischen Seen

vgl. im Allgemeinen: oberbayer. KABl. 1844 S. 1129, 1873 S. 485, 1876 S. 1029, 1877 S. 1405, 1601, dann

für den Starnberger See: oberbayer. KABl. 1866 S. 1501 und 1505, 1874 S. 954, 1876 S. 1029,

für den Ammersee: oberbayer. KABl. 1881 S. 993, 1882 S. 873,

für den Chiemsee: oberbayer. KABl. 1877 S. 1601, 1890 S. 113,

für den Staffelsee: oberbayer. KABl. 1877 S. 1405,

für die Floßfahrt auf dem Lech, der Isar und Loisach, der Ammer bezw. Amper, dem Regen, der Ilz, im fränkischen Wald u. s. w.:

oberbayer. KABl. 1856 S. 1091, 1857 S. 1351, 1396 und 1553, 1875 S. 81, 1876 S. 465 und 665, 1877 S. 8 und 139, 1879 S. 80,

niederbayer. KABl. 1874 S. 559,

schwäb. KABl. 1874 S. 250, 1876 S. 389, 1879 S. 103,

oberpfälz. KABl. 1867 S. 1385,

oberfränk. KABl. 1868 S. 119.

Vergleiche schließlich:

PStr.GB. Art. 88 Abs. 2, Art. 97 Abs. 5, 6, Art. 98, Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 218, 226,

Gewerbeges. v. 30. Jan. 1868 Art. 32 Abs. 2 Ziff. 14,

Gewerbeordn. §§ 6, 31, 34,

Reichsges. v. 1. Juni 1870, Abgaben von der Flößerei betr., bayer. GBl. 1870/71 Beil. S. 87, vgl. auch die beiden

Reichsges. v. 15. Juni 1895, betr. die privatrechtl. Verhältnisse der Binnenschifffahrt und Flößerei (RGBl. S. 301 und 341, Weber XXIII. 219), dazu V. v. 12. Nov. und 14. Dez. 1895, GVBl. S. 407 und 421.

5. Bei den Privatgewässern unterscheidet das Wasserbenützungsgesetz das geschlossene, Quell-, Regen- und Kanalwasser (Abth. II Abschn. 1) und die Privatflüsse (a. a. O. Abschn. 2); vgl.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 257,

Bl. f. RA. Bd. 28 S. 152,

VGHE. XII. 306, XVII. 223.

Das erstere gehört regelmäßig zum Privateigenthum des Grundbesitzers; vgl. überhaupt:

Art. 33 mit 38,

dann insbesondere über den Charakter dieser Privatgewässer:

Pözl a. a. O. II. Aufl. S. 95, Reuß a. a. O. S. 65/66,

O. E. im RBl. 1861 S. 467, 1862 S. 1983, 1863 S. 523, 1865 S. 1358, 1869 S. 2099, 1871 S. 1138, 1872 S. 858 und 1428, 1873 S. 978,

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 11 S. 172,

S. o. E. in Civ. Bd. 8 S. 154,

Bl. f. RA. Bd. 28 S. 152, Bd. 37 S. 209, Bd. 48 S. 344,

Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 185, 193, 213, Bd. 18 S. 158, 177, Bd. 21 S. 201, 205, Bd. 26 S. 13, Bd. 27 S. 302, Bd. 29 S. 80, Bd. 30 S. 107, 257, 265,

VGHE. VI. 243, XVII. 223, auch XII. 306;

ferner insbesondere über Privat-Kanäle (worunter die nicht im öffentlichen Interesse angelegten und zu allgemeiner Benützung bestimmten Kanäle, d. h. Wasserführungen, zu verstehen sind):

Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 185, 193, 226, 285, 289, 292, Bd. 17 S. 13, Bd. 18 S. 161, Bd. 21 S. 201, Bd. 25 S. 47, Bd. 27 S. 294, 300, 322 ff., Bd. 30 S. 77,

S. o. E. in Civ. Bd. 2 S. 238, Bd. 8 S. 49, Bd. 10 S. 141 und 307, Bd. 14 S. 775,

O. E. im RBl. 1867 S. 409 und JMBl. 1867 S. 218;

über den rechtlichen Unterschied der Quelle und des aus ihr ablaufenden Baches siehe:

S. o. E. in Civ. Bd. 4 S. 40, Bd. 7 S. 385,

Bl. f. RA. Bd. 43 S. 229;

über Salzquellen:

Reuß a. a. O. S. 68;

über die (an manchen Orten so genannten) Stadtbäche:

Pözl a. a. O. S. 105,
ME. v. 17. März 1867, 14. Nov. 1869 und 18. Mai 1874, Weber X. 351;

über Weiher-Reinigung:

Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 328;

über Brunnen und Wasserleitungen:

Wasserben.Ges. Art. 38,
Gemeindeordn. Art. 38, 138 Abs. 5,
Str.GB. §§ 324 ff., § 367 Ziff. 12,
PStr.GB. Art. 92, 94,
O. E. im RBl. 1862 S. 1983, 1863 S. 523, desgl. in Bl. f. a. Pr. Bd. 46 S. 378,
Reger VII. 57,
Bl. f. a. Pr. Bd. 23 S. 75, Bd. 27 S. 321, Bd. 30 S. 321,
VGHE. I. 396, IV. 190 und 603, V. 15, VII. 103, XIII. 68,
ME. v. 5. Nov. 1865, KABl. S. 1569, Asphaltröhren-Wasserleitungen betr.,
ME. v. 30. März 1878 (Verfahren bei Wasserversorgungsgelegenheiten betr.), MABl. S. 89, vgl. oben § 122 S. 210,
ME. v. 23. Juni 1881 (MABl. S. 212, Weber XV. 266), Wasserversorgung der Gemeinden betr.,
ME. v. 3. Febr. 1897 (MABl. S. 47), die chemische Untersuchung des Wassers bei Herstellung neuer Wasserleitungen betr.,
S. o. E. in Civ. Bd. 11 S. 511, auch 692,
Bayer. Gemeindezeitung 1893 S. 631.

Privatflüsse sind diejenigen, welche weder zur Schifffahrt noch zur Floßfahrt mit gebundenen Flößen dienen; vgl. überhaupt:

Art. 39 mit 65,
O. E. im RBl. 1867 S. 411, 1868 S. 2119, 1873 S. 74,
S. o. E. in Civ. Bd. 8 S. 679, Bd. 9 S. 677,
Bl. f. RA. Bd. 28 S. 152,
VGHE. XVII. 223.

Die civilrechtlichen Verhältnisse an den Privatflüssen sind durch die

Art. 39 mit 46,
vgl. auch O. E. im GVBl. 1876 Beil. IV,
VGHE. III. 583, XV. 28

geordnet; einer besonderen Erwähnung bedürfen hier nur die Verwaltungszuständigkeit in dem Falle des Art. 41 und der bezüglich der Perlfischerei zu Gunsten des Staats bestehende Vorbehalt in Art. 46 Abs. 2, wozu

S. o. E. in Str. Bd. 7 S. 281,
Bl. f. RA. Bd. 42 S. 494 und
die bei Reuß a. a. O. S. 97 bemerkten oberpol. Vorschriften

nachzusehen sind.

Wegen der Goldwäscherei s. nunmehr:

Art. 1 und 204 Ziff. 6 des Berggeſ. v. 20. März 1869 (GBl. S. 673, Weber VII. 606),

Gewerbegeſ. v. 30. Jan. 1868 Art. 32 Abſ. 1.

Noch ist der sog. Staatsprivatflüsse zu gedenken, für welche

Art. 40 Abſ. 1 und 2 des Waſſerben.Geſ.

besondere Rücksichtnahme fordert; s. auch:

S. o. E. in Civ. Bd. 3 S. 103, Bd. 7 S. 210 und 385, dann

VGHE. XI. 190, 294, XIII. 287, XIV. 253, XV. 1 (Plenar-Erkenntniß gegen II. 591), XVI. 109,

Bl. f. a. Pr. Bd. 36 S. 1 und 405,

OLGE. VI. 531,

Bl. f. RA. Bd. 43 S. 166.

Von besonderer Bedeutung für die Verwaltungsbehörden sind die Vorschriften über Verpflichtungen an Privatflüssen und über Benützung der letzteren. Hervorzuheben sind hier:

a) die regelmäßig den Ufereigenthümern obliegende Pflicht, das Ufer von allen Hindernissen des Wasserablaufs freizuhalten, das Flußbett gemeinschaftlich mit den zur Wasserbenützung berechtigten Triebwerks- und Wasserleitungs-Besitzern zu reinigen, zu erhalten und wiederherzustellen.

Art. 47, vgl. auch Art. 64 Abſ. 2,

Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 125, Bd. 35 S. 134, Bd. 36 S. 1, Bd. 41 S. 345 und 348, Bd. 42 S. 75,

VGHE. V. 176, X. 266, XIV. 251, XV. 1 (Plenar-Erk.), XVII. 233.

Die Verwaltungsbehörde hat die Verpflichteten zur Reinigung der Ufer und Ausräumung des Flußbettes anzuhalten (wobei ihr die nach

PStr.GB. Art. 21

zulässigen Zwangsmittel zu Gebote stehen) und die Last, soweit sie nicht rechtlich festgesetzt ist, zu vertheilen.

Art. 49, 51 Abſ. 1 mit 3,

ME. v. 27. Juni 1887, MABl. S. 230, Weber XVIII. 426,

O. E. im RBl. 1866 S. 557, 1869 S. 1055, 1873 S. 74,

Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 285, 289, Bd. 17 S. 331, Bd. 18 S. 166, 367, 383, Bd. 24 S. 123, 381, Bd. 25 S. 411, Bd. 27 S. 276 ff., 289 ff., 305, 346, Bd. 28 S. 328, Bd. 29 S. 123, 251, 381, 384, Bd. 30 S. 103, 125, Bd. 35 S. 134, 329, Bd. 36 S. 1, 405, Bd. 41 S. 345, 348,

VGHE. II. 230, 390, XI. 261, XIV. 69, 251.

Wo dagegen die Verpflichtung auf Grund civilrechtlicher Verhältnisse (Art. 47 Abſ. 1, Art. 49 Abſ. 3 und Art. 103) streitig ist, kann die Ver-

waltung lediglich provisorische Anordnungen in dringenden Fällen treffen und sind die Parteien an die Gerichte zu verweisen.

Art. 50, 51 Abs. 4,
O. E. im RBl. 1873 S. 74,
VGHE. II. 230, V. 176,
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 261 Anm. 103 (I. Aufl. Bd. 5 S. 425 Anm. 4),
Bl. f. a. Pr. Bd. 35 S. 133, Bd. 42 S. 75.

b) Die Verwaltungsbehörden haben den Gebrauch der Privatflüsse zu überwachen und können im allgemeinen Interesse, namentlich aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten, zur Verhütung von Ueberschwemmungen, Versumpfungen, Verkehrsstörungen u. s. w. polizeiliche Anordnungen im weitesten Umfange erlassen.

Art. 52, vgl. auch Art. 61, 83, 84, 100 Abs. 2,
O. E. im RBl. 1860 S. 314, 1868 S. 2119, 1873 S. 74 und 978, MABl. 1876 S. 520 ff.,
VGHE. III. 434, IV. 182, V. 62, XI. 377, XIV. 68, XVII. 94,
S. o. E. f. Str. Bd. 2 S. 6, Bd. 6 S. 540,
OLGE. I. 464,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 11 S. 49,
Bl. f. a. Pr. Bd. 15 S. 284, Bd. 16 S. 225, Bd. 17 S. 17, Bd. 19 S. 44, Bd. 25 S. 407, Bd. 27 S. 346, Bd. 29 S. 259, 302, Bd. 30 S. 77, Bd. 35 S. 135 und 332.

c) Ueber den Jedermann gestatteten Gebrauch des Wassers der Privatflüsse und Bäche zum Baden, Waschen, Schöpfen u. s. w. können polizeiliche Anordnungen getroffen werden.

Art. 53 mit Str.GB. § 368 Ziff. 9 und PStr.GB. Art. 79.

d) Der Ufereigenthümer kann in der Regel das an seinem Grundstücke vorbeifließende Wasser eines Privatflusses unter den in

Art. 54 Abs. 1 Ziff. 1, 2

aufgeführten Beschränkungen beliebig benützen; Abweichungen von den letzteren können von den Verwaltungsbehörden nur insoweit, als dies ohne Benachtheiligung Dritter thunlich ist, zugelassen werden.

Art. 54, 55,
O. E. im RBl. 1868 S. 2119, 1869 S. 605, 1873 S. 74,
Bl. f. a. Pr. Bd. 15 S. 284, Bd. 19 S. 44, Bd. 35 S. 329,
S. o. E. in Civ. Bd. 1 S. 169, Bd. 2 S. 240, Bd. 5 S. 128, Bd. 6 S. 757, Bd. 7 S. 130, Bd. 10 S. 106, Bd. 11 S. 573,
Bl. f. RA. Bd. 22 S. 150, Bd. 25 S. 104 und 128, Bd. 42 S. 216, Bd. 43 S. 4, Bd. 52 S. 125,
Reger IV. 108,
VGHE. III. 583, V. 62, XI. 38, XII. 23, 292, XV. 28.

e) Die Ableitung des Wassers bei Ausführung einer Wasser-benützungs-Anlage kann, wenn hiedurch Wassermangel für eine Ortschaft zu besorgen ist, polizeilich eingeschränkt werden.

Art. 56 und 100 Abs. 2,
VGHE. II. 556, 571.

f) Fischereiberechtigten steht gegen Wasserbenützungs-Anlagen kein Widerspruchsrecht zu; über ihre Entschädigungs-Ansprüche entscheiden die Gerichte.

Art. 57, vgl. auch Art. 104 Abs. 2,
PStr.GB. Art. 126 (Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 250),
Becher a. a. O. S. 1064,
Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 264, Bd. 19 S. 15, Bd. 27 S. 276, 281, Bd. 29 S. 411, Bd. 41 S. 33, Bd. 46 S. 385,
Bl. f. RA. Bd. 25 S. 104, 166, Bd. 31 S. 122, Bd. 39 S. 70, Bd. 40 S. 184, Erg.Bd. 11 S. 385 ff.,
S. o. E. in Civ. Bd. 4 S. 400 und 433, Bd. 6 S. 66, Bd. 7 S. 385, Bd. 9 S. 98, Bd. 10 S. 172 und 394,
OLGE. III. 425,
ME. v. 18. Mai 1881 (MABl. S. 177, Weber XV. 82), gemeindliche Fischwasser betr.

Fischereiberechtigte haben als solche kein unbedingtes Recht zum Betreten von Ufergrundstücken:

Reger VII. 321,
Bl. f. RA. Bd. 40 S. 184 ff.,
S. o. E. in Civ. Bd. 11 S. 315.

g) Zum Betriebe von Gerbereien, chemischen Fabriken u. s. w. und zu anderen Bestimmungen, wodurch die Eigenschaften des Wassers auf schädliche Art verändert werden, darf das Wasser eines Privatflusses oder Baches ohne polizeiliche Bewilligung, welche mit besonderen Beschränkungen verknüpft werden kann, nicht benützt werden.

Art. 58, 97 Ziff. 5;
vgl. auch PStr.GB. Art. 92, 96 (Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 222),
VGHE. V. 47, XII. 298,
OLGE. III. 232, VI. 162, 378 und 531,
S. o. E. in Str. Bd. 4 S. 229,
Stengl. Ztschr. Bd. 2 S. 152, Bd. 14 Beibl. S. 22, Bd. 18 Beibl. S. 70,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 10 S. 55,
Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 185, 218, Bd. 25 S. 47, Bd. 27 S. 282, 369,
S. o. E. f. Civ. Bd. 8 S. 446, Bd. 12 S. 24,
Bl. f. RA. Bd. 25 S. 104, Bd. 39 S. 367,
Bayer. Gemeindezeitung 1895 S. 677,
O. E. im MABl. 1891 S. 70 und 308,
Reuß a. a. O. S. 124.

h) Die Verwaltungsbehörde hat, wenn wegen Verminderung des Wasserstandes das vorhandene Wasser für die Bedürfnisse aller Berechtigten nicht zureicht, Anordnungen über die Vertheilung zu erlassen, welche jedoch, wenn die Wasservertheilung rechtlich geregelt und die Zustimmung aller Betheiligten nicht vorhanden ist oder wenn über die bestehenden Rechte Streit sich erhebt, nur provisorischen Charakter haben; s. unten lit. k.

Art. 59, 60, 103, vgl. auch Art. 36 und 38,
O. E. im RBl. 1857 S. 354, 366, 1860 S. 301 und 320, 1864 S. 876, 1865 S. 1357, 1867 S. 852,
S. o. E. in Civ. Bd. 5 S. 650, Bd. 8 S. 679,
VGHE. XI. 38,
Bl. f. a. Pr. Bd. 3 S. 27, Bd. 18 S. 223, Bd. 35 S. 329,
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 263 (I. Aufl. Bd. 5 S. 429).

i) Bleibende Anlagen und Einrichtungen in Privatflüssen und Bächen, an welchen sich Triebwerke befinden, dürfen von dem Bereiche des zu oberst gelegenen Triebwerks an nur nach vorgängiger Anzeige bei der Verwaltungsbehörde, welche das Vorhaben vom Standpunkte des Art. 52 aus zu prüfen hat, vorgenommen oder in einer den Wasserlauf beeinflussenden Weise abgeändert werden.

Art. 61; vgl. auch Art. 73 ff.,
Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 323,
VGHE. III. 583, IV. 177, XIV. 66.

Ueber den Begriff des „Bereiches" vgl.:

Reuß a. a. O. S. 131.

k) Eine Abänderung der feststehenden Wasservertheilung ohne Zustimmung der Betheiligten

Art. 59, s. auch lit. h oben

ist nur dann statthaft, wenn fremdes Wasser oder dessen Gefäll, soweit solches von den zum Wassergebrauche Berechtigten nicht benützt wird, für Grundstücke, welche nicht am Fluße liegen, beansprucht und solchen unter den Voraussetzungen des

Art. 62 (vgl. auch Art. 63 Abs. 3, Art. 65 und 73—84)

durch die Kreisregierung zugewiesen oder von letzterer auf Anrufen von Grundeigenthümern, welchen durch zeitweise Benützung des einem Triebwerke gehörigen Wassers ein bedeutender Vortheil ohne erhebliche Benachtheiligung des Triebwerksbesitzers verschafft werden kann, die Zeit und Wassermenge für diese zeitweise Benützung gemäß

Art. 63, vgl. auch Art. 65

festgesetzt wird.

Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 241, Bd. 17 S. 393, Bd. 18 S. 317, Bd. 27 S. 351,
Bl. f. RA. Bd. 43 S. 176,
S. o. E. f. Civ. Bd. 6 S. 626, Bd. 7 S. 212,
VGHE. II. 556, XII. 296,
Bayer. Gemeindezeitung 1895 S. 60.

6. Ueber die Triftgewässer sind besondere Bestimmungen, die Rechte und Verbindlichkeiten der Triftenden, Einrichtung der Flößerei rc. festsetzend, in den

Art. 66 mit 72, 100

des Gesetzes enthalten; vgl.:

rev. Forstges. Art. 94 Ziff. 1 mit 3, GVBl. S. 349,
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 265 (I. Aufl. Bd. 5 S. 432),
Bl. f. a. Pr. Bd. 25 S. 11, Bd. 27 S. 365, 375, Bd. 30 S. 29, 279,
Bl. f. RA. Bd. 29 S. 270, Bd. 37 S. 222, Bd. 39 S. 73, Bd 41 S. 66,
S. o. E. in Civ. Bd. 2 S. 188, Bd. 4 S. 645, Bd. 5 S. 125 und 887, Bd. 6 S. 62, Bd. 7 S. 506, Bd. 9 S. 491, Bd. 10 S. 115, Bd. 11 S. 559,
OLGE. III. 375.

Triftordnungen (Art. 72) sind erlassen für die Salzach mit der Saalach, Ramsach, Rodach, den Obermain, Regen u. s. w.; vgl.:

oberbayer. KABl. 1884 S. 1007, oberfränk. KABl. 1868 Beil. zu Nr. 10 S. 119, 1876 Nr. 105, niederbayer. KABl. 1874 S. 280, oberpfälz. KABl. 1867 S. 1385 und 1868 S. 1617.

7. Eingehende Vorschriften enthält das Gesetz ferner über die Behandlung der Triebwerke in

Art. 73 ff.; vgl. auch Art. 10 Abs. 2, Art. 47 Abs. 2, Art. 51 Abs. 4, Art. 61, 63 mit 65, 97 Ziff. 1, Art. 102,
Uferschutzges. Art. 7, 26, 27,
Bl. f. a. Pr. Bd. 8 S. 330, Bd. 16 S. 211, Bd. 21 S. 201, Bd. 30 S. 269, Bd. 35 S. 317, 330, Bd. 39 S. 152,
S. o. E. in Str. Bd. 8 S. 196.

Die Triebwerksbesitzer haben ihre Einrichtungen in solchem Zustande zu erhalten, daß keine nutzlose Wasserverschwendung zum Nachtheile anderer Berechtigter stattfindet, und sind erforderlichen Falles zur Abstellung solcher Gebrechen anzuhalten.

Art. 64.

Die Anlage von Stauvorrichtungen an einem öffentlichen Flusse oder an einem Privatflusse, an welchem sich Triebwerke befinden, die Errichtung von Triebwerken mit gespannter Wasserkraft an öffentlichen und Privat-Flüssen, dann die Vornahme von Abänderungen, welche auf den

Wasserverbrauch und die Oberwasserhöhe Einfluß haben, erfordert Genehmigung der Verwaltungsbehörde.

Ges. Art. 73 mit 76, 78—80,

O. E. im RBl. 1857 S. 354, 366, 1865 S. 559, 1867 S. 852, 1871 S. 1137, 1872 S. 425 u. s. w.,

VGHE. II. 94, 348, 390, 556 und 626, III. 173, IV. 177, 312 und 558, V. 62, VIII. 251, XI. 262, XII. 393, 404, XIII. 420, XV. 274, 277, XVI. 85, 234, 265, XVII. 92, 94,

S. o. E. in Civ. Bd. 2 S. 291, Bd. 8 S. 679, Bd. 10 S. 31, Bd. 15 S. 70,

Bl. f. RA. Bd. 42 S. 133,

Reger II. 234, VI. 159, VII. 178,

Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 193 ff., 209 ff., Bd. 18 S. 180, Bd. 27 S. 225 ff., 241, 273 ff., 325, 373, Bd. 28 S. 351, Bd. 29 S. 259, Bd. 33 S. 337, Bd. 34 S. 36, 365, Bd. 35 S. 137, 321, 332, 337, Bd. 37 S. 97, 103, 273, Bd. 39 S. 152, Bd. 42 S. 268, Bd. 44 S. 390.

Bezüglich der Rücksichtnahme auf gewerbegesetzliche Bestimmungen bei Anlage von Stauvorrichtungen für Triebwerke s.:

Art. 81,

Gewerbeordn. §§ 16 mit 23 Abs. 1, §§ 25, 49 mit 52, 54, 147 Abs. 1 Ziff. 2, Abs. 2 und 3,

Vollz.Vorschr. hiezu v. 29. März 1892 §§ 2, 6, GVBl. S. 61, Weber XXI. 178,

VGHE. XIII. 412, XV. 274, XVII. 234, 265,

Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 230, Bd. 37 S. 98,

Reger II. 233, IV. 387,

Reuß a. a. O. S. 166.

Zu jeder Abänderung und Auswechselung von Haupttheilen an dem Wasserbau bestehender Triebwerke und Stauvorrichtungen, auch wenn der Wasserverbrauch und die Oberwasserhöhe dadurch nicht geändert wird, ist vorgängige Genehmigung der Verwaltungsbehörde nach Maßgabe des

Art. 82, 98 Ziff. 2,

vgl. auch Bl. f. a. Pr. Bd. 17 S. 369, 374, Bd. 35 S. 332,

VGHE. II. 390, 556, XII. 404, XV. 280, XVI. 265,

S. o. E. in Civ. Bd. 15 S. 70,

erforderlich.

Die Besitzer von Stauwerken, welche den bestehenden Berechtigungen entsprechen, können unter den Voraussetzungen der

Art. 83, 84

zur Tieferlegung des Wehres oder zu anderen Aenderungen ihrer Vorrichtungen gegen Entschädigung angehalten werden; vgl. auch:

Gewerbeordn. §§ 51, 52, 54,

O. E. im RBl. 1854 S. 57 und 1857 S. 354,

VGHE. II. 556.

Zu Art. 85 (gemeindliche Wasserbauten zum Vortheile von Triebwerken u. s. w. an Privatgewässern) vgl.:

Gemeindeordn. Art. 56,
Kahr, Kommentar hiezu Bd. 1 S. 647,
Bayer. Gemeindezeitung 1893 S. 631, 650,
O. E. im RBl. 1861 S. 467.

Bei jedem Triebwerke und jeder anderen Stauvorrichtung der in Art. 73 bezeichneten Art muß ein

(vgl. übrigens auch VGHE. XV. 182)

bleibendes Höhenmaß (Aichpfahl, Pegel) aufgestellt werden, ausgenommen wenn durch den Aufstau die Interessen Dritter nachgewiesener Maßen nicht berührt werden.

Art. 77 mit 80, 98 Ziff. 2,
V. v. 11. Jan. 1855, RBl. S. 65, Reuß a. a. O. S. 458,
ME. v. 11. Sept. 1857 (in Braters prinzip. Erlassen Bd. 7 S. 165 und bei Reuß a. a. O. S. 462),
VGHE. II. 94, 348, 556, IV. 330, XI. 213, 294, XV. 182, XVI. 85, 109,
Reger II. 93,
Bl. f. a. Pr. Bd. 8 S. 330, Bd. 10 S. 203, Bd. 25 S. 11 ff., Bd. 27 S. 305 ff., 364, 372, Bd. 28 S. 190, Bd. 34 S. 41,
S. o. E. in Civ. Bd. 6 S. 758,
S. o. E. in Str. Bd. 8 S. 196.

8. Zwangsrechte zur Beförderung der Wasserbenützung sind nicht nur in den bereits erwähnten Art. 62 (Inanspruchnahme fremden Wassers) und 63 (zeitweise Benützung des einem Triebwerksbesitzer zugehörigen Wassers), sondern namentlich auch behufs der landwirthschaftlichen Kultur in den

Art. 86, 87, 88,
vgl. Be- und Entwässerungsges. Art. 22

über Bewässerung durch Errichtung von Stauvorrichtungen, ferner in den

Art. 89, 90

über Zuleitung und Ableitung des Wassers für Bewässerungs- und Entwässerungs-Unternehmungen, enthalten; vgl.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 210, Bd. 19 S. 35, Bd. 27 S. 302, 304 Anm.,
VGHE. XV. 195.

Die frühere Streitfrage hinsichtlich der Anwendbarkeit obiger Bestimmungen auf die unterirdische Be- und Entwässerung mittelst Thonröhren (Drainage) ist durch das

Ges. v. 15. April 1875, GVBl. S. 360, Weber X. 708,
vgl. Reuß a. a. O. S. 177,

in bejahendem Sinne gelöst worden; s. auch:

VGHE. III. 536, XIV. 178, XV. 196.

Wegen des Zwanges zur Betheiligung an größeren Unternehmungen dieser Art verweist

Art. 91

auf das im folgenden § 126a erläuterte Gesetz.

9. Ueber die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden (nicht auch der mittelbaren Gemeindebehörden), in den von ihnen erlassenen wasserpolizeilichen Vorschriften Polizeistrafen festzusetzen, vgl.:

Wasserbenützungsges. Art. 100,
Pözl a. a. O. II. Aufl. S. 265,
Reuß a. a. O. S. 202 lit. a—c, 203, dann insbesondere
O. E. im MABl. 1876 S. 520, MABl. 1881 S. 350, MABl. 1892 S. 222,
Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 225, Bd. 17 S. 318, 331, 369, 374, Bd. 22 S. 254, 396, Bd. 25 S. 369, 385 ff.

Ueber Zulässigkeit und Art der Strafen s. ferner:

OLGE. I. 464, III. 12, 14, 90, 375, VII. 113, 561, VIII. 67,
S. o. E. in Str. Bd. 5 S. 420, Bd. 6 S. 130, 537 und 607, Bd. 8 S. 192,
Bl. f. RA. Bd. 38 S. 415, Bd. 42 S. 362,
MABl. 1892 S. 492 (Verjährung).

Vgl. schließlich:

Gewerbeordn. § 147 Abs. 1 Ziff. 2 und Abs. 3,
rev. Forstges. Art. 93 Ziff. 3, Art. 94 Ziff. 1 und 3, GVBl. 1896 S. 349,
Landesfischereiordn. v. 4. Okt. 1884, §§ 12--14, 16, GVBl. S. 459,
Rayonges. v. 21. Dez. 1871 § 13, RGBl. S. 459,
Bergges. v. 20. März 1869 Art. 148--150, GVBl. S. 673.

§ 126a. Bewässerungs- und Entwässerungs-Unternehmungen.

1. Unter welchen Voraussetzungen und in welcher Weise ein Zwang zur Theilnahme an Be- und Entwässerungs-Unternehmungen oder zur Abtretung unbeweglichen Eigenthums zum Zwecke ihrer Ausführung stattfindet

Art. 91 des Wasserbenützungsges.,

ist der Gegenstand des besonderen

Ges. v. 28. Mai 1852 über Bewässerungs- und Entwässerungs-Unternehmungen zum Zwecke der Bodenkultur, GBl. S. 546, Weber IV. 441; vgl. überhaupt:
Pözl a. a. O. S. 281 ff.,
Reuß a. a. O. S. 223 ff.,
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 270 ff. (I. Aufl. Bd. 5 S. 439 ff.),

Haag, Ges. über die Be- und Entwässerungs-Unternehmungen, München 1866,

Becher a. a. O. S. 1063,

Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 229, 269, 273, 275, 282, Bd. 17 S. 27, Bd. 18 S. 186 ff., 199, Bd. 19 S. 33, Bd. 26 S. 81, 97, 368, Bd. 29 S. 253, Bd. 30 S. 286.

Das Gesetz gestattet, Be- und Entwässerungs-Unternehmungen zum Zwecke der Bodenkultur mit einem unzweifelhaften, überwiegenden landwirthschaftlichen Nutzen bei bedeutender räumlicher Ausdehnung als Unternehmen für öffentliche Zwecke, für welche Zwangsentwehrung beansprucht werden kann, zu erklären

Art. 1,

und behandelt sodann zunächst die Genossenschaften zur Be- und Entwässerung.

Art. 2—9, vgl.:

S. o. E. in Civ. Bd. 7 S. 964,

VGHE. III. 295 und 535, XI. 110, 282, XV. 195.

Ueber die Konstituirung der Genossenschaft, deren rechtliche Charakterisirung, Organisation und Statuten s.:

Art. 2—3,

VGHE. VIII. 539, XI. 110, XII. 282, 292, XIII. 376, 382,

S. o. E. in Civ. Bd. 7 S. 218, 964, Bd. 12 S. 390,

Bl. f. RA. Bd. 44 S. 165,

Reuß a. a. O. S. 470.

Besondere Modalitäten für Aufnahme oder Ausschluß von Grundstücken bei Bildung von genossenschaftlichen Unternehmungen setzen fest

Art. 6—8,

vgl. VGHE. III. 535.

Für kleinere Unternehmungen kann wenigstens das Verfahren nach dem fünften Abschnitte des Gesetzes beantragt werden.

Art. 46, s. auch

O. E. im RBl. 1864 S. 876 (882),

VGHE. XVII. 195.

2. Stellung und Wirkungskreis der Wiesenvorstandschaft bemessen sich nach

Art. 10—12, vgl.

Bl. f. a. Pr. Bd. 18 S. 186 ff.,

wobei die Zuständigkeit der Distriktsverwaltungsbehörde zur Verhängung von Strafen auf Grund der Wiesenordnung als fortbestehend hervorzuheben ist.

Art. 11 Ziff. 2 lit. c,
Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. Art. 3 Ziff. 10 lit. c,
Reger VI. 139,
vgl. Reuß a. a. O. S. 463--469.

3. Die Aufbringung der Herstellungs- und Unterhaltungskosten der Be- und Entwässerungs-Anlagen regeln die

Art. 13—15, vgl.
S. o. G. in Civ. Bd. 7 S. 128, 964,
VGHE. XI. 110, XII. 306, XIII. 307;

zu Art. 15 ist besonders zu bemerken das (in Bd. III § 144 behandelte)

Ges. v. 21. April 1884, die Landeskultur-Rentenanstalt betr., Art. 2 Abs. 1 und Art. 9, GVBl. S. 113, Weber XVI. 485.

4. An Zwangsrechten zur Beförderung solcher Unternehmungen läßt das Gesetz zu:

a) zwangsweise Beiziehung von Grundstücken in den Bereich des Unternehmens unter bestimmten Bedingungen

Art. 16—19,
VGHE. XI. 282 (Plenar-Erk. gegen III. 538);

b) Entwehrung nicht durch das Unternehmen zu verbessernder Grundstücke und sonstigen Privateigenthums

Art. 20 und 21;
vgl. MB. v. 29. Jan. 1882 § 3, Vollzug des Grundsteuerges. betr., GVBl. S. 49, Weber XV. 585;

c) Belastung fremder Grundstücke mit einer Dienstbarkeit und Zuweisung fremden Wassers gemäß

Art. 22 (bezw. Wasserbenützungsges. Art. 62 ff., 86 und 89),
vgl. Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 271 Note 11 (I. Aufl. Bd. 5 S. 441 Note 3).

5. Das Verfahren zerfällt in ein instruktionelles vor der Distriktsverwaltungsbehörde (Vorlage des Gesuches und der Pläne, Prüfung durch Sachverständige, Direktiven für diese, öffentliche Auflage der bezüglichen Aktenstücke und öffentliche Ausschreibung, Tagfahrt zur schließlichen Verhandlung mit eventueller Präklusion der Einwendungen)

Art. 23—30, dann Art. 31—36,
VGHE. X. 348, XI. 282 (Plenar-Erk. gegenüber III. 538), XII. 292, XIII. 306,

und in das Entscheidungsverfahren vor der Kreisregierung

Art. 37—42; vgl. Art. 54 und 55 des Ausf Ges. zur Civ.Pr.Ordn. v. 23. Febr. 1879, GVBl. S. 76 ff.,
VGHE. XII. 364, XV. 195.

Die Ausscheidung der Zuständigkeiten enthält

Art. 43; vgl. auch Art. 23 für das Instruktions-Verfahren mit O. E. im RBl. 1864 S. 881,

VGHE. VIII. 251,

Bl. f. RA. Bd. 38 S. 62,

Reuß a. a. O. S. 274 f.

Gegen die Entscheidung der Kreisregierung geht die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof.

Art. 43 Abs. 2, geändert durch

Ges. v. 8. August 1878, die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes betr., Art. 8 Ziff. 14, Art. 16 ff., insbesondere Art. 22 Abs. 2 ff.; vgl. meinen Komment. hiezu S. 73, 326.

Bezüglich der Zulässigkeit einer Expropriation zu Gunsten eines Kultur-Unternehmens s. insbesondere:

Art. 38,

wegen der Berücksichtigung privatrechtlicher Streitfragen:

Art. 39.

Im Uebrigen ist zu vergleichen:

O. E. im RBl. 1864 S. 876 ff.,

VGHE. III. 535, VI. 241, XI. 38, XII. 364,

Bl. f. RA. Bd. 44 S. 165,

S. o. E. in Civ. Bd. 7 S. 964.

6. Das Verfahren in erster Instanz (einschließlich des Regierungsbescheides) ist gebührenfrei,

Art. 47, vgl. auch

Gebührenges. Art. 3 Ziff. 3.

Baarauslagen sind von den Betheiligten zu bestreiten und von den Antragstellern auf Verlangen vorzuschießen, die Kosten des Verfahrens haben die Unternehmer zu tragen, solche aus ungegründeten Einsprüchen können den Einspruchs-Erhebern zur Last gelegt werden.

Art. 48 mit 50.

7. Bezüglich der Erhaltung der Be- und Entwässerungs-Anlagen s.:

ME. v. 6. Jan. 1882, periodische Besichtigung der Anlagen durch die Kreisculturingenieure betr.

Ueber die Uferschutzverpflichtung der Eigenthümer von Be- und Entwässerungs-Anlagen vgl.:

Uferschutzges. Art. 7, 26, 27.

Ueber Moorkultur vgl.:

ME. v. 29. Mai 1897, MABl. S. 178,

Bl. f. a. Pr. Bd. 46 S. 23.

§ 127. Schutz gegen Wassergefahren.

1. Den Schutz gegen Wassergefahren bezielt neben zahlreichen Bestimmungen des Wasserbenützungsgesetzes

(vgl. z. B. Art. 10 mit 14, 16, 17, 47 mit 52 u. s. w.),

insbesondere das (von Pözl a. a. O. S. 361 ff. und von Reuß a. a. O. S. 282 ff. kommentirte)

Ges. v. 28. Mai 1852, den Uferschutz und den Schutz gegen Ueberschwemmungen betr., GBl. S. 577, Weber IV. 452,
s. Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 277 (I. Aufl. Bd. 5 S. 452),
Becher a. a. O. S. 1069.

Dasselbe unterscheidet den U f e r s c h u t z, d. h. die Herstellung und Unterhaltung derjenigen Vorrichtungen, welche an f l i e ß e n d e n G e w ä s s e r n zum Schutze der angrenzenden Ländereien, Gebäude und Anlagen gegen Abriß und Beschädigung nothwendig sind

Abtheilung I (Art. 1 mit 16),
vgl. auch Wasserbenützungsges. Art. 22, 83,

und die Abwendung a u ß e r o r d e n t l i c h e r W a s s e r g e f a h r e n, insbesondere der U e b e r s c h w e m m u n g e n.

Abtheilung II (Art. 17 mit 19); vgl. ferner:
Ges. v. 8. August 1878 Art. 8 Ziff. 15, den Verwaltungsgerichtshof betr.,
Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 267, Bd. 18 S. 194, Bd. 39 S. 237, Bd. 44 S. 337,
ME. v. 11. Mai 1888, Verbauung von Wildbächen betr.

Wegen der Sammelweiher s.:

ME. v. 5. Dez. 1871 (Weber IX. 166) und 19. Juli 1886.

Ueber die Zuständigkeit vgl. oben S. 228 § 126 Ziff. 2, dann

O. E. im RBl. 1870 S. 172, GVBl. 1876 Beil. VII S. 37 und im MABl. 1889 S. 319,
Reuß a. a. O. S. 312.

2. Der U f e r s c h u t z ist, wenn nicht durch privatrechtliche Verhältnisse, Herkommen (vgl. auch Art. 29) oder das Gesetz selbst eine besondere V e r p f l i c h t u n g begründet ist, lediglich Sache der Eigenthümer der bedrohten Gebäude, Grundstücke, Triebwerke und Anlagen.

Art. 1; vgl. auch Art. 5—8, 13, dann
ME. v. 20. April 1853, Weber IV. 453,
ME. v. 24. März 1855, Weber IV. 691,
O. E. im RBl. 1864 S. 202,
S. o. E. in Civ. Bd. 2 S. 432, Bd. 4 S. 645, Bd. 10 S. 175, Bd. 11 S. 77,
VGHE. VIII. 262, XIV. 64, XVI. 237,

Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 267, Bd. 18 S. 194, Bd. 22 S. 220, Bd. 28 S 388, Bd. 29 S. 188, 237, Bd. 30 S. 110, Bd. 35 S. 395, Bd. 37 S. 44, Bd. 39 S. 237,

Reger V. 384 (Herkommen).

Vermöge des Gesetzes bildet (unter gleichem Vorbehalte) an den der Schiff- oder Floßfahrt dienenden Flüssen der Uferschutz regelmäßig eine Kreislast, wogegen die Flußkorrektion, auch wenn sie zugleich zum Uferschutze dient, und die Beförderung der Schiff- und Floßfahrt eine Staatslast ist.

Art. 2 mit 12,

Kreislastenausscheidungsges. v. 23. Mai 1846 Art. 1 und 2, GBl. S. 44, Weber III. 624,

cit. ME. v. 24. März 1855,

V. v. 23. Jan. 1872 § 42 über Staatsbauwesen, RBl. S. 337, Weber IX. 288,

O. E. im RBl. 1870 S. 172.

Ueber Kreisfondskonkurrenzkassen für Uferschutzbauten s.:

FME. v. 9. August 1859, Weber V. 150.

Die Kosten der in Art. 12 vorgeschriebenen Uferbesichtigung trägt die Staatskasse.

ME. v. 24. August 1852, Döllinger Bd. 29 S. 473, Weber IV. 454.

Ueber Schutzgenossenschaften vgl.:

Uferschutzges. Art. 14 mit 16, 19, 20,

Wasserbenützungsges. Art. 52 Abs. 2,

O. E. im RBl. 1864 S. 202 und MABl. 1882 S. 42 (OLGE. II. 26),

S. o. E. in Civ. Bd. 7 S. 510, Bd. 10 S. 512,

Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 294,

Bl. f. RA. Bd. 43 S. 88.

Die Zulässigkeit einer Zwangsenteignung statuiren

Art. 9, 10, 16, 19,

vgl. MV. v. 29. Jan. 1882 § 3 Ziff. 3 (GVBl. S. 49, Weber XV. 585).

3. Zu Uferschutz-, Damm- und Deichbauten der Gemeinden, Privaten oder Genossenschaften ist polizeiliche Genehmigung erforderlich, ohne welche derlei Bauten sofort eingestellt werden können.

Wasserbenützungsges. Art. 10 Abs. 1, Art. 40 Abs. 2, Art. 76 Abs. 2,

Uferschutzges. Art. 20 ff.,

ME. v. 26. Mai 1896, MABl. S. 177,

VGHE. IV. 177, 409, XVII. 92, XVIII. 31,

S. o. E. in Civ. Bd. 10 S. 172,

Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 99, Bd. 44 S. 437.

Die Bestimmungen des Wasserbenützungsgesetzes in Art. 47 mit 51 über Erhaltung und Reinigung der Ufer an Privatflüssen werden durch die Vorschrift in Art. 1 des Uferschutzgesetzes nicht berührt; vgl.:

Art. 13 des letzteren, dann überhaupt
O. E. im RBl. 1867 S. 930,
Bl. f. a. Pr. Bd. 19 S. 120, 129, Bd. 26 S. 99 ff., Bd. 28 S. 318, Bd. 29 S. 188, 237, Bd. 30 S. 111, 113, 273.

4. Die zur Abwendung von Ueberschwemmungen
vgl. auch Wasserbenützungsges. Art. 52, 84
der Ortsfluren oder Ortschaften erforderlichen Damm- und Deichbauten liegen in der Regel der Gemeinde ob.
Uferschutzges. Art. 18; vgl. auch Art. 20, 26, 27,
Gemeindeordn. Art. 59,
S. o. E. in Civ. Bd. 7 S. 510,
VGHE. XIV. 240,
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 280 (I. Aufl. Bd. 5 S. 457),
Bl. f. a. Pr. Bd. 22 S. 220, Bd. 26 S. 61, 103, Bd. 27 S. 318, Bd. 29 S. 188, Bd. 30 S. 294.

Außer obigem Falle ist die Herstellung und Unterhaltung der nöthigen Vorkehrungen Sache der Eigenthümer, welche zu diesem Behufe auch Schutzgenossenschaften bilden
Art. 19, vgl. auch Art. 14—16
oder nach Maßgabe der
Gemeindeordn. Art. 55
Einrichtungen treffen können;
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 106, Bd. 28 S. 318.

5. Sind zur Abwendung drohender oder bereits eingetretener Wassergefahr augenblickliche Vorkehrungen nothwendig, so sind alle benachbarten Besitzer und Gemeinden, auch wenn sie nicht innerhalb des vom Wasser bedrohten Gebietes liegen, zu Hand- und Spanndiensten verpflichtet.
Uferschutzges. Art. 17, 24 Abs. 2.
Gegen desfallsige polizeiliche Anordnungen
vgl. oberpfälz. KABl. 1891 S. 63, schwäb. KABl. 1885 S. 39
ist nur nachträgliche Beschwerde zuläßig. Die Anordnung der Vorkehrungen obliegt der Distriktsverwaltungsbehörde, die Anordnung in Bezug auf die einzelnen Pflichtigen der Gemeindebehörde; vgl. übrigens:
Seydel a. a. O. S. 280 Anm. 24, 25 (I. Aufl. a. a. O. S. 456 Anm. 3, 4),
Bayer. Gemeindeztg. 1892 S. 252, 280, 308.

Uebertretungen des Gesetzes und der bezeichneten polizeilichen Anordnungen, deren thatsächliche Begründung vom Strafrichter nicht geprüft werden darf
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 3 S. 128, Bd. 11 S. 49,
Stengl. Ztschr. Bd. 3 S. 128,

sowie der von den Kreisregierungen gegen Beschädigung von Uferschutzbauten erlassenen Polizeiverordnungen unterliegen der Bestrafung gemäß

Art. 26 des Ges.;
vgl. auch Str.GB. § 360 Ziff. 10,
PStr.GB. Art. 27, 87 (Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 169, 217),
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 10 S. 413,
S. o. E. in Str. Bd. 3 S. 533, Bd. 5 S. 139, 194,
OLGE. II. 26 (auch MABl. 1882 S. 42), V. 388 (auch MABl. 1889 S. 319),
Bl. f. RA. Bd. 40 S. 346.

Ueber Zerstörung von Dämmen und Deichen s.:

Uferschutzges. Art. 26 Abs. 2,
Str.GB. §§ 305, 321, auch §§ 312—314;

über strafbare Veranlassung einer Ueberschwemmung:

Reger VI. 288.

Eintretende Hochwässer sind den abwärts gelegenen Gemeinden stets auf schnellstem Wege, wo möglich telegraphisch, anzuzeigen; vgl. ferner:

ME. v. 22. Febr. 1892, betr. Anrufung militärischer Beihilfe, s. auch ME. v. 24. und 27. Jan. 1891, dann v. 19. Okt. 1896, MABl. S. 447.

Ueber Behandlung der bei Ueberschwemmungen aufgefangenen Gegenstände s.:

ME. v. 8. Jan. 1859, Weber V. 124.

Fünftes Kapitel.

Forstpolizei.*)

§ 128. Aufgabe und Organe der Forstpolizei.

1. Die bayerische Forstgesetzgebung

Forstges. v. 28. März 1852, GBl. S. 69

hat durch das Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. vom 18. August 1879 (vgl. Art. 32 mit 43) eine Reihe theils redaktioneller, theils materieller Aenderungen erfahren. Weitere wichtige Aenderungen brachte die

Novelle v. 17. Juni 1896, GVBl. S. 277,

---

*) In vierter Auflage bearbeitet von Bezirksamtmann Hermann Reuß. Vergl. überhaupt: Ganghofer, das Forstgesetz (Textirung von 1879) u. s. w., II. Aufl., Nördlingen 1889; Roth, Forstrecht und Forstpolizeirecht, München 1863; Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 370 ff. (I. Aufl. Bd. 5 S. 614 ff.).

welche sich insbesondere auf die Einschränkung der Forstrechtsablösung (Art. 30), die Führung von Kahlhieben (Art. 39), die Konstatirung der Schutzwaldeigenschaft (Art. 40), Strafänderungen (Art. 75, 78, 88) und die Anordnung von Kommissionen (Art. 110) zur Entscheidung einzelner forstrechtlicher Angelegenheiten beziehen. Durch § 25 Abs. 2 der Novelle wurde die Staatsregierung ermächtigt, den nunmehrigen Gesetzestext bekannt zu geben. Dies geschah durch die

MB. v. 4. Juli 1896, GVBl. S. 325, vgl.
FMB. v. 19. Juli 1896, FMBl. S. 189.

Für die Bildung und den Geschäftsgang der vorbezeichneten Kommissionen sind die Vorschriften enthalten in der

V. v. 5. Juli 1896, GVBl. S. 319.

Die allgemeinen Vollzugs-Vorschriften vom 29. Juni 1852, in revidirter Fassung neu veröffentlicht mit

Bekanntm. v. 10. Okt. 1879, FMBl. S. 321, Weber XIV. 163,

hatten inzwischen schon durch die

MB. v. 30. Nov. 1882, FMBl. S. 326, dann insbesondere
MB. v. 20. Juni 1885, FMBl. S. 539,

bemerkenswerthe Modifikationen erfahren.

Die

MB. v. 18. Juli 1896, MABl. S. 230, FMBl. S. 163,

brachte sodann neben Vollzugs-Vorschriften zu den Art. 2—5, 23—28, 30, 39, 40, 110 und 112 des Forstgesetzes auch die Aufhebung der §§ 1, 4, 7, 10, 11, 14 der revidirten Vollzugs-Vorschriften vom 10. Oktober 1879, so daß nur die §§ 2, 3, 5, 6, 8, 9, 12, 13, 15 ff. derselben mit jenen Modifikationen noch Geltung haben.

Die besonderen Vollzugs-Vorschriften in Ansehung der Gemeinde-, Stiftungs- und Körperschaftswaldungen sind nunmehr in der

MB. v. 12. Mai 1897, MABl. S. 209, FMBl. S. 79,

enthalten.

Das Forstgesetz behandelt die forstwirthschaftlichen Bestimmungen, Forstberechtigungen, forstpolizeilichen Vorschriften, strafbaren Uebertretungen (Forstpolizeiübertretungen und Forstfrevel), dann die Zuständigkeit und das Verfahren der Forstpolizeibehörden und Forststrafgerichte; eine Ergänzung enthält

Str.GB. § 361 Ziff. 9, § 368 Ziff 6.

Die Bestimmungen über die gerichtliche Aburtheilung und Bestrafung der Forstrügesachen (vgl. Art. 50 ff.) sind nicht Gegenstand der nachfolgenden Darstellung, welche sich lediglich mit der Aufgabe der Forst-

polizei zu befassen hat. Aus gleichen Gründen sind hier nicht die Forstfrevel (d. h. die in Art. 79—105, auch 106—108 des rev. Gesetzes bezeichneten Entwendungen, Beschädigungen und Gefährdungen, welche in einem fremden Walde verübt werden), sondern zunächst nur die Forstpolizeiübertretungen (d. h. die in Art. 75—78 des rev. Gesetzes aufgeführten Zuwiderhandlungen, welche die Waldbesitzer oder die von ihnen zu vertretenden Personen im eigenen Walde gegen die forstpolizeilichen Bestimmungen sich zu Schulden kommen lassen)

vgl. rev. Forstges. Art. 48, 49,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 1 S. 470,
Stengl. Ztschr. Bd. 9 S. 322,

näher zu erörtern; ohnehin setzen die Forstpolizeiübertretungen wenigstens zum Theile eine vorgängige forstpolizeiliche Thätigkeit, den Bestand gewisser forstpolizeilicher Aufforderungen, Verbote, Bewilligungsbedingungen u. dgl. schon ihrem Begriffe nach voraus.

Ueber den Begriff der „Forstrügesachen" s.:
rev. Forstges. Art. 50.

2. Das Forstgesetz unterscheidet in forstwirthschaftlicher Beziehung zwischen: a) Staatswaldungen (Art. 2 mit 5)

vgl. allgem. VB. v. 18. Juli 1896 § 1, MABl. S. 230, FMBl. S. 163,

b) Gemeinde-, Stiftungs- und Körperschaftswaldungen (Art. 6 mit 18), c) Privatwaldungen (Art. 19 mit 22). Diese Unterscheidung äußert übrigens auch in anderen Richtungen naturgemäß praktischen Einfluß.

Zu lit. b (Gemeindewaldungen) s.:
VGHE. XII. 146;
zu lit. c (Privatwaldungen):
VGHE. XIII. 284.

In Betreff der Körperschaftswaldungen s. auch:
OLGE. II. 533,
VGHE. XI. 159.

Ueber die Portopflicht von Sendungen in Angelegenheiten der Betriebsausführung in Gemeinde-, Stiftungs- und Körperschaftswaldungen vgl.:
ME. v. 29. Okt. 1892, MABl. S. 485, FMBl. S. 260.

Unter Wald ist jede zur Produktion von Holz bestimmte größere Bodenfläche zu verstehen, ohne Rücksicht darauf, ob die forstliche Produktion Selbstzweck ist und wirklich eine Nutzung gewährt oder nicht.

VGHE. XVII. 86,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 5 S. 252, Bd. 7 S. 39, Bd. 8 S. 99,
Reger V. 74.

3. Die **Forstpolizei** wird in erster Instanz regelmäßig von den Distriktspolizeibehörden, in zweiter und letzter Instanz von den Kreisregierungen, K. d. Innern, oder, wenn letztere die erste Instanz bilden

vgl. Forstges. Art. 7 Abs. 2 und 4, Art. 8 Abs. 2, Art. 11, 13 Abs. 1, 2, Art. 14 Abs. 2, Art. 21 Abs. 2, Art. 22,

von dem Staatsministerium des Innern ausgeübt.

Rev. Forstges. Art. 109; s. auch Art. 111.

Die Entscheidung der Forstbehörde erfolgt nunmehr in bestimmten Fällen durch eine besondere „Kommission".

Art. 110 des rev. Ges.,
V. v. 5. Juli 1896, GVBl. S. 319.

Ueber die nunmehrige Organisation der Staatsforstverwaltung siehe Bd. I S. 53, dann insbesondere unten S. 261 § 129 Ziff. 2.

Die oberste Aufsicht und Leitung der Forstpolizei steht den einschlägigen Staatsministerien (des Innern und der Finanzen) zu.

Art. 111.

Den **Staatsforstbehörden**, zunächst den k. Forstämtern, ist die Antragstellung und das amtliche Gutachten bei den Forstpolizeibehörden, dann in Bezug auf die Bewirthschaftung der Gemeinde- und Stiftungswaldungen das Recht zu Erinnerungen, Anzeigen und in dringenden Fällen selbst zu provisorischen Verfügungen übertragen.

Rev. Forstges. Art. 114; vgl. auch Art. 6, 14,
allgem. VV. v. 10. Okt. 1879 § 22,
besond. VV. v. 12. Mai 1897 §§ 1 und 2,
VGHE. XII. 490.

Ueber das Berufungsrecht derselben gegen die von der Forstpolizeibehörde in I. Instanz gefaßten Beschlüsse vgl.:

ME. v. 4. Dez. 1855, Weber IV. 370.

Soferne kgl. Forstbedienstete als Sachverständige gemäß Art. 112 Abs. 1 des rev. Forstgesetzes berufen werden, haben sie Anspruch auf Diäten und Reiseentschädigungen.

ME. v. 22. Dez. 1856, Ztschr. f. G. u. R. Bd. 3 S. 457, Weber VI. 643.

Im Uebrigen hängt die Entscheidung der Frage, ob die k. Forstbeamten für ihre Bemühungen in Forstpolizeiangelegenheiten besondere Vergütungen beanspruchen können, von der Natur des Gegenstandes ab. Während die forstamtliche Thätigkeit der Ueberwachung des Vollzugs allgemeiner gesetzlicher Vorschriften in Gemeinde-, Stiftungs-, Körperschafts- und Privatwaldungen in der Regel **Offizialsache** ist

Forstges. Art. 15,
bes. VV. §§ 1 und 2,

ME. v. 12. Febr. 1855 und 27. Juli 1866, FMBl. S. 230 ff., Weber IV. 677, VI. 643,

können die Forstbeamten für ihre etwa auf Grund der

Art. 7, 8 des Forstges. und der

§§ 3 ff. der bes. VV. v. 12. Mai 1897

den Gemeinden, Stiftungen und Körperschaften geleisteten Dienste

ME. v. 26. März 1865, FMBl. Erg.Bd. S. 102,

ferner für Augenscheins-Einnahmen und Gutachten bei Anträgen auf Theilung gemeinschaftlicher Privatwaldungen

ME. v. 19. Juni 1856, Samml. v. prinzip. Erlassen Bd. 4 S. 22, Weber IV. 742,

bei Rodungsgesuchen, Streitigkeiten über Forstrechte und Forstnebennutzungen u. s. w.

allgem. VV. v. 10. Okt. 1879 § 9 Abs. 2,

ME. v. 26. Febr. 1865, FMBl. a. a. O. S. 96,

Diäten und Reisekosten verrechnen;

V. v. 19. Febr. 1885 § 28 Ziff. 2 lit. a, GVBl. S. 29, Weber XVII. 25;

vgl. auch Bl. f. a. Pr. Bd. 20 S. 82,

S. o. E. in Civ. Bd. 13 S. 163.

4. Die Zuständigkeit der Forstpolizeibehörden bemißt sich nach der Lage des betreffenden Waldes, vgl.:

ME. v. 22. August 1867, Weber VII. 85.

(Eine andere Ansicht, wonach in Fragen der Art. 6—18 des Forstgesetzes diejenige Distriktsverwaltungsbehörde, bezw. Kreisregierung, zu deren Bezirk die waldbesitzende Gemeinde u. s. w. gehört, zuständig wäre, wurde vertreten in den

Bl. f. a. Pr. Bd. 13 S. 409).

Ueber Stellung der technischen Forstbehörden zu den Forstpolizeibehörden enthält eine allgemeine Bestimmung

rev. Forstges. Art. 114.

5. Für das Verfahren in Forstpolizeisachen enthalten die

Art. 109 mit 113, worunter Art. 110 (Kommissionen) zu beachten,

einzelne Anordnungen; bei den Verhandlungen über Art und Weise der Ausübung, dann über Ermäßigung und Umwandlung von Forstberechtigungen, Umwandlung von Frohnen, Feststellung der Schutzwaldeigenschaft u. dgl. (Art. 23, 25—28, 31, 40 Abs. 4) ist die Zulassung von Anwälten, jedoch unter Ausschluß jeden Schriftenwechsels, gestattet;

rev. Forstges. Art. 112 Abs. 1.

Die Aufstellung der Sachverständigen in Fällen, wo sich die Entscheidung auf das Gutachten solcher nach gesetzlicher Vorschrift zu gründen hat, ist durch

rev. Forstges. Art. 112 Abs. 1, 113 und allgem. VB. v. 18. Juli 1896 § 17
— vgl. auch oben Ziff. 3 S. 255 —,

die Berufungsfrist durch

Art. 112 Abs. 2, 3

geregelt. Hiebei ist jedoch zu beachten, daß Streitigkeiten über Fixirung, Veränderung (und Ablösung) von Forstberechtigungen Verwaltungsrechtssachen

Art. 8 Ziff. 11 des Ges. v. 8. August 1878, den VGH. betr.,

und daher nach Art. 16 mit 44 letzteren Gesetzes zu behandeln sind; vgl.:

meinen Komment. zu demselben S. 70, 324, übrigens auch unten Ziff. 6.

Ueber die Gebührenfreiheit der amtlichen Fixirungs- und Ablösungsverhandlungen, dann der Verhandlungen über Waldrodungen vgl.:

ME. v. 12. Mai 1854 und 10. März 1861 Ziff. I. 5, Weber V. 230,
ME. v. 22. Mai 1856, unterfr. KABl. S. 695, mit
allgem. VB. v. 18. Juli 1896 § 16.

6. Von besonderer Wichtigkeit bei dem Vollzuge des Forstgesetzes ist die Abgrenzung der administrativen und der gerichtlichen Zuständigkeit.

Dieselbe bietet keine Schwierigkeit, soweit es sich um die aufsichtliche oder kuratelamtliche Thätigkeit gegenüber den Gemeinde- und Stiftungsverwaltungen und um die polizeiliche Aufgabe gegenüber strafbaren Uebertretungen (Art. 116 ff.) handelt. In letzterer Beziehung haben die Polizeibehörden ihre allgemeine präventive und detektive Thätigkeit auch hier zu entwickeln und die Forststrafgerichtsbarkeit zu unterstützen.

Soweit dagegen die Verwaltungsbehörden gesetzlich berufen sind, bei Streitigkeiten in Bezug auf Forstberechtigungen zu entscheiden, berührt ihre Aufgabe die civilgerichtliche Kompetenz und mußte das Gesetz die Ausscheidung der beiderseitigen Zuständigkeiten zur Verhütung von Irrungen in thunlichst scharf begrenzter Weise treffen. Zu diesem Behufe wurde in gewissen Fällen gegen die forstpolizeiliche, an sich definitive Entscheidung den Betheiligten die Betretung des Rechtswegs binnen dreimonatlicher Ausschluß- bezw. Verjährungsfrist vorbehalten, so daß die Vollstreckung des forstpolizeilichen Ausspruchs nicht aufgeschoben ist, jedoch vom Gerichte inhibirt werden kann; vgl.:

Forstges. Art. 23, 25, 26, 28, 32,
allgem. VB. v. 10. Okt. 1879 § 8 und v. 18. Juli 1896 §§ 2, 3,
Ges. v. 8. August 1878 Art. 13 Abs. 1 Ziff. 1, 2, den VGH. betr.,
Bl. f. a. Pr. Bd. 3 S. 236 ff., Bd. 6 S. 143,
VGHE. IX. 291.

In zwei Fällen ist die Zuständigkeit zur Entscheidung, sobald das Recht, dessen Umfang oder die Eigenschaft einer Natural-Holz- oder Waldfrohne streitig wird, den Gerichten überwiesen, so daß deren Entscheidung für die verwaltungsrechtliche Sachbehandlung präjudiziell ist und vorher Seitens der Administrativbehörden höchstens Provisorien über die Art der Ausübung u. dgl. getroffen werden können.

Rev. Forstges. Art. 27 Abs. 4, Art. 31 Abs. 6,
allgem. VV. v. 10. Okt. 1879 § 5.

Die durch Art. 8 Ziff. 11 des Ges. vom 8. August 1878 vorgesehene Zuständigkeit des Verw.Ger.Hofes ist überhaupt — namentlich seit der letzten Revision des Forstgesetzes — eine beschränkte.

Vgl. schließlich die theilweise noch anwendbaren Erörterungen in:

Brater's Komment. zum Forstgesetze S. 50 ff.,
Ganghofer's Erläuter. S. 91 ff.,
Seuffert's Komment. zur bayer. Gerichtsordn. von 1753, II. Aufl. Bd. 1 S. 176 ff.,
Bl. f. a. Pr. Bd. 5 S. 166,

dann die in § 130 S. 265 ff. aufgeführten oberstrichterlichen Erkenntnisse.

In anderer Richtung enthalten einen Vorbehalt des Rechtswegs die Art. 67 und 166 des Forstges.

Die Fälle, in welchen die Entscheidung der Forstpolizeibehörde unter Mitwirkung von Beisitzern zu treffen ist, sind im

rev. Forstges. Art. 110 Abs. 1

erschöpfend aufgezählt. In allen übrigen Fällen erfolgt die forstpolizeiliche Entscheidung ohne Mitwirkung von Beisitzern.

Allgem. VV. v. 18. Juli 1896 § 13.

7. Für das Vorhandensein eines entsprechenden **Forstschutzes** sucht das Gesetz in umfassender Weise zu sorgen.

Als **Hilfspersonal** zur Handhabung der Forstpolizei

rev. Forstges. Art. 115,
vgl. überhaupt Bl f. a. Pr. Bd. 13 S. 158

kommt in Betracht:

a) das eigentliche Forstschutzpersonal des Staates, der Gemeinden, Stiftungen, Körperschaften und Privaten;

b) das gemeindliche Orts- und Feldschutzpersonal

ME. v. 19. April 1863, unterfr. KABl. S. 742, Weber VI. 167, vgl.:
Reger VI. 353,
VGHE. IX. 98;

c) die Gendarmerie

V. v. 24. Juli 1868 §§ 36 und 67 Ziff. 9, RBl. S. 1385,

ME. v. 14. Juni 1891;

d) das Zollschutzpersonal

MB. v. 29. Jan. bezw. 5. Febr. 1862, RBl. S. 313,

§ 70 der Dienstanweisung für die k. b. Grenzwache v. 15. Mai 1882,

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 9 S. 10.

Die Forstmeister und die in den Forstgesetzen als Hilfsorgane zur Handhabung der Forstpolizei bezeichneten Bediensteten sind Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft.

B. v. 31. August 1879 § 1 Ziff. 4, GVBl. S. 1057, und MB. vom gleichen Tage, MABl. S. 367,

OLGE. I. 427, III. 251.

Ueber die Verpflichtung der Gemeinden, Stiftungen und Körperschaften zur Aufstellung des erforderlichen Schutzpersonals für ihre Waldungen, dann über das Recht der Forstpolizeibehörden, dieses Schutzpersonal zu bestätigen und eventuell dessen Aufstellung zwangsweise herbeizuführen, vgl. § 129 Ziff. 3 S. 263.

Auch die Forstdiener und Forstschutzbediensteten der Privatpersonen bedürfen der Bestätigung der Forstpolizeibehörde nach erholtem Gutachten des Forstamts.

Rev. Forstgef. Art. 120 Abs. 2.

Die Voraussetzungen, unter welchen Private selbst den Waldschutz in ihren Besitzungen mit der Wirkung übernehmen können, daß sie zu den Kosten des Waldschutzes in den übrigen Markungstheilen nicht zu konkurriren haben, enthält:

Gemeindeordn. Art. 45 Abs. 3, vgl. Kahr's Kommentar hiezu Bd. 1 S. 557 ff.,

VGHE. XII. 196.

Als Forstdiener überhaupt und Forstschutzbedienstete insbesondere dürfen nur volljährige und unbescholtene Personen aufgestellt werden.

Rev. Forstgef. Art. 120 Abs. 1.

Zugleich ist auf die erforderliche körperliche Tauglichkeit und, insoweit schriftliche Arbeiten in Frage kommen, auf die nöthige Befähigung zu letzteren zu sehen;

allgem. VB. v. 10. Okt. 1879 § 24.

Sämmtliche Forstschutz-Hilfspersonen, welchen nicht schon vermöge Diensteides die Anzeige von Forstfreveln u. s. w. obliegt, sind von den Amtsgerichten ihres Wohnortes in öffentlicher Sitzung zu verpflichten.

Forstgef. Art. 121,

ME. v. 15. Okt. 1864, unterfr. KABl. S. 1974, Weber VI. 377,

ME. v. 28. Jan. 1871, FMBl. S. 19,

JME. v. 24. Nov. 1883, JMBl. S. 369.

Ueber die Verpflichtung des Staatsforstschutzpersonales s.:

Geschäftsanweisung für die k. Forstämter v. 25. Mai 1885 § 79, FMBl. S. 388; vgl. ferner

OLGE. III. 254.

In den Diensteid der von den Distriktsverwaltungsbehörden zu verpflichtenden Flurhüter ist auch deren Verpflichtung zur Anzeige von Forstfreveln und Forstpolizei-Uebertretungen aufzunehmen.

ME. v. 5. August 1859 und 19. April 1863, unterfr. KABl. 1863 S. 742, 760, Weber V. 149, VI. 167.

Bezüglich der Uebertragung des Forstschutzes an den Jagdpächter s.:

VGHE. XI. 201.

Ueber die Befugnisse und Obliegenheiten des Forstschutzpersonals s.:

rev. Forstges. Art. 122 ff.,

allgem. VV. v. 10. Okt. 1879 §§ 25 ff.,

ME. v. 14. Sept. 1880, FMBl. S. 318;

über die Mitwirkung der Gemeindebehörden bei Haussuchungen wegen Forstfrevels:

ME. v. 19. Okt. 1863, JMBl. S. 182;

über die Behandlung der von österreichischen Unterthanen auf bayerischem Gebiete verübten Forstfrevel:

MB. v. 31. März 1880, FMBl. S. 95, und die dort aufgeführten Staatsverträge;

über die Zulässigkeit verordnungsmäßiger Beschränkungen des Holzhandels:

rev. Forstges. Art. 106—108,

allgem. VV. v. 10. Okt. 1879 § 21,

V. v. 2. Okt. 1887, GVBl. S. 611 (Oberfranken).

Die wegen Holzdiebstahls erfolgten Verurtheilungen sind durch die Amtsanwälte den Forstämtern mitzutheilen.

ME. v. 19. Nov. 1862, JMBl. 1863 S. 59,

§ 84 der Vorschr. v. 20. August 1879, Geschäftsbehandlung in schöffengerichtlichen Strafsachen betr., MABl. 1880 S. 13.

Ueber Streufrevel vgl. insbesondere:

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 3 S. 281, Bd. 5 S. 284, 455,

MABl. 1876 S. 393,

OLGE. II. 67, III. 380, 537, VI. 577, VII. 88, 184.

§ 129. Forstwirthschaftliche Bestimmungen.

1. Jedem Waldbesitzer steht nach Art. 1 des Forstgesetzes die freie Bewirthschaftung und Benützung seines Waldes vorbehaltlich der Rechte Dritter und der vom Gesetze selbst auferlegten Beschränkungen zu.

Zu den durch die Rechte Dritter sich ergebenden Modifikationen gehören insbesondere die Beschränkungen, welche sich aus bestehenden Forstberechtigungen ergeben; letztere können jedoch nach Maßgabe der Art. 23—33 ermäßigt, fixirt, umgewandelt und abgelöst werden — s. unten S. 265 § 130.

Die vom Gesetze selbst dem Waldbesitzer auferlegten Beschränkungen sind verschiedenartig, je nachdem der Staat, eine Gemeinde, Stiftung oder Körperschaft, oder aber ein Privater Waldeigenthümer ist.

2. Die Behandlung der Staatswaldungen (Art. 2 mit 5 des Gesetzes) hat die Nachhaltigkeit der Nutzung zum Prinzip

allgem. VB. v. 18. Juli 1896 §§ 1, 2, FMBl. S. 163, vgl. auch FME. v. 25. Juli 1896, FMBl. S. 194, Anpflanzungen an Privatgrundstücken betr.;

sie ist, da für deren Bewirthschaftung lediglich finanzielle und forsttechnische Gesichtspunkte maßgebend und auch die forstpolizeilichen Gebote und Verbote (Art. 34—47 des Gesetzes) auf die Staatswaldungen an sich nicht anwendbar sind, hier nicht näher zu erörtern. In Bezug auf die Organisation des Staatsforstwesens s. die

V. v. 19. Febr. und 2. Mai 1885, GVBl. S. 29 und 267 ff., mit den MB. v. 2. und 25. Mai 1885, FMBl. S. 281 und 337, betr. die Geschäftsanweisungen für die Regierungs-Forstabtheilungen und Forstämter,

ME. v. 3. Juni 1885, FMBl. S. 489, den Forstinspektionsdienst betr.,

MB. v. 20. Juni 1885, FMBl. S. 539, den Vollzug des Forstges. betr.,

ME. v. 22. Juni 1885, FMBl. S. 553, die Lokalforstverwaltungs-Organisation betr.,

ME. v. 14. August 1885, FMBl. S. 729, Dienstesinstruktion der Forstamtsassessoren betr.

Ferner sind zu bemerken die Dienstesinstruktionen vom 8. Juli 1886 für die Förster (FMBl. 1886 S. 169), für die Forstamtsassistenten (das. S. 225), für die Waldwärter (das. S. 235),*) für die Forstwarte, Forstgehilfen und Forstaufseher (das. S. 271).

Ueber Waldbauschulen vgl.:

MB. v. 18. Mai 1888, FMBl. S. 77.

In Bezug auf die Verwerthung der Erträgnisse der Staatswaldungen, insbesondere auch über die Abgabe von Forstprodukten gegen die Forsttaxe und unter derselben s.:

*) Wegen der Sustentation der Waldaufseher ꝛc. s. FME. v. 6. Juli 1896, FMBl. S. 145; über Fürsorge für die forstwirthschaftl. Arbeiter: ME. v. 14. Juni 1896, FMBl. S. 131, und unten §§ 159, 160.

allgem. VB. v. 18. Juli 1896 § 1,
V. v. 19. August 1849, RBl. S. 961, Vollz.Instr. hiezu v. 15. Okt. 1849, ME. v. 6. und 18. April, dann 9. Mai 1851, Weber IV. 64, 249 ff.,
MB. v. 6. Juli 1894 Ziff. II, III, FMBl. S. 90.

3. Die Bewirthschaftung der **Gemeinde- und Stiftungs-Waldungen** steht unter Aufsicht des Staates; Gleiches gilt von den **Körperschafts-Waldungen**, d. h. den einer Körperschaft als juristischer Person oder einer gewissen Klasse von Gemeindegliedern gehörigen Waldungen, soferne dieselben nicht **Privatwaldungen** sind.

Rev. Forstges. Art. 6 mit 18,
bes. VB. §§ 1, 2 v. 12. Mai 1897,
Gemeindeordn. Art. 30, 68, 141 Abs. 7,
Bl. f. a. Pr. Bd. 9 S. 355, Bd. 35 S. 109,
VGHE. V. 151, XI. 159 und XII. 490,
OLGE. II. 533.

Im Einzelnen sind maßgebend die
V. v. 19. Febr. 1885 (GVBl. S. 29) §§ 5, 13, 24, 25, 26, 37, 41,
ferner die unter Ziff. 2 aufgeführten Instruktionen, die
Geschäftsanweisung für die Regierungsforstabtheilungen v. 2. Mai 1885 §§ 36 ff.,
desgl. für die k. Forstämter v. 25. Mai 1885 §§ 70 ff.,
desgl. für die Forstamtsassessoren v. 14. August 1885 § 44,
cit. MB. v. 3. Juni 1885, den Forstinspektionsdienst betr., § 12,
cit. MB. v. 22. Juni 1885, die Lokalforstverwaltung betr., Ziff. V.

Bezüglich der Aufforstung gemeindlicher Oedflächen s.:
ME. v. 11. Mai 1888, Weber XIX. 60.

Die Gemeinden, Stiftungen und Körperschaften sind den in Art. 34 bis 47 des Gesetzes aufgestellten Beschränkungen unterworfen. Insbesondere sind sie aber verpflichtet:

a) die Bewirthschaftung ihrer Waldungen auf genehmigte **Wirthschaftspläne** zu gründen; die zur Herstellung der letzteren von den Gemeinden u. s. w. zu wählenden Sachverständigen bedürfen der Bestätigung der Forstpolizeibehörde, die Wirthschaftspläne für mehr als 10 ha Fläche der Genehmigung der Forstpolizeistelle, außerdem der Genehmigung der Forstpolizeibehörde.

Rev. Forstges. Art. 7,
bes. VB. v. 12. Mai 1897 §§ 3 mit 15,
ME. v. 26. und 31. März 1865, FMBl. Erg.Bd. S. 100 ff., Weber VI. 422, 428,
VGHE. II. 119, X. 312.

b) für den **technischen Betrieb** in ihren Waldungen geeignete Sachverständige aufzustellen, welche der Bestätigung der Forstpolizeistelle bedürfen.

Forstges. Art. 8, 9, 11 mit 13 Abs. 1, Art. 15, 16,
bes. VV. v. 12. Mai 1897 §§ 16 mit 18;
vgl. auch Gemeindeordn. Art. 71, 72,
VGHE. IX. 91.

Die Ausführung des jährlichen Betriebes regeln die
bes. VV. v. 12. Mai 1897 §§ 21 ff.

Ueber die Stellung der Betriebstechniker gegenüber den Gemeinden und Polizeibehörden s.:
ME. v. 8. bezw. 23. Juli (Weber VI. 39) und 7. Dez. 1862.

c) für die Handhabung des **Forstschutzes** das erforderliche Personal, dessen Bestätigung der Forstpolizeibehörde zusteht, aufzustellen.

Rev. Forstges. Art. 10 mit 13 Abs. 1, vgl. auch Art. 15, 115, 119, 120,
allgem. VV. v. 10. Okt. 1879 § 24, bes. VV. v. 12. Mai 1897 § 19,
vgl. auch OLGE. VIII. 98.

Verbindung der Betriebsführung mit dem Forstschutze ist zulässig in den Fällen des
Art. 11, vgl. hiezu
bes. VV. v. 12. Mai 1897 § 14 Abs. 6 und § 20.

Der Umfang des Bedarfes an Forstschutzpersonal wie dessen Bestätigung sind Fragen des administrativen Ermessens.
VGHE. II. 301.

Ebenso ist die Bestätigung der Betriebstechniker dem freien Ermessen der Forstpolizeistellen vorbehalten.
VGHE. I. 30, IX. 91.

Unterlassen die Gemeinden und Stiftungen, den unter lit. b und c erwähnten Verpflichtungen nachzukommen, so steht im ersten Falle der Forstpolizeistelle, im zweiten Falle der Forstpolizeibehörde das Recht zu, das erforderliche Personal nach vorgängiger Aufforderung und fruchtlosem Ablaufe der vorgesetzten zweimonatlichen Frist für die Gemeinde u. s. w. zu bestellen.

Forstges. Art. 13 Abs. 2, 3;
vgl. Gemeindeordn. Art. 141 Abs. 7.

Die Festsetzung und Erhebung der für das Betriebs- und Schutzpersonal erforderlich werdenden Bezüge hat sodann unter Beachtung der
Gemeindeordn. Art. 157 Abs. 5 mit 7
durch die der Gemeinde unmittelbar vorgesetzte Aufsichtsbehörde
VGHE. IX. 91
zu erfolgen.

Die Verfügung über die Erträgnisse der Gemeinde- und Stiftungswaldungen sowie die Vertheilung der ersteren richtet sich nach den einschlägigen besonderen Gesetzen; s. unten § 177 Ziff. 2, dann:

Forstges. Art. 17,
Gemeindeordn. Art. 26 mit 37, 65, 66, 206 Abs. 2 Ziff. 3,
ME. v. 2. August 1871, Weber IX. 107,
Bl. f. a. Pr. Bd. 21 S. 337 ff., 381, 411 ff.

Zuwiderhandlungen der Gemeinden gegen die forstwirthschaftlichen Bestimmungen sind an den Gemeindebehörden disciplinär zu beahnden; dagegen haften für Forstfrevel und Forstpolizeiübertretungen in Gemeindewaldungen die fehlenden Gemeindeglieder forststrafrechtlich (wodurch jedoch unter Umständen Disciplinareinschreitung gegen die Gemeindebehörde nicht ausgeschlossen ist).

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 5 S. 55 (vgl. auch S. 222, 284, 451), Bd. 6 S. 336, Bd. 12 S. 92,
S. o. E. f. Str. Bd. 9 S. 507,
Stengl. Ztschr. VII. 216,
OLGE. II. 67, 436, 533, III. 35, IV. 29.

In den unter Art. 18 fallenden Körperschaftswaldungen sind die Körperschaftsgenossen an die Wirthschaftspläne und Anweisungen der Betriebstechniker gebunden und unterliegen die Zuwiderhandlungen der Genossen daher den allgemeinen Strafbestimmungen.

Bek. VB. v. 12. Mai 1897 §§ 3 ff.,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 5 S. 284,
VGHE. XI. 159.

4. Die Privatwaldbesitzer sind hinsichtlich der Benützung und Bewirthschaftung ihrer Waldungen an die forstpolizeilichen Bestimmungen

Art. 19, 20—22, 34—47, 120 Abs. 2

gebunden; vgl.:

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 1 S. 227, Bd. 12 S. 605,
S. o. E. in Civ. Bd. 15 S. 361,
Bl. f. a. Pr. Bd. 4 S. 353,
ME. v. 14. Juni 1891.

Zur Vertheilung von gemeinschaftlichen Privatwaldungen auf gesondertes Eigenthum mit dem Zwecke fortzusetzender Forstbenützung (also abgesehen von dem Falle der Rodung, Art. 34) ist die Zustimmung der Forstpolizeistelle erforderlich, welche jedoch nicht verweigert werden darf, wenn die einzelnen Theile auch nach der Vertheilung noch regelmäßig bewirthschaftet werden können.

Forstges. Art. 20, 21, 22,

allgem. VB. v. 10. Okt. 1879 § 3,
Art. 10 Ziff. 8 des Ges. v. 8. August 1878, den VGH. betr.,
ME. v. 29. Juni 1856, Weber IV. 742,
VGHE. VI. 143, XII. 146, XIII. 284.

Vor der Genehmigung der Vertheilung ist weder die Umschreibung noch die Ummessung der betr. Waldflächen zulässig,

FME. v. 25. April 1867 und 24. Febr. 1869.

§ 130. Forstberechtigungen.

1. Die in Art. 18 des Ablösungsgesetzes vom 4. Juni 1848 in Aussicht genommenen Bestimmungen des Forstgesetzes in Bezug auf die Forstberechtigungen

vgl. Becher, das rechtsrheinisch-bayerische Landescivilrecht S. 630 ff.,

welche ohne Zustimmung des Eigenthümers des belasteten Waldes nicht von dem berechtigten Gute getrennt werden können

ME. v. 23. Dez. 1851 und 8. Febr. 1855, letztere mitgetheilt durch
ME. v. 4. Dez. 1863, FMBl. S. 224, Weber IV. 676,

betreffen die Ausübung, Ermäßigung, Umwandlung und Ablösung derselben (Art. 23 ff.). Bezüglich der Ausscheidung der administrativen und richterlichen Zuständigkeit bei derartigen Streitigkeiten vgl. oben § 128 Ziff. 6 S. 257 f., bezüglich des verwaltungsrechtlichen Charakters der Streitigkeiten über Fixirung, Veränderung (und Ablösung) der Forstberechtigungen ebendaselbst Ziff. 5. In Bezug auf Forstrechte in Staatswaldungen vgl.:

allgem. VB. v. 18. Juli 1896 § 1, MABl. S. 230, FMBl. S. 163.

2. Im Einzelnen ist zu bemerken:

a) Forstberechtigungen, als welche auch die Berechtigungen erscheinen, Holz um eine niedrigere Forsttaxe zu beziehen

Bl. f. RA. Bd. 13 S. 286, Bd. 31 S. 269,

können nur unter Beachtung der bestehenden forstpolizeilichen Bestimmungen ausgeübt werden.

Rev. Forstges. Art. 23 Abs. 1; vgl. auch Art. 43 Abs. 3,
O. E. im MABl. 1876 S. 393,
Stengl. Ztschr. Bd. 13 Beibl. S. 76, Bd. 16 Beibl. S. 5,
OLGE. V. 421, VI. 30, 112, 157,
Bl. f. RA. Bd. 41 S. 411.

Streitigkeiten über die Art und Weise der Ausübung entscheidet die Forstpolizeibehörde, vorbehaltlich des Rechtswegs, wenn sich der Betheiligte in seinem Rechte oder dessen Umfang für verletzt erachtet.

1.30
0.20
1.50
1.–
0.20
1.–
1.20

Art. 23 Abs. 2, Art. 110,
allgem. VB. v. 18. Juli 1896 §§ 2, 3, 13 ff.,
S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 231,
O. E. im RBl. 1854 S. 521, 1858 S. 1586, 1859 S. 1050, 1860 S. 75,
OLGE. III. 325, VI. 110 und
VGHE. IX. 291.

b) Forstberechtigungen können den Waldbesitzer weder in der nachhaltigen Waldbewirthschaftung, noch in der nothwendigen Veränderung der Holz- und Betriebsart hindern.

Art. 24.

Daraus ergeben sich nachstehende Folgesätze:

α) Forstberechtigungen, welche die nachhaltige Waldbewirthschaftung beeinträchtigen, sind auf Antrag des Verpflichteten von der Forstpolizeibehörde vorbehaltlich des Rechtswegs für einen bestimmten Zeitraum entsprechend zu ermäßigen

rev. Forstges. Art. 25,

wobei nur im Falle des Abs. 3 Entschädigung stattfindet;

vgl. auch Art. 43 Abs. 3, Art. 110,
allgem. Vollz.Vorschr. v. 18. Juli 1896 §§ 2, 3, 13 ff.,
O. E. im RBl. 1860 S. 75, 1863 S. 596, 1867 S. 442, 1869 S. 647,
FMBl. 1867 S. 125,
Bl. f. RA. Bd. 27 S. 222,
Becher a. a. O. S. 635.

β) Aenderungen der Holz- und Betriebsart, in deren Folge eine Forstberechtigung nicht mehr in der bisherigen Art ausgeübt werden kann, sind der Forstpolizeibehörde anzuzeigen, welche über Statthaftigkeit der Abänderung ohne, über die dem Berechtigten (wo möglich durch Umwandlung in einen andern Forstnutzungsbezug, eventuell in Geld) zu leistende Entschädigung mit Vorbehalt des Rechtswegs entscheidet.

Art. 26,
allgem. VB. v. 18. Juli 1896 §§ 3, 13 ff.,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 6 S. 430,
O. E. im RBl. 1867 S. 442,
Bl. f. a. Pr. Bd. 16 S. 177.

c) Die Umwandlung ungemessener Forstrechte in gemessene Naturalbezüge kann sowohl von dem Forstberechtigten als von dem Waldbesitzer bei der Forstpolizeibehörde beantragt werden. Kommt eine Uebereinkunft nicht zu Stande, so ist da, wo die Natur der Berechtigung es gestattet (d. h. wo deren Ausübung nicht von dem Eintritte gewisser Voraussetzungen abhängt) ein bestimmtes jährliches Maß festzusetzen; in

dem entgegengesetzten Falle sind die Voraussetzungen, die Größe, die Zeit und die Art der Ausübung genau zu bestimmen.

Art. 27, vgl. Art. 97 Abs. 2, Art. 110,
allgem. VB. v. 10. Okt. 1879 § 5 und v. 18. Juli 1896 §§ 13 ff.,
FME. v. 8. Okt. 1861, Samml. prinzip. Erlasse Bd. 9 S. 123,
O. E. im RBl. 1859 S. 1050, 1860 S. 418, 1862 S. 2583, GVBl. 1876 Beil. VIII,
Bl. f. a. Pr. Bd. 5 S. 337 ff., Bd. 14 S. 257, Bd. 16 S. 141.

In Bezug auf Bauholzberechtigungen (Art. 28) vgl. unten S. 268.

d) Dagegen kann eine Umwandlung gemessener oder ungemessener Forstberechtigungen in bestimmte jährliche Geldbezüge (abgesehen von dem Falle des Art. 26, wenn nämlich auf Antrag des Verpflichteten die bisherige Ausübung in Folge einer statthaften Aenderung der Holz- oder Betriebsart unmöglich geworden und durch Umwandlung in einen anderen entsprechenden Naturalbezug nicht zu ersetzen ist) nur durch freie Uebereinkunft stattfinden.

Art. 29 Abs. 1.

Die durch freiwilliges Uebereinkommen oder zwangsweise gemäß Art. 26 und 29 Abs. 1 festgestellten Geldleistungen können von dem Verpflichteten (soweit nicht anderweitige Uebereinkunft vorliegt) mit dem fünfundzwanzigfachen Betrage abgelöst werden;

Art. 29 Abs. 2,
s. auch Becher a. a. O. S. 633.

e) Die Ablösung von Forstberechtigungen jeder Art ist lediglich durch Uebereinkunft beider Theile statthaft; bei theilweiser Ablösung kann der Verpflichtete sodann jene Nutzungen seines belasteten Waldes selbst beziehen, welche den Inhalt des abgelösten Rechtes bildeten.

Art. 30 in der Fassung v. 17. Juni 1896,
allgem. VB. v. 18. Juli 1896 § 4.

Vergl. in Bezug auf die frühere Fassung des Art. 30:

ME. v. 14. und 19. März 1855, Samml. prinzip. Erlasse Bd. 3 S. 37, 61, Weber IV. 690,
O. E. im RBl. 1860 S. 418,
Bl. f. a. Pr. Bd. 14 S. 289 ff.,
S. o. E. in Civ. Bd. 1 S. 107, Bd. 5 S. 76,
Bl. f. RA. Bd. 32 S. 360.

Darüber, daß Lehenswaldungen im Sinne des Forstgesetzes als Privatwaldungen zu erachten sind, vgl.:

S. o. E. in Civ. Bd. 15 S. 361.

Forstrechtsablösungen in Staatswaldungen sollen nur in wirthschaftlich begründeten Fällen, sowie ohne Verkürzung oder Beeinflussung

der Berechtigten vorgenommen werden; vergl. hierüber und über den Geschäftsgang:

allgem. VB. v. 18. Juli 1896 § 4.

Richtpunkte für (Abgewährung und) Ablösung solcher Forstrechte enthält auch die noch vor jüngster Revision des Forstgesetzes ergangene

FME. v. 6. Juli 1894, FMBl. S. 90.

f) Natural-Holz- und Wald-Frohnen, welche nicht die Eigenschaft von Gegenleistungen für forstrechtliche Nutzungen an sich tragen, sind ohne Entschädigung aufgehoben.

Rev. Ges. Art. 31 Abs. 5.

Natural-Holz- und Wald-Frohnen, welche jenen Charakter der Gegenleistung tragen, sind auch dann, wenn das dem Frohnepflichtigen zustehende Forstrecht nicht abgelöst wird, bezw. nicht abgelöst werden kann, im Wege gütlicher Uebereinkunft oder auf Antrag eines Betheiligten durch die Forstpolizeibehörde nach Maßgabe des Art. 27 (s. oben S. 266 lit. c) in eine bestimmte jährliche Geldabgabe umzuwandeln, welche mit dem fünfundzwanzigfachen Betrage ablösbar ist.

Forstges. Art. 31 Abs. 1 mit 4, 6, vgl. auch Art. 110,
Ablösungsges. v. 4. Juni 1848 Art. 2 Abs. 1 und Art. 18,
Bl. f. RA. Bd. 25 S. 53.

Ueber die Zuständigkeit in obigen Fällen s. S. 256 ff. § 128 Ziff. 4, 5, 6, dann meinen Kommentar zum Gesetze über den VGH. S. 70, 324.

3. Holz- oder sonstige Walderzeugnisse, welche für den eigenen Bedarf in Folge Berechtigung, Vertheilung oder Begünstigung erlangt worden sind, dürfen ohne forstpolizeiliche Genehmigung nicht veräußert werden.

Forstges. Art. 97, 98,
O. E. im RBl. 1870 S. 581 und MABl. 1874 S. 184,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 1 S. 75, Bd. 5 S. 87, Bd. 6 S. 199, Bd. 8 S. 7,
S. o. E. f. Str. Bd. 1 S. 191, Bd. 3 S. 313, Bd. 4 S. 94, Bd. 6 S. 61, Bd. 7 S. 1,
Stengl. Ztschr. Beibl. zu Bd. 11 S. 35, Bd. 13 S. 38, Bd. 14 S. 11, Bd. 17 S. 49,
OLGE. I. 375, 526, II. 55, III. 208, V. 313.

Weitere Beschränkungen bestehen noch für Bauholzberechtigungen, welche nicht auf ein bestimmtes jährliches Maß festgesetzt sind. Der Berechtigte kann angehalten werden, Bedarf und Verwendung nachzuweisen; der Bedarf ist im Falle des Streites von der Forstpolizeibehörde vorbehaltlich des Rechtsweges festzusetzen, das empfangene Bauholz innerhalb zweier Jahre zweckgemäß zu verwenden.

Forstges. Art. 28, 64, 97,
allgem. VB. v. 10. Okt. 1879 § 6 und v. 18. Juli 1896 §§ 4, 13 ff.,
Bl. f. a. Pr. Bd. 14 S. 257.

Bauholz, welches ganz oder theilweise unentgeltlich zum Baue zu leisten oder in Geld zu vergüten ist, wird bei der Brandversicherung des Gebäudes im entsprechenden Rohmaterialwerthe von der Schätzungssumme abgezogen, kann jedoch mit diesem Betrage von dem Leistungspflichtigen besonders versichert werden.

Art. 20 des Brandversicherungsges. v. 3. April 1875, bezw. 5. Mai 1890,
Instr. v. 30. Juni 1875 § 5 Ziff. 3 lit. i und § 11 Ziff. 3, MABl. S. 333,
Hauck, Komment. zu obigem Ges. II. Aufl. S. 44.

Höchst empfehlenswerth ist sowohl bei eigentlichen Forstberechtigungen als bei den aus dem Gemeindeverbande fließenden Bauholzberechtigungen die Gründung der s. g. Bauunterstützungskassen oder die anderweitige Substituirung des Bauholzes durch Geldentschädigung, welche dem Bauholzberechtigten den Massivbau ermöglicht und hiedurch die Interessen beider Theile fördert; nicht entgegensteht:

VGHE. V. 211.

4. Die Neubegründung von Forstberechtigungen ist untersagt.

Rev. Ges. Art. 33,
S. o. E. in Civ. Bd. 14 S. 517.

Vgl. hierüber, dann bezüglich der Transferirung von Forstrechten die Zusammenstellung bei

Ganghofer a. a. O. S. 82 Anm. 1, S. 96 ff.

Ueberschreitung der Forstberechtigung ist Forstfrevel;

Art. 49 Abs. 2; vgl. auch S. 273 Ziff. 8 des folgenden Paragraphen.

§ 131. Forstpolizei-Uebertretungen.

Die III. Abtheilung des Forstgesetzes enthält in den Art. 34 mit 47 forstpolizeiliche Vorschriften, welchen die Strafbestimmungen in Art. 75 mit 78 entsprechen; vgl. auch:

Bl. f. a. Pr. Bd. 20 S. 69 ff., Bd. 27 S. 92.

Hienach ist

1. die Rodung oder Ausstockung, d. h. die in der Absicht, die Waldfläche überhaupt der Holzkultur zu entziehen, erfolgende Entfernung der Stöcke mit der Wurzel und Umarbeitung des Bodens

Forstges. Art. 34 — vgl. Art. 75, 78,

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 1 S. 223, 503, 506, Bd. 3 S. 141, 409, 525, Bd. 4 S. 422, Bd. 5 S. 469, Bd. 13 S. 567,
Stengl. Ztschr. Bd. 10 S. 405, Bd. 15 Beibl. S. 45,

theils Beschränkungen unterworfen, theils unbedingt verboten; Letzteres gilt bezüglich der Rodung der in

Art. 35 (mit Art. 34 Ziff. 2), Art. 40, 75, vgl. Art. 110

bezeichneten Schutzwaldungen, als welche nicht schlechthin die in den bezüglichen Verzeichnissen der Forstämter aufgeführten, sondern nur solche Waldflächen erscheinen, die thatsächlich den Bedingungen des Art. 35 entsprechen; vgl.:

allgem. VB. v. 18. Juli 1896 Abschnitt III §§ 5 ff., FMBl. S. 171,
O. E. im FMBl. 1866 S. 177, ferner
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 4 S. 497, 541, Bd. 5 S. 30, Bd. 8 S. 421, Bd. 13 S. 477,
S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 504, Bd. 8 S. 543, Bd. 9 S. 500,
OLGE. III. 35, IV. 499 u. s. w. — vgl. Ziff. 2.

Die Rodung von Nicht-Schutzwaldungen ist unter der Voraussetzung zulässig, daß die auszustockende Fläche zu einer besseren Benützung (die nicht unbedingt landwirthschaftlich sein muß) unzweifelhaft geeignet ist und die Forstberechtigten eingewilligt haben.

Rev. Forstges. Art. 34 Ziff. 1—3.

Rodungsgesuche sind bei dem einschlägigen Forstamte anzubringen und von diesem mit geeignetem Antrage der Forstpolizeibehörde zur weiteren Behandlung und Beschlußfassung mitzutheilen.

Art. 36, 113,
allgem. VB. v. 10. Okt. 1879 § 9.

In Bezug auf Einsprüche der Weideberechtigten gegen Rodungen s.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 14 S. 280, Bd. 29 S. 133

und in Bezug auf Hypothekgläubiger:

§ 45 Abs. 1 des Hypothekenges. v. 1. Juni 1822.

Die Forstpolizeibehörde hat bei Genehmigung der Rodung zugleich zu bestimmen, binnen welcher Frist der gerodete Boden der in Art. 35 Ziff. 1 erwähnten Benützung zuzuwenden ist.

Art. 37, vgl. Art. 76.

Hinsichtlich der Rodungen der Gemeinde-, Stiftungs- und jener Körperschaftswaldungen, welche nicht Privatwaldungen sind, finden außerdem noch die einschlägigen besonderen Bestimmungen

Art. 38,

bezüglich der Gemeindewaldungen insbesondere

Gemeindeordn. Art. 29, 159 Ziff. 2, vgl.
Kahr, Kommentar hiezu Bd. 1 S. 273 ff.,

ME. v. 2. August 1871, Weber IX. 107
(s. auch Bl. f. a. Pr. Bd. 20 S. 271, Bd. 21 S. 344, 378, 381, 411)

Anwendung.

Auch sind bezüglich der durch die Rodung bedingten Abänderung des bestehenden Wirthschaftsplans die Vorschriften in

Forstges. Art. 7 Abs. 2, vgl. Art. 17 und
bes. VV. v. 12. Mai 1897 § 3

zu beachten; der staatsaufsichtliche und forstpolizeiliche Instanzenzug

Gemeindeordn. Art. 159 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 161,
rev. Forstges. Art. 36, auch Art. 40, 109

wird hiedurch jedoch nicht geändert.

Ueber Berücksichtigung der Waldweide bei Rodungen s.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 14 S. 280, Bd. 29 S. 133.

Bezüglich der Gebührenpflicht u. s. w. für Rodungsbewilligungen vgl.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 20 S. 82, dann oben S. 256.

2. Der kahle Abtrieb, d. h. die vollständige Fällung eines Holzbestandes ohne Ausstockung

ME. v. 14. Juni 1891,
ME. v. 11. Febr. und v. 20. Juni 1897 (MABl. S. 50, 273), Abtrieb von Privatwaldungen betr.,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 1 S. 223, Bd. 2 S. 87, Bd. 4 S. 497, 541, Bd. 5 S. 30, Bd. 8 S. 421, Bd. 13 S. 477, 567,
S. o. E. f. Str. Bd. 3 S. 367, Bd. 5 S. 384, Bd. 8 S. 543, Bd. 9 S. 500,
OLGE. III. 271, 485, IV. 260, 499, VI. 282, VIII. 199, 242, 257,

ist bei Gemeinde-Waldungen u. dgl. an die Einhaltung der für dieselben bestehenden besonderen Vorschriften geknüpft, dagegen dem Privatbesitzer, soferne nicht ein Schutzwald in Frage steht

rev. Forstges. Art. 35, 39, 40, 75, 78, 110, 112, 168,
allgem. VV. v. 10. Okt. 1879 § 9 und v. 18. Juli 1896 §§ 5 mit 19,

unter der Voraussetzung gestattet, daß keine Abschwendung (vgl. Ziff. 3 unten) eintritt und daß die Waldblößen nach Vorschrift des

Art. 42, vgl. Art. 77, 78,
allgem. VV. v. 10. Okt. 1879 § 13, überhaupt unten S. 272 Ziff. 4

wieder aufgeforstet werden; die Forstpolizeibehörde hat hiezu eine angemessene Frist, wobei jedoch nicht auch Art und Weise der Kultur vorgeschrieben werden kann, zu bestimmen.

Die Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften über Rodung und Kahlhieb ist von den Forstbehörden zu überwachen.

ME. v. 27. Juli 1866, FMBl. S. 230.

3. Die der Holzzucht zugewendeten Grundstücke müssen stets im Holzbestande erhalten werden. Jede Abschwendung derselben, d. h. jede den Wald ganz oder auf einem Theile seiner Fläche verwüstende und sein Fortbestehen unmittelbar gefährdende Handlung, ist untersagt.

Forstges. Art. 41, 75, 78,
allgem. VB. v. 10. Okt. 1879 § 12,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 4 S. 203,
ME. v. 19. April 1854.

4. Ueber die Pflicht zur Wiederaufforstung kulturfähiger Waldblößen vgl.:

Art. 42 und 77 Abs. 1, Art. 78,
allgem. VB. v. 10. Okt. 1879 § 13, dann die
O. E. in der Ztschr. f. G. u. R. Bd. 1 S. 229, S. o. E. f. Str. Bd. 7 S. 427 und im FMBl. 1877 S. 374,
OLGE. IV. 525,
Bl. f. a. Pr. Bd. 21 S. 90, Bd. 29 S. 129,
VGHE. V. 151.

5. Die Weide in Waldungen, auf welche die Bestimmungen des Weidegesetzes vom 8. Mai 1852 und des PStr.GB. Art. 115 nicht anwendbar sind

(vgl. auch Bl. f. a. Pr. Bd. 14 S. 280, Bd. 20 S. 69, Bd. 23 S. 12, Bd. 29 S. 129, 133, dann unten § 142 Ziff. 2 lit. b),

darf nur unter entsprechender Aufsicht und nur zur Tageszeit

(vgl. auch PStr.GB. Art. 117)

stattfinden; dieselbe hat Junghölzer, Schläge und Holzanflüge mit dem Eintriebe von Weidevieh so lange zu verschonen, bis die Beweidung den Nachwuchs nicht mehr beschädigen kann. Bei plänterweisem Waldbetriebe hat die Forstpolizeibehörde die höchste Zahl des einzutreibenden Weideviehes zu bestimmen.

Rev. Forstges. Art. 43, 77 Abs. 2, vgl. auch Art. 88, 89,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 1 S. 470, Bd. 8 S. 99,
Bl. f. RA. Bd. 23 S. 55,
OLGE. II. 203, 338, 460, III. 317, 357, V. 157, 199, 519, VIII. 300.

Erweiterung von Alpenängern und Lichtungen ist der Rodung gleichgestellt; vgl. überhaupt:

Art. 44, 75, 78,
allgem. VB. v. 10. Okt. 1879 § 15,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 8 S. 99,
OLGE. II. 460,
Stengl. Ztschr. Bd. 9 S. 135, Bd. 13 Beibl. S. 82.

In Bezug auf die in Art. 44 behandelte Alpenweide vgl. auch:

S. o. E. in Civ. Bd. 9 S. 610,
OLGE. III. 357.

6. Auf forstamtlichen Antrag ist die Forstpolizeibehörde zur Anordnung von Vertilgungs- und Sicherheitsmaßregeln gegenüber schädlichen Insekten befugt; im Fall der Nichtbefolgung kann, abgesehen von der Strafeinschreitung, Ausführung auf Kosten des Säumigen verfügt werden.

Rev. Forstges. Art. 46, 77 Abs. 1; vgl. auch:
Str.GB. § 368 Ziff. 2 und PStr.GB. Art. 120 Ziff. 2,
Stengl. Ztschr. Bd. 17 Beibl. S. 52,
S. o. E. in Str. Bd. 7 S. 17,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 13 S. 635 (FMBl. 1866 S. 327),
OLGE. III. 170, IV. 29, VI. 226.

In Bezug auf die Nonnenraupe s.:

ME. v. 16. und 18. Juli, 14. Sept., 27. Okt. und 12. Dez. 1890, ME. v. 16. April 1891 (KMBl. S. 125) und 15. Juli 1891 (MABl. S. 241),
ME. v. 11. März und 25. Mai 1892 (MABl. S. 83, 217),
O. E. im MABl. 1891 S. 273, FMBl. 1891 S. 83,
OLGE. VI. 479.

7. Weitere forstpolizeiliche Vorschriften betreffen das Feueranmachen in oder bei Waldungen

Art. 45, 77 Abs. 2, Art. 96,
vgl. Str.GB. §§ 308, 368 Ziff. 6,
Reger II. 57,

dann die Errichtung von Gebäuden in Waldungen oder in einer Nähe derselben von 1500 Fuß (437,8 m).

Art. 47.

8. Forstpolizeiliche Bestimmungen für Forstberechtigte und für dritte Personen, deren Uebertretungen sich jedoch als Forstfrevel darstellen, finden sich in den

Art. 89 mit 94, 97, 98;

vgl. ferner:

Einf.Ges. zum Str.GB. § 2,
Str.GB. § 274 Ziff. 2, § 361 Ziff. 9, § 370 Ziff. 2,
O. E. im RBl. 1858 S. 930,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 3 S. 452, Bd. 5 S. 250, Bd. 6 S. 41, 200, 441, Bd. 9 S. 164,
Stengl. Ztschr. Beibl. zu Bd. 12 S. 100, zu Bd. 13 S. 29,
S. o. E. f. Str. Bd. 1 S. 105, 190, Bd. 3 S. 368,

OLGE. I. 259, 306, 334, 375, II. 12, 436, 458, 492, III. 216, 311, 325, 480, 492, 537, 569, V. 143, 365, 401, VI. 1, 30, 110, 112, 157, 226, 316, 400, VII. 41, 88, 184, 238, VIII. 142.

Sechstes Kapitel.

Jagdpolizei.*)

§ 132. Jagdberechtigung.

1. Für die Frage der Berechtigung zur Jagdausübung ist zunächst das

Ges. v. 30. März 1850, die Ausübung der Jagd betr., GBl. S. 117,

entscheidend. Dasselbe hat jedoch durch das

Ausf.Ges. z. Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879, GVBl. S. 781,

mehrere Modifikationen erfahren, indem Art. 18 Ziff. 4 und Art. 19 Ziff. 2 des Jagdgesetzes zufolge Art. 10 obigen Ausführungsgesetzes eine veränderte Fassung erhielten und der Wortlaut des Art. 23 des Jagdgesetzes (vgl. Art. 14 des Str.Einf.Ges. vom 26. Dezember 1871) nunmehr durch Art. 11 des Ausführungsgesetzes bestimmt ist; s. auch:

Art. 3 Ziff. 4 des cit. Ausf.Ges.,
rev. Gebührenges. Art. 181 Abs. 2,
Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 60, 61, endlich
Einf.Ges. v. 18. August 1896 Art. 69 ff. zum Bürgerl. Gesetzbuche, RGBl. S. 604.

Eine eingehende Erörterung des Jagdgesetzes und der dazu erlassenen ausführlichen

VI. v. 3. Febr. 1857, Weber V. 21 ff.,

ist nicht Aufgabe dieser Schrift, welche sich mit der Aufführung der Grundzüge des Gesetzes und mit der Hinweisung auf die einschlägigen Vollzugsbestimmungen begnügen muß. Erörterungen über einzelne Fragen der Jagdpolizei, insbesondere Beiträge zur Beurtheilung des Charakters der Jagdpachtverträge, finden sich in den

Bl. f. a. Pr. Bd. 3 S. 10, Bd. 5 S. 241, 267, Bd. 10 S. 1 ff., Bd. 14 S. 14, 334, Bd. 15 S. 73, 161, 234, 264, Bd. 16 S. 97 ff., 368 ff., Bd. 17 S. 47, 215, Bd. 19 S. 8 ff., 142, Bd. 22 S. 97, Bd. 23 S. 367, Bd. 30 S. 81, 347, Bd. 31 S. 351, Bd. 39 S. 413, Bd. 42 S. 236; vgl. auch:

---

*) In vierter Auflage bearbeitet von Bezirksamtmann Hermann Reuß.

Brater's Kommentar zum Jagdgesetze, Erlangen 1852,
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 374 ff. (I. Aufl. Bd. 5 S. 623 ff.),
Roth, bayer. Civ.Recht Bd. 3 § 281,
Becher, das rechtsrheinisch-bayerische Landescivilrecht S. 1035,
Pollwein, das Gesetz, die Ausübung der Jagd betr., III. Aufl., München 1895,
Trunk, Jagdrecht, Eichstätt 1880.

2. Die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden liegt im Grundeigenthum.

Jagdges. Art. 1, VI. § 1, vgl.:
VGHE. IV. 84, VI. 196, VII. 277.

Ueber Trennung, Zusammenhang und Grenzen des Jagdgebietes, Inklaven u. dgl. s.:

Jagdges. Art. 2 Abs. 2, Art. 3 und VI. § 2,
VGHE. III. 117, 170, 399, IV. 259, 349, V. 164, VI. 44, 141, VII. 45, VIII. 313, 321, XVIII. 80,
Bl. f. a. Pr. Bd. 15 S. 238, Bd. 16 S. 376, Bd. 30 S. 313, Bd. 39 S. 413.

Die Ausübung des Jagdrechts durch den Grundeigenthümer selbst oder durch seinen Pächter ist jedoch nur in den gesetzlichen Ausnahmefällen zulässig; in der Regel wird das Jagdrecht von der politischen Gemeinde innerhalb ihres Bezirks Namens der Grundeigenthümer durch Verpachtung ausgeübt.

Jagdges. Art. 2 mit 4, vgl. auch Art. 6, 9,
Vollz.Vorschr. §§ 1 mit 3, 5, 7,
S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 479,
OLGE. I. 20, IV. 287.

Ueber Selbstausübung des Jagdrechtes durch Alpengenossenschaften vgl.:
VGHE. XIII. 187.

Streitigkeiten über das Jagdrecht der Grundeigenthümer sind Verwaltungsrechtssachen.

Ges. v. 8. August 1878 Art. 8 Ziff. 17, Art. 9 Abs. 1, den VGH. betr.; vgl. meinen Kommentar hiezu S. 80, 328,
Bl. f. a. Pr. Bd. 31 S. 311, Bd. 33 S. 88,
Becher a. a. O. S. 1042,
VGHE. I. 161, 173, 250, II. 136, 340, III. 117, 170, 399, 530, IV. 84, 259, 349, 459, V. 164, VI. 44, 141, 196, VII. 45, 277, VIII. 313, 321, XIII. 187, XVIII. 80.

Bezüglich der Jagd auf Gewässern s.:
Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 313;
über die Jagd in Hausgärten vgl.:
Reger VI. 137;

über Jagd in ausmärkischen Bezirken vgl.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 81, Bd. 46 S. 314,
Becher a. a. O. S. 1039 Nr. 2;

über Staatsjagden: unten S. 278.

Bei dem Vollzuge der Jagdverpachtung hat die Gemeinde die gesetzlichen Vorschriften über Bildung und Umfang der Jagdbezirke

Ges. Art. 5, VV. § 4,

über die Form der Verpachtung

Ges. Art. 7, VV. § 6,
Bl. f. a. Pr. Bd. 33 S. 91, Bd. 42 S. 236,
VGHE. XIII. 43

und über die Maximalzahl der für einen Jagdbezirk aufzustellenden Pächter

Ges. Art. 10 Abs. 1, VV. § 8

zu beachten; die in die Gemeindekasse einbezahlten Pachtschillinge sind den betheiligten Grundbesitzern zu verrechnen, bezw. zu den auf sie treffenden Ausgaben zu verwenden.

Ges. Art. 8, VV. § 7,
VGHE. I. 195, VII. 235, IX. 319, XIV. 372,
Bl. f. a. Pr. Bd. 15 S. 161, Bd. 22 S. 263, Bd. 38 S. 289.

Ausnahmsweise kann die Gemeinde die Jagd durch höchstens drei jagdkartenfähige Gemeindebürger in Selbstverwaltung ausüben.

Ges. Art. 11, VV. § 9,
vgl. VGHE. XIII. 187.

Den Aufwurfspreis (Art. 11 Ziff. 3) kann die Gemeinde frei bestimmen und ist hierin staatsaufsichtlicher Beeinflussung entrückt.

VGHE. II. 340.

Uebertragung des Jagdrechts kann nur mit Einwilligung der Gemeinde und der etwaigen Mitpächter stattfinden.

Ges. Art. 12, VV. § 10;
vgl. auch Bl. f. a. Pr. Bd. 14 S. 14, Bd. 31 S. 351,
Reger XII. 187.

Die Distriktsverwaltungsbehörden haben bei Ausübung der ihnen zustehenden Befugniß zur Prüfung der Selbstausübung der Jagd durch den Grundbesitzer und der Selbstverwaltung der Jagd durch die Gemeinde, dann bei Würdigung der Gesetzmäßigkeit der gemeindlichen Jagdverpachtungen und der vorschriftsmäßigen Verwendung der Jagdpachtschillinge u. dgl., zunächst nur einen negativen, aufsichtlichen Standpunkt einzunehmen, innerhalb desselben jedoch von Amtswegen über die richtige Anwendung des Gesetzes zu wachen. Da diese Thätigkeit der Distriktsverwaltungs-

behörden überhaupt keine kuratelamtliche ist, hat sie auch durch die Gemeindeordnung

f. Art. 206 Abs. 2 Ziff. 1 derselben

eine Aenderung nicht erfahren; vgl.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 14 S. 14, Bd. 15 S. 238, Bd. 16 S. 99, Bd. 22 S. 283, Bd. 33 S. 88, 340;

dann zu § 6 Ziff. 3 der Vollz.Instr. (Versteigerung):

ME. v. 21. Juli 1852, Döll. Bd. 29 S. 712.

Ueber Beschwerden der Gemeinden zum Verwaltungsgerichtshofe gegen solche staatsaufsichtliche Verfügungen sind zu vergleichen:

VGHE. II. 136, 340, III. 23, 251, 530, IV. 127, 134, 267, XI. 201, XIII. 43.

Streitigkeiten zwischen der Gemeinde und den Grundbesitzern eines Jagdbezirkes über ihre aus der Jagdverpachtung sich ergebenden gegenseitigen Berechtigungen und Verpflichtungen, insbesondere über die Vertheilung des Jagdpachtschillings, sind von den Verwaltungsbehörden zu entscheiden.

Ges. v. 8. August 1878 Art. 8 Ziff. 17, Art. 9 Abs. 1, den VGH. betr., O. E. im RBl. 1866 S. 5 und 1246, 1872 S. 1155 — f. oben S. 276 —.

Dagegen gehören Streitigkeiten zwischen den Gemeinden und Gemeindejagdpächtern auf Grund des Pachtvertrags, insbesondere auch über den Einfluß, welchen die Bildung eines selbständigen Jagdbezirks oder Gemeindegrenzänderungen auf den Pachtvertrag äußern, vor die Gerichte; vgl. auch:

Art. 22 des Ges., dann
O. E. im RBl. 1872 S. 1220,
VGHE. I. 161, III. 117, 170, 530, IV. 267, VIII. 274, XIII. 194.

Siehe überhaupt:

S. o. E. f. Civ. Bd. 8 S. 568,
Bl. f. a. Pr. Bd. 14 S. 14 und 334, Bd. 15 S. 88, 93, 161, 238, Bd. 17 S. 215, Bd. 19 S. 8, 142, Bd. 23 S. 367, Bd. 30 S. 347, Bd. 31 S. 351, Bd. 39 S. 413,
Bl. f. RA. Bd. 34 S. 221, Bd. 46 S. 27.

3. Hinsichtlich der persönlichen Beschränkungen ist zu § 6 Ziff. 7 der Vollz.Instr. vom 3. Februar 1857 noch zu bemerken, daß das in der

ME. v. 14. April 1850, Döll. Bd. 32 S. 183, Weber VI. 181,

für Landgerichtsbeamte enthaltene Verbot, Jagden in ihrem Amtsbezirke zu pachten, auf die Beamten der Amtsgerichte keine Anwendung mehr findet

ME. v. 3. Juni 1863, Weber VI. 181

und für das Bezirksamtspersonal (oben Bd. I S. 16) durch die

ME. v. 31. März 1866, Weber VI. 605,

welche eine jederzeit widerrufliche Regierungs-Genehmigung zur Jagdpachtung fordert, ersetzt ist. — Bezüglich der Schullehrer s. Bd. I S. 382.

Das Forstpersonal darf Gemeindejagden nur unter den Beschränkungen der

ME. v. 6. April 1865, FMBl. S. 103,

und nur im Wege öffentlicher Versteigerung pachten.

FME. v. 20. Mai 1867, FMBl. S. 111, vgl.
FME. v. 16. Dez. 1894.

Ueber die Behandlung der Staatsjagden s. außerdem noch:

ME. v. 6. Mai 1850, Geret Bd. 26 S. 24 ff., dann v. 9. Juni 1861 und v. 25. Mai 1885 §§ 41 ff., FMBl. S. 337, endlich v. 31. Jan. 1858 (Hofjagden), Pollwein a. a. O. S. 162 ff.,
Bl. f. a. Pr. Bd. 38 S. 289.

4. Die in

Art. 14 mit 21 des Jagdges. (vergl. mit Art. 10 des Ausf.Ges. zur Str.-Pr.Ordn. und Art. 172 Ziff. 5, 181, 190 des rev. Gebührenges.),
§ 12 der Vollz.Instr.

enthaltenen Vorschriften über die Voraussetzungen der Ausstellung und Wiedereinziehung von Jagdkarten und Schutzgewehrscheinen sind von den Distriktspolizeibehörden mit Umsicht und Nachdruck in Vollzug zu setzen. Streitigkeiten über Verweigerung oder Entziehung von Jagdkarten sind Verwaltungsrechtssachen.

Art. 8 Ziff. 18 des Ges. v. 8. August 1878, den VGH. betr. (vgl. meinen Kommentar S. 83, 329),
VGHE. II. 481, IV. 69, V. 163, VII. 255, IX. 312,
Bl. f. a. Pr. Bd. 34 S. 410.

Vgl. ferner zur VI. v. 3. Febr. 1857 § 12 lit. B Ziff. 4 (Verzeichniß):

ME. v. 15. Mai 1876 Ziff. 6, MABl. S. 233;

zu § 12 lit. B Ziff. 12 über das bei Ausfertigung von Jagdkarten und Schutzgewehrscheinen an Forstbedienstete zu beachtende Verfahren:

ME. v. 7. Dez. 1882, MABl. S. 380.

In Bezug auf Ausstellung von Jagdkarten an Ausländer s. auch:

Ziff. 1 der ME. v. 12. Febr. 1854, Brater, Samml. prinzip. Erlasse Bd. 4 S. 37.

Die Jagdkartengebühr beträgt nunmehr 15 Mark, die Duplikatsgebühr 50 Pfennig; beide Gebühren fließen in die Staatskasse;

rev. Gebührenges. Art. 172 Ziff. 5, Art. 181, 190,
vgl. jedoch auch Bl. f. a. Pr. Bd. 32 S. 382, dann oben Bd. I S. 113.

In Bezug auf die — nunmehr den k. Rentämtern obliegende — Erhebung der Jagdkartengebühren und die Formularverrechnung vgl.:

MB. v. 21. Sept. 1879 §§ 1—4, GVBl. S. 1203.

In Bezug auf Gebührenfreiheit der Verhandlungen über Ausstellung von Jagdkarten s. oben Bd. I S. 101.

Die pfälzischen Jagdwaffenscheine gelten auch im diesrheinischen Bayern; vgl.:

Ges. v. 8. Nov. 1875 Art. 26 Abs. 2, GVBl. S. 655;
Pollwein a. a. O. S. 52 Anm. 2.

5. Der Jagdschutz, zu dessen Förderung im Benehmen mit den Sicherheitsorganen angrenzender Staaten zum Theil besondere Staatsverträge bestehen

vgl. übrigens Bd. I S. 131,

liegt dem k. Forstpersonale, der Gendarmerie, der gemeindlichen Polizeimannschaft und dem etwa Seitens der Jagdberechtigten besonders aufgestellten Jagdschutzpersonale ob.

Jagdges. Art. 23 Abs. 1 Ziff. 4 (Fassung von 1879),
Vollz.Instr. § 12 lit. A Ziff. 9,
ME. v. 22. April 1858, Weber V. 35,
Gend.V. v. 24. Juli 1868 § 63 Ziff. 3, § 67 Ziff. 9, RBl. S. 1385,
Forst-Organ.V. v. 19. Febr. 1885 § 39, GVBl. S. 29,
OLGE. IV. 519, Bl. f. RA. Erg.Bd. 7 S. 241.

Sowohl die von den Jagdberechtigten für die Jagdausübung aufgestellten gelernten Jäger, welche der Distriktspolizeibehörde angezeigt und von ihr anerkannt sein müssen

Jagdges. Art. 10 Abs. 2, vgl. VGHE. XI. 201,

als auch die von den Jagdberechtigten bestellten Jagdschutzbediensteten werden von der Distriktspolizeibehörde verpflichtet.

Vollz.Instr. §§ 8 und 12 A Ziff. 5, 9, B Ziff. 8, 11,
ME. v. 30. Jan. 1868, FMBl. S. 25, Weber VII. 188,
Bl. f. a. Pr. Bd. 15 S. 173, 203, Bd. 17 S. 46.

Widersetzlichkeit gegen das Jagdschutzpersonal fällt unter

Str.GB. § 117, vgl. auch §§ 240, 359, dann Jagdges. Art. 23 Ziff. 4 (Fassung des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. Art. 11 Ziff. 4).

Das zu den Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft gehörige Jagdschutzpersonal ist berechtigt, Beschlagnahmen und Durchsuchungen wegen Jagdfrevels nach Maßgabe der §§ 98 ff., 105 ff. der Strafprozeßordnung vorzunehmen; vgl.:

§ 1 der V. v. 31. August 1879, die Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft betr., GVBl. S. 1057,
dann MB. v. 13. Dez. 1859, 29. Febr. 1860, 19. Okt. 1863, Weber V. 169.

6. Ueber den Ersatz des Wildschadens vgl.:
Ges. v. 15. Juni 1850, GBl. S. 185,
Gemeindeordn. Art. 59,
Gerichtsverf.Ges. v. 27. Jan. 1877 § 23,
VGHE. IX. 319, XIV. 372,
Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 97, 272,
Pollwein a. a. O. S. 167 ff.

7. Ueber Schädigung der Jagd durch die Manöver vgl.:
Bl. f. a. Pr. Bd. 43 S. 49, 65.

§ 133. Jagd-Uebertretungen und -Vergehen.

1. Bei Ausübung der Jagd sind die allgemeinen feld-, forst-, jagd- und sicherheitspolizeilichen Vorschriften einzuhalten.
Jagdges. Art. 13,
Vollz.Instr. § 11.

Die bezüglichen feldpolizeilichen Vorschriften sind nunmehr insbesondere in
Str.GB. § 368 Ziff. 9,
PStr.GB. Art. 112 mit 115, dann 121 und den auf Grund des letzteren erlassenen besonderen örtlichen Feldpolizeiordnungen, vgl.
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 239 ff.,
§ 8 der V. v. 5. Okt. 1863, RBl. S. 1657,
Stengl. Ztschr. Bd. 14 S. 75,
S. o. E. f. Str. Bd. 8 S. 623,
OLGE. II. 302, IV. 147, 329, VIII. 302,
Reger VIII. 402, 403,
die einschlägigen forstpolizeilichen Bestimmungen in dem
Forstges. v. 28. März 1852/17. Juni 1896, GVBl. 1896 S. 326 (vgl. insbesondere Art. 45, 77 Abs. 2),
enthalten.

Bezüglich der Anberaumung des Termines für Beginn der Hasen- und Hühnerjagd s.:
ME. v. 22. Juli 1886.

Die bei der Jagdausübung zu beachtenden jagdpolizeilichen Bestimmungen sind in der durch
Jagdges. Art. 23 Ziff. 5 (Fassung des Art. 11 Ziff. 5 des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn.) und
PStr.GB. Art. 125 Abs. 1
vorbehaltenen, bereits erwähnten
V. v. 5. Okt. 1863, RBl. S. 1657, die Ausübung und Behandlung der Jagden betr., vgl.

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 12 S. 254,
Stengl. Ztschr. Bd. 2 S. 303, Bd. 4 S. 292, Bd. 18 S. 275,
S. o. E. f. Str. Bd. 3 S. 208, Bd. 9 S. 219, 222,
OLGE. I. 228, II. 97, 178, III. 584,
Reger III. 304, X. 461

niedergelegt; vgl. ferner in Bezug auf Vogeljagd unten S. 282 Ziff. 4.

Ueber die Anwendung der §§ 5 und 18 der Jagdausübungs-Verordnung vom 5. Oktober 1863 (schädlicher Wildstand) s.:

ME. v. 24. Sept. 1864, Weber VI. 375,
Bl. f. a. Pr. Bd. 44 S. 49;

über § 11 der genannten Verordnung (Verlängerung der Verkaufszeit):

ME. v. 1. Juli 1880, MABl. S. 275.

Die Abhaltung von Treibjagden, deren Begriff festgestellt ist in

OLGE. V. 182,
vgl. Reger IX. 463, XV. 82, auch 215,

an Sonn- und Feiertagen ist durch

V. v. 21. Mai 1897 § 3, vgl. MB. v. gleichen Tage, GVBl. S. 197, 201,

untersagt.

Ueber die Befugniß zum Tödten der aufsichtslos in Jagdrevieren herumstreifenden Hunde s.:

cit. V. v. 5. Okt. 1863 § 17,
Reger X. 285, XIV. 180,
OLGE. II. 498, V. 72, VI. 3, VIII. 33,
Bl. f. RA. Bd. 40 S. 373.

Zum Schutze der Wildparke in Bezug auf Abschluß der Parkzaunthore können polizeiliche Anordnungen auf Grund des

Str.GB. § 366 Ziff. 10,
PStr.GB. Art. 2 Ziff. 6

erlassen werden;

ME. v. 12. Mai 1864, Weber VI. 296.

2. Weitere Jagdübertretungen statuirt Art. 23 des Jagdgesetzes in der Fassung des an Stelle des Art. 14 des Str.Einf.Ges. vom 26. Dezember 1871 getretenen

Art. 11 Abs. 1 Ziff. 1 mit 4 und 6 des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879.

Hienach ist Derjenige strafbar, welcher von der ihm zustehenden Befugniß zur Jagdausübung Gebrauch macht, ohne eine giltige Jagdkarte zu besitzen und bei sich zu führen, oder welcher seine Jagdkarte einem Anderen zum Gebrauche überläßt oder polizeilichen Organen die Vorzeigung oder Abgabe verweigert

Jagdgeſ. Art. 23 Abſ. 1 Ziff. 1 mit 4, vgl. auch Abſ. 2,
ME. v. 22. April 1858, Weber V. 35,

dann Derjenige, welcher in einem fremden Jagdbezirke mit Genehmigung des Jagdberechtigten, jedoch ohne deſſen Begleitung und ohne Legitimation durch ſchriftlichen Erlaubnißſchein desſelben jagt.

Jagdgeſ. a. a. O. Abſ. 1 Ziff. 6; vgl. Art. 10 Abſ. 3.

Strafrichterliche Entſcheidungen zu Art. 23 Abſ. 1 Ziff. 1 mit 4 und 6 enthalten:

S. o. E. f. Str. Bd. 1 S. 75, Bd. 8 S. 212, Bd. 9 S. 76, 219,
OLGE. IV. 435, 519, V. 245, VI. 97, 196,
O. E. im MABl. 1879 S. 147,
Reger XIII. 406.

3. Die Führung verbotener Waffen bei Ausübung des Jagdrechts

PStr.GB. Art. 125 Abſ. 2

fällt unter

Str.GB. § 367 Ziff. 9,
PStr.GB. Art. 2 Ziff. 10,
V. v. 19. Nov. 1887, GVBl. S. 655;
vgl. auch Jagdausübungs-V. v. 5. Okt. 1863 § 14 Abſ. 2, dann oben S. 85.

Ueber verbotwidriges bezw. unvorſichtiges Schießen vgl.:

Str.GB. § 367 Ziff. 8 und § 368 Ziff. 7,
VV. zum Jagdgeſ. v. 3. Febr. 1857 § 2 lit. c,
Reger XI. 214;

dann über bedrohliches Gebahren mit Schießgewehren (Jagdflinten):

Reger XII. 317;

über Vorſichtsmaßregeln bei Führung der Waffen:

Jagdausübungs-V. v. 5. Okt. 1863 § 16.

4. Das unbefugte Ausnehmen von Eiern oder Jungen jagdbaren Federwildes oder von Singvögeln wird nach

Str.GB. § 368 Ziff. 11, bezw.
§§ 1 und 6, vgl. 7, des Reichsgeſ. v. 22. März 1888, den Schutz von Vögeln betr., RGBl. S. 111,

beahndet. Letzterwähntes Reichsgeſetz

vgl. Heinz, Erläuter. dazu, Nördlingen 1888

enthält ferner in §§ 2, 4 Verbote beſtimmter Fangarten und Fangzeiten, in § 3 Beſtimmungen über die allgemeine Schonzeit (vom 1. März bis 15. September), in § 5 Abſ. 2 ff. und § 8 die Bezeichnung von Ausnahmefällen, bezw. der Vogelarten, auf welche das Geſetz keine Anwendung findet; dasſelbe hält jedoch in § 5 Abſ. 1 landesgeſetzliche Beſtimmungen über Erlegung ſchädlicher Vögel durch Jagd- und Fiſchereiberechtigte, in

§ 8 lit. b solche über jagdbare Vögel, in § 9 weitergehende landesrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Vögel aufrecht. Letztere sind nunmehr auf Grund des

PStr.GB. Art. 125 Abs. 4

enthalten in der

V. v. 15. Nov. 1889, GVBl. S. 573,

welche ihrerseits in § 4 Abs. 3 die jagdpolizeilichen Bestimmungen über Federwild, insbesondere die

§§ 2 mit 4, 6, 9 und 10 der cit. Jagdausübungs-V. v. 5. Okt. 1863

fortbestehen läßt. Den Schutz der Wachteln insbesondere bezielt die

V. v. 19. März 1896, GVBl. S. 188;

den der Lerchen und Drosseln die

ME. v. 15. Jan. 1892.

Vgl. ferner:

ME. v. 29. Jan. 1880, MABl. S. 89,
ME. v. 6. Dez. 1889 und 11. Nov. 1890,
OLGE. I. 171, II. 546, III. 584,
O. E. im MABl. 1880 S. 396, 1884 S. 16,
Reger VI. 460.

Auf Grund des

PStr.GB. Art. 125 Abs. 4

können auch Verordnungen und oberpolizeiliche Vorschriften über unbefugtes Einsammeln und Verkaufen von Ameiseneiern erlassen werden.

5. Wild, welches mit Uebertretung der Vorschriften über Hege und Hegezeit

cit. V. v. 5. Okt. 1863 §§ 2 ff.,
vgl. die unter Ziff. 4 cit. V. v. 19. März 1896

erlegt oder während der Hegezeit nach Abfluß von 14 Tagen seit Eintritt derselben ohne distriktspolizeiliche Terminsverlängerung zum Verkaufe gebracht wird, unterliegt der Einziehung.

PStr.GB. Art. 18, 125 Abs. 3,
Jagdausübungs-V. v. 5. Okt. 1863 § 11; vgl.
ME. v. 1. Juli 1880, MABl. S. 275,
Bl. f. a. Pr. Bd. 44 S. 284,
Stengl. Ztschr. Bd. 7 S. 407, Bd. 18 Beibl. S. 74,
S. o. E. f. Str. Bd. 9 S. 219,
OLGE. II. 178, 372, VIII. 58,
Reger III. 304.

Ortspolizeiliche Vorschriften über Marktverkehr mit Wildpret können auf Grund der

Gewerbeordn. §§ 69 und 149 Ziff. 6
— s. auch PStr.GB. Art. 146 Abs. 1, 3 und cit. V. v. 5. Okt. 1863 § 20 —
erlassen werden; über den Verkauf selbstgewonnener Erzeugnisse der Jagd im Umherziehen u. s. w. vgl.:
Gewerbeordn. § 42b Abs. 3, § 59 Ziff. 1, §§ 59a und 60b.

6. Eine die Bestimmungen über unberechtigte Jagdausübung (unten Ziff. 7) ergänzende Strafandrohung enthält
Str.GB. § 368 Ziff. 10
gegen Denjenigen, welcher ohne Genehmigung des Jagdberechtigten oder ohne sonstige Befugniß auf fremdem Jagdgebiete außerhalb des öffentlichen, zum allgemeinen Gebrauche bestimmten Weges zwar nicht jagend, aber zur Jagd ausgerüstet, betroffen wird; vgl.:
Stengl. Ztschr. Bd. 11 S. 205, Bd. 13 S. 44,
Reger IV. 344, VI. 81, VII. 67, VIII. 403, XII. 58 (Wasserläufe), XIV. 66, 190, Erg.Bd. I. 168,
OLGE. III. 68, 609, V. 408, VII. 290 und 423.

7. Die unberechtigte Jagdausübung ist durch
Str.GB. § 292, vgl.
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 52 ff.,
Reger I. 299, VI. 459, VIII. 403, 404, IX. 317, X. 283, XIII. 61, XV. 215,
OLGE. III. 111, 463, V. 135, 343, 349
mit Strafe bedroht, welche sich erhöht, wenn dem Wilde mit Schlingen, Netzen, Fallen und ähnlichen Vorrichtungen nachgestellt oder das Vergehen des unberechtigten Jagens während der Hegezeit (s. oben Ziff. 5), in Wäldern, zur Nachtzeit oder gemeinschaftlich von Mehreren begangen
Str.GB. § 293,
Reger I. 300, IV. 184, V. 444, VII. 261, VIII. 79, IX. 76, X. 284, XIV. 398,
OLGE. V. 349
oder gewerbsmäßig betrieben wird.
Str.GB. § 294,
Reger I. 84, 408, II. 170, 316, III. 49, 400, VII. 445, XIV. 56.

Neben der Bestrafung ist die Einziehung des Gewehrs, der Jagdgeräthe, Hunde u. s. w., welche bei dem Jagen benützt wurden, ohne Unterschied, wem sie gehören, vorgeschrieben.
Str.GB. § 295; vgl.:
Samml. der Entsch. d. RG. f. Str. Bd. 1 S. 28,
Reger I. 301, III. 305, IV. 185, V. 71, VI. 284, VII. 68, VIII. 81, 262, IX. 319, X. 71, 443, XI. 411, XVI. 63.

Präjudizien über die Anwendung der §§ 292 mit 295, über das Verhältniß derselben zu den landesgesetzlichen Vorschriften über Jagdpolizei (Ziff. 1, 2, 5, oben S. 280 ff.) u. s. w. siehe in:

Stengl. Ztschr. Bd. 11 S. 53, 102, 103, 138, 206, 300, 306, Beibl. S. 87, Bd. 12 S. 60, 124, 125, 204, 205, 242, 298, 330, Bd. 13 S. 29, 138 ff., Bd. 14 S. 70, 198, Bd. 15 S. 151 ff., Bd. 16 S. 26 ff., 365 ff., Bd. 17 S. 130, 348 ff., Bd. 18 S. 157, 273 ff.;
S. o. E. f. Str. Bd. 1 S. 75 ff., Bd. 3 S. 207, Bd. 8 S. 391, Bd. 9 S. 76, 219, 471;
FMBl. 1878 S. 79;
OLGE. I. 17, 288, III. 463, IV. 440, V. 135, VI. 97, 196, VIII. 84, 282;
Reger III. 48, 181, 401, 404, 432, IV. 72, 186, V. 70, 292, 358, VI. 81, 279, 452, 458, VII. 262, VIII. 78, IX. 76, 317, 462, 474, XI. 410, 411, XII. 187, XIII. 406, 408, XV. 214, Erg.Bd. I. 135, 137.

8. Bezüglich der Fischerei und Krebszucht sowie wegen der Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen über Fisch- und Krebsfang wird auf die Darstellung in Bd. III § 145 lit. e verwiesen.

Siebentes Kapitel.*)

Lebensmittelpolizei.

§ 134. Allgemeine Grundsätze.

1. Es ist im Allgemeinen Aufgabe der Lebensmittelpolizei, dafür zu sorgen, daß die unentbehrlichen Lebensmittel in der durch die örtlichen Verhältnisse erforderten Menge und der den sanitätspolizeilichen Anforderungen entsprechenden Beschaffenheit, dann zu Preisen, welche auch für die minder bemittelten Volksklassen erschwinglich sind, vorhanden seien. In diesem ausgedehnten Umfange liegt jedoch die unmittelbare Lösung der genannten Aufgabe den Polizeibehörden nur ausnahmsweise ob; nur bei besonderen, durch Kriegsereignisse, Brand- und sonstige Elementarschäden u. dgl. herbeigeführten Nothständen (vgl. unten § 173) wird auch nach den heutigen Verkehrsverhältnissen noch der Fall eintreten können, daß die Polizeibehörden unmittelbar für Herbeischaffung von Lebensmitteln Sorge zu tragen und über die vorhandenen Lebensmittel nöthigenfalls Verfügung zu treffen haben; vgl.:

Seydel, bayer. Staatsrecht Bd. 2 S. 363 (I. Aufl. Bd. 3 S. 643).

Unter gewöhnlichen Verhältnissen ist durch die Ausdehnung und

*) In vierter Auflage bearbeitet von Bezirksamtmann Hermann Reuß.

Erleichterung der Verkehrsmittel und durch die Freigebung des Handels mit Lebensmitteln

PStr.GB. Art. 154 Abs. 2,
Gewerbeordn. § 59 Ziff. 1, 2, vgl. § 42b Abs. 3, §§ 59a, 60b, 66,
RKB. v. 27. Nov. 1896 Ziff. II A 2, RGBl. S. 745,
O. E. im MABl. 1885 S. 10, s. auch:
Patentges. v. 7. April 1891 Art. I § 1 Abs. 2 Ziff. 2, RGBl. S. 79

sowohl die Nothwendigkeit als auch die Zulässigkeit einer direkten polizeilichen Einmischung in die Beifuhr der Lebensmittel hinweggefallen.

Auch die polizeiliche Zuständigkeit, die Preise der Lebensmittel zu reguliren, ist der Preisbestimmung durch die freie Konkurrenz des Angebots und der Nachfrage gewichen; polizeiliche Taxen für Lebensmittel sind nicht mehr zulässig.

PStr.GB. Art. 142 Abs. 2,
Gewerbeordn. § 72.

Um indessen zu verhüten, daß durch plötzliche Aenderungen in dem Betriebe der Lebensmittelgewerbe oder in den von letzteren selbständig festgesetzten Preisen Mißstände und Unordnungen hervorgerufen werden, sowie um der die Beschaffung der Vorräthe an Lebensmitteln und deren Preise regulirenden freien Konkurrenz den hiezu erforderlichen Zeitraum zu gewähren, sind von dem Polizeistrafgesetzbuche und der Gewerbeordnung noch vereinzelte polizeiliche Maßregeln in Bezug auf die Einstellung jener Gewerbe, dann auf die Anzeige und die Einhaltung der angezeigten Preisansätze zugelassen. Daß insbesondere auch die einschlägigen Bestimmungen des Polizeistrafgesetzbuches fortwährende Geltung haben, ist (namentlich im Hinblick auf § 144 der Gewerbeordn.) durch eine Reihe oberstrichterlicher Erkenntnisse außer Zweifel gestellt; vgl.:

Stengl. Ztschr. Bd. 13 Beibl. S. 51, Bd. 14 S. 232, Bd. 15 Beibl. S. 20,
S. o. E. f. Str. Bd. 3 S. 376, Bd. 4 S. 615, Bd. 6 S. 454, Bd. 8 S. 326,
MABl. 1873 S. 548, 1875 S. 393, 1879 S. 289,
ME. v. 2. Dez. 1873, MABl. S. 599,
ME. v. 9. Juli 1879, MABl. S. 287,
Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 260, Bd. 28 S. 401, Bd. 29 S. 367,
Reger II. 132, VI. 182, VII. 191, X. 8, 391, XIII. 30, XIV. 107, 346, XV. 140,
Landmann-Rohmer, Kommentar zur Gewerbeordnung S. 616,
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 252 (Vorbemerkung);
and. Mein.: Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 399, 419 Anm. 169 (I. Aufl. Bd. 5 S. 663, 697), dann Reger VIII. 14, XIII. 27 ff. und Gewerbeordn. II. Aufl. S. 150.

Hienach sind folgende Anordnungen fortdauernd giltig:

a) Bäcker, Brod- und Mehlhändler, schankberechtigte Brauer und Bierwirthe, Metzger und andere zum Feilbieten von Fleisch berechtigte Personen dürfen, solange ihre Vorräthe reichen, einem Käufer die Abgabe ihrer Verkaufsgegenstände gegen Zahlung ohne genügenden Entschuldigungsgrund nicht verweigern

PStr.GB. Art. 144 Abs. 1,
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 263,
Stengl. Ztschr. Bd. 17 Beibl. S. 40,
S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 589,
OLGE. VII. 501;

ferner haben Bäcker, Metzger, Müller und Bierwirthe eine beabsichtigte Gewerbseinstellung wenigstens 14 Tage vorher der Ortspolizeibehörde anzuzeigen;

PStr.GB. Art. 144 Abs. 2,
Bl. f. a. Pr. Bd. 24 S. 224.

b) Bäcker und Verkäufer von Backwaaren können durch die Ortspolizeibehörde angehalten werden, Preise und Gewicht ihrer Backwaaren für gewisse, polizeilich festgesetzte Zeiträume am Verkaufslokale sichtbar anzuschlagen

Gewerbeordn. § 73 mit Ausführungsbestimmung in der
VB. v. 29. März 1892 § 33 (GVBl. S. 61, Weber XXI. 178) und Strafbestimmung in
PStr.GB. Art. 143 Ziff. 1, vgl. auch Str.GB. § 369 Ziff. 2,
Reger XIV. 347, XV. 138, 140, 271, XVI. 137,

welchen Falles zugleich die Aufstellung einer Waage mit den erforderlichen geaichten Gewichten behufs der Gestattung des Nachwiegens der verkauften Backwaaren angeordnet werden kann.

Gewerbeordn. § 74,
Str.GB. § 369 Ziff. 2,
Reger XIII. 130,
Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 268, Bd. 30 S. 68.

Auch die Gastwirthe können durch die Ortspolizeibehörde zur Vorlage und zum Anschlagen eines Preisverzeichnisses angehalten werden.

Gewerbeordn. § 75 und VB. a. a. O., vgl.
PStr.GB. Art. 21,
Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 263, Bd. 40 S. 250.

Weiter können Mehlhändler, Brauer, Bierwirthe, Metzger und Fleischverkäufer durch ortspolizeiliche Vorschrift zum Anschlagen der Preise ihrer Verkaufsgegenstände verpflichtet werden.

PStr.GB. Art. 143 Ziff. 1,
S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 454,

Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 262, 410, Bd. 29 S. 367, Bd. 30 S. 65,
OLGE. IV. 58.

c) Bäcker, Brod- und Mehlhändler, schankberechtigte Brauer und Bierwirthe, Metzger und Fleischhändler sind verpflichtet, die von ihnen angezeigten Preise einzuhalten; vgl.:

Gewerbeordn. § 148 Ziff. 8,

woselbst unter den „genehmigten" Taxen auch die der Polizeibehörde mittels des zur Stempelung übergebenen Anschlages oder Verzeichnisses angezeigten Preise der Bäcker, Brodwaarenhändler und Gastwirthe zu verstehen sind, während bezüglich der übrigen obengenannten Gewerbetreibenden noch

PStr.GB. Art. 143 Ziff. 2

gilt; vgl.:

S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 454,
Reger XIV. 128, XVI. 137, Erg.Bd. I. 23,
MABl. 1879 S. 289.

Sämmtliche vorbezeichnete Gewerbetreibende dürfen gegen ortspolizeiliche Vorschrift eine Erhöhung ihrer Preise nicht eintreten lassen, soferne sie nicht wenigstens 3 Tage vorher Anzeige hievon der Ortspolizeibehörde erstattet oder deren Bewilligung zu früherer Preisänderung, d. h. Preiserhöhung, erlangt haben.

PStr.GB. Art. 143 Ziff. 2; vgl.:
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 354, Bd. 27 S. 409,
S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 454.

Eine Ermäßigung der festgestellten Preise und Taxen ist den Gewerbetreibenden in allen Fällen vorbehalten.

Gewerbeordn. § 79,
Reger XIV. 128, XV. 138, 271.

2. Unverändert ist die schon oben in § 106 (S. 108 ff.) näher erörterte Aufgabe der Lebensmittelpolizei geblieben, die Beschaffenheit der feilgehaltenen Lebensmittel vom sanitätspolizeilichen Standpunkte aus zu kontroliren und gegen das Feilhalten oder Verkaufen nachgemachter, verfälschter oder verdorbener Eßwaaren und Getränke nach Maßgabe des

Str.GB. § 367 Abs. 1 Ziff. 7, des
Reichsges. v. 14. Mai 1879, RGBl. S. 145, mit Nov. v. 29. Juni 1887, RGBl. S. 276, über den Verkehr mit Nahrungsmitteln

und der auf Grund desselben ergangenen kaiserlichen Verordnungen, sowie gegen Uebertretung des

Reichsges. v. 25. Juni 1887, RGBl. S. 273, mit Nov. v. 22. März 1888, RGBl. S. 114, den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen betr., ferner des

Reichsges. v. 5. Juli 1887, die Verwendung gesundheitsschädlicher Farben bei Herstellung von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen betr., RGBl. S. 277, vgl.
O. E. im MABl. 1893 S. 33, 281,

endlich gegen Uebertretung der außerdem auf Grund des
PStr.GB. Art. 75 Abs. 1, 2,
vgl. Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 209,
O. E. im MABl. 1892 S. 5, 1893 S. 351,

zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit in Bezug auf das Ausmessen oder Auswägen verkäuflicher Nahrungsmittel, Eßwaaren und Getränke ergangenen ober- oder ortspolizeilichen Vorschriften, dann der Anordnungen über Reinlichkeit in Mühlen, Schlachthäusern, Fleischbänken und auf Märkten, einzuschreiten, insbesondere die verfälschten, verdorbenen oder sonst schädlichen Lebensmittel im Hinblick auf
§ 15 des Nahrungsmittelges. v. 14. Mai 1879,
PStr.GB. Art. 17, 18, 20 Abs. 1, 2, Art. 75 Abs. 3

mit vorläufigem Beschlage zu belegen; vgl. auch:
PStr.GB. Art. 77,
O. E. im MABl. 1877 S. 110, 1881 S. 53,
Rechtsspr. d. RG. Bd. 2 S. 506, 633,
Reger XV. 342, 343.

In Bezug auf die Verfertigung u. s. w. von Koch-, Eß- und Trinkgeschirren, deren Gebrauch die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist, vgl.:
oben § 106 Ziff. 3 S. 112 f.,
Reger XIV. 87 und ME. v. 14. Dez. 1894 (bleihaltige Löffel).

Ueber Beschau des Schlachtviehes und sonstiger verkäuflicher Lebensmittel können ober- und ortspolizeiliche Vorschriften nach
PStr.GB. Art. 74 Ziff. 1, 2

getroffen werden.

Ueber das gegenseitige Verhältniß und die Tragweite dieser reichs- und landesgesetzlichen Vorschriften vgl. oben § 106 S. 108 ff.

Anordnungen über den Schrannen- und Marktverkehr, auch solche über das Hausiren mit Lebensmitteln, können innerhalb der durch die
Gewerbeordn. § 59 Abs. 1 Ziff. 1, §§ 64 ff.

gezogenen Grenzen durch ortspolizeiliche Marktordnungen
Gewerbeordn. §§ 69 und 149 Ziff. 6, vgl.
VB. v. 29. März 1892 § 32, GVBl. S. 61,
PStr.GB. Art. 146 Abs. 1, 3,
Stengl. Ztschr. Bd. 2 S. 348,
S. o. E. f. Str. Bd. 9 S. 111,
O. E. im MABl. 1888 S. 415,

OLGE. V. 406, VII. 265,
Bl. f. a. Pr. Bd. 25 S. 402, Bd. 26 S. 74, 366, Bd. 28 S. 401

getroffen werden; vgl. überhaupt § 152 Ziff. 2 dieses Werkes.

3. In das Gebiet der Lebensmittelpolizei gehört ferner die Aufsicht auf Maaß und Gewicht der Gewerbetreibenden (vgl. unten § 154), insbesondere die Handhabung der Bestimmungen in

Str.GB. § 369 Ziff. 2, vgl.
Riedel-Proebst, Polizeistrafgesetzbuch V. Aufl. S. 313 ff.,
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 131 ff.

wider den Besitz von Maaßen, Gewichten oder Waagen, welche mit dem gesetzlichen Aichungsstempel nicht versehen oder unrichtig sind, sowie des

Reichsges. v. 20. Juli 1881, Bezeichnung des Rauminhaltes der Schankgefäße betr., RGBl. S. 249, vgl.
Reger III. 446, IV. 482, VI. 127, 145, 485, VII. 484, VIII. 153, IX. 161, XII. 346, XIV. 405, XV. 108 (Stammgläser);

dann über die Verletzung sonstiger Vorschriften bezüglich der Maaß- und Gewichtspolizei, ferner der Strafbestimmungen des

PStr.GB. Art. 142 Abs. 3 mit Art. 147 Abs. 2, vgl.
Reger XIV. 347,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 11 S. 114,
O. E. im MABl. 1885 S. 68,
OLGE. III. 321, VI. 475

über das nicht in betrügerischer Absicht

Str.GB. § 263,

sondern aus Versehen stattfindende Feilbieten mindergewichtiger Brodwaaren oder sonstiger Lebensmittel, sowie der gemäß

PStr.GB. Art. 145 Ziff. 1

über Bezeichnung bestimmter Brodwaaren mit aufgedrückten Zeichen und das Ausbacken bestimmter Brodwaaren nach herkömmlichen oder polizeilich festgestellten Gewichtsgrößen

S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 614,
Stengl. Ztschr. Bd. 14 S. 232,
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 381,
Reger XIII. 30, XIV. 346, XV. 140;

ferner der gemäß

PStr.GB. Art. 145 Ziff. 2

über Güte und Gewicht der Zuwagen, endlich der weiter nach

Gewerbeordn. §§ 73, 74 (s. oben S. 287 Ziff. 1 lit. b)

zulässigen ortspolizeilichen Anordnungen.

In den durch Str.GB. § 369 Ziff. 2 und PStr.GB. Art. 142 Abs. 3 getroffenen Fällen ist gleichfalls polizeiliche Beschlagnahme zulässig.

4. Die Lebensmittelpolizei ist zunächst von den Ortspolizeibehörden zu handhaben

Gemeindeordn. Art. 92, 138,

welche zu diesem Behufe häufige und unvermuthete Visitationen vorzunehmen und bei Wahrnehmung von Uebertretungen die geeignete Einschreitung zu veranlassen haben. Die Distriktspolizeibehörden haben die Thätigkeit der Ortspolizeibehörden gegebenen Falls durch Nachvisitationen zu kontroliren; vgl.:

Döll. Bd. 29 S. 394 ff.,
V. v. 24. Sept. 1808 §§ 75—79, Instr. für die Polizeidirektionen betr., RBl. S. 2524,
ME. v. 2. Dez. 1873, MABl. S. 599,
ME. v. 29. Nov. 1876, MABl. S. 517,
ME. v. 17. Juni 1877, MABl. S. 233,
ME. v. 9. Juli 1879, MABl. S. 287,
ME. v. 19. Okt. 1887, 1. April 1891, 10. Mai 1892 u. s. w.

Hiebei sind jetzt insbesondere die Vorschriften in §§ 2—4, 15 ff. des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 zu beachten; vgl.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 36 S. 53, dann
oben § 106 Ziff. 4 S. 108 ff.

In Bezug auf Veröffentlichung der Visitationsergebnisse und der erfolgten Strafeinschreitungen vgl. auch:

§ 16 des cit. Reichsges. v. 14. Mai 1879 (oben S. 115 lit. d),
ME. v. 17. Jan. 1852, Döll. Bd. 29 S. 397.

In Bezug auf Lebensmittelpolizei bei Eisenbahnbauten vgl.:
oberpol. Vorschr. v. 7. April 1897 § 8, GVBl. S. 63.

5. Die in

§ 7 Ziff. 4 der Gewerbeordn.

enthaltenen Bestimmungen über Beseitigung des Mahl-, Brau-, Brod-, Fleisch-Zwanges u. s. w. boten für Bayern nichts Neues; vgl.:

Döll. Bd. 14 S. 1152 ff.

Bezüglich der Verhältnisse der Brauer und Wirthe unter sich und zum Publikum s. unten § 135 Ziff. 5 lit. a S. 301.

6. Die örtlichen Aufschläge der Gemeinden sollen thunlichst nur die Verzehrung innerhalb des Gemeindebezirks, nicht die Produktion und den Handel treffen und dürfen nicht die festgesetzten Maximalbeträge überschreiten. Bei Ausfuhr aufschlagspflichtiger Produkte tritt in der Regel Rückvergütung des Aufschlags ein; vgl.:

Gemeindeordn. Art. 40, 41 (unten § 178 Ziff. 3),
Kahr, Kommentar zur rechtsrhein. Gemeindeordn. Bd. 1 S. 407, 450.

§ 135. Einzelne Arten von Lebensmitteln.

Die bezüglich der einzelnen Gattungen von Lebensmitteln bestehenden Vorschriften, welche ohnehin des Zusammenhanges wegen zum Theil auch an anderen Orten (insbesondere in den Abschnitten über Landwirthschaft, Gewerbe u. s. w.) besprochen werden müssen, sollen hier nur in Kürze und unter Bezugnahme auf die allgemeinen medizinalpolizeilichen (s. oben § 106 S. 108 ff.) und gewerbspolizeilichen (s. oben § 134 S. 287 ff.) Grundsätze erwähnt werden, wobei bezüglich der technischen Beurtheilung einzelner Lebensmittel auf die

„Materialien zur technischen Begründung des Nahrungsmittelgesetzes" (Drucksachen des Reichstags, 4. Legislaturperiode, 2. Session, 1879 Nr. 7 S. 29 ff.), vgl. die oben S. 97 aufgeführten Werke von Kuby I. 839, Martin I. 748,

JME. v. 16. August 1883 und

Reger IV. 248

verwiesen wird.

1. Getreide, Brod, Mehl und Hülsenfrüchte; vgl.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 265 und oben S. 285 ff. § 134 Ziff. 1, 2 und 3.

Ueber Getreidemagazinirung s. unten § 173 Ziff. 2; über Verfälscht- und Verdorbensein von Getreide und Hülsenfrüchten, Mehl und Brod:

Reger I. 202, 434, VIII. 431, X. 480;

über Brodbeschau:

Reger VI. 182;

über Preisverzeichnisse, Preisänderungen und Gewichtsbestimmung:

Reger II. 132, VI. 182, VII. 191, X. 8, 391, XIII. 27 ff., 130, XIV. 345 ff., XV. 238 ff., 271, XVI. 137.

Spezielle Vorschriften für die hier einschlägigen Gewerbe sind enthalten:

a) für die Bäcker in

PStr.GB. Art. 142 Abs. 3, Art. 143, 144, 145 Ziff. 1, vgl. Art. 147, Gewerbeordn. §§ 73, 74, 148 Ziff. 8;

b) für Brodhändler in

PStr.GB. Art. 142 Abs. 3, Art. 143, 144 Abs. 1, Gewerbeordn. §§ 73, 74, 148 Ziff. 8;

c) für Mehlhändler, wozu auch die Müller, wenn sie Mehlhandel treiben, zu rechnen sind, in

PStr.GB. Art. 143, 144 Abs. 1;

d) für die Müller in

PStr.GB. Art. 75 Abs. 2, Art. 144 Abs. 2.

2. Fleisch; vgl.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 264.

Spezielle gesetzliche Vorschriften finden sich für Metzger in

PStr.GB. Art. 75 Abs. 2, Art. 142, 143, 144, 145 Ziff. 2, vgl. Art. 147,
Str.GB. § 367 Ziff. 7,
Gewerbeordn. § 23 Abs. 2

und für Fleischhändler in

PStr.GB. Art. 75 Abs. 2, Art. 143, 144 Abs. 1, Art. 145 Ziff. 2, vgl. Art. 147,
Str.GB. § 367 Ziff. 7.

Darin, daß Private, welche für den Hausbedarf schlachten, nach Deckung des eigenen Bedarfs einen Theil des Fleisches verkaufen, wurde schon nach

ME. v. 2. Juni 1821, Döll. Bd. 14 S. 1095,
ME. v. 20. Nov. 1843, Döll. Bd. 27 S. 510,

eine gewerbsmäßige Ausübung der Metzgerei oder des Fleischhandels nicht erkannt; vgl. auch:

O. E. in Stengl. Ztschr. Bd. 10 S. 196.

Auch bei Wirthen kann das Schlachten für den Wirthschaftsbedarf und der pfundweise Verkauf des hiebei erübrigenden Fleisches nicht als Ausübung des Metzgergewerbes betrachtet, folgeweise ihnen gegenüber eine lediglich auf die Metzger bezügliche Vorschrift der Polizeigesetzgebung (s. oben, jedoch auch S. 294 lit. b) nicht angewandt werden; vgl.:

ME. v. 23. Nov. 1838, 15. Sept. und 28. Okt. 1847, Döll. Bd. 27 S. 509 ff.

Von Vorschriften allgemeiner Art kommen in Betracht:

a) die Vorschriften des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 und des Str.GB. § 367 Ziff. 7 in ihrer Anwendung auf das Fleisch; vgl. insbesondere über das Fleisch von ungeborenen oder frühgeborenen Thieren:

Reger II. 341, IV. 215;

von abgemagerten Thieren:

Reger IV. 105;

von kranken und verendeten Thieren:

Reger III. 85, IX. 363, XIII. 204;

über aufgeblasenes Fleisch:

O. E. im MABl. 1890 S. 462 (OLGE. VI. 244),
Reger VIII. 267, XI. 75;

über Hydatiden:

Reger III. 58;

insbesondere über Finnen:

Reger I. 325, II. 85, VI. 119, IX. 132, X. 324,
ME. v. 20. Juni 1882;

über Leberegeln:

Reger VI. 121;

über Tuberkeln:

Reger III. 211, IV. 460,

insbesondere über Beschau tuberkuloseverdächtiger Rinder und Schweine:

oberpol. Vorschr. v. 25. Juni 1892, GVBl. S. 277;

über Trichinen:

Str.GB. § 367 Ziff. 7, jetzt der Hauptsache nach ersetzt durch
§§ 12—14 des Nahrungsmittelgesetzes v. 14. Mai 1879, vgl.
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 114 ff.,
Reger II. 85, XI. 68,

während auch nach der Auskochung die

§§ 10, 11 des Nahrungsmittelgesetzes

Anwendung finden; vgl. hierüber und über fahrlässige Körperverletzung und Tödtung durch trichinenhaltiges Fleisch:

ME. v. 11. März 1879, MABl. S. 143,
Reger II. 173, 441, III. 90, V. 102, IX. 362, 366,

insbesondere über die Verpflichtung zu mikroskopischer Untersuchung:

Reger II. 439;

über amerikanisches Schweinefleisch s. unten lit. g.

Ueber verfälschte und verdorbene Fleischwaaren s. weiter:

Reger II. 433, III. 86, 211, IV. 214, VII. 307, VIII. 148, IX. 129, XI. 348, XIII. 204, XIV. 81, XV. 339.

b) Die Vorschriften über Anlagen von Schlachtstätten

Gewerbeordn. §§ 16, 23 Abs. 2, § 147 Ziff. 2,
VB. v. 29. März 1892 §§ 2, 6 ff., GVBl. S. 61,
ME. v. 25. August 1873, MABl. S. 495

sind auf alle gewerblichen Anlagen dieser Art, daher auch auf Schlachtstätten der Wirthe zu beziehen; vgl. auch:

Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 331, Bd. 29 S. 126, Bd. 40 S. 65,
Reger II. 5, V. 4, VI. 146, VII. 357, XV. 1;

über Schlachthauszwang insbesondere s.:

Gewerbeordn. § 23 Abs. 2,
PStr.GB. Art. 145 Ziff. 2,
Reger II. 126, X. 381;

über Verbot und Beschränkung des Verkehrs mit rohen Fleischwaaren:

S. v. E. f. Str. Bd. 9 S. 307,
O. E. im MABl. 1886 S. 332,
Reger I. 130, X. 134.

In Bezug auf seuchenpolizeiliche Maßregeln s. oben § 118 S. 172 ff.

c) Die Fleischbankordnungen sind auf Grund der

Art. 75 Abs. 2 und Art. 145 Ziff. 2 des PStr.GB.

von den Ortspolizeibehörden zu erlassen; vgl. hierüber und über die Zulässigkeit des Fleischbankzwanges:

S. o. E. f. Str. Bd. 8 S. 327, Bd. 9 S. 307,
O. E. im MABl. 1878 S. 216,
OLGE. I. 1, V. 154,
Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 126.

Ueber Freibänke vgl.:

V. v. 16. August 1829 Ziff. 11 Abs. 2, RBl. S. 703,
ME. v. 13. Jan. 1840, Döll. Bd. 29 S. 423,
Reger XIV. 344.

d) Zuwiderhandlungen gegen die ober- oder ortspolizeilichen Vorschriften über Beschau des zur menschlichen Nahrung bestimmten Viehes vor und nach der Schlachtung werden nach

PStr.GB. Art. 74 Ziff. 1

bestraft; über die fortdauernde Geltung dieser Vorschriften vgl.:

O. E. im MABl. 1886 S. 332, 1895 S. 296,
OLGE. II. 7, 167, IV. 192, 451;

bezüglich der mit Erscheinungen der Perlsucht behafteten Rinder und Schweine ist ergangen die

oberpol. Vorschr. v. 25. Juni 1892, GVBl. S. 277, Weber XXI. 492;

in Bezug auf Pferdeschlachtungen s.:

ME. v. 16. Febr. 1849, Döll. Bd. 29 S. 429,
ME. v. 31. Okt. 1874, Weber X. 482,
OLGE. VIII. 309;

über Fleischbeschauer kraft öffentlicher Bestellung und kraft freier Gewerbeberechtigung überhaupt:

Reger II. 46, 233, III. 133, V. 172, VII. 7;

über die Beamteneigenschaft der öffentlich bestellten Fleischbeschauer, die Eigenschaft der Fleischbeschauregister als öffentlicher Urkunden u. dgl.:

OLGE. II. 162, 167,
Reger IV. 183, IX. 81, X. 290, 360, XIV. 294;

über eine Anzeigepflicht der Fleischbeschauer:

§ 9 Abs. 3 und § 65 Ziff. 2 des Seuchenges. v. 23. Juni 1880/1. Mai 1894, RGBl. 1894 S. 409;

über die Regelung der Fleischbeschaukosten:

Gemeindeordn. Art. 40 Abs. 1, Art. 159 Abs. 1 Ziff. 6,
VGHE. VIII. 92,
ME. v. 15. Okt. 1890.

e) Zuwiderhandlungen gegen die oberpolizeilichen Vorschriften über den Transport von Schlachtvieh unterliegen der Strafbestimmung des

Art. 145 Ziff. 3 des PStr.GB.; vgl. hiezu:
MB. v. 2. Sept. 1879, GBBl. S. 1086, geändert durch
MB. v. 12. Dez. 1887, GBBl. S. 702, letztere erläutert durch
MB. v. 2. Okt. 1888, GBBl. S. 632,
MB. v. 31. Okt. 1888, GBBl. S. 681,
ME. v. 12. Jan. 1888, Weber XVIII. 692,
MB. v. 19. und 27. Juni 1893, GBBl. S. 253 und 255, Weber XXII. 195.

Vgl. schließlich das oben § 118 S. 174 besprochene
Viehseuchen-Uebereinkommen mit Oesterreich-Ungarn v. 6. Dez. 1891, RGBl. 1892 S. 90, Weber XXI. 78.

f) Ueber das Verfahren bei der Tödtung der Schlachtthiere vgl.:
ME. v. 12. Juli 1889 und 19. Febr. 1890.

g) Ueber das Verbot der Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches zur Verhütung der Trichinengefahr s.:
kais. V. v. 6. März 1883, RGBl. S. 31, modificirt durch die
kais. V. v. 3. Sept. 1891, RGBl. S. 385, Weber XXI. 15;
vgl. auch MB. v. 6. Dez. 1891, GBBl. S. 408,
Reger V. 359, X. 122, XI. 68,
ME. v. 18. Juli 1896;

über Ausfuhr von Schweinefleisch nach Italien:
MB. v. 30. Dez. 1890, MABl. S. 2.

Bei dem Handel mit Wildpret, Fischen u. s. w.
(vgl. auch Gewerbeordn. § 59 Ziff. 1, 2, § 42b Abs. 3, §§ 59a, 60b, 66)
sind die jagdpolizeilichen Vorschriften (s. oben § 133 Ziff. 4, 5 S. 282 f.), insbesondere
PStr.GB. Art. 125 Abs. 3, 4,
Jagdges. Art. 23 Ziff. 5 (Fassung des Ausf.Ges. v. 18. August 1879 zur Str.Pr.Ordn. Art. 11),
V. v. 5. Okt. 1863 §§ 2 mit 7 und 11, RBl. S. 1657,

bezw. die Vorschriften über Zeit und Art des Fisch- und Krebsfangs
PStr.GB. Art. 126,
Landesfischereiordnung v. 4. Okt. 1884, GBBl. S. 459, mit
oberpol. V. v. 30. Jan. 1887, GBBl. S. 29 (Lachsfischerei),
s. überhaupt Riedel-Proebst, Polizeistrafgesetzbuch V. Aufl. S. 292 und unten § 145 lit. e

zu beachten.

Ueber Fälschung von Fischwaaren vgl.:
Reger II. 194.

3. Salz.

Das auf Grund des
Zollvereinsvertrags v. 8. Juli 1867, GBl. S. 94, bezw. der Uebereinkunft und des Schlußprotokolls v. 8. Mai 1867, GBl. S. 193, 201,

erlassene

Ges. v. 16. Nov. 1867, Erhebung einer Abgabe von Salz betr., GVBl. S. 217,

hat das Salzmonopol aufgehoben und den Salzhandel nur den zur Sicherung der Steuer erforderlichen Beschränkungen unterworfen; vgl. auch:

Ausf.Ges. v. 18. August 1879 zur Str.Pr.Ordn. Art. 18, 19,
Gewerbeges. v. 30. Jan. 1868 Art. 19,
Gewerbeordn. §§ 5 und 143 Abs. 2,
S. o. E. f. Str. Bd. 8 S. 615,
Rechtsspr. des Reichsger. Bd. 7 S. 312.

Die zur Ausführung des Gesetzes, insbesondere zur Regelung des Salzhandels und der Steuererhebung, in den Jahren 1867 ff. erlassenen und s. Z. in den Regierungsblättern veröffentlichten Vorschriften sind auf Grund des Bundesrathsbeschlusses vom 5. Juli 1888

vgl. RCBl. 1888 S. 484, 613 ff.

theils aufgehoben, theils erheblich geändert, die neueren bayerischen Vollzugsbestimmungen jedoch lediglich im

Amtsblatte der Generaldirektion der Zölle und indirekten Steuern*)

veröffentlicht worden; siehe die

Ausführungsbestimmungen und Anlagen im bezeichneten Amtsblatte 1888 S. 685 ff., mit Nachträgen im Amtsblatte 1895 S. 8, 60, 204 und 293, 1896 S. 37, 597; vgl. auch:

ME. v. 6. Dez. 1867 (Instruktion für die Staatssalzwerke), cit. Amtsbl. 1867 Nr. 38 Beil. V,

ME. v. 8. Sept. 1868, Weber VII. 150.

Hier kommen insbesondere die Anordnungen über den Handel mit denaturirtem Vieh- und Gewerbesalz in Betracht; vgl.:

MB. v. 27. Dez. 1886, GVBl. 1887 S. 2,

Bestimmungen, betr. die Befreiung des zu landwirthschaftlichen und gewerblichen Zwecken bestimmten Salzes von der Salzabgabe, cit. Amtsbl. 1888 S. 722 ff.

Die von den Polizeibehörden dem obigen Handel gegenüber zu übende Kontrole hat nicht blos den Zweck, Steuerdefraudationen entgegenzutreten, sondern hat auch vom gesundheitspolizeilichen Standpunkte aus darauf zu achten, daß denaturirtes Salz nicht zum menschlichen Genusse verwendet werde; vgl.:

---

*) Vergl. über dasselbe: MB. v. 1. Jan. 1875, GVBl. S. 11. — Eine Zusammenstellung der auf den Vollzug des erwähnten Gesetzes bezüglichen Bestimmungen bietet: Wiesinger, das bayer. Gesetz, betr. die Erhebung einer Abgabe von Salz u. s. w., II. Aufl., Ansbach 1890; s. insbesondere S. 23 ff., 46 ff., 104 ff., 171 ff.

§ 10 des Reichsges. v. 14. Mai 1879, den Verkehr mit Nahrungsmitteln betr.,
MB. v. 15. Juni 1880, GVBl. S. 467,
cit. Amtsbl. 1880 S. 477 f.,
Reger XIII. 209.

Zur Ausstellung der Bescheinigungen über Berechtigung zum Bezuge denaturirten Handelssalzes für Salzhändler, dann denaturirten Bestellsalzes für Gewerbetreibende sind die Zoll- und Aufschlagsbehörden zuständig; vgl.:

cit. MB. v. 15. Juni 1880.

Salzwerksbesitzer und Salzhändler dürfen denaturirtes Salz nur an solche Personen abgeben, welche nach den bestehenden Vorschriften zum Bezuge desselben berechtigt sind und sich hierüber ausgewiesen haben.

Ziff. 15, 17 der Bestimmungen, betr. die Befreiung u. s. w. von der Salzabgabe, cit. Amtsbl. 1888 S. 722 ff.

4. Wasser.

Die Obsorge für Unterhaltung und Reinlichkeit der öffentlichen Brunnen und Wasserleitungen ist eine gesetzliche Obliegenheit der Gemeinden.

Gemeindeordn. Art. 38; vgl.
VGHE. XII. 150.

Zur Herstellung von Brunnen und Wasserleitungen können Unterstützungen aus der Gewinnhälfte der München-Aachener Feuerversicherungsgesellschaft nach Maßgabe der

MB. v. 6. August 1837, RBl. S. 569,
ME. v. 13. Dez. 1849 und 7. August 1850, Döll. Bd. 29 S. 651 ff.,
ME. v. 16. Mai 1863, Weber VI. 172,

dann aus dem Wasserversorgungsfonde gemäß

Art. 89 des Brandversicherungsges. v. 3. April 1875 (in der Fassung des Ges. v. 5. Mai 1890 Art. 7, GVBl. S. 223), vgl.
Hauck, Kommentar zu obigem Gesetze, II. Aufl. S. 169,
ME. v. 19. Jan. 1878, Weber XII. 217,
ME. v. 30. März 1878, MABl. S. 89,
ME. v. 28. Jan. 1879, MABl. S. 41,
ME. v. 23. Juni 1881, MABl. S. 212,
ME. v. 17. Dez. 1882,
ME. v. 3. Febr. 1897, MABl. S. 47,

gewährt werden.

Die Gemeindebrunnen sind (unbeschadet privatrechtlicher Ansprüche) der ausschließlichen Obsorge der Verwaltungsbehörden unterstellt.

O. E. im RBl. 1863 S. 523; vgl. oben § 126 Ziff. 5 S. 237, insbesondere

VGHE. I. 396, IV. 603, V. 15, VII. 103, XVII. 200,
Bl. f. a. Pr. Bd. 23 S. 75, Bd. 27 S. 321, Bd. 30 S. 321.

Ueber Wasserversorgung für mehrere Gemeinden s.:
Bl. f. a. Pr. Bd. 44 S. 93.

Den Fall einer Realdienstbarkeit des Wasserbezugs bei Wassermangel zu Gunsten einer Gemeinde behandelt das
O. E. in Bl. f. a. Pr. Bd. 46 S. 251 (vgl. auch S. o. E. f. Civ. Bd. 15 S. 274),
den Fall eines Wasserbezugsrechtes aus einer gemeindlichen Wasserleitung als Reallast zu Gunsten eines Einzelnen dagegen das
O. E. in Bl. f. a. Pr. Bd. 46 S. 378 (S. o. E. f. Civ. Bd. 15 S. 433).

Quellwasser, welches für öffentliche Zwecke erforderlich ist, kann unter Anwendung des Zwangsenteignungsgesetzes vom 17. November 1837 in Anspruch genommen
Wasserbenützungsges. Art. 38 (s. oben § 126 S. 237),
VGHE. VI. 243,
die Ableitung des Wassers aus Privatflüssen, wenn bei Ausführung einer Wasserbenützungsanlage der nothwendige Wasserbedarf einer Ortschaft in einer Weise, daß ein Nothstand hieraus zu besorgen ist, entzogen würde, gemäß
Art. 56 und 100 des obigen Gesetzes
beschränkt, die Wasserbenützung überhaupt zufolge
Art. 9 und 53 Abs. 2 desselben
geregelt werden. Ferner ist zur Herstellung und auch zur bloßen Erweiterung öffentlicher Wasserleitungen die Zwangsenteignung von Grundeigenthum u. s. w.
Zwangsabtretungsges. v. 17. Nov. 1837 Art. I lit. A Ziff. 6, 9, GBl. S. 109, vgl.
VGHE. IV. 190,
zulässig.

Verunreinigung des Wassers fällt je nach Umständen unter
Art. 58 und 97 Ziff. 5 des Wasserbenützungsgesetzes oder
Art. 73 Abs. 1 und Art. 92 des PStr.GB., vgl.:
Stengl. Ztschr. Bd. 2 S. 152, Bd. 14 Beibl. S. 22, Bd. 18 Beibl. S. 70,
O. E. im MABl. 1891 S. 70,
überhaupt oben § 126 lit. g S. 240,
Zerstörung von Brunnen und Wasserleitungen unter
§§ 304, 321, 324 ff. des Str.GB.

5. Geistige Getränke.

Vgl. im Allgemeinen:
Gewerbeordn. § 33 (Ausschank), § 42a Abs. 1 (Feilbieten an öffentlichen

Orten), § 42a Abs. 3 (vorübergehender Verkauf), § 56 Abs. 2 Ziff. 1 (Wandergewerbebetrieb), § 66 Abs. 1 Ziff. 2 und § 67 Abs. 2 (Marktverkehr).

a) Bier.

Auf den Verkauf gefälschten, verdorbenen oder gesundheitsschädlichen Bieres finden die allgemeinen gesetzlichen Strafbestimmungen, jetzt insbesondere das

Reichsges. v. 14. Mai 1879 über den Verkehr mit Nahrungsmitteln in §§ 10 ff., vgl. auch
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 12 S. 60, Bd. 13 S. 455,
Stengl. Ztschr. Bd. 5 S. 339, Bd. 7 S. 232,
OLGE. VIII. 150,
Reger XIV. 78,
Bl. f. RA. Bd. 50 S. 209 ff.

Anwendung.

Zur Bereitung von Bier dürfen Surrogate nicht verwendet, zur Erzeugung von Braunbier darf nur Gerstenmalz benutzt werden.

Malzaufschlagsges. v. 16. Mai 1868 Art. 7, 71 (Fassung der MB. v. 10. Dez. 1889, GVBl. S. 599), vgl.
O. E. im MABl. 1875 S. 576, 1877 S. 179, dann in
Stengl. Ztschr. Bd. 5 S. 339, Bd. 7 S. 232, Bd. 8 S. 22, Bd. 15 Beibl. S. 57, Bd. 17 Beibl. S. 81,
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 376, Bd. 36 S. 41 ff.

Während die Bestrafung nach § 10 des Nahrungsmittelgesetzes voraussetzt, daß ein gewisser Zusatz durch Verschlechterung der Beschaffenheit oder durch Verbesserung des Scheines einen Einfluß auf das Produkt gehabt habe

Reger V. 373, 461,

ist nach Art. 7 des Malzaufschlaggesetzes jede Anwendung eines Surrogates schlechthin als Gefährdung des Gefälles strafbar.

Reger III. 207, IV. 102, 453, V. 373, 465, VI. 117 ff., 323 ff., VII. 113.

Ueber einzelne Arten von Zusätzen vgl.:

Reger II. 434, III. 205, 207, IV. 453, V. 102 (Zucker, Karamel und Süßholz), V. 461 (Natron, Glycerin), V. 373, VI. 117, 325 (Salicyl), III. 207, V. 465, VII. 113 (Biercouleur), IV. 102, V. 461, VI. 118 (Tannin und Gelatine, Buchenspäne und Hausenblase), V. 461 (Moussirpulver), XIV. 76 (Wasserzusatz), XIV. 77 (Sacharinzusatz); ferner ebendaselbst bezüglich des Neigebiers: VI. 323, Erg.Bd. I. 189, dann O. E. im MABl. 1896 S. 415; über Anwendung des Fälschungsverbots auf Wießbier: Reger IV. 453; über Verkauf von Bier unter fälschlicher Bezeichnung: IV. 215, 457; über Verwendung flüssiger Kohlensäure: ME. v. 4. Febr. 1894.

Vgl. ferner über Hopfenfälschungen:

Reger III. 90;

über Hopfenschwefeldörren:

Gewerbeordn. § 16;

über Verkauf geschwefelten Hopfens:

PStr.GB. Art. 136,

B. v. 6. Juni 1862, RBl. S. 1200, Weber V. 673.

Ueber die Kontrolbefugnisse der Aufschlagsbediensteten zur Sicherung des Malzaufschlags vgl.:

Art. 40 mit 42 des cit. Gesetzes.

Besondere gesundheitspolizeiliche Vorschriften über die Beschaffenheit, Zubereitung, Aufbewahrung und das Ausmessen des zum Verkaufe kommenden Bieres (namentlich in Bezug auf die Verleitgabe unausgegohrenen Getränkes, die Behandlung des Nachbieres, den Gebrauch von Bierspritzen u. s. w.) können, soferne nicht die Bestimmungen des Nahrungsmittelges. vom 14. Mai 1879 maßgebend sind, auf Grund des

PStr.GB. Art. 75

erlassen werden; vgl.:

O. E. im MABl. 1875 S. 576, 1893 S. 351 (OLGE. VII. 404),
Stengl. Ztschr. Bd. 18 Beibl. S. 92.

In Bezug auf Druckvorrichtungen und Leitungen für Bier, dann über Bierglasdeckel siehe:

Reichsges. v. 25. Juni 1887, den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen betr., §§ 1, 2, 4, 6 ff. (oben S. 109),
ME. v. 4. Juli und 19. Sept. 1888,
O. E. im MABl. 1890 S. 431 (OLGE. VI. 220),
Reger I. 111, XVI. 92, Erg.Bd. I. 359, 362.

Nachdem mit der Tarifirung des Bieres auch die polizeilichen Produktionsvorschriften hinweggefallen sind, haben sich die polizeilichen Biervisitationen ausschließlich auf die gesundheitspolizeiliche Prüfung der Beschaffenheit u. s. w. des Bieres, die Beschlagnahme gesundheitsschädlicher u. s. w. Getränke, dann auf die Konstatirung allenfallsiger Wahrnehmungen über Zuwiderhandlungen gegen das Malzaufschlagsgesetz zu beschränken; vgl.:

ME. v. 17. Dez. 1865, FMBl. S. 83, Weber VI. 455,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 10 S. 287, 839,
Bl. f. a. Pr. Bd. 36 S. 41.

Ueber das Verhältniß der Bräuer unter sich und zu dem Publikum s. die Uebersicht bei

Weber I. 346, insbesondere
B. v. 25. April 1811 Tit. II Art. 13, 26, 27, RBl. S. 617,
Ges. v. 23. Mai 1846 §§ 11—13, GBl. S. 81,

Landtagsabsch. v. 10. Nov. 1861 Abschn. III § 26 Ziff. 2, GBl. S. 49, dann Reger IV. 385, XV. 4.

Ueber die Merkmale guten Bieres s.:

B. v. 23. Nov. 1803, Döll. Bd. 13 S. 950 Anm. 5.

Spezielle Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der schankberechtigten Brauer und Bierwirthe finden sich in

PStr.GB. Art. 143, 144;

vgl. auch Bd. III § 148 Ziff. 3 lit. B b γ, dann

Reichsges. v. 20. Juli 1881, die Bezeichnung des Raumgehaltes der Schankgefäße betr., RGBl. S. 249, Weber XV. 337,

Reger XIII. 329 dazu,

Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 260 ff., Bd. 31 S. 253.

b) Von den übrigen geistigen Getränken ist insbesondere der Branntwein (vgl. überhaupt Band III § 144 Ziff. 5)

ME. v. 4. Juni 1838, Döll. Bd. 13 S. 1428,

RKB. v. 27. Febr. und MB. v. 14. März 1896, MABl. S. 90 (denatur. Branntwein),

Reger II. 435 und III. 87 (Fälschung von Himbeerliqueur, vgl. auch XII. 207), IV. 215 (desgl. von Lebensbitter), III. 138 (Ausschank auf Jahrmärkten), IX. 218 und X. 192 (Aufsuchen von Bestellungen)

und der Wein

ME. v. 20. Juli 1829, Döll. a. a. O. S. 903,

ME. v. 30. Juli 1892

zeitweisen Visitationen zu unterstellen.

Nunmehr bildet die Grundlage für den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinartigen Getränken das

Reichsges. v. 20. April 1892, RGBl. S. 597, Weber XXI. 322,

welches insbesondere die Verwendung gewisser gesundheitsschädlicher Stoffe bei der Weinbereitung verbietet

§§ 1, 2 des cit. Ges., vgl.

Reger XVI. 93,

die Grenzen erlaubter Manipulationen bei der Herstellung von Wein genau bestimmt

§ 3 des cit. Ges.

und eine Reihe von solchen Manipulationen als Weinverfälschung bezeichnet.

§ 4 des cit. Ges.

Zu dem Gesetze ist erlassen die den § 11 betreffende

RKB. v. 29. April 1892, RGBl. S. 600.

S. auch über Medizinalweine:

ME. v. 6. Nov. 1895.

Ueber Weinbereitung und Weinfälschung vgl.:

O. E. im MABl. 1881 S. 53 und 390, 1882 S. 131,

ME. v. 14. Mai 1880, 3. Mai 1885 und 19. April 1896,

Reger I. 204, 330, II. 91, III. 434, V. 101, VIII. 139, 141, 434, dann insbesondere I. 199, III. 434 und XVI. 93 (Kunstwein), II. 201 (Gypszusatz), VIII. 135 (Verschnitt und Wasserzusatz), VIII. 145, 434 (Gallisiren und Petiotisiren), VIII. 143 (Zusatz von Hollunderbeerensaft), III. 337 (Avinieren), endlich bezüglich des Apfelweins: III. 338.

Ueber Weinanalysen s.:

ME. v. 24. Okt. 1884, MABl. S. 286, und

MB. v. 3. August 1896, MABl. S. 286 (mit Ziff. I der RKB. v. 25. Juni 1896, RGBl. S. 197);

über Heidelbeerwein:

ME. v. 5. März 1889, MABl. S. 99.

6. Milch und Butter.

Auf Grund des PStr.GB. Art. 74 Ziff. 2 und Art. 75 Abs. 1 wurde erlassen die

oberpol. B. v. 15. Juli 1887, GBBl. S. 365, den Verkehr mit Milch betr., womit zu vergleichen:

ME. v. 20. Juli 1887, MABl. S. 244,

ME. v. 5. März 1888, MABl. S. 96,

Reger XVI. 441;

über Milchverkaufsläden s.:

O. E. im MABl. 1890 S. 340 (OLGE. VI. 175);

über Milchfälschung:

Reger V. 467.

Bezüglich des (zu vermeidenden) Genusses ungekochter Milch s.:

ME. v. 19. Mai 1894 Ziff. 7, MABl. S. 210.

Ueber Beschränkung in der Abgabe von Milch bei Maul- und Klauenseuche s.:

Viehseuchengeſ. v. 1. Mai 1894 §§ 44a, 66 Ziff. 4, RGBl. S. 409, und

Reger XIV. 84 (MABl. 1893 S. 359).

Bezüglich des Verkehrs mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln ist vom 1. Oktober 1897 (bezw. 1. April 1898) an zu beachten das

Reichsges. (s. g. Margarinegeſ.) v. 15. Juni 1897, RGBl. S. 475, vgl.

RKB. v. 4. Juli 1897, RGBl. S. 591 (zu §§ 2, 6 Abs. 1 des Gesetzes).

Dasselbe tritt an die Stelle des bisherigen, oben auf S. 109 erwähnten

Reichsges. v. 12. Juli 1887, den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter betr., RGBl. S. 375,

zu welchem die

RKB. v. 26. Juli und 12. Nov. 1887, RGBl. S. 383, 521,

Reger IX. 130, X. 115, XV. 340 (Eßfett), Erg.Bd. I. 197,

ME. v. 4. und 25. Okt. 1896, dann 13. Febr. 1897

zu vergleichen sind.

7. Kaffee, Zucker, Tabak; hier sei erwähnt:

kaiserl. V. v. 1. Febr. 1891, betr. Verbot von Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen, RGBl. S. 11,

ME. v. 7. Juli 1889, betr. Gassen's Kunstkaffee, MABl. S. 217,

Reger II. 82 (Zuckerverfälschung), XIV. 307 (Kaffeefärben), XVI. 90, 91 (desgleichen), Reger I. 438 (Tabakverfälschung); vgl. auch:

§§ 3, 4 und 6 des Reichsges. v. 25. Juni 1887, den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen betr., RGBl. S. 273, dann

O. E. im MABl. 1884 S. 314 und 1893 S. 351, Reger XIV. 85 (Verpackung von Kaffeesurrogaten).

Achtes Kapitel.

Preßpolizei.*)

§ 136. Uebersicht über die dermalige Gesetzgebung.

1. Die preßpolizeilichen Bestimmungen, welche das

Ges. v. 17. März 1850, Schutz gegen den Mißbrauch der Presse betr., GBl. S. 85,

enthielt, waren großentheils bereits durch die spätere Strafgesetzgebung förmlich aufgehoben oder durch die neuere Gewerbegesetzgebung modificirt worden, als das

Reichsges. v. 7. Mai 1874, RGBl. S. 65,

im Vollzuge der

Reichsverfassung Art. 4 Ziff. 16

die Verhältnisse der Presse einer Neuregelung unterstellte. Durch

Art. 2 Ziff. 9 des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879

wurde sodann das Gesetz vom 17. März 1850 als solches außer Wirksamkeit gesetzt, indem die landesgesetzlich noch zulässigen Bestimmungen in den Art. 6, 12—14 des erwähnten Ausf.Ges. getroffen wurden; vgl.:

Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 162.

Nach § 1 des Reichspreßgesetzes unterliegt die Freiheit der Presse (in dem durch § 2 desselben festgesetzten, nicht blos eigentliche Druckschriften, sondern auch sonstige zur Verbreitung bestimmte Vervielfältigungen

---

*) In vierter Auflage bearbeitet von Bezirksamts-Assessor G. Krais. — Vgl. Koller, das Reichspreßgesetz, Nördlingen 1888; Seydel, bayer. Staatsrecht Bd. 3 S. 60 ff. (I. Aufl. Bd. 5 S. 109 ff.).

von Schriften und ähnlichen Erzeugnissen u. s. w. umfassenden Sinne) nurmehr den durch das Reichsgesetz selbst vorgeschriebenen oder zugelassenen Beschränkungen.

Reger XII. 203, XIII. 203, 297, XVI. 123, XVII. 219.

Hiedurch sind die in

§§ 1, 2, 5, 9 des Preßedikts v. 4. Juni 1848, GBl. S. 89,

über Inhalt und Umfang der Preßfreiheit aufgestellten Grundbestimmungen ersetzt worden. Durch die Reichs-Strafprozeß-Ordnung sind auch die früheren strafprozessualen Vorschriften des Landesrechts hinweggefallen;

vgl. übrigens unten S. 314 § 137 Ziff. 7 lit. d.

2. Dagegen sind noch fortwährend in Geltung:

a) die für Zeiten der Kriegsgefahr, des Kriegs, Belagerungszustandes oder Aufruhrs in Bezug auf die Presse bestehenden besonderen gesetzlichen Vorschriften.

Reichspreßges. § 30 Abs. 1; vgl. auch §§ 15, 18 Ziff. 1, § 23 Ziff. 2, dann
Bündnißvertrag v. 23. Nov. 1870 Ziff. III § 5 Nr. VI, GBl. 1870/71 S. 153,
Reichsverfassung Abschn. XI a. E.,
Ges. v. 22. April 1871 § 7 Abs. 2, Einführung norddeutscher Bundesgesetze in Bayern betr., GBl. 1870/71 Beil. S. 2,
Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879 Art. 6.

b) die landesgesetzlichen Vorschriften über öffentliches Anschlagen, Anheften, Ausstellen, dann über öffentliche unentgeltliche Vertheilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen.

Reichspreßges. § 30 Abs. 2,
cit. Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. Art. 12, 13,
PStr.GB. Art. 37 Abs. 1 Ziff. 2, 3, Abs. 2; vgl. auch:
Preßedikt v. 4. Juni 1848 § 8,
ME. v. 9. Mai 1849, Döll. Bd. 22 S. 155,
ME. v. 12. Febr. 1875, Weber X. 596,
ME. v. 2. Juli 1879, MABl. S. 281,
OLGE. IV. 429,
O. E. im MABl. 1891 S. 76,
Reger III. 427, VI. 316, VIII. 105, IX. 481, XV. 267, XVI. 242 ff., XVII. 90;
s. ferner unten S. 307, 314 § 137 Ziff. 1, 7 lit. d.

c) die reichsgesetzlichen Bestimmungen über den Betrieb der Preßgewerbe, insbesondere über den gewerbsmäßigen Handel mit Druckschriften

vgl. unten S. 307 § 137 Ziff. 1.

d) die landesgesetzlichen Bestimmungen über Abgabe von Frei-exemplaren an Bibliotheken und öffentliche Sammlungen.

Reichspreßges. § 30 Abs. 3,

Art. 68 des Ges. v. 28. Juni 1865, Schutz der Urheberrechte an literarischen Erzeugnissen u. s. w. betr., GBl. S. 65,

§ 11 des Reichsges. v. 22. April 1871, Einführung norddeutscher Bundesgesetze betr., GBl. 1870/71 Beil. S. 2,

ME. v. 29. Jan. 1860, 7. Mai 1866, 17. Mai 1872, 23. Febr. 1873, Weber VI. 616,

ME. v. 6. Dez. 1867, KMBl. S. 258,

ME. v. 19. Okt. 1873, KMBl. S. 389,

ME. v. 1. Juni 1892, KMBl. S. 128,

— s. auch Döll. Bd. 24 S. 99 ff. und Weber III. 347 —.

e) die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze des Urheberrechtes an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Kompositionen und dramatischen Werken, da die hierin begründeten Rechte durch die Preßfreiheit überhaupt nicht berührt werden; vgl.:

Preßedikt § 3,

Reichsges. v. 11. Juni 1870, das Urheberrecht an Schriftwerken u. s. w. betr., eingeführt durch § 11 des Reichsges. v. 22. April 1871, GBl. 1870/71 Beil. S. 110,

MB. v. 14. Dez. 1871 mit beigefügten Instruktionen v. 4. und 21. Nov. 1871, RBl. S. 1921 ff., erstere theilweise geändert durch RKB. v. 30. August 1879, GVBl. S. 1412, und v. 25. Okt. 1882, GVBl. 1883 S. 310,

MB. v. 2. März 1872, RBl. S. 945, dann die

Reichsges. v. 9., 10. und 11. Jan. 1876, das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste u. s. w. betr., Schutz der Photographien gegen Nachbildung betr., und das Urheberrecht an Mustern u. s. w. betr., RGBl. S. 4 ff. (s. unten § 152 Ziff. 4);

vgl. ferner über den internationalen Verband zum Schutz von Literaturwerken u. s. w. vom 9. September 1886:

RGBl. 1887 S. 493,

Reichsges. v. 4. April 1888, RGBl. S. 139,

kaiserl. V. v. 11. Juli 1888, RGBl. S. 225,

RGBl. 1888 S. 227 (Luxemburg),

RGBl. 1893 S. 136 (Montenegro),

RGBl. 1896 S. 107 (Norwegen),

endlich die im Hinblick auf den Zusatzartikel der

cit. Uebereinkunft v. 9. Sept. 1886, RGBl. 1887 S. 506,

noch jetzt theilweise anwendbaren älteren Uebereinkünfte und Vollzugsbestimmungen in Bezug auf

Frankreich: RGBl. 1883 S. 269, GVBl. 1883 S. 463,

Belgien: RGBl. 1884 S. 173, GVBl 1885 S. 14,

Italien: RGBl. 1884 S. 193, GVBl. 1885 S. 9 und 99,
Schweiz: Weber VIII. 131 nebst Noten, BGBl. 1869 S. 624,
vgl. auch in Bezug auf
Großbritannien: RGBl. 1886 S. 237,
Nordamerika: RGBl. 1892 S. 473.

f) die Verpflichtung der Staatsdiener in Bezug auf das Amtsgeheimniß.

Preßedikt § 4 — vgl. Bd. I S. 17.

3. Ueber die Gegenstände, auf welche das Preßgesetz vom 7. Mai 1874 Anwendung findet, s.:

§§ 2, 3 desselben,

womit in Bezug auf Stimmzettel bei öffentlichen Wahlen

§ 6 Abs. 2 desselben,
Gewerbeordn. § 43 Abs. 3, 4, dann insbesondere das
Reichsges. v. 12. März 1884, RGBl. S. 17,
O. E. im MABl. 1891 S. 76,
OLGE. VI. 382,
Reger V. 130, VI. 316, VIII. 105, XII. 3

zu vergleichen sind.

4. Ueber die Aufhebung des Kalenderstempels vgl.:

Reichspreßges. § 30 Abs. 4.

§ 137. Strafbare Handlungen in Bezug auf die Presse. Preßordnung.

1. Das Reichspreßgesetz unterscheidet zwischen dem Betriebe der Preßgewerbe und der nichtgewerbsmäßigen Verbreitung von Druckschriften.

Für die Berechtigung zum Betriebe der Preßgewerbe sind die Bestimmungen der Gewerbeordnung maßgebend

Reichspreßges. § 4 Abs. 2,

wovon die nachstehenden hier hervorzuheben sind:

a) In Bezug auf die Gewerbslokalitäten liegt den Preßgewerben eine besondere Anzeigepflicht ob.

Gewerbeordn. §§ 14, 15 Abs. 1, § 148 Ziff. 1, 3,
Vollz.Vorschr. v. 29. März 1892 § 4 Abs. 3, GVBl. S. 61,
Reger V. 255, XI. 432, XIV. 11.

b) Der gewerbsmäßige Ausruf, Verkauf, Anschlag u. s. w. von Druckschriften, anderen Schriften oder Bildwerken auf öffentlichen Wegen

u. dgl. oder an anderen öffentlichen Orten erfordern auch in der Wohngemeinde ortspolizeiliche Erlaubniß, bezw. Mitsichführen des über diese Erlaubniß ertheilten Legitimationsscheins

Gewerbeordn. § 43 Abs. 1, 2, § 148 Ziff. 5, § 149 Ziff. 1,
VB. v. 29. März 1892 § 21, GVBl. S. 61,
Geb.Ges. (Fassung von 1892) Art. 175 Ziff. 3,
B. v. 20. Sept. 1879 § 3 Abs. 1 lit. d und Abs. 2, GVBl. S. 1187,
ME. v. 1. Juli 1890 § 29, MABl. S. 263,
Stengl. Ztschr. Bd. 8 S. 348,
Reger III. 84, V. 131, 253, 456, VI. 317, VIII. 105, X. 112, 180, XI. 14, XII. 3, 121, XIII. 25, 127 f., 239, XIV. 122, 339, XV. 245, 267, XVI. 242 ff., 358, XVII. 14,

unbeschadet der für das öffentliche Anschlagen, Anheften, Ausstellen von Bekanntmachungen u. s. f. weiter vom Standpunkte der Preßpolizei geltenden landesgesetzlichen Vorschriften (vgl. oben S. 305 § 136 Ziff. 2 lit. b und unten § 140 Ziff. 4).

Bezüglich der Vertheilung von Stimmzetteln s. üben S. 307 § 136 Ziff. 3.

c) Dagegen ist der gewerbsmäßige Vertrieb der Druckschriften von Haus zu Haus im Gemeindebezirke des Wohnsitzes oder der Niederlassung von einer Erlaubniß nicht abhängig

Gewerbeordn. § 42b Abs. 3;

vgl. jedoch über den Ausschluß gewisser Druckschriften vom Feilbieten im Umherziehen und Kolportiren:

Gewerbeordn. §§ 42a und 56 Abs. 3 Ziff. 12 (Fassung der Novelle von 1896),
OLGE. VIII. 9,
Reger VIII. 349, X. 386, XIII. 25, XIV. 225, XV. 245, Erg.Bd. I. 15.

d) Das Aufsuchen von Subskribenten oder Abonnenten außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung fällt unter

Gewerbeordn. §§ 44 (Fassung von 1896), 44a, 148 Ziff. 5, § 149 Ziff. 1,
VB. v. 29. März 1892 § 22.

Das Feilbieten u. s. w. von Druckschriften im Umherziehen unterliegt den allgemeinen und besonderen Vorschriften in

Gewerbeordn. §§ 55, 56 Abs. 3, 4, §§ 56c, 57 ff. (Fassung von 1896), § 148 Ziff. 7 u. s. w.,
VB. v. 29. März 1892 §§ 25 ff., vgl.
cit. ME. v. 1. Juli 1890 a. a. O.,
Reger IV. 368, V. 274, VI. 356, VIII. 348, X. 386, XII. 134, XIII. 25, Erg.Bd. I. 15,
O. E. im MABl. 1894 S. 137.

e) Im Uebrigen ist für die Ausübung der Preßgewerbe lediglich der in § 1 des Reichsgesetzes an die Spitze gestellte Grundsatz maßgebend und sind daher nur die von diesem Gesetze selbst auferlegten oder zugelassenen Beschränkungen des Betriebes statthaft; vgl.:

Abschn. II des Ges. und unten Ziff. 5 S. 311.

Eine Entziehung der Befugniß zum selbständigen Betriebe eines Preßgewerbes, zur Herausgabe und zum Verkaufe von Druckschriften

vgl. Gewerbeordn. § 143 Abs. 3

kann weder im administrativen, noch im gerichtlichen Wege erfolgen.

Reichspreßges. § 4 Abs. 1; s. auch:
Postges. v. 28. Okt. 1871 § 3, RGBl. S. 347.

Eine theilweise Einschränkung dieses Satzes enthält das

Reichspreßges. in § 14;

vgl. ferner über die Zurücknahme von Wandergewerbescheinen:

Gewerbeordn. §§ 58, 61 Abs. 3, 63 Abs. 1.

Die nichtgewerbsmäßige öffentliche Verbreitung von Druckschriften

vgl. Reichspreßges. §§ 2, 3

kann von der Ortspolizeibehörde bestimmten Personen unter den Voraussetzungen des

§ 43 Abs. 6 bezw. der daselbst weiter allegirten Bestimmungen (vgl. auch § 148 Ziff. 5) der Gewerbeordn.

untersagt werden.

Reichspreßges. § 5;
vgl. Reger V. 253, 456, VI. 316, XIII. 128, 239, XVII. 87.

Auch solche Personen, welche die Verbreitung von Druckschriften nicht gewerbsmäßig betreiben, unterliegen in Bezug auf das Plakatenwesen den preßpolizeilichen Vorschriften in

Art. 12 des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn.;
vgl. oben S. 305 § 136 Ziff. 2 lit. b.

Zu bemerken sind ferner die Vorschriften über (gewerbsmäßige und nichtgewerbsmäßige) Vertheilung von Stimmzetteln und Wahl-Druckschriften

Gewerbeordn. § 43 Abs. 3, 4 — vgl. oben S. 305 § 136 Ziff. 3,
Reger V. 130, VI. 316, VIII. 105, XII. 3.

Zur nichtgewerbsmäßigen Vertheilung von Druckschriften in geschlossenen Räumen ist Erlaubniß nicht erforderlich.

Gewerbeordn. § 43 Abs. 5, vgl.
Reger XI. 14, XIV. 122, 339, XV. 267, XVI. 242 ff.

2. Die Handhabung der Preßpolizei ist regelmäßig den Distriktspolizeibehörden vorbehalten; vgl. jedoch:

Reichspreßges. § 5,
Gewerbeordn. § 14 Abs. 2, § 43 mit
VV. v. 22. März 1892 § 4 Abs. 3, § 21,
ME. v. 26. August 1874, Weber X. 450;

ferner über die Ausübung der Preßpolizei in unmittelbaren Städten:

Gemeindeordn. Art. 98,
MB. v. 29. Juni 1869, RBl. S. 1099.

Ueber den Geist, in welchem die Preßpolizei ihre Aufgabe lösen soll, s.:

ME. v. 9. Juli und 17. Sept. 1868, Weber VII. 388;

über das Zusammenwirken der Preßpolizei und der Staatsanwaltschaft vgl. die allerdings nur theilweise noch anwendbaren

ME. v. 14. Juli 1852, Döll. Bd. 22 S. 159, Weber VI. 737,
ME. v. 24. Dez. 1863, 19. und 29. Dez. 1866, Weber VI. 737, 739,
ME. v. 20. Juni 1871, JMBl. S. 121,
JME. v. 7. Sept. 1874, Weber X. 464,
JME. v. 12. August 1874 und 23. Mai 1875.

3. Die Presse ist im Allgemeinen den Bestimmungen des Strafgesetzbuches unterworfen, welches namentlich in den

§§ 85, 95, 103, 110, 111, 130, 134, 184, 186, 187, 200

strafbare Handlungen der Presse aufführt; vgl. auch:

Reichsges. v. 9. Juni 1884 §§ 10 ff., den verbrecherischen Gebrauch von Sprengstoffen betr., RGBl. S. 61;

dann über die Veröffentlichung von Festungsrissen u. s. w.:

Str.GB. § 360 Ziff. 1,
Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 2, RBl. S. 25,
ME. v. 21. Okt. 1873, MABl. S. 548,
vgl. auch Reichsges. v. 3. Juli 1893, RGBl. S. 349;

über Aufrufe zu unerlaubten Sammlungen:

PStr.GB. Art. 53, vgl. auch Preßges. §§ 16, 18 und die den Abs. 2 und 3 des cit. Art. 53 modificirenden §§ 20, 21 dieses Ges.,
OLGE. V. 425,
S. o. E. i. Str. VIII. 314, IX. 15,
sowie unten Bd. III § 173 Ziff. 1;

über öffentliche Ankündigung einer in Bayern nicht zugelassenen Lotterie oder öffentlichen Ausspielung:

Ges. v. 28. Febr. 1880, GVBl. S. 97 (PStr.GB. Art. 57a),
hiezu Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 194,
O. E. im MABl. 1893 S. 430, 1895 S. 580,
ME. v. 13. Mai 1883 und 20. Dez. 1892,
Reger VIII. 165, XV. 213,
vgl. unten § 140 Ziff. 2.

4. Gegenüber den durch die Presse verübten strafbaren Handlungen besteht die Aufgabe der Preßpolizei darin, die Presse überhaupt zu überwachen und Druckschriften, deren Inhalt zu einer Strafeinschreitung von Amtswegen Anlaß zu bieten geeignet ist, zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft zu bringen. Inwieferne auch eine Beschlagnahme eintreten kann, bemißt sich nach dem unter Ziff. 7 (S. 314) Erörterten.

In gleicher Weise ist von den Polizeibehörden die Beobachtung jener Vorschriften in Bezug auf die Presse zu überwachen, welche (wie die im vorigen § Ziff. 2 lit. d und f S. 206 f. erwähnten) auf Grund fortgeltender Reichs- oder Landesgesetze besondere Verpflichtungen auferlegen oder (wie die unter Ziff. 1 dieses § S. 307 f. erörterten) die Berechtigung zum Betriebe der Preßgewerbe, dann das Plakatenwesen u. s. w. betreffen.

Ueber Statistik der politischen Presse s.:

ME. v. 5. April 1864,
ME. v. 7. Jan. 1875 und 15. Dez. 1881, Weber X. 548.

Hiezu kommt schließlich:

5. die Handhabung der vom Reichspreßgesetze in Abschnitt II statuirten preßordnungsmäßigen Beschränkungen (der Preßpolizei im engeren Sinne) unter Beachtung der in

§ 6 Abs. 2 und § 12 des Preßgesetzes, vgl.
Reger VII. 291, X. 450

vorgesehenen Ausnahmen.

Hienach muß:

a) zufolge

§ 6 Abs. 1 (vgl. auch § 18 Abs. 1 Ziff. 2, § 19 Abs. 1 Ziff. 1, § 23) des Gesetzes

auf jeder im Bereiche des Gesetzes erscheinenden Druckschrift (soferne sie nicht unter die gesetzlichen Ausnahmen fällt) Namen und Wohnort des Druckers und, wenn sie zur Verbreitung bestimmt sind, auch Namen und Wohnort des Verlegers oder (beim Selbstvertriebe der Druckschrift) des Verfassers oder Herausgebers genannt sein; vgl.:

OLGE. V. 450,
O. E. im MABl. 1890 S. 8,
Reger II. 402, 429, III. 78, VIII. 415, X. 448, 472, XII. 77.

b) Eine Reihe weiterer Bestimmungen bezieht sich auf Zeitungen und sonstige periodische Druckschriften, soferne sie nicht nach § 12 von öffentlichen Behörden ausgehen und ihrem Inhalte nach auf amtliche Mittheilungen beschränkt sind oder unter die in

§ 13 des Ges.,
vgl. Reger VI. 114, VII. 93

erwähnte Ausnahme fallen. Dieselben müssen:

α) in jedem Stücke oder Hefte den Namen und Wohnort des verantwortlichen Redakteurs enthalten.

§§ 7, 18 Abs. 1 Ziff. 2, § 19 Abs. 1 Ziff. 1, § 23 des Ges.,
OLGE. II. 162, VIII. 205, 265,
Reger I. 193, III. 78, 191, 334, VII. 291, XI. 94, XII. 78, 335, XVI. 84, 204, 314, XVII. 89.

β) Verantwortliche Redakteure periodischer Zeitschriften müssen die in

§ 8, vgl. § 18 Abs. 1 Ziff. 2, § 19 Abs. 1 Ziff. 1 des Ges.

geforderten persönlichen Eigenschaften haben.

γ) Von jeder Nummer einer periodischen Druckschrift, welche nicht ausschließlich Zwecken der Wissenschaft, der Kunst, des Gewerbes oder der Industrie dient, muß der Verleger, sobald die Austheilung oder Versendung beginnt, ein Exemplar gegen ihm sofort zu ertheilende Bescheinigung an die Polizeibehörde

ME. v. 26. August und 7. Sept. 1874, Weber X. 450, 464,

des Ausgabeortes unentgeltlich abliefern.

§§ 9, 19 Abs. 1 Ziff. 2 des Ges.,
OLGE. VII. 78,
Reger XIII. 323.

δ) Verantwortliche Redakteure periodischer Druckschriften, welche Anzeigen aufnehmen, haben auf Verlangen auch amtliche Bekanntmachungen gegen Zahlung der Einrückungsgebühren aufzunehmen

§§ 10, 19 Abs. 1 Ziff. 3, Abs. 2 des Ges.

und sind

ε) ferner verpflichtet, Berichtigungen der in ihren Druckschriften mitgetheilten Thatsachen auf Verlangen betheiligter öffentlicher Behörden oder Privatpersonen unter den in

§ 11, vgl. § 19 Abs. 1 Ziff. 3, Abs. 2 des Ges.,
Reger VI. 315, XI. 94, XIV. 195,
OLGE. VI. 412, VII. 77

festgestellten Voraussetzungen und Modalitäten aufzunehmen.

Ueber das bei amtlichen Berichtigungen einzuhaltende Verfahren s.:

ME. v. 9. Dez. 1868, modificirt durch ME. v. 14. April 1871, Weber VIII. 743.

Die angebliche Unrichtigkeit einer Berichtigung rechtfertigt nicht die Zurückweisung letzterer

OLGE. III. 214

und die nach

§ 19 Abs. 2 des Reichspreßgesetzes

vom Strafrichter angeordnete Aufnahme einer Berichtigung kann durch wiederholte Strafeinschreitung erzwungen werden.

O. E. im MABl. 1875 S. 307.

ζ) Ausländische periodische Druckschriften können unter den Voraussetzungen des

§ 14, vgl. § 18 Abs. 1 Ziff. 1 des Ges.,
JME. v. 6. Sept. 1878, JMBl. S. 177

vom Reichskanzler zeitweilig verboten werden, wogegen die auf Grund der älteren Landesgesetzgebung erlassenen Verbote ausländischer periodischer Druckschriften außer Wirksamkeit traten.

c) Fernere preßordnungsmäßige Bestimmungen betreffen das Verbot der Veröffentlichung von Truppenbewegungen oder Vertheidigungsmaßregeln zur Kriegszeit

§ 15 — vgl. auch § 18 Abs. 1 Ziff. 1 des Ges. und oben S. 305 § 136 Ziff. 2 lit. a —,

öffentlicher Aufforderungen zur Aufbringung der wegen strafbarer Handlungen erkannten Geldstrafen und Kosten u. s. w.

§§ 16, 18 Abs. 1 Ziff. 1 des Ges.,
vgl. O. E. im MABl. 1878 S. 208

und vorzeitiger Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke eines Strafprozesses.

§§ 17, 18 Abs. 1 Ziff. 1 des Ges.,
Reger I. 321, IV. 92, 351 f., VII. 94, 468, XII. 204, XVI. 316.

6. Die Grundsätze über die Verantwortlichkeit für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen, insbesondere über den Umfang der Haftung der verantwortlichen Redakteure periodischer Zeitschriften, und über die Verjährung, sind in den

§§ 20 mit 22, 28 des Ges.

enthalten; vgl. auch:

O. E. im MABl. 1875 S. 433, 1878 S. 208,
S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 226 ff.,
Reger II. 193, 429, III. 78, 191, 334, IV. 93, 198, 352 ff., VII. 94, VIII. 104, 385, XI. 94, XIII. 191, 297, 323, XV. 213,
OLGE. I. 162, 215.

Ein allgemeines Recht der Presse, vermeintliche Uebelstände öffentlich zu rügen, auch wenn hiedurch die Ehre Dritter verletzt wird, besteht nicht.

Reger II. 172, IV. 183, XIV. 289,
OLGE. III. 490.

Eine civilrechtliche Bestimmung enthält

Art. 14 des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879, GVBl. S. 781.

7. Von besonderer Wichtigkeit sind die Vorschriften des Reichspreßgesetzes über die Zulässigkeit, dann die Form und Dauer einer Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung; vgl. auch:

Einf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. § 5 Abs. 1,
Preßges. § 28.

Eine polizeiliche Beschlagnahme ist nur zulässig:

a) wenn eine Druckschrift den Vorschriften in § 6 (über Bezeichnung des Druckers, bezw. Verlegers, Verfassers oder Herausgebers) oder in § 7 (über Bezeichnung der verantwortlichen Redakteure periodischer Druckschriften) nicht entspricht oder jenen des § 14 (über verbotene ausländische periodische Druckschriften) zuwider verbreitet wird;

b) wenn eine Druckschrift verbotwidrige Veröffentlichungen über Truppenbewegungen u. s. w. in Zeiten der Kriegsgefahr oder des Kriegs (§ 15) enthält oder

c) deren Inhalt den Thatbestand einer der in

§§ 85, 95, 111, 130 oder 184 des Str.GB.

mit Strafe bedrohten Handlungen (Aufforderung zu hochverrätherischen Unternehmungen oder zur Begehung sonstiger strafbarer Handlungen, Majestätsbeleidigung, gefährliche Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegeneinander, unzüchtige Darstellungen) begründet, in den Fällen der §§ 111 und 130 jedoch nur dann, wenn dringende Gefahr besteht, daß bei Verzögerung der Beschlagnahme die Aufforderung zu strafbaren Handlungen oder zu Gewaltthätigkeiten ein Verbrechen oder Vergehen unmittelbar zur Folge haben werde,

Preßges. § 23;

d) endlich (gemäß des in

§ 30 Abs. 2 des Reichspreßges.

enthaltenen Vorbehaltes) wenn Bekanntmachungen, Plakate oder Aufrufe den in

Art. 12 des cit. Ausf.Ges. zur Str.PrOrdn.
— s. oben S. 305 § 136 Ziff. 2 lit. b —

enthaltenen Vorschriften zuwider öffentlich angeschlagen, angeheftet, ausgestellt oder unentgeltlich vertheilt werden.

Art. 13 des vorerwähnten Ausf.Ges.

In dem letzteren Falle findet

§ 8 des Preßedikts v. 4. Juni 1848,

womit

A. E. v. 12. Juli 1859, RBl. S. 793, dann
Bl. f. RA. Bd. 16 S. 182

zu vergleichen sind, auf die Beschlagnahme Anwendung. — In allen anderen Fällen hat die Polizeibehörde, welche eine Beschlagnahme ohne Anordnung der Staatsanwaltschaft verfügt, der letzteren die Verhandlungen ohne Verzug und spätestens binnen 12 Stunden zu übersenden. Wenn nicht die Wiederaufhebung der Beschlagnahme schon von der Staatsanwaltschaft selbst mittelst einer sofort vollstreckbaren Verfügung angeordnet wird, erlischt die Beschlagnahme mit dem Ablaufe des fünften Tages nach erfolgter Anordnung, falls bis dahin nicht ein bestätigender Gerichtsbeschluß der beschlagnahmenden Behörde zugegangen ist, und selbst die vom Gerichte bestätigte vorläufige Beschlagnahme ist wieder aufzuheben, wenn nicht binnen 2 Wochen nach der Bestätigung die Strafverfolgung in der Hauptsache eingeleitet ist.

Reichspreßges. §§ 24 mit 27,
vgl. auch die (theilweise noch anwendbare) ME. v. 14. Jan. 1851, Döll. Bd. 22 S. 158,
OLGE. I. 80,
Reger III. 334.

Bei der Beschlagnahme sind die dieselbe veranlassenden Stellen der Schrift unter Anführung der verletzten Gesetze zu bezeichnen. Die Beschlagnahme kann sich auch auf die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen, nicht aber auf trennbare Theile der Druckschrift, welche nichts Strafbares enthalten, erstrecken und die einzelnen Exemplare nur da treffen, wo sich dergleichen zum Zwecke der Verbreitung

vgl. Preßges. § 3

befinden;

s. auch Str.GB. §§ 40 mit 42 und Str.Pr.Ordn. §§ 98, 160.

Ueber Anzeigen an das Staatsministerium des Innern bei polizeilichen Beschlagnahmen von Preßerzeugnissen s.:

ME. v. 6. Dez. 1866 und 8. März 1868, Weber VI. 735.

Ueber die Zuständigkeit in Preßstrafsachen vgl.:

Einf.Ges. zum Ger.Verf.Ges. v. 27. Jan. 1877 § 6, RGBl. S. 77,
Ausf.Ges. hiezu v. 23. Febr. 1879 Art. 35, GVBl. S. 273,
OLGE. I. 80, III. 310.

Ueber die Verübung groben Unfugs durch die Presse s.:

oben S. 85 und OLGE. IX. 1.

Bezüglich unsittlicher Druckschriften s. auch unten § 140 Ziff. 4 und oben S. 308 § 137 Ziff. 1 lit. c.

8. Ueber das Verbot, literarische Werke, Manuskripte u. dgl. ohne vorher eingeholte und erhaltene Bewilligung an den König einzusenden und demselben zuzueignen, vgl.:

Band I S. 133.

9. Ueber die unerlaubte Anfertigung von Papiergeld, Formularen für öffentliche Papiere, Drucksachen, welche dem Papiergelde ähnlich sind u. dgl. s.:

Str.GB. §§ 146 ff., 360 Abs. 1 Ziff. 4 mit 6 und Abs. 2,
Reger IV. 57, VI. 297, 464, X. 65, 487, XI. 209,
Stengl. Ztschr. Bd. 13 S. 42.

Neuntes Kapitel.*)

§ 138. Polizei in Bezug auf Versammlungen und Vereine.

1. Das Vereins- und Versammlungswesen hat eine täglich wachsende Bedeutung und Ausdehnung erlangt und die Lösung der den Polizeibehörden durch das

Ges. v. 26. Febr. 1850, GBl. S. 53 ff., Versammlungen und Vereine betr.,**)
vgl. VJ. v. 3. März 1850, Döll. Bd. 29 S. 341, Weber IV. 86,
Bl. f. a. Pr. Bd. 2 S. 135, Bd. 3 S. 81, Bd. 7 S. 113, Bd. 30 S. 162,
Weber IV. 81 ff.

gestellten Aufgabe erfordert eben so sehr Takt und Umsicht als Entschiedenheit und Entschlossenheit, indem einerseits die den Staatsangehörigen zustehenden Associationsrechte sorgfältig zu achten sind, anderseits Uebertretungen der gesetzlichen Vorschriften und Gefährdungen der öffentlichen Interessen mit allem Nachdrucke zu begegnen ist; vgl.:

ME. v. 14. August 1874, Weber X. 393.

Ueber Statistik gerichtlicher Einschreitungen gegen Uebertretungen des Vereinsgesetzes s.:

ME. v. 18. Jan. 1877 und 4. Nov. 1882;

über die Anwendung des Gesetzes auf die politischen Vereine der neueren Zeit:

Bl. f. a. Pr. Bd. 25 S. 65 ff., 305 ff.;

über die Zuständigkeitsverhältnisse in Fürth s.:

oben Bd. I S. 11.

---

*) In vierter Auflage bearbeitet von Bezirksamts-Assessor G. Krais.

**) Kommentar von Pözl (in der Gesetzgebung u. s. w. Th. II Bd. 4 S. 425 ff.); s. ferner: Seydel, bayer. Staatsrecht Bd. 3 S. 47 ff. (I. Aufl. Bd. 5 S. 86 ff.); Frhr. von Sartor (Textausgabe mit Anmerkungen, München 1891); vgl. auch Mascher, Versammlungs- und Vereinsrecht Deutschlands (Berlin 1892).

2. Das Gesetz vom 26. Februar 1850, dessen strafrechtliche Bestimmungen (abgesehen von den aufgehobenen Art. 23 Abs. 2 und Art. 25, sowie von dem neugefaßten Art. 24) durch das

Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879 Art. 3 Ziff. 9, vgl. Art. 2 Ziff. 10, Art. 84, GVBl. S. 781, dann auch das
Einf.Ges. zum Str.GB. v. 31. Mai 1870 § 2 Abs. 2, GBl. 1870/71 Beil. S. 85,

aufrecht erhalten sind, gewährleistet den Staatsangehörigen das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, sowie Vereine

vgl. über den Begriff unten Ziff. 4 S. 320

ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß zu bilden.

Art. 1 und 11.

Von der Theilnahme an Vereinen und Versammlungen können im Hinblicke auf

Art. 3 der Reichsverfassung

Angehörige anderer deutscher Staaten nicht ausgeschlossen werden; vgl. überhaupt:

ME. v. 7. Juni 1874, Weber IV. 81,
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 50 Anm. 28 (I. Aufl. Bd. 5 S. 91).

Die Beschränkungen, welchen das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt, sind unter Ziff. 4, 5 und 6 (S. 320 ff.) gesondert zu erörtern.

3. Die Bestimmungen des Gesetzes finden keine Anwendung:

a) auf jene Vereine, welche Kapital durch Aktien aufzubringen, Kreditpapiere in Umlauf zu setzen beabsichtigen, auf Anstalten für öffentlichen Verkehr, für Vermögenssicherung, Ersparung, Versorgung, Auswanderung, endlich auf Vereine, welche den Betrieb von Erwerbsgeschäften zum Zwecke haben oder überhaupt unter den Begriff von civilrechtlichen oder Handelsgesellschaften fallen. Derartige Vereine, insbesondere daher auch die Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften, unterliegen den hiefür bestehenden besonderen Gesetzen und Vorschriften.

Vereinsges. Art. 26 Abs. 2,
ME. v. 26. Nov. 1872, Weber IX. 589.

Vgl. insbesondere:

Handelsgesetzbuch von 1861 Art. 85 ff., von 1897 §§ 105 ff., dann das
Ges. v. 29. April 1869 über die privatrechtliche Stellung von Vereinen, GBl. S. 1197 (s. übrigens Art. 37), modificirt durch Art. 80 des Ausf.Ges. zur CPO. v. 23. Febr. 1879,
Reichsges. v. 18. Juli 1884, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Aktiengesellschaften betr., RGBl. S. 123, vgl. Bl. f. a. Pr. Bd. 36 S. 341,

Reichsges. v. 1. Mai 1889, die Erwerbs- und Wirthschafsgenossenschaften betr., RGBl. S. 55, modificirt durch Reichsges. v. 12. August 1896, RGBl. S. 695, und Einf.Ges. zum HGB. v. 10. Mai 1897 Art. 10, RGBl. S. 437, mit RKB. v. 11. Juli 1889, RGBl. S. 581, und V. v. 24. Juli 1889, GVBl. S. 409, vgl. MB. v. 10. März 1892, JMBl. S. 63, ME. v. 17. Okt. 1894 (Unterschlagungen bei Kreditvereinen), ME. v. 27. April 1897 (Zuständigkeitsverhältnisse); s. ferner Ges. v. 28. Nov. 1889, GVBl. S. 581, und Bl. f. a. Pr. Bd. 39 S. 270, Reger XVII. 234, 236,

Gewerbeordn. §§ 81 mit 104o und VV. hiezu v. 29. März 1892 §§ 1, 36, GVBl. S. 61,

Bankges. v. 14. März 1875, RGBl. S. 177, vgl. RGBl. 1889 S. 201,

Str.GB. § 360 Ziff. 9 mit PStr.GB. Art. 2 Ziff. 2 und Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 4, ME. v. 11. Sept. und 3. Okt. 1872, 20. April und 8. Juni 1874, Weber X. 259, dann Reger XI. 331, XII. 197,

Reichsges. über eingeschriebene Hilfskassen v. 7. April 1876, RGBl. S. 125, bezw. 1. Juni 1884, RGBl. S. 54, modificirt durch Reichsges. v. 10. April 1892 Art. 32, RGBl. S. 379, vgl. auch Art. 8 Ziff. 9 des Ges. v. 8. August 1878 über den VGH., dann V. v. 1. Nov. 1884, GV.-Bl. S. 487, und ME. v. 12. Nov. 1884, MABl. S. 325, ferner MA.-Bl. 1892 S. 497, sowie unten § 150 Ziff. 6 und § 159 lit. B Ziff. II,

Reichsges. betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, v. 20. April 1892, RGBl. S. 477, modificirt durch Einf.Ges. zum HGB. v. 10. Mai 1897 Art. 11, RGBl. S. 437; s. ferner Ges. v. 22. Mai 1892, GVBl. S. 119,

Bl. f. a. Pr. Bd. 7 S. 113, Bd. 12 S. 368, Bd. 23 S. 111, Bd. 25 S. 327, Bd. 26 S. 48, 315, Bd. 27 S. 79, Bd. 32 S. 203, Bd. 35 S. 28, Bd. 36 S. 341, Bd. 42 S. 257, Bd. 44 S. 168,

Bl. f. RA. Bd. 21 S. 254,

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 9 S. 24.

Vereine der obigen Art sind jedoch auf die gesetzlich zulässigen geschäftlichen Zwecke beschränkt. Ein Hinübergreifen auf andere, insbesondere öffentliche Angelegenheiten, deren Erörterung unter das Gesetz über Vereine und Versammlungen fällt, zieht bei Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften strafgerichtliche Einschreitung gegen die Vorstandschaft

cit. Reichsges. v. 1. Mai 1889 § 143,

unter Umständen die Auflösung der Genossenschaft

cit. Reichsges. § 79, hiezu

Ges. v. 28. Nov. 1889, GVBl. S. 581 (Zuständigkeit des VGH.),

nach sich und rechtfertigt bei anderen Vereinen der in Art. 26 Abs. 2 des Vereinsgesetzes erwähnten Art die fernere Behandlung nach den allgemeinen Normen.

Die Verleihung von Korporationsrechten an Vereine ist der Staatsregierung vorbehalten.

Form.V. v. 17. Dez. 1825 § 17 lit. b, RBl. S. 1049,
ME. v. 11. Okt. 1835, Döll. Bd. 11 S. 1181, Weber III. 38,
ME. v. 10. August 1848, Döll. Bd. 21 S. 193, Weber III. 723.

Ein Bedürfniß hiezu wird jedoch um so seltener gegeben sein, als die Vereine als Rechtssubjekte ihre vermögensrechtlichen Verhältnisse auf Grund der obigen Gesetze zu regeln im Stande sind.

b) auf die durch das Gesetz oder die Behörden angeordneten Versammlungen und die Vorberathungen ihrer Mitglieder während der Dauer der Sitzungen, auf die Wahlvorversammlungen für Reichs- und Landtags-, Landraths-, Distrikts- und Gemeindewahlen nach erlassenem Wahlausschreiben.

Ges. v. 26. Febr. 1850 Art. 26 Abs. 1,
Reichstagswahlges. v. 31. Mai 1869 § 17, GBl. 1871 Beil. S. 68,
ME. v. 22. April 1874, Weber IV. 85 Anm. 17,
Bl. f. a. Pr. Bd. 3 S. 81,
Bl. f. RA. Bd. 43 S. 459,
S. o. E. f. Str. Bd. 8 S. 502,
O. E. im MABl. 1878 S. 334,
Seydel a. a. O. Bd. 3 S. 53 (I. Aufl. Bd. 5 S. 98).

c) auf die Bildung von Religionsgesellschaften

II. Verf.Beil. §§ 3, 4, 26, 27 — vgl. Bd. I S. 270 —

und die Gründung von religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen, deren Errichtung mit Rücksicht auf

§ 76 lit. c der II. Verf.Beil.,
§ 5 der V. v. 18. April 1873, RBl. S. 745,

besondere landesherrliche Genehmigung erfordert (s. Bd. I S. 277, 278), endlich auf gottesdienstliche Versammlungen.

II. Verf Beil. §§ 3, 76 lit. b und 79; vgl. überhaupt:
Seydel a. a. O. Bd. 3 S. 51 (I. Aufl. Bd. 5 S. 93),
VGHE. XVII. 72,
s. aber auch Reger X. 334.

Nach

ME. v. 15. Febr., 12. Mai und 11. Sept. 1854, dann 23. August 1855, Weber IV. 86 f.,

fallen daher auch die Gustav-Adolfs-Vereine, Bibelvereine, Jünglings- und Jungfrauen-Bündnisse, Bruderschaften u. dgl. an sich nicht unter das Vereinsgesetz; vgl. jedoch anderseits:

ME. v. 4. Febr. 1865, KMBl. S. 65 (Deutschkatholiken),
ME. v. 22. Juni 1867, KMBl. S. 126 (Freigemeinden).

In Bezug auf außerordentliche kirchliche Feierlichkeiten vgl. übrigens:
ME. v. 20. Juni und 6. Nov. 1851, Döll. Bd. 23 S. 355, 357, Weber IV. 264, 301,
ME. v. 20. Nov. 1873 Ziff. II. 5, KMBl. S. 445,
Bd. I S. 276 oben
und bezüglich der Prozessionen unten Ziff. 5 S. 325.

4. Das Vereinsgesetz unterscheidet bloße gesellige Zusammenkünfte ohne förmliche Vereinigung unter einer Vorstandschaft und ohne Satzungen, sodann organisirte nichtpolitische Vereine mit Vorstandschaft und Satzungen, endlich politische Vereine, d. h. solche, deren Zweck ausschließlich oder doch nebenbei öffentliche Angelegenheiten
vgl. Stengl. Ztschr. Bd. 1 S. 55,
S. o. G. f. Str. Bd. 8 S. 269
betrifft.
Vollz.Vorschr. v. 3. März 1850 Ziff. 24, 25, Döll. Bd. 29 S. 341, Weber IV. 86.

Die ersteren sind, so lange sie nicht die Besprechung öffentlicher Angelegenheiten in ihre Zwecke ziehen, von allen Formen befreit.
VV. Ziff. 24, 27.

Nichtpolitische Vereine mit Vorstandschaft und Satzungen haben ihre Gründung, dann jede Veränderung ihrer Vorstandschaft und Zwecke der Ortspolizeibehörde anzuzeigen, welche die Distriktsverwaltungsbehörde alsbald hievon in Kenntniß zu setzen hat.
Vereinsges. Art. 12, 20,
VV. Ziff. 26—29,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 3 S. 542, Bd. 4 S. 261,
Bl. f. a. Pr. Bd. 25 S. 321 ff.

Ueber den Begriff „Verein", insbesondere darüber, ob Zahlstellen, Kommissionen u. dgl. als Vereine zu betrachten sind, vgl.:
Reger IX. 470, X. 347, XI. 251, XIII. 92, XIV. 205, XVI. 331, XVII. 226,
O. E. im MABl. 1876 S. 138, 1895 S. 14,
OLGE. II. 116, 155,
VGHE. XI. 251,
S. o. G. f. Str. IV. 429, VI. 260, VIII. 172.

Ueber Namensführung der Vereine s.:
Reger XIV. 315, 324.

Bezüglich der Veteranen-, Krieger- und Kampfgenossen-Vereine s.:
ME. v. 27. Sept. 1874,
ME. v. 10. Okt. 1875, MABl. S. 503,
Reger XIII. 349, XVI. 222;
über Verleihung der Luitpoldmedaille an die Fahnen derselben:
V. v. 12. März 1897, GVBl. S. 45;

bezüglich der Schützenvereine:

V. v. 25. August 1868, RBl. S. 1729 ff.;

bezüglich der Freimaurerlogen:

sten. Ber. der Abg.=Kammer 1877/78 Bd. II S. 137 und 144, 1882 Bd. III S. 126,

Reger XIV. 315, 324;

über Privat=Unterstützungs=Vereine und =Kassen für Brandfälle:

ME. v. 9. April 1882, Weber X. 522, und 30. Jan. 1895 (vgl. unten § 157 lit. B);

über die St. Johanniszweigvereine:

ME. v. 25. April 1857, Weber IV. 606 (vgl. unten § 167 Ziff. 2).

Die Vorlage des in Ziff. 28 Abs. 2 der cit. VV. vorgeschriebenen Verzeichnisses nichtpolitischer Vereine an die Kreisregierung K. d. J. ist durch

ME. v. 3. April 1867, Weber IV. 94,

nachgelassen worden.

Ursprünglich politische Vereine, welche im Verlaufe der Zeit diesen Charakter verlieren, können in die Klasse der nichtpolitischen Vereine eingereiht werden;

ME. v. 23. März 1867, Weber VI. 767.

Anderseits unterliegen die nichtpolitischen Vereine, sobald sie öffentliche Angelegenheiten in den Bereich ihrer Verhandlungen und Bestrebungen zu ziehen beginnen, den Vorschriften über politische Vereine.

Vereinsges. Art. 13,

VV. Ziff. 26, 29, 30 ff.,

vgl. ME. v. 26. Juli 1853, Döll. Bd. 29 S. 344,

S. o. E. f. Str. Bd. 8 S. 269.

Die Frage, ob ein politischer Verein gegeben sei, ist lediglich nach den obwaltenden thatsächlichen Verhältnissen, der Konstituirung und der an dem betreffenden Orte entwickelten Thätigkeit der Vereinigung zu beurtheilen.

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 9 S. 24,

S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 429, Bd. 6 S. 259, Bd. 8 S. 277,

OLGE. II. 116, 155, VIII. 172, IX. 39,

O. E. im MABl. 1876 S. 138, 1895 S. 12,

VGHE. VIII. 229, XI. 251,

Reger VIII. 165, IX. 30, X. 482,

Bl. f. a. Pr. Bd. 25 S. 65, 305,

ME. v. 30. August 1862, 24. Sept. 1869, 15. Nov. 1873, Weber IV. 87.

Politische Vereine sind verpflichtet, Vorsteher zu wählen, Satzungen über Verfassung und Wirksamkeit des Vereins aufzustellen und letztere, sowie alle Aenderungen, binnen 3 Tagen der Distriktspolizeibehörde anzuzeigen

Art. 14, 20,

Frauen und Minderjährige fernzuhalten

Art. 15, 20,
O. E. im MABl. 1876 S. 138, 1895 S. 12,
S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 58, 259, Bd. 7 S. 125, Bd. 8 S. 281,
OLGE. VI. 710, VIII. 173,
Reger X. 482,
Seydel a. a. O. Bd. 3 S. 57 Anm. 95 (I. Aufl. Bd. 5 S. 104 Anm. 6),

die in Art. 1 mit 9 des Gesetzes für Versammlungen getroffenen Bestimmungen zu beachten und insbesondere alle Versammlungen, für welche Ort und Zeit nicht schon satzungsmäßig feststehen, anzuzeigen

Art. 16, 19, 20, 22,
ME. v. 31. März 1875,
S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 1, Bd. 8 S. 269,
OLGE. II. 155, VI. 345,
Bl. f. a. Pr. Bd. 25 S. 324,

sowie den polizeilichen Abgeordneten den Zutritt zu ihren Versammlungen zu gestatten

Art. 7 mit 9, 19, 20, 22 des Ges.,
VV. Ziff. 18,
vgl. unten Ziff. 5 S. 324,

endlich sich ungesetzlicher Affiliationen und Formen für ihre Beschlußfassung zu enthalten.

Art. 17, 18, 19, 22, dann
Bl. f. a. Pr. Bd. 25 S. 305,
Bl. f. RA. Bd. 40 S. 569,
Stengl. Ztschr. Bd. 14 Beibl. S. 41,
Rechtspr. des RG. IX. 590,
S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 429, Bd. 7 S. 463,
VGHE. XI. 251,
Reger IX. 73, 470, XI. 116.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen in Art. 14, 17, 18 des Gesetzes, geheime oder unter Ausschluß der polizeilichen Abgeordneten stattfindende Versammlungen, Vereinsbestrebungen, welche die religiösen, sittlichen, gesellschaftlichen Grundlagen des Staates zu untergraben drohen, berechtigen die Polizeibehörden zur Schließung des Vereins. Ueber die instanzielle Zuständigkeit zur Vereinsschließung s.:

Seydel a. a. O. Bd. 3 S. 59 (I. Aufl. Bd. 5 S. 107).

Beschwerden gegen die Schließung von Vereinen auf Grund des Art. 19 Ziff. 1 bis 5 des Vereinsgesetzes entscheidet letztinstanziell der Verwaltungsgerichtshof.

Ges. v. 8. August 1878 Art. 8 Ziff. 6,
VGHE. VIII. 229, XI. 251.

Die Schließung kann in provisorischer Weise auch dann verfügt werden, wenn die Zwecke oder Beschlüsse des Vereins den Strafgesetzen zuwiderlaufen.

Vereinsges. Art. 19 Abs. 1 Ziff. 6, Abs. 2.

Ob die gesetzlichen Voraussetzungen zur Schließung eines Vereines gegeben sind, hat die Polizeibehörde auch dann selbstthätig zu prüfen, wenn wegen Zuwiderhandlung gegen das Vereinsgesetz gleichzeitig strafrichterliche Einschreitung erfolgt. Die Schließung ist öffentlich bekannt zu machen.

Vereinsges. Art. 19 Abs. 3, 4, Art. 24 (in der Fassung des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879 Art. 84),
VV. Ziff. 30--43,
Bl. f. RA. Bd. 42 S. 528,
Ztschr. f. G. u. R. Bd. 6 S. 270,
S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 429,
ME. v. 14. Juli 1853, Döll. Bd. 29 S. 344,
ME. v. 13. Okt. 1874.

In Bezug auf die strafgerichtliche Schließung von Vereinen s.:

Vereinsges. Art. 19 Abs. 1 Ziff. 6, Abs. 2, 4, Art. 24 (in der Fassung des Art. 84 des cit. Ges. v. 18. August 1879),
S. o. E. f. Str. Bd. 3 S. 372,
Stengl. Ztschr. Bd. 13 Beibl. S. 50,
Reger VIII. 54.

Ueber die zu führenden Verzeichnisse der politischen Vereine und deren Evidenthaltung s. endlich:

VV. Ziff. 33,
ME. v. 14. Juli 1853, Weber IV. 95,
ME. v. 6. Nov. 1882.

5. Versammlungen

Reger XI. 99, 349, XV. 93,
Rechtspr. des RG. IV. 422,

in welchen öffentliche Angelegenheiten

Reger VIII. 165, XII. 354, 355, XIII. 91, XIV. 202, XV. 17, 94, 155,
O. E. im MABl. 1895 S. 12,
OLGE. VII. 294

(wozu rein gewerkschaftliche Themata nicht gehören*)

OLGE. VI. 710)

erörtert werden sollen und wozu öffentliche oder allgemeine Einladungen

*) Vgl. überhaupt: Sozialdemokratische Gewerkschaften Deutschlands seit dem Erlaß des Sozialistengesetzes von Dr. J. Schmöle, Jena 1896.

21*

Reger XI. 351

ergehen, unterliegen den Vorschriften in

Art. 2—10, 20, 21 des Ges.,
Ziff. 1 mit 23 der VB., vgl.
S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 1, Bd. 8 S. 269, 359,
Stengl. Ztschr. Bd. 1 S. 55,
Bl. f. a. Pr. Bd. 2 S. 135, Bd. 26 S. 315,
Reger VIII. 165, XI. 99, XV. 353,
Seydel a. a. O. Bd. 3 S. 55 (I. Aufl. Bd. 5 S. 99 f.).

In Bezug auf die Anzeigepflicht s.:

Art. 2 des Ges. und
Ziff. 1 mit 4 der VB.,
OLGE. VI. 345, VII. 294,
Reger XII. 111, XIII. 95, 343, XV. 235,
Bl. f. RA. Bd. 43 S. 458;

bezüglich der Leitung von Versammlungen obiger Art s.:

Art. 7 mit 9 des Ges. und
Ziff. 18 der VB.,

dann bezüglich der polizeilichen Ueberwachung:

oben Ziff. 1 S. 316,
Seydel a. a. O. Bd. 3 S. 56 (I. Aufl. Bd. 5 S. 102),
ME. v. 7. April 1876, 2. April 1886, 2. April 1891,

insbesondere über die Abordnung von Kommissären zu den Versammlungen:

ME. v. 30. August 1862, Weber IV. 87,
ME. v. 23. Nov. 1874, Weber X. 507;

über die Assistenzleistung der Gendarmerie:

ME. v. 6. Mai 1876, Weber XI. 531;

in Bezug auf die Berichterstattung über Versammlungen:

ME. v. 3. Juni 1876.

Ein mäßiges Eintrittsgeld bei öffentlichen Versammlungen wird vom Standpunkte der Gegenleistung nicht zu beanstanden sein; vgl. auch:

Stengl. Ztschr. Bd. 17 S. 237,
Reger XII. 116, XIII. 341.

Ferner ist hier insbesondere die bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit eintretende Zulässigkeit eines distriktspolizeilichen Verbotes von Versammlungen unter freiem Himmel

Ges. Art. 3, VB. Ziff. 10, 16

hervorzuheben.

Zu Versammlungen, gleichviel welchen Zweckes, welche auf öffentlichen Plätzen und Straßen innerhalb der Städte und Ortschaften stattfinden sollen, dann zu öffentlichen Aufzügen innerhalb derselben

ist die Zustimmung der Gemeindeverwaltung und Genehmigung der Distriktspolizeibehörde erforderlich

Ges. Art. 4, 21 und VB. Ziff. 5 mit 17,
OLGE. II. 252, III. 298, V. 237, VII. 428, VIII. 282, 373,
Reger XV. 94, 239, XVI. 102, 339,

soferne nicht bloße ortsherkömmliche Prozessionen

S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 111, 124,
Stengl. Ztschr. Bd. 9 S. 324, Bd. 16 Beibl. S. 19, 25,
Bl. f. RA. Bd. 41 S. 539,
Seydel a. a. O. Bd. 3 S. 51 (I. Aufl. Bd. 5 S. 94),
ME. v. 24. April 1869, Weber IV. 82 Anm. 7,
ME. v. 2. Juni 1887, Weber XVIII. 359,
Reger XIII. 97

und Aufzüge im Sinne des Art. 4 Abs. 2 in Frage stehen.

Bewaffnete Kondukte bei kirchlichen Prozessionen, Leichenbegängnissen u. s. w. sind durch Art. 1 des Gesetzes nicht unbedingt ausgeschlossen, jedoch an die Bestimmungen in Art. 4 gebunden;

ME. v. 28. Juni 1875, Weber XI. 46,
ME. v. 10. Okt. 1875, MABl. S. 503,
Reger XV. 94, XVI. 345.

In Bezug auf Leichenbegängnisse s. weiter:

OLGE. V. 126, VI. 137, 200, VII. 49,
O. E. im MABl. 1890 S. 376,
Reger XII. 99, XIII. 342;

über Feuerwehraufzüge:

ME. v. 30. Mai 1889,
OLGE. V. 237,
Seydel a. a. O. Bd. 3 S. 56 Anm. 73 (I. Aufl. Bd. 5 S. 101 Anm. 6);

über das Führen rother Fahnen bei Aufzügen u. dgl.:

Reger XII. 92, 370, XIII. 183, XVII. 229.

Bei Genehmigung öffentlicher Aufzüge können übrigens nach Art und Zweck derselben noch besondere polizeiliche Vorschriften, so bei Maskenzügen die

Art. 32 Abs. 1 Ziff. 1, Art. 36 Ziff. 2, 3 des PStr.GB. — s. § 139 Ziff. 7 —,

bei Fackelzügen die allgemeinen feuerpolizeilichen Rücksichten, insbesondere

§ 368 Ziff. 6 mit 8 des Str.GB.,
§ 12 der V. v. 27. Juni 1862, RBl. S. 1573 (s. oben § 121 Ziff. 3 S. 203),

endlich allenthalben die nach

PStr.GB. Art. 44

zulässigen Anordnungen zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit

(vgl. auch Str.GB. § 366 Ziff. 10)

in Betracht kommen.

Dem Gebrauche von Parteizeichen, wodurch im Publikum Besorgnisse und Unordnungen hervorgerufen werden können, ist auf Grund des

PStr.GB. Art. 30

(vgl. ME. v. 20. Sept. 1872, Weber IX. 541)

entgegenzutreten.

Die Beschränkungen in Art. 15 des Gesetzes (Ausschluß der Frauen und Minderjährigen von politischen Vereinen und deren Versammlungen) sind auf öffentliche Volksversammlungen dann anwendbar, wenn letztere von politischen Vereinen ausgehen; vgl. über diese Frage:

O. E. im MABl. 1876 S. 138, 1895 S. 12,
S. o. E. f. Str. Bd. 6 S. 58, 259, Bd. 7 S. 125, Bd. 8 S. 281,
OLGE. VI. 710,
Seydel a. a. O. Bd. 3 S. 57 (I. Aufl. Bd. 5 S. 104),
Reger X. 482, XI. 349, XIII. 94, XV. 154.

6. Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts können sich zufolge Art. 28 des Vereinsgesetzes aus den Disziplinarvorschriften für öffentliche Lehranstalten

vgl. Weber IV. 86 Anm. 20, dann
Bd. I S. 397, 418 ff. dieses Handbuchs, insbesondere
ME. v. 10. Juli 1873, Weber X. 471, und 2. Nov. 1896 (Schülerverbindungen),
Bl. f. a. Pr. Bd. 14 S. 140

und für öffentliche Diener ergeben. Hienach kann den letzteren die Betheiligung an bestimmten Vereinen verboten werden.

V. v. 15. März 1850, RBl. S. 241; vgl. auch:
V. v. 17. Juni 1835, Döll. Bd. 17 S. 730,
ME. v. 18. März und 3. April 1850, Weber IV. 103;

bezüglich der Geistlichen und Schullehrer s. Band I S. 290, 381.

Den die Vereinspolizei unmittelbar ausübenden königlichen Staatsbeamten ist die Theilnahme an politischen Vereinen innerhalb ihres Amtsbezirks untersagt;

ME. v. 18. März und 3. April 1850, Döll. Bd. 29 S. 343, Weber IV. 103.

Der Eintritt von Beamten in die Vorstandschaft oder den Verwaltungs-Ausschuß anderer Vereine ist an die Beobachtung der Vorschriften der

V. v. 10. März 1868, RBl. S. 449,
ME. v. 13. Nov. und 2. Dez. 1868, KMBl. S. 330, JMBl. S. 245,
vgl. Landtagsabschied v. 28. April 1872 § 51, GBl. S. 264,

geknüpft; s. auch Bd. I S. 13, 17.

Den zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen ist die Theilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen untersagt.

Militärges. v. 2. Mai 1874 §§ 38, 49 Abs. 2, RGBl. S. 45;
vgl. ferner Mil.Str.GB. §§ 101 und 113,
Vereinsges. Art. 27 Abs. 1.

Weitere aus den militärischen Dienstverhältnissen sich ergebende Beschränkungen sind nach

Vereinsges. Art. 27 Abs. 2

zulässig; vgl. auch:

ME. v. 8. August 1878.

7. Das Gebiet der Vereins- und Versammlungs-Polizei berühren auch die Bestimmungen des

Str.GB. §§ 116, 128, 129, vgl.
Reger II. 404, VI. 65, 263, IX. 73, X. 58, XII. 42, XIV. 394,
vgl. auch Gewerbeordn. §§ 152, 153 (unten Bd. 3 § 150).

In Bezug auf die Gebührenbehandlung s.:

Vereinsges. Art. 29.

Zehntes Kapitel.*)

Sittenpolizei.

§ 139. Oeffentliche Vergnügungen.

1. Daß die Sittenpolizei in engem Zusammenhange mit der Sicherheitspolizei steht, wurde bereits auf S. 83 hervorgehoben. Soweit die dort speziell besprochenen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen, insbesondere § 360 Ziff. 11 des Str.GB. und Art. 44 des PStr.GB., ferner die auf S. 79 ff. erwähnte Einschreitung gegen Bettel und Landstreicherei

Str.GB. § 361 Ziff. 3, 4,

dann gegen Arbeitsscheue

Str.GB. § 361 Ziff. 5, 7, 8,

als gegen Quellen unsittlicher und rechtswidriger Handlungen, Mittel an die Hand geben, der Unsittlichkeit entgegenzutreten, genügt hier lediglich die Verweisung auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen; eine nähere Erörterung hat jedoch in dem vorliegenden Kapitel eine Reihe anderer gesetzlicher Vorschriften zu finden, wodurch entweder gewisse Handlungen

*) In vierter Auflage bearbeitet von Bezirksamtsassessor G. Krais.

als unsittlich direkt untersagt oder doch bestimmte, an sich zulässige Lustbarkeiten wegen der damit verbundenen Gefahr sittlicher Ausschreitungen beschränkt werden.

2. Um den Gefahren, welche der regellose Betrieb des Wirthschaftsgewerbes der sittlichen Ordnung bringen kann, vorzubeugen, ist der Betrieb dieses Gewerbes regelmäßig an gewerbspolizeiliche Erlaubniß geknüpft, welche für den Ausschank von Spirituosen allgemein, für die Gastwirthschaft und den Ausschank sonstiger geistiger Getränke in Orten mit weniger als 15,000 Einwohnern

vgl. VGHE. XI. 515,

dann in jenen Orten mit größerer Einwohnerzahl, für welches dies durch Ortsstatut festgesetzt ist, von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig gemacht ist

Gewerbeordn. § 33 Abs. III,
VB. v. 29. März 1892 § 12, GVBl. S. 61,

jedoch auch da, wo die Bedürfnißfrage nicht zu prüfen oder aber zu bejahen ist, dann versagt werden muß, wenn das Betriebslokal nach Lage oder Beschaffenheit den polizeilichen Anforderungen nicht entspricht oder bestimmte Thatsachen die Annahme rechtfertigen, daß der Gesuchsteller das Gewerbe zur Förderung der Völlerei, des verbotenen Spiels, der Hehlerei oder der Unsittlichkeit mißbrauchen werde

Gewerbeordn. § 33 Abs. II,

und welche unter den Voraussetzungen der

Gewerbeordn. §§ 53, 54

wieder zurückgenommen werden kann. Ebenso kann die Einstellung des ausnahmsweise nicht an eine Erlaubniß gebundenen Wirthschaftsbetriebs verfügt werden, wenn Thatsachen vorliegen, auf Grund deren nach § 33 a. a. O. die Erlaubniß zum Wirthschaftsbetriebe hätte versagt werden können.

Einf.Ges. zur Gewerbeordn. v. 12. Juni 1872 § 1 Abs. 2 (modificirt durch Art. 3 Abs. 2 der Nov. v. 23. Juli 1879) und Abs. 3; vgl. auch:
ME. v. 6. August 1877, MABl. S. 283.

Unberechtigter Wirthschaftsbetrieb ist polizeilich einzustellen

Gewerbeordn. § 15 Abs. 2

und ebenso wie die Abweichung von den bei der Genehmigung festgesetzten Bedingungen strafpolizeilich zu verfolgen.

Gewerbeordn. § 147 Abs. 1 Ziff. 1,
O. E. im MABl. 1890 S. 89.

Die nähere Darstellung der Vorschriften über stehende Wirthschaftsgewerbe s. in § 148 Ziff. 3 lit. B b γ.

Geistige Getränke sind in der Regel vom Ankauf oder Feilbieten im Umherziehen ausgeschlossen und dürfen (ausgenommen Bier und Wein in Fässern und Flaschen) auch innerhalb des Gemeindebezirks des Wohnorts oder der gewerblichen Niederlassung nicht von Haus zu Haus oder an öffentlichen Orten feilgeboten werden, soferne Solches nicht von der Ortspolizeibehörde im Falle besonderen Bedürfnisses vorübergehend gestattet wird.

Gewerbeordn. § 56 Abs. 2 Ziff. 1 im Zusammenhalte mit § 42a Abs. 1 und 3; vgl. auch § 35 Abs. 4, § 56a Ziff. 3, § 56b Abs. 1, § 60 Abs. 1, § 148 Ziff. 5, 7a und 7c,
VV. v. 29. März 1892 §§ 19, 25 Abs. 2, GVBl. S. 61,
RKV. v. 21. März 1890, RGBl. S. 60,
ME. v. 1. Juli 1890 § 6, MABl. S. 263,
Reger IX. 206, X. 144, XVI. 234, Erg.Bd. I. 21.

Geistige Getränke bei und vor öffentlichen Versteigerungen an die Anwesenden unentgeltlich oder unter Preisermäßigung zu verabfolgen ist verboten.

Str.GB. § 367 Ziff. 16 (eingefügt durch Reichsges. v. 19. Juni 1893, RGBl. S. 197),
V. v. 14. bezw. MB. v. 17. Okt. 1894, GVBl. S. 587.

Ueber Lohnauszahlungen in Wirthschaften s.:
Gewerbeordn. §§ 115a, 148 Ziff. 13, § 154a,
V. v. 29. März 1892 § 43, GVBl. S. 61,
VJ. v. 31. März 1892 § 18, MABl. S. 91.

Ferner können geistige Getränke auf Jahrmärkten zum Genuß auf der Stelle nur mit ortspolizeilicher Genehmigung verkauft werden, auch bilden sie keinen Gegenstand des Wochenmarktverkehrs.

Gewerbeordn. § 66 Ziff. 2, § 67 Abs. 2, § 147 Ziff. 1,
Reger III. 138, IX. 420.

Der Wirthshausbesuch ohne gehörige Aufsicht ist den Schulpflichtigen untersagt; Zuwiderhandlungen sind regelmäßig disciplinär, im Falle des
PStr.GB. Art. 56 Abs. 2
richterlich strafbar; inwieferne Eltern u. s. w. wegen Vernachlässigung ihrer desfallsigen Erziehungspflicht bestraft werden können, bemißt sich nach
PStr.GB. Art. 56 Abs. 1 (vgl. Bd. I S. 396).

Das Blaumontagmachen ist durch
PStr.GB. Art. 155 Abs. 1, vgl.:
Ges. über Heimath u. s. w. v. 16. April 1868 Art. 45 Ziff. 6,
Stengl. Ztschr. Bd. 15 S. 214, Beibl. S. 81,

S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 204, 531,

OLGE. V. 119,

das Umhertreiben der Dienstboten in Wirthshäusern und Winkelkneipen zur Arbeitszeit durch

PStr.GB. Art. 106 Abs. 1 Ziff. 6

mit Strafe bedroht; in beiden Fällen ist polizeiliche Einschreitung nach

Art. 102 Abs. 2 ff. des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn. v. 18. August 1879

zulässig; vgl. unten § 141 Ziff. 9 und § 150.

Siehe ferner:

PStr.GB. Art. 31 in Verbindung mit Str.GB. § 39 Ziff. 1.

3. Die **Polizeistunde** ist durch die zufolge

Art. 2 Ziff. 4 und Art. 159 Abs. 2 des PStr.GB.

aufrecht erhaltene

V. v. 18. Juni 1862, RBl. S. 1388,

für die Städte (auch wenn sie die Landgemeinde-Verfassung angenommen haben

O. E. in Stengl. Ztschr. Bd. 2 S. 338,

Ztschr. f. G. u. R. Bd. 10 S. 491)

auf Mitternacht, für die Märkte und Landgemeinden auf 11 Uhr Abends festgestellt, kann jedoch durch ortspolizeiliche Vorschrift auf eine frühere Stunde herabgesetzt, anderseits für die an dem Burgfrieden einer Stadt unmittelbar gelegenen oder als Vergnügungsorte für die benachbarte Stadt in Betracht kommenden Märkte und Landgemeinden auf Mitternacht festgestellt werden;

cit. V. §§ 1, 2.

Verlängerungen der Polizeistunde für einzelne Tage sind nur unter den Voraussetzungen der

cit. V. §§ 3 mit 5, 6 Abs. 2, dann der

V. v. 18. Juni 1862, Tanzmusiken betr., § 9, RBl. S. 1391,

zulässig; vgl. auch:

V. v. 20. Sept. 1879 § 3 Abs. 1 lit. h, i und Abs. 3, GVBl. S. 1187,

O. E. im MABl. 1886 S. 73.

Die in § 6 Abs. 1 der Polizeistunde-Verordnung enthaltene Befreiung ist auf solche geschlossene Gesellschaften und gesellige Vereine, welche in einem Wirthshause ein, wenn auch von den öffentlichen Wirthschaftsräumen gesondertes Lokal besitzen, fortwährend unanwendbar, vgl.:

Stengl. Ztschr. Bd. 2 S. 291, Bd. 4 S. 277, Bd. 15 Beibl. S. 41,

OLGE. II. 482, 486, V. 382,

O. E. im MABl. 1875 S. 449, 1883 S. 334; s. auch:

Reger IV. 127, 444, X. 86, XI. 211, XVI. 75, Erg.Bd. I. 156 ff., 347,

Bl. f. a. Pr. Bd. 24 S. 173, Bd. 29 S. 77, Bd. 39 S. 209.

Gäste, welche in einer Schankstube

vgl. OLGE. V. 86 und
MABl. 1888 S. 224,
VGHE. IX. 229,
Reger IX. 93, XII. 321, XIII. 309

oder an einem öffentlichen Vergnügungsorte (d. h. in einer zur Benützung durch das Publikum behufs geselligen Vergnügens bestimmten Räumlichkeit eines Wirthshauses)

vgl. O. E. im MABl. 1875 S. 449,
OLGE. II. 486, VIII. 120,
Reger XII. 349

über die gebotene Polizeistunde verweilen, obwohl sie vom Wirthe, seinem Stellvertreter

S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 583,
Reger XIII. 139

oder einem Polizeibeamten zum Fortgehen aufgefordert wurden

OLGE. V. 23,
Reger IV. 76, IX. 329, XII. 131, XV. 328, XVI. 75,

dann Wirthe

Reger XVII. 83,
vgl. auch Gewerbeordn. § 151,

welche das Verweilen ihrer Gäste über die Polizeistunde hinaus dulden

OLGE. III. 64, IV. 251, V. 7, VI. 52, 266, VII. 11 und
O. E. im MABl. 1887 S. 42, 1892 S. 49, 1896 S. 421,
Reger V. 57, 81, VI. 309, VII. 448, VIII. 264, IX. 331, XI. 211, XII. 191, 414,
RGE. in Samml. der Entsch. III. 145,

werden nach

Str.GB. § 365

bestraft; vgl. auch:

Stengl. Ztschr. Bd. 16 S. 71,
S. o. E. f. Str. Bd. 4 S. 583, Bd. 5 S. 515,
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 369, Bd. 29 S. 65,
Reger VII. 449, VIII. 265, IX. 329 f., XII. 321, XIII. 309, Erg.Bd. I. 347.

Auf Grund ortspolizeilicher Vorschrift können ferner musikalische Aufführungen, Kegelspiele oder sonstige geräuschvolle Unterhaltungen, welche im Innern der Ortschaften in Wirthschafts- oder Privatgärten oder in sonstigen nicht geschlossenen Räumlichkeiten abgehalten werden, von der Polizeibehörde auf eine frühere Nachtstunde, als die Polizeistunde, beschränkt und solche Störungen der Nachtruhe unabhängig von der Strafverfolgung sofort abgestellt werden.

PStr.GB. Art. 34,
OLGE. II. 251.

Für die Veranstaltung von Nachtmusiken auf öffentlichen Straßen oder Plätzen ist ortspolizeiliche Erlaubniß erforderlich.

PStr.GB. Art. 36 Ziff. 1,
Stengl. Ztschr. Bd. 8 S. 195.

4. Betrunkene, welche öffentliches Aergerniß erregen oder Unfug treiben und Störungen verursachen, können von öffentlichen Orten und aus Wirthschaftslokalitäten entfernt und, wenn sie die Sicherheit dritter Personen oder fremden Eigenthums gefährden oder die öffentliche Ruhe stören, erforderlichen Falls bis auf höchstens 24 Stunden in polizeilichen Gewahrsam genommen werden.

PStr.GB. Art. 55 Abs. 1, 2; vgl. auch:
Bl. f. a. Pr. Bd. 22 S. 366, Bd. 30 S. 150.

Die Bestrafung auf Grund des

Str.GB. § 360 Ziff. 11

ist, wenn die Zurechnungsfähigkeit durch die Trunkenheit nicht aufgehoben war, durch eine polizeiliche Einschreitung nicht ausgeschlossen.

O. G. in der Ztschr. f. G. u. R. Bd. 10 S. 978,
Stengl. Ztschr. Bd. 4 S. 214, Bd. 17 S. 206.

Wer binnen Jahresfrist zum dritten oder öfteren Male gemäß Art. 55 Abs. 2 betreten wurde, wird nach

Abs. 3 a. a. O.,

wer bei gefährlichen Verrichtungen sich betrinkt oder solche betrunken außer Nothfällen vornimmt, nach

PStr.GB. Art. 82

bestraft; vgl. hieher auch:

Str.GB. § 361 Ziff. 5 und
JAVG. v. 22. Juni 1889 § 13 Abs. 2, RGBl. S. 97.

5. Die (nichtgewerbsmäßige) Veranstaltung öffentlicher, d. h. nicht blos bestimmten Personen zugänglicher Lustbarkeiten

Stengl. Ztschr. Bd. 3 S. 147,
Reger XV. 443, XVI. 8, 233

ist nach dem (eine beispielsweise Aufzählung solcher Lustbarkeiten gebenden)

PStr.GB. Art. 32 Ziff. 1 und der
Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 15, RBl. S. 25, vgl.
Bl. f. a. Pr. Bd. 25 S. 20

von ortspolizeilicher Erlaubniß abhängig gemacht, soweit nicht für einzelne Arten von Lustbarkeiten besondere Bestimmungen bestehen.

Letzterer Vorbehalt gilt insbesondere für die Abhaltung von Tanzmusiken; vgl. auch:

Gewerbeordn. § 33c.

Nach der hiefür maßgebenden

V. v. 18. Juni 1862 §§ 2, 3, RBl. S. 1391,

sind zur Bewilligung von Tanzmusiken zunächst die Distriktsverwaltungsbehörden zuständig und nur innerhalb der von den Bezirksämtern getroffenen Bestimmungen ist die Bescheidung einzelner Gesuche den Ortspolizeibehörden übertragen; vgl. ferner:

ME. v. 1. Dez. 1878 Abs. 3 Ziff. 1, MABl. S. 399, und

ME. v. 19. Juli 1887, Weber XII. 516 („bloße Schankwirthe").

Die Erlaubniß ist schriftlich und unter Beachtung der einschlägigen Gebührenvorschriften

rev. Gebührengef. Art. 178,

Armengef. Art. 18 Abs. 1 Ziff. 4, vgl.

V. v. 20. Sept. 1879 § 3 Abs. 1 Ziff. 1 lit. i, Abs. 2, 3, GVBl. S. 1187,

ME. v. 22. April 1884,

Bl. f. a. Pr. Bd. 30 S. 233 und oben Bd. I S. 106 lit. g,

sowie unter genauer Bestimmung der Zeitdauer und etwaigen weiteren Bedingungen

vgl. PStr.GB. Art. 32 Ziff. 3,

Tanzmusikverordn. §§ 4, 5

auszufertigen.

Zu beachten sind ferner die Verbote der Abhaltung öffentlicher Tanzmusiken zu geschlossener Zeit

cit. V. §§ 6, 9 Abs. 1,

dann die Vorschriften über die längste Dauer derselben

cit. V. § 9 Abs. 2 mit 4,

über Tanzmusiken an Kirchweihfesten und die Zurückverlegung letzterer auf althergebrachte Tage

cit. V. §§ 7, 8,

ME. v. 17. August 1853, Döll. Bd. 29 S. 745,

über die Vorenthaltung der Tanzmusikbewilligung aus Anlaß von Raufexcessen oder von Uebertretungen der über Tanzmusikabhaltung bestehenden Vorschriften

cit. V. § 10,

endlich über den Tanzmusikbesuch Schulpflichtiger:

PStr.GB. Art. 56 (Bd. I S. 396),

O. E. im MABl. 1897 S. 309.

Gesellige Vereine und geschlossene Gesellschaften

vgl. OLGE. VI. 270, VIII. 61,

Reger XI. 240, XII. 98,
Bl. f. a. Pr. Bd. 8 S. 233, Bd. 39 S. 212, Bd. 40 S. 46

dürfen Tanzmusiken nicht an jenen Tagen veranstalten, an welchen die öffentliche Abhaltung durch die §§ 6 und 7 obiger Verordnung untersagt ist.

PStr.GB. Art. 35; vgl.:
cit. V. v. 18. Juni 1862 § 1 Abs. 2,
Stengl. Ztschr. Bd. 3 S. 147, Bd. 4 S. 277, Bd. 15 Beibl. S. 13, 41, 56, Bd. 18 Beibl. S. 85,
S. o. E. f. Str. Bd. 5 S. 189, 369, Bd. 8 S. 61,
OLGE. II. 479, 489,
O. E. im MABl. 1875 S. 449, 1883 S. 332, 335,
Reger IX. 375.

Ueber die s. g. Subskriptionsbälle s. insbesondere:

ME. v. 9. Febr. 1844, Döll. Bd. 29 S. 734;

über die s. g. Hochzeitstanzmusiken:

cit. V. v. 18. Juni 1862 § 1 Abs. 3,
ME. v. 15. April 1876, MABl. S. 177,
ME. v. 1. Dez. 1878 Abs. 3 Ziff. 4, MABl. S. 399,
OLGE. II. 514, VI. 67;

über den Begriff der Oeffentlichkeit bei Tanzmusiken im besonderen s.:

O. E. im MABl. 1893 S. 61,
OLGE. II. 514, VI. 67, 429, VII. 341, 344, 456, VIII. 61,
Stengl. Ztschr. Beibl. zu Bd. 15 S. 41, zu Bd. 18 S. 85,
Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 65, Bd. 40 S. 46;

endlich überhaupt:

Bl. f. a. Pr. Bd. 8 S. 209 ff., Bd. 25 S. 404, Bd. 29 S. 65,
Stengl. Ztschr. Bd. 15 Beibl. S. 56,
VGHE. II. 385,
OLGE. VII. 341, 344, VIII. 63,
O. E. im MABl. 1893 S. 61, 1897 S. 37,
Reger XII. 349, XIII. 342, XVI. 217.

6. Für die Bewilligung der in

PStr.GB. Art. 32 Abs. 1 Ziff. 1

genannten Schau- und Vorstellungen ist die

V. v. 3. Juli 1868, RBl. S. 1161,

noch insoweit maßgebend, als es sich um nichtgewerbsmäßige Veranstaltung derselben handelt, indem dieselben entweder unentgeltlich oder zwar gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes, jedoch nur vorübergehend und nicht zum Privatvortheile des Unternehmers, z. B. für wohlthätige oder sonst gemeinnützige Zwecke

cit. V. § 3 Abs. 3

stattfinden.

Auch die

Art. 32 Abs. 1 Ziff. 2 und Art. 33 des PStr.GB.

sind auf die daselbst erwähnten Aufführungen noch insoweit anwendbar, als letztere in dem obigen Sinne nicht gewerbsmäßig stattfinden.

In Bezug auf Bedingungen bei Ertheilung derartiger Bewilligungen und Einstellung nichtgenehmigter Lustbarkeiten u. dgl. s.:

PStr.GB. Art. 32 Abs. 1 Ziff. 3, Abs. 2, Art. 33 Abs. 1, 2,
S. o. E. f. Str. Bd. 9 S. 291,
Reger XVI. 222.

In Bezug auf die Veranstaltung von Fackelzügen, Feuerwerken und Scheibenschießen sind auch die einschlägigen feuer- und sicherheitspolizeilichen Bestimmungen

Str.GB. § 367 Ziff. 4, 5, 6, 8, § 368 Ziff. 6, 7, 8,
PStr.GB. Art. 78 — oben S. 85 ff. und 198 ff. —

zu berücksichtigen.

Vorschriften in Bezug auf Maskeraden sind in

PStr.GB. Art. 32 Abs. 1 Ziff. 1, dann insbesondere in Art. 36 Ziff. 2, 3

vorbehalten, womit die

MB. v. 28. Mai 1862 § 1 Ziff. 1, RBl. S. 928,

zu vergleichen ist.

Ueber das Umherziehen an bestimmten Festtagen zum Zwecke der Erlangung herkömmlicher Geschenke s.:

PStr.GB. Art. 51.

Bei Fackelzügen, Maskenzügen u. dgl. kommen ferner die Bestimmungen der

Art. 4, 22 des Ges. v. 26. Febr. 1850 über Versammlungen und Vereine,
vgl. auch Stengl. Ztschr. Bd. 9 S. 324 und
Reger V. 270, dann oben § 138 Ziff. 5 S. 325,

bei Volksfesten und anderen Lustbarkeiten, welche Ansammlungen größerer Menschenmengen verursachen, polizeiliche Anordnungen im Sinne des

PStr.GB. Art. 44 (vgl. oben S. 83)

in Betracht.

7. Für gewerbsmäßige Schau- und Vorstellungen sind zunächst die Vorschriften der Gewerbeordnung maßgebend. — Hienach bedürfen Schauspiel-Unternehmer zum Gewerbsbetriebe der Erlaubniß gemäß

Gewerbeordn. § 32 (in der Fassung der Nov. v. 6. August 1896), vgl. § 147 Ziff. 1,
BB. v. 29. März 1892 § 11, GBBl. S. 61,
Bl. f. a. Pr. Bd. 37 S. 353, Bd. 38 S. 160,
Reger V. 270, 411, VII. 347, IX. 401, 411, 444, 478, 494, XII. 378, XIII. 346, XV. 370, XVI. 233, XVII. 2, 128;

über Theatercensur vgl.:

Reger V. 141, XII. 421, XIV. 89, 204,
S. o. E. f. Str. Bd. 9 S. 291.

Ohne Rücksicht auf die etwa bereits nach § 32 erwirkte Erlaubniß bedarf ferner Derjenige, welcher gewerbsmäßig Singspiele u. dgl., Schaustellungen von Personen oder theatralische Vorstellungen (nicht auch bloße Instrumentalmusikvorträge)

Reger V. 40, IX. 10, X. 140, 149, Erg.Bd. I. 1,

ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft dabei obwaltet, in seinen Wirthschafts- oder sonstigen Räumlichkeiten öffentlich veranstalten

Reger V. 270, 393, IX. 483, X. 485

oder seine Räume hiezu benutzen lassen will, der Erlaubniß zufolge

Gewerbeordn. § 33a, vgl. § 147 Ziff. 1,
cit. VB. v. 29. März 1892 § 13,
VGHE. XVI. 181, XVII. 187,
Reger V. 411, IX. 11, 15, 241, X. 140, 168, XIV. 320, XVI. 230, 326, 356,
OLGE. VI. 429, VII. 456,
vgl. auch ME. v. 17. April 1867, Weber VII. 9.

Ortspolizeiliche Erlaubniß erfordert die gewerbsmäßige Darbietung von Musikaufführungen (hier einschließlich der Instrumentalmusik), Schaustellungen und sonstigen Lustbarkeiten von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Straßen u. s. w., wenn ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft dabei nicht obwaltet.

Gewerbeordn. § 33b, vgl. § 148 Ziff. 5,
cit. VB. v. 29. März 1892 § 14,
ME. v. 1. Juli 1890 § 28, MABl. S. 263,
OLGE. III. 401, VI. 159,
O. E. im MABl. 1885 S. 186,
Reger V. 412, VI. 5, IX. 11, X. 140, XI. 135, XV. 11, XVI. 8, 19, 105, 247, 357, Erg.Bd. I. 1, 10.

Die als Gewerbsbetrieb im Umherziehen stattfindende Darbietung von Musikaufführungen, Schaustellungen und sonstigen Lustbarkeiten, bei welchen ein höheres Interesse obiger Art nicht obwaltet, bedarf eines Wandergewerbescheins nach

Gewerbeordn. § 55 Ziff. 4, vgl. § 57 Ziff. 5, § 60 Abs. 2, § 61 Abs. 2, 3, §§ 62, 148 Ziff. 7, § 149 Ziff. 2, 3,
ME. v. 4. August 1880, FMBl. S. 210 (Militärmusiken),
cit. VB. v. 29. März 1892 §§ 25 ff.,
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 190, 344, Bd. 37 S. 358,
Reger III. 254, V. 275, VII. 10, IX. 401, X. 145, XII. 370, XIII. 100, XIV. 320, XV. 134, 451, XVI. 19, 105, 247,

und, wenn derartige Gewerbe von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Straßen u. dgl. oder an anderen öffentlichen Orten ausgeübt werden sollen, noch der ortspolizeilichen Erlaubniß nach

Gewerbeordn. § 60a, vgl. § 148 Ziff. 7b.

Umherziehenden Schauspielergesellschaften wird der Wandergewerbeschein nur dann ertheilt, wenn der Unternehmer die in § 32 vorgeschriebene Erlaubniß besitzt.

Gewerbeordn. § 60d Abs. 4.

Ueber Theateragenturen s.:

Reger XI. 261, XIII. 344 f., XV. 450, XVI. 9.

Ueber die Feuerpolizei bei Theatern u. dgl. s. oben § 121 Ziff. 2 S. 201.

Wandergewerbscheine nach § 55 Ziff. 4 können zeitlich eng begrenzt, Genehmigungen und ortspolizeiliche Bewilligungen im Sinne der §§ 32, 33a und 60a mit Bedingungen verknüpft werden; vgl.:

Gewerbeordn. § 60 Abs. 2, § 147 Ziff. 1, bezw.
PStr.GB. Art. 32 Abs. 1 Ziff. 3,
ME. v. 17. April 1867, Weber VII. 9,
Stengl. Ztschr. Bd. 6 S. 72, Bd. 7 S. 205,
S. o. G. f. Str. Bd. 9 S. 294,
O. E. im MABl. 1879 S. 270.

In Bezug auf Zurücknahme der Bewilligungen, bezw. Wandergewerbescheine s.:

Gewerbeordn. § 33a Abs. 3, §§ 53 bezw. 58 und 61 Abs. 3;

über die Zurücknahme ortspolizeilicher Bewilligungen nach §§ 33b, 60a der Gewerbeordn. vgl.:

ME. v. 1. Juli 1890 § 28, MABl. S. 263.

Eine nicht bewilligte Unternehmung kann unabhängig von der Strafverfolgung eingestellt werden.

PStr.GB. Art. 32 Abs. 2, Art. 33 Abs. 2,
Gewerbeordn. § 15 Abs. 2, § 60c Abs. 1,
Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 79.

Ueber Einstellung unsittlicher Schaustellungen s.:

ME. v. 3. Jan. und 9. März 1879, MABl. S. 29, Weber XII. 551,
Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 395,
Reger VII. 493, 498, IX. 166, 488;

über Lustbarkeiten in der Charwoche:

ME. v. 13. Nov. 1867, Weber VII. 140,
ME. v. 25. Okt. 1886,
Bl. f. a. Pr. Bd. 13 S. 15, Bd. 16 S. 133;

über Lustbarkeiten an Sonn- und Feiertagen:

B. v. 21. Mai 1897 § 5, GVBl. S. 197;

über hypnotische und suggestionäre Vorstellungen:

ME. v. 15. Nov. 1893;

über Passionsvorstellungen:

ME. v. 7. Okt. 1854,
cit. B. v. 3. Juli 1868 § 3 Abs. 1, RBl. S. 1161,
Landmann-Rohmer, Komment. zur Gewerbeordn. Bd. 1 S. 260,
Riedel-Proebst, Komment. zum PStr.GB. 5. Aufl. S. 113,
Reger VII. 347,
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 332, Bd. 27 S. 390.

Ueber die Gebühren der mittelbaren Gemeinden für ortspolizeiliche Bewilligungen von Schaustellungen u. s. w. vgl.:

B. v. 20. Sept. 1879 § 3 Ziff. 1 lit. e, k, GVBl. S. 1187.

Die in

Art. 54 des PStr.GB.

aufgeführten Gaukeleien sind, auch soweit sie nicht als Betrug im Sinne des Str.GB. § 263 sich darstellen, unbedingt untersagt; s. ferner:

OLGE. I. 485, V. 186, 302,
Stengl. Ztschr. Bd. 13 S. 139.

Vgl. schließlich:

Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 332, Bd. 27 S. 390, Bd. 37 S. 353, Bd. 38 S. 160;

über die Frage der Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes in den oben aufgeführten Fällen s.:

meinen Komment. zum Ges. v. 8. August 1878, den VGH. betr., S. 318 ff.,
VGHE. XVI. 181.

§ 140. Sonstige Gefährdungen der Sittlichkeit.

1. Der gewerbsmäßige Betrieb des Glücksspiels

Str.GB. § 284

und die Gestattung oder Verheimlichung von Glücksspielen durch Inhaber öffentlicher Versammlungsorte, insbesondere Wirthe,

a. a. O. § 285,
Reger XIV. 54,

sind als Vergehen, die unbefugte Haltung von Glücksspielen auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder in öffentlichen Versammlungsorten ist als Uebertretung strafbar.

Str.GB. § 360 Ziff. 14,
Komp.B. v. 4. Jan. 1872 § 15; vgl. hiezu:

Stengl. Ztschr. Bd. 10 S. 37, Bd. 11 S. 202, Bd. 12 S. 59, 115, 237, 297, Bd. 13 S. 136, Bd. 16 S. 355, Bd. 18 S. 264 ff, 311, 350,
Rechtsspr. d. RG. Bd. 1 S. 139, 654,
Bl. f. a. Pr. Bd. 28 S. 280, Bd. 29 S. 33 ff.,
RGE. in Samml. Bd. 1 S. 119, Bd. 5 S. 432, Bd. 6 S. 70, 421,
Reger I. 82, 85, 407, II. 176, 408 ff., III. 47, 110 ff., 181, 294, 399, IV. 68, 430 ff., V. 68, 449, VI. 272 ff., 455 ff., VII. 65, 74, 442, VIII. 73, IX. 309 ff., X. 66, 281, XIV. 54, 292, XV. 212, XVII. 72,
OLGE. I. 123, 420, III. 63.

Lotterien und Ausspielungen gehören an sich nicht zu den Glücksspielen im Sinne der §§ 284, 285 und 360 Ziff. 14 des Str.GB.

Reger IV. 432, vgl. III. 110, 399, XIV. 292.

In dem Falle des § 284 kann die Verweisung eines verurtheilten Ausländers aus dem Bundesgebiete durch die Landespolizeibehörde verfügt (s. oben S. 25), in den Fällen der §§ 284 mit 286 sowie wegen Uebertretung des § 360 Ziff. 14 die örtliche Ausweisung selbst eines Inländers nach

Art. 45 Ziff. 6 des Ges. über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt,
vgl. Freizügigkeitsges. § 3 Abs. 1, 2 und oben S. 28 ff.

verhängt, gegen den auf Grund des Str.GB. § 285 verurtheilten Wirth mit Konzessionsentziehung

Gewerbeordn. §§ 33, 53, 54,
VB. v. 29. März 1892 § 24 Abs. 2, GVBl. S. 61,

vorgegangen werden. Im Falle des § 360 Ziff. 14 ist die Einziehung, daher auch die vorläufige polizeiliche Beschlagnahme

PStr.GB. Art. 20 Abs. 2

der auf dem Spieltische oder in der Bank befindlichen Gelder, ohne Unterschied, wem sie gehören, zulässig.

Oeffentliche Spielbanken dürfen weder konzessionirt noch geduldet werden.

Reichsges. v. 1. Juli 1868, bayer. GBl. 1870/71 Beil. S. 22.

Eine Reihe unbedingt verbotener Hazardspiele ist in den

ME. v. 22. Nov. 1832 und v. 29. März 1835, Döll. Bd. 13 S. 1375, Weber II. 654,

aufgeführt; das Verbot derselben gründet sich auf ältere, durch

V. v. 7. Juni 1808, Döll. a. a. O. S. 1371, Weber I. 168,

auf das ganze damalige Staatsgebiet ausgedehnte Gesetze; vgl. übrigens auch:

Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 38,
Riedel-Proebst, Komment. zum PStr.GB. V. Aufl. S. 158,
OLGE. I. 420,
Reger I. 82, II. 51, III. 399, IV. 335, V. 68, VI. 273, VII. 310, X. 66.

In Bezug auf die Veranstaltung von s. g. Totalisatoren u. dergl. bei Wettrennen s.:

ME. v. 29. Sept. 1887 und

RKB. v. 27. April 1894 Ziff. 30, GVBl. S. 195,

Reger II. 308, 406, III. 43, 107, 180, VII. 333, XIV. 54, XVII. 72.

Ueber den Spielkartenstempel s.:

Bd. I S. 114.

2. Die Veranstaltung von Lotterien, dann von öffentlichen Ausspielungen beweglicher oder unbeweglicher Sachen ohne obrigkeitliche Genehmigung fällt unter

Str.GB. § 286; vgl.:

Gewerbeordn. § 6 Abs. 1, § 56 Ziff. 5, § 56c Abs. 1, § 148 Ziff. 7b,

ME. v. 1. Juli 1890 § 7 Ziff. 4, MABl. S. 263.

Ueber den Begriff bezw. Unterschied von Lotterie und Ausspielung s.:

S. o. E. f. Str. Bd. 8 S. 19, Bd. 9 S. 364, 453, 459,

MABl. 1879 S. 314 und 579, 1894 S. 416, 1896 S. 442, 1897 S. 150,

JMBl. 1880 S. 12,

OLGE. I. 86, II. 408, VI. 153, VII. 208,

Stengl. Ztschr. Bd. 14 S. 29,

Rechtsspr. d. RG. Bd. 1 S. 205, 576, 736,

Samml. v. Entsch. d. RG. I. 54, 357, 414, II. 268, III. 123, V. 432,

Reger I. 174, 409, II. 415, III. 48, 110, 180, 301, 399, IV. 68, 334 ff., 432, VI. 272, VIII. 74, IX. 309 ff., X. 166, XI. 204, 208, XII. 49, XIII. 180 ff., 300, 408, XIV. 177, 180, XV. 377, 431 ff., XVI. 66, 428,

Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 33 ff.

Die Zuständigkeit zur Ertheilung der Genehmigung bemißt sich nach den Bestimmungen der

V. v. 10. Juli 1867, RBl. S. 809,

womit die

ME. v. 20. Juli 1867, Weber VII. 64,

ME. v. 13. Nov. 1869, Weber VIII. 424,

ME. v. 25. Juli 1878, MABl. S. 263,

ME. v. 24. März 1883, MABl. S. 107,

Reger XV. 69

zu vergleichen sind; die Bewilligung von Verloosungen für andere als fromme, milde und gemeinnützige Zwecke ist, soferne es sich nicht um Ausspielung von Eßwaaren und anderen geringfügigen Gegenständen an öffentlichen Orten u. s. w. handelt, ausgeschlossen.

Die Distriktspolizeibehörden sind zur Bewilligung von Ausspielungen, auch wenn sie mit Schau- und Vorstellungen verbunden sind, nicht zuständig,

die Ortspolizeibehörden auf die Bewilligung der Lotterien oder Ausspielungen von Eßwaaren in Wirthshäusern

cit. V. § 2

beschränkt, während anderseits ihre Zustimmung bei Bewilligung der in

§ 1 Abs. 2 der cit. V.

aufgeführten Lotterien und Ausspielungen vorzubehalten ist.

In Bezug auf die Aufstellung tragbarer Kegelspiele, Ringwurfspiele u. s. w. vgl:

ME. v. 5. April 1871, Weber VIII. 740,
Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 41,
Reger V. 449, IX. 310, 480, X. 5, 145, XIII. 182, XIV. 397.

Bei ortspolizeilicher Bewilligung der unter Art. 32 Ziff. 1 des PStr.GB. fallenden Preiskegelschieben

Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 15,
Reger XIII. 182

ist die Festsetzung unverhältnißmäßig hoher Einsätze und allzu lange Dauer des Spiels

ME. v. 30. Mai 1834 und 29. März 1835, Döll. Bd. 13 S. 1376

fernzuhalten.

Ueber Waarenverloosungen und Glückshäfen s.:

Reger IV. 68, 436, VII. 9, 443, X. 5, 145, XIV. 292, Erg.Bd. I 335.

Das Feilbieten von Waaren im Umherziehen in der Art, daß dieselben versteigert oder ausgespielt werden, fällt unter

Gewerbeordn. § 56c (Fassung von 1896), § 148 Ziff. 7b,
V. v. 29. März 1892 § 25, GVBl. S. 61,
ME. v. 1. Juli 1890 § 7, MABl. S. 263, vgl.
Reger VII. 443, X. 5, 145.

Die Anerbietungen von Waaren, Druckschriften u. dgl., bei welchen dem Abnehmer die Aussicht auf einen durch Verloosung zu bestimmenden Gewinn eröffnet wird, sind als Ausspielungen zu betrachten.

Stengl. Ztschr. Bd. 6 S. 345, Bd. 16 S. 357,
Samml. v. Entsch. d. RG. Bd. 16 S. 83,
Reger I. 174, 409, XI. 204 ff.; vgl. auch:
Gewerbeordn. § 56 Ziff, 12 (Nov. v. 6. August 1896).

Ueber weitere einzelne Arten von Lotterien und Ausspielungen (z. B. Preisräthsel u. dgl.) s.:

Reger II. 415, IV. 184, V. 69, VII. 9, 443, VIII. 76, IX. 313, 496, X. 69, XIII. 181, 300, 408, XIV. 395, XV. 213, 433.

Lotterieloose unterliegen der Reichsstempelabgabenpflicht nach Maßgabe des

Reichsstempelges. in der Fassung v. 27. April 1894 §§ 22 ff. und Tarif No. 5, RGBl. S. 381,

Ausf.Vorschr. v. 27. April 1894 Ziff. 28 ff., GVBl. S. 195, 233,
MB. v. 28. April 1894, GVBl. S. 175, vgl.
B. v. 16. August 1881, GVBl. S. 1131, modificirt durch
B. v. 21. Sept. 1885, GVBl. S. 467,
Reger IV. 224, V. 105, 224, VII. 117, 309, VIII. 151, 307, XII. 49,
Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 369, Bd. 30 S. 320, dann
oben Bd. I S. 115.

Ueber die Befreiung von der Abstempelung bei Waarenverloosungen zu mildthätigen Zwecken s.:

cit. MB. v. 28. April 1894 Abschn. III Ziff. 2.

Behörden, welche die Genehmigung zur Veranstaltung von öffentlichen Lotterien oder Ausspielungen ertheilen, haben jederzeit sofort dem Rentamte hievon schriftliche Mittheilung zu machen und in den genehmigenden Beschlüssen das zur Abstempelung der Loose berufene Rentamt zu bezeichnen;

cit. Ausf.Vorschr. v. 27. April 1894 Ziff. 32 und
MB. v. 28. April 1894 Abschn. III Ziff. 3.

Die Abstempelung auswärtiger Lotterieloose durch die Finanzbehörden schließt noch keine Zulassung der betr. Lotterien in sich; vgl.:

ME. v. 19. Okt. 1879, MABl. S. 549.

In Bezug auf Gebührenpflicht der Urkunden über Vornahme von Verloosungen u. s. w. vgl.:

rev. Gebührengeſ. Art. 130 Ziff. 1.

Der Verkauf von Lotterieloosen u. s. w. gegen Theilzahlungen ist strafbar nach

Reichsges. v. 16. Mai 1894 § 7, die Abzahlungsgeschäfte betr., RGBl. S. 450.

Der Verkauf von Promessen fällt als Veranstaltung einer neuen Lotterie unter § 286 des Str.GB., vgl.:

Rechtsspr. d. RG. Bd. 1 S. 194, 209,
Reger I. 298, II. 414, III. 294, 299, 401, IV. 427, 429, VI. 276, XI. 204 ff.,
ME. v. 26. Dez. 1889 (Brüsseler Centralbank),
ME. v. 28. Febr. und 2. Juni 1897, MABl. S. 65, 180.

Die bloße Betheiligung an unerlaubten Spielen ist an sich nicht strafbar; das Spielen in einer in Bayern nicht zugelassenen Lotterie wird jedoch nach

PStr.GB. Art. 57, vgl.
ME. v. 19. Okt. 1879, MABl. S. 549,
ME. v. 27. Jan. 1896,
Reger I. 84, 92, II. 51, 179, III. 391, IV. 326, 431, V. 211, VI. 61, VIII. 165, X. 56, XI. 206, XV. 431

beahndet, der Verkauf von Loosen für solche auswärtige Lotterien u. s. w. und die öffentliche Ankündigung einer in Bayern nicht zugelassenen Lotterie oder Ausspielung, das öffentliche Ausbieten von Loosen hiefür u. s. w. nach

PStr.GB. Art. 57a (Ges. v. 28. Febr. 1880, GVBl. S. 97), vgl.
ME. v. 20. Dez. 1892,
OLGE. VI. 153, VII. 481, VIII. 350,
O. E. im MABl. 1893 S. 430, 1894 S. 416, 1895 S. 580, 1896 S. 442,
Reger VIII. 165, XI. 207, XV. 431,
s. auch oben S. 310,

bestraft, wie auch der An- und Verkauf von Lotterieloosen und Bezugsscheinen u. s. w. im Umherziehen verboten ist.

Gewerbeordn. § 56 Abs. 2 Ziff. 5, vgl. § 56a Ziff. 2 und § 148 Ziff. 7a,
ME. v. 1. Juli 1890 § 7 Ziff. 2, MABl. S. 263,
Rechtsspr. d. RG. Bd. 1 S. 380, 460,
Reger II. 131, V. 399, VII. 170, XIII. 246,
O. E. im MABl. 1877 S. 355,
OLGE. I. 371.

3. Gegen betrügerische Spieler, bei welchen übrigens in der Regel auch § 284 des Str.GB. Anwendung finden wird, ist nach Maßgabe des

Str.GB. § 263, vgl.
Reger XI. 66, XVI. 427, XVII. 72

Strafeinschreitung zu veranlassen; über das s. g. Napoleonsspiel siehe insbesondere:

Stengl. Ztschr. Bd. 7 S. 424, 453.

Weitere Präjudizien über unerlaubte Spiele, Verloosungen u. dgl. finden sich in:

Stengl. Ztschr. Bd. 7 S. 456, Bd. 10 S. 37, 276, Bd. 11 S. 202 und 314, Bd. 12 S. 59, 115, 237 und 297, Bd. 13 S. 29,
S. o. E. f. Str. Bd. 1 S. 78, Bd. 8 S. 19,
MABl. 1879 S. 130,
Samml. v. Entsch. d. RG. IX. 202, X. 245, XIV. 257, XVI. 83,
Reger I. 84, 92, 176, 409, II. 178, III. 181, 391, 401, IV. 326, 334 ff., 431, V. 211, 357, VI. 61, 277, X. 56, 281, XIV. 177.

4. Von den in

Abschn. XIII (§§ 171 ff.) des Str.GB.,
vgl. überhaupt Riedel-Proebst, Komment. zum PStr.GB. V. Aufl. S. 134 ff.,
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 42 ff.,

aufgeführten Unzuchtdelikten sind vom polizeilichen Standpunkte aus die Kuppelei, insbesondere das Bordellhalten und Zuhälterwesen

Str.GB. §§ 180, 181, vgl.:
RGBl. 1891 S. 356 (Vertrag mit Holland), 375 (desgl. mit Belgien),
ME. v. 28. Mai 1893, 25. Dez. 1895 und 27. Sept. 1896 (Verdingung bzw. Verkuppelung von Mädchen in das Ausland),
Auswanderungsges. v. 9. Juni 1897 § 48, RGBl. S. 473,
Heimathges. Art. 45 Ziff. 5,
Gewerbeordn. § 33 Abs. 2 Ziff. 1,
Stengl. Ztschr. Bd. 11 S. 277, Bd. 12 S. 44, 234, 273, Bd. 13 S. 185, Bd. 14 S. 140, Bd. 15 S. 50, Bd. 17 S. 277, Bd. 18 S. 132,
OLGE. I. 105, III. 160, IV. 137, VI. 130,
Samml. v. Entsch. d. RG. I. 88, II. 164, 258, VI. 132, X. 22,
Rechtspr. d. RG. Bd. 1 S. 61, 291, 402, 680, 782, 828,
Reger I. 79, 171 ff., III. 177, 395, IV. 179 ff., V. 65, 222, VI. 66, 268, 448, VII. 55 ff., 258, 436, VIII. 259, IX. 74, 461, X. 275, XI. 47, 316, XIII. 59, XV. 61, 209, Erg.Bd. I. 132, 335,
Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 74 (I. Aufl. Bd. 5 S. 133),

die Verübung unzüchtiger Handlungen in einer öffentliches Aergerniß erregenden Weise

Str.GB. § 183,
vgl. Ztschr. f. G. u. R. Bd. 12 S. 225, Bd. 13 S. 490, 528,
Stengl. Ztschr. Bd. 4 S. 263, Bd. 6 S. 42, 83, Bd. 7 S. 19, Bd. 9 S. 312, Bd. 11 S. 14, Bd. 12 S. 97, 163, 167, Bd. 13 S. 316, Bd. 14 S. 27, Bd. 15 S. 51, 322, Bd. 17 S. 76, 279 ff.,
S. o. E. f. Str. Bd. 1 S. 318, Bd. 4 S. 164, Bd. 9 S. 175,
Rechtspr. d. RG. Bd. 1 S. 327, 404, Bd. 4 S. 275,
OLGE. I. 264, 519, II. 119, 149, III. 299, IV. 64,
Reger I. 80, 294, 397, II. 46, III. 289, IV. 182, VIII. 386 f., XIV. 53, XVI. 328 (insbesondere auch über die Begriffe „öffentlich“ und „Aergerniß“)

und die Veröffentlichung, bezw. Verbreitung unzüchtiger Schriften, Abbildungen, Darstellungen oder Mittheilungen aus Gerichtsverhandlungen

Str.GB. § 184 (vgl. Reichsges. v. 5. April 1888 Art. IV, RGBl. S. 133),
ME. v. 16. Dez. 1895 (Einfuhr unsittlicher Druckschriften aus dem Auslande),
Stengl. Ztschr. Bd. 14 S. 140, Bd. 15 S. 52, Bd. 16 S. 149, Bd. 18 S. 136,
OLGE. I. 129, IV. 17, 294, VIII. 9,
O. E. im MABl. 1894 S. 137,
Rechtspr. d. RG. Bd. 1 S. 149,
Reger I. 295, 296, 400, II. 168, III. 396, V. 354, VII. 258 f., VIII. 56, IX. 74, XIV. 52, 287, XVI. 64, 302

besonders hervorzuheben.

Unzüchtige Druckschriften und die denselben gleichgestellten Vervielfältigungen

Reichspreßges. § 2

unterliegen der polizeilichen Beschlagnahme auch ohne richterliche Anordnung;

cit. Ges. §§ 23 ff.; vgl. oben S. 314, ferner:
Str.GB. §§ 41, 42 und
Stengl. Ztschr. Bd. 16 S. 149.

Personen, welche durch fortgesetztes häusliches Zusammenleben in außerehelicher Geschlechtsverbindung zu öffentlichem Aergernisse Veranlassung geben, werden nach

PStr.GB. Art. 50a (Gesetz v. 20. März 1882, GVBl. S. 105)

gestraft und sind durch die Polizeibehörde von einander zu trennen.

OLGE. II. 341, 513, 529, 538, III. 43, 238, IV. 339, VII. 471,
O. E. im MABl. 1883 S. 205, 1884 S. 6, 80,
ME. v. 3. Febr. 1883,
Reger III. 439; vgl. auch:
oberpol. Vorschr. v. 7. April 1897 § 6, Eisenbahnbauten betr., GVBl. S. 63.

Gegen öffentliche Verletzungen des Anstands und der Schamhaftigkeit, welche nicht unter Str.GB. § 183 fallen, kann doch vom Standpunkte des § 360 Ziff. 11 Strafeinschreitung veranlaßt werden; vgl.:

oben S. 84 und
Reger III. 309, IV. 183, IX. 324,
Stengl. Ztschr. Bd. 15 S. 178,
OLGE. I. 220, V. 67.

Das Baden an einem durch ortspolizeiliche Vorschrift verbotenen Orte fällt unter

PStr.GB. Art. 79;

das Belegenlassen von Pferden oder Rindvieh innerhalb einer Ortschaft auf öffentlichen Plätzen oder Straßen ist durch

PStr.GB. Art. 111 Abs 2, vgl.:
Körges. v. 26. März 1881 Art. 4, 5 Abs. 2, GVBl. S. 166, mit
Gestütsverordn. v. 8. Juni 1890 § 51 Abs. 2, GVBl. S. 425,

untersagt.

5. Gegen Weibspersonen, welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht polizeilicher Aufsicht (der s. g. Prostitutionsaufsicht) unterstellt sind, jedoch den in dieser Hinsicht zur Sicherung der Gesundheit, der öffentlichen Ordnung oder des öffentlichen Anstandes erlassenen polizeilichen Vorschriften zuwiderhandeln oder welche, ohne jener Aufsicht unterstellt zu sein, gewerbsmäßig Unzucht treiben, ist nach Maßgabe des

Str.GB. § 361 Ziff. 6 und § 362

Strafeinschreitung zu veranlassen, an welche vom Strafrichter Ueberweisung an die Landespolizeibehörde geknüpft werden kann; gegen ausländische

Prostituirte und Ausländer, welche offenkundig an dem Erträgnisse des unzüchtigen Gewerbes solcher Weibspersonen theilnehmen, kann von der Polizeibehörde zufolge

Art. 45 Ziff. 7 des Ges. v. 16. April 1868 über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt

die Ausweisung auch selbständig verfügt werden; vgl. endlich:

Art. 36 Abs. 1 Ziff. 4 obigen Gesetzes in der Fassung der Nov. v. 21. April 1884, GVBl. S. 123.

Die in § 361 Ziff. 6 vorbehaltenen Anordnungen sind von den Distriktspolizeibehörden zu erlassen

Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 5, RBl. S. 25,

und können je nach den obwaltenden Verhältnissen in allgemeinen oder persönlichen Vorschriften, insbesondere in der Auflage periodischer Stellung zu ärztlicher Untersuchung, in dem Verbote, gewisse Häuser zu bewohnen, auf den Straßen umherzuziehen, u. dgl. bestehen; s. auch:

ME. v. 4. Febr. 1872, modificirt durch ME. v. 13. Juli 1876, Weber XI. 572,

Samml. der Entsch. des preuß. Ober=Verw.Ger. Bd. 3 S. 337,

Stengl. Ztschr. Bd. 1 S. 134, Bd. 12 S. 363, Bd. 16 S. 68 und 381, Bd. 17 S. 209, Bd. 18 S. 314,

S. o. E. f. Str. Bd. 9 S. 174,

OLGE. II. 86, 101, III. 164, 362,

Reger III. 53, IV. 439, V. 79, 361, VII. 69, IX. 328, XI. 209, XIII. 217, 308 f.,

Samml. v. Entsch. d. RG. in Strafs. Bd. 11 S. 286,

O. E. im MABl. 1884 S. 229,

Bl. f. a. Pr. Bd. 29 S. 53;

vgl. auch oben S. 141 Ziff. 6 und ME. v. 6. Nov. 1895 (Syphilis).

6. Gefühllosigkeit gegen Menschen und Thiere ist als Ausdruck roher Gesinnung und Quelle der Entsittlichung ein Gegenstand polizeilicher Einschreitung.

Deshalb haben die Strafvorschriften gegen Verwahrlosung angehöriger oder anvertrauter Kinder, Kranker, Gebrechlicher, Blödsinniger und anderer hilfloser Personen in Bezug auf Schutz, Aufsicht, Verpflegung und ärztlichen Beistand

PStr.GB. Art. 81 (vgl. auch Art. 41 und 80),

Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 24 (vgl. auch §§ 17 und 23) — s. oben S. 116 —,

sowie über Thierquälerei

Str.GB. § 360 Ziff. 13 (vgl. auch § 366 Ziff. 7, § 368 Ziff. 11, dann

PStr.GB. Art. 84, 125 Abs. 4, Jagdausübungs-V. v. 5. Okt. 1863 §§ 10, 14, 15, RBl. S. 1657),
OLGE. V. 429,
Stengl. Ztschr. Bd. 17 S. 207,
Reger X. 298, XII. 318, Erg.Bd. I. 342,
sowie oben § 133 Ziff. 1, 4 S. 280, 282

einen sittenpolizeilichen Charakter.

Die früheren polizeilichen Vorschriften in Bezug auf Thierquälereien

Döll. Bd. 29 S. 746 ff.

sind nicht mehr anwendbar; hinsichtlich des Transports und der Tödtung von Schlachtvieh s. oben § 135 Ziff. 2 lit. e und f (S. 295 f.); der Ueberlastung von Zugthieren, der Verwendung von Hunden zum Anspann u. dgl. kann unter Umständen aus verkehrspolizeilichen Rücksichten durch polizeiliche Vorschriften gemäß

Str.GB. § 366 Ziff. 10 und PStr.GB. Art. 2 Ziff. 6

entgegengetreten werden. Im Uebrigen ist zwar die Beurtheilung, ob eine Handlung sich als boshafte Quälerei oder rohe Mißhandlung eines Thiers darstellt, lediglich der richterlichen Beurtheilung anheimgegeben; die Polizeibehörden werden jedoch häufig durch sorgfältige Erhebung des Thatbestandes und Erholung gründlicher thierärztlicher Gutachten dem Polizeirichter zur Beurtheilung jener Frage hinreichendes Material zu bieten vermögen. Ueber den Thierschutzverein s.:

ME. v. 4. Nov. 1876, KMBl. S. 366.

7. Durch ältere partikularrechtliche Vorschriften

vgl. bayer. Landrecht Th. I Kap. VI § 40,
Würzb. Kirchenordn. v. 30. Juli 1693 Ziff. 86, Landm. Bd. I S. 444, u. s. w.

wurde den Polizeibehörden die Befugniß eingeräumt, bezw. die Verpflichtung auferlegt, gegen willkürliche Ehetrennungen einzuschreiten, insbesondere die eigenmächtig sich absondernden Ehegatten zwangsweise zusammenzuschaffen. Derartige Maßnahmen wurden — zwar nicht mehr als Anwendung des weltlichen Armes zu Gunsten kirchlicher Zucht, aber doch — im sittenpolizeilichen Interesse auf Anrufen des verlassenen Ehetheils in der Praxis bis in die neuere Zeit noch als zulässig erachtet

ME. v. 1. Juli 1843, 4. Mai 1851, 18. März 1852, 1. Nov. 1864, Döll. Bd. 23 S. 53 ff., 466, Weber III. 490, IV. 339 f.,
Bl. f. a. Pr. Bd. 26 S. 161,

obgleich gegen die Statthaftigkeit dieses polizeilichen Eingreifens mehrfach auch Bedenken erhoben wurden

vgl. Seydel, Staatsrecht Bd. 3 S. 14 Anm. 9, 10 (I. Aufl. Bd. 5 S. 23 Anm. 4, 5),

Pechmann-Brettreich, Wirkungskreis der Distriktsverwaltungsbehörden Bd. II S. 328 Anm. 5,
Bl. f. a. Pr. Bd. 27 S. 81

und für dasselbe mit Rücksicht auf die ehegerichtliche Zuständigkeit, auf Antrag eines Ehegatten Rückkehr- und Aufnahmebefehle an den anderen Ehegatten zu erlassen

Civ.Pr.Ordn. § 568,
Einf.Ges. hiezu v. 30. Jan. 1877 § 16 Ziff. 6 ff.,
Ausf.Ges. hiezu v. 23. Febr. 1879 Art. 89 ff.,

in der Regel auch ein Bedürfniß nicht besteht. Mit dem Eintritte der Geltung des Bürgerlichen Gesetzbuchs werden ältere civilrechtliche Vorschriften, welche die Grundlage für eine polizeiliche Einschreitung gegen eigenmächtige Ehetrennungen bilden, ohnehin wegfallen.

8. Da Hebung des religiösen Gefühles, dann Obsorge für Unterricht und Erziehung als die hauptsächlichsten und nachhaltigsten Mittel zur Förderung der Sittlichkeit zu betrachten sind, so ist hier schließlich auf die Vorschriften über Einhaltung der Sonn- und Festtagsfeier (Bd. I S. 368 ff.)

vgl. jetzt V. und MB. v. 21. Mai 1897, GVBl. S. 197, 201,

über die Verpflichtung zum Besuche der Schule und des öffentlichen Religions-Unterrichts (Bd. I S. 390 f., 393 f.), über die Unterbringung verwahrloster Kinder (Bd. III § 170) und die in diesen Richtungen den Polizeibehörden zufallende Thätigkeit zu verweisen.

Auch die Bestimmungen des

PStr.GB. Art. 80 Abs. 2, verglichen mit
Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 33 (s. oben S. 116), dann des
PStr.GB. Art. 106 Abs. 1 Ziff. 8 und Art. 109 Abs. 1,

sowie zahlreiche Bestimmungen der Gewerbeordnung, insbesondere in ihren Tit. II, III und VII, berühren das Gebiet der Sittenpolizei.

Elftes Kapitel.

§ 141. Dienstbotenwesen.*)

1. Eine besondere Aufgabe erwächst der Polizei gegenüber dem Gesinde und den in ähnlichen Stellungen befindlichen Personen (Gewerbs-Gehilfen und -Lehrlingen, Fabrikarbeitern u. dgl.), indem hier von jeher die polizeiliche Thätigkeit sich nicht auf die durch die öffentliche Ordnung

*) Vgl. Meixner, das Dienstbotenwesen in Bayern, München 1881.

zunächst gebotenen Maßregeln beschränkte, sondern auch den Schutz der zwischen Dienstherrschaften, Gewerbsmeistern u. dgl. einerseits und Dienstboten, Gesellen, Lehrlingen u. s. w. anderseits bestehenden privatrechtlichen Beziehungen wenigstens in gewissen einzelnen Richtungen in ihr Bereich zog.

Die Verhältnisse der Gewerbetreibenden und ihres Hilfspersonals sind jedoch wegen des Zusammenhanges mit dem ganzen Systeme der Gewerbeordnung in § 150 gesondert zu behandeln; hier ist lediglich das Dienstbotenwesen zu erörtern.

2. Letzteres war früher in den verschiedenen Landestheilen durch Dienstboten-Ordnungen der Kreisregierungen geregelt, welche, in der Hauptsache auf die

churbayer. Mandate v. 17. März 1755, 14. März 1761, 2. Mai 1781 u. s. w., Döll. Bd. 13 S. 1302 ff,
vgl. Bl. f. a. Pr. Bd. 9 S. 305,

und auf die bestehenden Statutarrechte oder Observanzen begründet, das Gesindewesen nach allen Beziehungen systematisch zu ordnen suchten, in den Kreisamtsblättern veröffentlicht und (wenigstens auszugsweise) den vorgeschriebenen Dienstbotenbüchern beigedruckt wurden; dieselben haben nicht mehr die Kraft allgemein verbindlicher Anordnungen, sondern sind in Folge der Aenderungen, welche die polizeiliche Zuständigkeit in Bezug auf Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaften und Dienstboten über das Dienstverhältniß inzwischen erfahren hat, und durch die einschlägigen Vorschriften des Polizeistrafgesetzbuchs großentheils unanwendbar geworden (vgl. auch unten S. 352 Ziff. 7). Die Feststellung der aus dem Dienstvertrage sich ergebenden beiderseitigen Rechte und Pflichten, dann der Bedingungen, unter welchen der Dienstvertrag eingegangen wird, ist mit den durch

PStr.GB. Art. 106 Abs. 1 Ziff. 1, 2, Art. 108 und 109

gesetzten Schranken jetzt zunächst der freien Uebereinkunft der Betheiligten überlassen.

Jedoch haben jene älteren Dienstboten-Ordnungen ihre Bedeutung keineswegs vollständig verloren. Da erfahrungsgemäß die meisten Verdingungen auch jetzt noch auf Grund der bestehenden provinziellen Gesindeordnungen abgeschlossen werden, bilden diese sehr häufig eine lex contractus, welche sowohl von den Polizeibehörden als von den Gerichten zu beachten ist.

Eine Revision der Dienstboten-Ordnungen ist eingeleitet im Hinblick auf die Bestimmungen des

Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Einf.Ges. hiezu v. 18. August 1896 Art. 95.

Letzterer hat in Abs. 1 die landesgesetzlichen Vorschriften, welche dem Gesinderecht angehören, unberührt gelassen, in Abs. 2 jedoch eine Reihe von Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf das Gesindeverhältniß für anwendbar erklärt und in Abs. 3 ein Züchtigungsrecht des Dienstberechtigten gegenüber dem Gesinde ausdrücklich ausgeschlossen.

Ueber den Begriff des Dienstboten im Sinne des Polizeistrafgesetzbuchs s.:

S. o. E. f. Str. Bd. 2 S. 270, Bd. 5 S. 533, Bd. 7 S. 113, 171,
Stengl. Ztschr. Beibl. zu Bd. 15 S. 85, zu Bd. 17 S. 80, 85,
O. E. im MABl. 1876 S. 337, 1877 S. 199,
OLGE. IV. 349,
Reger VIII. 357.

Als Dienstherrschaft im Sinne des Polizeistrafgesetzbuchs kann unter Umständen auch ein Vertreter derselben, z. B. ein Gutsverwalter, gelten; vergleiche:

Stengl. Ztschr. Bd. 9 S. 423.

Die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaften und Dienstboten in Gegenständen der Dienstbotenordnung steht vorbehaltlich der unten S. 353 ff. Ziff. 8, 9 zu erwähnenden polizeilichen Maßregeln nunmehr in Bezug auf die Civilrechtsfragen den Civilgerichten

Str.Einf.Ges. v. 10. Nov. 1861 Art. 37,
Gerichtsverf.Ges. v. 27. Jan. 1877 § 23 Ziff. 2 Abs. 2, vgl. jedoch
O. E. im GVBl. 1887 Beil. I,

die Bestrafung der vom PStr.GB. unter Aufhebung aller früheren polizeilichen Strafbestimmungen statuirten Uebertretungen der Dienstherrschaften und Dienstboten den Strafgerichten zu.

In Bezug auf die Unpfändbarkeit des Dienstlohns vgl.:

Reichsges. v. 21. Juni 1869, bayer. GBl. 1870/71 S. 30, mit Novelle v. 29. März 1897, RGBl. S. 159,
Civ.Pr.Ordn. § 749 Ziff. 1.

3. Die Beaufsichtigung des Dienstbotenwesens ist zunächst Sache der Ortspolizei; inwieweit eine Konkurrenz der distriktspolizeilichen Thätigkeit eintritt, ist im Nachstehenden geeigneten Ortes zu erwähnen. Die Distriktspolizeibehörden haben ferner nach

Form.V. v. 17. Dez. 1825 § 62 Abs. 2, RBl. S. 1049,
Gemeindeordn. Art. 156,
vgl. cit. Instr. f. d. Polizeidirektionen § 64

die Handhabung der Dienstbotenpolizei durch die Gemeindebehörden zu überwachen.

Die Strafbestimmungen, welche das PStr.GB. in Art. 106 bis 110 und an anderen Orten in Bezug auf die Dienstboten-Verhältnisse aufstellt, betreffen zum Theile die Dienstboten oder die Dienstherrschaften ausschließlich, andere sind für beide Theile gemeinschaftlich.

4. Strafbestimmungen für die Dienstboten finden sich insbesondere in

Art. 106 Abs. 1 Ziff. 1, 3 mit 8, Abs. 2, 3, 6 des PStr.GB.

in Bezug auf Weiterverdingung vor rechtzeitiger Aufkündigung, ungerechtfertigten Nichteintritt in den übernommenen Dienst oder rechtswidrige Entfernung aus demselben, Verweigerung der Arbeit an Werktagen, Nichtverrichtung der obliegenden Geschäfte an Sonn- und wirklichen Feiertagen, Umhertreiben in Wirthshäusern u. dgl. während der Arbeitszeit, hartnäckigen Ungehorsam und gröbliche Mißachtung gegenüber der Dienstherrschaft, unerlaubte Beherbergung Fremder und nächtliches ordnungswidriges Verlassen der Behausung; jedoch werden diese Uebertretungen zum Theile nur auf Antrag der Dienstherrschaft (Str.GB. § 61) bestraft; vgl.:

Riedel-Proebst, Polizeistrafgesetzbuch V. Aufl. S. 256 ff.,
Reger-Reuß, Polizeistrafgesetzgebung S. 232 ff.,
ME. v. 30. Dez. 1885, MABl. 1886 S. 5,
Stengl. Ztschr. Bd. 13 S. 72, Bd. 15 S. 29 und Beibl. S. 85, Bd. 16 Beibl. S. 1, Bd. 17 Beibl. S. 80, 85,
S. o. E. f. Str. Bd. 2 S. 271, Bd. 3 S. 512, 527, Bd. 5 S. 553, Bd. 6 S. 32, 372, Bd. 8 S. 164,
OLGE. III. 9, IV. 349, VIII. 270,
Reger VIII. 357.

Verdingung unter Verschweigung ansteckender Uebel oder Verheimlichung letzterer, wenn sie erst während des Dienstes entstanden sind, fällt unter

PStr.GB. Art. 66,
vgl. Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 20.

Geringfügige Entwendungen der Dienstboten gegenüber den Dienstherrschaften sind nur auf Antrag der letzteren strafbar.

Str.GB. § 247 Abs. 1, vgl. auch § 61, dann § 370 Abs. 1 Ziff. 5, 6, Abs. 2 und Reger VI. 450.

5. Strafbestimmungen, welche ausschließlich die Dienstherrschaften betreffen, sind in

PStr.GB. Art. 108

in Bezug auf die bei Auflösung des Dienstverhältnisses ungeachtet polizeilicher Aufforderung erfolgte Verweigerung der Ausstellung des Zeugnisses im Dienstbotenbuche

vgl. O. E. im GVBl. 1887 Beil. I,

ferner in

PStr.GB. Art. 56, 58

in Bezug auf die Gestattung des Wirthshausbesuchs ohne gehörige Aufsicht und des Tanzmusikbesuchs, sowie auf die Versäumung des Schulbesuchs und öffentlichen Religionsunterrichts der noch schulpflichtigen Dienstboten enthalten.

Ueber die Verwendung Schulpflichtiger zur Hut mit Versäumung der Schulpflicht s.:

PStr.GB. Art. 118 Abs. 2;

vgl. überhaupt Bd. I S. 394, 396, 397.

Nach anderen Richtungen ergeben sich strafrechtliche Haftungen der Dienstherrschaften für ihre Dienstboten aus

Str.GB. § 361 Ziff. 9, vgl. auch
PStr.GB. Art. 122,
rev. Forstges. (Fassung von 1896) Art. 69 Ziff. 4, Art. 70.

6. Strafbestimmungen, welche sich sowohl auf die Dienstherrschaften als auf die Dienstboten beziehen, sind enthalten hinsichtlich der gleichzeitigen Verdingung an mehrere Herrschaften, bezw. gegen das wissentliche Dingen eines für dieselbe Zeit bereits verdungenen Dienstboten in

PStr.GB. Art. 106 Abs. 1 Ziff. 2 und Art. 108, vgl. übrigens auch Str.GB. § 263,
Stengl. Ztschr. Bd. 12 S. 292, Bd. 13 Beibl. S. 26, Bd. 15 S. 93, 116, Bd. 17 S. 155, Bd. 18 S. 228,
Rechtspr. d. RG. Bd. 5 S. 640,

dann rücksichtlich der Festsetzung unsittlicher Bedingungen bei Eingehung des Dienstvertrags und bezüglich des Eintritts in einen Scheindienst, bezw. der Gestattung eines solchen, in

PStr.GB. Art. 109,

endlich in Bezug auf die polizeilich vorgeschriebene Anzeige des Ein- und Austrittes von Dienstboten in

PStr.GB. Art. 107; vgl. auch oben § 96 S. 68 f., dann
Stengl. Ztschr. Bd. 9 S. 319, 423.

7. Durch distrikts- oder ortspolizeiliche Vorschriften zu Art. 107 Abs. 1 kann neben der erwähnten Anzeigepflicht insbesondere auch die Vorlage und Aufbewahrung der Dienstbücher näher geregelt werden.

Die Einrichtung der nach den älteren Dienstbotenordnungen durchgängig vorgeschriebenen Dienstbotenbücher ist weder durch das PStr.GB.

(vgl. außer Art. 107 Abs. 1 auch Art. 108), noch durch die dermalige Paßgesetzgebung beseitigt worden; jedoch ist der Mangel eines Dienstbuchs nicht unbedingt strafbar, sondern es hängt lediglich von den zu Art. 107 Abs. 1 erlassenen Vorschriften ab, ob der Besitz eines solchen Buches erforderlich ist oder nicht.

Ueber Inhalt, Form, Gebühren, Herstellungskosten, Verlag u. s. w. der Dienstbücher s.:

ME. v. 21. Dez. 1858 (Revision der Dienstbotenordnungen),
ME. v. 23. März 1860, Weber VI. 383,
ME. v. 22. März 1866, FMBl. S. 70, Weber VI. 595,
ME. v. 15. Mai 1876 Ziff. 9, MABl. S. 233,
ME. v. 18. Okt. und 31. Dez. 1876, MABl. 1876 S. 407 und 1877 S. 5,
rev. Geb.Ges. Art. 172 Ziff. 2, Art. 190 Abs. 1 und
MB. v. 21. Sept. 1879 § 6 Abs. 2 lit. b, GBBl. S. 1203.

Die in den einzelnen Bundesstaaten ausgestellten Dienstbotenbücher können in dem gesammten Reichsgebiete benützt werden.

ME. v. 13. April 1873, MABl. S. 401.

Die Fälschung eines Dienstbotenbuchs, der Mißbrauch eines für einen Anderen ausgestellten ächten Dienstbuchs u. s. w. wird nach

Str.GB. § 363 (s. oben § 97 Ziff. 4, S. 78)

beahndet.

8. Unabhängig von der Strafverfolgung steht der Orts- oder Distriktspolizeibehörde

Komp.B. v. 4. Jan. 1872 § 26

die Befugniß zu, Dienstboten, welche widerrechtlich den Antritt oder die Fortsetzung des Dienstes verweigern, der Dienstherrschaft auf ihren oder ihres Stellvertreters Antrag zwangsweise vorzuführen, bezw. vorführen zu lassen.

PStr.GB. Art. 106 Abs. 4.

Die Polizeibehörde hat hiebei das Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen zu dieser Maßregel, insbesondere die Frage, ob ein rechtsgiltiges Dienstverhältniß besteht und ob die Weigerung des Antrittes oder der Fortsetzung des Dienstes eine widerrechtliche ist, in eigener Zuständigkeit nach pflichtmäßigem Ermessen zu würdigen.

O. E. im RBl. 1865 S. 667.

Einwendungen, welche in diesen Beziehungen von den Dienstboten erhoben werden, sind mit Berücksichtigung allgemeiner civilrechtlicher Normen, der bei der Verdingung zu Grunde gelegten Dienstbotenordnungen oder

getroffenen besonderen Vereinbarungen, der herkömmlichen Dienstziele u. dgl. summarisch zu prüfen.

Hat eine solche Vorführung stattgefunden und entzieht sich hierauf der Vorgeführte nochmals widerrechtlich demselben Dienstverhältnisse, so tritt nunmehr Strafverfolgung von Amtswegen gemäß

PStr.GB. Art. 106 Abs. 6

ein, dessen Fassung und Zweck anderseits eine wiederholte Vorführung in obigem Falle ausschließt.

Vgl. überhaupt: Bl. f. a. Pr. Bd. 12 S. 281 ff., Bd. 15 S. 257, Bd. 21 S. 71, Bd. 23 S. 23, Bd. 24 S. 347,
S. o. E. f. Str. Bd. 3 S. 527 (MABl. 1876 S. 337) und Bd. 8 S. 164,
OLGE. II. 108,
Reger XIV. 104.

Zur zwangsweisen Diensteinschaffung von Dienstboten kann die Gendarmerie von den Bezirksämtern verwendet werden.

ME. v. 4. Nov. 1862, Weber VI. 102,
Gend.V. v. 24. Juli 1868 § 65 Ziff. 3, RBl. S. 1385.

9. Umhertreiben der Dienstboten in Wirthshäusern u. s. w. und nächtliches ordnungswidriges Umherschwärmen derselben kann von der Polizeibehörde erforderlichen Falles auf dem durch

Art. 102 Abs. 2 ff. des Ausf.Ges. zur Str.Pr.Ordn.

zugelassenen Wege abgestellt werden.

Gegen Personen, welche binnen Jahresfrist wiederholt wegen einer im Gemeindebezirke verübten Uebertretung des PStr.GB. Art. 106 verurtheilt worden sind, kann nach Maßgabe des

Ges. v. 16. April 1868 über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt Art. 45 Ziff. 6,

gegen unterkunftslose ausländische Dienstboten weiter nach

Art. 45 Ziff. 4 obigen Ges.

die Ausweisung verfügt werden.

Unterkunftslose Dienstboten können ferner gemäß

Str.GB. § 361 Ziff. 8,
Komp.V. v. 4. Jan. 1872 § 6

angewiesen werden, sich binnen bestimmter Frist ein anderweitiges Unterkommen zu verschaffen; vgl. auch:

Str.GB. § 361 Ziff. 7 und
Armenges. Art. 6 Abs. 2, überhaupt oben S. 81.

In Bezug auf Ausstellung von Jagdkarten und Paßkarten an Dienstboten s.:

Jagdausübungsges. v. 30. März 1850 Art. 19 Ziff. 5, GBl. S. 117,
Paßkartenverordn. v. 14. Juni 1851 Art. IV Ziff. 2, RBl. S. 66.

10. In Bezug auf die Versicherung der Dienstboten gegen Krankheit u. s. w. vgl.:

Ges. v. 29. April 1869, die Armen- und Krankenpflege betr., Art. 11, 20,
Krankenvers.Ges. v. $\frac{\text{15. Juni 1883}}{\text{10. April 1892}}$ und Ausf.Ges. v. 26. Mai 1892 Art. 2,
land- und forstwirthsch. Unfallvers.Ges. v. 5. Mai 1886 §§ 1, 10,
Invalid.- und Altersvers.Ges. v. 22. Juni 1889 § 1 Ziff. 1,
überhaupt Bd. III §§ 158 ff., 169.

11. Das Geschäft des Gesinde-Vermiethens kann unter den Voraussetzungen der

Gewerbeordn. § 35 Abs. 1, 3 (vgl. §§ 40, 54, 148 Ziff. 4)

von den Distriktsverwaltungsbehörden

Vollz.Vorschr. v. 29. März 1892 § 17, GVBl. S. 61,

welchen auch nach § 35 Abs. 6 der Gewerbeordn. die Eröffnung des Gewerbebeginnes von den Gesindevermiethern sofort anzuzeigen ist, untersagt und von den Centralbehörden durch Vorschriften über Buchführung sowie über polizeiliche Kontrole des Umfangs und der Art des Geschäftsbetriebes geregelt werden.

Gewerbeordn. § 38 Abs. 2 — vgl. Bd. III § 148.

Solche Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Gesindeverdinger enthält die

MB. v. 28. Juli 1879, GVBl. S. 709, s. auch
MB. v. 18. Dez. 1883 Ziff. II, GVBl. S. 495, und
PStr.GB. Art. 153,

dessen Strafbestimmung auf Uebertretungen jener Vorschriften anwendbar ist. Vergl.:

Reger V. 166, VIII. 344 ff.,
OLGE. IV. 363, 423, V. 286.

Ueber Arbeitsvermittelungs-Anstalten s. unten § 170 Ziff. 4.

12. Bemerkenswerth ist noch die Ertheilung von Prämien für langjährige treue Dienstleistungen aus Distrikts- oder Gemeindemitteln und die Förderung des Sparsinns der dienenden Klassen durch Errichtung und zweckmäßige Organisation von Sparkassen (Bd. III § 156 Ziff. 4).

Auch Erleichterung der Heimath- und Bürgerrechts-Erwerbung kann als Belohnung langfortgesetzter bewährter Dienste und als Mittel sittlicher Hebung des Gesindes genannt werden; vgl.:

Heimathges. v. 16. April 1868 Art. 11 Abs. 4 (Fassung von 1896).

13. Die auf längere Zeit in landwirthschaftliche Beschäftigung genommenen Taglöhner, welche zur Erntezeit, zur Saat- oder Ausbauzeit die Arbeit ohne genügenden Rechtfertigungsgrund verlassen, können gemäß

PStr.GB. Art. 106 Abs. 2, 3, 5, 6

gleich eigentlichen Dienstboten zur Strafe gezogen und zwangsweise in die Arbeit zurückgeschafft werden. Ständige Taglöhner können übrigens nach der Besonderheit des Vertragsverhältnisses den Dienstboten überhaupt gleichstehen und namentlich der Strafbestimmung in Art. 106 Abs. 1 Ziff. 4 des PStr.GB. unterliegen.

S. o. E. f. Str. Bd. 7 S. 171 (MABl. 1877 S. 199),
Stengl. Ztschr. Bd. 17 Beibl. S. 84,
vgl. Reger IV. 294, V. 271.

Handbuch der inneren Verwaltung im diesrheinischen Bayern

Bd.: 2

1897